image
not
available




REGENTS OF THE UNIVERSITY OF MINNESOTA
OMNIBUS ARTIBUS
COMMUNE VINCULUM



Geschichte der österreichischen Revolution.

Erster Band.

Geschichte

der

österreichischen Revolution

im Zusammenhange mit der mitteleuropäischen
Bewegung der Jahre 1848—1849.

Von

Joseph Alexander Freiherrn von Helfert.

Erster Band:

Bis zur österreichischen Verfassung vom 25. April 1848.

Freiburg im Breisgau und Wien.
Herdersche Verlagshandlung.
1907.
Berlin, Karlsruhe, München, Straßburg und St Louis, Mo.

Buchdruckerei der Herderschen Verlagshandlung in Freiburg.

Vorwort.

Meine „Revolution und Reaktion im Spätjahre 1848“ (Prag 1870, Tempsky) bildete den zweiten Teil meiner „Geschichte Österreichs vom Ausgange des Wiener Oktoberaufstandes 1848“. Freund Gindely sagte mir damals: „Sie hätten den zweiten Teil zum ersten machen sollen!“ Das war richtig, wenn es sich um eine vollständige Geschichte der österreichischen Revolution handelte, was aber, wie schon der Haupttitel meines Werkes erkennen ließ, nicht der Fall war.

Es war in jener Zeit Macaulays aufsehenerregendes Werk im Erscheinen, das ich mit Begeisterung las. Auch Macaulay hatte nicht im Sinne, eine vollständige Geschichte Englands zu liefern; im Gegenteil, er beginnt gleich mit den Worten: „Ich beabsichtige die Geschichte Englands zu schreiben von der Thronbesteigung Jakobs II. bis auf unsere Tage.“ Gleichwohl hat er sich veranlaßt und bewogen gefunden, den Fortgang seiner Erzählung mit einem allgemeinen Kapitel zu unterbrechen, um seine Leser einen Rückblick auf das werfen zu lassen, was der Regierung Jakobs II. vorangegangen war und zu jenem Punkte geschichtlicher Entwicklung geführt hatte, deren eingehende Darstellung in seinem Plane lag.

Der Gedanke, eine vollständige Geschichte der österreichischen Revolution im Zusammenhange mit der mitteleuropäischen Bewegung der so ereignisvollen Jahre 1848 und 1849 zu liefern, hat sich erst vor ungefähr einem Dezennium, also für mein Alter und meine Kräfte ziemlich spät, in mir festgesetzt, und ich habe seither die weit aussehende Arbeit stückweise in Angriff zu nehmen versucht. Die einzelnen

Partien des vorliegenden ersten, bis zur oktroyierten Verfassung vom 25. April 1848 reichenden Teiles habe ich im „Österreichischen Jahrbuch“ in den Bänden 1900—1903 prüfend der Öffentlichkeit übergeben. Sie stellen sich nunmehr, vielfach ergänzt und wesentlich verbessert, mit sorgfältiger Benutzung der inzwischen zu Tage geförderten Literatur als die pragmatische Ausführung dessen dar, was ich im Jahre 1870 für meinen damaligen Zweck nur skizzenhaft zur Anschauung bringen konnte. Einzelne schon damals eingehender bearbeitete Stücke, wie gleich der erste Abschnitt meines jetzigen Werkes, konnten ganz in die jetzige Umarbeitung herübergenommen werden.

Die Zustände und Geschehnisse, die den Vorwurf der folgenden Darstellung bilden, habe ich selbst erlebt, zu einem großen Teile als unmittelbarer, mitunter selbst mittätiger Zeuge, im übrigen als zeitgenössischer Empfänger der von einem Tag zum andern herandrängenden Nachrichten aus einer in ihrer jahrhundertalten Grundlage erschütterten, aus all ihren Fugen gerissenen Welt. Ich habe sie mitfühlend und mitleidend auf mich einwirken lassen, und die Eindrücke, die ich dazumal in mich aufgenommen habe, konnten mich unter den so sehr geänderten Verhältnissen, wie sie sich seither gestaltet haben, nie ganz verlassen. Ich habe darum das dringende Anliegen an den geneigten Leser, keinen Augenblick außer acht zu lassen, daß es Geschichte, daß es Vergangenes ist, was ihm hier geboten wird, wie ja auch Macaulay seine Leser mahnt, sich gegenwärtig zu halten, daß „das Land, das sie vor sich sehen, sehr verschieden ist von jenem, in welchem sie jetzt leben“. In der Tat, läßt sich heute noch von Rußland als dem Wauwau sprechen, der in seiner riesigen Macht und Ausdehnung die Freiheit des europäischen Westens bedroht? Sind heutzutage die Polen noch die „Allerweltsrevolutionsmacher“, als was sie sich damals diesseits der Alpen in jedem von der Bewegung heimgesuchten Lande bemerkbar machten? Verdient die Mehrzahl der Deutschen in Ungarn heutzutage noch jene Vorwürfe und Rügen, die ihnen vor nahezu sechzig Jahren ein Max Schlesinger, ein Schuselka in so starken Ausdrücken zu teil werden ließen?

Auch in den Äußerlichkeiten der Schreibweise habe ich geglaubt, mich an die Übung der damaligen Zeit halten zu sollen. Man schrieb in jenen Tagen nicht Jellačić, Rajačić, sondern Jellachich, Rajachich;

die Windischgrätz begannen erst später sich Windisch-Grätz zu schreiben; der terminus technicus „Rumänen“ ist für die früheren „Romanen“ erst in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts in Übung gekommen. Überhaupt hat sich der Geschichtschreiber der österreichischen Revolution, was die Orthographie betrifft, mit den Bezeichnungen und Eigennamen von nicht weniger als zehn Landessprachen abzumühen, deren Schreibweise häufig genug wechselte. So wurde das gräfliche Geschlecht der Teleky auch Teleki, Esterházy auch Eszterházy, das freiherrliche Pillersdorff auch Pillersdorf geschrieben; die serbischen Benennungen Bačka und Pančevo wechselten mit den ungarischen Bacska und Pancsova; aus den Slaven Stanchich und Černojevich wurden die Magyaren Táncsics und Csernovics. Bei den Ereignissen im Posenschen hat der Darsteller zwischen der polnischen und deutschen Schreibweise zu wählen; in Siebenbürgen hat jeder irgend bedeutende Ort einen dreifachen Namen, einen deutschen, einen walachischen und einen ungarischen; manchmal kommt noch ein lateinischer dazu. Wenn sich daher unter so schwierigen Umständen einzelne Mißgriffe in meinen Text eingeschlichen haben sollten, so wolle der geneigte Leser Gnade für Recht ergehen lassen.

Die Literatur der achtundvierziger Zustände und Ereignisse ist bei weitem nicht abgeschlossen. Während des Druckes meines Buches sind manche Erscheinungen aufgetaucht, auf die nachträglich Rücksicht zu nehmen ich nicht immer in der Lage war. Der vielverdiente Direktor des Mantuaner Staatsarchives, Herr A. Luzio, dem ich für so viele beachtenswerte Winke, die er mir in italicis zu geben die Güte hatte, zu besonderem Danke mich verpflichtet fühle, hat mir die Bekanntschaft mit einem soeben erschienenen Werke vermittelt, das mir leider erst nach vollendetem Drucke meines Textes zukam. Es sind die Uomini e cose in Milano dal marzo all' agosto 1848, von denen mir die Mailänder Casa Editrice L. F. Cogliati freundlichst ein Exemplar widmete. Es ist voll der interessantesten Einzelheiten, von denen ich, so Gott will, erst im weiteren Verlaufe meiner Darstellung Gebrauch machen zu können hoffe.

Wien, 9. Januar 1907.

v. Helfert.

Chronologische Übersicht.

(Die außerösterreichischen Ereignisse der mitteleuropäischen Bewegung sind im Drucke etwas hineingerückt.)

1846		
Juni	16	Rom. Papstwahl. Pius IX. 46 f.
Juli	16	Rom. Amnestieerlaß 47 f.
	—	Paris. Attentat Henrys gegen Louis Philippe 54.
Sept.	16	Genua. Kongreß der italienischen Gelehrten. — Karl Albert und Nino Bixio 50.
Nov.	16	Einverleibung von Krakau mit Österreich 55.
	—	Wien. Bauernfelds „Großjährig" 164.
	19	Mailand. Kardinal Gaisruck † 50.
Dez.	5	„Cacciata dei Tedeschi di Genova" 50.
	31	Mailand. Totenfeier für † Federigo Confalonieri 51.
1846/47		Not und Teuerung in Mitteleuropa 70—74.
1847		
Jan.	6	Bischof Schaguna und Katharina Varga in Bucsum 68 f.
	13	Pest. Palatin Erzherzog Joseph † 75.
	15	Erzherzog Stephan, königlicher Statthalter von Ungarn 75.
Febr.	1/2	Brand des deutschen Theaters in Pest 75 f.
	18/20	Getreideausfuhrverbot im lombardisch-venetianischen Königreiche 73.
März	6	Paris. Gesetzentwurf Duvergiers 110.
April	10/11	Berlin. Eröffnung des Vereinigten Landtages. Thronrede Friedrich Wilhelms IV. 107 f.
Mai	3/4	Prag. Adreßdebatte im böhmischen Landtage 79 f.
	27	Prag. Fürst Lamberg über die ständische Steuerbewilligung 80.
Juni	26	Berlin. Schluß des Vereinigten Landtages 108.
Juli	26	Rom. Sanfedisten-Verschwörung 101 f.
	—	Radetzky verstärkt die Besatzung von Ferrara 102.
	9	Paris. Reformbankett im Château-Rouge 111.
	17	Paris. Urteil im Bestechungsprozesse der Exminister Teste und Cubières 110.
Aug.	13	Ferrara. Die Kaiserlichen besetzen die strategisch wichtigsten Punkte der Stadt 102.
	17/18	Paris. Ermordung der Herzogin von Praslin 111.
	23	Prag. Scheiden des Erzherzogs Stephan. — Altgraf Robert Salm 81 f.
	30	Prag. Ablehnung des Steuerpostulates im böhmischen Landtag 80 f.
Sept.	4	Mailand. Feierlicher Empfang des Erzbischofs Romilli 103.
	8	Mailand. Auflauf und Unruhen 103 f.
	"	London. Schreiben Mazzinis an den Papst 109.

1847		
Sept.	17	Ausschreibung des Preßburger Landtages in ungarischer Sprache 83.
	20/25	Venedig. Kongreß der italienischen Gelehrten 104—107.
	24	Eigenmächtige Steuerausschreibung in Böhmen seitens der Regierung 82.
Okt.	7	Erzherzog Stephan in Komorn. Einsturz der Brücke 84.
	9	Metternich über die politische Lage 124.
	14	Generalversammlung des Agramer Komitats 84 f.
	„	Rom. Motuproprio des Papstes. — Consulta di Stato 114.
	16	Preßburg. Feierliche Installation Erzherzog Stephans durch Erzherzog Franz Joseph 84.
	17	Kaiserliches Handschreiben an den Gouverneur von Venedig 106.
	17/24	Pest. Deputiertenwahl. Kossuth Lajos 86 f.
	24	Ficquelmont in Mailand 119 f.
	26	Scharfe Verwarnung des böhmischen Landtags durch die Regierung 82.
	28	Krakau. Auslieferung des Häftlings Vogt an die russische Regierung 93.
Nov.	3	Turin. Zoll- und Handelsvertrag zwischen Sardinien, Rom und Toskana 114.
	4	Karl Albert in Genua. „Abbasso Loiola!“ 114 f.
	„	Krakau. Kriminalrat Zajączkowski gemeuchelt 93 f.
	9	Reformbankett in Lille 111.
	11	Die königlichen Majestäten in Preßburg 87.
	12	Preßburg. Palatinswahl. Erzherzog Stephan 88.
	16	Parma. Herzogin Maria Luise mit „einigem“ Jubel empfangen 112.
	18	Grätz. Bestattung Nauerschniggs 95—97.
	22	Preßburg. Beginn der Adreßdebatte bei der Ständetafel 89.
	23	Schweiz. Treffen bei Gislikon 109.
	24	Kaiserliches Handschreiben an Erzherzog Rainer wegen Verkündigung des Standrechts 122.
	28	Preßburg. Verweigerung des ständischen Adreßentwurfes seitens der Magnaten 90.
	29	Preßburg. Kossuth erwirkt den Übergang zur Tagesordnung 90.
	—	Lord Minto in Rom und Neapel 140.
Dez.	8	Mailand. Erklärung Nazaris in der Zentralkongregation 116.
	9	Metternich an Ficquelmont: Le pape libéral n'est pas un être possible 120.
	10	Genua. Politisches Bankett 115.
	17	Parma. Maria Luise † 112.
	20	Venedig. „Palazzo d'affittarsi nell'anno 1848“ 118.
	23	Ferrara. Übereinkommen zwischen Auersperg und Ciacchi 113 f.
	24	Parma. Manifest Karl Ludwigs 112 f.
	28	Paris. Eröffnung der Kammern 172.
	28/29	Venedig. Erklärung Morosinis in der Zentralkongregation 117.
	30	Venedig. Tommaseos Petition um Herstellung besserer Zensurverhältnisse 117.
	„	Rom. Verheißung eines verantwortlichen Ministeriums 120.
1848		
Jan.	1	Wien. Kubriaffsky bei Metternich 125.
	1/2	Zigarrenrummel in Mailand 126—128.
	3	Mazzini an de Boni 140 A. 1.

1848

Jan.	3	Studentenausschreitungen in Padua 131 f.
	4	Mailänder Deputation beim Erzherzog-Vizekönig 128.
	„	Venedig. Tommaseo an Kübeck 134 f.
	6	Losbruch in Messina 142.
	„	Unruhen in Livorno 149 f.
	7	Preßburg. Erste Verlesung des Gesetzentwurfs über die ungarische Sprache 154.
	8	Metternich an Ficquelmont 119.
	8/9	Studentenunruhen in Pavia 129.
	9	Venedig. Manin an Pálffy 133.
	„	Wien. Kaiserliches Manifest an die Lombardo-Veneter 135.
	10	Treviso. Schlägereien zwischen Militär und Zivil 134.
	11	Wien. Metternich an König Friedrich Wilhelm IV. 191.
	11/12	Palermo. Verhaftungen. Losbruch 142—144.
	12	Venedig. Demonstrationen in der Fenice 132 f.
	15	Rom. Trauermesse für die Mailänder Opfer 149.
	16	Padua. Verhaftung und Enthaftung des Advokaten Calvi 132.
	17	Preßburg. Szemere beantragt ein Kolonisationsgesetz 155.
	„	Mailand. Kundmachung des Kaiserlichen Manifestes vom 9. Januar 135.
	„	Tagesbefehl Radetzkys 135.
	18	Zugeständnisse Ferdinands II. für Sizilien 143.
	„	Berlin. Camphausen über die reaktionäre Politik 212.
	„	Venedig. Verhaftung von Manin und Tommaseo 135 f.
	19	Wien. Metternich und Hartig über Reformen in Lombardo-Venetien 167.
	„	Waffenverbot für Lombardo-Venetien 136.
	„	Erzherzog Rainer an den Kaiser wegen Erweiterung seines Wirkungskreises 167.
	20	Dänemark. Christian VIII. †. Friedrich VII. Gesamtverfassung für das Reich 392 f.
	21	Stürmische Komitatsversammlung in Warasdin 156.
	„	Verhaftungen in Mailand 136 f.
	„	Padua. Studentenausschreitungen 138.
	22	Adreßdebatte in Paris 172.
	„	Padua. Haussuchung beim Dichter Prati 139.
	23	Majestätsgesuch der Mailänder Munizipalität 137.
	25	Beisetzung der Leiche Maria Luisens in Wien 113.
	25/27	Unruhen und Kämpfe in Neapel 144 f.
	27	Ferrara. Oberstleutnant Khuen an d'Aspre in Padua 138.
	28/29	Neapel. Freiheitliche Gewährungen des Königs 144.
	29	Metternich über die politische Lage 165—167.
	„	München. Görres † 212.
	„	Bombardement von Messina 145.
	30	Kaiserliches Reskript an den ungarischen Reichstag 158 f.
Febr.	1	Preßburg. Pázmándy, Szentkirályi und die beiden Lónyay beim Palatin 158.
	„	Wien. Zensurkollegium 199.
	„	Rom. Ministerium Bofondi 150.
	2	Wien. Eröffnung der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften 199.
	4	Venedig. Baron Mulazzani † 168 f.

1848		
Febr.	5	Preßburg. Abstimmung in der Administratorenfrage 159—161.
	„	Verhetzende Aufschriften in Mailand 168.
	6	Preßburg. Zwei Duelle 161.
	„	Venedig. Demonstrationen in der Fenice zu Ehren der sizilischen Revolution 169.
	„	Cremona. Militärische Kameradschaftsbezeigungen 153.
	7	Paris. Stürmische Sitzung in der Deputiertenkammer 172 f.
	8	Turin. Karl Albert verspricht Konstitution 148.
	8/9	Studentenunruhen in Padua 169 f 171.
	9	Verwahrung der Mailänder Munizipalität 171.
	10	Rom. Pius IX. ändert sein Ministerium 150 f.
	„	Lombardo-Venetien. Nachricht von der sardinischen Konstitution 171.
	11	Studentenunruhen in Pavia 193.
	„	Neapel. Verkündigung der Verfassung 146 369.
	„	Verjagung der Lola Montez aus München 213.
	12	Verfassung in Monaco 151 A. 4.
	„	Bassermann in der badischen Kammer 212.
	„	Preßburg. Repräsentationsentwurf der Ablegaten 162.
	12/13	Mailand. Oberleutnant Graf Franz Thun nächtlich angefallen 194.
	13	Erzherzog Rainer zur Verkündigung des Standrechts ermächtigt 196.
	„	Livorno. Verhaftung Guerrazzis 150.
	15	Hofkriegsratspräsident Graf Ignaz Hardegg † 202.
	„	Demonstration in Noventa 197.
	17	Tagesbefehl Radetzkys 135.
	„	Bergamo. Balgerei zwischen Soldaten und Bürgern 197.
	„	Florenz. Konstitutionelles Statut 207.
	20	Adria. „Abbasso quel sigaro!“ 197.
	„	Rom. Ausrückung der bewaffneten Bürger vor dem Papste 151.
	21	Unruhige Stimmung in Paris 174 f.
	„	Wien. Legationsrat Hübner bei Metternich 199 f.
	„	Agramer Komitatsversammlung 156 f.
	22	Verkündigung des Standrechts in Lombardo-Venetien 200.
	„	Preßburg. Szentkirályi. Madarász. Kende 162 f.
	22/25	Die dritte französische Revolution. Abdankung und Flucht Louis Philippes. Republik 175—190.
	23	Wien. Kaiserliches Schreiben an Inzaghi 200.
	22/24	Bombardement von Messina 209.
	25	Nachricht von den Pariser Vorfällen in Mailand 201.
	„	Padua. Prati in seine Heimat abgeschafft 139.
	26	Die ersten Pariser Nachrichten in Wien 219.
	27	Italienisches Bundesfest in Turin 210 f.
	„	Volksversammlung nächst Mannheim 213.
	28	Ebenso in Stuttgart 213.
	„	Hofball in Wien 219 f.
	„	Revolution in Neuchâtel 213 f.
	29	Wien. Revolutionäre Aufschrift 221.
	„	Wien. Ausweis des Standes der Nationalbank 220.
	„	Metternich aus Wien an Kanitz in Berlin 220.
	„	Nachricht von der französischen Republik in Wien 221.

1848		
Febr.	29	Mailand. Oberstleutnant Wratislaw an Hauptmann Huyn 490 f.
März	1	Mailand. Spaur nach Wien berufen 204.
	"	Erzherzog Stephan in Wien 227.
	"	Wien. Ferdinand Colloredo an Erzherzog Johann in Grätz 232.
	"	Schrecken und Banknotenfurcht in Wien 222 f.
	"	Franz Pulszky und Stephan Széchényi 223.
	"	Aufhebung der Zensur in Württemberg 213.
	"	Frankfurt. Der Bundestag an das deutsche Volk 214.
	2	Mailand. Einsprache Casatis gegen die Verstärkung des Kastells 320.
	"	Volksversammlung in Wiesbaden 215.
	3	Louis Philippe landet mit seiner Familie in England 372.
	"	Kossuths große Rede in Preßburg 224 f.
	"	Im steirischen ständischen Ausschuß 289 f.
	4	Bekanntwerden der Kossuthschen Rede in Wien 232.
	"	Preßburg. Abgeordnetenhaus. Aufhebung der Urbariallasten 227.
	"	Preßburg. Sitzung der Magnatentafel 228.
	"	Volksversammlungen und Krawalle in München, Köln, Braunschweig 214.
	"	Bürgerversammlung in Sigmaringen, in Homburg 214.
	"	Wien. Radowitz bei Metternich 233.
	5	Hübner in Mailand 204.
	"	Großherzogtum Baden. Ludwig II. Ludwig III. 215.
	"	Einundfünfzig deutsche Männer in Heidelberg 215 f.
	"	Römische Adresse um Konstitutionsverleihung 207.
	"	Wien. Beschluß der Auflösung des Preßburger Landtags 228.
	6	Reformadresse des Wiener Gemeinderates 233 f.
	"	Aufstand in München 215.
	"	Versammlung im Tiergarten von Berlin 292.
	"	Volkstümliches Ministerium in Stuttgart 215.
	"	Aufläufe und Unruhen in London 378.
	7	Veglione in der Scala und Cavalchina in der Fenice 205 f.
	"	Maskendemonstration in Udine 206.
	"	Fastnachtsspiel in Prag 219.
	8	Herwegh und Crémieux im Hôtel de Ville 374.
	9	(26. Februar a. St.) Nikolaus I. setzt einen Teil seiner Armee auf den Kriegsfuß 383.
	"	Aufstand in Hanau 215.
	"	Schwarz-rot-gold als deutsche Bundesfarben 216.
	"	Revolutionäre Aufschriften in Venedig 206.
	"	Wien. Staatskonferenz bei Erzherzog Stephan 230.
	10	Rom. Ministerium Antonelli 207.
	"	Adresse Wiener Bürger an die Landstände 235 f.
	"	Kaiserliches Manifest in der Wiener Zeitung 234.
	11	Pest. Die zwölf Punkte Irinyis 231.
	"	Versammlung im St Wenzelsbad zu Prag 236 f 422.
	"	Politisches Bankett in Florenz 321.
	"	König Oskar bewilligt einen Konstitutions-Ausschuß 379.
	"	Wien. Inzaghi an die Wiener Universität 237.

1848		
März	19	Mißverständnisse in Berlin. Entfernung des Prinzen von Preußen. Ministerium Arnim-Auerswald 298—300 303.
	"	Volksversammlung in Offenburg a. d. Kinzig 396 f.
	"	Aufstandsversuch in Trient 333 A.
	"	Kaiserliches Patent wegen Aufrechthaltung der Gesetze 310.
	"	Gemischte Landtagssitzung in Preßburg 434.
	"	Lemberg. Befreiung der politischen Gefangenen 291.
	"	Erzherzog Johann in Wien 315 f.
	"	Venedig. Munizipalität an die Triester und an den Lloyd 492 f.
	"	Abfahrt der böhmischen Landesdeputation nach Wien 422.
	"	Fortgesetzter erbitterter Straßenkampf in Mailand 333.
	19/20	Räumung der inneren Stadt seitens der Truppen 334 336.
	19/20	Mondfinsternis in Mailand 334; in Venedig und Padua 339 f.
	20	Wien. Organisation der akademischen Legion 316.
	"	Wien. Häfners „Constitution" 317 f.
	"	Wien. Kaiserliches Amnestiepatent für Hochverrat und politische Verbrechen 428 f.
	"	Wien. Ministerium Kolowrat-Pillersdorff 311.
	"	Preßburg. Bekanntgebung des ungarischen Ministeriums 435.
	"	Nachricht von den Wiener Ereignissen in Klausenburg 432.
	"	Venediger Handelskammer an die Triester 493.
	"	Fortgesetzte Kämpfe in Mailand. Vermittlungsversuch der auswärtigen Konsuln. Hübner und Casati 336—338.
	"	Monstremeeting in Dublin zu Ehren der französischen Republik 378.
	"	Aufruf Libelts und Mieroslawskis an die Polen. Nationalkomitee in Posen 301 387 f.
	"	München. Abdankung Ludwigs I. Maximilian II. 385.
	"	Freigebung der politischen Gefangenen in Berlin 301.
	21	Berlin. „Preußen geht in Deutschland auf" 302.
	"	Modena. Das Herzogspaar begibt sich in österreichischen Schutz 357 f.
	"	Kopenhagen. Ministerium Lehmann-Monrad 393.
	"	Verunglimpfung des kaiserlichen Wappens in Rom 365 f.
	"	Rada narodowa in Lemberg. Energische Maßregeln Stadions 429 f.
	"	Venedig. Auflauf im Venediger Arsenal 340.
	"	Venedig. Gubernium an die städtische Garde 494.
	"	Padua. Platzhauptmann Hofmann an Huyn 326 A. 4.
	21/22	Abfall von Como, Bergamo, Brescia, Cremona 346—348.
	22	Kämpfe in Mailand. Provisorische Regierung. Entschluß Radetzkys, Mailand zu räumen 345 f 349 f.
	"	Abfall Venedigs. Republik. Provisorische Regierung 341 bis 344. Casati und Pimodan 358.
	"	Klausenburg. Union mit Ungarn. Widerspruch der Sachsen 432
	"	Die böhmische Landesdeputation in Wien 422 f.
	"	Metternich aus Feldsberg nach Olmütz 305.

1848		
März	22	Berlin. Feierliches Begräbnis der Opfer des 18. März.
	„	Posen. Colomb sprengt den Sitz der provisorischen Regierung 388 f.
	22/23	Ausmarsch Radetzkys aus Mailand 349 f.
	23	Züchtigung von Melegnano 351.
	„	Abfall von Udine, Treviso, Rovigo, Vicenza, Osoppo, Palmanuova 355 f.
	„	Einmarsch der k. k. Besatzung von Modena in Mantua 358.
	„	Wien. Errichtung eines Unterrichts-Ministeriums 311 f.
	„	Schreiben der Erzherzogin Sophie an Metternich 305.
	„	Krakau. Deym verläßt seinen Posten. Kreishauptmann Krieg 430.
	„	Provisorische Regierung in Venedig 343 f.
	„	Ernennung Jellachich' zum Banus von Kroatien, Slavonien und Dalmatien 286 443.
		Berlin. Posener Deputation beim König 389.
	24	Erzherzog Stephan und Batthyányi in Wien 436.
	„	Jubel in Mailand 353.
	„	Wien. Ficquelmont an den k. k. Bundesgesandten in Frankfurt 410.
	„	Wien. Rundschreiben der Staatskanzlei an die deutschen Höfe 494 f.
	„	Provisorische Regierung in Kiel. Friedrich Wilhelm IV. an den Herzog von Augustenburg 394.
	24/25	Radetzky in Lodi. Armeebefehl an seine Truppen 352.
	24/25	Metternich aus Olmütz nach Teplitz 305 f.
	24/25	d'Aspre führt die Garnisonen von Padua und Vicenza nach Verona 355 f.
	25	Agram. Petition der Königreiche Kroatien und Slavonien 414.
	„	Schwarz-rot-goldene Abzeichen in Wien 411.
	„	Palermo. Feierliche Eröffnung des Parlaments 370.
	„	Czernikow. Mißlungener Posener Gewaltstreich 391.
	„	Livorno. Der kaiserliche Konsul läßt sein Wappen herunternehmen 371.
	„	Nationale Reorganisation des Großherzogtums Posen 389 f.
	„	Polnische Emigranten in Köln 454.
	„	Neapolitanische Verunglimpfung des österreichischen Wappens 368.
	„	Beseler besetzt Rendsburg 394.
	26	Hecker ruft in Freiburg die Republik aus 397—400.
	„	Madrid. „Muora la Reina!" 380.
	„	Lemberg. Stadion an Pillersdorff 495—497.
	„	Radetzky auf dem Marsch von Lodi nach Cremona 359 f.
	„	Erzherzog Rainer von Verona nach Tirol. Einmarsch d'Aspres in Verona 360.
	„	Metternich in Dresden 306.
	27	Radetzky in Orzinovi. Benedek auf dem Marsche nach Mantua. Oberst Gravert in Peschiera 362.
	„	Prag. Rückkunft der Wiener Deputation. Finstere Stadtbeleuchtung 423.
	„	Verstärkung der Garnison von Mantua. Züchtigung von Castiglione Mantovano 361.
	„	General Wedel rückt in Schleswig-Holstein ein 394.

1848		
März	27	Paris. Mißlungener Putsch Blanquis 373.
	„	Posener Kommission zur Reorganisation des Großherzogtums 391.
	28	Belgische Freischaren bei Mouscron auseinandergesprengt 380.
	„	Madrid. Herstellung der gesetzlichen Ordnung 380.
	„	Königliches Reskript betr. das neue ungarische Ministerium 435.
	„	Wien. Kaiserliches Patent wegen Aufhebung der Robot 406.
	„	Wien. K. E. Schindlers Aufruf zur Verteidigung von Lombardo-Venetien 404.
	„	Fürst Felix Schwarzenberg verläßt Neapel 368 f.
	29	Berlin. Ministerium Arnim-Hansemann 303.
	„	General Culoz räumt Venedig 359.
	„	Preßburg. Stürmische Landtagssitzung 437.
	„	Bürger-Komitee in Krakau 430.
	„	Radetzky in Montechiaro 363 f.
	30	Wien. Rede Sommarugas in der Aula 312 A.
	„	Wien. Erste Nummer des „Freimütigen“ 318.
	„	Wien. Rücknahme des königlichen Reskriptes vom 28. März 440.
	„	Wien. Mazzuchelli an Pillersdorff 404 f 499 f.
	„	Galizische Landesdeputation in Krakau 427 f.
	„	Berlin. Wiedereinrücken des Militärs. Friedrich Wilhelm IV. an Camphausen 385.
	„	Paris. Auszug der expatriierten Savoyarden 380.
	„	Neapel. Ausmarsch der Fürstin Belgioioso nach Mailand 369.
	31	Deutsches Vorparlament in Frankfurt a. M. 397 f.
	„	Erzherzog Albrechts Abschied von seinen Truppen 414.
	„	Radetzky über Lonato nach Desenzano 364.
	„	Erzherzog Stephan mit Jubel in Preßburg empfangen 429.
	„	Aloys Kübeck an Pillersdorff über die lombardisch-venetianischen Zugeständnisse 422.
	„	General Wohlgemuth in Mantua 363.
	„	Prag. Podepsal. Rücktritt Rudolf Stadions von seinem Posten 423 f.
	„	Große Volksversammlung in Pest 440.
April	1	Fiasko der italienischen Opern-Stagione in Wien 405.
	„	Abfahrt der Wiener Freiwilligen nach Wiener-Neustadt 404.
	„	Wien. Das provisorische Preßgesetz verbrannt 407.
	„	Kufstein. Freigebung der amnestierten Galizier 429.
	„	Zweite Sitzung des Frankfurter Vorparlaments 398 f.
	2	Radetzky über Castelnuovo nach Verona 364 f.
	„	Belagerungsstand in Mantua 363.
	„	Preßburg. L. Schnee beantragt Juden-Emanzipation 442.
	„	Wien. Die deutsche Fahne am Stephansturm und in der Hofburg 411 f.
	3	Verona. Armeebefehl Radetzkys 365.
	„	Felix Schwarzenberg in Triest 368 f.
	„	Warnender Zuruf Rybińskis an die polnischen Emigranten 455.
	„	Colomb erklärt Posen in Belagerungszustand 392.

1848

April 3 Schluß des Frankfurter Vorparlaments. Fünfziger-Ausschuß 399.
" Neapel. Programm des Ministeriums Troya 370.
" Berlin. Letzte Sitzung des Vereinigten Landtages 386 f.
4 Wien. Auflösung des Staats- und Konferenzrates 415.
" (26. März a. St.) Manifest Nikolaus' I. an seine Völker 383.
" Karlsruhe. Struve und Fickler bei Welcker 400.
" Preußische Truppen besetzen Rendsburg 395.
" Paris. Wahl der Nationalgardeoffiziere 375 f.
5 Metternich in Haag 307.
" London. Removal of aliens bill 378 f.
" Willisen, königlicher Kommissär in Posen 456.
" Wiener Deputation nach Frankfurt a. M. 413.
" Abdankung des Erzherzogs Ludwig 416.
5/6 Vertreibung der Liguorianer aus Wien 417 f.
5/6 Aufruf Willisens an die Bevölkerung 456.
5/6 Erzherzog Franz Joseph, Statthalter von Böhmen 424.
7 Erzherzog Franz Karl quasi Alterego des Kaisers 416.
" Hecker in der badischen Kammer 400 f.
8 Preßburg. Letzte beschlußfassende Sitzung des Landtages. Neusatzer Deputation 440 f.
" Klausenburg. „Es lebe die Union mit Ungarn! Nieder mit Jósika!" 433.
" Wien. Allerhöchste Gnadenbezeigungen für Jellachich 445.
" Kaiserliche Erledigung der zweiten böhmischen Landespetition 425 f.
" Galizische Deputation beim Kaiser 462.
" Bojarenversammlung in Jassy 381.
" Sonderburg. v. Wildenbruch bei König Friedrich VII. 395.
" Karlsruhe. Mathy läßt Fickler verhaften 401.
9 Wiener Studenten in Preßburg 445.
" Pest. Große Versammlung im Museumsgebäude 446.
" Wessenberg an Pillersdorff 468.
" Volksversammlung in Bromberg 456.
" Niederlage der Schleswig-Holsteiner bei Bau 396.
" Wiener Deputation in Frankfurt a. M. 413 f.
10 Chartistenaufzug in London 379.
" Herstellung der gesetzlichen Ordnung in Jassy 381 f.
" Überfall von Tremessen durch Oberst v. Herrmann 457.
" Graf Leo Thun, Gubernialpräsident in Böhmen 425.
" Wien. Enthebung des Fürsten Windischgrätz von seiner außerordentlichen Mission 419.
11 Palackýs Absagebrief an den Frankfurter Fünfziger-Ausschuß 465—467.
" Petition der ständischen Vertreter in Krain 421.
" Pillersdorff an die Krakauer Hofkommission 463.
" Prag. Kundmachung der kaiserlichen Verwilligungen vom 8. April. Nationalausschuß 425.

1848		
April	11	Preßburger Landtagsschluß durch den König 446.
	"	Wien. Assentierung der Freiwilligen nach Italien 404.
	"	Konvention von Jaroslawice zwischen Willisen und den Nationalen 457.
	"	Begrüßung der Österreicher im Frankfurter Fünfziger-Ausschuß 465.
	11/12	Krakau. Ankunft des ersten Emigrantenzuges und der Kufsteiner Amnestierten 459.
	12	Frankfurt a. M. Anerkennung der schleswig-holsteinschen Regierung 396.
	12/14	Leo Thun macht in Stanisławów Ordnung 431.
	13	Pillersdorff an den Fürsten Jablonowski 463.
	"	Palermo. Ferdinand II. des Thrones verlustig erklärt 371.
	14	Wien. Studentenversammlung im Odeon. Schütte, A. A. Schmidl 473.
	"	Lemberg. Beabsichtigter Rücktritt Stadions 464.
	"	Posen. Trennung der deutschen von den polnischen Gebietsteilen. Verwahrung Mierosławskis und des Erzbischofs von Gnesen 457 f.
	"	Ankunft der ungarischen Minister in Pest 447.
	15	Wien. Tarnoczy an Kardinal Schwarzenberg 470.
	16	Verein Slovenija in Grätz 467.
	"	General v. Wedell rückt in Posen ein 458.
	"	Paris. Mißlungener Putsch der Radikalen 376 f.
	18	Abschaffung Schüttes aus Wien 473.
	"	Grätz. Zusammentritt des reformierten ständischen Landtags 421 A. 4.
	"	Friedrich Wilhelm IV. an Metternich 307.
	19	Lemberg. Adresse und Petition der Ruthenen an den Kaiser 461.
	19/20	Willisen verläßt Posen 459.
	20	Berlin. Mißlungene Volksdemonstration 387.
	21	Wien. Ministerielle Erklärung über das Verhältnis zur deutschen Nationalversammlung 467.
	"	Metternich in London 307.
	22	Wien. Notstandsbauten 451 f.
	24	Wien. Aufregung wegen des Georgizinses. Der magistratische Sicherheits-Ausschuß 452 f.
	25	Wien. Geburtstagsfeier des Kaisers. Verfassungsurkunde 473—476 499—504.

I.

Videbis, mi fili, quam pusilla sapientia regitur mundus!

Die neuere Geschichte der mitteleuropäischen Länder bewegt sich in unaufhörlichen Gegensätzen. Fast immer, im staatlichen, im kirchlichen, im gesellschaftlichen Leben, schwebt die eine Schale der Wage hoch oben, während die andere schwer herniederdrückt. Erfolgt dann eine Störung, so schnellt die letztere mit eins weit über alles Maß empor und sinkt die andere, in demselben Grade überlastet, unverhältnismäßig tief hinab. Gleich oder nahezu gleich, wie es das vernünftige Ebenmaß verlangte, stehen sie fast nie. Was ist die Erklärung dieses eigentümlichen Schauspiels?

„Du wirst sehen, mein Sohn", sagte zu seiner Zeit der schwedische Kanzler Oxenstjerna zu jenem, den er als schwedischen Bevollmächtigten nach Deutschland sandte, „du wirst sehen, mit wie geringer Weisheit die Welt regiert wird." Und anderthalb Jahrhunderte nach ihm lesen wir in den „Apokryphen" des originellen Seume: „Ob die Menschen Vernunft haben, ist mir entsetzlich problematisch. Ich habe wenigstens in ihren politischen, philosophischen und öffentlich moralischen Vorkehrungen sehr wenig davon wahrgenommen. Am meisten Vernunftähnliches findet man noch im Häuslichen."

Staatsklugheit ist etwas anderes als Staatsweisheit. Es ist ein Unterschied: kenntnisreich und gescheit, klug und gewandt sein, und: weise sein. Gewiß hatten sich die Staaten Europas, seit Oxenstjerna in jenen kurzen Ausspruch das unerfreuliche Ergebnis seiner langjährigen staatsmännischen Erfahrung niederlegte, über Mangel an kenntnisreichen und gescheiten, an klugen und gewandten Lenkern ihrer Geschicke nicht zu beklagen. Es traten zeitweise Pausen ein, aber dafür kamen dann wieder Männer an die Spitze der Geschäfte, deren Wirken den hervorragendsten Erscheinungen im Bereiche der Staatsklugheit angereiht werden muß. Allein die Staatsweisheit, die der berühmte schwedische Kanzler meinte; jene Weisheit, die sich nicht damit begnügt, Kenntnis von allen Zuständen und Vorgängen zu haben, ihr Wesen mit klarem Blick zu durchdringen und den

größtmöglichen Gewinn daraus zu ziehen, sondern die den berechnenden Blick über die Gunst oder Ungunst des Augenblickes in eine dauernde Zukunft richtet; die das Leben der Völker und Staaten nicht mit dem Maßstabe von Jahren und Jahrzehnten, sondern mit jenem von Jahrhunderten mißt; die nicht das vorübergehende Behagen des lebenden Geschlechtes, sondern das wachsende und erstarkende Heil kommender Generationen als Ziel vor Augen hat — diese Weisheit, sagen wir, muß denn doch nicht das vorwaltende Erbteil jener Reihe vielbegabter Staatsmänner gewesen sein, weil sonst unmöglich die meisten Länder unseres Weltteiles aus dem Stadium der Anfänge und Versuche, und mitunter der sehr unglücklichen Versuche, noch immer nicht heraus wären. Insbesondere gilt diese Bemerkung für Österreich, dessen vielgliedriger Länderbestand doch lange kein Problem mehr ist, sondern eine konkrete Realität von ausgesprochenem Gefüge und Gepräge; und insbesondere gilt sie weiter von jener Staatskunst, die seit den Jahren 1814 und 1815 nicht bloß in unserem Vaterlande, sondern in allen Ländern des europäischen Festlandes zur herrschenden geworden war.

Die langersehnte Befreiungsstunde hatte geschlagen. Der gewaltige Dränger und Bedrücker war zu Boden geworfen. Aber auch die Nation, aus deren Schoß er hervorgegangen und die ein Vierteljahrhundert hindurch erst mit den Häuptern, dann mit den Thronen von Königen gespielt, lag gedemütigt zu den Füßen der Sieger. Nicht mehr von heute auf morgen waren die Tage der Staaten und Völker gezählt, und nicht mehr waren Hab und Gut, Haus und Hof, Eigentum und Erwerb des friedlichen Bürgers allen Wechselfällen bald hier bald dort drohender oder ausbrechender Kriege ausgesetzt. Nach einem Vierteljahrhundert fortwährender Ungewißheit, unausgesetzter Stürme und Aufregungen durchdrang eine unnennbare Sehnsucht nach Ruhe und Erholung, nach Sicherheit und festem Halt alle Schichten der Bevölkerung; und diese Sehnsucht in ausreichendem Maße zu befriedigen, sahen fortan die leitenden Staatsmänner des europäischen Festlandes als das wichtigste, ja als das ausschließliche Ziel ihrer Bestrebungen an. „Die Länder sind ausgesogen, die Bevölkerung ist gelichtet, die Kassen sind geleert, der öffentliche Kredit steht am Rande einer verhängnisvollen Katastrophe. Es gilt, mit der Vergangenheit abzurechnen und dann ein neues Dasein zu begründen; es gilt, den zerrütteten Wohlstand zu heben, den Erwerb und die Künste des Friedens zu hegen; es gilt, Bildung und Sitte zu fördern, aber zugleich vor den Gefahren der Afterweisheit, der vermessentlichen Erkenntnis, des politisierenden Vorwitzes zu bewahren. Mögen sie nie wiederkehren, die Schreckenstage der Sansculotten, der wütenden Jakobiner, der bluttriefenden Guillotine, und mögen sie fern von unsern Grenzen bleiben, jene gleisnerischen Lehren, die zu so fluchwürdigen Ereignissen geführt haben!"

Mit Vorsätzen und Verheißungen solcher Art wurde denn von jenen, die am Webstuhle der Geschicke Europas saßen, die Friedenszeit eingeleitet, die sie den Völkern des erschöpften Weltteiles heilbringend zu bieten hofften. Und in der Tat erfüllten sie, wie man glauben mochte, in diesem Punkte ihre Aufgabe in der befriedigendsten Weise. Die Erscheinungen, die seit Anfang der neunziger Jahre die Völker geängstigt hatten, waren gebannt. Die „Schreckenstage" waren vorüber, es gab keine „Sansculotten" und keine „Jakobiner" mehr, oder mindestens, es war von ihnen nichts wahrzunehmen; und was die „vermessentliche Erkenntnis", den „politisierenden Vorwitz" betraf, so wurden die sinnreichsten Veranstaltungen getroffen, diese bösen Keime neuer Beunruhigung nicht zum Wachstum, nicht zur Reife kommen zu lassen. Doch — beschlich die Veranstalter der Kongresse von Aachen, Karlsbad, Troppau, Laibach, Verona niemals die Ahnung, daß es, anstatt nur besorgt zu sein, die Revolution niederzuhalten, vielmehr darauf ankomme, die Anlässe zur Revolution fernzuhalten? War unter all den Staatskünstlern keiner, der sich die Frage stellte, ob den Forderungen, die sich in der französischen Schreckenszeit so gewaltsamen Durchbruch verschafft hatten, nicht manches beachtenswerte Moment zu Grunde liege? Kam keinem der Gedanke, an die Stelle der bisherigen symptomatischen Behandlung dessen, was man als unruhigen Zeitgeist fürchtete, eine ätiologische von dem zu setzen, was sich als mißvergnügter Zeitgeist manifestierte? Wahrlich, jene vielgenannten Kongresse werden in der Geschichte für immer als Muster seltener Einmütigkeit der Fürsten und Regierungen der meisten europäischen Staaten, sie werden aber zugleich, bei dem beharrlichen Überhören und unerbittlichen Verweigern der vom Geiste der Zeit mit Macht verlangten Umgestaltungen, als Beispiele unglaublicher Kurzsichtigkeit und Befangenheit derselben dastehen.

Buckle zieht in seiner Einleitung zur „Geschichte der Zivilisation in England" einen treffenden Vergleich zwischen Ausbrüchen empörter Volkswut und Revolutionen in großem Stil. Die ersteren sind Erscheinungen örtlicher und zeitweiliger Erbitterung, die letzteren sind Kundgebungen eines allgemeinen politischen Dranges. Die einen haben unmittelbar widerfahrene Verletzung oder Überlastung zum Ausgang, die andern greifen weitverbreitete Mißstände und Mißverhältnisse in ihrer Wurzel an. Jene sind immer vom Übel und stiften nur Übles, diese können, richtig verstanden und behandelt, von folgenreichem Nutzen sein. Darum kann der Volks- und Menschenfreund die ersteren nur beklagen, die letzteren hingegen werden jederzeit dem denkenden Beobachter der weltlichen Geschicke eine Quelle der Belehrung und sollen den weisen Lenkern derselben eine Schule reifer Erwägung und folgenreicher Entschlüsse sein. Allein eben in diesem Punkte offenbarte sich bei den Politikern der Restaurationsperiode ein verhängnisvoller Mangel. Sie verstanden es nicht, die Ausbrüche roher Massenbewegung, an denen

die Zeit der französischen Revolution von 1789 leider so überreich war, von dem tiefer liegenden Wesen einer Bewegung zu sondern, die nicht bloß durch örtliche und zeitweilige Unzukömmlichkeiten, sondern durch einen tiefgreifenden Mißklang zwischen jenem, was bislang bestanden hatte, und dem, was ein geänderter Zeitgeist unabweisbar verlangte, hervorgerufen war. Sie sahen nur die roten Mützen wilder Schergen, die Freiheitsbäume, um die berauschte Rotten ihre bakchantischen Tänze aufführten, die Gefängnisse, die Proskriptionslisten, die Guillotine, das klägliche Ende zweier königlichen Märtyrer; aber sie sahen nicht oder wollten nicht sehen, daß all das, so bedauerlich, so verabscheuungswürdig, so himmelschreiend es sein mochte, nur äußere Erscheinungen eines Übels waren, dessen Heilbedürftigkeit dadurch nur um so unverkennbarer an die Oberfläche trat; daß es nur zufällige Auftritte waren, im einzelnen Falle in ihren Folgen unwiederbringlich und unsühnbar, im großen ganzen aber doch unwesentlich und vorübergehend, und die von selbst schwinden mußten, sowie die Gründe jenes allgemeinen Mißbehagens behoben waren, das eine der großartigsten Bewegungen im Völkerleben der Neuzeit veranlaßt hatte. Wir haben nicht nötig, uns des breiteren über Dinge auszulassen, die allgemein bekannt und zugestanden sind. Einige Andeutungen werden genügen, um den Gedankengang weiterzuleiten. Einer der Hauptgründe jenes Unwillens, woraus die Umwälzung von 1789 ihren Ursprung herleitete, lag in den absolutistischen Verfassungsverhältnissen Frankreichs, die sich, aus andern Zuständen und Stimmungen entsprungen, seither längst überlebt hatten. Aber die Politiker von 1814 und 1815 faßten die Sache in umgekehrtem Sinne auf, indem sie vorgaben, erst die Verfassungsverhältnisse, welche nach 1789 in Frankreich in freiheitlichem Geiste entstanden waren, hätten den gewalttätigen Umsturz, und was sich alles daran knüpfte, hervorgerufen. Mochte es nun sein, daß sie sich in der Tat überzeugt hielten, das absolutistische Regiment eigne sich für große Staaten am besten; die Maxime: „Alles für das Volk, nichts durch das Volk“ sei die allein richtige; unter einem patriarchalischen Regierungssysteme befinde sich die Bevölkerung am behaglichsten und gedeihe am besten: was war ihre vereinzelte Überzeugung gegen die unter den Gebildeten und Höherstrebenden aller Länder sich immer weiter verbreitende gegenteilige Ansicht, die sich nicht länger unter der Vormundschaft einer kleinen Anzahl von Ratgebern der Krone gehalten wissen wollte, die Mitraten und Mittaten des Volkes verlangte, die sich endlich nach Entfesselung des Geistes von allen willkürlich beengenden Schranken, nach freier Bewegung in Angelegenheiten von öffentlichem Interesse sehnte? Angenommen, daß die letzteren alle mit ihrer Ansicht irre gingen, jene wenigeren mit ihrer Überzeugung auf rechtem Wege waren, so gibt es nun einmal im Staats- und Völkerleben Dinge, von denen der improvisierte Ausruf Mirabeaus gilt: „daß, wo alle Welt unrecht hat, alle Welt wieder recht hat, weil das

größte Talent der öffentlichen Zustimmung bedarf, um über die Umstände zu triumphieren".

Was insbesondere Österreich betraf, so war allerdings von dem politischen Freiheitsdrang, der sich jenseits und vielfach auch diesseits des Rheins in so unzweideutiger Weise Luft gemacht, zu jener Zeit im allgemeinen nicht viel wahrzunehmen und wurde sogar um dieses Umstandes willen unser Vaterland von Regierungen und Staatsmännern, denen der Geist der Unruhe und des Widerspruchs in ihren Ländern unausgesetzt zu schaffen machte, wahrhaft beneidet. Allein, war vorauszusetzen, daß es immer so bleiben werde? daß die künstlichen Mittel, durch die man diesen Zustand aufrechtzuhalten bemüht war, nicht zuletzt ihre Kraft verlieren würden? Mußte nicht im Gegenteile die politische Wahrscheinlichkeitsrechnung auf die Vermutung leiten, daß das Verlangen nach freiheitlichen Formen und Einrichtungen, das sich in der Nachbarschaft mehr und mehr zur Geltung brachte, früher oder später auch in den österreichischen Ländern zu unverkennbarem Ausdrucke gelangen werde? Und war es, wenn sich diese Vermutung oder — geben wir es im Geiste der damaligen Regierungskunst zu — diese Befürchtung nicht abweisen ließ, nicht vielmehr geboten, beizeiten die zweckmäßigste Befriedigung jenes Verlangens anzubahnen und dadurch einer gewaltsamen Erzwingung des Verlangten vorzubauen, anstatt, wie es leider tatsächlich bei uns geschah, selbst noch die kärglichen Überbleibsel kommunaler und repräsentativer Selbstbestimmung, die sich aus vergangenen Zeiten erhalten hatten, mehr und mehr zu verkümmern?

Es war aber nicht bloß die Form des Regierens, die unter den Völkern allmählich sich steigernde Unzufriedenheit und Mißvergnügen gebar. Die „alles für das Volk" zu wirken sich rühmten, versahen es nur zu häufig in der Sache selbst, aus mangelhafter Einsicht, aus Gleichgültigkeit und Fahrlässigkeit, wohl auch aus selbstsüchtigem Bestreben der eigenen Machterhaltung — après nous le déluge. Unkontrollierte Gewalt hat im Selbstgefühl ihres Könnens mehr oder minder ausgeartet, solang die Weltgeschichte steht. Die plötzlich losgebundene Wut der ersten französischen Revolution hatte allerdings in einer kurzen Spanne Zeit ein Übermaß von Aufregung und Unordnung, von roher Gewalt und Grausamkeit, von Greueln und Schrecken gehäuft, von denen sich das Auge jedes edler fühlenden Menschen mit Abscheu wegwendet. Aber jene unabsehbare Kette von Druck und Belastung, von Härte und Willkür, von Mißbräuchen und Übergriffen, die sich die ganze lange Zeit des Mittelalters und bis weit in die Neuzeit herabzog, sie wäre nichts? „Ihr weiset hin", sagt ein neuerer französischer Schriftsteller, „auf die ewig beklagenswerten Opfer des September; wir weisen hin auf jene der Albigenser, der St-Bartholomäusnacht, der Cevennen! Ihr zählt hundert der Zerstörung preisgegebene Schlösser auf; wir zählen die tausend Fronen und Herrenrechte auf, die unter dem Schutze ihrer

Mauern emporwucherten! Ihr entrüstet euch über die vorübergehende Tyrannei zur Verzweiflung gebrachter Massen; wir entrüsten uns über die jahrhundertelange Tyrannei der ehemaligen Zwingherren!" Die Restauration von 1814 und 1815 hatte nun allerdings die früheren Übelstände in ihrer vollen Blüte nicht wieder aufkommen lassen: es gab keine Raubritter und unterirdischen Burgverließe, kein Faustrecht und keine Feme mehr; es schwanden selbst Zopf und Perücke, diese mehr komischen Symbole vom strömenden Leben der Völkergeschichte hinweggeschwemmter Verhältnisse. Allein Reste mittelalterlicher Zustände bestanden noch fast in aller Herren Ländern. In den höheren Regionen der Gesellschaft entschlug man sich nicht ohne zwingende Not dessen, was durch jahrhundertelange Gewohnheit zur zweiten Natur geworden war. Der widernatürliche Satz, daß Macht vor Recht gehe, hatte auch in der Restaurationsperiode in kleinen und großen Dingen seine verführerische Kraft nicht verloren. Die Regierenden zeigten sich nur zu häufig geneigt, ihnen unbequeme Ansprüche und Gerechtsame dem unterzuordnen, was sie als ersprießlich für ihre Zwecke zu erkennen glaubten. Unter dem gleisnerischen Vorwand der Staatswohlfahrt wurden die begründetsten Forderungen ganzer Länder und Völker überhört, wurde unleugbaren Mißbräuchen der Stempel unantastbarer Berechtigung aufgedrückt, wurden allgemeine Interessen von tiefer Bedeutung dem Scheine eitler Machtvollkommenheit zum Opfer gebracht.

So hatten denn die gewandten Politiker der Restauration und ihre in dieser Schule aufgewachsenen Nachfolger allerdings den Erfolg einer lange dauernden, nur zeitweise und örtlich unterbrochenen Friedensperiode für sich. Allein um so unerbittlicher strafte zuletzt das überwältigende Hereinbrechen der Ereignisse von 1848, in fast allen Ländern des europäischen Weltteiles, sie und ihre lang gerühmte Staatskunst Lügen. Denn als in den Februar- und Märztagen die ersten Laute von Freiheit ertönten, da war es nicht allein die ungezügelte Masse, da waren es nicht bloß verschrobene Köpfe und umsturzsüchtige Störenfriede, da waren es all die besten und edelsten Elemente der Bevölkerung, die das Fallen der beengenden Schranken, die Eröffnung einer neuen glückverheißenden Bahn mit freudigem Danke begrüßten. Das Licht der Märzsonne hätte nicht so allgemein durchdringen, nicht so hell und erwärmend wirken können, wären nicht früher allenthalben die Nebel so beklemmend, die Schatten so schwer und düster gewesen. Wie behaglich sich viele in der vorausgegangenen stillfriedlichen Zeit gefühlt haben mochten, mit geringen Ausnahmen jauchzten alle auf, als der belebende Hauch des „Völkerfrühlings" über sie hinfuhr und neue Kräfte, für gesetzliche Freiheit und Völkerglück begeistert, auf allen Punkten rege wurden. Die ausgezeichneten Rechenmeister der Restaurationsperiode, das wurde jetzt klar, sie hatten die äußeren Erscheinungen ihrer Zeit trefflich zu benutzen gewußt; sie hatten den Gefahren und dem Ungemach, aus denen sie den

Staat nach langem Ringen gerettet, gründlich abzuhelfen verstanden. Allein was in späteren Tagen, wenn einmal das Behagen wiedergewonnener Ruhe und Sicherheit in das Unbehagen politischer Ohnmacht und geistiger Erschlaffung übergegangen sein würde, bei dem leisesten Anstoß von außen kommen werde, kommen müsse, das hatten sie nicht in ihren Kalkul einbezogen! Sie hatten sich als klug und gewandt erwiesen, aber die köstlichere Gabe der für kommende Zeiten vorsorgenden Weisheit war ihnen nicht beschieden. Wann trifft es sich im Lauf der Jahrhunderte, daß einem Volk das beneidenswerte Glück mehr als dreißigjährigen Friedens in den Schoß fällt? Und nun war man auf den Punkt gekommen, sich sagen zu müssen, daß man diese dreißig Friedensjahre, vom Standpunkte staatsmännischer Voraussicht, in unverantwortlicher Weise ungenutzt hatte vorübergehen lassen!

Und mehr noch mußte man sich sagen! Man hatte in unseliger Verblendung selbst die Elemente herangezogen, die jetzt erbarmungslose Vergeltung zu üben sich anschickten. Denn nur zu bald wurde man inne, daß es nicht neue Kräfte waren, die mit einem Schlage kampfgerüstet emportauchten, und daß es nicht gesetzliche Freiheit und Völkerglück war, was sie anstrebten und brachten. Tief im Grunde unter der trügerischen Ruhe und Glätte des Spiegels, da hatte es lang begonnen zu gären, und der anhaltende Druck, der beklemmende Gewahrsam hatte gefährliche Stoffe gebildet, die jetzt wie böse Wetter mit verheerender Gewalt an die Oberfläche traten. Man hatte drei Jahrzehnte hindurch von Staats wegen das, was bloß ersprießlich schien, über jenes gesetzt, was Recht und Gebühr verlangten; man durfte sich jetzt nicht wundern, wenn die Masse von Volkes wegen in derselben Weise vorzugehen gedachte. Man hatte bei keinem gegebenen Anlasse verabsäumt, den Leuten den Gesetzessinn des Briten, den Konstabler mit dem weißen Stäbchen, als mustergültiges Exempel vorzuhalten; aber man hatte nichts getan, jenen beneidenswerten Gesetzessinn des Briten im eigenen Volke heranzuziehen. Man hatte ihn im Gegenteile durch ein System absoluten Gebietens und Herrschens völlig untergraben und einen stumpfen Untertänigkeitssinn geschaffen, der nun, nachdem die Fesseln gesprengt waren, um so unbändiger ausartete, je demütiger er sich früher gebärdet hatte. Auf solche Weise kam, was nicht ausbleiben konnte: auf ein Äußerstes folgte das andere. Auf der einen Seite trat Abspannung an die Stelle früheren Überreizes, auf der andern Überstürzung an die Stelle früheren Bannes.

Mit einer Uhr vergleicht der Tor die Weltgeschichte
Und meint, es sei gar leicht, daß man sie rückwärts richte:
Mag immer deine Hand den Zeiger rückwärts drehn,
Er wird im Augenblick doch wieder vorwärts gehn![1]

[1] Justus Steinbühl, Epigramme und Sinnsprüche eines Unparteiischen, München 1848.

II.

Im Herzen von Europa.

Wahrlich, existierte der österreichische Kaiserstaat nicht schon längst, man müßte im Interesse von Europa, im Interesse der Humanität selbst, sich beeilen, ihn zu schaffen.

Palacký.

1.

Die österreichische Monarchie ist eine in der Geschichte der Staaten eigenartige Erscheinung. In ihrem bunten Nationengemisch ist sie wie eine seßhaft gewordene Völkerwanderung und dadurch ein Abbild unseres Weltteiles: ein Europa im kleinen, dessen Mitte, auch geographisch genommen, dessen Herz sie bildet. Die Leitung und Regierung eines so eigentümlichen Staatsgebildes ist gewissermaßen ein Problem, zu dessen Lösung wohl manche den Schlüssel gefunden zu haben meinten — nur leider niemals die, denen es ihre Stellung auferlegte, von Schlüssel und Lösung maßgebenden Gebrauch zu machen. Daß sich in einem staatlichen Gesamtverbande so ungemein verschiedene Stämme zusammenfinden konnten, wurde von der denkenden Geschichtschreibung stets für mehr als bloßes Spiel des Zufalls gehalten. Lang schon hatte man auf Lehrstühlen der deutschen Universitäten das Wesen Österreichs darin erkannt, daß es die Vermittlung anbahne zwischen den drei großen unsern Weltteil beherrschenden Rassen: der romanischen, der germanischen und der slavischen. Nur die Lenker der neueren Geschicke unseres Staates selbst huldigten nie dieser Ansicht. Von der Voraussetzung des ausschließend deutschen Berufes des Kaiserreiches befangen, ging ihnen das Verständnis der wahren Bestimmung Österreichs vollständig ab, und sie übersahen alle Wahrzeichen und Marksteine, die auf eine andere Richtung als die von ihnen mit blinder Beharrlichkeit eingehaltene hinwiesen. Es gab deren, die es mit Mund und Wort versicherten, „die berechtigten Forderungen des Zeitgeistes" beachten zu wollen; allein als berechtigt galten

ihnen eben nur jene, die in ihren vorlängst ausgebauten Gedankenkreis hineinpaßten, und durchaus unberechtigt waren in ihren Augen alle die, die an dem deutschen Beruf Österreichs zu rütteln wagten. Ohne ihr meisterndes Dareingreifen würden sich die lebensfähigen unter den österreichischen Nationalitäten zwanglos entwickelt, würde diese Entwicklung in freiem Laufe ihr natürliches Bett gefunden und würden all die vielsprachigen Stämme nebeneinander ihr friedliches Auskommen gefunden haben. Allein indem unsere Staatskünstler die Nationalitätsbewegung für etwas Ungehöriges ansahen, sie durch gesuchte Mittel zu dämmen und zu stauen strebten, stifteten sie nur Unfrieden, reizten sie die willkürlich beengten Stämme zu Neid und Mißgunst gegen die zur Herrschaft gedrängte Rasse und steigerten die Widerstandskraft jener, deren Macht sie allmählich unterhöhlen und zuletzt brechen zu können meinten.

Die Nationalitätenfrage ist im 18. Jahrhundert schüchtern aufgetaucht und erst im 19. an die politische Tagesordnung der österreichischen Geschichte getreten. Es vergingen Jahrhunderte, wo man von Schwierigkeiten oder gar Hindernissen in dieser Beziehung nichts wußte. Es gab in allen Gebieten des damaligen europäischen Staatensystems nur eine Sprache, die zugleich die diplomatische, die gelehrte und die heilige war, und die Spitzen aller Richtungen der Gesellschaft verkehrten durch sie miteinander von einem Ende der gebildeten Welt zum andern, während die Masse des Volkes, bunter und mehrzüngig als heutigentags, frei und ungezwungen in angestammter Sitte, Gewohnheit und Sprache lebte. Was insbesondere das Bereich des heutigen Kaiserstaates betraf, so bot in der theresianischen Periode die Vielfältigkeit der Idiome der Verwaltung hauptsächlich darum keine Schwierigkeit, weil die einzelnen Länder abgesondert voneinander gehalten und regiert wurden. Noch über Kaiser Karl VI. hinaus hatten Böhmen und Tirol, Mailand und Schlesien, Ungarn und Siebenbürgen nicht bloß ihre eigenen Landtage, ihre eigenen landesfürstlichen Behörden, ihre eigenen mitunter sehr abweichenden Verfassungen: auch in Wien, im politischen Mittelpunkte der damaligen „k. k. Erbstaaten", gab es für die oberste Leitung eine „böheimische", eine nieder- und eine innerösterreichische „geheime Hof-Canzley", einen „hungarischen" und einen siebenbürgischen „Hof-Rath und Canzley"; es gab in cameralisticis eine „Haupt-Commission der Hungarischen und anderen dahin konfinirenden Landen", eine solche „derer drey Böheimischen Landen", eine dritte „der österreichischen Landen"; es gab einen „Höchsten Spanischen Rath" mit Abteilungen für Mailand, für Flandern ꝛc. Unter der Regierung der großen Kaiserin bestanden als abgesonderte oberste Behörden: die böhmische und österreichische „Hof-Canzley", der „Hungarische Hof-Rath und Canzley", ebenso der siebenbürgische, die Deputatio in Illyricis, das niederländische und das italienische „Departement", die „Obriste Justizstelle in Bohemicis" ꝛc., vor-

übergehend auch die galizische Hofkanzlei. Lebten in den einzelnen Ländern selbst wieder Stämme von verschiedener Nationalität, so war bei ihnen, wie bei den Slovenen in Innerösterreich, das Nationalbewußtsein noch nicht erwacht oder, wie bei den Čechoslaven, durch vorangegangene traurige Ereignisse daniedergehalten, oder es waren, wie in Ungarn und Galizien, Reibungen und Mißverständnisse im öffentlichen Verkehr dadurch fern gehalten, daß das Latein als allgemeine Gerichts-, Verhandlungs- und Verwaltungs-, ja selbst als Umgangssprache der gebildeteren Stände in Übung war, auf deren neutralem Gebiete der Magyare, Pole und Deutsche, der Slovake und Ruthene, der „Raize" und „Walache" des Widerstreites ihrer verschiedenen Muttersprachen gar nicht inne wurden.

Dieser Zustand des Friedens, oder richtiger gesprochen, der Hintanhaltung des Krieges mußte mit dem Zeitpunkt ein Ende nehmen, wo die österreichischen Staatsmänner das Ziel anstrebten, die Bande, durch welche die einzelnen Bestandteile der Monarchie zusammengehalten wurden, fester anzuziehen und der obersten Verwaltung statt des bisherigen föderativen Charakters einen mehr zentralisierenden zu geben. Im Staatsrate Maria Theresiens wurde zwar vorderhand nur von der „Einförmigkeit der allgemeinen Denkungsart" gesprochen, von der „unvermerkten harmonischen politischen Übereinstimmung unter den an Sitten, Gebräuchen, Klima ꝛc. verschiedenen Nationen der Monarchie", wodurch ein „wahrer Nationalgeist" gebildet werden sollte. Allein schon damals zeigten sich die ersten Keime jenes Strebens, nach und nach alle volkstümlichen Eigenheiten zu verwischen und in dem allein zur Herrschaft berufenen deutschen Elemente aufgehen zu machen, und mit der Einführung des „deutschen" Schulwesens in den siebziger Jahren trat die Absicht, nicht bloß in Amt und Verwaltung alles auf gleichen Fuß zu bringen, sondern auch die verschiedenen Umgangssprachen durch eine gemeinsame zu ersetzen, ganz unverkennbar hervor. Dabei wußte jedoch die Einsicht und das milde Gerechtigkeitsgefühl der hohen Monarchin allen Schroffheiten, die zu ihrer Kenntnis gelangten, entgegenzutreten, und noch im Dezember 1777 reskribierte sie eigenhändig über den Druck von böhmischen Gymnasialbüchern „weillen es vor dem staatt nothwendig ist". Solchen Sinnes und Meinens war nun ihr Sohn und Nachfolger nicht. Joseph II. war eine jener schnellfertigen Entweder-Oder-Naturen, die kein Drittes, kein Besonderes und Eigentümliches gelten lassen, und denen sich, wo sie etwas nach ihrem subjektiven Ermessen als das Rechte erfaßt haben, alles ohne Widerrede fügen soll. Wie Kaiser Joseph über Nationalität und Sprache dachte, hat er nirgends schroffer ausgesprochen als in dem Schreiben an einen ungarischen Magnaten, der ihm gegen die allgemeine Einführung der deutschen Sprache in seinem Heimatlande Vorstellungen gemacht hatte. „Die deutsche Sprache", so antwortete der Kaiser, „ist die Universalsprache meines Reiches; warum sollte ich die Gesetze und die

öffentlichen Geschäfte in einer einzigen Provinz nach der Nationalsprache derselben traktieren lassen? Ich bin Kaiser des Deutschen Reiches; demzufolge sind die übrigen Staaten, die ich besitze, Provinzen" 2c.

2.

Als Römischer Kaiser deutscher Nation konnte Joseph II. in der Germanisation seiner anderssprachigen Völker, wenn man so will, seine Aufgabe, seinen Herrscherberuf erblicken, und in gleicher Weise ließ sich dies für seinen unmittelbaren Nachfolger Leopold II. zugeben. Auch Franz II. durfte als deutscher Kaiser noch allenfalls so sprechen; Franz I. als Kaiser von Österreich durfte es nicht mehr.

Das österreichische Kaisertum ist in gewissem Sinne aus dem römisch-deutschen hervorgegangen, es ist aber durchaus nicht an dessen Stelle getreten, im Gegenteil, es hat sich von ihm losgesagt und abgelöst. Die früheren habsburgischen „Erblande" oder „Erbstaaten" waren jetzt kein unselbständiges Glied, kein Anhängsel eines umfassenderen Ganzen mehr, sie waren jetzt selbst zu einem Ganzen geworden. Mit der Niederlegung der deutschen Kaiserwürde, die fortan nicht mehr bestand, und mit der Schöpfung des selbständigen und für sich abgeschlossenen österreichischen Kaisertums war der Politik seiner Monarchen eine wesentlich andere Grundlage geschaffen, ein neues Ziel gesetzt, und war ihr eine Aufgabe gestellt, die mit der früheren keinen grundsätzlichen Zusammenhang hatte. Österreich war kein deutscher Staat mehr, es war ein völkerverbindendes Reich geworden, das berufen war, über die ihm angehörigen verschiedenen Stämme mit gleicher Gerechtsame und Sorgfalt zu wachen und zu walten. Das Deutschtum besaß bei der nunmehrigen Andersgestaltung der Zustände und Verhältnisse in der Gemeinbürgerschaft mit den anderssprachigen Stämmen kein Vorrecht mehr, aber es blieben ihm ein von Verwaltungs wegen kaum anzufechtender Vorzug und ein tatsächlich bestehender Vorteil, welche die Mitnationalitäten dem Deutschtum nicht neiden und die sie ihm in ihrem eigenen Interesse nicht verkümmern sollten. Der Vorzug ist ein rein administrativer. Denn wie es in einem aus verschiedensprachiger Mannschaft bestehenden Heere eine Armeesprache geben muß, so müssen auch die zu einem gemeinsamen Dienste bestellten Behörden in einer Verwaltungssprache unter- und miteinander verkehren und verhandeln. Das ist dann keine Staatssprache, denn es ist nicht von Staats wegen, sondern von Zweckmäßigkeits und Nützlichkeits wegen. Den gleichen Charakter hat der rein gesellschaftliche Vorteil, der sich aus der längst vorhandenen und sich stets erweiternden Verbreitung der deutschen Sprache als gemeinsames Verständigungsmittel der Bevölkerung bis an

die äußersten östlichen und südlichen Grenzen des Reiches ergibt. Auch in dieser Richtung hätte die Gesetzgebung nichts vorzukehren; sie würde vielmehr, wo an der Stelle des natürlichen Ganges der Dinge ein förmliches Gebot der halb unbewußten Neigung der Bevölkerung behördlichen Zwang auferlegen wollte, nur unheilvollen Widerwillen, Widerspruch und Widerstand hervorrufen.

Den grundlegenden Unterschied der Gestaltungs- und Regierungsfragen des habsburg-lothringischen Länderstaates seit der großartigen Schöpfung des Kaisers Franz gegen jene vor diesem Zeitabschnitte haben die leitenden Staatsmänner Österreichs von allem Anfang nicht erfaßt und beachtet. Sie haben nach wie vor dem 11. August 1804 an jener Anschauung festgehalten, die sich unter Maria Theresia zuerst entwickelt, die dann der Eigenwille Josephs II. in so scharfe Worte gefaßt und die er auch in seinen östlichen Erbstaaten zur Geltung zu bringen gewollt hat.

Allein gerade in Ungarn ließen sich bekanntlich die Germanisierungspläne der Wiener Staatskunst nicht durchführen. Die Folge davon war nun nicht etwa die, daß man, durch diesen Widerstand aufmerksam gemacht, auch in den andern Provinzen von der Einführung eines widernatürlichen Sprachzwanges abließ, sondern im Gegenteil die, daß man, was mit dem ganzen Reiche nicht anging, um so nachdrücklicher in der einen Hälfte des Reiches zur Geltung zu bringen suchte. In Ungarn ließ man die Dinge gehen, wie man es nicht ändern zu können meinte; die übrigen Länder jedoch waren „deutsch" und sollten es bleiben. Als Rechtfertigungsgrund galt die Zugehörigkeit zum Deutschen Bunde, als Notwendigkeitsgrund die Einheit der Verwaltung. Letzteres möchte mit den durch den behördlichen Verkehr mit anderssprachigen Elementen gebotenen Einschränkungen zugegeben werden, das erstere aber nicht. Durch den Beitritt eines Teiles seiner Länder zum Deutschen Bunde ist Österreich ebensowenig ein deutscher Staat geworden, als es durch den Beitritt des lombardisch-venetianischen Königreichs zu einem italienischen Bunde, wenn es einen solchen gegeben hätte, ein italienischer geworden wäre. Der österreichische Kaiserstaat blieb immer ein Reich für sich, auf eigener Grundlage ruhend, von eigenen Grenzen umschlossen, von eigenen Zielpunkten und nach eigenen Gesetzen geleitet. Auf den deutschen Beruf Österreichs, an welchem unsere leitenden Staatsmänner noch immer festhalten wollten, hatte Kaiser Franz am Wiener Kongresse durch Ablehnung der deutschen Kaiserwürde endgültig verzichtet. Draußen im Reich, wie man das außerösterreichische Deutschland hieß, verstieg sich wohl das nationale Hochgefühl immer weiter, wenn nicht der Tat nach, mindestens in Ideen und Plänen selbst nach Ungarn hinüber, ja über Ungarn hinaus. Bald war die Donau ein „deutscher Strom", obgleich der größte und mächtigste Teil ihres Laufes durch nicht deutsche Gebiete ging, bald träumte man von einem „deutschen Städtekranz am Schwarzen

Meere"; denn die deutsche Sprache sei es allein, die Bildung und Sitte in den unkultivierten Osten tragen und sich das halb barbarische Slaventum und Hellenentum unterwerfen müsse. Man besann sich allerdings zuweilen, daß die Deutschen in Österreich nicht den überwiegenden Teil der Bevölkerung dieses Großstaates ausmachten; allein man zählte auf die moralische Fähigkeit und Kraft des deutschen Elements, dem es unter dem Schutze und mit den Mitteln der Regierung gelingen werde, die andern Nationalitäten mit der Zeit in sich aufgehen zu machen. Und warum sollte, sprach man, wenn die Staatsverwaltung nur die rechten Maßregeln ergreift und mit unverrückter Ausdauer ihrem Ziele nachgeht, Österreich mit seinen Čechoslaven, Galizianern, Slovenen nicht dasselbe gelingen, was der preußischen Politik in so bewundernswerter Weise mit ihren polnischen Untertanen gelungen sei?

Bei diesen Überschlägen und Voraussichten war wohl manches übersehen. Was zunächst den Hinweis auf Preußen betraf, so sollte auffallen erstens: daß dort die slavische Bevölkerung des Großherzogtums Posen gegen die deutsche des Gesamtstaates nur einen verhältnismäßig kleinen Bruchteil ausmachte, während in Österreich das Deutschtum gegen die anderssprachigen Stämme in entschiedener Minderzahl stand, und zweitens: daß man in Preußen, trotz der in dieser Hinsicht ungleich günstigeren Verhältnisse und der mitunter wahrhaft barbarischen Entvölkerungsmaßregeln der Regierung, weit davon entfernt war, mit seinen polnischen Untertanen „fertig" zu sein, die vielmehr, so oft es sich im nahen Königreiche regte, ihre nationale Existenz in ganz unzweideutiger Weise fühlbar machten und bis auf den heutigen Tag fühlbar machen[1]. Wenn man dann weiter den österreichischen Nationalitäten gegenüber fortwährend auf das Übergewicht der deutschen Bildung pochte, so durften erstere doch wohl anführen, daß ja seit mehr als einem halben Jahrhundert für deutsche Schule und Erziehung alles geschehen sei, für die anderssprachige dagegen, den Unterricht in den untersten Dorfschulen ausgenommen, soviel wie nichts, und daß daher unter solchen

[1] Anfang Mai 1869 brachte die „Breslauer Morgenzeitung" einen Artikel, worin letzteres ganz offen zugestanden und, anknüpfend an die eventuelle „Annektierung" der slavischen Čechen und Mährer, bemerkt wurde: „Preußen hat schon an den paar Millionen Polen viel zu viel, um sich einen Zuwachs von Völkern zu wünschen, welche vermöge ihrer Verwandtschaft die Rassenopposition gegen das deutsche Element, ohne welches Preußen machtlos ist, verstärken und verschärfen würden. Wie schwer es fällt, Slaven für die deutsche Kultur zu gewinnen, zeigt die polnische Bevölkerung Oberschlesiens, welche eine gleichgültige, für das den preußischen Staat belebende und treibende Moment fast unempfindliche Masse bildet, während die Polen Posens und Westpreußens zu demselben in einem Gegensatze verharren, der tatsächlich nur durch die allmähliche Kolonisierung jener Provinzen durch deutsche Zuzügler beseitigt zu werden vermag. Preußen wird die polnische Bevölkerung niemals so für sich gewinnen, daß es auf dieselbe zählen könnte."

Umständen nicht von tatsächlicher Bildung, die bei den nichtdeutschen Nationalitäten geradezu vernachlässigt und verabsäumt worden, sondern nur von Bildungsfähigkeit die Rede sein könne, in welcher Hinsicht keiner der österreichischen Volksstämme dem deutschen nachstehe. Überdies war nicht zu verkennen, daß die Wortführer der herrschenden Nationalität bei ihrem Wettstreit mit den andern sich die Sache etwas gar leicht machten. Denn wenn sie den ganzen Vierzig-Millionen-Stamm[1] der in und außer Österreich wohnenden Deutschen in die eine Wagschale legten und dagegen z. B. die vier Millionen Čechoslaven in die andere, so mußte wohl die letztere federleicht in die Höhe schnellen. Wandte man hingegen jenen Maßstab an, den man allein als billig und richtig gelten lassen kann: wieviel Männer, so ließ sich im vormärzlichen Österreich fragen, hatten, trotz ihrer Überzahl gegen die böhmisch-mährischen Slaven, die österreichischen Deutschen aufzuweisen, welche sie an Historikern einem Palacký, an Sprachforschern einem Dobrowský und Safařík, an bahnbrechenden Naturforschern einem Purkyně, Škoda und Rokitanský entgegenzusetzen vermochten?

Allerdings hatten diese und zahllose andere Männer slavischer Abkunft ihre geistige Ausbildung mehr oder minder deutscher Sprache und Schule zu verdanken, weil eben Lehranstalten in ihrer Muttersprache damals nicht bestanden. Allein schon gaben sich in Böhmen und Mähren unzweideutige Wahrzeichen einer langsamen, aber stetig fortschreitenden Wandlung in diesen Verhältnissen kund, einer Wandlung, die insofern nicht ohne Mitwirken der Regierung geschah, als gerade das zwangsweise Vorgehen der letzteren es war, das den Reiz des Widerstandes weckte und die Kräfte dazu stählte. Wie aus den Spalten und Ritzen eines eingestürzten Steinbaues, so quoll der Born unverwüstlichen Volkslebens überall hervor und zersetzte das immer loser werdende Gefüge willkürlicher Einengung und Fesselung. Eine Anzahl opferwilliger Patrioten, die, wie Joseph Jungmann, selbst einer von ihnen, sich ausdrückte, „den Gegnern zum Ärgernis, den Ihrigen nicht zu Gefallen, sich selbst häufig zum Schaden", ihre beiseite geschobene Muttersprache ans Licht zogen und ausbildeten, rückte sacht und unbemerkt in die Rolle von Führern hinauf, deren Mahnrufe vielstimmigen Widerhall fanden. Trotz des Mangels von Lehrstühlen und regelmäßigem Unterricht schlug die Pflege der Muttersprache immer tiefere Wurzeln und entwickelte sich mit nur sporadischer Unterstützung einflußreicher und vermöglicher Mäcenaten allmählich eine Literatur, die mit der Sichtung der vernachlässigten Volkssprache durch Erforschung und Bearbeitung der Grammatik, mit der

[1] Es werden hier überall nur große runde Ziffern angesetzt, und zwar erstens mit Rücksicht auf die Verhältnisse vor 1848, und zweitens mit Ausschluß der ungarischen Länder, von deren Nationalitätszuständen später die Rede sein wird.

Wiederherausgabe von Werken alter Schriftsteller, mit Übersetzungen, schüchternen poetischen Versuchen, gemeinfaßlichen Volks- und Jugendschriften begann, aber mit der Zeit auch ernstere Fächer in das Bereich ihrer vorwärtsstrebenden Tätigkeit zog. Daneben bildeten sich Liebhabertheater, gesellige Vereine mit vorübergehenden Zusammenkünften und Ausflügen oder Versammlungen in ständigen Räumlichkeiten (besedy), deren Wände mit den Bildnissen berühmter Männer der nationalen Vergangenheit oder der gefeierten Wiedererwecker und „Patriarchen" der Nationalität geschmückt waren. Die Landes- oder Stammesfarben kamen da zur Geltung, die Muttersprache wurde in Redeübungen, im Vortrage volkstümlicher Dichtungen, im Gesange einheimischer Volkslieder gepflegt, Nationaltänze wurden aufgeführt und durch diese und ähnliche Mittel das schlummernde Gemeingefühl in täglich sich erweiternden Kreisen wachgerufen und angeeifert. Solche Dinge konnte man nicht sehen, wenn man geflissentlich vor ihnen den Blick verschloß; aber übersehen, wenn man die Augen offen hielt und gebrauchen wollte, konnte man sie nicht.

3.

Daß es überhaupt mit der Aufsaugung der andern Nationalitäten durch das Deutschtum nicht so leicht gehen werde, als man von dieser Seite hoffte und wünschte, zeigte sich um dieselbe Zeit an einem wenig zahlreichen Volksstamme inmitten der innerösterreichischen Lande. Als die Krainer Slovenen das Germanisierungssystem Kaiser Josephs traf, schienen sie unausweichlich dem Schicksale der sächsischen Elbeslaven entgegengehen zu müssen. „Gebet- und Erbauungsbüchlein, dann Lieder waren fast das ganze Um und Auf der Literatur der früheren Zeiten."[1] Allein das rücksichtslose Aufdrängen einer dem gemeinen Manne fremden Sprache stachelte nur zu um so eifrigerer Pflege der Mutterlaute auf. Als dann Illyrien unter französisches Regiment kam, wurde die kluge Fürsorge, welche die neuen Machthaber der Ausbildung des Slovenischen zuwandten, von den geistigen Führern der Nation dankbar empfunden, während die zurückkehrende österreichische Herrschaft in die alten Fehler verfiel. Krains gefeiertster Dichter Valentin Vodnik büßte die Begeisterung, die ihn während der duldsamen Zwischenregierung zu seinem Gedichte Ilirja oživljena (Das wiedererwachte

[1] Dr Bleiweis in einer am 22. November 1848 an die Generalversammlung der slovenischen Vereine zu Laibach gehaltenen Ansprache, die hauptsächlich den Vergleich der früheren kümmerlichen nationalen Verhältnisse mit dem in den letzten Jahren eingetretenen Umschwung zum Bessern zum Vorwurf hatte (Laibacher Zeitung Nr 142 vom 25. Nov. 1848).

Illyrien) entflammt hatte, mit der Entfernung vom Lehramte. Doch war das ins Rollen gekommene Rad nicht mehr aufzuhalten. Eine Anzahl mit tüchtigen Kenntnissen ausgestatteter, von Liebe für Heimat und Muttersprache erglühter junger Männer sammelte sich um Vodnik und trat in seine Fußstapfen. „Von welchem Stande sie auch waren, wie verschiedenartig auch das Streben der einzelnen sein mochte, alle waren sie gleich und einig darin, daß sie den Hochmut nicht kannten, allen Schein verschmähten, aus inniger Überzeugung sprachen und handelten und jene Menschenliebe fühlten, von welcher der Apostel (Röm 13, 8) sagt, daß sie des Gesetzes Erfüllung ist.“[1] Von den Behörden scheel angesehen, von den „Josephinern“ bemitleidet oder verlacht, selbst von der Masse der Bevölkerung, für deren Wohl und Heil ihr ganzes Herz schlug, wenig gekannt und verstanden, warfen sie den Samen ihres Wortes nach allen Seiten aus, ungewiß und unverdrossen, ob die Tage kommen würden, die ihn zur schwellenden Saat, zur lohnenden Reife brächten.

So offenbarte sich, was in Dingen geistigen Strebens von jeher die Folge zwangsweiser Maßregeln war, auch an dem josephinischen Germanisierungssystem: es brachte das Gegenteil von dem zuwege, was es zum Ziele hatte: statt die nichtdeutschen Nationalitäten zu beugen, bewirkte es ihre nur um so kräftigere selbstbewußte Aufrichtung. Es knüpfte sich aber eine noch viel schlimmere Folge daran. Wo das kaiserliche Regiment, wenn es allen unter seiner Herrschaft vereinigten Stämmen in gleicher Weise gerecht wurde, ihrer wetteifernden Neigung und Anhänglichkeit versichert sein konnte, lud es durch die ungerechtfertigte Begünstigung einer einzigen Nationalität die Mißgunst und Anfeindung der andern auf sich. Die Heimatfreunde in allen Ländern sprachen nicht von einer österreichischen, sondern nur von einer „Wiener“ Regierung; die Hauptstadt des Reiches, die auf alle Teile als Anziehungspunkt wirken sollte, wurde zu einem Gegenstande mürrischer Abkehr[2]. Der österreichische Staatsgedanke, mit

---

[1] P. Petruzzi, Vodnik und seine Zeit, in E. H. Costas Vodnik-Album, Laibach 1859, 10.

[2]
Bedeck mit deinem Sterbekleibe,
Zu sehn ihr Kind verderbt im Leibe,
Doch Not ist eine schlechte Amme,
Gen Wien loht meines Zornes Flamme.

Bedeck, o Böhmen, deine Augen!
Nicht will es einer Mutter taugen,
Und Hunger kann nicht schwelgen sehen;
Dir gilt mein Klagen, nicht mein Schmähen!

Wenn der deutsche Sänger Moritz Hartmann („Kelch und Schwert: Böhmische Elegien“) in solcher Weise grollte, wer mochte es den anderssprachigen Patrioten verübeln, wenn sie ihre Abneigung von der Regierung, der sie zürnten, auf die Nation über-

der nationalitätsfeindlichen Oberherrschaft des Deutschtums verquickt, fand bei den Führern der zurückgesetzten Volksstämme kaum einen Anklang; ein österreichisches Staatsbewußtsein konnte, da ihm in allen Kundgebungen der Regierung das deutsche Reichsbewußtsein zur Seite ging, bei den nichtdeutschen Stämmen nicht zu freudigem Ausdruck gelangen. Ihre Sympathien wandten sich fast ausschließend den „von oben" verkannten Interessen ihrer engeren Heimat zu, so daß für das große Staatsganze, dem sie angehörten, kaum etwas übrig blieb.

Wenn man auf diese und ähnliche Tatsachen hinweist, kann man von deutscher Seite noch heute die Bemerkung hören, die österreichische Regierung habe „nur zu wenig" germanisiert, sonst stünde es heute nicht „so schlecht". Wir gestehen, daß es uns für eine solche Auffassung an jedem Verständnis gebricht. Denn da unter dem vormärzlichen Systeme die Nötigung zur Erlernung des Deutschen teilweise schon in den untersten Schulen begann, alle mittleren und höheren Lehranstalten aber durchaus auf deutschem Fuße eingerichtet waren; da nicht bloß der innere Dienst bei allen Staatsbehörden von unten bis hinauf deutsch, sondern dasselbe auch bei dem Verkehr mit den Parteien, bei den Verhandlungen mit ihnen, bei den an sie gerichteten Aufträgen, Erlassen, Bescheiden, Urteilen der Fall war; da Deutsch die allein autorisierte Gesetzsprache, der deutsche Text der Gesetzbücher der authentische war, an den man sich bei allen Gerichten halten mußte; da endlich dieses System nun schon durch eine Reihe von mehr als fünf Dezennien mit unerbittlicher Strenge durchgeführt war: so ließe sich in der Tat schwer sagen, was die Regierung noch hätte tun sollen, um dem Zweck fortschreitender Germanisierung zu genügen.

Mit mehr Recht war dem früheren System, wenn schon vom Standpunkte desselben etwas beklagt werden will, ein anderer Vorwurf zu machen, nämlich der, daß es nicht den Mut oder nicht die Kraft hatte, seine Maßregeln in allen Ländern und allen Volksstämmen gegenüber in gleicher Weise durchzuführen. Die Gebiete italienischer Zunge waren es, die sich im Punkte der Sprache einer Schonung zu erfreuen hatten, die mitunter in völlige Außerachtlassung anderweitig gebotener Vorsichten ausartete. Daß man in dem bis auf geringe Bruchteile der Bevölkerung durchaus italienischen Doppelkönigreiche zwischen dem Ticino und der Adria Verwaltung

---

trugen, zu der sich dieselbe ausschließlich bekannte? Begann doch selbst das harmlose Völkchen der Slovenen über das „himmelschreiende Unrecht", das durch Jahrhunderte an den Slaven begangen worden, aus der Art zu schlagen! „Von nun an", riefen die Exaltierten unter ihnen, „reiche kein slavisches Mädchen einem deutschen Manne die Hand, es sei denn, um ihn zu ihrer Nationalität herüberzuziehen!" Hierher gehört auch das böhmische Lied Já bych si žádného Němce nevzala etc.

und Gerechtigkeitspflege, Unterricht und Schule durchaus auf italienischen Fuß setzte, war kaum zu umgehen, wenngleich auch hier im Interesse des in den andern Teilen der Monarchie herrschenden Systems für Kenntnis und Pflege der allgemeinen Reichssprache mehr und besseres geschehen konnte, als tatsächlich geschah. Allein man tat noch mehr: man ließ das welsche Element auch in den Nachbargebieten in einer Weise um sich greifen, die selbst auf Rechnung des so sehr begünstigten deutschen ging. Während in den Sette und Tredici Comuni unter venetianischer Herrschaft die deutschen Elemente, die sich in ihrem abgeschiedenen Umkreise Jahrhunderte hindurch erhalten hatten[1], gewahrt und geschont wurden, ließ sie die kaiserliche Regierung mehr und mehr der Italienisierung anheimfallen. Dasselbe geschah, nur in größerem Maßstabe, in Südtirol. Es ist noch nicht so lange her, wo die italienische Sprache an der Grenze des Trienter Kreises anfing, die Gegend von Salurn, Neumarkt, Leifers und das anliegende rechte Etschgelände, die Gegend von Terlan, Burgstall und Gargazon ausschließend deutsche Bevölkerung besaß; wo selbst jenseits dieser Grenze Sitten und Begriffe vielfach deutschen Anstrich hatten, deutsche Ausdrücke und Wendungen fortwährend im Gespräche auftauchten, deutsche Orts- und Familiennamen den germanischen Ursprung verrieten; wo man von Trient, Roveredo und Riva die Knaben der Bürgerfamilien zur Erlernung der deutschen Sprache nach Bozen, Meran und Brixen in Tausch sandte, die höhere Gesellschaft in den Salons von Trient durchaus deutsch sprach, deutsche Prälaten den Stab des hl. Vigilius führten und deutsche Generalvikare ihnen zur Seite standen; wo man endlich stolz darauf war, zum deutschen Kaiserreiche zu gehören und sich des Namens eines Tirolers rühmte. Das alles jedoch wurde im Hingang der Jahre ganz oder teilweise verwischt, und wenn auch natürliche Verhältnisse des Verkehrs und der Bewegung der Bevölkerung großen Anteil an dem Nordwärtsdringen des welschen Elements hatten, so war doch die österreichische Regierung von dem Vorwurfe nicht freizusprechen, durch unkluges Gebaren diesen Prozeß bedeutend gefördert zu haben. Wenn das italienische Element keinen Anlaß unbeachtet ließ, im Gefolge seiner sich ausbreitenden Ansiedler auf Schule und Unterricht Beschlag zu legen, die Berücksichtigung vor Amt und Gericht zu beanspruchen, italienische Seelsorger auf Pfarren zu bringen, deren Einwohner noch zu einem guten Teile deutsch waren: so unternahmen die kaiserlichen Behörden ihrerseits nichts, um dem eingebornen Stamme in den vom Welschtum bedrohten Gegenden feste Stütz- und Anhaltspunkte zu geben, und leisteten wohl gar, unbedacht oder eingeschüchtert, den gegenteiligen Maßregeln jeden möglichen Vorschub,

---

[1] Sie selbst hielten sich für Nachkommen der Cimbern und nannten ihre Sprache die cimbrische; siehe dagegen Schindele, Reste deutschen Volkstums südlich der Alpen, Köln 1904, 46—106.

so daß die italienische Sprachgrenze immer weiter in Gebiete hineinrückte, die ihrer Geschichte, ihrem Entwicklungsgange, ihren staatsrechtlichen Verhältnissen nach ausschließend dem deutschen Stamme angehörten[1].

Im Görzischen und in Triest erfreute sich das italienische Element seitens der Regierungsbehörden einer ähnlichen Bevorzugung wie im südlichen Teile von Tirol; und eine noch weit größere wurde ihm im istrischen Küstenstriche und in Dalmatien zu teil, wo übrigens nicht Deutsche, sondern Slaven es waren, denen das Welschtum alle Geltung abrang. Die Bevölkerung Dalmatiens war ursprünglich rein slavisch und ist es noch heute zu mehr als neun Zehnteilen. Das italienische Element in den Städten, und auch in diesen meistens in der Minderheit, rührt aus der venetianischen Periode her, wo Beamte und Soldaten der Republik, Handelsleute und Handwerker vom andern Ufer der Adria herüberkamen und zum Teil in der neuen Wohnstätte seßhaft blieben. Bei der begreiflichen Sorgfalt, die San Marco seinen jenseits des Golfs angesiedelten Söhnen fortwährend zuwandte, kam es bald dahin, daß alles, was auf Bildung Anspruch machte

[1] Eine interessante Auseinandersetzung über diese Verhältnisse brachte das „Journal d. österr. Lloyd" im Dezember 1848, Nr 270 und 271: „Die Nationalitätenfrage in Tirol", wo bezüglich des Vordringens des italienischen Elementes in den vorausgegangenen Jahrzehnten u. a. folgende Tatsachen angeführt wurden. „An der Brenta ist dieser Prozeß der Verwelschung vollendet. Wer weiß noch, daß Roncegno ein entdeutschtes Wort ist und Rundschein, Torcegno Durchschein bedeutet? Auch die Worte Füllgreit, Lafraun, Rieslach, Florutz sind abhanden gekommen und es ist Folgaria, Lavarone, Rizzolaga, Fierozzo daraus geworden. Andere widerstehen noch, und der Welsche hat nur den harten Mitlaut am Ende in einen Selbstlaut verwandelt. In Vallarsa, wo vor wenig Jahren der letzte deutschredende Greis verstorben ist, zeugen noch Berg- und Ortsnamen von der umgebrachten deutschen Nation. Wer erkennt unter dem Namen Raossi, Fozi, Staineri, Speccheri nicht die alten Namen: Rauscher, Fuchsen, Steiner, Specker? Ebenso ist's in Terragnolo, Folgaria, Palù. Während dies in den Bergen geschah, rückten die Welschen im Tale stromaufwärts. Aus dem alten Meta teutonica am linken Ufer des Noce, dessen altdeutscher Name Ulz schon längst aus dem Volksmunde geschwunden ist, ist ein ganz welscher Ort geworden, der seinen Namen Mezzotedesco Lügen straft. Weiter oben in Aichholz ist die Verwelschung noch schneller vor sich gegangen. Es heißt jetzt Roverè della Luna. Salurn, Neumarkt, Auer hört man ebenso Salorno, Egna, Ora nennen. Noch nördlicher zu ist der welsche Schiller verschwunden. Und man glaubt wieder südwärts gereist zu sein. Branzoll, St Jakob in der Au, Pfaten denken und reden fast nur italienisch. Noch nicht genug! Auch die Talsohle zwischen Bozen und Meran hat schon welsche Ansiedler. Sie ziehen der Seide nach und dem Mais. Die Deutschen können dann auf ihren Bergen Rinder hüten und Kartoffeln essen. Diesen Tatsachen gegenüber muß Hand und Zunge gelähmt werden, wenn man die Italiener von der Unterdrückung reden hört, welche sie in den letzten 34 Jahren in Welsch-Tirol erduldet haben sollen. Wenn wir ihnen wegen der Erdrückung unserer deutschen Brüder keine Vorwürfe machen, so geschieht es, weil wir zur Steuer der Wahrheit die Schuld auf jenes falsche Regierungssystem werfen müssen, unter dem Welsche und Deutsche gleichmäßig gelitten haben und dem auch alle Klagen aufgebürdet werden müssen, welche sie der Vereinigung von Welsch- und Deutsch-Tirol zu einem Lande zur Last legen."

oder nach höheren Zielen strebte, sich als Italiener tragen mußte. Auch ein großer Teil der lateinisch-katholischen Geistlichkeit warf sich dem italienischen Elemente, das ihr Aussichten bis in die höchsten Stufen der Hierarchie eröffnete, in die Arme, und nur der ärmere Landklerus war es, der mit ausharrender Treue zu seinem Volke stand, in seinen Kirchenbüchern die althergebrachte Glagolica wahrte und auf seinen Pfarrhöfen der einheimischen Sprache, in welcher der Geistliche mit seinen Seelsorgekindern verkehrte, notdürftige Pflege angedeihen ließ. Von dem, was wir heute unter dem Namen Dalmatien begreifen, stand das Gebiet von Ragusa, das eine aristokratische Oligarchie für sich bildete, nie unmittelbar unter venetianischer Herrschaft, und hier befand sich das slavische Wesen in voller Blüte, durchdrang alle Kreise des weltlichen und geistlichen Lebens und zog eine Literatur groß, deren Erzeugnisse zu dem Schönsten gehören, was südslavische Kunstpoesie geschaffen. Auch das Gebiet von Cattaro, obgleich es die Oberhoheit von San Marco anerkannte, befand sich in einer eigentümlichen Stellung. Die kluge Handelsrepublik wußte den politischen und militärischen Wert dieses Besitzes zu schätzen und tat darum alles mögliche, sich das Vertrauen und die Zuneigung der Bevölkerung zu erhalten. Venedig bezog fast keine Steuern und nur geringe Gebühren aus dem Landstriche, deren Erträgnis es wieder für Zwecke desselben (Besoldung der Gemeindevorstände u. dgl.) verwendete; nur Castelnuovo, das als erobertes Gebiet galt, zahlte ein mäßiges jährliches Pauschale. Für das übrige Gebiet hatte Venedig nur einen Senator als Estraordinario in Cattaro und überließ die Verwaltung der inneren Angelegenheiten durchaus den Familien der Nobili in der Stadt und der Knezen (Conti) in den Landgemeinden. Es verlangte keine Truppenstellung; aber freiwillig leistete die kriegerische Jugend Militärdienste, so oft es die Umstände erheischten.

Als Dalmatien österreichisch wurde, änderten sich diese Verhältnisse durchaus. Die venetianische Republik hatte selbst in den Gebieten des eigentlichen Dalmatien wenigstens e t w a s für die Bildung der slavischen Einwohner getan; seit der Mitte des 18. Jahrhunderts bestanden zwei katholische Seminarien, in Zara und bei Almissa, wo in slavischer Sprache mit glagolitischer Schrift unterrichtet wurde. Unter der kaiserlichen Regierung aber wurden beide Anstalten aufgehoben, und ein Zentralseminarium in Zara trat an ihre Stelle, in welchem der Unterricht in der Muttersprache ganz vernachlässigt, jener in der slavischen Kirchensprache auf ein geringstes Ausmaß beschränkt, sonst nur lateinisch vorgetragen wurde. Ähnliches galt von dem orientalischen Klerus, dessen Ritus von seiten Venedigs schon wegen des Einflusses auf die stammverwandten Nachbarvölker in den türkischen Provinzen wohlbedacht geschont wurde; auch trug man Sorge, daß die für den griechisch-orientalischen Kultus benötigten Kirchenbücher in Venedig gedruckt wurden. Unter der österreichischen Verwaltung wurde das

vernachlässigt und den griechisch-orientalischen Gemeinden Anlaß gegeben, nach Rußland um Abhilfe zu blicken, die ihnen denn auch von dorther bei jedem gegebenen Anlasse in freigebiger Weise zu teil wurde. Im ganzen Lande gab es von jeher sehr wenige Landschulen, slavische gar keine, und auf solche Weise wurde unter der deutschen Regierung Österreichs dem welschen Element ein Übergewicht in die Hände gespielt, das es in diesem Maße selbst zur Zeit der italienischen Herrschaft Venedigs nicht besessen hatte. Die Gebiete von Ragusa und Cattaro machten in diesem Punkte keine Ausnahme; auch hier wurde die Verwaltung in allen Zweigen auf italienischen Fuß gesetzt. Einzelne Patrioten, die des verwahrlosten Volkes dauerte und die in ihrem Wirkungskreise das Unrecht, das sie ihm zugefügt sahen, zu lindern suchten, wurden von der italienischen Partei als staatsgefährliche „Panslavisten" verschrieen und bei der Regierung verdächtigt[1].

Das gleiche widernatürliche System bestand in der kaiserlichen Marine, deren Mannschaft sich fast ausschließend aus der slavischen Bevölkerung der Inseln und Küstenstriche ergänzte. Trotzdem war das Italienische allgemeine Verkehrssprache; das Kommando war italienisch, in den Matrosenschulen bestand italienischer Unterricht. Die Regierung sorgte durch italienische Erbauungsbücher für die religiösen Bedürfnisse des welschen Seemanns, während für die überwiegende Mehrheit der slavischen Schiffsbemannung nichts ähnliches geschah. So hatte das kaiserliche Seewesen einen durchaus italienischen Anstrich, und nur mit den Verhältnissen näher Vertraute kannten dessen vorwaltend slavischen Kern.

Diese auffallende Begünstigung des italienischen Elements in allen Gebieten, wo es die Herrschaft anstrebte, war seitens des vormärzlichen Systems nicht nur eine Inkonsequenz, die der in den andern Teilen des Reiches festgehaltenen Germanisierung zuwiderlief, sondern auch eine Unklugheit ersten Ranges, da dringende Staatsrücksichten ein ganz entgegengesetztes Verfahren geboten. Denn daß der italienische Geist dem kaiser-

---

[1] Wie gegründet die Klagen der dalmatinischen Slaven und wie verkehrt die Maßnahmen der Regierung waren, bezeugt indirekt ein Mann, der mit den Verhältnissen von Land und Leuten in Dalmatien vollkommen vertraut, bis an das traurige Ende seiner Tage seine deutsche Gesinnung und die Liebe zu seiner deutschen Heimat nie verleugnete. Es ist dies Franz Petter, der in seinem „Dalmatien" (I, Gotha 1857, 159) den erfreulichen Aufschwung des slavischen Unterrichtes seit 1849 und 1850 erwähnt und daran die Bemerkung knüpft: „Das ist meiner Meinung nach sehr vernünftig und zweckmäßig; denn durch diese Maßregel wird das slavische Element allmählich mehr und mehr Terrain und in der Folge sogar die Oberhand über das italienische gewinnen. Als slavische Provinz werden die Dalmatiner der herrschenden Dynastie stets mit Leib und Seele ergeben sein; wenn aber das Italienische die Oberhand gewänne, so würden sich ihre Sympathien zu den Italienern hinneigen" 2c. Vgl. Korrespondenz aus Zara von J-p-ch, in: Slav. Zentralblätter 1849, 127 f, und Petition der Dalmatiner an den Reichstag, in: Národni nowiny 1848, Nr 128, S. 620.

lichen Regimente gründlich widerstrebte, ja daß er es geradezu auf Lostrennung aller ihm zugänglichen Landstriche vom Verbande der Monarchie abgesehen hatte, war doch lang vor 1848 kein Geheimnis mehr. Durch die ganze italienische Literatur ging dieser Zug, der von einem Lustrum zum andern an Stärke und Allgemeinheit zunahm und trotz Bücherverboten und Schlagbäumen alle Kreise nationalen Lebens erfüllte. Schon wenig Jahre nach Wiedererwerbung der Lombardei (1819) hatte Silvio Pellico in Mailand mit Confalonieri, Manzoni u. a. den Conciliatore gegründet, dessen Mitarbeiter eine tiefe Entrüstung über die geistige Grenzsperre verrieten, die ihr Land von dem übrigen Italien abschloß. In den Poesien Giovanni Berchets (1825) spielte die Idee eines „einigen Italien" schon eine bedeutende Rolle; der Romito del Cenisio klagt: in Italien sei kein Jubel, sondern Trauer, sein Weh sei unermeßlich wie das Meer, das es umgibt; in einem andern Gedichte ruft ein Mädchen, das sein Vater einem Österreicher zur Gattin geben will, voll Leidenschaft aus: „Zwischen den Sklaven und den Tyrannen sei Haß der einzige Vertrag!" Giuseppe Giustis Satiren überschütteten das Walten der Fremden, die Zustände geistlicher und weltlicher Führung mit der Lauge ihres Spottes. Die italienischen Dramen und Romane behandelten mit Vorliebe solche geschichtliche Stoffe, die ihnen Anlaß boten, die Abschüttelung unerträglicher Gewaltherrschaft zu feiern: die Zeit der lombardischen Liga gegen Barbarossa, des Einfalls und Rückzugs der Franzosen unter Karl VIII. u. dgl. Die Tragödien des vielgefeierten Giambattista Niccolini waren im Grunde nichts als politische Abhandlungen, wobei die zu Grunde gelegte Fabel nur den Text abgab; sein „Arnold von Brescia" schilderte in grellen Farben die Mißbräuche der kirchlichen Gewalt, die Sittenlosigkeit der Priester, die Befreiung Italiens von der Herrschaft der Päpste und von der Herrschaft der Kaiser. Die ernste Literatur ging in dieser Richtung mit der Belletristik Hand in Hand. Geschichtschreiber wie Botta, Colletta waren ganz von gleichem Geiste erfüllt. Die Schriften Guglielmo Pepes, des Grafen Santarosa über die piemontesische Revolution des Jahres 1821 veranschaulichten die Übel des österreichischen Übergewichtes in Italien, das sich jeder politischen Verbesserung in den Weg stelle. Im Jahre 1843 trat **Vincenzo Gioberti** mit seiner Schrift Del primato morale e civile degli Italiani hervor, wo er das Papsttum an die Spitze eines italienischen Staatenbundes und den Beherrscher von Sardinien an die Spitze der italienischen Militärmacht stellt. Zwei Jahre später warnte Massimo d'Azeglio in seinem Gli ultimi casi di Romagna vor allen ferneren unbesonnenen Aufständen und vertröstete auf Piemont als die einzige schlagfertige Macht, von der die Befreiung Italiens binnen kurzem ausgehen werde. Cesare Balbo in seinen Speranze d'Italia, Giuseppe Ricciardi in den Conforti all'Italia, Gino Capponi in der Schrift Delle attuali condizioni dello Stato romano verhießen die politische

Wiedergeburt Italiens, zeigten die Notwendigkeit einer allgemeinen Revolution und eines Volkskrieges und vertrösteten auf einen großen Kampf zwischen den Hauptstaaten Europas; diese Gelegenheit müsse dann Italien benutzen, sich von der Herrschaft Österreichs zu befreien, dem ein Ersatz in den östlichen Donauländern geboten werden könne.

Bei all diesen Plänen für die Zukunft wurden die Grenzen Italiens immer weiter hinausgeschoben. Erst hieß es nur, Italien müsse frei sein „vom Meer bis zu den Alpen"; allmählich rückte man einerseits durch das südliche Tirol, dessen goldene Jugend an den Universitäten von Padua und Pavia immer mehr in die Grundsätze des „einigen Italien" eingeweiht wurde, bis an den Fuß des Brenner vor, registrierte anderseits alle Schmerzensschreie, welche die Italianissimi aus Triest und aus den dalmatinischen Küstenstädten zeitweise herübersandten, und nahm ohne weiteres die dazu gehörigen Hinterlande mit, deren durchaus slavische Bevölkerung, dank dem von der Regierung eingehaltenen Verfahren, mundtot war und daher vor dem Richterstuhl der völkerbefreienden Idee nicht mitzählte.

Wenn in der geschilderten Weise eine vergriffene Politik im Südwesten des Reiches der Losreißung vom Gesamtverbande förmlich in die Hände arbeitete, so war es in dem nordöstlichen Karpathenlande der Blick eines genialen Staatsmannes, welcher der hier drohenden gleichen Gefahr, man möchte sagen, in der elften Stunde vorzubeugen wußte. Auch seine Politik war ein Abfall vom herrschenden System, aber nicht ein solcher, der, wie in den italienisierten Gebieten, an die Stelle einer nationalen Hegemonie eine andere, und zwar höchst gefährliche, setzte, sondern einer, der dem allein wahren und gerechten Grundsatze der gleichmäßigen Behandlung der verschiedenen Stämme zu huldigen begann.

Die ethnographischen Verhältnisse unserer Monarchie sind derart verwickelt, daß in einigen Gebieten derselben unter und neben dem Walten des Germanisierungsprinzips gewisse Stämme noch einen anderweitigen nationalen Druck zu erdulden hatten, ja daß ihnen dieser viel empfindlicher als jene von Leidenschaft und Gehässigkeit im allgemeinen freie Oberherrschaft des deutschen Elements wurde und sie wohl gar unter den Schutz der letzteren gegen die Angriffe ihrer näheren Dränger flüchteten. In einer solchen Lage befanden sich die Rusinen (Rusniaken, Kleinrussen) oder, wie sie gewöhnlich genannt werden, Ruthenen dem Polentum gegenüber. Die östliche größere Hälfte von Galizien gehörte vom Anbeginn der historischen Zeit diesem Volksstamm an; erst unter Kasimir d. Gr. um die Mitte des 14. Jahrhunderts waren die Polen als Eroberer ins Land gekommen und hatten darin alle Herrschaft an sich gerissen. Aber noch bis in die letzte Zeit bildeten die Ruthenen den weitaus überwiegenden Teil der Bevölkerung Ostgaliziens; nur in den Städten, obgleich auch hier fast

überall in der Minderzahl, dann zerstreut und vereinzelt auf den Sitzen der Edelleute, in den Häusern und Höfen der Gutsverwalter (Mandatare) und Gutspächter, endlich in den lateinisch-katholischen Pfarren waltete das polnische Element vor, neben welchem seit der Besitzergreifung durch Österreich im Jahre 1772 auch das deutsche, namentlich in den Beamtenkreisen, vielfache Verbreitung fand. Die Hauptstadt Lemberg hatte, weil die eben genannten Klassen der Bevölkerung hier vorzugsweise zusammenströmten, einen überwiegend polnischen und nebenbei deutschen Charakter. Während sich die spärlicher studierende ruthenische Jugend großenteils dem geistlichen Berufe in ihren Seminarien zuwandte, wurden die weltlichen Fakultäten der Universität fast nur von Söhnen der deutschen Beamten, dann der polnischen Edelleute, Mandatare u. dgl. besucht, so daß man in der Tat glauben konnte, auch das Land draußen sei durchaus oder doch überwiegend polnisch. Diese Anschauung zu verbreiten, war niemand eifriger als die Polen selbst, und wenn vom ersten Augenblicke der Unterwerfung des Landes ihr Streben dahin gerichtet war, die von ihnen nach Abstammung und Sprache, nach Sitten und Gewohnheiten, nach Schrift und Ritus durchaus verschiedenen Ruthenen in jeder Weise zu unterdrücken, so waren sie endlich so weit gelangt, den Volksstamm der Kleinrussen gänzlich zu übersehen, dessen Idiom für eine bloße Mundart des Polnischen auszugeben, ihm jede nationale Befugnis und jedes Bewußtsein abzustreiten. Unter solchen Umständen war die Lage der Ruthenen keine beneidenswerte. Gehaßt, verleumdet und verfolgt von dem Polentum, geknechtet, ins Joch gespannt und mißhandelt von ihren Grund- und Leibherren, verkannt, vernachlässigt und mit Lasten überbürdet von der Regierung, war es nur die orientalisch-katholische Geistlichkeit, die schon wegen der Verschiedenheit ihres slavischen Ritus von dem lateinischen der Polen ihre Nationalität wahrte und sich des Volkes so weit annahm, als es ihre eigene ziemlich verwahrloste Lage zuließ. Ohne weitreichende Literatur, mit einer halbvergessenen Geschichte, in einer trostlosen Gegenwart fand der galizische Kleinrusse vorübergehend poetischen Trost in seinen „Dumky", schmucklosen Gesängen, von ungeschulten Dichtern und Tonfindern geschaffen, deren klagende Weisen sich hinzogen „gleich dem Windhauch, der über die unabsehbaren Gefilde der Ukraine streicht", und deren Inhalt ihm Bilder einer glänzenden Vergangenheit, einer ritterlichen Zeit voll heldenmütiger Kämpfe vor die Seele brachte. Daß es die Ruthenen in ihrem Idiom, der sanftesten aller slavischen Sprachen, nicht vorwärts brachten, dafür war gesorgt. Die wenigen ärmlichen Schulen, die sie besaßen, standen unter dem lateinisch-katholischen, d. i. polnischen Konsistorium. Ihre Sprache hatte keinen Lehrstuhl; höchstens daß hie und da ein patriotischer Geistlicher die Fähigeren seiner Gemeinde in seinem Pfarrhause um sich sammelte und ihnen die Fertigkeit im Lesen der alten Kirchenbücher beibrachte. „Das waren die einzigen Hochschulen eines über zweieinhalb Millionen zählenden

Volkes, und die aus ihm herstammenden Schriftgelehrten versahen im ganzen Lande den Dienst der Kirchensänger, dziaki genannt.“[1]

Als Galizien an Österreich kam, gab sich bei den Staatsmännern Maria Theresiens manches Verständnis für die nationalen Zustände des Landes kund. Der zur Einrichtung des Schulwesens dahin gesandte Gubernialrat **Koranda** machte schon 1775 die kaiserliche Regierung aufmerksam, daß man es in den „revindizierten“ Königreichen keineswegs bloß mit dem Polentum zu tun habe, daß vielmehr „in dem größten Teile“ derselben „nicht die polnische, sondern eine Art der russischen oder illyrischen die Sprache des gemeinen Mannes“ sei. Maria Theresia ließ aus den beiden ruthenischen Diözesen Przemyśl und Lemberg je sechs Kleriker in das bei der Kirche St Barbara zu Wien bestehende griechisch-katholische Seminar aufnehmen. Kaiser Joseph sorgte für ruthenische Vorträge für die griechisch-katholischen Theologen; es wurden Leitfäden der theologischen Disziplinen in ruthenischer Sprache gedruckt u. dgl. Zu bald aber ging diese Einrichtung verloren und überhaupt schienen die österreichischen Staatsmänner bei ihrem stets mehr hervortretenden Germanisierungseifer den Sinn für anderweitige nationale Verhältnisse eingebüßt zu haben, bis manche bittere Erfahrung, die sie an dem vergleichsweise günstiger behandelten Teile der Landesbevölkerung Galiziens machten, ihnen die halbvergessenen Ruthenen wieder in Erinnerung brachte. Denn der unglückselige Aufstand von 1846 würde der unvorbereiteten und vollständig überraschten österreichischen Regierung gegenüber einen ganz andern Ausgang genommen haben, wenn die revolutionären Leiter desselben nicht zwei wichtige Potenzen außer Rechnung gebracht hätten: den Kastenhaß der bäuerlichen Bevölkerung gegen ihre Unterdrücker, die Edelleute, und die Stammesabneigung der Ruthenen gegen alles polnische Wesen. Die Ruthenen Galiziens hatten, seit sie Österreich angehörten, unter allen Umständen Anhänglichkeit gegen die Regierung bewiesen, und zwar in gleichem Grade Geistlichkeit wie Volk, die überhaupt bei ihnen von jeher in viel innigeren Beziehungen zueinander standen, als dies bei den Polen der Fall war; ging doch der griechisch-katholische Klerus unmittelbar aus dem Volke hervor, unter dem er fortwährend lebte, während der lateinisch-katholische, vielfach mit aristokratischen Elementen versetzt und mit diesen in häufiger Berührung, seinen Kirchkindern gegenüber eine mehr ausschließende Stellung einnahm. Dabei war es ein friedlicher Sinn, eine Hinneigung zu Gesetzlichkeit und Ordnung, sowohl den Regierungsbehörden als auch ihrer Gutsherrschaft gegenüber, was die ruthenische Bevölkerung auszeichnete; man konnte in den kritischesten Tagen auf sie zählen. Während in den Wirren des Jahres 1846 in den westlichen Kreisen eine wilde, zum

---

[1] **Prokopczycz**, Die ruthenische Frage in Galizien von A. Dąbczański, beleuchtet von P., Lemberg 1850.

Teil grausame und blutige Reaktion des polnischen Bauernstandes zum Vorschein kam, blieben die ruthenischen Gebiete von Aufstand und Unruhen fast gänzlich unberührt. Die kaiserliche Regierung hatte daher alle Ursache, sich dieses vernachlässigten Volksstammes anzunehmen, und Graf Franz Stadion war es, der hierin der Verwaltungspolitik Galiziens eine neue Richtung gab.

Wenn die Führer der polnischen Bewegung, die feinfühlend wie alle politischen Parteien augenblicklich den nachhaltigen Schlag empfanden, der ihnen dadurch versetzt war, in ihrer Erbitterung Stadion höhnten, er habe die Ruthenen „erfunden", so war dies ein wirksames Schlagwort, aber weiter auch nichts. Man „erfindet" nicht gleich einen Volksstamm von mehr als zwei Millionen Seelen (der zudem im russischen Nachbarlande zwölf Millionen Stammgenossen zählt), und wenn schon von etwas dergleichen die Rede sein sollte, so war es nicht Stadion, sondern mehr als siebzig Jahre vor ihm Gubernialrat Koranda, der auf die Ehre eines „Erfinders der Ruthenen" Anspruch machen könnte. Anderseits würde man zu weit gehen, wenn man meinte, der Grundsatz der nationalen Gleichberechtigung und die klare Einsicht, damit den archimedischen Punkt gewonnen zu haben, von dem aus das vielsprachige Staatsgefüge Österreichs zu seinem wahren Heile zu führen sei, habe Stadion bei seinem folgenreichen Entschlusse geleitet. Im Gegenteil, gegen jenes Verständnis hatte Stadion bei all seiner hohen staatsmännischen Begabung eine doppelte Binde vor den Augen: die des Josephiners und die des Zentralisten. Daß er der Mann war, sich um verwahrloste Bevölkerungsklassen anzunehmen, ihnen durch Pflege ihrer Muttersprache die Mittel zur Aufklärung, zum Selbstvertrauen und damit zur Emporarbeitung aus ihrer kümmerlichen Lage zu bieten, das hatte er schon als Gouverneur von Triest der vernachlässigten istrischen Landbevölkerung gegenüber bewiesen; und so mochte ein gleich wohlwollendes Streben auch bei seinen Maßnahmen zur Hebung der galizischen Ruthenen mit im Spiele sein. Allein vorwaltend war es denn doch, was ihm bei Antritt seines Lemberger Postens vorschwebte, der staatsmännische Gedanke, durch Kräftigung eines bisher unterdrückten, aber von jeher treuen und dankbaren Volksstammes der polnischen Bewegungspartei einen Damm zu setzen, an welchem all ihre Mühen und Künste, ein wichtiges Kronland von dem Verbande der Monarchie loszureißen, zerschellen mußten.

4.

„Solang man in Österreich", sagt der Kroate A. Ostrožinski, „bei einem Fünftel deutscher gegenüber vier Fünfteln nichtdeutscher Bevölkerung von einem vorzugsweise ‚deutschen' Gesamtstaate, in Ungarn aber bei einem

Drittel magyarischer, ohne Rücksicht auf zwei Drittel nichtmagyarischer Bevölkerung von einem ‚magyarischen‘ Staate, Magyarország, hören wird, kann es kein Glück, keinen Frieden und keinen Segen im Reiche geben." In der Tat, was in ethnographischer Hinsicht Groß-Österreich im Ganzen, das ist in kleinerem Rahmen Ungarn. Es finden sich da nicht bloß stärkere oder minder bedeutende Verzweigungen aller in den übrigen Teilen der Monarchie lebenden Volksstämme, sondern noch einige andere dazu. Das war seit Menschengedenken nie anders. Wessen Stammes die ältesten Bewohner des Landes gewesen, mag hier beiseite bleiben; in der geschichtlichen Zeit nach den mehrhundertjährigen Völkerzügen, deren größter Teil über Ungarn hinwegging, wohnten Slaven und Dakoromanen weitverbreitet im Lande, zwischen denen sich zu Ende des 9. Jahrhunderts die Magyaren gewaltsam Platz machten und als Herren festsetzen. Doch anerkennen ihre Könige das gleichberechtigte Dasein der nichtmagyarischen Bewohner, ja erheben diese Anerkennung zu einem Grundsatze ihrer Regierungskunst. Unius linguae uniusque moris regnum imbecille et fragile est, heißt es nach dem Ausspruche des hl. Stephan in den Decreta Regum lib. 1, cap. 2[1]. Bei solchem Gebaren befanden sich alle Teile wohl, von einem Sprachenkampf in heutigem Sinne war nirgends die Rede. Die andern Stämme ließen sich in Staats- und öffentlichen Angelegenheiten das Ungarische gern gefallen, weil es ihnen nicht aufgedrungen wurde, sondern sich als ungezwungenes Verkehrsmittel von selbst darbot. Der Ofener Landtag richtete Schreiben in ungarischer Sprache an die Generalkongregation von Kroatien, ohne daß von dieser dagegen Einsprache erhoben wurde. Selbst in der Literatur gewann das Ungarische Boden; der Kroate Anton Vrančić, 1503—1573, schrieb eine Chronik in ungarischer Sprache; der Bischof und Banus Georg Drašković übersetzte die Werke des Lactantius ins Ungarische; der Enkel des Helden von Szigeth verfaßte ungarische Gedichte. Ebenso ungezwungen fand unter österreichischer Herrschaft das Latein Eingang in die öffentlichen Verhandlungen zwischen Thron und Ständen, und auch zwischen diesen selbst, ja in die aller Ämter und Behörden. Als Ferdinand I. zuerst den Befehl gab, daß alle Großwürdenträger des Reiches Latein verstehen müßten, erhob sich zwar Widerstand, und die Ungarn verlangten 1550 und 1569 im Gegenteile, daß der Sohn ihres Herrschers verpflichtet sei, die ungarische Sprache zu erlernen. Allein dieser Zwiespalt legte sich wieder, und zu den Zeiten Karls VI. und Maria Theresiens hatte sich alles derart ausgeglichen, daß der König lateinisch reskribierte, daß man am Landtage in Preßburg

[1] Die neueren magyarischen Historiker und Publizisten machen allerdings um dieses Grundsatzes willen ihren Königen, welche „die nur durch Sprache und Sitte getrennten Völker beherrschen wollten", bittere Vorwürfe; ihre Monarchen hätten vielmehr, meinen sie, von allem Anfang mit dem Magyarisieren Ernst machen sollen.

lateinisch debattierte, bei den Gerichtshöfen lateinisch prozessierte, als ob sich das von selbst verstände. Da kam das josephinische System mit seinem barschen Germanisierungsgebote, und alles geriet in Aufruhr. Die Ungarn, die früher gegen das Latein als Geschäftssprache nichts einzuwenden gehabt, kehrten sich jetzt mit gleichem Eifer gegen dieses wie gegen das Deutsche, und wollten von nichts anderem mehr wissen als von dem eingebornen Ungarisch, das sie von 1790 bis 1840 von Landtag zu Landtag mehr in den Vordergrund schoben, bis es zur unerträglichen Fessel für alle nichtmagyarischen Stämme wurde und bei diesen einen ähnlichen Widerstand hervorrief, den vordem die Magyaren dem Deutschtum entgegengesetzt hatten.

Die Magyaren sind ein Volk, das in seinem Nationalcharakter auffallenderweise höchst liebenswürdige und dann wieder ganz unausstehliche Eigenschaften vereinigt. Der einzelne Magyar, dessen Haltung eine gewisse angeborne Feierlichkeit und Würde charakterisiert, ist treuherzig und von geradem Sinn; kein Volk der Welt ist so leicht durch Vertrauen und Liebe zu gewinnen. Die Züge des Magyaren offenbaren ein eigentümliches Gepräge von selbstbewußter Kraft und Gutmütigkeit; obgleich heftig und auffahrend, ist er doch leicht wieder versöhnt. Gemütlichkeit im Familienleben, verschwenderische Gastfreundschaft vom Palast bis zur Hütte zeichnen ihn aus. Der ungebildetste Bauer besitzt eine Art urwüchsiger Höflichkeit, die in den höheren gesellschaftlichen Kreisen zur liebenswürdigen Ritterlichkeit wird. Doch alle diese persönlichen Vorzüge treten zurück, wo der maßlose Stolz der Magyaren ins Spiel kommt, jene „Verliebtheit in ihre Rasse“, die sich, wie ein Zeitgenosse bemerkt, selbst an ihren Schwächen und sittlichen Ausartungen mit Wohlgefallen weidet[1]. Der Magyar hat seinen eigenen Herrgott (magyar Isten). Seine Sprache gilt ihm als das Höchste, was es gibt, und es ist ihm gar nicht so unglaublich, was ihm einer seiner „Philologen“ bewiesen: daß Adam ein magyarischer Name, der erste Mensch also ein Magyar gewesen sei. Auf alle andern Stämme des Landes blickt er mit vornehmer Geringschätzung herab. Selbst ihre unleugbaren Vorzüge, die Betriebsamkeit des Deutschen, der Arbeitsfleiß des Slovaken, sind dem Magyaren nur ein Gegenstand des Spottes: „sie sind zu nichts anderem geboren“. Die Sprache des Slovaken ist ihm die Sprache der Heumäher und Tagelöhner, die magyarische dagegen die Sprache des Herrn; der Slovak ist ihm „kein Mensch“. Aber auch die Deutschen sind nicht viel besseres; sie sind „Bettler“, „zusammengelaufenes Volk“, „Einwanderer“, die nur ins Land gekommen,

[1] Als 1844 zum Behufe der Abfassung eines Strafgesetzbuches statistische Ausweise über die Verbrecherzahl bei den verschiedenen Nationalitäten des Landes zusammengestellt wurden und sich zeigte, daß die meisten Verbrecher der magyarischen Rasse angehörten, erhob sich ein Ablegat und erklärte, das sei nur darum, weil die Magyaren eigentlich zum Herrschen geboren seien, alles im Überfluß haben und aus bloßem Übermut Frevel und Untaten begehen. Hodža, Der Slovak, Prag 1848, 21 f.

„sich von den Einkünften Ungarns zu nähren“; der Deutsche ist „der Kehricht des Landes“. Vollends ein Gegenstand des Abscheues sind dem Magyaren der „Walach“ und der „Rácz“.

Aus dieser sonderbaren Organisation des magyarischen Nationaldünkels war es denn auch zu erklären, wie den andern Völkerschaften gegenüber Forderungen ausgesprochen und Maßregeln angewendet werden konnten, die in unsern europäischen Verhältnissen ebenso unglaublich klangen, als sie ernstlich gemeint waren. Daß die magyarische Nationalität für die „politische“ des Landes erklärt wurde, mochte hingehen; war es doch ohne Frage im Laufe der Geschichte sie, die das zusammenhaltende Band des ungarischen Staates bildete, die mit ihrer angebornen feurigen Freiheitsliebe im Punkte der Verteidigung ihrer Sonderrechte, der angestrebten Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Landes die andern Stämme gleichsam mit sich fortriß. Auch daß sie ihre Sprache zur „diplomatischen“, d. i. zur Amts- und gemeinsamen Verhandlungssprache machen wollten, ließ sich allenfalls hören; obgleich die andern Stämme nicht minder recht hatten, wenn sie auf das Beispiel der Schweiz hinwiesen, bei deren Tagsatzungen drei lebende Sprachen ohne Anstand nebeneinander in Geltung seien. Allein damit war es dem Magyarismus keineswegs genug. Nach dem Grundsatze, daß die ungarische Sprache in allen Stücken an die Stelle der lateinischen zu treten habe, sollte im ganzen Lande nicht anders öffentlich verhandelt werden als magyarisch; die Slaven in ihren Munizipalversammlungen, die Romanen, wo sie unter sich waren, durften nicht von ihrer Muttersprache Gebrauch machen; „das Gesetz wird sie daran hindern“, sagte Kossuth. In stockslavischen rc. Gemeinden sollten die Kirchenbücher ungarisch geführt und keine Seelsorger angestellt werden, die nicht, auch wenn sie es mit durchaus nichtmagyarischen Gemeinden zu tun hätten, jener Sprache mächtig wären. So weit verstieg sich der nationale Dünkel, daß er selbst dem Ausland die Erlernung eines unter allen Sprachstämmen des Weltteiles vereinzelt dastehenden Idioms zumutete und über die Grenze gehende Zuschriften, Pässe u. dgl. ungarisch, ohne beigefügte Übersetzung in einer gangbaren Sprache, abfassen ließ. „Wir haben nie gehört, daß Frankreich oder England mit dem Ausland anders als in ihrer eigenen Sprache korrespondieren“, sagte man mit großer Bescheidenheit. Mit alledem war es mindestens nur auf das öffentliche Leben abgesehen; „in den häuslichen Kreis wird sich die ungarische Sprache nie gewaltsam eindrängen; für das Gebet bleibt den andern in Ungarn lebenden Stämmen noch immer ihre Sprache“. Allein bald gingen ihre Pläne weiter; ganz Ungarn sollte durch und durch magyarisch werden. Der Herrscher müsse es nicht mit siebzehn verschiedenen Völkerschaften, sondern mit dreizehn Millionen Ungarn zu tun haben. Wer in Ungarn lebt, müsse ungarisch sprechen, wie in Frankreich jeder französisch, in England jeder englisch spreche; wenn sich im

Elsaß der Deutsche so entnationalisieren konnte, daß er jetzt nur Franzose ist, solle in Ungarn nicht das gleiche mit den Slovaken, mit dem Raizen, mit dem Walachen geschehen? „Ungarn“, sagte Graf Karl Zay, „wird erst alsdann groß und glücklich sein, wenn es ganz magyarisch wird“; und Stephan Széchényi meinte, es bedürfe nicht mehr als eines Menschenalters, um dies zu stande zu bringen. In solcher Weise spitzte sich der Patriotismus des Magyarentums immer mehr zu einer linguistischen Monomanie zu, die mit allen Mitteln der Kunst und Gewalt die übrigen Landessprachen nicht bloß aus dem öffentlichen Leben in Amt, Kirche und Schule zu verdrängen suchte, sondern sie im Laufe der Zeit mit Stumpf und Stiel ausrotten zu können hoffte. Da konnte man nun in Ungarn sehen, wie nichtmagyarische Gemeinden sich magyarische Rundschreiben und Befehle gefallen lassen, Beamte, die des Ungarischen völlig unkundig waren, die wichtigsten Aktenstücke in dieser Sprache unterzeichnen, Stockslaven, Deutsche, Romanen magyarische Eidesformeln nachsprechen mußten, ohne nur zu wissen, daß Gott im Ungarischen Isten heißt. Gleich vernunftwidriger Zwang wurde in der Kirchenverwaltung geübt, wo man von deutschen oder slavischen Pfarrern, die in ihrem Dienste ergraut waren, die Ausfertigung von Tauf- und andern Zeugnissen in ungarischer Sprache verlangte, ohne daß sie von dem von ihnen selbst Geschriebenen ein Wort verstanden, oder umgekehrt magyarische Geistliche in deutsche oder slavische Gemeinden, deren Sprache sie gar nicht kannten, setzte und jeden versuchten Widerstand der letzteren in wahrhaft barbarischer Weise züchtigte. „Lieber schlecht soll das Volk in Ungarn werden als nichtmagyarisch“ — dergleichen wurde nicht bloß gedacht, sondern unumwunden gesagt.

Die Slovaken, ein gut- und langmütiges, arbeitsames und fleißiges Völkchen, hatten in den letzten Dezennien viel über sich ergehen lassen müssen. Höherer Schutz mangelte ihnen durchaus; ja, ein großer Teil ihres Adels, wie die Wesselényi, hatte sich magyarisiert und war grundsätzlich gegen sie. Graf Karl Zay von Csömör, aus einem ursprünglich slovakischen Geschlechte, nannte die Übungen, die ein Lehrer in Leutschau mit seinen Schülern in der slovakischen Sprache veranstaltete, Vaterlandsverrat und Muttermord[1]. Kossuth, ein zweiter Konrad Wallenrod, wie ihn Hodža nennt, „aber selbst unbewußt und selbst absichtslos“, dessen Mutter bis an ihr Lebensende nur slovakisch sprach, zählte zu den ärgsten Feinden seines Stammvolkes, obwohl er, wo es seinem Zwecke diente, kein Bedenken trug, seine Beredsamkeit in seiner Muttersprache glänzen zu lassen. Die Slovaken hatten den empfindlichsten Druck zu erdulden[2]; es war, als ob es

---

[1] Die Neue Zeit, Leipzig 1848, 370.

[2] „In kummervoller Ergebenheit, oft mit Hunger und Not um den täglichen Bedarf kämpfend, ist der Slovak das lebendige Bild der Duldsamkeit, eine passive, nicht leicht

die Magyaren um so mehr auf sie abgesehen hätten, je weniger sie von dieser Seite auf einen ernstlichen Widerstand gefaßt waren. Auch gab es nicht wenige seiner Söhne, die, den Ihrigen den Rücken kehrend, sich offen dem Magyarismus in die Arme warfen, ja in dieser ihrer abtrünnigen Leidenschaft mitunter weiter gingen als geborne Söhne Arpáds. Allein dafür waren andere da, die mit um so glühenderer Begeisterung für die Rechte ihres Volksstammes einstanden und sich durch kein Hindernis, keine Schwierigkeit von dem Ziele, das sie sich mit Hintansetzung ihrer persönlichen Interessen gesteckt, abwendig machen ließen. Konnte auch Jan Kollár, erst Kaplan, dann Prediger der deutsch-slavischen Evangelischen in Pest, seinen Zweck nicht erreichen, die Slaven, um den unausgesetzten nationalen Neckereien zu entgehen, in eine abgesonderte Kirchengemeinde zu vereinigen, so wirkte er um so nachhaltiger auf schriftstellerischem Gebiete, weckte die Idee der „literarischen Wechselseitigkeit zwischen den verschiedenen Stämmen und Mundarten der Slaven" (1837) und schenkte in seiner Slávy dcera der čechoslavischen Literatur ein Dichterwerk, das, an und für sich von hohem poetischem Wert, noch ungleich bedeutender durch den zündenden Einfluß wurde, den es weit über die Grenzen seines engeren Heimatlandes sichtlich übte. Mehr in praktischer Richtung tätig, waren andere Männer bemüht durch Gründung von nationalen Vereinen, von slavischen Jugendbünden an den Lyzeen und Akademien, von Lehrkanzeln für ihre Muttersprache, von Zeitschriften in derselben, die Sache ihres Volkes zu heben. Sie hatten mit Nörgeleien, mit Verdächtigungen, mit Verfolgungen jeder Art zu kämpfen[1]. Georg Palkovič in Preßburg wollte eine „Slavische Nationalzeitung" (Slowenské národní nowiny) als Wochenschrift herausgeben und hatte deshalb von seiten der Komitatsbehörde einen förmlichen Prozeß zu bestehen; zuletzt wurde ihm die „Nationalzeitung" erlaubt, aber das „Slavische" mußte fallen. Nach jahrelangen Mühen und Bewerbungen gelang es Štúr, unter dem neuen Hofkanzler Georg Apponyi (seit 1844) die Erlaubnis zur Herausgabe einer slovakischen Zeitung zu erringen, wozu der opferwillige Patriot Kaspar Fejérpataky die Kaution erlegte; das Blatt begann kaum eine wirksame Tätigkeit zu entfalten, als sein Erscheinen eingestellt, sein Redakteur landesverwiesen, mehr als einer seiner Mitarbeiter mit Hausdurchsuchungen verfolgt wurde. Gleiches Schicksal hatten alle Versuche, der slavischen Sprache Eingang an den zu einem großen oder zum

---

Widerstand erhebende Natur. Er ist es auch unter den österreichischen Völkern, bei dem die Idee des nationalen Erwachens am spätesten Eingang gefunden" (Kapper, Serbische Bewegung, Berlin 1851, 12).

[1] Siehe bei Hodža, Der Slovak 10 f den Fall mit der slovakischen Gemeinde zu Lajos Komarom; als auf ihre Berufung gegen eine ungerechte Verfügung der Komitatsbehörde diese von der königlichen Statthalterei zur Verantwortung gezogen wurde, erwiderte die Komitatsbehörde: Talia requirit linguae nationalis dignitas.

größten Teile durch slavische Mittel erhaltenen Lehranstalten zu verschaffen. Die vom Primas Rudnay, einem gebornen Slovaken, in Tyrnau gegründete literarische Gesellschaft erfuhr bald nach seinem Tode solche Quälereien, daß sie einging. Bald darauf trat in Preßburg ein slavisches Institut ins Leben, das die Heranbildung slavischer Kandidaten des Lehr- und Predigeramtes zur Aufgabe hatte; von magyarischer Seite wurde ihm jeder öffentliche Beruf, seinen Zeugnissen jede amtliche Anerkennung verweigert, die Widmung geldlicher Zuflüsse verhindert u. dgl. Als sich vollends die geistigen Führer der Nation an die königliche Statthalterei mit der Bitte um Errichtung einer Professur ihrer Sprache an der Landesuniversität wandten, entstand in den magyarischen Kreisen von Pest ein förmlicher Aufruhr über die Zumutung, im Herzen Ungarns eine „panslavistische" Lehrkanzel entstehen zu lassen. Nebenbei wurden, den „panslavistischen Geist" zu bannen, kleine Mittel aller Art fortwährend in Tätigkeit gesetzt. Slavisch-gesinnte Studierende wurden von den magyarischen Professoren verfolgt, in den Geschichtsvorträgen mit Verunglimpfung ihrer Nationalhelden, wie Svatopluks, gehöhnt; sie sahen sich in den Fortgangsnoten verkürzt, um Stipendien gebracht, aus Seminarien und Konvikten hinausgedrückt; man erschwerte ihnen die Komitatszeugnisse zur Erlangung von Regierungspässen, die sie zum Besuche deutscher Universitäten benötigten. Anderseits machte jenen Professoren, die wegen slavischer Gesinnung „anrüchig" waren, die magyarische Studentenschaft durch allerhand Schulkrawalle zu schaffen, brachte ihnen Katzenmusiken, warf ihnen die Fenster ein, fügte ihnen persönlichen Unglimpf zu, wie dies z. B. dem berühmten Kollár bei der Herausgabe fast jeder seiner čechoslavischen Schriften widerfuhr[1]. Als sich zuletzt die Slovaken, in ihren heiligsten Interessen verletzt, von den Führern der Magyarenpartei öffentlich als Staatsverräter gebrandmarkt, in einer mit mehr als hundert Namen bedeckten Beschwerdeschrift an des Königs Majestät wandten und eine aus dem Superintendenten Paul Jozeffi und den Pfarrern Chalupka, Ferjencik und Hodža bestehende Deputation nach Wien sandten, fanden sie beim Monarchen und beim Erzherzog Franz Karl, „auf den alle Slaven Österreichs hoffnungsvoll hinaufblicken", wohlwollende Aufnahme, empfingen von Fürst Metternich aufmunternde Worte[2], allein im eigenen Lande hatte ihr Schritt keine andere Folge, als daß der greise Jozeffi dafür in eine komitatsbehördliche Untersuchung gezogen wurde und die nationale Bedrückung nach wie vor dieselbe blieb. War es unter solchen Verhältnissen

[1] Siehe die ergreifende Stelle bei Kollár (Paměti z mladších let IV, Prag 1863, 269 f), während magyarische Schriftsteller und Politiker großsprecherisch darauf hinwiesen, Kollár habe seine „panslavistischen" Schriften „ohne Anstand" in Pest herausgeben können.

[2] Hodža, Der Slovak 34 f. In der Staatskanzlei antichambrierte die slovakische Deputation, als Spiel eines „göttlichen Zufalls", gleichzeitig mit dem Fürsten Windischgrätz.

zu wundern, wenn unter dem sonst gutmütigen Volke tiefe Erbitterung mehr und mehr um sich griff; wenn seine Führer ihren übermütigen Peinigern ein leidenschaftliches Quousque tandem, dem „belagernden magyarischen Porsenna“ ein drohendes Trecenti iuravimus idem entgegenschleuderten; wenn sie auf die bündige Drohung Zays: „Entweder magyarisch oder die russische Knute!“ ebenso bündige Antwort gaben: „Lieber die russische Knute als die magyarische Zwingherrschaft, da jene uns nur physisch knechten würde, diese aber uns moralisches Verderben und Tod droht“?!

Im ganzen betrachtet, stand den Slovaken keine andere Waffe zu Gebote als die Berufung auf ihr natürliches Recht, ebensogut als Nation zu existieren und in ihrer Eigenart anerkannt zu werden wie jeder andere besondere Volksstamm. Im übrigen hatten sie weder ein politisch abgegrenztes Territorium noch eine verbriefte Stellung in den Landesgesetzen, worauf sie sich den Ansprüchen des Magyarismus gegenüber stützen konnten; und dasselbe war mit den Deutschen im Lande der Fall, welch letztere übrigens im großen Durchschnitt sich ihrer Volkstümlichkeit in einem Grade zu entäußern wußten, daß sie einen eigenen Stolz darein setzten, nicht für Deutsche gehalten zu werden. Wenn aber die Führer des Magyarismus zur Unterstützung ihrer Zumutungen sich unter andern darauf beriefen, daß sie die ältesten Bewohner und folglich die Herren des Landes seien, so gab es im Gegenteile im Gebiete der ungarischen Krone nur zwei bedeutendere Volksstämme, deren Einwanderung erst nach jener der Magyaren erfolgt war: die Sachsen in Siebenbürgen und die Serben im südlichen Ungarn, und gerade die politische Selbstberechtigung dieser beiden Völkerschaften war durch gesetzliches Herkommen und durch Privilegien geschützt, die sie gegen die Ansprüche der herrschenden Partei zur Geltung zu bringen nicht unterließen.

Die serbischen Einwanderungen, deren man von den Zeiten König Siegmunds bis zu jenen Kaiser Leopolds I. sechs bedeutendere zählte, hatten durchaus die Unbilden zum Anlaß, denen die Nation der „Rascier“ unter der Gewaltherrschaft des Halbmondes ausgesetzt war. Von den ungarischen Königen wurden ihnen eigene Sitze in Gegenden angewiesen, die infolge der lang dauernden Türkenkriege verödet und verlassen waren, zumeist in Syrmien und im Banat, aber auch auf der Insel Csepel, bei Ofen und St Andrä. In ihrer neuen Heimat kamen ihnen aber zugleich wertvolle Begünstigungen zu statten; es wurde ihnen Ausübung ihrer Religion, freie Wahl eines nationalen Erzbischofs als geistlichen und eines Woiwoden als weltlichen Hauptes, Selbstverwaltung unter eigenen Magistraten verbürgt. Die „Privilegien der illyrischen Nation“ spielten durch das ganze 18. Jahrhundert wiederholt eine hervorragende Rolle, und wenn auch zu Anfang der neunziger Jahre die abgesonderte „illyrische Hofkanzlei“ in Wien, deren sie sich zur obersten Leitung ihrer Angelegenheiten eine Zeitlang erfreuten, wieder aufgelöst und mit der ungarischen vereinigt wurde, so erstarb damit

die Erinnerung an ihre vorlängst erworbenen und besiegelten Vorrechte so wenig, daß sie vielmehr gerade in der Zeit, da sich der übermütige Magyarismus darüber hinauszusetzen anschickte, auf der Anerkennung derselben stärker als je bestanden.

In ähnlicher Weise verhielt es sich mit den Sachsen in Siebenbürgen[1]. Seit der unter Johann Zápolya 1437 gegründeten Union der drei föderierten Nationen genossen die schon unter König Geisa II. 1142 ins Land gerufenen und durch spätere Nachschübe verstärkten Deutschen eine verfassungsmäßig gesicherte Stellung mit eigener Verwaltung durch die sächsische Universität (Versammlung der Bezirksabgeordneten) unter einem frei gewählten Nationsgrafen. Hatten die siebenbürgischen Sachsen von jeher mit eifersüchtiger Wachsamkeit ihre Privilegien zu verteidigen verstanden, so war nichts geeigneter, ihr reges Stammesgefühl zu entschiedenem Widerstande zu reizen, als die Forderungen des Magyarentums in der Sprachenfrage. Seit Gedenken gab es im Sachsenlande keine so volkstümliche Opposition. Die Angriffe auf ihr ererbtes Deutschtum erregten einen wahren Sturm unter den Alten und Jüngeren. Die früher ganz unbedeutenden Zeitungen von Hermannstadt und Kronstadt nahmen einen nie geahnten Aufschwung, legten für ihre bedrohte Sprache und Nationalität die schärfsten Lanzen ein und wimmelten trotz der bestehenden Zensur von Bannflüchen in Versen und in Prosa gegen ihre fanatischen Bedränger. Die gebildete Jugend, fast durchaus an deutschen Universitäten geschult, erhob sich mit einmütiger Kraft für das Palladium ihrer Volkstümlichkeit, das deutsche Schulwesen im Lande. Die Literatur entwickelte eine vordem nicht gekannte Rührigkeit; ein „Verein für siebenbürgische Landeskunde" sammelte wie in einem Brennpunkte die Koryphäen des Gelehrtenstandes, an dem es unter den Siebenbürger Sachsen zu keiner Zeit gefehlt hat. Auf dem ungarischen Landtage von 1841/43 bestanden ihre Abgeordneten auf dem Verlangen, daß wenn schon die lateinische Sprache beseitigt würde, für ihre öffentlichen Angelegenheiten die deutsche an deren Stelle trete; zugleich legten sie gegen den ausschließlichen Gebrauch des Magyarischen als Landtagssprache Verwahrung ein. Von ungarischer Seite gestand man ihnen zuletzt zu, in ihren Partikularsitzungen deutsch zu verhandeln; im Landtage aber, dem sie in ihrer Eigenschaft als ungarische Staatsbürger beiwohnten, müßten sie sich des herrschenden Idioms bedienen.

Die siebenbürgische Verfassung hatte die naturwidrige Eigentümlichkeit, daß gerade der älteste, dabei zahlreichste Volksstamm des Landes von all und jeder staatsrechtlichen Stellung ausgeschlossen war. Die Ungarn, die

---

[1] Über die nicht sächsische, sondern fränkische Herkunft des Siebenbürger Deutschen s. Reissenberger, Die Urheimat der Siebenbürger Sachsen, in Wiener Zeitung vom 24. Mai 1905, Nr 119.

Szekler, die Sachsen waren privilegiert; die „Walachen" aber waren in ihrem nationalen Bestande weder anerkannt noch begnadigt. Ihre Landesbischöfe, der katholische und der „disunierte", hatten im Laufe des 18. und 19. Jahrhunderts wiederholte Schritte beim siebenbürgischen Landtage getan, um gleiche Rechte der „Romanen" mit den Sachsen auf königlichem Grunde, Anerkennung der romanischen Nation als solcher, verfassungsmäßige Gleichstellung derselben mit den drei andern Landesnationen zu erlangen. Alles umsonst! Die Sachsen, die das ihnen selbst von magyarischer Seite drohende Unrecht so schwer empfanden, waren die ersten, die sich den gleicher Wurzel entspringenden Beschwerden ihrer romanischen Landesgenossen entgegenstellten; in den neunziger Jahren des 18. war es Karl Eder, in den vierziger des 19. Jahrhunderts Professor Karl Schuller, die ihre gelehrten Federn in Bewegung setzten, das Unstatthafte der romanischen Forderungen nachzuweisen[1]. Dabei sahen sich die Romanen Siebenbürgens von magyarischer wie deutscher Seite einer Verachtung ausgesetzt, die das Gefühl der Edleren ihrer Nation um so empfindlicher verletzen, um so tiefer empören mußte, je eifriger sie die Erinnerungen an die ehemalige Größe und Heldenkraft des Dakertums, an ihre Vermischung mit den Römern, ja ihre Abstammung von den letzteren, deren Wahrzeichen sie in ihrem Namen, in ihrer „fast römischen" Sprache, in ihrer Gesichtsbildung und selbst vielfach in ihrer Nationaltracht ausgeprägt fanden, wachzuerhalten bestrebt waren. Zur Verweigerung einer verfassungsmäßig gesicherten Stellung, zur Verunglimpfung ihrer Volkstümlichkeit, zu den vielfachen Erpressungen, Verfolgungen, Gewalttätigkeiten, denen der größtenteils hörige Stamm der Romanen ausgesetzt war, kamen nun noch die Gesetze in der Sprachenfrage, um das Maß der Unbilden voll zu machen. „Seit Jahrhunderten", sprachen die Führer der Nation, „haben uns die Magyaren unter dem Sklavenjoche gehalten; jetzt aber wollen sie auch unsere Sprache vernichten, um aus den verschiedenen Volksstämmen eine große und mächtige Nation zu bilden, die sich dann von Österreich lostrennen und ein selbständiges Reich gründen soll. Wir aber wollen weder unsere Nationalität aufgeben, noch dem österreichischen Kaiserhause untreu werden."[2]

In keinem Lande der ungarischen Krone waren die Zumutungen des Magyarismus übler angebracht als in Kroatien. Zwar wagte man es der kompakten, durch anerkannte Verfassungsrechte geschützten Bevölkerung dieses Königreiches gegenüber nicht, mit dem vollen Maße jener Forderungen auf-

[1] Ein Artikel des Olmützer „Österr. Correspondent" vom 3. März 1849 („Zur Geschichte der Romanen in Siebenbürgen") versichert, Professor Schuller habe für das von ihm abgefaßte Gutachten 50 Dukaten aus der sächsischen Nationalkasse erhalten.

[2] Laureanu, Die Romanen der österr. Monarchie, Wien 1849, 35 f.

zutreten, die man den andern Volksstämmen als Gebot auferlegte; man begnügte sich mit dem Verlangen, daß in der inneren Verwaltung des Landes das Gesetz von 1805, das den Gebrauch der lateinischen Sprache vorschrieb, aufrechterhalten und daß nun im ungarischen Landtage keine andere als die magyarische angewendet werde. Allein von kroatischer Seite wurde erwidert: „Warum soll, was euch genehm ist, nicht auch für uns gelten? Wenn ihr in euern Geschäften und Ämtern an die Stelle der toten lateinischen eure lebende Muttersprache einführt, so wollen wir unserseits dasselbe tun. Und wenn ihr euch in eurem Landtage unser Kroatisch nicht gefallen lassen wollt, so mögen auch wir uns nicht eurem Magyarischen fügen, sondern werden euch gegenüber beim hergebrachten Latein bleiben." Dabei ersahen sich die Kroaten sehr richtig des Vorteils, den ihnen für ihren Widerstand dieselbe Verfassung bot, von deren Boden der Angriff gegen ihre Nationalität ausging; an der Spitze ihres Programmes stand der Grundsatz: „die ungarische Konstitution so tapfer zu verteidigen wie die Ungarn selbst".

Der Beginn der nationalen Erhebung der Kroaten knüpft sich an den Namen Ljudevit Gajs[1]. Zu Krapina 1809 geboren, brachte er in Warasdin, Karlstadt, Wien und Grätz die Gymnasial- und philosophischen Klassen hinter sich und ging zur Betreibung der juridischen Studien nach Pest, wo die Bekanntschaft Kollárs, der ihn in die böhmische Sprache und Literatur und in die Ideen der literarischen Wechselseitigkeit unter den Slaven einweihte, von entscheidendem Einfluß auf seine Geistesrichtung wurde. Von der Überzeugung durchdrungen, daß das kroatische Volk in seiner Vereinzelung nicht im stande sein würde, den Kampf um seine nationale Existenz erfolgreich zu bestehen und überhaupt eine höhere Stufe geistiger Bildung zu erklimmen, setzte er sich's zum Ziele, dem ganzen südslavischen Stamme des „illyrischen" Dreiecks eine gemeinsame Schriftsprache zu schaffen, für die er die lateinischen Lettern und die Grundsätze der neueren böhmischen Rechtschreibung wählte. Südsteiermark, Kärnten, Krain, Istrien und Görz, Kroatien, Slavonien und Dalmatien, Bosnien, Herzegovina und Montenegro, Serbien und Niederungarn bildeten das Gebiet, auf welchem er „alle Brüder Groß-Illyriens" in innigem geistigen und literarischen Wechselverkehr zu verbinden gedachte. Wenn der mährische Svatopluk, um seinen Söhnen die Vorteile der Einigkeit anschaulich zu machen, das Gleichnis mit dem Rutenbündel wählte, so wies Gaj auf den südslavischen Nationaltanz Kolo als Sinnbild hin, wie sich „nach einer und derselben Regel ganze Ländergebiete bewegen" müßten; „denn will nur einer seinen Fuß nicht zu gleicher Zeit vorwärts oder zurück bewegen, tut es nur einer träge oder auf willkürliche Art: gleich verwirrt und verstrickt

[1] Die Neue Zeit, Leipzig 1848, 385—396.

sich alles, und es gibt keinen Kolo, es gibt keinen Tanz". Die 1835 begründete „kroatische Zeitung" (Novine horvatske), deren Namen er schon das Jahr darauf in „illyrische Zeitung" (Novine ilirske) umwandelte, bildete das Organ, durch welches Gaj seine Ideen verbreitete und täglich neue begeisterte Anhänger für dieselben gewann. Stephan Kukuljević wurde mit seinem „Wo ist des Slaven Vaterland?" zum illyrischen Arndt. Ljudevit Vukotinovich, Ivan Tarnsky, Karl Szelyan, Dragutin Rakovac, Stanko Vraz befanden sich unter den ersten, welche die Danica, das literarische Beiblatt der Novine, mit Beiträgen aus ihrer Feder bereicherten, und wenn sie sich hierbei in Gedanken und Ausdrücken mitunter etwas freier ergingen, so war der königliche Bücherzensor Stephan Moyses, Professor der Philosophie an der Agramer Akademie, ganz der Mann, solchen Überschwenglichkeiten jugendlicher Begeisterung wohlwollende Nachsicht angedeihen zu lassen. Eine eigene illyrische Druckerei, für deren Errichtung Gaj die Erlaubnis der Behörden zu erlangen wußte, förderte durch Herausgabe zahlreicher Schriften den Aufschwung einer Sache, die der Magyarismus so lange höhnte und verlachte, bis sie ihm zuletzt die Achtung der Furcht abzwang. Denn schon hatten die Ideen Gajs hochgestellte Gönner gefunden; der Agramer Bischof Georg Haulik, gleich Moyses aus Oberungarn gebürtig, zeigte sich ihnen nicht abgeneigt; Graf Janko Drašković, Vorsitzender der Banaltafel, erließ einen Aufruf „an Illyriens hochherzige Töchter" und wurde Begründer eines illyrischen Lesevereins (Čitaonica), der durch Auflegung von Zeitschriften in allen slavischen Sprachen, durch Veröffentlichung patriotischer Lieder und Gedichte, durch Konzerte und Bälle auf immer weitere Kreise wirkte. Dabei beschränkte sich der Einfluß Gajs und seiner Freunde keineswegs auf sein enges Heimatland; aus dem Banat, aus dem Schoße der Srbska Matica in Pest, tönten befreundete Klänge ihm zu. „Jeder von uns sei seiner Kirche getreu", schrieb der Präses der letzteren, Sabbas Tököly; „aber alle wollen wir folgen dem Gebote Christi von der Liebe. Azbuka oder lateinische Lettern, was hindert uns, sich der einen oder der andern zu bedienen? Und wollen wir uns darum fernbleiben, weil der eine von der rechten Seite zur linken, der andere von der linken zur rechten das Kreuz macht?" In Bosnien und der Herzegovina begannen Lateiner und Orientalen ihr altes Mißtrauen gegeneinander abzulegen; die Glieder des Franziskanerordens förderten mit Eifer den nationalen Aufschwung, und in so verschiedenartige Verhältnisse griffen aneifernd und aufregend die neuen Ideen ein, daß Gaj fast zur gleichen Zeit vom Bischof Barašić beim päpstlichen Stuhle als abtrünniger Katholik und vom türkischen Pascha beim österreichischen Kaiser als hochverräterischer Unruhestifter angeschwärzt wurde. Gaj siegte über beide; der Bischof wurde von seinem Sitze abberufen, und Kaiser Ferdinand gab Gaj durch Übersendung eines Brillantringes eine glänzende Genugtuung. Noch war kaum ein Jahr-

zehnt seit Gajs erstem Auftreten verflossen, und er konnte das stolze Wort sprechen: „Von nun an wird jedes Kind im Vaterlande mir geboren!"

Zu Anfang der vierziger Jahre war die illyrische Partei bereits so erstarkt, daß sie gegen die magyarische in die Schranken des politischen Kampfplatzes treten konnte. Als der ungarische Patriot Deák auf dem Preßburger Landtage von 1840 Gaj Vorwürfe über sein Gebaren in nationaler Hinsicht machte, erwiderte dieser: „Die Magyaren sind eine Insel im slavischen Ozean. Ich habe den Ozean nicht geschaffen, noch seine Wogen aufgewühlt; ihr aber seht euch vor, daß sie nicht über euern Häuptern zusammenschlagen und euch verschlingen!" Schon im Jahre 1840 hatten die Sextaner des Agramer Gymnasiums ihre magyarischen Schulbücher auf einen Haufen geworfen, den sie den Flammen übergaben. Ein andermal hatten Studenten auf dem „Viehplatz" einen Strohmann in ungarische Kleider gesteckt, um ihn dann tüchtig durchzugerben. Auf der Agramer Komitatskongregation des folgenden Jahres erschienen die Nationalen zum erstenmal in der bulgarischen Surka (Bauernrock), serbische Opanken (Halbstiefel) an den Beinen und rote Mützen auf dem Haupte mit dem „Stern über dem liegenden Halbmond" als Abzeichen ihrer Partei. Ende Mai 1842 erfolgte die Beamtenerneuerung im Agramer Komitat. Die ungarische Partei, den Comes von Turopolje Anton v. Josipovich an der Spitze, erschien ohne Waffen; die nationale, ein buntes Getümmel aus allen Klassen der Bevölkerung, das sich durch „Cortes"-Werben auf offener Straße fortwährend mehrte, zog in wilden, mit Säbeln, Pistolen, selbst Flinten bewaffneten Haufen, entflammende Davorien (Kriegslieder) singend, durch die Straßen der Stadt, trieb am 31., am Wahltage, ihre Gegner mit gewalttätigem Angriff aus dem Komitatsgebäude und behauptete allein das Feld. Am 16. Oktober desselben Jahres erfolgte die feierliche Installation des Grafen Franz Haller als Banus von Kroatien, der entschieden zur ungarischen Partei hielt, während der Obergespan des Agramer Komitats, Nikolaus Zdenczay, für einen verbissenen „Illyrier" galt. Unter des letzteren Walten wußten sich die Nationalen bei der am 27. April 1843 abgehaltenen Landeskongregation halb durch List halb durch Gewalt in den ausschließlichen Besitz des Wahlplatzes zu setzen und für den bevorstehenden ungarischen Landtag ihre Kandidaten, Hermann Bužan, Karl Klobučarić und Metell Ožegovich, durchzusetzen. Unter den Instruktionspunkten, die ihnen mitgegeben wurden, war der: sich bei den Verhandlungen in Preßburg nicht der magyarischen, sondern der herkömmlichen lateinischen Sprache zu bedienen. Der ungarische Landtag trat im Juni zusammen. Die am 20. im Sinne seines Auftrages von Ožegovich abgegebene Erklärung erregte im Abgeordnetenhause eine stürmische Aufregung[1]; „seien sie etwa des

[1] Über die unauslöschliche Wut der magyarischen Partei gegen Ožegovich s. Janotych v. Adlerstein, Archiv III, Altenburg 1855, 200.

Ungarischen nicht mächtig? hätten sie nicht Beweise vom Gegenteil wiederholt in den Zirkularsitzungen gegeben?" Acht Tage später, am 28., kam derselbe Gegenstand bei der Magnatentafel zur Sprache, wo sich Bischof Haulik und Graf Drašković um ihre Landesgenossen im andern Hause annahmen und Baron Eötvös den vermittelnden Antrag stellte, eine Frist von sechs Jahren zu gönnen, ehe man auf der unbedingten Einhaltung des Sprachengesetzes bestehe. In ähnlichem Sinne äußerte sich Zsedényi in der unteren Tafel, von der jedoch mit Stimmenmehrheit der Beschluß gefaßt wurde, es sei den kroatischen Deputierten zu verbieten, sich im Landtagssaale einer andern als der ungarischen Sprache zu bedienen. Ein königliches Reskript vom 18. Oktober verweigerte diesem Beschlusse die Genehmigung, und infolgedessen erhob sich in der Sitzung vom 18. Dezember Ožegovich von neuem, um sich in lateinischer Sprache an den Verhandlungen zu beteiligen. Es entstand ein Lärmen und Toben, daß er nicht weiter reden konnte; der Präsident mußte die Sitzung unterbrechen. Als sie wieder eröffnet wurde, beantragte Szemere, die kroatischen Deputierten nicht gewaltsam am Vortrage zu hindern, aber ihre Reden als nicht gesprochen anzusehen. Von da an schwiegen die Kroaten ganz und gar; sie erschienen in den Sitzungen, aber sie beteiligten sich nicht an Debatten und Beschlüssen.

Die Stimmung in Kroatien wurde infolge dieser Vorgänge eine stets gereiztere. Die am 9. Dezember 1843 zu Agram abgehaltene Kongregation führte zu einem förmlichen Straßenkampf zwischen der ungarischen und nationalen Partei, welch letztere zwar den kürzeren zog, aber doch so bedrohliche Mittel entfaltete, daß ihre Gegner nur unter militärischer Bedeckung nach Hause ziehen konnten. Im Februar darauf wurde Zdenczay seiner Würde als Obergespan enthoben, Graf Haller mit der Leitung des Komitats[1] betraut und Joseph v. Rudics als königlicher Kommissar mit der Untersuchung der vorgefallenen Exzesse beauftragt. Rudics erschien in Agram Ende Mai 1844; allein grobe Insulte, die er erfuhr, und ein Attentat auf seinen Sohn trieben ihn bald unverrichteter Dinge aus der Stadt. In den letzten Tagen Juli 1845 war abermalige „Restauration". Es handelte sich zunächst um die Wahl des ersten Vizegespans; Benedikt Lentulay war Kandidat der nationalen, Joseph Suvich jener der ungarischen Partei. Letztere hatte diesmal alle ihre Kräfte aufgeboten, so daß ihr Sieg kaum zweifelhaft sein konnte. Schon am ersten Wahltage, am 28., war die Aufregung eine ungeheure. Die nationale Jugend machte einen Versuch, sich gewaltsam des zur Aufnahme der Stimmmarken vorhandenen Kästchens zu bemächtigen, konnte aber bei der Wachsamkeit der andern Partei ihren Vorsatz nicht ausführen. Am 29. erreichte die leidenschaftliche Spannung den höchsten Grad; noch während der Stimmabgabe wurde auf einen der

[1] Von der ultra-magyarischen Partei verdächtigt; s. Janotyckh a. a. O.

ungarischen Corteskführer ein Pistolenschuß abgefeuert, die Kugel ging aber neben ihm in die Mauer. Gegen Abend wurde das Wahlergebnis bekannt gemacht. Suvich war mit 1289 Stimmen gegen Lentulay, der nur 974 zählte, gewählt; nach dem Herkommen sollte Suvich eine Dankrede halten, allein er zog sich, Schlimmes befürchtend, zurück. In der Tat kannte die Wut der kroatischen Partei keine Grenzen. Die Straßen der Stadt füllten sich mit Bewaffneten, die Wohnung des Banus wurde unter dem Rufe Balaša! Balaša! (Verräter) mit Sturm bedroht, so daß man Militär herbeiziehen mußte. Nun kam es zu einer förmlichen Schlacht: Schüsse krachten, Säbelhiebe fielen, Stöcke schwirrten, Steine flogen. Zuletzt behaupteten die Soldaten das Feld, sie hatten 9 Verwundete, darunter 3 lebensgefährlich; von der andern Seite waren bei 60 verwundet, bei 17 gefallen. Von der auf ein paar Tage später, 2. August, angesagten Wahl der Deputierten des Agramer Komitats hielt sich die nationale Partei ganz fern: die ungarische feierte mit ihren beiden Kandidaten, Koloman Bedeković und Joseph Briglević, einen entschiedenen Sieg.

Doch konnte sie sich dessen wenig freuen. Die erlittene Niederlage stärkte die Erbitterung, aber zugleich die Widerstandskraft der Nationalen. Der Zwiespalt zwischen ihnen und den Magyaren wurde mit jedem Tage größer. Die ungarische Sprache, vordem unangefochten und gern gehört im Lande, war jetzt wie verpönt und geächtet; an die Stelle des früheren fratres nostri Hungari trat das gehässige dušmani (Feinde). Satirische Gedichte, Spottlieder, Pamphlete gegen die „Magyaronen" und „Slavomagyaren", gegen die „Landesverräter" und „Dienstjäger", gegen die „Lügner" und „Finsterlinge" waren an der Tagesordnung. Wilde Davorien ertönten von Haß gegen den „Erbfeind", verkündeten Abschüttelung seines unerträglichen Joches; dem magyarischen Isten stellten sie den „Gott der Slaven" entgegen. Die ungarische Krone, ehedem das geheiligte Symbol der Staatszugehörigkeit, wurde zum Gegenstand höhnischer Pereats für Straßenjungen. Bald durfte keine militärische Musikbande mehr wagen, ein ungarisches Thema aufzuspielen, wollte sie nicht ausgepfiffen werden. Als 1846 Ende Juli der berühmte Liszt in Agram Konzerte gab, empfing er den wohlmeinenden Rat, ja nicht seinen „Ungarischen Marsch" zu spielen; und als bald darauf Hevy Ferencz mit einer ungarischen Sängergesellschaft erschien, wurde ihm gedroht, man werde ihn von der Bühne herabschießen, wenn er sich unterfange, im Theater aufzutreten. Ja der eingeschüchterten ungarischen Partei bangte vor einer Verschwörung ihrer Gegner, alle Glieder der siegenden Landtagsmajorität bis auf den letzten Mann umzubringen; sie wollte sogar den Tag, 10. Dezember, wissen, wann diese „illyrische Vesper" stattfinden sollte.

Die Einsichtigeren der ungarischen Nation erkannten nun wohl die Gefahr, die man durch eine ebenso ungerechte als verletzende Behandlung

der andern Volksstämme heraufbeschworen hatte. In seiner berühmten akademischen Rede am 27. November 1842 erklärte Széchényi unumwunden, die Magyaren seien viel weiter gegangen, als das Gesetz wolle, hätten ganz verkehrte Mittel zur Verbreitung ihrer Sprache angewendet, dadurch aber nur Widerwillen und Haß gegen sich erregt. Allein als der edle Graf so sprach, als er, um Pulszkys Worte zu gebrauchen, „kaltes Wasser auf die Flammen des Enthusiasmus goß, konnte er diese nicht mehr löschen; die Lohe schlug nur um so heftiger auf und verzehrte die ganze Popularität des um Ungarn so hochverdienten Mannes“[1]. Die Wortführer des Magyarismus hörten auf keinen Mahnruf, keine Warnung, wollten von einem Einlenken in eine andere Bahn nichts wissen. Angesichts des von allen Seiten gegen ihre Übergriffe sich erhebenden Widerstandes waren es jetzt sie selbst, welche die Welt mit ihren Klagen erfüllten, und sie selbst spielten die Rolle der Angegriffenen, die man in ihren heiligsten Rechten, ja in ihrem nationalen Bestande bedrohe. Jener Widerstand, meinten sie, sei ein ebenso unbegründeter als unnatürlicher. „Wo seien denn die Spuren jener angeblichen Unterdrückung, welche die Gegner unaufhörlich als Klagepunkt anführen?[2] Und womit antworte Ungarn auf solche Kundgebungen des Hasses? Durch die brüderliche Teilung aller staatlichen Freiheiten zwischen Magyaren, Deutschen und Slaven! Könne es einen auffallenderen Beweis geben, daß alles, was gegen die Ungarn vorgebracht werde, nur künstlich angefacht sei? Würde das harm- und anspruchslose Völklein der Slovaken sich so widerspenstig gebärden, wenn es nicht erst geknetet worden wäre durch allerhöchste Köche aus Wien und allerniedrigste Küchenjungen aus Prag? Sei Ljudevit Gaj etwas anderes als ein erkaufter Herold des Zaren? Liefen nicht Šafařík und Kollár als echte Speichellecker an dem Siegeswagen des russischen Despotismus einher? Und sei etwa die Protestation der Siebenbürger Sachsen eine nationale Manifestation? Nichts als eine Explosion österreichischer Intrigen![3]

In den Augen eines unbeteiligten Beobachters konnte freilich schon das Verdacht erregen, daß die Schildträger des Magyarismus die Gegenbestrebungen der andern in einem Atem bald als ungemein winzig und daher verächtlich, und dann wieder als ungeheuer groß und gefährlich darstellten. Einerseits waren ihnen die Slaven gar nicht eine Nation, sondern in unendlich viele Dialekte zersplittert, deren jeder einzelne sich zur Höhe einer Sprache erheben möchte, und die sich unmöglich in eine Einheit verschmelzen ließen. Was z. B. Gaj das Illyrische nenne, sei weder jenes Illyrische, das einst in Ragusa gesprochen und geschrieben worden,

---

[1] Hugo, Ungarische Tabletten, Leipzig 1844, 226.

[2] Boldényi, Magyarentum, Leipzig 1851, 41.

[3] Vgl. Max Schlesinger, Aus Ungarn, Berlin 1850, 79; Boldényi a. a. O. 73.

noch das Wendische noch das Kroatische noch das Serbische noch das Bosnische. Ja die einzelnen Slavenstämme selbst seien wieder in Gegensätze geschieden und lägen miteinander um konfessioneller wie um linguistischer Dinge willen in Streit, wie z. B. die Serben, von denen die „Raizen" der griechischen und die „Schokazen" der katholischen Kirche angehörten[1], jene die Azbuka, diese die Rußsche Orthographie gebrauchten. Ebensowenig besäßen die Slaven eine gemeinsame Geschichte; sie hätten sich von jeher untereinander gehaßt und haßten sich noch heute; die Dalmatiner wollten nichts von einer Vereinigung mit den Kroaten wissen 2c. Anderseits aber erblickten die Magyaren wieder in den Slaven aller Länder und Erdteile eine riesige Nation von fünfundsiebzig Millionen Seelen, und der „Panslavismus" war ihnen jene fürchterliche Waffe, mit der sie, losgelassen, ganz Europa, seine Bildung und seine Freiheit überschwemmen würden. Die Verschwörung nach dem Tode Alexanders I. von Rußland, Kollárs Slávy dcera, auf deren revolutionären Charakter zuerst Emmerich Henszelmann in der „Vierteljahrschrift von und für Ungarn" aufmerksam machte, Goldmanns „Europäische Pentarchie", Šafaříks ethnographische Karte, die sogar vom Zalaer Komitat als corpus delicti nach Wien an den Hof eingeschickt wurde, Gajs groß-illyrische Phantasien waren ihnen die Glieder jener Kette, die der zahllose Slavenstamm zur Knechtung Europas zu schmieden begann. Denn nun erwachte bei ihm „die Ahnung der Kraft, die aus der eigenen Nationalität geschöpft werden kann, und seitdem rüttelt Gog und Magog mit drohender Miene an jenen eisernen Pforten, mit denen der Sage nach Alexander der Doppelgehörnte ihren Ausgang verschlossen hat; denn sie haben den Talisman schon in den Händen, der die siebenfachen Riegel beim ersten Berühren sprengt, und sind einmal die Riegel gelöst, dann stürzt die Völkerflut Asiens noch einmal wie zur Zeit der ersten Wanderung über Europa, die jetzige Zivilisation zerstörend"[2]. Welch ein Glück daher, dieses Wiederaufleben des magyarischen Geistes für ganz Europa! „Wir Magyaren", rief Zay aus, „sind seine Vormauer gegen die slavische Macht, wie wir es früher gegen die türkische gewesen! Die Sache der Magyaren ist die Sache Ungarns, und die Sache Ungarns ist die Sache Europas! Möge sich darum Ungarn, die grüne Insel im Ozean des slavischen Ostens, waffnen und zum zweitenmal der Retter des Weltteiles werden!" Nationale Dichter wie Vörösmarty sangen Lieder voll heiliger Kriegsbegeisterung. Wesselényi warnte in einer eigenen Schrift vor St Petersburg, wohin von Konstantinopel die Türken gewandert seien; die Nation möge sich bewaffnet versammeln, im Kriegswerk üben, wie sie es zur Zeit der großen Kriege getan!

---

[1] Gerando, Öffentlicher Geist in Ungarn, Leipzig 1848, 365 vgl. mit 286.
[2] Pulszky, Die Sprachenfrage in Ungarn, s. Hugo, Ungarische Tabletten 107 f.

Doch von der Gegenseite blieb man die Antwort nicht schuldig. Riefen die Magyaren für ihre Sache das Urteil und Interesse Europas an, so taten ihre Widersacher desgleichen. „Hätte etwa der Magyar allein das Recht, sich in seinem Stammesgefühle zu sonnen, Anerkennung und Geltung als Nation zu verlangen? Und wer sind sie denn, diese Letzten unter den Völkern unseres Weltteiles? Eine Handvoll (šaka mala) asiatischer Ankömmlinge gegen die Menge und Wichtigkeit europäischer Urbewohner! Welches ist der Rechtstitel ihres angeblichen Besitzes? Eroberung, gewaltsames Eindringen auf ein ursprünglich von Slaven und Romanen bewohntes Gebiet! Wie können sie wagen, auf solch einen Titel zu pochen, ohne ein Zurückeroberungsrecht von der andern Seite zu gewärtigen? Der Magyar hat vor tausend Jahren das Land an sich gerissen: es kommt darauf an, wer nach tausend Jahren der stärkere sein wird! Oder ist das anmaßende Beginnen der Magyaren nicht ein strafwürdiges Attentat auf die ganze dreibrüderliche romanisch-germanisch-slavische Geschlechterfamilie? Und ihr Deutschen, die ihr von ihnen angerufen werdet, wollt ihr es zugeben, daß dies finnische Geschlecht den achten Teil von eurem Brudervolke, den Slaven, an sein fremd-europäisches Wesen reiße? Und was ist denn ihre Sprache, die sie den andern Völkerstämmen Ungarns aufzwingen wollen? Ist sie eine Weltsprache? Ist sie eine Mutter der Bildung? Was bietet sie in Kunst und Wissenschaft, im sozialen und industriellen Leben? Worin besitzt sie irgend eine Originalität als etwa in Erfindung der grellsten Flüche, auf die nur die Phantasie eines rohen Natursohnes geraten kann? Stehen nicht die Magyaren in allen andern Stücken gegen ihre slavischen Landsleute, von den Deutschen gar nicht zu reden, bei weitem zurück? Sind diese ihnen nicht in Kultur und Industrie voran? Sind diese nicht ohne Vergleich bildungsfähiger, bildungssüchtiger, überhaupt strebsamer und rühriger? Wenn nun ein solches Volk, ungeachtet ihm seit Jahrhunderten der Deutsche und Slave als Muster der Gewerbstätigkeit voranleuchten, dennoch dazu nur wenig Sinn gewinnen konnte; wenn es, das seine Bildung nur diesen beiden ihm in jeder Hinsicht so weit vorangeschrittenen Völkerstämmen verdankt, dieselben zwingen will, in seiner orientalischen Nationalität unterzugehen — was kann man vernünftigerweise dazu sagen? Wenn es schon sein müßte, daß die nichtmagyarischen Völkerschaften Ungarns um höherer Zwecke willen die Staatsgültigkeit ihrer Sprache aufgeben, so wähle man doch um Himmels willen eine Sprache, die zu erlernen sich der Mühe lohnt! Tausendmal lieber würden die Slaven, wenn es darauf ankäme, den Germanismus, d. h. ihren eigenen Europäismus, als nur einmal den Magyarismus, d. h. den ihnen fremden asiatisch-uralischen Sibirismus, mögen!"

III.

Wolken am politischen Horizont.

1846.

Le pape libéral n'est pas un être possible.

Metternich.

1.

Der mehr als dreißigjährige Friede, den die Staatsklugheit Metternichs den Völkern Österreichs bewahrt und gehütet hatte, schien mit Eintritt des Jahres 1846 in die Brüche gehen zu wollen. Von der polnischen Zentralisation in Versailles war, während das Königreich Polen unter russischer Herrschaft in strengster Zucht gehalten wurde, der Plan einer gleichzeitigen Erhebung der andern polnischen Gebiete gefaßt worden. Im Großherzogtum Posen wußte die preußische Regierung dem Losbruch zuvorzukommen, der demnach in der ersten Hälfte des Februar 1846 nur im österreichischen Galizien und im Freistaat Krakau erfolgte. Doch die verschworenen Edelleute hatten die Stimmung ihrer Bauernschaft außer Rechnung gelassen, die, durch jahrhundertelangen, mitunter recht grausamen Druck daniedergehalten und nur durch die Regierung einigermaßen geschützt, nicht bloß den aufstandslustigen Lockungen ihrer Herren widerstanden, sondern, durch einzelne Wutausbrüche des Adels gereizt, sich auf ihre Verführer warfen, sie an vielen Orten gefangen nahmen und unter gräßlichen Mißhandlungen und Schlächtereien an die Behörden ablieferten. Günstiger für die Zwecke des Aufstandes entwickelten sich die Ereignisse in Krakau, wo eine provisorische Regierung eingesetzt und ein gräflich tuczkowskischer Güterinspektor Joseph Tyssowski als Diktator an die Spitze gestellt wurde. Inzwischen war aber im Auftrage des galizischen Generalkommandos Oberstleutnant Ludwig v. Benedek mit vier Kompagnien Nugent-Infanterie und fünf Zügen Chevaulegers in Eilmärschen von Lemberg aufgebrochen, rückte am 26. Februar den bei Gdów aufgestellten Insurgenten, deren Stärke ausgestreute

Gerüchte auf viele tausend Mann angaben, entgegen und trieb sie nach kurzem, aber blutigem Gefechte, das mehr den Charakter einer Niedermetzelung und Gefangennahme hatte, nach Krakau zurück. Durch die mutige Entschlossenheit des „Falken von der Weichsel", wie Benedek fortan hieß, angeregt, brach jetzt GM. Collin von Wadowice auf, besetzte Wieliczka und zog im Bunde mit dem russischen General Paniutin in Krakau ein, 3. und 4. März. Mit der Herrschaft Tyssowskis, der nach Triest und von da per Schiff nach Amerika gebracht wurde, hatte es ein Ende. Aber auch der Freistaat Krakau, der sich seit Jahren als ein Herd von Unzufriedenen und Aufstandsschmieden der drei Nachbarstaaten erwiesen hatte, hörte auf: die uralte Jagiellonenstadt und ihr Gebiet wurde von Österreich in Beschlag genommen und einige Monate später dem Kaiserstaate einverleibt[1].

Das blutige Ende, das der wahnwitzige Aufstand der galizischen Szlachta gefunden hatte, wurde von den besiegten Aufständischen durch ganz Europa als machiavellistisches Intrigenspiel der Regierung ausgeschrieen, und die Wut der Liberalen aller Länder richtete sich gegen den österreichischen Staatskanzler, dem sie die ganze Fülle der Schuld zuschoben[2]. Der politische Horizont über ihm verdüsterte sich mehr und mehr. In dem benachbarten Bayern begann eine Abenteuerin, die schöne und freche Tänzerin Lola Montez, ihr unheimliches Wesen zu treiben. Sie berückte die Sinne und damit auch die Einsicht des alternden Königs Ludwig; denn selbst Jupiter, wie es bei den Alten hieß, kann nicht lieben und zugleich vernünftig sein. Der bestrickenden Zauberin kamen, wie man beobachtet haben wollte, Monat für Monat beträchtliche Summen aus dem Auslande zu, mit dem sie auch persönlich in verdächtigen Beziehungen stand; kein geringerer als Mazzini war es, der sich mit ihr in Verkehr setzte. „In zwei Jahren sitzt kein deutscher Fürst mehr auf seinem Throne!" — dieses Wort wurde dem britischen Gesandten Lyons in München in den Mund gelegt; denn gleich anfangs war auf Lord Palmerston, den britischen Premier, der Verdacht gefallen, die Hand mit im Spiele zu haben[3].

---

[1] Die Literatur des galizischen Aufstandes 1846, von den gleichzeitigen leidenschaftlichen Deklamationen von polnischer Seite — Briefe einer polnischen Dame, Leipzig 1846; Briefe eines polnischen Edelmannes, Hamburg 1846 — bis zu der abschließenden, weil aus eigener Anschauung und authentischen Quellen geschöpften Darstellung des Barons Sala, Geschichte des polnischen Aufstandes, Wien 1867, ist ziemlich reich.

[2] „Der Vorwurf, Österreich habe die blutige Erhebung der polnischen Bauern gegen den meuterischen Adel veranlaßt, kann nur das wehmütige Lächeln eines jeden hervorrufen, der das damalige Österreich kennt. Ach, zu solch abscheulichem Entschlusse war die Staatskonferenz unfähig, nicht bloß weil er abscheulich, sondern weil es ein Entschluß gewesen wäre." Jarcke, Zur Geschichte der Revolution in Österreich, in Histor.-polit. Blätter 1848 I 824.

[3] Sepp, Ludwig Augustus I., König von Bayern, Regensburg 1903, 884 886.

Das gleiche war in der Schweiz der Fall, wo der grundsätzliche Gegensatz der katholischen und protestantischen Kantone in einen förmlichen Bürgerkrieg auszuarten drohte. Im Kanton Wallis war es schon im Mai 1844 zum Kampfe gekommen, und von da an hörten von protestantischer Seite Gewalttätigkeiten, ja Grausamkeiten nicht auf, gegen welche die katholischen Kantone vergebens Verwahrung einlegten und sich auf den völkerrechtlich anerkannten Bundesvertrag von 1814 beriefen. Das verhängnisvolle Institut der Freischaren kam auf, die aus den Kantonen Bern, Aargau, Solothurn und Baselland einen Einfall in den Kanton Luzern machten, den Joseph Leu von Unterebersol mit den Kantonsmilizen, verstärkt durch Beihilfe aus den katholischen Nachbarkantonen blutig zurücktrieb. Allein bald darauf fiel Leu, nächtlicherweile in seinem Bette meuchlings erschossen, und das Unwesen der Freischaren trieb neue Giftblüten. Da standen die sieben konservativen Kantone Luzern, Uri, Unterwalden, Schwyz, Freiburg, Zug und Wallis zusammen und gründeten im Dezember 1845 einen Verteidigungsvertrag, den sog. Sonderbund, eine stillschweigende Kriegserklärung gegen die radikale Herrschaft in der obersten Bundesleitung. Österreich trat auf seiten der Urkantone, England schürte den Brand, und der französische Minister Guizot sollte zu spät erkennen, wie sehr er gefehlt hatte, nicht von allem Anfang an Hand in Hand mit Metternich gegangen zu sein.

2.

Das bedeutsamste und folgenschwerste Ereignis aber war für den österreichischen Staatskanzler jener Wechsel, der in der Person des regierenden Papstes vor sich ging. Am 1. Juni 1846 schloß Papst Gregor XVI. seine müden Augen. Er war ein Mann der hergebrachten Ordnung und ein Freund Österreichs; letzteres nicht bloß aus Gründen der Politik, sondern auch in alten Erinnerungen: er war in Belluno geboren und verleugnete nie diese seine Herkunft. Anch' io son compatriota di voi, sagte er wiederholt zu dem Prager Bildhauer Emmanuel Max, als ihm dieser das Kruzifix zu seiner Cyrill- und Methodgruppe für die Teinkirche Prags mit der Bitte um den Segen des Heiligen Vaters vorlegte[1]. Zum Nachfolger Gregors wurde am 16. Juni der Kardinal Giovanni Maria Mastai-Ferretti gewählt, der am 18. als Pius IX. zum Papste gekrönt wurde. Er war in mehr als einer Hinsicht das Gegenteil dessen, was Gregor XVI. gewesen war. Pius war schön von Antlitz und freundlich von Sitten, mit einem seltenen Wohlklang der Stimme, so daß alles zusammenwirkte, ihm alle Herzen zu-

---

[1] Max v. Wachstein, Zweiundachtzig Lebensjahre, Prag 1893, 183.

fliegen zu machen, was bei dem mehr ernsten, ja strengen Gregor, so vortreffliche Eigenschaften er sonst besaß, nicht der Fall war. Pius, einem Hause entsprossen, in dem die liberalen Ideen seit langem Eingang gefunden hatten[1], war voll der Ideen des Abbate Vincenzo Gioberti, von dessen Buch Del primato degli Italiani (Brüssel 1844) bekannt war, daß es auf zwei hervorragende Persönlichkeiten der apenninischen Halbinsel einen nachhaltigen Eindruck machte: auf den Kardinal Giovanni Maria Mastai-Ferretti, damals noch Bischof in Imola, und auf den König Karl Albert von Sardinien. Der Kardinal Mastai-Ferretti wurde Papst, und der König war die prädestinierte spada d'Italia!

Giobertis Ideen waren im Grunde außerchristlich. Italien sollte frei und unabhängig werden, der Papst an die Spitze der verbündeten Staaten der Halbinsel treten und von dieser Basis aus seine Macht als italienischer Fürst über alle Mächte des Erdkreises erstrecken. Also nicht der Geist Christi und der Kirche, sondern das Prinzip der italienischen Nationalität war das Ziel von Giobertis Vorschlägen; der göttliche Heiland und dessen Stellvertreter auf Erden waren dem Abbate nur Mittel zum Zweck und Werkzeuge der Erhebung und Verherrlichung des italienischen Namens und Roms. Offener als Gioberti ging Antonio Gallenga unter dem Schriftstellernamen Luigi Mariotti auf das gleiche Ziel los. Ihm schwebte ein italienischer Nationalglaube vor, der dem deutschen Protestantismus die Hand reichen sollte; der Papst solle, wie es seinerzeit der deutsche Hochmeister in Königsberg gemacht hatte, sein Haus zum souveränen erblichen Königshaus von Italien erheben und erklären[2]. Bis zu solchem Grade wurde der italienische Fanatismus in einer Zeit getrieben, wo unter den Auspizien eines neuen volksfreundlichen Papstes den kühnsten Hoffnungen Erfüllung zu winken schien. „Der im Vatikan sitzende Melchior", so ließ sich Abbate Pattucelli von der Kanzel vernehmen, „ist von Gott gesandt; er ist der Glorreiche, der Mächtige, der Heilige, der Erlöser; nach ihm wird man unser Jahrhundert nennen!"[3] Als Pius vollends am 16. Juli, genau einen Monat nach seiner Thronbesteigung, einen Versöhnungsakt von ungeahnter Tragweite veröffentlichte, ein Amnestiedekret, das allen unter den vorangegangenen Regierungen zum Kerker oder zur Galeere verurteilten,

---

[1] Papst Gregor XVI., der ihn doch selbst zum Kardinal gemacht hatte, pflegte in seinem Venetianer Dialekt zu sagen: Nella casa dei Mastai anze i gatti son liberai.

[2] Histor.-polit. Blätter 1848 II 820—872.

[3] ... ei (egli) si chiama il Glorioso, il Potente, il Pio, il Redentore, da lui se nominerà il secolo nostro. Ugo Bassi schrieb: È desso! Quando quella pia colomba — die weiße Taube, die sich bei Mastais Fahrt zum Konklave einen Augenblick auf seinen Wagen gesetzt hatte — sen volò al cielo, priva di sua presenza, che farà l'Italia? Der Mailänder Bertolotti: Di quel sommo Pio Nono — di quel Santo son le preci — che portan di Dio al trono — dei Lombardi il pianto, il duol. ...

verbannten oder in die Fremde geflüchteten politischen Verbrechern volle Verzeihung angedeihen ließ und ihnen die Rückkehr in ihre seit Jahren gemiedene Heimat gestattete, da wurde der gnadenvolle Papst zum Himmel erhoben, da war der Lobpreisung, der begeisterten Danksagung, der Huldigungen, so oft er sich in der Öffentlichkeit zeigte, kein Ende, da ging die Schwärmerei für ihn bei vielen in eine Art Raserei über.

Bei den unteren Volksklassen, besonders bei den Trasteverinern, erhöhte es die Volkstümlichkeit des neuen Papstes, als sie in seinem Gefolge, ja in seiner unmittelbaren Nähe, den Angelo Brunetti, genannt Ciceruacchio, gewahrten. Vordem Pferdehändler, der seit einigen Jahren ein Weingeschäft betrieb, hoch gewachsen und breitschulterig, von angenehmem Äußern, war Ciceruacchio, der über eine natürliche Rednergabe und ein ausgiebiges Organ gebot, eine in ganz Rom bekannte Persönlichkeit. Von Kardinal Pasquale Gizzi beim Heiligen Vater eingeführt, anstellig und hilfsbereit, zeigte sich Ciceruacchio anfangs anspruchslos und bescheiden, bis ihm bei der nachgiebigen Huld des Papstes und der zunehmenden Vertrauensseligkeit seines Anhanges der Kamm wuchs. Denn schon zeigten sich die höchst bedenklichen Folgen des Gnadenaktes vom 16. Juli, als aus ihren Gefängnissen und von ihren Ruderbänken die Amnestierten ins Freie traten und von den Expatriierten einer an der Ferse des andern aus ihrem britischen, französischen, belgischen Exil auf dem heimischen Boden wieder erschienen. Nur sehr wenige schwuren dankend und reumütig und mit dem Vorsatze besserer Lebensführung ihre früheren Verirrungen ab; die meisten sahen in ihrer Befreiung nur das Mittel, ihr altes Spiel von neuem zu beginnen, so daß der greise Radetzky nicht im Unrecht war, wenn er es aussprach, die unerwartet Begnadigten seien die „alten Schurken“ geblieben, die alten Verschwörer, nur jetzt freier und entschiedener als in den gedrückten Verhältnissen von ehedem. Nur zu bald mußte die sehr offene Sprache auffallen, welche in römischen Versammlungen und Vereinen, in Journalen und Maueranschlägen geführt wurde und in der die vorwärts Drängenden mit stets verstärktem Nachdruck dem wohlmeinenden Staatsoberhaupte Zugeständnisse aller Art herauszulocken suchten. Jetzt wurde auch Ciceruacchio, von den Mazzinisten umschmeichelt und gehoben, zu einem politischen Faktor, der sich mit seinen Freunden berufen glaubte, an höchster Stelle den Dolmetsch der Stimmungen und Wünsche des Volkes, das sich in ihm verkörpert fühlte, zu machen. Die dem Papste fortwährend gebrachten Huldigungen der Menge, welche die Führer der Bewegung schlau zu benutzen verstanden, wurden zu einer politischen Waffe, und die Volkstümlichkeit Pio Nonos wandelte sich, kaum daß man es merkte, in eine Abhängigkeit um, deren er sich vergeblich zu erwehren suchte. Er hatte den ersten Fuß auf die schiefe Ebene der Nachgiebigkeit gesetzt, und von da konnte es nicht anders als abwärts und abwärts gehen.

In der Tat machte sich der Umschwung aller Verhältnisse und mit diesem die Verkehrung aller Begriffe, Anschauungen und Stimmungen in wahrhaft erschreckender Weise fühlbar. Die eingetretenen Zustände, schrieb ein nicht näher bekannter Briefsteller aus Faenza, seien von solcher Art, daß er nicht wisse, ob er sie republikanisch nennen oder als vollendete Gesetzlosigkeit (perfettissima anarchia) bezeichnen solle; die öffentliche Sicherheit sei völlig geschwunden, und man sei auf einem Punkte angelangt, „daß der erste beste, der dir aus irgend welchem Grunde feind ist, dich am hellen Tage und im Angesicht der bewaffneten Macht verspotten, verhöhnen und anfallen kann, ohne daß sich eine Hand zu deinem Schutze rührt!" Unter den Rufen „Es lebe unser Monarch! Es lebe Italien!" versichert er weiter, würden die schändlichsten Dinge straflos ausgeführt, weil den Handhabern des Gesetzes die größte Mäßigung zur Pflicht gemacht sei, wenn sie nicht ihr Amt an irgend einen politischen Abenteurer verlieren wollen....

So sah es im Innern des Kirchenstaates aus, während nach außen nichts als Lob und Preis des Nachfolgers Gregors XVI. zu vernehmen waren. Gleich die ersten Anstalten, die der neue Monarch für die Vereinfachung seines Hofstaates und Haushaltes, für seine Lebensweise und Tagesordnung traf, rissen die Italiener in und außerhalb Roms zu lauter Bewunderung hin, die sie zur Verherrlichung ihres Helden nach allen Richtungen ausposaunten, so daß das gebildete Publikum von halb Europa mit in den Taumel hineingezogen wurde. Alles, was nach zeitgemäßer Entfaltung strebte, zeigte sich für einen Papst begeistert, bei dem man sah, wie er täglich mehr mit dem überlebten Herkommen brach und sich von keinem andern Wunsche beseelt zeigte als von dem, die Herzen seiner Untertanen zu gewinnen. Durch die ganze Halbinsel, vom südlichen Abfall der Alpen bis zum Kap Spartivento und von den Lagunen Venedigs bis zu dem Ägadischen Archipel war es ein Name, und ein zweiter dazu, die mit hoffnungsvollem Jubel von allen Lippen ertönten: Viva Pio Nono! Viva l'Italia![1]

3.

Daß diese berauschende Schwärmerei das österreichische Italien nicht unberührt lassen konnte, war begreiflich. Seit dem großen Carbonari-Rummel zu Anfang der zwanziger Jahre war Lombardo-Venetien von Verschwörungen und Aufständen, die in andern Ländern der Halbinsel, das

[1] Über die Thronbesteigung und die ersten Regierungshandlungen des neuen Oberhauptes der Kirche s. v. Helfert, Gregor XVI. und Pius IX., Prag 1895, 73—118, und v. Bischoffshausen, Die ersten Regierungsjahre Pius' IX. Nach den amtlichen Berichten des preußischen Gesandten G. v. Usedom (Die Kultur 1903, 483—499).

päpstliche Gebiet nicht ausgeschlossen, so traurige Opfer verschlangen, frei geblieben. Das Doppelkönigreich genoß die Ruhe und Ordnung, den Wohlstand, die ihm die kaiserliche Verwaltung brachte, freilich von einem polizeilichen Druck begleitet, dem man sich schweigend fügte. Als Giorgio Pallavicino nach erlangter vollständigen Verzeihung im Jahre 1840 mit seiner im Exil gewonnenen Gattin in seine mailändische Heimat zurückkehrte, wich man ihm, einem ehedem so beliebten und geachteten, ja verehrten Kavalier, seitens der vornehmen Gesellschaft scheu aus, so daß er wie in einer neuen Verbannung lebte. Die Fürstin Cristina Belgioioso-Trivulzio, von einem lebhaften Freiheitsdrange erfüllt, sah mit Schmerz, wie alles höhere politische Streben, ja der Gedanke einer Änderung der bestehenden Zustände von ihren Landsleuten gewichen war[1]. All das wurde nun wie mit einem Ruck anders. In Mailand wie in Venedig stimmte man in den Chorus der Verherrlichung des neuen Papstes ein. Der italienische Gedanke fand Eingang in den Sinn der Bevölkerung und gewann täglich neue Anhänger. Das „deutsche" Regiment, das sie bisher leidenschaftslos getragen hatten, wurde von ihnen nunmehr als Fremdherrschaft empfunden, und es bereitete sich eine gesellschaftliche Scheidung der Eingebornen von den Alt-Österreichern vor, der kein günstiges Prognostikon zu stellen war. Reizungen von außen kamen dazu, welche die Stimmung der österreichischen Italiener in gefährlicher Weise beschäftigten. Im September 1846 tagte der Kongreß italienischer Gelehrten in Genua, und da mischten sich in die wissenschaftlichen Arbeiten nicht bloß Lobeserhebungen für den gefeierten Papst, sondern auch nicht zu mißdeutende Mißfallsbezeigungen gegen Österreich und die „Tedeschi". Als in diesen Tagen Karl Albert nach Genua kam, fiel seinem Pferd ein junger Mensch mit den Worten in die Zügel: Maestà, bisogna prepararsi alla guerra! Der junge Mensch war Girolamo Nino Bixio[2]. Auf den 5. Dezember fiel der hundertste Jahrestag der Räumung von Genua seitens der österreichischen Besatzung im Jahre 1746, und die Enthusiasten der Stadt ließen sich's nicht nehmen, diese cacciata dei Tedeschi di Genova festlich zu begehen.

Wenige Tage zuvor, am 19. November, hatte der ehrwürdige Kardinalerzbischof von Mailand Graf Kajetan Gaisruck das Zeitliche gesegnet, und sogleich lief das Gerede durch die Stadt, sein Nachfolger dürfe kein

[1] Étude sur l'histoire de la Lombardie, Paris 1846, 191: Je connais de jeunes gens remplis sans doute des meilleures intentions, porteurs des plus beaux noms et possesseurs de fortunes immenses, élevés par une mère pieuse et dévouée, mais élevés dans l'horreur la plus profonde de toute pensée politique; wenn man auf dieses Thema zu sprechen komme, brächen sie ab, indem sie sich entschuldigten, daß sie sich damit nicht abgeben.

[2] Cappellotti, Carlo Alberto, Roma 1891, 303.

Deutscher, müsse ein Italiener, wo möglich ein Mailänder sein. Noch ein anderer Todesfall, der in diese Tage fiel, bewegte die lombardische Hauptstadt. Graf Federigo Confalonieri, der Verschwörer von 1820, im Jahre 1836 vom Spielberg entlassen, nachmals vollständig amnestiert, war, im Begriffe in seine Heimat zu reisen, am 10. Dezember zu Hospenthal im Kanton Uri gestorben. Seine irdischen Reste wurden nach Mailand gebracht, und am letzten Tage des Jahres füllten sich der Platz von San Fedele, in dessen Kirche ein feierliches Requiem abgehalten werden sollte, und die einmündenden Straßen mit Equipagen aller vornehmen Familien der Stadt, was um so mehr auffallen mußte, als es sonst nicht üblich war, Seelenmessen für einen Verstorbenen von andern Personen als dessen Verwandten und Freunden besucht zu sehen, mit einem Wort, es war eine Demonstration unzweideutigster Art gegen die kaiserliche Regierung[1].

Die schwächste Seite des österreichischen Regiments in Italien war die Kriegsmarine, die zu einem großen, ja zum überwiegenden Teile nur dem Namen, dem Reglement und der Adjustierung nach kaiserlich, aber ihrem Sinnen und Denken, ihrem Fühlen und Trachten nach italienisch war; ihre Offiziere trugen noch die schwarz-goldene Kokarde an der Mütze, aber die italienische Trikolore im Herzen. Welch gefährlicher Geist in diesem Offizierskorps sein Unwesen trieb, das war ja schon 1844 bei den Brüdern Bandiera, Söhnen eines k. k. Admirals, zu Tage getreten. Ihr beklagenswertes Ende in Cosenza hatte an dem Widerwillen des Offizierskorps gegen das kaiserliche Regiment nichts geändert; im Gegenteil, die Sache war so weit gediehen, daß man sich von österreichischer Seite nur auf jene wenigen Offiziere der Marine verlassen konnte, die ihrer Herkunft und ihrer Gesinnung nach den nichtitalienischen Gebieten der Monarchie angehörten. Die Arbeiterschaft, die Arsenaloten, waren eine wilde, zu allen Exzessen aufgelegte Menschenklasse, die sich, wo sie konnte, an ärarischem Gute vergriff; als der Marineadjutant Linienschiffkapitän Johann Ritter Marinovich diesem Unfug eine Ende machte und mit eiserner Faust Zucht und Ordnung aufrecht hielt, versetzte er das zügellose Volk der Arbeiter in solche Gärung, daß alles zu befürchten war, wenn es zu einer gewaltsamen Lösung käme. Der Platz- und Festungskommandant von Venedig Ferdinand Graf Zichy machte in eindringlicher Weise auf diese bedrohlichen Zustände aufmerksam und versäumte keinen Anlaß, sowohl dem Wiener Hofkriegsrat als dem Feldmarschall in Mailand gegenüber auf seine Warnungen zurückzukommen. Er schlug vor, alle jungen Marineoffiziere von Venedig zu entfernen, da er die volle Überzeugung habe, „daß die kaiserliche Marine

[1] Helfert, Casati und Pillersdorff, im Archiv f. österr. Geschichte XCI (1902) 303 f.

zum größten Teile als echte Italiener zu den Verschworenen gehört, was man daraus schließen kann, daß unter ihren Offizieren eine Aufregung gegen das Linienmilitär ersichtlich ist“[1].

4.

„Dies hat uns noch gefehlt, ein liberaler Papst!“ rief Metternich aus. Zwar zeigten die offiziellen Beziehungen zum römischen Hofe äußerlich keinen Gegensatz zu jenen unter Gregor XVI., und der altgediente kaiserliche Botschafter Rudolf Graf Lützow erfreute sich der ungeheuchelten Huld und Gewogenheit des neuen Monarchen. Allein in Angelegenheiten ernster Natur war denn doch, bei aller Freundlichkeit des milden Papstes, ein Unterschied gegen früher durchzufühlen; Pius, Italiener von Blut, Giobertist von Überzeugung, konnte kein aufrichtiger Freund Österreichs sein[2].

Dabei entgingen dem österreichischen Staatskanzler auf den ersten Blick nicht die Nachwirkungen, die der überraschende Wechsel im Regiment des Kirchenstaats auch in andern Ländern nach sich ziehen müsse. In der Tat machten sich die Folgen des römischen Umschwunges, um nicht zu sagen Umsturzes, mehr oder weniger in allen Staaten des mittleren Europa fühlbar. Die ersten Äußerungen waren freilich harmloser Natur. Alle Zeitungen des Erdballs waren voll des freudigen Lobes, als Tag für Tag Nachrichten von der schlichten und wohlwollenden Weise des Gebarens Pius' IX. einliefen, von den volkstümlichen Einrichtungen, die er an seinem Hofe, in seinem Haushalte traf. Aber auch in seinem Regimente; denn man erfuhr, eine seiner ersten Regierungshandlungen sei die Einsetzung einer Kommission gewesen, welche die Verbesserungen beraten sollte, die in allen Zweigen des öffentlichen Dienstes einzuführen wären. Und gab es, so mußte sich Metternich sagen, solche Wünsche nach Verbesserung der waltenden Zustände nicht auch anderwärts?! Waren sie nicht in den letzten Jahren immer lauter, immer dringender geworden?! In der eigenen Monarchie? Im benachbarten und so innig verwandten Deutschland? Im stets gefährlichen Frankreich?

„Der deutsche Einheitsgedanke“, sagt einer der Vorwärtsdränger jener Tage, „geboren in den Tagen der höchsten Not, großgesäugt an den Brüsten

---

[1] Benko-Boinik, Gesch. der k. k. Kriegsmarine 1848/49, Wien 1884, 45–51.

[2] In einer späteren Zeit klagte Lützow: „Ich habe als österreichischer Vertreter unter Pius IX. so manches Unangenehme erfahren müssen; wie anders war das unter dem guten Gregor XVI., der die aufrichtigsten Gesinnungen für Österreich hegte!“ Max v. Wachstein, Zweiundachtzig Lebensjahre 289.

harter Erfahrung von den Folgen des Gegenteils, bewährt und besiegelt im gemeinsamen Kampfe gegen die Fremdherrschaft mit dem Blute von Tausenden, welche in diesem Kampfe ihr Leben gelassen, er blieb fest in den Herzen der Edelsten und Besten, ihn hegte und pflegte der Kern der deutschen Jugend mit aller Glut der ersten frischen Liebe!"[1] Die gebietenden Männer der Restauration sahen mit vornehmer Gleichgültigkeit herab auf diese jugendlichen Einbildungen, und der Hohn des preußischen Ministers v. Rochow vom „beschränkten Untertanenverstand" wurde bald zum geflügelten Wort. Allein mit der Zeit geschah doch manches, das sich jenem ersehnten Ziele näherte, und gerade von preußischer Seite. Die Gründung des deutschen Zollvereins mit preußischer Spitze (1834) hatte binnen wenig Jahren den Beitritt aller deutschen Staaten und die Ausbildung eines von Friedrich List angeregten deutschen Eisenbahnnetzes zur Folge. Hier zeigte sich, bemerkt ein neuerer Schriftsteller mit Recht, „der unendliche Segen einer festen Vereinigung der deutschen Staaten, wenn zunächst auch nur auf wirtschaftlichem Gebiete. Wie ungeahnt aber mußten diese Segnungen wachsen, wenn vollends erst die politische und nationale Einigung aller deutschen Staaten in der gleichen Weise zu stande kam!"[2]

Im Jahre 1840 bestieg Friedrich Wilhelm IV. den preußischen Thron, ein geistreicher, phantasievoller Fürst, erfüllt von der Machthoheit des gottbegnadeten Königtums, aber dabei beseelt von dem edelsten Streben, das Vertrauen und die Liebe seines Volkes zu gewinnen und ihm jene politische Freiheit zu gewähren, die nach seiner Anschauung ohne die „revolutionären" Attribute des konstitutionellen Systems anderer Staaten in gemessenen Grenzen sich bewegen und in dem gottbegnadeten Schutz und Schirm der Krone ihr segensreiches Wirken entfalten sollte. Im Mai 1845 war der Minister Graf Arnim-Boitzenburg an den König mit für jene Zeit sehr freisinnigen Verfassungsvorschlägen herangetreten, die auf eine konstitutionelle Spitze hinausliefen; Friedrich Wilhelm war nicht darauf eingegangen, und Arnim hatte abgedankt. Ein lebendiges, vollkräftiges Königtum, so legte sich's Friedrich Wilhelm in seinen Gedanken zurecht, sollte auf einen Kreis wahrhafter, nicht bloß numerischer Volksstände gestützt werden, auf eine ständische Gliederung, die aus den vorhandenen Organismen, Ländern, Gemeinden, Kategorien zusammengehöriger Interessen, statt aus der anorganischen Masse einer zufälligen Anzahl Wähler hervorgehe. Wie sein vorangegangener Vater, so hatte Friedrich Wilhelm IV. sich's zum Grundsatze gemacht, in allen wichtigeren Fragen mit Wien ins Benehmen zu treten, und so setzte der König sich auch hier mit dem Fürsten Metternich in Schriftenwechsel. Der kaiserliche Staatskanzler zeigte sich den Ideen des

---

[1] Raveaux in Kolatschels Monatschrift I (1850) 355.

[2] Dr Hans Blum, Die deutsche Revolution, Florenz u. Leipzig 1897, 32.

Königs viel eingehender und zuvorkommender, als man nach dem äußeren Wesen des österreichischen Polizeisystems voraussetzen konnte[1]. In solcher Weise befand man sich in Preußen 1846 in dem Zustande der Vorbereitung und Erwartung eines politischen Umschwunges, bei dem es freilich darauf ankam, unter welchen Wahrzeichen und mit welchem Erfolge er ins Leben treten sollte.

Ohne Vergleich düsterer, ja wahrhaft bedrohlich standen die Dinge in Frankreich. „Wenn auf dieser tragischen Leinwand, die man Geschichte nennt und auf welcher alle Völker nacheinander ihre Eindrücke zurücklassen, der bezeichnende Zug einer gewissen Zeit die Fäulnis ist, dann befindet sich die Gesellschaft am Vorabend entweder ihrer Umformung oder ihres Unterganges."[2] Ja, Fäulnis war der Charakter der öffentlichen Zustände, wie sie sich in Frankreich oder richtiger gesagt in dessen üppiger Hauptstadt unter der Regierung Louis Philippes herausgebildet hatten. Der Ingrimm der Mißvergnügten sammelte sich mehr und mehr um die Person des Königs, gegen den einzelne Wüteriche ihre Mordwaffen richteten. Sechsmal schon im Laufe der Jahre war Louis Philippe ihren Anschlägen wie durch ein Wunder entgangen — Fieschi, Allibaud, Meunier, Huber, Darmès, Lecombe —, sie endeten alle auf dem Blutgerüst. Im Juli 1846 richtete der überspannte Republikaner Henry gegen den auf dem Balkon der Tuilerien stehenden König einen Schuß, der aber wegen der Entfernung sein Ziel nicht erreichte; der Täter wurde zu lebenslänglicher Kerkerhaft verurteilt.

Die allgemeine Lage erfuhr trotz dieser warnungsvollen Attentate keine Änderung. Minister Guizot leitete seit 1840 — obwohl der alte Marschall Soult bis in den Herbst 1847 dem Namen nach das Präsidium führte — die Geschäfte mit einem kompakten Zentrum von nahezu dritthalbhundert Köpfen, und glaubte sich dadurch gegen alle parlamentarischen Zwischenfälle gedeckt und gefeit. Aber in dieser Majorität waren kaum ein Drittel Politiker von selbständiger Überzeugung, die übrigen waren staatliche Funktionäre oder sonst von der Regierung abhängige Männer, die ihr gehorchten und von der sie sich lenken ließen. In diesen Kreisen waren Ämterhandel und Bestechung an der Tagesordnung und wurden dadurch Entsittlichung und käuf-

---

[1] Aus der Korrespondenz v. Usedoms mit Fräulein v. Keudell: Politische Briefe und Charakteristiken, Berlin 1849, 43. Über die Persönlichkeit Friedrich Wilhelms IV. s. ebd. 33—47. Den Gegensatz der Anschauungen des Königs zu den landläufigen Verfassungsideen definieren die beiden Briefsteller S. 42 in bezeichnender Weise: „Der moderne Konstitutionalismus steht auf einer Auswahl Wähler nach Zensus, die neueste Demokratie auf dem allgemeinen Stimmrecht der zensuslosen unausgewählten Masse."

[2] L. Blanc, Pages d'histoire, Bruxelles 1850, 5.

liche Verderbnis großgezogen, die in den andern Klassen, besonders in jenen der sog. besseren Gesellschaft, gleich einem ansteckenden Fieber um sich griffen, was nicht bloß den wachsenden Überdruß der reineren Charaktere zur Folge hatte, sondern auch den gefährlichsten Eindruck auf die Masse der Pariser Bevölkerung machte, jener „üppigen Brutstätte der Revolutionspest", wie sich bezeichnend ein deutscher Staatsmann jener Zeit ausdrückte[1].

In der französischen Literatur war seit Jahren eine Richtung tätig, die auf eine Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse von Grund aus lossteuerte, was auf die arbeitenden Klassen und überhaupt die unteren Schichten der Bevölkerung nicht ohne sehr bedenklichen Einfluß bleiben konnte. François Marie Fourier hatte eine Theorie der Beglückung der ganzen Menschheit aufgestellt, die er gruppenweise in Phalansteren unterbringen wollte, wo jeder nichts anderem als seinen angebornen Fähigkeiten und Neigungen nachgehen, nichts zu verrichten haben sollte, als was ihm zusagte und ihn freute. Pierre Joseph Proudhon stellte an die Spitze seines Systems den Satz: „Eigentum ist Diebstahl", und Louis Blanc schmeichelte den Arbeitern, denen er höheren Lohn, eine Ausgleichung zwischen Kapital und Arbeit in Aussicht stellte. Auf solchem Wege war, was in den Seelen der „Enterbten" der Gesellschaft seit langem dunkel gärte, in das Niveau höherer Erkenntnis und zielbewußten Strebens hinaufgerückt, von wo es als Sozialismus und Kommunismus den Anspruch, gehört zu werden, erheben konnte[2].

5.

Österreich hatte die moralischen Folgen noch nicht verwunden, die ihm in der öffentlichen Meinung Europas der galizische Aufstand und dessen entsetzenerregender Verlauf geschlagen hatte. In Galizien geschah weiter nichts, und von Krakau ließ sich nach Wien berichten, was Paškievič seinerzeit von Warschau an den Zaren gemeldet hatte: L'ordre règne à Cracovie. Als am 16. November das kaiserliche Patent erfloß, durch welches nach den Beschlüssen der drei Teilungsmächte die alte Jagellonenstadt samt ihrem Gebiete der österreichischen Monarchie als Großherzogtum einverleibt wurde, machten die Revolutionäre die Faust im Sack und ließen die selbstverschuldeten Folgen ihres tollen Beginnens zähneknirschend über sich ergehen. Soweit war in dieser Richtung der Sturm glücklich beschworen; allein von andern Seiten, inmitten der alten Erbstaaten, gab es für die Regierung mancherlei zu sorgen und zu schaffen.

---

[1] Reichensperger, Erlebnisse, Berlin 1882, 10—12.

[2] Stein, Der Sozialismus und Kommunismus des heutigen Frankreich, Leipzig 1848.

An der Spitze der geistigen Bewegung in Ungarn standen zur Zeit zwei Männer, sehr ungleich in ihrer Herkunft, in ihrem Wesen und Charakter, in den Wegen, die sie gingen, aber gleichen Schritt haltend in der Hochhaltung des Magyarentums, dem sie die alleinige und ausschließliche Geltung im Gebiete der St Stephanskrone zuwiesen. Es waren dies der hochgeborne Graf Stephan Széchényi, „der große Ungar", und der Fiskalsohn aus der Thurócz Ludwig Kossuth. Doch während jener zuletzt zur Einsicht der Gefahr zu kommen schien, die bei der Anfachung nationalen Fanatismus' nicht ausbleiben konnte, und sein Volk vor dem Abgrund warnte, in den es zu gleiten im Begriffe stand, verharrte der zweite in seinem schroffen nationalen Dünkel und in jenem unbeugsamen Hochmut, den der Magyarismus den andern Völkern entgegensetzte[1].

Kossuths blind begeisterten Anhang bildete die heranwachsende Jugend der mittleren Klassen, aber auch nicht wenige aus dem Adel des Landes. Zu ersteren gehörten die jüngeren Advokaten, deren es in Pest so viele gab, daß man das ganze Land damit versehen konnte, und die Advokatursgehilfen, die Juraten, absolvierte und diplomierte, d. h. mit einem Advokatursdiplom versehene Juristen, die auf magere, von den Geschäften abfallende Sporteln angewiesen waren, die einen wie die andern in ihrer wenig sichern Lage auf nichts gestellt und so für politischen Umschwung nicht unschwer zu gewinnen.

Was Kossuth, der sich je nach Umständen in das Gewand lauterster Loyalität und Königstreue hüllte[2], noch vorsichtig verbarg, vielleicht damals noch selbst nicht klar und fest wollte, das ließ er einen seiner Anhänger rückhaltlos vor die Öffentlichkeit bringen. Michael Stančić (ungarisch Táncsics), den seine Anhänger als einen vereinsamten, menschenscheuen Grübler schildern, und von dem Kossuth zu sagen pflegte: „Lasset ihn gewähren, sein Räsonieren ist nicht der Beachtung wert"[3], hatte in der ersten Hälfte der vierziger Jahre eine deutsch-ungarische Grammatik herausgegeben, die reißend abging und in wenig Tagen vergriffen war, so daß eine zweite Auflage veranstaltet werden mußte. Die Ofener Zensur hatte nichts einzuwenden, bis eine in der Erlernung der ungarischen Sprache begriffene höhere Person in Wien auf folgendes Gespräch, ein Übungsexempel, stieß: Wer ist König von Ungarn? Der deutsche Kaiser von Österreich. — Wo wohnt der König von Ungarn? In der deutschen Provinz Österreich zu

[1] Über den frühen Antagonismus zwischen Kossuth und Széchényi s. Kertbény, Erinnerungen an Graf Stephan Széchényi, Basel 1860, 45 ff.

[2] Siehe sein Schreiben an Metternich aus dieser Zeit bei Zimándy-Zelenyak, Ludwig Kossuth, Budapest 1898, 189 f.

[3] Wysber, Lebensbilder aus Ungarn, Wien 1849, 7; Kolisch, Wiener Boten I, Leipzig 1849, 364 f. Über Stančić s. weiter Incze, Der 15. März, Budapest 1900 (deutsch), 124—126; Kolisch a. a. O. I 304—367.

Wien. — Wer ist ein Landesverräter? Der Deutsche; er nährt sich von den Einkünften Ungarns rc.

Jetzt erst wurde das Buch verboten und auf Befehl der Regierung in allen Buchhandlungen mit Beschlag belegt; es waren aber schon Tausende von Exemplaren im ganzen Lande verbreitet. Bald darauf erschien eine zweite Schrift von Táncsics, Nép-Könyv (Volksbuch), worin er die unentgeltliche, nötigenfalls mit Blut zu erkaufende Aufhebung von Robot und Zehnt predigte. Nun wurde ihm der Prozeß gemacht, der seine Einsperrung in den Kasematten von Ofen zur Folge hatte. Gleichwohl fand er Gelegenheit, ein drittes Werk in die Öffentlichkeit zu schicken, Hungaria függetlensége; es enthielt einen Verfassungsentwurf für Ungarn, das ein verantwortliches Ministerium mit vollster Selbständigkeit und Unabhängigkeit vom Wiener Kabinett erhalten sollte, dazu unbeschränkte Preßfreiheit, allgemeine Bewaffnung u. dgl. m. In den Augen der Magyaronen galt er als ein Freiheitsmärtyrer[1].

In dem Ofener Königsschlosse und in der Wiener Hofburg blickte man mit wachsender Besorgnis auf die um sich greifende Stimmung des Widerspruchs und der wenn auch bloß theoretischen Auflehnung gegen die bestehenden Einrichtungen. Es galt, einige Ordnung in das wüste Korteschtreiben[2] zu bringen und der Regierung größeren Einfluß auf die Verwaltung zu sichern. Die Verwaltung der Komitate lag in oberster Linie dem Buchstaben nach in den Händen der Obergespane, in deren Verhinderung der Vizegespan einzuspringen hatte. Allein viele Obergespane weilten nicht im Komitate, sie waren außer Landes oder domizilierten in einem andern Teile Ungarns; es waren meist große Herren, viel zu bequem, um sich mit den Komitatsangelegenheiten abzugeben, oft auch der ungarischen Sprache, in der die Verhandlungen gepflogen wurden, nicht mächtig. Nach einem älteren, im Jahre 1825 erneuerten Gesetze sollte, wenn ein Obergespan durch längere Zeit von seinem Komitate entfernt war, von der Regierung ein Administrator ernannt werden. Diesen Gedanken griff man in der ungarischen Hofkanzlei auf und ernannte überall, wo es an der obersten Leitung gebrach, Administratoren, die aus der öffentlichen Kasse mit 4000 bis 6000 fl. besoldet und dadurch von der Regierung abhängig waren. Auch die Gerichtsbarkeit sollte zweckmäßiger gestaltet werden. Nach der seitherigen Übung hing die Wahl der Richter von den Komitaten bzw. von der im Komitate zurzeit herrschenden Partei ab, was selbstverständlich der Unabhängigkeit der Rechtspflege nicht zu statten kam; nun sollten die Administratoren auch den Vorsitz in den Gerichten übernehmen.

---

[1] Janotyckh v. Adlerstein, Tagebuch der magyarischen Revolution I, Wien 1861, 57—61.

[2] Kortesch (Cortes) = Parteiführer und Parteiwerber, bei welch letzterem Geschäfte keineswegs bloß Mittel der Überredung in Anwendung kamen.

An eine Umgestaltung der parlamentarischen Repräsentation in Ungarn wagte man seitens der Hofkanzlei noch nicht zu schreiten; man begnügte sich vorderhand mit einem Versuche dieser Art in Kroatien und Slavonien. Den Landtag des Doppelkönigreiches beherrschten die vielen adeligen Virilisten[1], die besonders in der Turopolje unter ihrem Grafen Anton Josipovich durchaus der ungarischen Partei folgten. Nun wurde das vom Gespanschaftsadel ausgeübte Wahl- und Stimmrecht beschränkt: im Landtage sollten sitzen die Obergespane oder Administratoren der Komitate, die Landesbischöfe mit Vertretern der Domkapitel, die Mitglieder der Banal- und Distriktstafeln und des Wechselgerichtes, die königlichen Räte und Kämmerer, die gewählten Vertreter der Gespanschaften und königlichen Städte. Die Folge dieser neuen Einrichtung war eine größere Unabhängigkeit Kroatiens von Ungarn, dessen herrschsüchtige Übergriffe die kroatische Nationalpartei sich nicht länger gefallen lassen wollte. Hatten die Ungarn in ihrem Landtage an die Stelle der vordem üblichen lateinischen Geschäftssprache, die für das polyglotte Land einen neutralen Boden bildete, die magyarische gesetzt, so wollten die Kroaten in dem ihrigen die eigene Landessprache haben. Die Deputierten der kroatischen oder, wie man sie auch nannte, der illyrischen Partei bedienten sich im Preßburger Landtage nach wie vor der lateinischen Sprache. Die Ungarn erblickten darin ungesetzlichen Widerstand; sie höhnten und beleidigten in der rohesten Weise die kroatischen Nationalen. Hielt einer einen lateinischen Vortrag, so entstand ein Gemurre; es hieß, man verstehe ihn nicht, man wisse nicht, was der Redner gesagt habe, und könne nicht darauf antworten, beim Votieren zählte man seine Stimme nicht. Kein Wunder, wenn in solcher Lage in Kroatien der Widerwille und die Erbitterung wuchsen. In den Komitatsversammlungen fielen wütende Reden gegen die „Tyrannei" der Magyaren, die man „asiatische Barbaren" hieß.

Der Schöpfer des Administratorensystems in Ungarn und der neuen Einrichtungen in Kroatien war der zweite, bald darauf der erste Vizepräsident der ungarischen Hofkanzlei in Wien, Graf Georg Apponyi; er fand an dem Erzherzog-Palatin Joseph eine mächtige Stütze. Apponyis Ziel, das er ernst und mit redlichen Mitteln erstrebte, war eine selbständige ungarische Regierung, die, befreit von den Einflüsterungen der Wiener Staatsmänner, doch im steten und innigen Verbande mit dem österreichischen Gesamtstaate, sich ungehemmt dem Wohle Ungarns widmen könnte[2]. Die Oppositionspartei hatte sich seit Jahren gewöhnt, gegen alles sich zu stemmen, was von der Regierung kam, mochte es an und für sich noch so zweckmäßig und heilsam sein. Sie war gleich jenem Kornel Balogh dem Ältern, der einen von ihm selbst gestellten und warm befürworteten Antrag in dem

[1] Inhaber von Virilstimmen.

[2] Wirkner, Erlebnisse, Preßburg 1879, 206.

Augenblicke zurückzog, als der königliche Personal, der Präsident der Ablegatentafel, selben zu unterstützen sich herbeifand. „Ich halte den Antrag zwar noch immer für gut", sagte Balogh; „aber wenn er von dorther unterstützt wird, muß er schlecht sein." Er wollte kein Pecsovics sein, ein Wort, mit dem die Oppositionellen einen bezeichneten, der mit der Regierung durch dick und dünn ging. Kossuth kam über den neuesten Schritt der Regierung außer sich vor Ärger und Wut: „Diese Politik ist zu österreichisch und absolutistisch, als daß sich in einem ungarischen Lexikon ein Ausdruck dafür finden sollte". Das Administratorensystem nannte er ein „böhmisches Kreishauptmannsystem", unter welchem „unser Munizipalsystem, dieses tausendjährige Palladium unserer politischen Existenz", in die Brüche zu gehen drohe. Man sage: zur Aufrechthaltung der Ordnung geschehe das. „Mein Gott, ich kenne kein Wort, von welchem der Despotismus einen unverschämteren Gebrauch macht, als eben dieses! Im Namen der Ordnung hat Nikolaus das hochherzige Polen aus der Reihe der Völker gestrichen! Im Namen der Ordnung hat Ernst August die Konstitution von Hannover vernichtet! Im Namen der Ordnung hat Philipp II. die Niederlande in einen Kirchhof verwandelt! Diese Ordnung, Gott sei Dank, kennt Ungarn nicht und wird sie nicht kennen!" Allein Kossuth drang mit seiner Philippika nicht durch; die Partei der von ihm geschmähten „Ordnung" behielt die Oberhand, und er soll darüber so kleinmütig geworden sein, daß er für den Augenblick davon sprach, sich vom öffentlichen Leben zurückzuziehen[1].

* * *

Wie in Ungarn, so waren auch in Böhmen politische Schwierigkeiten eingetreten, deren Ursprung auf mehrere Jahre zurückreichte und die nun einer ernsten Krisis entgegenzugehen drohten.

In Böhmen wie in den andern Ländern der Monarchie, wo die gleiche Einrichtung bestand, war die Wirksamkeit der Landstände im Laufe mehrerer teilnahmslosen Jahrzehnte zu einer bloßen Förmlichkeit, zur jährlich einmal wiederkehrenden Auffahrt und Rückfahrt der obersten Landesoffiziere in sechsspännigen prunkhaften Staatskarossen, zum bejahenden, in wenig Minuten abgetanen Kopfnicken über die königlichen Postulate herabgesunken. Im Publikum hießen sie darum Postulat-Landtage, und es wurde zum Sprichwort, von einer ruhig abgelaufenen Versammlung zu sagen, es sei dabei so still hergegangen wie in einer ständischen Sitzung. Gleichwohl waren die allen Lebens baren und, wie es scheinen mußte, jeder Wiedererweckung

[1] A—M—h—, Ludwig Kossuth und die jüngste Revolution, Wien 1850, 40—42; Arthur Frey, Ludwig Kossuth und Ungarns neueste Geschichte II, Mannheim 1849, 33—36.

unfähigen Formen strengstens aufrecht, und dadurch die vergleichende Erinnerung, was sie einmal gewesen und was sie im Laufe der Zeit geworden, fortwährend wach erhalten worden. Da war es eine einfache, in ihrer Formulierung unverfängliche, dem Gegenstande nach anscheinend unbedeutende Anfrage, die in schrittweisem Weitergehen binnen wenig Jahren dem böhmischen Landtage die ganze einflußreiche Stellung wieder erringen sollte, die er in den Zeiten der letzten Přemysliden, der Luxemburger, der ersten Habsburger nur irgend besessen hatte.

Der Gubernialpräsident und Oberstburggraf Karl Graf Chotek, ein patriotischer, von einem raschen Geiste beherrschter und vom besten Willen geleiteter Herr, hatte zur Ausführung seiner gemeinnützigen und mitunter großartigen Pläne, bei dem regungslosen Schlummer, in den alles ständische Leben verfallen schien, die Verantwortlichkeit für einzelne Verfügungen über ständisches Vermögen auf sich nehmen zu können geglaubt. Gegen eine derartige Verfügung war jene Anfrage gerichtet, mit welcher zum erstenmal Graf Friedrich Deym den Kampf zur Wiedererringung der landständischen Gerechtsame eröffnete. Die Anfrage betraf ein unansehnliches, dem ständischen Domestikalfonds zugehöriges Häuschen, das sog. Lazaretthöfel, hatte aber bald eine Reihe weiterer Erörterungen über die Gebarung mit den ständischen Mitteln im Gefolge, und die schließliche Antwort, womit sie erledigt wurde, war der Rücktritt des Grafen Chotek (29. Juli 1843), die Berufung des Erzherzogs Stephan zum Landeschef und Gubernialpräsidenten und die Ernennung des Altgrafen Robert v. Salm-Reifferscheid zum Vizepräsidenten des Guberniums und zum Oberstburggrafenamtsverweser. Im Publikum machte man schlechte Witze über diese neue Ordnung der Dinge: Wir haben jetzt, hieß es, eine Landesschеferei, und das Oberstburggrafenamt befindet sich in Verwesung. Die Stände aber erblickten in dieser letzteren Maßregel eine Verletzung ihrer Rechte, da einem Manne, der die verfassungsmäßigen Eigenschaften nicht besitze, die Verwaltung des ersten Landesamtes übertragen worden sei. Auch in diesem Punkte hatte sich die ständische Opposition eines nachgiebigen Zugeständnisses von der andern Seite zu erfreuen: Altgraf Salm fand für gut, durch Resignation eines andern Oberstlandesoffiziers zu seinen Gunsten, sowie durch Überkommung eines landtäflichen Besitztums in Böhmen von seinem Bruder, dem Fürsten Hugo, die abgängigen gesetzlichen Erfordernisse zur Bekleidung seiner Würde zu ergänzen.

Nachdem auch dies gelungen war, galt es dem Versuche, das durch langjährige Einschläferung hergebrachte Steuerbejahungsrecht zu dem zu machen, was es seinem Ursprung und seiner niemals geänderten Natur nach eigentlich war, zu einem Steuerbewilligungsrecht. Der Hebel wurde bei der unverhältnismäßigen Belastung des Rustikalbesitzes, welchem außer den Steuern noch Vorspann, Transport, Lieferungen, Rekrutierungskosten, Roboten auferlegt waren, eingesetzt, indem die Opposition die Über-

nahme eines Teiles der bisher vom Rustikalbesitze getragenen Grundsteuer auf den Dominikalbesitz beantragte und durchsetzte — „ein politisches Experiment der Stände, ihr Repartitionsrecht zu wahren“. Es war dies, wie Graf Johann Lažanský sagte, „der erste Beschluß, den die Stände in vollem Bewußtsein ihrer eigentlichen Stellung als Vertreter des Landes gefaßt haben, der erste, wo die bedauerliche, besonders seit dem Fallen des Städtevotums bestandene Isolierung aufgegeben wurde, der erste, wo der Adel seine schöne Stellung begriff und sich an die Spitze des Volkes stellte“.

Bald sollte sich eine Gelegenheit finden, von der bloßen Art und Weise der Verteilung (Repartierung) der Steuern auf das Wesen der Bewilligung selbst überzugehen, und durch die Bedingungen, an welche diese vorkommenden Falles geknüpft werden könnte, einen mittelbaren Einfluß auf die Gesetzgebung selbst zu erringen. Zur Erleichterung der Städte, von denen nach dem seitherigen Systeme die Kosten für die Strafgerichtspflege zu bestreiten waren, hatte die Regierung einen Betrag von 50000 fl. ausgeschieden und dem ständischen Domestikalfonds die Übernahme dieser Leistung zugemutet. Da dies aber als eine dem ständischen Fonds fremde Sache abgelehnt und auf den hierzu berufenen Staatsschatz gewiesen wurde, hatte sich die Regierung hierzu bereit erklärt, zugleich aber in dem darauf folgenden Steuerpostulate den Ansatz der Grundsteuer um dieselbe Summe, nämlich 50000 fl., erhöht. Das war von den Ständen damals, wo sie einen bedeutungsvollen Schritt bei Hofe im Sinne hatten, schließlich hingenommen worden; nur die Herrenkurie hatte Einsprache erhoben. Jener Schritt war die Absendung einer landständischen Deputation, welche die Gegenwart Sr Majestät bei Eröffnung der Olmütz-Prager Staatseisenbahn erbitten, dabei aber mehrere ständische Desiderien an den Stufen des Allerhöchsten Thrones niederlegen sollte — Wünsche und Bitten, die keineswegs bloß ständische Angelegenheiten betrafen, wie die Einführung einer Filiale der Wiener Nationalbank und die Errichtung einer Börse in Prag, die Regelung des Grundbuchwesens, die Auflassung der Zahlenlotterie, welch letzterer Punkt sogar über die Grenzen einer Landesangelegenheit hinausging und in das Ganze der Finanzverwaltung eingriff. Gleichwohl war die kaiserliche Antwort auf diese Petition, wenn auch in einzelnen Punkten verneinend, in andern ausweichend, doch im ganzen gnädig ausgefallen, und nur hinsichtlich des ersten Punktes, der die Bitte um Wahrung der ständischen Rechte und Privilegien enthielt, ward diese zwar allergnädigst zugesagt, zugleich aber auf den „Vorbehalt“ hingewiesen, „unter welchem deren ursprüngliche Verleihung erfolgt ist, ein Vorbehalt, auf welchen bei Bestätigung derselben von Sr Majestät Vorfahren und von Sr Majestät selbst nie Verzicht geleistet worden ist und welchen Se Majestät selbst in vollem Gefühle Höchstdero angeerbter Regentenpflichten stets aufrecht zu erhalten wissen werden“. Es war damit jener in

der „verneuerten“ Landesordnung enthaltene Vorbehalt gemeint: dieselbe jederzeit „ändern, mehren und bessern“ zu können.

Nun war Feuer im Dache! Es war dies das erste Hindernis, auf welches die Stände in ihrem bisher so erfolgreichen Kampfe um Wiedergewinnung ihrer alten Rechte stießen. Blieb der Vorbehalt aufrecht, und zwar in jenem Sinne, welchen die kaiserliche Entschließung erkennen ließ, so war die Wirksamkeit des Landtages und waren die Vorrechte der Stände auf Sand gebaut; der Vorbehalt schwebte, wie sich Fürst Karl Auersperg ausdrückte, als Damoklesschwert über den ständischen Rechten und Privilegien. Daher wurde über den Antrag des Grafen Friedrich Deym, der sich unter seinen Standesgenossen zu dem Renommee eines böhmischen O'Connell emporgeschwungen hatte, eine Kommission niedergesetzt, welche die Frage zu erörtern und Vorschläge zu machen hatte: „auf welche wirksame und ehrerbietige Art die Stände die bedrohte Integrität ihrer wohlhergebrachten Rechte und Privilegien zu schützen vermögen“. Zugleich war aber bei den Mitgliedern der Opposition der Wille gereift, die erste Gelegenheit zu ergreifen, um tatsächlich von der Ausübung der durch die neueste Allerhöchste Willensmeinung in Frage gestellten Rechte und Privilegien Besitz zu ergreifen.

Was hier erzählt worden, war im Jahre 1845 vor sich gegangen. Im Jahre darauf waren es die galizischen Wirren, die es geboten erscheinen ließen, der Regierung keine neuen Verlegenheiten zu bereiten, so daß die böhmischen Stände über den Zuschuß von 50000 fl. ohne weitere Einstreuung hinausgingen. Wichtiges wurde hingegen in ihren eigenen Angelegenheiten verhandelt. Das System der Landessteuern sollte auf eine klarere einheitliche Basis gestellt, der Unterschied zwischen Ordinarium und Extraordinarium aufgehoben werden. Als in der Sitzung vom 25. Mai darüber zu entscheiden war, zählte man 51 Anwesende, davon stimmten 41 für den Antrag und nur 10 dagegen[1], so daß die Neuerungssüchtigen einen ganz entschiedenen Sieg errungen hatten.

Im großen Publikum machte, was im Schoße der Landstände vorging, wenig sichtbaren Eindruck und fand noch weniger Sympathie; man faßte diese Anstrengungen so auf, als gälten sie nur dem eigenen Interesse der ohnedies bevorzugten Kreise. Nur ein junger Mann war da, der die Lage anders auffaßte: Karl Hawliček, „Havel Borowský“, wie er sich vor der Öffentlichkeit nannte, ließ es an Mahnungen nicht fehlen, an die von den Ständen angeregte Bewegung anzuknüpfen und sie zum Ausgangspunkte

[1] Die zehn Gegenstimmen waren folgende: von den Prälaten fünf; von den Herren einer: Johann Baron Puteany; von den Rittern vier: Johann und Matthias Kalina Ritter von Jäthenstein, Gubernialrat Joseph Ritter von Peche, Franz Korb Ritter von Weidenheim.

allgemeiner Bemühungen in fortschrittlicher Richtung zu verwerten. An Faktoren dafür und an Anregungen in oppositioneller Richtung fehlte es nicht; denn durch das ganze Land ging eine gereizte Stimmung sowohl in den gebildeten Kreisen als in den breiten Massen der Bevölkerung. Allein das alles stand nicht im Einklang mit der landständischen Erregung, sondern hatte seinen eigenen unabhängigen Boden. In Prag hatte sich in den letzten Jahren eine Genossenschaft gebildet, die unter dem Namen „Repeal" ziemlich offenkundig tagte. Zu ihrem Entstehen und zu ihrer Benennung hatte den Anlaß Hawliček in den „Pražské-Nowiny" gegeben, der unter der Rubrik „Irland" Zustände und Stimmungen zu besprechen pflegte, die handgreifliche Vergleiche mit den heimischen Verhältnissen boten. Das war so seine Art; er wußte in gleicher Weise z. B. die Rubrik „China" zu benutzen und konnte darauf rechnen, daß seine Lesewelt die „Absicht" merkte, ohne „verstimmt" zu werden. Übrigens waren die Zusammenkünfte der „Repealer", abendliche Unterhaltungen an unverdächtigen Geselligkeitsorten, anfangs harmloser Natur; es waren meist jüngere Leute, Studenten oder den Studien kaum entwachsen. Einen bedenklichen Charakter nahm die Sache erst an, als sich reifere Männer, wie der Salzverschleißer Emanuel Arnold und Karl Sabina, zu ihnen gesellten, beide von den extremsten Ansichten befangen, die kein Bedenken trugen, ihr radikales Gift den Ohren ihrer Zuhörer einzuträufeln[1].

Nicht bloß in politischer Linie. Es gab damals ein Gerede, daß eine fürstliche Dame den Jesuiten ein Haus in Prag einräumen wolle, während anderseits ein Wort des Ministers Grafen Kolowrat, ehemaligen Oberstburggrafen von Böhmen, eines ausgesprochenen Josephiners, herumgetragen wurde: solang er etwas zu sagen habe, möge man die Jesuiten überall wieder einführen, aber nach Böhmen sollten sie nicht kommen. Da tauchte eine in deutscher und böhmischer Sprache abgefaßte Flugschrift auf, die ungeheures Aufsehen machte. Sie enthüllte die — selbstverständlich willkürlich ersonnene — Ansprache des Jesuitengenerals in Rom an seine nach Böhmen zu sendenden Söhne, denen er genaue Weisungen erteilte, wie sie es einzuleiten hätten, um das Volk unter das Joch der Unterwürfigkeit und Verfinsterung, wie es vordem gewesen, zurückzuführen. Die Aufregung, welche dieses Machwerk hervorrief, war eine so gewaltige, daß von dem Versuche, die Gesellschaft Jesu in Böhmen einzuführen, weiter keine Rede sein konnte. Das Blatt wurde in Tausenden von Exemplaren ins Land geschafft und mußte immer wieder neu aufgelegt werden. In Prag wurde es an den Kirchentüren verkauft, wo wegen des vom neuen Papste ausgeschriebenen Jubiläums viel Zuströmen war. Eine Predigt, die der Präses des fürst-

[1] Siehe mein anonym erschienenes „Aus Böhmen nach Italien", Prag u. Frankfurt a. M. 1862, 9—11.

erzbischöflichen Seminars P. Anton Franz Sales Rost in der Salvatorkirche hielt, goß Öl ins Feuer. Rost habe, erzählte man sich, in seinem Vortrage Pius IX. als Liberalen getadelt und sei gegen die Čechen losgezogen, worüber in der Kirche vielseitiges Murren zu vernehmen gewesen sei. Am Tage darauf kam Rost ein Paket zu; als er es öffnete, fiel ihm die Druckschrift mit der Rede des Jesuitengenerals in die Hände. Der Verdacht ihrer Abfassung fiel bald genug auf Emanuel Arnold. Er wurde eingezogen, dann wieder auf freien Fuß gesetzt; doch die Untersuchung gegen ihn sollte weiter geführt werden.

* * *

Auch bei den Ständen anderer Kronländer war seit dem Eintritt der vierziger Jahre ein regeres Leben erwacht. Namentlich war dies in Niederösterreich der Fall. Als bei der Enthüllungsfeier des Franzensmonuments den niederösterreichischen Ständen der Platz hinter dem Hofstaat angewiesen wurde, rief Graf Montecuccoli in edler Entrüstung aus: „Den Ständen als den natürlichen Räten der Krone gebührt der Platz dem Kaiser zunächst!“ und an der Spitze der Stände die Menge der Höflinge durchschreitend, nahm er ohne weiteres den ersten Platz ein. Von da an versäumten die Stände des Erzherzogtums keinen Anlaß, in allgemeinen Landesfragen ihre Bitte, ihr Fürwort, ihr Gutachten im Geiste des Liberalismus einzulegen. Bereits im Jahre 1843 hatten sie einen Entwurf wegen Ablösung sämtlicher Roboten und Zehnten abgefaßt, in einer am 24. Januar 1844 an Se Majestät gerichteten Vorstellung ihre Bereitwilligkeit zu dieser Ablösung erklärt und im Juni desselben Jahres die Gelegenheit wahrgenommen, um an Se Majestät eine Dankadresse für die Herabminderung der Militärdienstzeit zu richten. Im März 1845 hatten sie eine Denkschrift „über die gegenwärtige Zensur in Österreich“ verfaßt. Im Juni 1846 war ein bis in das kleinste Detail gehender Plan zur Errichtung einer ständischen Kreditanstalt ausgearbeitet, zugleich eine Landtagserklärung „wegen Erleichterung des Loses der arbeitenden Klassen resp. Abänderung der Stempel- und Verzehrungssteuer und Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer“ entworfen. Die niederösterreichischen Stände wurden, ungeachtet keine ihrer Bitten, keiner ihrer Anträge nach jahrelangem Harren eine nur halbwegs eingehende Berücksichtigung gefunden, nicht müde, ihren Blick nach allen Seiten der Landesbedürfnisse gerichtet zu halten. Sie betonten mit Nachdruck die Notwendigkeit der Veröffentlichung des Staatshaushaltes als naturgemäße Bedingung für Ausübung des Steuerbewilligungsrechtes, und nahmen eingehende Vorschläge zur Reformierung des Gemeindewesens in Angriff, für welchen Zweck sie sich mit den böhmischen und mährischen Ständen in Verkehr setzten.

Als von den Behörden versucht wurde, der ständischen Einmengung in administrative Fragen in den Weg zu treten, und die vereinigte Hofkanzlei im Tone geneigter Herablassung sich die Erklärung beikommen ließ, daß sie „die Ansicht der Stände oder ihrer Organe“ einzuholen „sich vorbehalte, wenn sie es im Interesse des Dienstes entsprechend oder wünschenswert erkennen wird“, faßten die niederösterreichischen Stände eine umfassende Staatsschrift (datiert 21. Juli 1846) ab, in der es unter anderem hieß: „Das Institut der Stände ist ungeachtet seines im Angesichte von Europa dem deutschen Staatenbunde verkündeten rechtlichen Bestandes, ungeachtet der einem siegreichen Volke zugesicherten Belebung ständischer Mitwirkung, allmählich fast zur leeren Form herabgesunken, ja als ein überflüssiges, in manchen Fällen selbst hinderliches Element im Staate betrachtet, und mit Umgehung des ständischen Beirates auf andern Wegen die genaue Kenntnis der verschiedenen Verhältnisse, Leistungskräfte, Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung versucht worden.“ Nunmehr, so führten die Stände weiter aus, nachdem der Erfolg der erwähnten Maximen sich als kein glücklicher erwiesen, können sie nicht länger untätig verharren, sondern müßten auf der Wiedergeltendmachung ihres niemals aufgegebenen, zuletzt noch von Kaiser Leopold II. ausdrücklich und umständlich anerkannten Rechtes, Bitten, Vorstellungen und Beschwerden ihrem Landesfürsten unmittelbar zu überreichen, bestehen und „um Schutz gegen beschränkende Auslegungen ihrer verfassungsmäßigen Tätigkeit“ alleruntertänigst bitten.

* * *

Im übrigen war in Niederösterreich gleichwie in Böhmen die politische Wirkung der ständischen Reformbewegung nicht übermäßig hoch anzuschlagen. Die ständische Fortschrittspartei in Böhmen, die es der Bureaukratie in ungeschminkten Ausdrücken vorrückte, daß sie keine Wurzel im Volke habe, konnte sich selbst um so weniger einer sonderlichen Teilnahme im großen Publikum rühmen, als der Hochmut, der die crême de la société im allgemeinen charakterisierte, die herausfordernde, verletzende Denkungsart, deren die öffentliche Meinung einzelne Mitglieder des Hochadels beschuldigte, eine schroffe Scheidewand zwischen diesem und dem aufstrebenden Mittelstande auftürmte. „Der Mensch fängt vom Baron an!“ Dieser Ausspruch wurde von den Pragern dem Militärkommandierenden von Böhmen in den Mund gelegt, einem Herrn von vornehmstem Charakter und hohen Verdiensten, aber dabei einem Aristokraten vom Wirbel bis zur Zehe, der die höchstmögliche Meinung von dem Alter und der Herkunft seines Hauses hatte. Es war gewiß mit Unrecht, daß man dem Fürsten Alfred Windischgrätz jenes Wort zuschrieb[1]; Tatsache aber ist, daß es allgemein behauptet

[1] (Zimmer,) Fürst von Windischgrätz, Wien 1848, 13.

und herumgetragen und fest geglaubt wurde. So war es in Böhmen vor allem die scharf abgegrenzte gesellschaftliche Kluft, welche die adeligen von den bürgerlichen Kreisen mit seltenen Ausnahmen trennte und verhinderte, daß sich die böhmische Aristokratie jener Sympathien im großen Publikum erfreute, die sie wegen ihres warmen Patriotismus und der mancherlei Opfer, die sie bei jedem gegebenen Anlasse zu Gunsten des Gemeinwohles zu bringen pflegte, in der Tat verdient. Im Landtage, der neben den mundtoten Städten ausschließlich den privilegierten Klassen angehörte, war die Tätigkeit unzweideutig auf die eigene Verherrlichung, auf die Geltendmachung der eigenen Prärogative gerichtet, und wenn sie sich auch gern als die Vertreter des Landes trugen, wenn auch, wie bei der Steuerverteilungsfrage, die salbungsvollsten Redensarten über Volkswohl, Hebung der unteren Klassen u. dgl. gefallen waren, so wußte man ja gerade von dieser Frage, daß es sich dabei wesentlich um ein politisches Experiment eben wieder im Interesse der landtagsfähigen Stände, nämlich ihr Repartitionsrecht zu wahren, gehandelt hatte. Vollends aber glaubte das Publikum die Bedeutung der ganzen Aktion auf ihren wahren Wert zurückführen zu müssen, als das Ergebnis der ständischen Verhandlung vom 8. Mai 1846 bekannt wurde, wobei sich zeigte, daß der Antrag auf Erweiterung des Städtevotums, auf Vertretung der Städte durch selbstgewählte Abgeordnete, auf Beiziehung der bürgerlichen Gutsbesitzer zum Landtage in der Minorität geblieben war, und daß hierbei, was noch schwerer ins Gewicht fiel, selbst ein Teil der Opposition mit der bürgerfeindlichen Majorität gestimmt hatte.

Was die niederösterreichischen Stände betraf, so mußte zugegeben werden, daß sie früher und bei weitem entschiedener als die böhmischen gemeinnützige Fragen in den Bereich ihrer Tätigkeit zu ziehen wußten. Allein in dem Treiben einer Stadt, die weniger Hauptstadt eines einzelnen Kronlandes als Residenzstadt einer großen Monarchie ist, fehlte es schon an der ersten Bedingung allgemeiner Teilnahme, da die immerhin mehr lokalen Lebenszeichen ständischen Treibens in den an weiter aussehende Fragen sich knüpfenden Interessen verschwanden. Gingen sie auch nicht ganz ohne Kenntnisnahme von seiten des großen Publikums vorüber, so knüpfte sich dies doch mehr an die Namen einzelner Persönlichkeiten aus ihrer Mitte, die ihre Volkstümlichkeit weniger ihrem Wirken im Ständesaale als ihrem Auftreten und Eingreifen bei öffentlichen oder halböffentlichen Anlässen verdankten, wo sie Gelegenheit fanden, mit ihren vorwärtsstrebenden Gesinnungen hervorzutreten. Auf diesem Wege gewannen die Namen einzelner Landstände, ein Schmerling, Doblhoff, Ferdinand Colloredo, Albert Montecuccoli, August Breuner, einen guten Klang.

Ermangelten unter solchen Umständen die Stände in den westlichen Ländern der Monarchie jener ausgesprochenen Sympathien, die eine nach-

haltige Einwirkung mindestens in der nächsten Zukunft hätte erwarten lassen: so war anderseits kein Grund weder zu dem Verdacht, daß sie gefahrbringende Tendenzen in ihrem Schoße bärgen, noch zu der Befürchtung, daß sich, vielleicht ohne Bewußtsein und Absicht der Führer, derlei Elemente daraus entwickeln könnten. Die Loyalität selbst der lärmendsten Oppositionsmänner war über jeden Zweifel erhaben. Von separatistischen Bestrebungen trat nirgends etwas zu Tage, und wenn auch die böhmischen Stände eine warme Vorliebe für das Kronland, dem sie angehörten und dessen Interessen zu vertreten sie sich berufen fühlten, niemals verhehlten, so war diese Vorliebe doch von nichts entfernter als von dem Gedanken, das Königreich zu dem ungeteilten Bestande und der einheitlichen Kraft des Gesamtstaates in eine zweideutige Stellung zu bringen. Ja es ließ sich die Meinung derjenigen anhören, die das Streben der Stände, „eine von ihnen selbst ausgehende Reform des Staatslebens durch Geltendmachung ihrer politischen Rechte durchzusetzen", als allein zum Heile führend anpriesen und die Hoffnung einer Wiedergeburt des Gesamtstaates in der Richtung fortschrittlicher Entfaltung darauf bauten.

6.

Während dieser ständischen Verhandlungen in Prag und Wien, der politischen Bewegung in Ungarn und der nationalen Erregung im österreichischen Italien spielte sich in einem entlegenen Winkel der Monarchie eine Episode sozialistischen Charakters ab, die, wenn ihr nicht rechtzeitig Einhalt getan wurde, einen wilden, verheerenden Verlauf zu entfalten drohte.

Im Südwesten von Siebenbürgen, von der Festung Karlsburg über Abrudbanya und Zalathna bis an die ungarische Grenze, wo ausgedehnte Waldstrecken sich über den sog. Bergdistrikt hinziehen, wohnen die Motzen, ein walachischer Stamm, kräftige und betriebsame Leute, urwüchsig, aber roh und gewalttätig. Brand und Blut haben in früheren Jahrhunderten wiederholt den Weg bezeichnet, wenn sie sich, aus ihren Wäldern hervorstürzend, gegen die ungarischen Edelsitze wandten. Den Anlaß zu der Entfesselung ihrer Wut bildeten die unklaren Rechtsverhältnisse ihrer im ganzen Gebirge hin und her zerstreuten Ortschaften, ob nämlich ihre Bewohner Urbarialbauern oder bloß auf Herrschaftsgrund angesiedelte Kontraktualisten seien: Verhältnisse, die stets zweideutig waren und seit langen Jahren zu erbitterten Zerwürfnissen zwischen den Untertanen und der Herrschaft geführt hatten und noch fortwährend führen. Namentlich war es die Frage des den Untertanen in den Waldungen zustehenden Nutzungsrechtes, da dieses

von den Ansiedlern zumeist unbeschränkt in Anspruch genommen wurde, während die Herrschaften jene Nutzungen auf ein bestimmtes Maß zurückführen und durch gewisse Gegenleistungen kompensiert wissen wollten. Von den Motzen ging unten Juon Hora, auch Nicola Urs genannt, im Jahre 1784 jener furchtbare Aufstand aus, wo Abrudbanya zerstört und namenloses Unheil über die ungarischen Gutsbesitzer und deren Eigentum gebracht wurde. Ärarisches Gut sollte geschont, den Sachsen und Walachen kein Leid zugefügt werden, nur den Magyaren galt die grausame Wut; der sechste Punkt im Programm Horas lautete: Aufhebung des Adels und seiner Vorrechte, Aufteilung seiner Besitzungen unter das Volk. Der Aufstand wurde blutig unterdrückt und am 28. Februar 1785 an den Führern das schauerliche Urteil vollzogen: sie wurden von unten hinauf gerädert, ihre Leiber gevierteilt, ihre Köpfe und Gliedmassen an den Straßen und Wegen der aufgestandenen Ortschaften auf Räder geflochten; aber Hora galt bei den Motzen fortan als Märtyrer und Nationalheld und wurde als solcher gefeiert.

Um das Jahr 1845 wurde der Name und das Wirken Horas den Motzen neuerdings in Erinnerung gebracht, nicht von einem Manne, sondern von einer Frauensperson. Katharina Varga war keine Eingeborne, sie kam aus Ungarn; über ihre Abstammung und über die Motive ihres Beginnens herrscht ein gewisses Dunkel: Tatsache aber ist, daß die den gebildeten Ständen angehörige Frau trotz ihrer bei der walachischen Bevölkerung so angefeindeten und allem möglichen Mißtrauen ausgesetzten magyarischen Herkunft sich binnen kurzem in das volle Vertrauen des ungeschlachten Volkes zu setzen wußte, was ihr vorzüglich dadurch gelang, daß sie den unerfahrenen Leuten weismachte, sie sei die Amme des Kaisers Ferdinand gewesen — der tatsächlich um einige Jahre älter war als sie! — und daher in der Lage, ihre Klagen und Beschwerden unmittelbar bei diesem zu willfahrender Aufnahme zu bringen. Ihr Anhang und Ansehen war in stetem Wachsen, so daß sich kein Zivilbeamter mehr in ihr Gebiet getraute; es waren zumal die Gemeinden Abrudfalva, Bucsum und Kerpenyes, die sich durch Renitenz gegen die Obrigkeit, durch Drohungen und Gewalttätigkeiten hervortaten. Ein in die Berge entsendetes Militärdetachement, das die Aufwieglerin festnehmen sollte, wurde vom kommandierenden Stabsoffizier, der die Unmöglichkeit eines Erfolges und die Gefährlichkeit eines solchen Unternehmens erfaßte, einfach zurückgeschickt. In dieser Verlegenheit wandten sich die Behörden an einen Mann, der ihnen durch das Ansehen und den Einfluß seiner Stellung, aber auch durch das Gewicht seiner Persönlichkeit, seinen Mut und seine Entschlossenheit geeignet schien, das zu stande zu bringen, was auf gewaltsamem Wege nicht zu erreichen war. Anastasius Schaguna, Abkömmling einer mazedonisch-walachischen Familie, nach absolvierten juristischen und theologischen Studien Mönch in

Hopova in Syrmien, wo er an Stelle seines Taufnamens den Klosternamen Andreas annahm, durch acht Jahre Professor an der Karlowitzer theologischen Lehranstalt und zugleich als Notar im erzbischöflichen Konsistorium verwendet, 1842 Archimandrit des Klosters Hopova, 1845 des Klosters Kovil, wurde im Juni 1846 zum Generalvikar der durch den Tod ihres Bischofs verwaisten siebenbürgischen griechisch-nichtunierten Diözese ausersehen. In der Vollkraft seiner Jahre, von einer seltenen Willenskraft, umsichtig und klug, nicht ohne eine gewisse Schlauheit, war Schaguna ganz der Mann, Massen zu beherrschen, während er zugleich, kenntnisreich und welterfahren, munter und lebensfroh und von geselligen Manieren, mit den höheren Klassen sowie mit den Zivil- und Militärautoritäten des Landes auf bestem Fuße stand.

Der an ihn ergangenen Einladung, die Aufregung in den Gemeinden des Bergdistriktes zu stillen, säumte Schaguna keinen Augenblick zu entsprechen und seine Vorbereitungen zu treffen. Am heiligen Christtage 1846 (nach julianischem Kalender) erschien er in Bucsum, um eine Kirchenvisitation zu halten, und wurde von der Gemeinde und dem zahlreich aus der Umgegend zugeströmten Landvolk mit allen seiner Würde geziemenden Ehrenbezeigungen empfangen. Nach beendeten kirchlichen Funktionen beschied er die Gläubigen auf den freien Platz vor dem Gotteshause. So stand er vor ihnen in seiner mächtigen Gestalt, das ausdrucksvolle Antlitz von schwarzem Haupthaar und einem reich hinabfließenden Vollbart umrahmt, in seinem malerischen, mit ausgesuchter Sorgfalt gehaltenen Ornat, und hielt an sie mit seiner imponierenden Beredsamkeit, der ein kräftiges und dabei wohlklingendes Organ zu statten kam, eine Ansprache, in der er den Leuten ihre ungesetzliche und strafwürdige, aber auch gefährliche Auflehnung gegen Gesetz und Sitte eindringlich vorhielt und zum Schlusse sie aufforderte, ihre Beschwerden vorzubringen. Als Wortführerin erschien Katharina Varga, die eben ihre Rede beginnen wollte, als sie der bischöfliche Vikar mit kräftigem Arme packte und in seinen in unmittelbarer Nähe bereit gehaltenen Wagen schob; der von ihm unterwiesene Kutscher hieb in die Pferde ein und war in wenig Augenblicken den Augen der verblüfften Menge entschwunden. Die Fahrt ging nach Karlsburg, wo Schaguna die gewaltsam entführte Person dem Festungskommando übergab. Die widerspenstigen Motzen, ihrer Führerin beraubt, hatten inzwischen Zeit über die Worte ihres geistlichen Oberhirten nachzudenken. Sie fanden es klüger, von ihrem bedenklichen Unternehmen abzulassen und ruhig nach Hause zu gehen, und damit war für diesmal ein Aufstand beschworen, der, wenn ihm Gewalt entgegengesetzt wurde, in ein Widerspiel der Horaschen Grausamkeiten und Bluttaten ausarten konnte.

Schaguna aber war jetzt der gefeierte Mann, auf dessen wirksamen Einfluß die Regierung, der siebenbürgische Hofkanzler Baron Samuel Jósika

an der Spitze, um so mehr bauen zu können meinte, als Schagunas Ranggenosse, der griechisch-katholische Bischof Joseph v. Lemény von Fogarasch, den Ereignissen, die sich fortwährend bedenklicher gestalteten, keineswegs gewachsen, von schwachem Charakter und überdies in der Verwaltung seiner Diözese, der Simonie beschuldigt, von nicht ganz reinem Leumund war [1].

---

[1] Vgl. Eugen v. Friedenfels, Bedeus v. Scharberg I, Wien 1876, 193 f 411—417.

IV.

Gewitterschwüle.

1847.

Das Blut, das wir im Bürgerkrieg vergießen,
Wird durch Europas matte Adern fließen.

Frankf. Merkur, um die Mitte 1847.

1.

In den österreichischen Landen wie in vielen Gegenden des mittleren Europa hat das Jahr 1847 eine böse Erbschaft aus seinem Vorjahre angetreten. In einem großen Teile von Europa war die Ernte mißraten; besonders ein Hauptnahrungsmittel der unteren Klassen hatte fehlgeschlagen: es war die Kartoffelkrankheit, die seit den letzten Jahren die Fechsung dieses wertvollen Ernährungsmittels vereitelte; die Pflanze faulte in den Wurzeln, die ausgegrabenen Knollen verbreiteten einen übeln Geruch. Die Folge davon war Brotlosigkeit und Teuerung, in manchen Landstrichen wahre Hungersnot, die in Irland einen so furchtbaren Grad erreichte, daß sie die Bevölkerung förmlich dezimierte; zu Tausenden und Tausenden wanderten arme Leute aus, die Insel verlor über ein Viertel ihrer Einwohner.

„Gott sei gedankt, endlich sterbe ich vor Hunger!" will man Leute sagen gehört haben[1]. Allein nicht bloß die unteren Klassen litten unter dem Drangsal der Mißjahre. In Deutschland führte übermäßig gesteigerter Geld- und Geschäftswettbewerb zahlreiche Fallimente herbei, durch die manche zuvor wohlhabende Familie um Hab und Gut kam.

In Österreich gab es Not und Bedrängnis aller Art. In einigen Teilen von Schlesien und in Westgalizien griff das arme Volk in Ermangelung besserer Nährstoffe zu gemahlener Baumrinde, zu Stroh, mischte

---

[1] Über das Elend in Preußisch-Schlesien s. Prinz Kraft-Hohenlohe, Aus meinem Leben I, Berlin 1897, 5—7.

Gips, Abfälle von Ölkuchen u. dgl. in das Brot. Es brach der Hungertyphus aus, die Leute starben dahin wie die Fliegen; viele waren auf der Stelle tot, man konnte Leichen auf freiem Felde liegen sehen.

Die Stockung aller Geschäfte hatte massenhafte Entlassung von Arbeitern zur Folge. In Prag erschienen 400 Kattundrucker vor dem Bürgermeister Joseph Ritter v. Müller und verlangten Beschäftigung und Lohn. Der Bürgermeister beschied sie: Gemeindearbeit könne er ihnen verschaffen, andere nicht; die Gemeindearbeit werfe 12 Groschen für den Tag ab. Das wiesen die Drucker zurück; für so wenig würden sie sich nicht abrackern. Ein Brotwagen am Viehmarkt, für das Provinzialstrafhaus bestimmt, wurde angefallen und geplündert: „Wenn der Kaiser den Spitzbuben Brot geben kann, so muß er auch eines für die ehrlichen Leute haben!" Bäcker und Wurstläden wurden gestürmt und gebrandschatzt. In den nordwestlichen, ans Sächsische und Bayerische grenzenden Kreisen sah es das Volk mit steigernder Erbitterung, wie ausländische Händler die Preise hinauftrieben, das teuer erkaufte Korn aus dem darbenden Lande fortschleppten und dabei, wie sich's die gereizten Leute einreden ließen, noch Spott und Hohn trieben: „die Böhmen könnten Kieselsteine fressen". An vielen Orten, wie in Plan, rotteten sich die armen Leute zusammen und zogen gegen die Wirtshäuser, wo die fremden Makler die erkaufte Ware zur Weiterfahrt liegen hatten, und nahmen alles Getreide weg, wobei die Händler vom Glück sagen konnten, daß sie mit dem Leben davonkamen. In Leitmeritz, so erzählte man sich, schnitt das wütende Volk einem bekannten Kornwucherer beide Ohren ab.

In Wien schätzte man die aus den Fabriken entlassenen Arbeiter auf nicht weniger als 10000. Die Vorstädte Schottenfeld und Maria-Hilf wimmelten von herumziehenden erwerbslosen Leuten. Sie umringten eines Tages die Kutsche des Kaisers, ein andermal jene der Prinzen des Erzherzogs Franz Karl auf deren Wege nach Schönbrunn, so daß der Wagen halten mußte; man gab ihnen gute Worte und vertröstete sie mit wohlmeinender Zusprache. An einem Nachmittag, da der Kaiser in dem Glaspavillon der Bellaria saß, wurde ein Mann ergriffen, der mit Steinen hinauf warf; er sagte, er habe bloß eingesperrt werden wollen, da er nichts zu essen habe. Eines Morgens fand man einen Gaskandelaber vor dem Burgtore an mehreren Stellen angefeilt, unverkennbar, um auf die Gasröhre zu dringen, diese anzubohren und das Gas herausströmen zu lassen. Die Wache in der Burg wurde verstärkt, da Gerüchte umliefen, mehrere Tausend von Arbeitslosen wollten die Burg stürmen.

Im lombardisch-venetianischen Königreiche hatten anhaltende Regengüsse viele Gegenden überschwemmt und dadurch Kummer und Elend über die Landbevölkerung gebracht. Der Preis des Getreides und der Erdäpfel stieg. Es wurde von mancher Seite ein Ausfuhrverbot in Vorschlag gebracht, worauf jedoch die Räte des Vizekönigs nicht eingehen wollten. Besonders

bedenklich sah es in der Provinz Como aus, da in dem benachbarten Kanton Tessin der gleiche Mangel eintrat. Es kam zu Aufständen, wobei ein grimmiger Haß der arbeitenden Klassen gegen ihre reichen Herren zu Tage trat, der hie und da in eine allgemeine Plünderung auszuarten drohte. In Como, Varese, Sesto Calende, Gallarate fielen Banden mit Getreide beladene Wagen und Schiffe an. In Lecco, einem Emporium der Getreideausfuhr nach Chiavenna und Graubünden, strömten aufgeregte Haufen aus den umliegenden Dörfern zusammen, die sich eine Fahne vorantragen und auf dem Hauptplatze eine Verwahrung gegen die Ausfuhr vorlesen ließen, den Eingang zu den Magazinen eines Getreidehändlers erbrachen und die Vorräte plünderten. Ähnliches geschah in Desio, wo die erbarmungslose Härte eines Mailänder Großgrundbesitzers die Wut des armen Volkes zu Gewaltschritten reizte. Militär stand keines zu Gebote, es wurden Eilboten nach Mailand geschickt, von wo Truppen gesandt wurden. Zugleich erging auf Befehl des Erzherzogs ein Ausfuhrverbot für Getreide und türkischen Weizen und das daraus bereitete Mehl, ein Verbot, das auch auf die venetianischen Provinzen ausgedehnt wurde (18. und 20. Februar)[1]. Gleichzeitig suchten Werke der Wohltätigkeit, in denen die öffentlichen Anstalten (luoghi pii elemosinieri) mit vermöglichen Privaten wetteiferten, über die ärgste Not hinauszuhelfen, so in Como, in Cremona; die Munizipalität von Mailand setzte eine Kommission ein und stellte ihr für den ersten Bedarf 150000 Lire zur Verfügung, um der armen Bevölkerung Brot zu einem heruntergesetzten Preis zu verschaffen[2]. Mit den Wirkungen des Ausfuhrverbotes war zuletzt niemand zufrieden. Der Staatsrat des Kantons Tessin, der durch die Maßregel zunächst getroffen war, verlangte vom lombardischen Gubernium die Rücknahme derselben, als den Verträgen von 1816 zuwider, und sandte die Herren Fogliari und Franscini an den Grafen Spaur, der sie nach Wien verwies. Anderseits galt das Ausfuhrverbot nur für das Ausland und konnte dadurch umgangen werden, daß man Getreidesendungen in andere Länder der Monarchie abgehen ließ, von wo sie ohne Anstand über die Grenze gebracht werden konnten. Die Nobili und Getreidespekulanten ihrerseits murrten gegen die Behörden, die sie der Lauheit in Bestrafung der Übeltäter, der Schwäche und Untätigkeit beschuldigten, die Hefe des Volkes im Zaume zu halten und die Besitzenden gegen kommunistische Gelüste ausreichend zu schützen. Müßte nicht der Argwohn aufsteigen, daß es die Regierung mit dem gemeinen Manne gegen die Vertreter von Besitz und Bildung halte?!

Mittlerweile hatte man in Wien den Vorstellungen der Tessinesen in etwas nachgegeben und das Ausfuhrverbot in einigen Stücken zurück-

---

[1] Carlo Casati, Nuove rivelazioni sui fatti di Milano 1847/48 I, Milano 1885, 72 f. [2] Ebd. 76 f.

genommen (zweite Hälfte März), worüber nun aber in der Lombardei gejammert und gezetert wurde, so daß sich die Regierung Anfang Mai bewogen fand, das Ausfuhrverbot zu erneuern, wofür sie nur Spott erntete, weil es hieß, es könne weder Getreide noch Mehl ausgeführt werden, weil keines mehr im Lande sei.

2.

Schrecklich wütete das Übel in vielen Gegenden Ungarns, besonders der nördlichen Komitate, und hier wieder am ärgsten in der Arva. Die Einwohner ganzer Dörfer waren genötigt, zum Bettelstabe zu greifen, oder entschlossen sich zur Auswanderung, wenn sie nicht auf unredliche Weise sich das verschaffen wollten, was ihnen der sonst fruchtbare Boden diesmal versagte. Dabei griffen Diebstähle, Einbrüche, Raubanfälle um sich. Viele verkauften ihre Kinder unter zehn Jahren, die um einen Hungerpreis bis 5 fl. großenteils von Zigarrenfabrikanten erworben wurden. In Pest wurde auf offener Straße Menschenhandel getrieben; slovakische Mädchen von zwölf bis fünfzehn Jahren wurden von Wüstlingen erstanden — paupertas meretrix! Ein gräßlicher Fall wurde aus der Zips berichtet, wo ein Ehepaar, von der Not getrieben, ein bettelndes Mädchen ergriffen, es abgeschlachtet und gebraten verzehrt haben soll. Zur Milderung so entsetzlicher Bedrängnis wurden Sammlungen veranstaltet, Erbarmen und Mildtätigkeit brachten großmütige Opfer, die Regierung ließ es an bestgemeinter Beihilfe nicht fehlen; doch was waren solche an und für sich nicht geringe Gaben im Verhältnis zu dem so ausgedehnten Kummer und Elend?!

Dazu traf das Land in dieser schweren Zeit ein Schlag in politischer Linie, der ein wahres Nationalunglück zu nennen war. Erzherzog Joseph war in jungen Jahren als Palatin nach Ungarn gekommen und hatte sich dort durch fünf Dezennien derart eingelebt, daß er ein wahrer Ungar geworden, „während die übrigen Erzherzoge sich als Deutsche fühlten“[1]. Eine genaue Würdigung des ungarischen Nationalcharakters, ein ausgebreitetes positives Wissen, in welcher Beziehung die gewiegtesten Publizisten des Landes ihm nachstanden, eine Findigkeit in der Schlichtung der verwickeltsten Fragen hatten ihm ein Ansehen und zugleich ein Vertrauen und eine Hingebung erworben wie nicht so bald vor ihm einem Manne. Über den Parteien stehend, wandte er seine Weisheit, seinen Takt in der Regierung, den er in so hohem Grade besaß, zur Milderung der Heftigkeit des Kampfes, zur Dämpfung der Parteileidenschaft an. Die Rolle, die er

[1] Pulszky, Meine Zeit, mein Leben I Regensburg u. Leipzig 1880, 403.

in den Jahren vor 1847 spielte, war die der Mäßigung, der Ausgleichung und Versöhnung, in welcher er dem Vaterlande überaus wichtige Dienste leistete. Als Palatin ein Wächter der Verfassung und der Gesetze, trat er in schwierigen Lagen in wirksamer Weise vermittelnd bei Hofe ein, wo er deshalb nicht immer in besonderer Gunst stand, während man in den obersten Regionen gleichwohl einsah, daß er nicht zu entbehren war. Dabei gab es kaum ein nationales Institut, in welchem der Erzherzog nicht die Spur, das Andenken seiner Unterstützung hinterlassen hätte[1].

Im November 1846 wollte Ungarn des geliebten Palatins fünfzigjähriges Jubiläum feiern; allein, um einen treffenden Ausdruck aus Kossuths Pesti Hirlap zu gebrauchen, „das Schicksal warf ein Bahrtuch über den Altar, auf welchem die Nation die Flamme des Dankes anzuzünden im Begriffe war". Im Oktober zuvor war Erzherzog Joseph erkrankt, so daß das Freudenfest unterbleiben mußte; das Übel wurde von einem Monat zum andern bedenklicher. Sein ältester Sohn Erzherzog Stephan, der als Landeschef an der Spitze der böhmischen Verwaltung stand, traf am 12. Januar 1847 zur rührenden Freude des Leidenden in Ofen ein. Am Tage darauf hauchte der greise Palatin seine edle Seele aus. Erzherzog Joseph war der einzige, der sein hohes Amt durch den Zeitraum von mehr als einem halben Jahrhundert versehen hatte. Er nahm die hohe Achtung, die Liebe und die tiefempfundene Trauer eines ganzen Landes mit sich ins Grab.

Zwei Tage nach seinem Tode erfloß in Wien ein königliches Reskript, das seinen ältesten Sohn zum königlichen Statthalter in Ungarn ernannte[2]. An die Deputation der königlichen Tafel, welche dem Sohne ihr Beileid ausdrückte, richtete der jugendliche Erzherzog die Worte: „Uns verblieb zur herrlichen Aufgabe, jenes Werk weiter auszubauen, an welchem er unablässig tätig war, und ich hege den festen Glauben, daß, wenn mich die Vorsehung mit so viel Kraft segnen wird, als aufrichtiger Wille in mir lebt, der Geist des Verewigten voll Befriedigung über uns schweben wird!" Erzherzog Stephan konnte seinen neuen Posten nicht sogleich antreten, er mußte nach Prag zurück, um dort die Geschäfte abzuwickeln. . . .

Vierzehn Tage nach dem Tode des alten Palatin erfuhr Pest ein Mißgeschick, das von vielen als ein böses Omen gedeutet wurde. In der Nacht vom 1. zum 2. Februar brannte das deutsche Theater ab, ohne daß sich die Entstehung des Feuers genügend erklären ließ. Das deutsche Theater war dem magyarischen Chauvinismus seit langem ein Dorn im Auge, ob-

---

[1] Wirkner, Erlebnisse 199. Michael Horváth, Fünfundzwanzig Jahre; deutsch von Novelli II 377—381.

[2] Wortlaut s. Janotyckh v. Adlerstein, Tagebuch I 19.

wohl die Direktion es an Bemühungen nicht fehlen ließ, sich mit der tonangebenden Partei auf guten Fuß zu stellen. Als in einer Posse zum Schlusse eines Quodlibets eine Strophe in ungarischer Sprache beigefügt wurde, applaudierte das deutsche Publikum in sympathischer Weise, während einige mit anwesende Magyaren zischten. Mit welchem Rechte, sagten sie, können in dem verfluchten deutschen Schauspielhaus, b . . . . . a német sinház, die Zauberklänge der ungarischen Sprache zur Aufführung gelangen?! Der eingeschüchterte Direktor mußte die feierliche Versicherung geben, daß in seinen Hallen eine derartige Entweihung der nationalen Klänge nie wieder stattfinden solle. Von der Redaktion eines ungarischen Blattes ging der Aufruf zur Gründung eines „deutschen Theater-Nichtbetretungsvereines" aus; sie sandte Subskriptionsbogen herum, die viele Unterschriften aufnahmen. Unter solchen Umständen war es begreiflich, daß der Verdacht aufkam, der Brand sei von den alles Deutschtum in den Tod hassenden Ultra-Magyaren gelegt worden, ein Verdacht, der durch einen während des Brandes veranstalteten Umzug von Fiskalen und Juraten mit Mitgliedern des ungarischen Theaters ꝛc., der sich mit dem Rufe „Éljen, das deutsche Theater brennt" in den Straßen zeigte, bekräftigt zu werden schien[1].

* * *

Im öffentlichen Leben des Landes trat nach dem Tode des Erzherzogs Joseph die Opposition dem Grafen Apponyi, der inzwischen als Hofkanzler an die Spitze dieser Zentralstelle getreten war, mit erhöhter Schärfe entgegen. Sie bezeichnete das Administratorensystem als ungesetzlich, weil es jahrhundertalte Einrichtungen über den Haufen stoße, und nannte es ein Kreishauptmannsystem, als den ersten Versuch, die öffentlichen Verhältnisse in Ungarn auf den bureaukratischen Fuß der Zustände in den sog. deutschen Erbländern zu stellen. In vielen Komitaten weigerte man sich, den getroffenen Abänderungen Folge zu leisten, ganz besonders widerstrebte ihnen der Eingriff in die Freiwählbarkeit der Richterkollegien. Sie erteilten Weisungen an die Gerichtspersonen, falls die Administratoren vorsitzen wollten, auseinander zu gehen und dadurch jede Amtshandlung unmöglich zu machen. Von der Statthalterei erfolgte die Nichtigkeitserklärung dieser Weisungen; doch die Komitate richteten Adressen an den König, in denen sie die Rechtmäßigkeit ihres Beschlusses nachzuweisen suchten. Am stärksten war der Widerstand in der Szabolcser Gespanschaft, so daß ein königliches Reskript Gehorsam befahl, widrigenfalls zu scharfen Maßregeln gegriffen werden sollte; auch hier betraten die Renitenten den Weg einer alleruntertänigsten Bitte an den König.

---

[1] Vgl. Janotyckh v. Adlerstein, Tagebuch I 22 ff.

Die Seele der Opposition und der gefährlichste Mann für die Regierung war ohne Frage Ludwig Kossuth. Er war für seine Person eine gewinnende Erscheinung und besaß eine wahrhaft hinreißende Beredsamkeit, wobei ihm ein Organ von bezauberndem Wohlklang zu statten kam. Es fehlte in den Reihen der Partei, an deren Spitze er stand, nicht an solchen, und darunter höchst bedeutenden Männern, denen seine Führerschaft nicht genehm war. Moritz v. Szentkirályi war ihm nicht gewogen, Bartholomäus Szemere sympathisierte nicht mit ihm; doch hießen sie ihre Gefühle schweigen, weil sie einsahen, daß sie der Regierung gegenüber der Einigkeit des Zusammenhaltens bedurften. Unter den Magnaten hielten die beiden Grafen Kasimir und Louis Batthyány und Graf Ladislaus Teleki mit Entschiedenheit zu Kossuth. Louis Batthyány war ein persönlicher Feind Georg Apponyis und ausgesprochener Widersacher Széchényis, der ihn einen Dämon der Zerstörung nannte. Unter dem jungen Adel, wo Kossuth viele Anhänger zählte, machte sich der kaum volljährige Graf Julius Andrássy (geb. 8. März 1823) durch seine gereiften Kenntnisse und Fähigkeiten, durch eine lebhafte Auffassungsgabe und eine geistreiche Konversation, die selbst den gleichgültigsten Stoffen eine interessante Seite abzugewinnen wußte, bemerkbar — Eigenschaften, die ihn frühzeitig in den Zauberkreis des Kossuthschen Einflusses hineinzogen.

Als Programmpunkte der gemäßigten Opposition, als deren Führer Franz Deák galt, ließen sich bezeichnen: Verteilung der öffentlichen Lasten auf alle Stände, also Aufhebung der Steuerfreiheit des Adels und Erleichterung für das steuerpflichtige Volk, die misera contribuens plebs; Beteilung der nicht-adeligen bisher landtagsunfähigen Klassen, der königlichen Freistädte und freien Distrikte mit dem Wahlrechte; Aufhebung der Robot gegen Entschädigung; Aufhebung der Avitizität. Ihre Ziele, wie sie Franz Deák hinstellte, waren Überwachung des konstitutionell-parlamentarischen Lebens gegen den Wiener Absolutismus und dessen bureaukratische Maßregeln, also zunächst Aufhebung des Administratorensystems, dabei aber auch Beseitigung der Mängel der altungarischen Verfassung.

Die radikale Opposition, deren Organ Kossuths Pesti Hirlap war, ging allerdings weiter, wenn sie auch mit ihren letzten Forderungen, die eine bloße Personalunion mit den nichtungarischen Erbländern vor Augen hatten, noch nicht überall offen heraustrat. Sie verlangten ein selbständiges verantwortliches ungarisches Ministerium mit dem Sitze des Reichstages in Pest; Integrität des ungarischen Reiches, d. h. Wiedervereinigung der sog. partes adnexae, namentlich der Militärgrenze, vollständige Union Siebenbürgens mit Ungarn; Herrschaft der ungarischen Sprache, namentlich in den öffentlichen Schulen, im ganzen Umfange des Reiches.

In allen diesen Stücken gab es für die radikale Opposition kein ärgerlicheres Hindernis als das slavische Doppelkönigreich an der Save. „Wo

ist denn eigentlich", fragte Kossuth höhnisch, „dieses Kroatien? Ich finde es nicht! Es ist ja so klein, daß es selbst für ein Frühstück zu gering ist!" Er meinte nämlich, ein großes Stück des früheren Kroatien befinde sich in türkischem Besitz, ein anderes Stück stehe als k. k. Militärgrenze unter dem Wiener Hofkriegsrate: was bleibe also von ganz Kroatien übrig als ein kleiner Streifen, drei unansehnliche Gespanschaften?! Und diesen solle man eine Ausnahme von der allein herrschenden ungarischen Sprache gewähren, solle ihnen die Amtierung und die parlamentarische Vertretung in dem illyrischen Idiom gestatten?! Höchstens daß man für sie den Gebrauch der lateinischen Sprache fortbestehen lasse! . . . In diesem letzteren Punkte schieden sich selbst einige der Oppositionspartei von ihrem sonst anerkannten Führer. Louis Batthyány bezeichnete den Grundsatz, den Kroaten den Gebrauch einer toten Sprache aufzudrängen, als eine Tyrannei, von welcher es in der Geschichte kein Beispiel gebe: „Würde ein so verkehrtes und feiges Mittel nicht den Tadel, das Gelächter der ganzen gebildeten Welt hervorrufen?!"

Wie sich in der Oppositionspartei eine gemäßigtere und eine radikalere Gruppe unterscheiden ließen, so war auch unter den Konservativen ein ähnlicher Unterschied nachzuweisen. Die eigentliche Regierungspartei hielt streng an dem von oben inaugurierten System, suchte einerseits mit den Persönlichkeiten der Wiener Hofkanzlei, anderseits mit den fungierenden Obergespanen und Administratoren in Fühlung zu bleiben und ließ sich aus den Komitaten regelmäßige Berichte über die dort herrschende Stimmung erstatten; das von ihr ausgegebene Programm hatte den jungen, aber ebenso begabten als kenntnisreichen Grafen Anton Szécsen v. Temerin zum beredtesten Verfechter[1]. Ihn und seine Mitstreiter nannte man die Altkonservativen. Ihr Losungswort war die Aufrechthaltung der ungarischen Verfassung, Unabhängigkeit der Landesverwaltung, doch dabei im bleibenden Verbande mit den nichtungarischen Erblanden. Den Forderungen der nichtungarischen Volksstämme, namentlich der Kroaten, standen sie nicht feindlich gegenüber.

Doch die neuen Ideen bildeten bereits eine solche Macht, daß unter den Konservativen nicht wenige waren, die sich unter der Führung des Grafen Széchényi den Ansprüchen und Forderungen des Zeitgeistes keineswegs verschlossen und fast wider ihren Willen nach jener Bahn hingezogen wurden, welche die überwiegende Meinung des Landes betreten wissen wollte.

[1] Horváth-Novelli, Fünfundzwanzig Jahre II 388—399.

3.

Im Mai 1847 sollte der böhmische Landtag wieder zusammentreten. Die ständische Opposition zeigte sich von allem Anfang entschlossener und gewappneter als in den beiden vorausgegangenen Jahren. Niemals seit Gedenken hatten sich die Herren des böhmischen Adels in größerer Anzahl in Prag eingefunden, und niemals wurde in ihren Kreisen der Eröffnung der Verhandlungen mit größerer Spannung entgegengesehen. Die 1845 eingesetzte landständische Opposition hatte das Ergebnis ihrer Nachforschungen in einer ausführlichen „Deduktion über die Rechtsbeständigkeit der landesverfassungsmäßigen Gerechtsame und Freiheiten der böhmischen Stände“ niedergelegt. Es wurden darin die dem Landtage verfassungsmäßig zustehenden Prärogative aufgezählt, an deren Spitze mit einiger Taktlosigkeit das den Ständen, „und zwar gegenwärtig nach dem Aussterben der männlichen und weiblichen Deszendenten des Allerhöchsten Kaiserhauses“, zustehende Recht der Königswahl gestellt, und im Verlaufe das Steuerbewilligungsrecht in seiner ganzen Schärfe dargelegt: „Verwilligen die Stände die Steuern nicht, so können auch dem Lande keine Steuern auferlegt werden.“ Es wurde der Nachweis versucht, daß der ungeschmälert aufrechte Bestand dieser Prärogative durch Ferdinands „verneuerte“ Landesordnung nicht in Zweifel gestellt, vielmehr ausdrücklich bestätigt worden sei. Es wurde Inhalt und Bedeutung des von Sr Majestät dem regierenden Kaiser und König beschworenen, „in der königlichen Landtafel Instrumentenbuch Nr 63 eingetragenen“ Krönungseides eindringlich analysiert und wo möglich noch schroffer angesichts der letzt erflossenen Allerhöchsten Entschließung, die den Fortbestand der ständischen Rechte in Frage stellte, auf das Beispiel Ferdinands II. hingewiesen, der „mit schwerem und blutigem Opfer die Ruhe im Lande hergestellt“ habe und doch weit entfernt davon gewesen sei, „eine Änderung oder Beschränkung der Fundamentalgesetze, Rechte und Freiheiten des Königreichs zu beabsichtigen“.

In den bewegten Sitzungen vom 3. bis zum 11. Mai wurde die Abfassung einer Adresse an Allerhöchst Se Majestät den Kaiser beschlossen, in der man zwar den Gedankengang der „Deduktion“ festhielt, jedoch die Form etwas milderte. Vergebens bemühte sich die gemäßigte Partei, den Sturm zu beschwören. Als der Bürgermeister von Prag und Vertreter der Städtekurie, Appellationsrat Joseph Müller, eine Lanze für die Maßregeln der Regierung einlegte, wurde ihm aus den Herrenbänken von dem Grafen Buquoy zugerufen: „Sie sind servil von Abkunft, servil von Erziehung, servil nach Ihren Dienstverhältnissen, von Ihnen läßt sich nichts anderes erwarten!“ Der Kommission wurde für die Abfassung der Rechtsdeduktion, „durch welche die Stände zum sichern und klaren Bewußtsein ihrer selbst-

begründeten Rechtsbeständigkeit gelangten", der Dank der Versammlung ausgesprochen und zu Protokoll die Verwahrung gegen jede Änderung ihrer und des Landes Gerechtsame ohne Zustimmung der Stände, sowie die Erklärung gegeben, daß sie „in dem jedoch gar nicht vorauszusetzenden Fall einer solchen, selbe nach Recht und Pflicht aufrecht zu erhalten gedenken".

Es handelte sich nunmehr um die Haltung des Landtages gegenüber der von der Regierung seit den letzten Jahren andiktierten Grundsteuererhöhung um 50000 fl. In der Sitzung vom 27. Mai erhob sich Fürst Lamberg, stellte den Antrag, die verlangte Steuersumme ungeschmälert zu bewilligen und bat um die Gestattung, sein Votum näher zu begründen. Die Stände, so führte er aus, müßten sich allerdings durch das königliche Gebot, das die 50000 fl. auf die Grundsteuer allein zugeschlagen, nicht vom gesamten Staatsschatz getragen wissen wolle, gleichsam aufgefordert fühlen, von ihrem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch zu machen und die ohnedies nicht sehr bedeutende Summe in der postulierten, die Grundsteuer allein treffenden Weise nicht zu bewilligen. Gleichwohl sei er, im Hinblick auf unsere traurige Finanzlage, wovon die niederdrückenden Bedingungen des neuen Anlehens Zeugnis geben, nicht dafür, daß dies im gegenwärtigen Augenblicke geschehe; er wolle nicht einmal, daß man die Bewilligung des ausgesprochenen Postulates an Bedingungen knüpfe. Hingegen beantrage er, zu erklären, daß die Stände es nicht über ihr Gewissen bringen können, noch längerhin Postulate aufs Geratewohl zu votieren, ohne zu wissen, wozu die Gelder verwendet werden, an denen der Schweiß des Landmannes klebt. Die Herren Stände möchten daher Se Majestät in aller Ehrfurcht auf die fühlbarsten Mängel aufmerksam machen, unter welchen unser Vaterland seufzt, und die Bitte unterbreiten, daß in Zukunft keine so wichtige Maßregel wie die Kontrahierung eines Anlehens ohne Beirat der Stände beschlossen werde; daß der jährliche Staatsvoranschlag den Ständen mitgeteilt und über die Gebarung mit dem Staatseinkommen genaue Rechnung gelegt, die Finanzverwaltung für ihre Geschäftsführung den Ständen verantwortlich erklärt; daß die für die Freiheit der Krone ebenso gefährliche als an dem Mark des Landes zehrende Beamtenherrschaft möglichst eingeschränkt, Zahl und Kosten der Beamten vermindert, der Geschäftsgang vereinfacht, die Masse unnützer Schreibereien verringert; daß Mündlichkeit und Öffentlichkeit der Gerichtspflege als das höchste Palladium der Gerechtigkeit, Gleichstellung aller Parteien vor Gericht, inklusive das Allerhöchste Ärar, ausgesprochen werde. . . .

So angenehm der Vortrag des Fürsten Lamberg den Mitgliedern der ständischen Opposition in den Ohren klang, so waren sie doch nicht gewillt, auf Lambergs Antrag einzugehen, sondern der Landtagsbeschluß fiel im Sinne der Mehrheit dahin aus, daß die treugehorsamsten Stände vorderhand die Übernahme des geforderten Zuschußbetrages auszusprechen nicht im stande

seien und auf die Bewilligung desselben insolange nicht eingehen könnten, bevor ihnen nicht aufklärende Vorlage über die Ziffer und Verteilung dieses Beitrages auf alle Klassen der direkt besteuerten Staatseinwohner zugekommen sein werde.

Das hieß der Regierung geradezu den Handschuh hinwerfen, und zwar nach zwei Seiten hin, indem der ständische Landtag von der einen den bureaumäßig festgestellten Steuerbetrag angriff, während er von der andern Gedanken Ausdruck gab, deren Verwirklichung das ganze Gebäude des Verwaltungsmechanismus in seinen Grundlagen erschüttern, in seinen Fugen auseinandertreiben mußte. Daß ein solcher Vorgang von der Regierung nicht stillschweigend hingenommen, nicht ungeahndet gelassen werden konnte, war vorauszusehen.

* * *

Mittlerweile rückte der Zeitpunkt heran, wo Erzherzog Stephan seiner jüngsten Bestimmung nach Ungarn folgen sollte. Ihm wurde das Scheiden von seinem bisherigen Posten schwer, und noch schwerer wurde es der Bevölkerung, deren wärmste Sympathien er in den wenigen Jahren, durch die er die Verwaltung des Landes geleitet, an seine Person gefesselt hatte. Als der Tag seines Abschiedes kam, 23. August, wo ihn nachmittags der Posttrain nach Wien entführen sollte, waren alle zum Bahnhof führenden Straßen, der Bahnhof selbst, die umgebenden Basteien, der Žižkaberg von dichtgedrängten Mengen erfüllt, die den verehrten und geliebten Prinzen noch einmal grüßen wollten. Als sich der Eisenbahnzug langsam in Bewegung setzte, stimmte die Musikkapelle des bürgerlichen Schützenkorps die wehmütigen Weisen des Abschiedsliedes aus Raimunds „Alpenkönig und Menschenfeind“ an, die vielen der Anwesenden Tränen der Rührung entlockten. Der Erzherzog stand am Eingang des Hofwagens, Wehmut in seinen Zügen, Scheidegrüße winkend, und blieb in dieser Stellung, solang er der ihm mit geschwenkten Hüten und wehenden Tüchern nachblickenden Menge sichtbar war. Es war ein tief ergreifender Augenblick![1]

Obwohl der kaiserliche Prinz in seiner Eigenschaft als politischer Landeschef mit den Ständen nichts unmittelbar zu tun hatte, sondern dies zunächst Sache des Altgrafen Salm als Verwesers des Oberstburggrafenamtes und Vorsitzers im Landtage war, so scheint man doch in den höchsten Regionen das Scheiden des Erzherzogs aus dem Lande abgewartet zu haben, ehe man die leidige Angelegenheit zum Abschluß brachte. Nachdem ein nochmaliger

[1] Über die dem Erzherzog bei seinem Scheiden gebrachten Huldigungen s. Bohemia 1847 Nr 134—136 vom 22. bis 26. August. Eine dieser Huldigungen bestand darin, daß man den auf der Kleinseite vor der St Niklaskirche gelegenen „Wällischen Platz“ zum immerwährenden Gedächtnis in „Stephansplatz“ umtaufte. Über Stephans Wirken in Böhmen s. Stephan Viktor Erzherzog von Österreich, Wiesbaden 1868, 161—181.

Versuch, die ungeschmälerte und unbedingte Annahme des Steuerpostulats zu erlangen, von den Ständen in der Sitzung vom 30. August in Ausdrücken voller Ehrerbietung, doch in entschiedener Weise zurückgewiesen worden war, wurden laut Präsidialerinnerung des Landesausschusses vom 24. September, auf Grundlage höherer Weisung und mit Umgehung der landtäglichen Bewilligung, die von der ständischen Buchhaltung verfaßten Repartitionen und Anlagscheine der für das Verwaltungsjahr 1848 Allerhöchst postulierten Grundsteuer samt Zuschuß an das Landesgubernium zur weiteren Verfügung übersendet. Unterm 6. November aber wurde eine vom 26. Oktober datierte Allerhöchste Entschließung Sr Majestät intimiert, zufolge welcher „Abschweifungen von dem Gegenstande der ständischen Beratung und die Entwicklung so unstatthafter Anträge, als sich der Fürst Lamberg erlaubte, für die Zukunft von dem Landtagsdirektor nicht zu dulden, sondern wirksam hintanzuhalten" seien; dem Fürsten Lamberg aber sei für den „Mißbrauch des Vertrauens", da er nur sein Votum begründen zu wollen sich erklärt habe, „die verdiente Rüge auf eine den Ständen kundwerdende Weise zu erteilen". Weiter wurde dem „Landtagsdirektor" aufgetragen und die Macht eingeräumt, die Abschweifung auf Gegenstände und Anträge, „die nicht zur Sache gehören", zu verhüten, im äußersten Falle dem Sprecher das Wort zu entziehen und an den folgenden zu übertragen, und überhaupt darauf zu sehen, „daß nur die in das gedruckte Programm explizite aufgenommenen oder im Falle der Dringlichkeit von ihm nachträglich zugelassenen Gegenstände, und zwar immer nach vorläufiger Instruierung und Begutachtung von seiten des ständischen Ausschusses, zur Erörterung und Abstimmung gebracht werden".

4.

Am 28. August kam der neue königliche Statthalter in den beiden ungarischen Schwesterstädten an. Unter den Juraten des Café Pillwax in Pest, des Hauptsammelplatzes der mit allem, was von oben ausging, stets hadernden Opposition, hatte es zwar von allem Anfang allerhand Glossen sowohl über Stephans Ernennung zum Statthalter als über seine in Aussicht genommene Berufung als Palatin gegeben. Nicht der König, hieß es da, sondern der Reichstag habe den Statthalter zu wählen; es sei verfassungswidrig, den Posten des Statthalters und des Palatins in einer Person zu vereinigen; und müsse der Palatin ein Erzherzog sein? Würde ein Magnat oder ein beliebter Volksmann sich nicht besser dazu eignen?

Doch Stimmen solcher Art verhallten in den Kundgebungen allgemeiner Sympathie, mit denen die Ankunft des jungen Prinzen begrüßt wurde. Erzherzog Stephan, in Ungarn geboren und aufgewachsen, in nationalem

Geiste erzogen, hatte bei jedem gegebenen Anlasse seine Liebe und Anhänglichkeit für Land und Volk an den Tag gelegt und durch sein gefälliges Betragen und sein heiteres Wesen die Neigung aller gewonnen, die je mit ihm in Berührung gekommen waren. So war er ein wahrer Liebling der Nation geworden, die sich seit dem Tode seines erlauchten Vaters enthusiastisch für ihn als dessen Nachfolger erklärte.

In Wien schien man einige Zeit unschlüssig zu sein, auf diesen Wunsch einzugehen. Es waren unter den österreichischen Staatsmännern manche, die keinen Erzherzog an der Spitze von Ungarn wollten, namentlich in einer Zeit so ernster Verwicklungen, denen das Land bei dem sich mehr und mehr zuspitzenden Zwiespalt der politischen Ziele entgegenging. Ein Erzherzog-Palatin, hieß es von dieser Seite, könne der Regierung bei seiner hohen Stellung, wenn er ihre Ansichten und Absichten nicht teile, größere Schwierigkeiten bereiten als eine andere Persönlichkeit; Erzherzog Stephan insbesondere habe wiederholt Beweise von einer Freisinnigkeit gegeben, die befürchten lasse, daß er sich eher zu den Reihen der Opposition als zu jenen der Altkonservativen werde hingezogen fühlen. Doch zuletzt entschied, so wurde vielseitig behauptet, der Wille des Monarchen. Erzherzog Karl, sagten die einen, habe seinen Bruder Joseph in dessen schwerer Krankheit besucht und dieser ihm die Bitte an den Kaiser, den Erzherzog Stephan zu seinem Nachfolger zu ernennen, ans Herz gelegt; nach andern habe der greise Palatin in diesem Sinne persönlich an den Kaiser geschrieben, und so habe Ferdinand der Gütige darauf bestanden, der Wunsch seines verstorbenen Oheims sei ihm heilig, und er werde ihn zur Erfüllung bringen[1].

Vom 17. September datierte das königliche Reskript, durch welches für den 7. November ein allgemeiner Reichstag nach Preßburg ausgeschrieben und als eine seiner ersten Aufgaben die Palatinswahl bezeichnet wurde. Das Reskript war in ungarischer Sprache abgefaßt, was als ein huldvolles Zugeständnis an den Wunsch der Nation freudig begrüßt wurde.

Am 30. September trat die Generalkongregation der Pester Gespanschaft zusammen, um sich über die Person der zwei Deputierten, welche das Komitat in die Ständetafel zu entsenden hatte, vorläufig zu verständigen. Ein Komitatsbeisitzer machte den Vorschlag, zu diesem Behuf eine Deputation zu ernennen, die zu gleichen Teilen aus Oppositionellen und Konservativen zu bestehen hätte. Der vorsitzende Vizegespan Paul Nyáry wies diesen Antrag in schroffer Weise zurück; denn die Opposition war in keinem Komitate stärker vertreten als im Pester, so daß sie sich die ausschließliche Herrschaft nicht entreißen lassen wollte.

Erzherzog Stephan benutzte die Zwischenzeit zu einer Rundreise durch das Land, die ihm an allen Orten, wo er sich zeigte, begeisterte Ovationen

[1] Horváth-Novelli, Fünfundzwanzig Jahre II 381.

zubrachte. Der Jubel, die allgemeine heitere Freude wurde nirgends getrübt. Nur als er am 7. Oktober unter dem Zusammenlauf einer ungezählten Menge in Komorn einfuhr, brach das Geländer der von der Insel in die Stadt führenden, auf Pfählen ruhenden zweiten, für Fußgänger bestimmten Brücke in einer Länge von etwa acht Klaftern, und bei achtzig Personen stürzten ins Wasser, von denen ungeachtet der sofort herbeieilenden Hilfe nur dreiundzwanzig gerettet werden konnten. Dann wurden bei der Abfahrt Stephans von Komorn nach Tóthmegyer die Pferde scheu, so daß der Prinz aus dem Wagen springen mußte und von Glück sagen konnte, daß er mit einer leichten Quetschung am Arme davonkam. Es waren manche, welche diese Zwischenfälle als ungünstige Wahrzeichen deuten wollten.

Am 15. Oktober war der Erzherzog in Pest zurück, da für den folgenden Tag seine feierliche Installation als Obergespan des Pester Komitats anberaumt war. Zur Vornahme derselben hatte man in Wien den ältesten Sohn des Erzherzogs Franz Karl als königlichen Kommissär auserſehen. Die schlanke ritterliche Gestalt des siebzehnjährigen Erzherzogs Franz Joseph machte in der schmucken Uniform als Oberst von Kaiserhusaren gleich bei seinem Erscheinen den vorteilhaftesten Eindruck. Als er dann seine Ansprache ablas und dies, wie viele bemerken wollten, mit einem reineren ungarischen Akzent als sein Vetter, der Erzherzog Stephan, da geriet der Vizegespan Nyáry in solches Entzücken, daß er sich als erster erhob und in ein fieberhaft erregtes Éljen ausbrach, in das alle Anwesenden, von ihren Sitzen aufspringend und mit den Säbeln klirrend, begeistert einstimmten. Der neue Obergespan wurde von drei Stuhlrichtern auf die Schultern gehoben und unter dem Jubel der Versammelten im Saale herumgetragen.

* * *

Die Bewegung wegen der bevorstehenden Reichstagswahlen durchzitterte seit Wochen das Land in allen seinen Teilen, und die Parteien gerieten in scharfer Weise aneinander.

Die kroatischen Nationalen hatten drei Ziele vor Augen: Erklärung der Landessprache als Amtssprache; Einsetzung eines eigenen kroatisch-slavonischen Statthaltereirates; Erhebung des Agramer Bistums zum Erzbistum. Die kroatische Nationalpartei hatte mit dem Widerstand des ungarisch gesinnten Turopolja und dessen Grafen Josipovich zu kämpfen. In der am 14. Oktober abgehaltenen Generalversammlung des Agramer Komitats erfolgte feierliche Verwahrung gegen die den alten Gebräuchen des Landes zuwiderlaufende neue Zusammensetzung des Landtages; die Opponenten weigerten sich, im Landtage zu erscheinen, der tatsächlich am 18. Oktober ohne Teilnahme der Agramer Gespanschaft stattfand. In den Preßburger Reichstag wurden gewählt, und zwar in die Magnatentafel der königlich ungarische

Hofrat Hermann v. Bužan, in das Abgeordnetenhaus Baron Metell Ožegovich und der Obernotar Bunyik von Požega.

Die Stimmung in den ungarischen Komitaten war geteilt. Einige taten sich durch den Radikalismus ihrer Programme hervor, wie das Borsoder Komitat, das in der Instruktion für seinen Vertreter nebst den andern liberalen Forderungen die Emanzipation der Juden verlangte. Denn schon seit Anfang Oktober zirkulierte eine gedruckte Adresse, die im Namen der sämtlichen jüdischen Gemeinden Ungarns, 300000 Seelen, Gleichstellung mit der Gesamtbevölkerung des Landes verlangte.

In andern Komitaten walteten maßvollere Ansichten, so daß es Graf Stephan Széchényi wagen konnte, als Bewerber um eine Deputiertenstelle aufzutreten. Er wollte für diesmal auf seinen Sitz im Oberhause verzichten, was ihm von manchen Seiten verübelt wurde, da er hierbei, wie sie ihm vorwarfen, nur den Eingebungen persönlichen Hasses gegen Kossuth folge. Allein Széchényis Schritt war in Wahrheit ein Ausfluß seiner erleuchteten Vaterlandsliebe und politischen Grundsatztreue: seine Absicht war, dem gefährlichen Einflusse Kossuths in der Deputiertenkammer ein Gegengewicht zu schaffen und dessen Einwirken zu mäßigen[1]. Széchényi trat als Kandidat zuerst in seinem Ödenburger Komitate auf, wo er aber durchfiel; erst in der benachbarten Wieselburger Gespanschaft gelang es ihm, einen Sitz zu erobern.

Von der allergrößten Bedeutung war selbstverständlich der Ausfall der Wahlen in der Landeshauptstadt. Die Pester Gespanschaft hatte zwei Ablegaten zu entsenden. Die Kandidaten der Opposition waren der Vizegespan Moritz v. Szentkirályi und Ludwig Kossuth. Der erstere wurde ihr von den Konservativen, welche die Sache nicht auf die Spitze treiben wollten, bereitwillig zugestanden; gegen den zweiten aber beschlossen sie, einen Gegenkandidaten zu stellen. Ihre Wahl fiel auf den Obernotar Andreas Balla; er lehnte zwar dankend ab, wohl in der Voraussicht der Erfolglosigkeit der Anstrengungen seiner Partei, allein diese hielt gleichwohl seine Kandidatur aufrecht.

Die von der Generalkongregation des Pester Komitats ausgegebene Landtagsinstruktion war großenteils Kossuths Werk. Sie machte ihren Deputierten zur Pflicht, ihr Bestreben dahin zu richten, „daß sich der Reichstag auf jenen Standpunkt des Konstitutionalismus erhebe, von wo die Nationalität in Bezug auf alles, was ihre Gegenwart und ihre Zukunft betreffen kann, das Gewicht ihres Wollens entscheidend in die Wagschale werfe“. Der vorhandene Zustand des Vaterlandes sei nicht rechtgemäß. Die ungarische Regierung besitze, was namentlich die äußeren Angelegenheiten betreffe,

[1] Horváth-Novelli, Fünfundzwanzig Jahre II 456.

nicht jenen Einfluß, der seine Richtung von dem Willen der Nation erhalte. „Darum fordern wir, daß die ungarische Regierung die Tendenz ihrer Politik von dem in der landtäglichen Majorität sich kundgebenden Nationalwillen empfange, auf daß die Regierung der natürliche Ausfluß der freien und selbstwilligen Erklärung der Nation sei.“

In der Hauptstadt hatte Kossuth die weitaus vorherrschende Stimmung der Wählerschaft für sich. Die Opposition hatte seit Wochen alle Hebel in Bewegung gesetzt, um ihrem Kandidaten den Erfolg zu sichern. Wo die Überredung nicht ausreichte, da mußte der nervus rerum herhalten: einzelne Stimmen wurden mit 2, 5 bis zu 10 fl. erkauft[1]. Es galt aber auch, das offene Land zu gewinnen, da die Bauernschaft vielfach keineswegs für Kossuth war; es waren gegen ihn Spottverse in Umlauf, wie:

Hat weder Gott noch Vaterland,
Sein ganzes Gut ist bloß sein Mund[2].

Darum sandte die Opposition mutige und beredte junge Leute in das Komitat, um unter den ländlichen Wählern Stimmung zu machen. Ein Baron Podmaniczky im Salonkostüm mit Manschetten und Spitzenkragen haranguierte bei Waitzen das Volk: „Ich kenne nur vier merkwürdige Tage seit Erschaffung der Welt: der erste, an welchem das Chaos sich in Licht verwandelte, der zweite, an welchem Christus geboren wurde, der dritte, als die französische Revolution die Freiheit brachte, und der vierte wird der sein, an welchem Kossuth Lajos gewählt werden soll!“

Am Vortage der Wahl, 17. Oktober, einem Sonntag, kamen von allen Seiten die auswärtigen Wähler unter ihren Korteschführern (Kortes-vezér) in Kutschen und Dorfwagen, auch zu Pferde, in die Stadt, rot-weiß-grüne Fahnen schwenkend, musizierende Zigeuner voran, hinter dem Zug mit Weinfässern beladene Wagen. Die Oppositionellen hatten ihren Sammelplatz am Heumarkt, die der Ballaschen Partei suchten die Einkehrhäuser der Waitzener Straße auf. An beiden Orten wurde geschrieen und geworben, an beiden Geld und Wein nicht gespart. Doch die Übermacht war sichtlich auf seiten der Kossuthianer. Kleine Abteilungen durchzogen die Straßen, teilten trikolore Schleifen und Porträts von Kossuth aus; bei jeder Kneipe wurde Halt gemacht und ein Glas auf das Wohl Kossuths geleert, und wehe dem, der zögerte, in den Ruf „Éljen Kossuth!“ einzustimmen.

Um Mittagszeit wurde ein großer Umzug mit flatternden Fahnen veranstaltet, den eine den Rákóczymarsch spielende Zigeunerbande eröffnete.

[1] Janotyčky v. Adlerstein, Tagebuch I 65.
[2] Se istene se hazája,
minden vagyona a' szája.

Am Zuge beteiligten sich junge Advokaten und Juraten, Journalisten, Künstler. Auch manche hohe Herren im Nationalkostüm gewahrte man in ihren Reihen. Einem Grafen Rádaÿ in Csikostracht ging der Schauspieler Fánczÿ zur Seite. Der Redakteur Vachott des deutschfeindlichen Blattes Divatlap (Modeblatt) hielt hoch zu Roß eine Kossuthfahne in der Rechten. Wo sich in den Fenstern eines Hauses keine Zeichen der Teilnahme bemerkbar machten, gab Rádaÿ mit dem Streitkolben ein Zeichen, Drohungen und Flüche tönten hinauf, bis von oben „Éljen Kossuth!" ertönte.

Auf dem Platze vor dem Komitatshause hielt der Zug. Hier war auch Ludwig Kossuths Wohnung. Er wurde herausgerufen und mußte eine Rede halten. Am Schlusse derselben rief er: „Das österreichische Kabinett, das Pfaffentum, und wie die Erzfeinde Ungarns alle heißen mögen, haben uns armen und redlichen Bewohnern und Herren dieses großen Landes einen Sumpf bereitet, in dessen Schlamm wir zu Boden sinkend für immerwährende Zeiten untergehen sollen. Aber ich will euch führen, und die Pest, die uns vernichten will, soll in dem Kote, den man zu unserem Untergange ausersehen hat, selbst ersticken, und aus diesem Sumpfe soll Ungarns Macht und Größe für alle Ewigkeit hervorgehen!" . . .

Am 18. Oktober war die Wahl. Das Ergebnis konnte, nach allem was vorausgegangen, nicht zweifelhaft sein. Szentkirályi vereinigte so ziemlich alle Stimmen für sich, Kossuth siegte mit 2948 Stimmen gegen 1314, die auf Balla fielen. Als er darauf den Schwur leistete, wo er unter anderem sich verpflichten mußte, während der bevorstehenden Legislaturperiode kein Regierungsamt anzunehmen, erhob er die Finger und rief mit weithin schallender Stimme: „Nicht bloß für die nächsten sechs Jahre, sondern für meine ganze Lebenszeit verzichte ich feierlich auf ein Regierungsamt, das mir vom Hause Österreich angeboten werden könnte!"

* * *

Am 11. November 1847 4 Uhr nachmittags stiegen Kaiser Ferdinand I. und Kaiserin Maria Anna, die Erzherzoge Franz Karl und Franz Joseph von dem mit trikoloren Fahnen reich geschmückten Dampfschiffe, das sie aus Wien gebracht hatte, in Preßburg ans Land und wurden von den Mitgliedern beider Tafeln und der zahlreich herbeigeströmten Bevölkerung unter Säbelklirren und Jubelrufen in das Primatialgebäude geleitet. Am Tage darauf empfing der König die feierliche Reichstagsdeputation. In seiner Antwort ließ Ferdinand einige ungarische Worte einfließen, was einen frenetischen Enthusiasmus hervorrief; denn es war, seit Ungarn österreichische Fürsten hatte, das erste Mal, daß vom Throne herab die Landessprache angewendet wurde. Es war dies, nebenbei gesagt, ein vorübergehender Rausch, der auf die Stimmung der Opposition keinen Einfluß hatte; „ja

es diente ihr vielmehr als ein Beweis dafür, daß man es nirgends so gut verstehe, mit Zugeständnissen zu spät zu kommen, als in Wien"[1].

Am selben 12. November fand die Palatinswahl statt, sie fiel, wie niemand zweifeln konnte, einstimmig auf den Erzherzog Stephan. Am 13. darauf fuhr der Hof nach Wien zurück.

Die Zusammensetzung des ungarischen Reichstags zeigte, wie er jetzt gebildet war, gegen früher ein vielfach anderes Gepräge. An der Spitze der ungarischen Hofkanzlei stand nicht mehr Graf Anton Majláth, der seit 1841 diesen Posten bekleidet hatte, sondern Graf Georg Apponyi, der geistige Schöpfer der neuen Verwaltungsreformen. Mit Majláth fiel auch sein Anhänger und Parteigenosse Stephan Szerencsy, der als königlicher Personal durch zwei Reichstage die untere Tafel geleitet hatte; an seine Stelle kam der dem Grafen Apponyi näherstehende Hofkanzleirat Johann Zarka v. Lukafalva. Der oberen Tafel konnte die Regierung ziemlich sicher sein, obwohl die Opposition sehr bedeutende Redner unter den Magnaten hatte: Kasimir und Louis Batthyány, Ladislaus Teleki, denen viele der jüngeren Generation, Siegmund Perényi, Bela Wenckheim, Georg Károlyi willig folgten. In der Ständetafel waren Paul Somssich, Anton Babarczy und Graf Stephan Széchényi die bewährten Stützen der Konservativen, die übrigens fast durchaus zu freisinnigen Zugeständnissen geneigt waren; jener, nach Széchényis Ausdruck, verknöcherten antediluvianischen Exemplare, die auch nicht ein Jota von den überkommenen Anschauungen und Einrichtungen ablassen wollten, gab es nur hie und da eines.

Die Regierung selbst bekundete in ihren Propositionen ein willfähriges Entgegenkommen gegenüber den Forderungen des Zeitgeistes. Sie war bereit zur Befreiung des Bauernstandes von allen Urbarialgiebigkeiten, zur Koordinierung der königlichen Städte und der freien Bezirke im Reichstage, zur Regelung der Avitizität, zur Ablösung der Naturalverpflegung und Militärbequartierung, von denen einzelne Gemeinden, ohne Belastung des übrigen Landes, besonders hart getroffen waren[2]; sie zeigte sich geneigt, einer Verlegung des Reichstages von Preßburg nach Pest zuzustimmen. Als an den Palatin die Bitte gestellt wurde, der Journalistik für die reichstäglichen Verhandlungen eine freiere Bewegung zu gestatten, erfloß an die Ofener Zensurbehörde eine königliche Verordnung, keine unnötige Strenge walten zu lassen. Ob all das die Opposition befriedigen und gefügiger machen werde, mußte man abwarten.

Diese beherrschte die Ständetafel fast schrankenlos. Es waren, nach der Versicherung eines Zeitgenossen, kaum fünf oder sechs Redner, die zuweilen

[1] Pulszky, Meine Zeit, mein Leben II 22.
[2] Wirkner, Erlebnisse 201—203.

den Gang der Debatte hemmten; ohne diese würde die fortschrittliche Partei sehr bald fertig geworden sein[1]. Die Opposition beherrschte den Reichstag, und Kossuth beherrschte die Opposition. Die Regierungspartei fürchtete ihn mehr, als daß sie ihn haßte; denn auch sie war geblendet von der Macht seiner Beredsamkeit. Kossuth war die bewegende Kraft, die den Parteien den Gegenstand auf den Kampfplatz warf. Sein fast schrankenloser Einfluß erregte selbst im Schoße seiner eigenen Partei Bedenken und Zweifel; mehrere ihrer hervorragendsten Führer, wie Gabriel Lonyay, Szentkirályi, Pázmándy, die sich seinem unheimlichen Zauber entziehen wollten, suchten unter der Hand Berührungen mit der Regierungspartei, um die Bahn ruhigen Fortschrittes, zu welcher der Weg geebnet war, zu betreten[2]. Doch es war alles eitel, im offenen Hause wagte es keiner von ihnen, dem anerkannten Führer ihrer Partei entgegenzutreten.

Welcher Geist die Ständetafel beherrschte, zeigte sich sogleich, als die Notare (Schriftführer) der sog. Zirkular-, richtiger, vorbereitenden Sitzungen gewählt werden sollten: sie wurden insgesamt den Reihen der Opposition entnommen.

Am 22. November begann die Adreßdebatte. Sie wurde mit einer Rede des Führers der Konservativen, Paul Somssich, Abgeordneten für Baranya, eingeleitet. Die Adresse, so führte er aus, habe vor allem den ehrfurchtsvollen Dank an den Monarchen zum Ausdruck zu bringen, der sich in der Landessprache so huldvoll ausgesprochen und dessen Regierung der Nation so weitgehende Propositionen gemacht habe; die alten noch unbehobenen Gravamina wären nicht zu verschweigen, aber einfach darzulegen, ohne irgend welche Ausfälle gegen die Ratgeber der Krone.

Ihm entgegnete Kossuth. Die Zeit der Danksagungen sei vorbei; an ihre Stelle habe eine loyale Offenheit zu treten, ohne welche die Zukunft der Nation in Ungewißheit schwebe; vor allem sei der konstitutionelle Gesichtspunkt hervorzuheben, der die Berechtigung der Nation in sich schließe, ihr Gewicht überall in die Wagschale zu legen; die Übung, nur alle drei Jahre einen Reichstag zu berufen und die Nation mit ihren Beschwerden so lang warten zu lassen, müsse aufhören; der Reichstag müsse alljährlich zusammentreten, und zwar nicht wie bisher an der Landesgrenze in Preßburg, sondern in der Landeshauptstadt Pest. Durch die Rede des Führers der Opposition zog sich der Gedanke der Selbständigkeit Ungarns und seiner Unabhängigkeit von dem absoluten Regierungssystem Wiens. Pázmándy griff auch die auswärtige Politik des Wiener Kabinetts an, welche den auswärtigen Handel Ungarns lahm lege und es zu Gunsten Rußlands von dem gebührenden Einfluß auf die Donau-Fürstentümer abdränge.

---

[1] Kászony, Vier Zeitalter II, Leipzig 1868, 259.
[2] Wirkner a. a. O. 203.

Einen dritten Adreßentwurf brachte „der große Ungar“ ein. Er stimmte in allem Wesentlichen mit jenem Somssichs überein, aber mehr im Tone der Vermittlung. Die Konservativen, hob er hervor, wehrten sich nicht gegen die von der Opposition ins Auge gefaßten Reformen; allein sie lehnten die Angriffe gegen die Gesamtpolitik der Regierung ab, welche von der Absicht geleitet werde, alle Verbesserungen mit einer klugen Inachtnahme der Einheit der Monarchie durchzuführen.

Die Adreßdebatte nahm die Sitzungen vom 22. bis 26. November in Anspruch; am 27. kam es zur Abstimmung. Somssich zog seinen Entwurf zurück, und somit war nur zwischen dem Kossuths und jenem Stephan Széchényis zu entscheiden. Das Skrutinium ergab 26 Stimmen für Kossuth gegen 22 für Széchényi, Kossuth siegte mit einer Mehrheit von 4 Stimmen.

Die Angelegenheit gelangte nunmehr an die Magnatentafel. Stephan Szerencsey beantragte die Ablehnung des von der unteren Tafel beliebten Adreßentwurfes. Man möge, führte er aus, wie es seither Gebrauch war, die alten Gravamina vorbringen und allenfalls neue hinzufügen, aber von allen Angriffen gegen die Regierung ablassen; eine starke Regierung sei im Interesse der Ordnung notwendig, eingerissene Mißbräuche in der Verwaltung erfordern Abhilfe, und in dem Administratorensystem sei nichts enthalten, was mit den bestehenden Gesetzen oder mit den Grundsätzen des Konstitutionalismus im Widerspruch stehe. Vergeblich boten Louis Batthyány und Ladislaus Teleki ihre glänzende Beredsamkeit auf, um den Standpunkt der andern Tafel zu retten: mit großer Mehrheit wurde der Adreßentwurf der Opposition abgelehnt.

Wenn zwischen dem Votum der Ablegaten und jenem der Magnaten ein Zwiespalt war, so verlangte es eine althergebrachte Übung, daß zwischen beiden Häusern Nuntien gewechselt wurden, d. h. eine gegenseitige Beschickung stattfand, die oft vier- und fünfmal versucht wurde, bis eine Übereinstimmung zu stande kam. Jetzt aber überraschte Kossuth das Haus mit einer Philippika, worin er beantragte, über das Votum der Magnaten ohne weitere Diskussion zur Tagesordnung überzugehen, den früher angenommenen Adreßentwurf zurückzulegen und die in demselben enthaltenen Beschwerden in anderer Weise an den Thron gelangen zu lassen. Sein Antrag wurde mit 27 gegen 21, also mit einer Mehrheit von 6 Stimmen angenommen.

Nachdem dieser parlamentarische Gewaltstreich gefallen war, kamen verschiedene Gesetzentwürfe zur Verhandlung.

Am 29. November beantragte Bartholomäus Szemere die Abschaffung der Steuerfreiheit des Adels, womit im allgemeinen sowohl die Regierung als die konservative Partei einverstanden waren. Es handelte sich um dreierlei Abgaben. Gegen die Teilnahme des Adels an der Dotierung der Regnikolarkasse für Investitionen und große gemeinnützige Unternehmungen erhob sich

nur ein Redner, Baron Nikolaus Vécsey, der im Geiste der alten Privilegien von keiner Art Belastung des Adels etwas wissen wollte; die Abstimmung ergab eine Mehrheit von 42 gegen 6 Stimmen. Schwieriger war es mit der Übernahme der Domestikalsteuer von seiten der adeligen Großgrundbesitzer, da diese besorgten, daß sie in den Komitatsversammlungen, die bei der Umlage dieser Steuer das Verfügungsrecht hatten, Unbilligkeiten erfahren könnten; gleichwohl wurde der Antrag mit 29 gegen 18 Stimmen angenommen. Die dritte war die Militär- oder Kriegssteuer, von deren Beteiligung der Adel nichts wissen wollte; sie blieb mit 16 gegen 33 in der Minorität, war also verworfen. Als die Angelegenheit an die Magnatentafel kam, begegnete die Frage der Domestikalsteuer ernsten Schwierigkeiten; es drohte ein Konflikt mit der Ständetafel, den der Palatin für den Augenblick dadurch beschwor, daß er eine Vertagung dieses Streitpunktes zuwege brachte.

In der unteren Tafel kam noch eine Reihe durchgreifender Reformen zur Verhandlung, die mit größerer oder geringerer Stimmenmehrheit angenommen wurden. Somssich beantragte die Aufhebung der Avitizität, Gabriel Lonyay vom Zempliner Komitat die Ablösung der Urbarialgiebigkeiten gegen vollständige Entschädigung der Grundherren; zur Ausarbeitung des betreffenden Gesetzentwurfes wurde eine eigene Reichskommission eingesetzt. Am 6. Dezember beschlossen 37 gegen 13 Stimmen die Gründung einer Landeshypothekenbank.

5.

Galizien blutete noch aus allen Wunden, die ihm die schreckensvollen Ereignisse von 1846 geschlagen hatten, und in erhöhtem Grade war dies in dem Gebiete der Fall, das infolge jener Ereignisse von Österreich in Besitz genommen worden war.

Stadt und Ländchen Krakau befanden sich seit der militärischen Besetzung, die zu Anfang März 1846 stattgefunden hatte, in einem Zustande fortwährender Beunruhigung. Wie dies in eroberten Städten immer zu geschehen pflegt, es verging keine Woche, die nicht ihre Lostage hatte, an denen es in der Stadt neuerdings zum Aufstand kommen oder die aufgestandenen Bauern des Gebietes vor den Toren erscheinen oder irgend ein unbestimmtes Etwas vorfallen sollte. Konnte gleich auf die jedesmalige Grundlosigkeit dieser reihenweise wiederkehrenden Gerüchte im vorhinein gerechnet werden, so war es doch mit der behördlichen Verantwortlichkeit nicht vereinbar, die geeigneten Vorsichtsmaßregeln beiseite zu setzen. Dadurch wurde die Polizei fortwährend außer Atem gehalten, wurden die Truppen von einer Konsignierung in die andere kommandiert. Daneben fehlte es nicht an täg-

lichen Reibungen, Beleidigung der Wachen, Verhöhnung und Aufreizung des Soldaten durch Leute aus dem Volke, des Offiziers durch Personen der sog. gebildeten Klassen. Die Galanterie verbietet es, die erfinderischen Unanständigkeiten aufzuzählen, welche sich die wegen ihrer Anmut und Liebenswürdigkeit durch ganz Europa berühmten polnischen Damen erlaubten, um ihrem Groll gegen die österreichische Okkupation Luft zu machen. In den öffentlichen Gasthäusern und Zuckernien[1] kostete es die militärischen Besucher große Selbstverleugnung, ehe es ihnen gelang, die Neckereien insolenter Kellner und herausfordernder Gäste zum Schweigen zu bringen.

Die militärische Besetzung der Stadt und des Gebietes von Krakau verwandelte sich in territoriale Einverleibung. Die österreichische Verwaltung begann im November 1846 in Wirksamkeit zu treten. Die Leitung sowohl der Zivil- als Militärverwaltung war Personen anvertraut, die kaum besser gewählt sein konnten. Feldmarschallleutnant Graf Castiglioni, ein ältlicher, zeitweise kränkelnder, darum etwas brummiger, aber im Grunde gutmütiger Herr, hielt unnachsichtliche Mannszucht aufrecht, erließ die gemessensten Befehle zur Vermeidung jeden Konfliktes mit der Bevölkerung und war, wo sich ein solcher ereignete, jederzeit geneigt, seine Leute mit disziplinarischer Strenge zu behandeln, während die beteiligten Eingebornen mit einer oft unverhältnismäßig gelinden Ahndung davonkamen. Zur Leitung der Zivilangelegenheiten war vorläufig die Ernennung eines k. k. Hofkommissärs beschlossen und die Wahl auf den Grafen Moritz Deym gefallen, der aus seiner früheren Dienstleistung mit polnischer Sprache und Sitte vertraut war und seit nicht langer Zeit den Stadthauptmannsposten in Prag bekleidete. Ein Kavalier von jovialem freundlichen Wesen, ein Feind jener kleinlichen Quälereien, welche das Amt der Polizei so unleidlich zu machen geeignet sind, hatte sich Deym in Prag in der kürzesten Zeit allgemeinen Zutrauens zu erfreuen. Während früher die Untersagung des Rauchens auf offener Straße unter die ersten Paragraphe der polizeilichen Kleiderordnung gezählt und besonders unter dem letzten Stadthauptmann mit peinlicher Strenge ausgeführt worden war, sah man seinen Amtsnachfolger in den ersten Tagen, die glimmende Zigarre zwischen den Zähnen, in offener Kutsche durch die Straßen fahren, und die Herzen der gesamten rauchenden Bevölkerung waren ihm gewonnen. Die höflichen Manieren des Polizeichefs, die auf diesem Posten schon den Reiz der Neuheit für sich hatten, pflanzten sich durch alle Stufen des Amtes bis zu den untersten Organen fort, und wo dienstbeflissener Nachahmungstrieb nicht ausreichte, fehlten ausdrückliche Weisungen nicht. Reisende, die von andern Punkten der Monarchie, namentlich von Wien, anlangten, waren in angenehmer Weise überrascht, mit welch artigen Manieren sie von gemeinen Polizeisoldaten angetreten,

[1] cukiernia, ein Mittelding zwischen Kaffeehaus und Delikatessenhandlung.

um ihre Reisescheine ersucht, von ihnen erbetene Auskünfte erteilt wurden. Von diesem Geiste zeigte sich auch in Krakau das Auftreten des Grafen Deym geleitet, und konnte er, was von einer erst jüngst unterworfenen Bevölkerung kaum zu erwarten war, nicht die gleiche Zuneigung für sich gewinnen wie in der Stadt, aus der er kam und der er als Landsmann angehörte, so mußte ihm vorläufig mit einer, wenn man so sagen darf, passiven Beliebtheit gedient sein, die sich ihn als Zivilhaupt der „Austryaken" stillschweigend gefallen ließ.

Einen schwarzen Punkt gab es wohl unter dem neuen Regiment: das war die strafgerichtliche Untersuchung über die verhafteten Teilnehmer an dem letzten Aufstande, und wenn Appellationsrat Ignaz Zajączkowski, der an der Spitze der Kriminalkommission stand, ganz besonders angefeindet, ja mit dem bittersten Ingrimm verfolgt wurde, so lag der Grund hiervon nicht bloß in der Aufgabe, die ihm zugewiesen war, sondern vielleicht noch mehr in dem Umstande, daß er den Polen als Landsmann gegenüberstand und ihnen deshalb doppelt verfemt war. Da geschah etwas, was den lang verhaltenen Groll zum offenen Ausbruch brachte. Unter den Häftlingen des „finstern Hauses" in der St Michaelgasse befand sich ein gewisser Vogt, von Geburt russischer Untertan, obgleich seit mehr als zwanzig Jahren in Krakau ansässig. Aus seinem Hause auf dem Großen Platze war bei der vorjährigen Erhebung der erste Schuß auf die österreichischen Truppen gefallen, und noch jetzt wurde seine Wohnung, obwohl der Besitzer im Gefängnis weilte, als Versammlungsort der exaltiertesten Leute bezeichnet. An einem der letzten Oktobertage des Jahres 1847 nun hielt um 4 Uhr morgens eine geschlossene Kutsche, von sechs Chevaulegers und zwei Fußsoldaten begleitet, vor dem Kriminalgebäude, dessen Türe sich alsbald öffnete und zwei Männer herausließ. Die Soldaten luden vor deren Augen ihre Gewehre. Vogt, denn das war der Gefangene, und der ihn begleitende Polizeikommissär stiegen in den Wagen, ein Infanterist zu ihnen, der zweite auf den Kutschbock, ein Reiter mit gezogenem Karabiner voran, die andern bei und hinter dem Wagen — so setzte sich der Zug in Bewegung zur Stadt hinaus. Am Tage erfuhr man im Publikum, Vogt sei an Rußland ausgeliefert worden.

Die Nachricht verbreitete Schrecken und Aufregung unter den ruhigeren Einwohnern, Wut und Erbitterung unter den heftigeren Naturen; denn Auslieferung an Rußland war lebenslängliches Exil oder schnelle Hinrichtung. In geheimen Konventikeln wurde Rache geschworen, und nur zu bald sollte der Schwur in Erfüllung gehen. Am 4. November verließ Appellationsrat Zajączkowski um 8 Uhr abends wie gewöhnlich sein Bureau, verabschiedete sich auf dem Hauptplatze von einigen Herren seines Amtes, die ihn bis dahin begleitet hatten, und setzte unter Vortritt eines Gerichtsdieners, der ihm durch die einsame St Annagasse und über die menschen- und laternenlose Plantation (das Glacis um die Stadt) voranleuchtete, seinen

Nachhausegang fort. Sie waren nicht mehr weit von seiner Wohnung entfernt, als ihnen zwei Männer an dem Amtsdiener vorbei entgegenkamen: gleich darauf hört dieser hinter sich einen Schuß und sieht seinen Herrn lautlos zusammenstürzen. Während die Ordonnanz, von jähem Schrecken gepackt, in die nahen Häuser um Hilfe rufend stürzt, entfernen sich beschleunigten Schrittes die beiden Mordgesellen. Es wollte nicht gelingen, die Täter ausfindig zu machen, obwohl man die Überzeugung hegte, daß sie die Stadt nicht verlassen hatten. In den Kneipen, wo der gemeinste Teil der Bevölkerung, Leute, welche in deren Mitte zu fischen suchten, zusammenkam, wurden die Gläser angestoßen auf den Tod des „Gerichteten". In die Rinde des Alleebaumes, wo die Tat geschehen war, war gleich in den nächsten Tagen ein einfaches Kreuz geschnitten, und mehr als einen Polen, den der Weg vorbeiführte, sah man auf den Platz spucken, auf welchem der „Verräter" gefallen war.

6.

Auch in der grünen Steiermark sollte der vorletzte Monat des Jahres 1847 nicht ohne einen schrillen Mißton ausklingen.

In der Landeshauptstadt Grätz war in den letzten Jahren die öffentliche Meinung in gesteigerten Widerstreit mit der Handhabung des kirchlichen Regiments getreten. Fürstbischof Roman Zängerle hatte die Verwaltung einer Diözese angetreten, die, vielfach verwahrlost, der ordnenden Hand eines ernsten Kirchenmannes bedurfte. Unbeugsam in Durchführung dessen, was er für Recht und Pflicht ersah, hatte der Fürstbischof in seiner Diözese die kirchlichen Disziplinargesetze in erneute Erinnerung gebracht, ihre Überwachung der Pfarrgeistlichkeit in bündigster Form zur Pflicht gemacht, gegen ihre Übertretung die Anwendung der von der Kirche ausgesprochenen Strafmittel eingeschärft. Die österreichische Gesetzgebung hatte schon in der vorjosephinischen Zeit die Verhängung äußerer Kirchenstrafen von der Zustimmung der weltlichen Gewalt abhängig gemacht, und so konnten Mißverständnisse zwischen dem Ansinnen des geistlichen Regiments und dem Ermessen der weltlichen Regierung kaum ausbleiben, wobei die öffentliche Stimmung niemals zu Gunsten des ersteren hinneigte.

Namentlich war es Versagung des kirchlichen Begräbnisses, die zu wiederholtenmalen von dem Ordinariate ausgesprochen, von der Landesregierung bald mit bald ohne Erfolg bestritten wurde. Der Fall mit der Leiche des Postmeisters Matthias Franzke in Pettau war bereits der fünfte dieser Art im Laufe weniger Jahre[1], und noch hatte die Aufregung,

[1] 1839 Wirt zu Wildon Georg Moser; 1840 pens. Beamter Franz Müller in Grätz; 1845 Brauknecht Matthäus Wiest ebenda; 1846 Förster Joseph

die er hervorgerufen, sich nicht gelegt, als in der Nacht des 16. November im Grätzer Allgemeinen Krankenhause der städtische Kriminalaktuar Georg Nauerschnigg mit Tod abging. Der Spitalgeistliche machte die Anzeige, Nauerschnigg sei ohne geistlichen Beistand, den er abgelehnt habe, verschieden, und das bischöfliche Ordinariat sprach Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses aus. Der Mann war kaum gekannt in der Stadt und von den wenigen, die mit ihm zu verkehren hatten, nicht gesucht, er besaß keine liebenswürdigen Eigenschaften, die Barschheit seines Benehmens stieß ab.

Doch kaum hatte sich die Kunde des bischöflichen Spruches in der Stadt verbreitet, als der Geist des Widerspruchs alle Schichten der Bevölkerung durchdrang. Um die fünfte Nachmittagsstunde des 17. November, da die Wegführung der Leiche aus dem Spitale stattfinden sollte, umwogte eine Menge von mehreren tausend Köpfen das Gebäude, Äußerungen des Unwillens gingen von Lippe zu Lippe, man wollte den Sarg auch ohne geistlichen Beistand in feierlicher Begleitung zum Grabe geleiten. Da kam von der Landesstelle der Befehl, die Beerdigung auf den morgigen Tag zu verschieben. Die gereizte Menge witterte eine Falle: man werde, hieß es, die Leiche bei Nacht und Nebel zur Stadt hinausschaffen, ein anderer Leichnam, dessen kirchlicher Bestattung kein Hindernis im Wege stehe, werde unterschoben werden. Die Versicherung des Bürgermeisters Hüttenbrenner, daß dieser Verdacht grundlos sei, verfing nicht: er mußte den Sarg vor aller Augen mittels Aufdrückung von Siegeln verschließen lassen, um die Besorgnis einer Vertauschung zu beseitigen.

Inzwischen fand lebhafter Notenwechsel zwischen dem Ordinariat und dem Landespräsidium statt. Der Gouverneur Graf Wickenburg hatte, unmittelbar nachdem er die Absicht des Fürstbischofs erfahren, die Räte des Guberniums in voller Sitzung versammelt. Das erste war die vorläufige Einstellung des Begräbnisses, für die man zu dem Vorwande griff, daß die Bestattung zu schnell nach dem Tode angeordnet worden sei. Sodann wurden schleunigst genaue Erhebungen eingeleitet, alle Personen vorgerufen, von denen sich Auskünfte über die näheren Umstände des Falles erwarten ließen. Der Vorstand des Verstorbenen schilderte den Nauerschnigg als einen moralischen und rechtlichen Mann, der nie Zeichen von Irreligiosität an den Tag gelegt habe. Personen, die ihn in seiner Häuslichkeit kannten, gaben an, er habe sein Gebetbuch gehabt, er habe sein Zimmer mit Heiligenbildern geschmückt. Leute, die während seiner letzten Krankheit um ihn waren oder ihn besuchen kamen, versicherten, ihn wiederholt im Katechismus lesend angetroffen zu haben; beim Ave-Maria-Läuten habe er sein Käppchen heruntergenommen, von den Barmherzigen Schwestern

---

Müller auf der Staatsherrschaft Lankowitz; 1847 Postmeister Matthias Franzke zu Pettau.

ihm dargereichte geweihte Gegenstände geküßt. Es stellte sich heraus, daß er in den ersten Tagen seiner Krankheit selbst nach den Tröstungen der Religion verlangt habe; nur in der letzteren Zeit, wo sein Zustand bedenklicher geworden, habe er die Mahnungen des Spitalgeistlichen, dessen Person ihm nicht sympathisch gewesen sei, unerwidert gelassen. Die Aussage der Ärzte, namentlich des Spitaldirektors, ging dahin, daß der Verstorbene schon vierzehn Tage vor seinem Ende im Delirium angetroffen, daß schon damals gegen den Kuraten die Vermutung ausgesprochen worden sei, der Patient dürfte kaum in der Verfassung sein, die heiligen Sakramente mit Würde zu empfangen; ja eben die vom Spitalgeistlichen angeführten Worte, mit denen Nauerschnigg den geistlichen Beistand zurückgewiesen: „er habe als Advokat genug Prozesse geführt, um auch mit Gott seinen Prozeß allein führen zu können", bewiesen seine Geistesirrung, da er niemals Advokat noch in Verwendung bei einem Advokaten gewesen war. Der Totenbeschauzettel endlich lautete: „Wassersucht und Blödsinn".

Graf Wickenburg säumte nicht, all dies dem Bischof mitzuteilen und seine Überzeugung dahin zu betonen, daß nach den Umständen des Falles und nach den gesetzlichen Vorschriften kein Grund zur Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses vorliege. Von Zängerle kam die Antwort verneinend: für ihn könne einzig das Zeugnis des Spitalgeistlichen als des berufenen Seelenhirten des Verstorbenen maßgebend sein, und dieses gehe dahin, der Verstorbene habe bei gesunder Vernunft und mit entschiedenem Willen die angebotenen Dienste zurückgewiesen. Nun dekretierte das Gubernium auf eigene Verantwortung das Geleite eines Geistlichen und wandte sich, da der Spitalgeistliche ablehnte, an das Kommando des benachbarten Militärspitals um Abordnung des Garnisonskaplans.

Eine noch größere Menge als am vorhergehenden Tage fand sich am Nachmittage des 18. November zusammen, zu einem großen Teile wohlgekleidete, den gebildeten Ständen angehörige Personen. Der Leichenzug setzte sich unter Führung des Garnisonskaplans Michael Zemanek in Bewegung, der Magistrat, dessen Beamter der Verstorbene gewesen, mit dem Bürgermeister unmittelbar hinter dem Sarge. Der Zug ging in Ruhe vor sich; nur als man am Hause des Stadtpfarrers, den man im Fenster zu gewahren glaubte, vorbeikam, wurde ein unanständiges, rasch um sich greifendes Gelächter angestimmt. Vor dem Grabe fand die Einsegnung statt, lautes wiederholtes Vivat wie im Theater tönte dem Priester zu; als der Sarg in die Grube gesenkt wurde, stimmten Mitglieder des Männergesangvereins ein weltliches Abschiedslied an. Neuer Beifall begleitete den Geistlichen, als er nach geendeter Zeremonie sich zum Weggehen anschickte; eine Anzahl Männer spannte, der dringendsten Gegenvorstellungen ungeachtet, die Pferde des Wagens aus und zog den Kaplan, der, zitternd und geängstet, nicht wußte, wie ihm geschah, die Strecke vom Kirchhofe bis in die Stadt, unter

fortwährendem Vivat für den Geistlichen und den Bürgermeister, den die Menge gleichfalls in der Kutsche vermutete; doch Hüttenbrenner, voraussehend, was da kommen werde, hatte sich unbemerkt vom Kirchhofe weggeschlichen und auf Umwegen die Stadt erreicht. . . .

Das Ereignis, eine Volksdemonstration ärgerlichster Art, blieb von keiner Seite ohne Folge. Das Gubernium ordnete eine bischöflich und kreisamtlich gemischte Kommission zur Untersuchung der Angelegenheit an und trug, als Zängerle, unter Anzeige, daß er bei Sr Majestät Berufung eingelegt habe, seine Anteilnahme verweigerte, dem Kreisamte allein die Amtshandlung auf. Gegen den Fürstbischof wurde, im Falle weiterer Widersetzlichkeit, die Drohung der Sperre seiner Einkünfte ausgesprochen; im Publikum wollte man wissen, es werde an die Beigebung eines Koadjutors gedacht. Zängerle seinerseits befahl allen Schullehrern und Gehilfen, die dem Männergesangvereine angehörten, unverzüglichen Austritt; die städtische Geistlichkeit ließ den Garnisonskaplan in ihren Kirchen keine Messen lesen; von den Kanzeln tönten Strafpredigten herab: es sei größere Sünde, einem Unbußfertigen geistlichen Beistand zu leisten als einen Mord zu begehen. Unter der Bürgerschaft subskribierte man auf ein goldenes Kreuz für den Garnisonskaplan, der übrigens, um weiteren Auftritten zuvorzukommen, in das Invalidenhaus nach Wien versetzt wurde[1]. Die Fülle des Ingrimmes aber entlud sich gegen die Jesuiten, in denen man die Urheber und Triebfedern all dieser hierarchischen Übergriffe, wie man es nannte, zu erblicken glaubte. Man rechnete nach, wie ihre Zahl in fortwährendem Steigen begriffen sei; wie zu den siebenundachtzig Köpfen, die das Grätzer Haus bereits zähle, neuerdings zwölf flüchtige Patres aus der Schweiz gekommen seien. Von dem Anwachsen der Jesuiten kam man auf die Vermehrung der Klöster überhaupt: fast jedes der letzten Jahre habe ein neues geistliches Institut emportauchen sehen. Man stellte in die Reihe dieser Gravamina selbst anerkannt wohltätige Körperschaften, wie jene der Schwestern vom Herzen Jesu, die eine höhere Töchterschule begründet hatten, und der Schulschwestern, die sich um die Erziehung von Mädchen aus den mittleren Ständen annahmen.

7.

Was sich in Grätz ereignet hatte, war kein Akt gewalttätigen, geschweige denn blutigen Charakters wie der Meuchelmord in Krakau. Aber es war ein bedeutsames Zeichen der Zeit, ein Beispiel von Volksauflehnung in

[1] Im Jahre 1848 schritt der Grätzer demokratische Verein um die Verfügung ein, daß Zemanek seinem Wunsche gemäß nach Grätz zurückversetzt werde.

Österreich, wo man seit mehr als dreißig Jahren gewohnt war, alles in gesetzlicher Ruhe und Ordnung ablaufen zu sehen. Auch setzten die Grätzer Vorfälle ihre Schwingungen noch über das Jahr 1847 hinaus fort, ein Jahr, das auf so vielen Seiten mit bedenklichen Wahrzeichen schloß.

Denn auch in Böhmen ließen sich die nach dem Sturm im Landtage aufgewühlten Wogen durch die Maßregeln der Regierung nicht so leicht zur Ruhe bringen. Der erste Eindruck war wohl der der Einschüchterung. Fürst Lamberg ging nach Wien, wo, wie gesprochen wurde, Fürst Metternich die bittere Kränkung, die der Mann der Opposition erfahren hatte, durch freundliches Entgegenkommen vergeblich wettmachen wollte, und zog sich dann auf sein Schloß Steyr zurück, um für immer der öffentlichen Tätigkeit Lebewohl zu sagen. Auch unter den andern Mitgliedern des böhmischen Landtages wirkte die Bestürzung mit unverkennbarem Ernste nach, und die Reihen der Opposition schienen sich bedeutend lichten zu wollen. Doch bald trat ein Gefühl der Verbitterung an die Stelle des ersten Kleinmutes. Man hielt sich alle die Kränkungen und Beleidigungen vor, welche die Stände, nicht bloß die böhmischen, seit dem Wiedererwachen ihres politischen Selbstgefühles in den letzten Jahren erfahren hatten. Man wies darauf hin, wie dem uralten Rechte der Stände, mit dem Landesfürsten unmittelbar und persönlich zu verhandeln, von bureaukratischem Übermute in den Weg getreten; wie im Jahre 1845 eine Deputation des niederösterreichischen Landtages, welche Sr Majestät eine loyale Dankadresse für die Herabminderung der Militärdienstzeit zu überreichen hatte, nicht vorgelassen; wie einer zweiten, die eine Bitte wegen ständischen Beirates in allen das Land betreffenden Angelegenheiten vortragen sollte, der Empfang verweigert worden war. Man kam auf das schnöde Wort zurück, mit welchem in demselben Jahre die feierliche Deputation der Landstandschaft Böhmens von dem Staatskanzler, dem sie ihre Aufwartung machen wollte, begrüßt worden war: „Es freut mich, eine so ehrenwerte Gesellschaft beisammen zu sehen!" Man brachte es in Erinnerung, wie dieselbe Deputation, von dem Landtage des Königreichs an dessen Monarchen abgesandt, an die Behörden verwiesen, in Vorzimmern und Bureaus herumgeschickt worden war, so daß schon damals der Unmut über diese Behandlung in den Worten eines Gliedes der Opposition sich Luft machte: „Hätte ich gewußt, wie diese Deputation behandelt werden würde, ich hätte nie dafür gestimmt!" Man gedachte der empfindlichen Zurücksetzung, als wenige Wochen darauf den Ständen die Antwort auf ihre an die Stufen des Thrones geleiteten Vorstellungen in behördlichem Wege zugemittelt wurde, wo solches früher jedesmal und bei viel geringeren Anlässen in Form eines unmittelbaren königlichen Reskriptes geschehen war. Und nun das Neueste! Gegen ein angesehenes Mitglied des Landtages eine Rüge ausgesprochen, wie solche nur irgend ein Untergebener im Disziplinarwege empfangen könne! Das Recht

der Anfrage und Bitte, das herkömmliche Vorrecht der Stände, das noch von Kaiser Leopold II. in kaiserlichen Resolutionen und Landtagsabschieden ausdrücklich anerkannt war, nun verkümmert, geschmälert, ja verweigert! Die eigenberechtigten Vertreter der Landesinteressen an das „Programm" des Landesausschusses gebunden, von dessen neun Gliedern sich fünf in der augenfälligsten Abhängigkeit von der Regierung, d. i. von den Behörden, befanden!

Denn diesen letzteren wurden alle Unbilden zur Last gelegt! Es war seit dem Erwachen der ständischen Tätigkeit in den verschiedenen Ländern des Kaiserstaates Ton geworden, gegen die Bureaukratie mit jeder Waffe zu Felde zu ziehen. Man braucht nur in einer der vielen Schriften, die in jener Zeit über ständische Angelegenheiten erschienen, zu blättern oder jenes Buch, das sich damals einer so großen Verbreitung — trotz aller Verbote! — zu erfreuen hatte, über „Österreich und dessen Zukunft" aufzuschlagen, um das Thema der Bureaukratie in den verschiedensten Weisen, aber stets in demselben Grundton (grobem Baß) abgewandelt zu finden: „Diese parasitische Schlingpflanze ohne Wurzel im Volke; dieses vielköpfige Ungetüm, das an dem Marke des Staates saugt, das keine andere Gesinnung kennt als die des Egoismus, kein Interesse hat als das der Erhaltung seiner eigenen erlogenen Autorität und erheuchelten Kraft; dieses unwissende und dabei sich allwissend dünkende, knechtische und widerspruchslose Herrschaft beanspruchende Schreiberheer ohne gesunde Anschauung und höhere Bildung, ohne den Willen und die Kraft, die Regierung im entscheidenden Augenblicke zu stützen, aber jederzeit, wenn die heißen Tage vorüber, zahllos und geschäftig hervorkriechend, um sich an die wieder vollbesetzten Tafeln zu drängen: diesem allein ist alles Unheil in unserem Staatswesen zuzuschreiben!" Denn immer und überall ist „durch die Beamten jeder Fortschritt, jede Entwicklung des Volkslebens, jeder nationale Aufschwung vereitelt worden; ihnen, nur ihnen allein ist die unselige Stagnation in unserem geistigen und materiellen Leben zuzuschreiben, die immer zunehmende Dekomposition unserer großen und schönen Monarchie, deren Provinzen mit jedem Tage mehr auseinandergehen, deren unterdrückte volkstümliche Regungen sich im Finstern ausbreiten und eine Richtung annehmen, die für den Gesamtstaat nicht anders als verderblich ausschlagen kann"! Ja man verstieg sich in übersprudelndem Eifer bis zur Behauptung, daß Österreich in Wahrheit eine absolute Monarchie gar nicht besitze, daß sich diese in eine Oligarchie verwandelt habe, die um so verderblicher sei, als ihr Wesen nicht in einem organischen Zusammenwirken, sondern „in einem durch gegenseitige Zugeständnisse geschlossenen Übereinkommen des sich gegenseitig nicht genierenden Nebeneinanderbestehens" liege: das königliche L'état c'est moi habe sich in ein beamtentümliches L'état c'est nous verwandelt! . . .

Auch in Ungarn galt ja der parlamentarische Kampf in letzter Linie der Bureaukratie oder dem, worin die Opposition die Vorboten und Vorläufer bureaukratischen Regiments im Lande erblickte. Ungeachtet einigen Zwiespalts zwischen beiden Tafeln und mancher Reibungen unter den Parteien waren die landtäglichen Verhandlungen im allgemeinen glatt verlaufen, und selbst die Regierung hatte keinen besondern Grund, sich zu beschweren. „Die während dieser Reichstagsperiode beschlossenen Gesetze", bemerkt ein Zeitgenosse mit Recht, „lieferten den Beweis, bis zu welchem Grade der Liberalismus in Ungarn bereits gelangt war: er siegte in allem Frieden und aller Ordnung, nur durch die Kraft innerer Überzeugung."[1] Es war die zunehmende Macht des Zeitgeistes, der sich auch die Mehrzahl der Konservativen willig fügte, oder die sie doch von halsstarrigem Widerstande abhielt. Die Macht dieses Zeitgeistes offenbarte sich auch darin, daß in den Reden Kossuths bei den Ständen und Louis Batthyánys bei den Magnaten der Wunsch nach konstitutionellen Einrichtungen in den nichtungarischen Erblanden, zwar nicht geradezu formuliert und zum Beschlusse beantragt, aber in der verschiedensten Weise gestreift und angedeutet wurde, und auch dies ohne sichtlichen Widerspruch von konservativer Seite.

Aber die Hauptsache stand in Ungarn noch aus! Eine Angelegenheit gab es, die jedes Kompromiß zwischen der Regierungspartei und der Opposition von vornherein auszuschließen schien: mit der Administratorenfrage stand die eigentliche parlamentarische Campagne bevor! Die Opposition hatte es in diesem Punkte auf das Äußerste abgesehen: das Administratorensystem mußte fallen, sein Schöpfer, der Hofkanzler Graf Apponyi, mußte zurücktreten, wenn die Regierung nicht den Landtag auflösen und das Land dadurch in neue Aufregungen und Wirrnisse stürzen wollte!

Als Franz Pulszky gegen Ende des Jahres durch Preßburg kam und mit Kossuth, Széchényi und andern hervorragenden Abgeordneten Rücksprache pflegte, nahm er den Eindruck einer bedrohlichen Wendung der Dinge mit sich: „Es herrschte Windstille, aber der Sturm schien sich vorzubereiten."[2]

8.

Gefährlicher als in den andern Ländern der Monarchie stand es im lombardisch-venetianischen Königreiche, weil es dort im Grunde doch nur häuslicher Zwist war, womit man es zu tun hatte, während die Bewegung

[1] Irányi et Chassin, Histoire politique de la Révolution de Hongrie I, Paris 1859/60, 100.

[2] Pulszky, Meine Zeit, mein Leben II 27.

hier weit über die österreichischen Grenzen hinausgriff, oder richtiger, weil sie von auswärts auf den Boden des Kaiserstaates hineingetragen wurde.

Die ganze apenninische Halbinsel von den südlichen Abfällen der Alpen bis zum Kap Spartivento durchzitterte eine Aufregung der Geister, eine Bewegung der Gemüter, die für unsere Monarchie von der bedrohlichsten Bedeutung war. Denn zu dem Rufe nach Reformen gesellte sich ein leidenschaftlicher Drang nach italienischer Einheit und Unabhängigkeit, deren nächstes Ziel gegen die österreichische Herrschaft in Lombardo-Venetien gerichtet war. In den Cafés riß man sich um die „Bilancia“, den „Quotidiano“, die „Speranza“, die „Alba“, den „Italico“, den „Contemporaneo“, und wie sie alle hießen die Blätter, die es einander in der Verhimmelung Pius' IX. und in der Verlästerung des Kaiserstaates, in der Aufstachelung des Hasses gegen Österreich zuvortaten[1]. Es hat in Lombardo-Venetien nie an Kriechern und Schmeichlern gefehlt, die, um es vorwärts zu bringen und sich bei den Behörden schön zu machen, in Prosa und in Versen den herrschenden Gewalten huldigten und mit jener Überschwenglichkeit und jenem Pathos, die dem Südländer eigen sind, sich dem Throne nahten, um den „gütigen“ Monarchen zu feiern und ihre „Ergebenheit gegen das Haus Österreich“ herauszustreichen. Doch damit war es jetzt vorbei. Wer es nicht darauf ankommen lassen wollte, gehöhnt und ausgepfiffen zu werden, der durfte es nicht wagen, ein Wort zu Gunsten der österreichischen Regierung, des Kaisers Ferdinand zu sagen[2]. Es gab jetzt nur einen Namen, dessen Lob und Preis nicht laut genug ausgerufen werden konnte: das war der des regierenden Papstes. An den Mauerecken kamen über Nacht Aufschriften zum Vorschein: VV. Pio Nono! Morte ai Tedeschi! in den Straßen ertönte die Piushymne, in den Toiletten der Damen sah man die päpstlichen Farben, Miniaturporträts des regierenden Papstes u. dgl.

Doch ganz ohne Widerspruch waren diese Freudenbezeigungen und Huldigungen nicht. Die Anhänger des verstorbenen Papstes und die der früheren jahrhundertelangen Normen und Einrichtungen, die Partei der Gregorianer, wie man sie hieß, machte sich bemerkbar, so daß im Juli 1847 ganz Rom durch das Gespenst einer Sanfedisten-Verschwörung in Aufregung und Angst geriet. Es kam zu Unruhen und selbst Kämpfen in Rimini, Macerata und

---

[1] Vgl. mein anonym erschienenes „Aus Böhmen nach Italien. März 1848“, Prag 1862, 145—161.

[2] Die Schrift Del Governo Austriaco (Documenti della guerra santa d'Italia, Capolago 1850) läßt sich S. 194 f in sehr bissigem Tone, ohne übrigens Namen zu nennen, über einen dieser Leute, ridicolo fanatico e stolto, mit seinen iperboli vane ed adulatrici aus; man könne zugeben che S. M. fosse un buon uomo, doch das genüge nicht. Dieser selbe Mann, heißt es weiter, habe später Carlo Alberto und die Revolution in ebenso speichelleckerischer Weise besungen usw.

Faenza[1], wobei überall, wie sich's die italienischen Heißsporne nicht nehmen ließen, österreichische Ränke und monete di conio straniero, selbstverständlich österreichische, im Spiele waren. Auf die Kunde von diesen Vorgängen erbot sich Radetzky, wie dies in den abgelaufenen Dezennien wiederholt, zuletzt im September 1845 geschehen war, Truppen in die Romagna einrücken zu lassen, was jedoch diesmal in Rom dankend abgelehnt wurde. Da entschloß sich der kaiserliche Feldmarschall auf eigene Faust zu handeln und ließ zur Verstärkung der Garnison von Ferrara ein Bataillon Erzherzog Franz Karl-Infanterie Nr 52 (ungarisch), eine halbe Eskadron Reußhusaren Nr 7 und eine halbe Fußbatterie über den Po rücken. Der Kardinallegat Luigi Ciacchi legte feierliche Verwahrung ein und berichtete darüber nach Rom. Die Nachricht flog durch ganz Italien; die radikale Journalistik in Frankreich zeterte über diesen „unerhörten Übergriff Österreichs", und die Agenten Lord Palmerstons waren eifrig dabei, den Brand zu schüren. Massimo d'Azeglio ließ eine Flugschrift Sulla protesta nel caso di Ferrara drucken, die um so aufregenderes Aufsehen machte, als verbreitet wurde, Papst Pius habe sie gelesen und gebilligt

Da ließ der k. k. Festungs- und Platzkommandant von Ferrara Graf Karl Auersperg am 13. August den größten Teil der Garnison auf die Esplanade ausrücken und die Hauptwache am Stadtplatze, welche die geringe päpstliche Truppe ohne Widerstand räumte, von einer Kompanie Jäger besetzen; dasselbe geschah mit den vier Toren der Stadt, die sich nun vollständig in der Macht der Kaiserlichen befanden. Die Fremdenpolizei, das Waffenverbot wurden in der strengsten Weise gehandhabt, starke Patrouillen streiften auf zwei Miglien in der Runde, während jenseits des Po in Rovigo 2000 Mann des Befehls harrten, ins Römische einzurücken.

Ein Schrei der Entrüstung ging durch die ganze Halbinsel, Aufrufe: Il Tedesco è alla porta! flogen durch das Land, der Kreuzzug gegen die Feinde des Kirchenstaates wurde gepredigt. Nun durfte man im Quirinal nicht schweigen. Im Namen und Auftrage des Papstes erhob der Kardinal-Staatssekretär Gabriele Ferretti Einsprache, die Metternich mit einer klaren und entschiedenen Auseinandersetzung des durch den Wiener Kongreß dem Kaiserstaate eingeräumten Besatzungsrechtes der Plätze von Ferrara und Comacchio beantwortete. Wolle Rom dieses Recht nicht weiter anerkennen, so unterwies er seinen Botschafter Grafen Lützow in Rom, dann habe es „nicht einen notariellen Akt gegen uns einzubringen, eine Form, die sich der kaiserliche Hof nicht gefallen lassen kann, sondern seine vermeintliche

---

[1] Helfert, Casati und Pillersdorff, im Archiv f. österr. Geschichte XCI (1902) 319—321.

Sache vor jenen Höfen zu vertreten, welche die Akten des Wiener Kongresses unterzeichnet haben"[1].

* * *

Der erzbischöfliche Stuhl des hl. Ambrosius war noch immer nicht besetzt. Einen Augenblick hatte der kaiserliche Hof den Kardinal in Salzburg Fürsten Schwarzenberg dafür ausersehen, der jedoch ablehnte, während in Mailand selbst ein heftiges Treiben für einen landsmännischen Oberhirten in Scene gesetzt wurde. So entschloß man sich denn in Wien, um in so aufgeregter Zeit dem Volkswunsche willfähriges Entgegenkommen zu zeigen, zur Berufung des einer alten lombardischen Familie entsprossenen Bischofs von Cremona Bartolomeo Carlo Grafen Romilli. Es war dies ein Sieg der italienischen Bewegungspartei zu nennen, und als ein solcher wurde er in der Tat aufgefaßt. Die Vorbereitungen zu Romillis Empfange, nicht frei von etwas bedenklichen Wahrzeichen, wurden in umfassender Weise getroffen, die lombardische Hauptstadt trug am Tage von Romillis Einzug am 4. September einen überreichen Schmuck, eine Reihe glänzender Kutschen fuhr ihm bis auf zwei Miglien von Mailand entgegen und geleitete ihn mit feierlichem Gepränge in seine neue Residenz. Am Abend des 5. September gab es eine Stadtbeleuchtung, besonders prächtig auf der Piazza Fontana, dem erzbischöflichen Palaste gegenüber, wo das Wappen und die Namenszüge Romillis in einer Unzahl von Gasflämmchen erstrahlten. Leider verdarb ein plötzlich einfallender Regen zur guten Hälfte das in Mailand nie gesehene Schauspiel, das am späten Abend in einem entlegenen Stadtteile ein aufgeregtes Nachspiel hatte. Ein Haufe von Menschen, die, unverkennbar auf geheime Anstiftung, revolutionäre Rufe: Viva Pio IX re d'Italia, liberatore de' popoli! Abbasso l'Austria! ertönen ließen und eine der Piushymnen anstimmten, mußte mit polizeilicher Gewalt auseinander getrieben werden.

Gleichwohl setzte der Podestà Graf Gabrio Casati bei den Behörden die Gestattung einer Wiederholung des schönen Festes, das ja bei der Ungunst der Witterung so viele Einwohner nicht genossen hätten, durch, die am Tage Mariä Geburt, 8. September, unter anfangs günstigen Auspizien in aller Ruhe und Ordnung vor sich ging. Allein nach 10 Uhr abends schob sich eine fest geschlossene Phalanx von mehreren hundert Strolchen, Rufe auf den Papst ausstoßend, den Rossinischen Chor zu dessen Preise brüllend, durch die den Domplatz und die Piazza Fontana füllende Menge, wo ein entsetzliches Gedränge entstand. Die vor dem Café del Commercio

---

[1] Helfert a. a. O. 322—327. Der preußische Gesandte v. Usedom über die Ferrara-Frage s. Bischoffshausen, Die ersten Regierungsjahre Pius' IX., in: Die Kultur 1903, 487 493 499.

stehenden Tische und Sitze wurden niedergeworfen, die Gäste stürzten flüchtend in das Innere, wo nun gleichfalls alles drunter und drüber ging. Draußen auf dem Platze ertönten gelle Pfiffe, Rufe: Abbasso la polizia! Morte ai Tedeschi! Viva Pio IX! Viva Romilli! als unerwartet aus drei auf die Piazza Fontana mündenden Gassen bewaffnete Polizeimannschaft hervorbrach, mit dem flachen Säbel in die sich stauende Menge einfiel und dadurch das Gewirre der Menge auf den Gipfel brachte. Auch Leute aus den Fenstern beteiligten sich an der Balgerei, warfen Blumentöpfe, Weinflaschen, selbst Ziegel und Steine auf vorbeimarschierende Patrouillen herab. Es erfolgten einzelne Verwundungen, darunter eine schwere, die den einem Polizisten in den Säbel fallenden Burschen um ein paar Finger brachte; ein Möbelhändler Ezechiel Abbate wurde von der über ihn hinwegstürmenden Menge zu Tode getreten. Erzbischof Romilli rief aus dem Fenster beschwichtigende Worte, deren Laute in dem grausen Lärm gar nicht verstanden wurden; er kam dann selbst auf den Platz hinab, richtete indessen auch damit nicht viel aus. Erst als berittene Gendarmerie sich zeigte, gelang es allmählich, die beiden Plätze zu säubern, was bis gegen 2 Uhr morgens währte. Aber noch am 9. und 10. September fielen vereinzelte Unordnungen vor, die Polizei erfuhr Neckereien aller Art, an den Straßenecken wurden nächtlicher Zeit Aufschriften: Viva Pio IX! angeklebt, Gassenjungen sangen die Piushymne den Polizisten ins Gesicht; in Schaufenstern, in Gasthäusern und öffentlichen Räumen prangten Bildnisse des Papstes neben solchen des neuen Erzbischofs. Die Nachwirkungen der Mailänder Ereignisse waren durch die ganze apenninische Halbinsel zu spüren, die aufstandslustige Partei frohlockte, daß Mailand den „Anfang gemacht“ habe[1].

* * *

Vor Jahren hatte sich nach dem Vorgange der deutschen Naturforscherversammlungen ein ähnliches Institut degli scienziati d'Italia gebildet, die sich in jedem Jahre in einer andern Stadt der Halbinsel einfanden. Der verstorbene Papst Gregor XVI. hatte sie, so oft auch dazu die Anregung gegeben war, von seinem Gebiete ferngehalten, weil er ganz richtig erkannte, daß diese Kongresse mehr und mehr einen politischen Charakter annahmen und zu einem Agitationsmittel für gewisse Tendenzen wurden. Auf dem letzten, zu Genua abgehaltenen Kongresse war Venedig als Versammlungsort in Aussicht genommen worden, und die kaiserliche Regierung hatte nach einigem Zögern die Erlaubnis dazu gegeben. Es war dies abermals eine Konzession an die öffentliche Meinung; man hoffte den Zeitgeist dadurch mit dem konservativen Prinzip zu versöhnen.

---

[1] Helfert, Casati und Pillersdorff 333—350.

Einer von denen, die sich bei den italienischen Gelehrtenkongressen von allem Anfang am stärksten bemerkbar gemacht hatten, war der Prinz von Canino, ältester Sohn Lucian Bonapartes, ein sehr gelehrter Herr, Mitglied fast aller bedeutenden wissenschaftlichen Gesellschaften von Europa, aber in politicis ein ausgesprochener Stänker[1]. Er erschien, noch berauscht von den Ovationen, die ihm in der letzten Zeit in Rom und in allen Städten, die er auf seiner Reise, zuletzt Ferrara, berührt hatte, auf österreichischem Gebiete, nahm in Rovigo neuerliche Huldigungen entgegen, die er mit einer politisch höchst verfänglichen Rede erwiderte, und zeigte sich in Venedig in der Uniform eines römischen Bürgerwehrmannes, sein Leibarzt und Gesinnungsgenosse Luigi Masi in der eines Kapitäns der Civica. Gleich nach seiner Ankunft trat der Prinz am Markusplatze mit einer aufreizenden Rede auf; der Gouverneur Graf Aloys Palffy ließ ihn vorrufen, worauf Canino versprach, sich fortan ruhig zu halten. Doch sein Temperament war stärker als sein Wille. Vom Kongresse, der am 20. September seine Sitzungen begann, wurde er zum Obmann der zoologischen Sektion gewählt, als welcher er abermals eine Rede voll politischer Anspielungen hielt. Inzwischen hatte der Vizekönig, dem aus den Provinzen Berichte über das herausfordernde Benehmen des Prinzen zugekommen waren, den Befehl gegeben, ihn und dessen Begleiter, gegen welche sonst die Gerichte hätten einschreiten müssen, aus der Stadt und dem Königreiche zu schaffen, was ohne alles Aufsehen zur Ausführung kam. Die Stimmung am Kongresse wurde darum keine bessere; denn es zeigte sich auch in den andern Sektionen, daß die Willfährigkeit, welche die kaiserliche Regierung den italienischen Gelehrten bewiesen hatte, ihr von diesen nicht sehr freundlich erwidert wurde, da gewiß kein Anlaß, der sich zu bissigen Anspielungen benutzen ließ, außer acht gelassen wurde. Als Stellen solcher Art bei Veröffentlichung der Sitzungsberichte von der behördlichen Zensur unterdrückt wurden, hieß es unter den Mitgliedern des Kongresses sogleich, man werde dafür sorgen, daß der unverkürzte Wortlaut in toskanischen Blättern zum Abdruck gelange. In der Sektion für Landwirtschaft fiel das Wort: „Wenn das Herz des Italieners schlüge, wie es sollte, so bedürfte es nicht ‚fremder‘ Arme, um seinen Boden zu pflegen; wenn der Italiener seine Erzeugnisse besser zu verwerten wüßte, würde er sich mit seinen einheimischen Weinen begnügen, kein Verlangen nach ‚fremden‘ tragen." Als die Frage der Kartoffelkrankheit zur Sprache kam, steckte man in der Sektion die Köpfe zusammen und machte schlechte Witze über patate und tedeschi, und Prati sagte beim Hinuntergehen auf der Stiege laut zu einem andern: „Unter uns sind nur die Deutschen auf die Erdäpfel erpicht. Möchten sie doch

---

[1] Vgl. Bischoffshausen, Die ersten Regierungsjahre Pius' IX., in: Die Kultur 1903, 493.

in Gottes Namen in ihre Heimat gehen und sich daran satt essen, non imbrattare le nostre terre con frutto sì vile! Hoffen wir, daß sie bald gehen werden!" Im Gegensatze zu diesen und ähnlichen Reden wurde jeder Anlaß benutzt, den Namen Pio Nono zu verherrlichen, und da brauchte man nicht verstecken zu spielen; denn Katholiken werden doch das Oberhaupt ihrer Kirche preisen dürfen! In der Abteilung für Technologie flocht Conte Porro in einen seiner Vorträge das Lob des Papstes ein: keine Regierung habe noch so viel Sorgfalt für das Los der Gefangenen gezeigt als die des Pio Nono; kein Herrscher liebe es in solchem Grade, die Wahrheit zu vernehmen, wie Pio Nono; keiner sei mehr bestrebt, die Lage seiner Untertanen zu verbessern! In der Abteilung für Geographie begann Cesare Cantù seinen Vortrag über die italienischen Eisenbahnen mit einem Hymnus auf den regierenden Papst, den er einen „Heros an Güte und Versöhnlichkeit" nannte. Der Redner erklärte, „als Bruder zu Brüdern" sprechen zu wollen, und hob das Interesse hervor, das dieser Teil Italiens habe, mit den andern verbunden zu sein; er brachte heiße Wünsche dar für die wachsende, nun in so naher Aussicht stehende Wohlfahrt des „unter zehn Herrschaften geteilten Italien", das doch nur eine und dieselbe Sprache rede. Ein wahrer Beifallssturm unterbrach wiederholt Cantùs Worte, der sich erst legte, als der Redner zum Schlusse doch nicht umhin konnte, mit Anerkennung der „sonst ungewohnten Raschheit" zu gedenken, mit der Österreich an den Bau von Eisenbahnen geschritten sei. . . .

Im ganzen war gleichwohl der Kongreß, derlei kleine Bosheiten und einzelne folgenlose Bübereien auf den Straßen abgerechnet, in Ruhe und Ordnung verlaufen, so daß sich der Kaiser bewogen fand, in einem Handschreiben vom 17. Oktober dem Podestà Grafen Giovanni Correr, der Munizipalität und den Einwohnern von Venedig sein Allerhöchstes Wohlgefallen auszusprechen „für den den Gästen und Fremden erwiesenen würdigen Empfang, sowie für den Anstand und die Klugheit, diesen schönen Beweis intellektueller und moralischer Bildung, die sie bei dieser Gelegenheit an den Tag zu legen wußten" [1].

Die Tatsachen entsprachen dieser versöhnlichen Ansprache nicht. Denn als die gelehrten Herren Venedig und sein Gebiet verließen, war der Geist seiner Bevölkerung ein anderer geworden. In einer Nacht wurde das kaiserliche Wappenschild einer Tabaktrafik von Bubenhänden herabgeholt, worauf es per disprezzo ad uso d'immondo recipiente dienen mußte und so besudelt und beladen durch einige Straßen geschleppt wurde. Die „Tedeschi" erfuhren allerhand Neckereien, besonders an öffentlichen Orten. Die bald

[1] Wiener Zeitung vom 30. Dezember 1847, Nr 300. Über den Verlauf des Kongresses und die dabei herrschenden Stimmungen s. Carte segrete della polizia austriaca III, Capolago 1851, 347—360. Vgl. auch „Aus dem Tagebuch der Fürstin Melanie Metternich": Nachlaß VII 308 f.

stereotypen Ausdrücke „deutsches Schwein", porco tedesco, gingen Hand in Hand mit der Verhimmelung der eigenen Nationalität. Die Piushymne, die man sich während des Kongresses noch nicht getraut hatte abzusingen, bekam man bald in den Straßen von Venedig, von Padua und andern Städten der Terraferma zu hören[1]. Als der Stadtpfarrer von Bassano Zaccaria Brigido, ein gefeierter Kanzelredner, zum Erzbischof von Udine ernannt wurde, bereitete ihm die Bevölkerung einen enthusiastischen Empfang, huldigte ihm mit Festlichkeiten und Schaustücken. Allein diese Stimmung schlug bald in ihr Gegenteil um, als der neue Kirchenfürst in seinem ersten Hirtenbriefe in sehr entschiedenen Ausdrücken vor dem Mißbrauch warnte, den eine gewisse Partei mit der geheiligten Person und dem Namen des Stellvertreters Christi auf Erden mache. Die Piushymne erscholl jetzt, seiner Abmahnung zum Trotze, häufiger als je.

9.

Im Königreich Preußen sollte sich im Laufe des Jahres 1847 eine bedeutungsvolle Wandlung vollziehen. Am 8. Februar hatte Friedrich Wilhelm IV. sein seit langem in Aussicht gestelltes Verfassungspatent erlassen. Darauf trat am 10. April in Berlin der nicht aus unberechenbaren Wahlen hervorgegangene, sondern aus den Ständen der acht Provinziallandtage gebildete „Vereinigte Landtag" zusammen, den Friedrich Wilhelm IV. am Tage darauf mit einer Thronrede als seinen nunmehrigen „Beirat" eröffnete: „Ich strebe allein darnach, meine Pflicht nach bestem Wissen und nach meinem Gewissen zu erfüllen und den Dank meines Volkes zu verdienen, sollte er mir auch nimmer zu teil werden." Der König ging dann auf den Beruf und die Stellung des Landtags über und sprach mit gehobener Stimme: „Rechte zu vertreten, die Rechte Ihres Standes und zugleich die des Thrones, sind Sie berufen; Meinungen zu vertreten ist nicht Ihre Aufgabe"; der Vereinigte Landtag sei mit nichten der Keim oder Anfang einer modernen Verfassung: „Kein beschriebenes Blatt Papier soll sich zwischen den Herrgott im Himmel und dieses Land drängen, gleichsam als eine zweite Vorsehung, um uns durch seine Paragraphen zu regieren und durch sie die alte heilige Treue zu ersetzen."

Allein die Grundsätze der modernen Doktrin hatten bereits zu tiefe Wurzeln geschlagen und beherrschten die Geister; Forderungen im Sinne

---

[1] Auf Einladung Valentino Pasinis hatten die Mitglieder des Kongresses einen Besuch in Vicenza gemacht, wo ihnen zu Ehren im Teatro Olimpico der „Ödipus" in einer durch Jacopo Cabianca der Gelegenheit angepaßten Übersetzung des Bellotti aufgeführt wurde (Meneghello, Quarantotto a Vicenza, Vicenza 1898, 12).

jener Doktrin, wie Preßfreiheit, schwebten in der Luft. Auf zwei von der Regierung ausgegangene Vorlagen in durchaus wohlwollendem Sinne und in weiser Fassung wollten aus Rechtsbedenken weder die Volks- noch die Herrenkurie eingehen, und so schloß am 26. Juni im Namen und Auftrage des Königs der Minister v. Bodelschwingh diese erste Session des Vereinigten Landtages mit dem Geständnis, ihr Verlauf habe den gehegten Erwartungen nicht entsprochen. So war es auch in der großen Masse der Bevölkerung. Der erste Eindruck, den die Gewährung des Königs auf das gebildete Publikum gemacht hatte, war ein durchaus günstiger gewesen, es hatte in der Gesamtvertretung der Provinzialstände seinen Erretter aus der Not der Zeit erblickt. Allein dieser erste Eindruck war im Hingang der Verhandlungen bald verwischt. Die hochherzigen Zugeständnisse des Königs erschienen als etwas Halbes, die öffentliche Meinung aber verlangte ein Ganzes. Jenes „beschriebene Blatt", das Friedrich Wilhelm von sich abgelehnt hatte, man wünschte und ersehnte es. Männer von so ernster Richtung und gewiegter Einsicht wie die Grafen Schwerin und Arnim-Boitzenburg, Herr v. Vincke, Ludolf Camphausen erkannten, daß man aufgeben müsse, um zu erhalten; daß nur, wenn man das Terrain gouvernementaler Willkür mit dem Terrain einer wirklich parlamentarischen Regierung, dem aufrichtig konstitutionellen System vertausche, man der Regierung in der öffentlichen Meinung Ansehen und Kraft erhalten könne, die ihr zu entschwinden drohen[1].

Im März des folgenden Jahres ließ der Justizkommissarius F. J. Weichsel ein dünnes Büchlein mit einem sehr breiten Titel vom Stapel laufen: „Öffentliches Gericht über die Beschwerden, welche die Rückschrittspartei in Deutschland von 1815 bis jetzt herbeiführte, nebst den Mitteln zu einer gerechten Abhilfe derselben" (Magdeburg). Unter diesen Mitteln zur Abhilfe prangte an erster Stelle „der heilige Enthusiasmus von 1813, der wieder aus der Verbannung hervorgerufen werden muß"; dann werde „auch Wahrheit und unparteiische Gerechtigkeit" einkehren und all den gerechten Beschwerden gesteuert werden, die das Volk zur Stunde noch drücken.

10.

Es war gewiß nicht ohne Bedeutung, daß es gegen Ende 1847 nicht an Warnungen und düstern Vorhersagungen fehlte, was das kommende Jahr bringen werde. Als der Salzburger Advokat Dr Aloys Fischer im September in Wien war, sagte ihm der Redemptorist P. Smetana:

[1] v. Usedom, Politische Briefe 44.

„Lieber Fischer, wir gehen blutigen Tagen entgegen!“ Und Fischers Landsmann, der stud. med. Purtscher, ließ sich's nicht nehmen, daß es im nächsten Frühjahr in Wien, in Mailand und Venedig losgehen werde[1]. Tatsächlich deutete südwärts der Alpen alles auf einen gewaltsamen Ausbruch. Die radikale Partei hatte in Rom das Heft in Händen, Pius IX. war nur mehr ein Scheinkönig. Am 8. September richtete Giuseppe Mazzini aus London an ihn ein offenes Schreiben, worin er dem Papste und der Kirche förmlich den Gehorsam aufkündigte, falls sie nicht in der Sache Italiens mit ihm gehen wollten[2]. Durch alle Kreise von Lombardo-Venetien ging es wie ein banges Ahnen, was da kommen sollte. Eine gewisse Unruhe, erzählt ein Zeitgenosse aus Verona, die sich nicht näher beschreiben oder erklären ließ, beherrschte die Gemüter. Bei dem geringsten Lärm erschienen die Bürger an der Schwelle ihrer Türen, und öffneten die Frauen ihre Fenster, um auf die Gasse zu blicken, was es gäbe[3].

Von auswärts kam eine beunruhigende Nachricht nach der andern. Zunächst waren es die Vorgänge in der Schweiz, die von sich reden machten. Die katholischen Kantone hatten, wie früher erzählt, gegen die Vergewaltigungen von protestantischer Seite einen Sonderbund eingegangen, der von der Tagsatzung für ungesetzlich erklärt und dessen Auflösung befohlen wurde. Da sich die katholischen Kantone dessen weigerten, kam es im Oktober 1847 zur Anwendung von Waffengewalt. Nach mehreren kleineren Erfolgen, welche die Sonderbündler errangen, entschied am 23. November der Zusammenstoß bei Gislikon zu ihren Ungunsten: Luzern mußte sich den Siegern ergeben, am 29. November kapitulierte Wallis, und aller Widerstand war gebrochen. Die Geschlagenen hatten sich auf Gnade und Ungnade ergeben: doch ihre nunmehrigen Herren wußten nichts von Gnade, sondern allein von rachsüchtiger, erbarmungsloser Ungnade. Fürst Fritz Schwarzenberg, der „verabschiedete Landsknecht“, der diesen kurzen Feldzug als Freiwilliger mitgemacht und als Adjutant des Generals der Sonderbündler Johann Ulrich v. Salis-Soglio fungiert hatte, erreichte, schmerzlich enttäuscht, nicht ohne Gefahr Mailand. Die unterlegenen Häupter, darunter Siegwart Müller, Bernhard Meyer, der Amtsanwalt Amann, flüchteten auf lombardisches Gebiet; viele ihrer bescheideneren Schicksalsgenossen trieben sich brot- und erwerbslos in den Straßen von Mailand herum, mehr Zielscheiben des Spottes als Gegenstände mitleidsvoller Teilnahme seitens der liberalen Partei. Denn der katholische Sonderbund galt ihr als die Sache Österreichs, und sie

[1] Helfert, Aloys Fischer, Wien 1885, 33.
[2] Wortlaut s. Raccolta veneta I, Venezia 1848/49, 383—387.
[3] Pimodan, Souvenirs, Paris 1891, 162.

pries den Sieg des schweizerischen Radikalismus, weil sie darin ein Vorspiel dessen erblickte, was sie ihrer eigenen Regierung gegenüber mit leidenschaftlicher Hoffnung erfüllte[1].

11.

Ungleich bedenklicher, obwohl vorderhand noch unblutig, waren die Vorgänge in Frankreich. In der zweiten Hälfte der vierziger Jahre befand sich die Regierung Louis Philippes auf einer ähnlichen schiefen Ebene wie die Karls X., die anderthalb Jahrzehnte früher dem unruhigen Geiste und Charakter des französischen Volkes zum Opfer gefallen war. In den Kammern vom März 1847 erscholl der Ruf nach einer Wahlreform, dem der Minister Guizot einen hartnäckigen Widerstand entgegensetzte. Der Ruf ging von der dynastisch gesinnten Bourgeoisopposition aus, der nichts ferner lag, als die Macht in die Hände der unteren Klassen zu spielen. Der Deputierte Duvergier de Hauranne brachte am 6. März 1847 einen Gesetzentwurf ein, in welchem der Wahlzensus auf 100 Franken gesetzt war; am 23. März kam die Sache zur Verhandlung, Odilon Barrot sprach dafür, allein Guizot hatte nur Gebärden mißachtender Ablehnung. Als Garnier-Pagès ihm zurief: „Der Tag des allgemeinen Stimmrechtes wird kommen!" entgegnete der Minister: „Für das allgemeine Stimmrecht gibt es keinen Tag!" Duvergiers Antrag fiel mit 252 gegen 154 Stimmen, also mit einer ganz stattlichen Mehrheit von 98 Stimmen. Im April brachte Rémusat einen neuen Reformvorschlag ein, der den von der Regierung abhängigen Beamten die Wählbarkeit absprach; Guizot machte eine Kabinettsfrage daraus, und der Vorschlag wurde verworfen, aber nur mit einer Mehrheit von 49 Stimmen.

Um diese Zeit kam eine ungemein schmutzige Geschichte ans Tageslicht, in welche mehrere angesehene Persönlichkeiten, darunter zwei ehemalige Minister, Teste und General Cubières, mitverflochten waren. Die Anklage lautete auf Prellerei, auf Bestechung und Annahme von Geschenken. Am 17. Juli wurde das Urteil verkündigt, das auf mehrjähriges Gefängnis, hohe Bußen in Geld nebst Bezahlung der Gerichtskosten und Verlust der politischen Rechte lautete. Die Regierung meinte, durch diese Strenge der gewaltig aufgeregten öffentlichen Meinung eine Genugtuung verschafft und der Mißgunst und dem Mißtrauen der unteren Klassen, die in den Vornehmen und Reichen nur eine gegen sie verschworene Rotte von Ausbeutern sahen, eine gerechtere Anschauung beigebracht zu haben. Doch da drängte, es

[1] Meyer, Erlebnisse I, Wien u. Pest 1875, 270—273. Über die militärischen Vorkehrungen Österreichs s. Metternich, Nachlaß VII 482 ff.

waren nach jener Verurteilung keine fünf Wochen verflossen, als ob die öffentliche Meinung nicht zur Ruhe kommen sollte, ein gräßliches Ereignis alles, was bisher dagewesen, in den Hintergrund. Am 18. August morgens fand man die Herzogin von Praslin, mit dreißig Wunden bedeckt, in ihrem Schlafzimmer, wo sie noch zwei volle Stunden lebte. Sie war Mutter von neun Kindern, und der Mörder war ihr eigener Gatte, mit dem sie dreiundzwanzig Jahre vereint gewesen. Er wurde verhaftet und sollte gerichtet werden, als er am 24. August dem Gift, das er gleich nach vollbrachter Tat zu sich genommen, unter qualvollen Leiden erlag. Er hatte die Tröstungen der Religion empfangen, aber dem weltlichen Richter kein Geständnis seiner Untat abgelegt.

Die große Masse sah sich um den Triumph gebracht, den die Hinrichtung eines so hochgestellten Verbrechers ihr bereiten sollte, und wurde durch das standesgemäße Leichenbegängnis, das dem Toten bereitet wurde, in noch höherem Grade gereizt und verbittert; denn sie ließ sich's nicht nehmen, man habe ihm mit schlauer Absicht die Gelegenheit verschafft, sich durch Selbstmord dem Arme der Gerechtigkeit zu entziehen. Das ist also die Gesellschaft, die uns beherrscht! sagte höhnisch der gemeine Mann. In den parlamentarischen Kreisen und außerhalb derselben gab es ehrsüchtige Streber genug, denen diese gereizte Stimmung gelegen kam, weil sie dabei die Gelegenheit zu erhaschen hofften, wo ihnen ein Kabinettswechsel die Leitung der öffentlichen Interessen in die Hände spielen könnte. Dieser Gedanke lag jenen Reformbanketten zu Grunde, deren erstes am 9. Juli im Château-Rouge, einem Pariser großen Sommerfestsaale, stattfand; ein Trinkspruch auf den König hatte im Programm keinen Platz, daher sich Thiers, Dufaure, Rémusat u. a. fernhielten. Das große Wort führte Odilon Barrot; sein Thema war, daß das Ziel der Julirevolution von 1830 vom Anbeginn systematisch verrückt worden sei. Die Klänge der Marseillaise ertönten, das vor dem Gittertore des Gartens stehende Volk klatschte seinen Beifall in den Saal hinein. Am 18. Juli kam man in Mâcon, der Vaterstadt Lamartines, zusammen; seine Rede hatte eine äußerst bedenkliche Spitze, er sprach von einer „Revolution des öffentlichen Gewissens", einer „Revolution der Verachtung". Die Reformbankette wechselten fortwährend ihren Ort. Auf eines in Saint-Quentin, wo Viktor Considérant auf die fortschreitende Verbrüderung der Menschheit toastete, folgte eines in Lille, am 9. November, das der erzradikale Journalist Delescluze leitete; Ledru-Rollin brachte einen Trinkspruch auf das Volk der Arbeiter aus, wobei er sich in der heftigsten Weise über die Korruption des herrschenden Systems ausließ. Bei einem Bankett in Bethune rief ein Redner: „Das Volk hat seine Demission nicht gegeben. Es kann die Hand an die Krone legen, die es verliehen hat, und deren Stücke in die Fluten von Cherbourg versenken!" In Cherbourg hatte sich 1830 Karl X. nach England ein-

geschifft. Die Veranstalter dieser politischen „Zweckessen“ dachten dabei der Regierung „eine Lektion zu geben“, ohne zu erwägen, daß die höchst aufreizenden Reden eines Ledru-Rollin, eines Isaak Adolf Crémieux in weitesten Kreisen Wirkungen äußern mußten, die weit über das ihnen vor Augen schwebende Ziel hinausgingen. „Die Gracchus der Salons, die mit Verwegenheit in den öffentlichen Kampfplatz hinabstiegen, wollten nichts als ein Kabinett stürzen, aber der Thron geriet dabei ins Schwanken; sie gedachten bloß die Bourgeoisie aufzurütteln, aber das Volk wurde aufgewühlt.“[1]

Bei all diesen Gelegenheiten wurden Österreich und dessen Staatskanzler auf das feindseligste bedient: Österreich habe sich Ferraras bemächtigt und halte seine despotische Hand über die freiheitlichen Bewegungen Italiens; Guizot gehe mit Metternich Hand in Hand, dessen Richtschnur die „heilige Allianz“ sei; der König buhle um die Gunst des österreichischen Staatskanzlers. In der Pairskammer trat Viktor Cousin warm für Piemont ein, das er wohl kenne. „Der Heilige Stuhl und Piemont sind die beiden Mächte, durch ihren Charakter und ihre Lage die großen Werkzeuge der Wiedergeburt Italiens zu werden: der Papst ist deren Seele, Piemont der Arm. Piemont, am Fuße der Alpen gelegen, schützt Italien nach zwei Seiten, gegen Österreich und gegen Frankreich, es ist Italiens Schild und Schwert. Die Piemontesen, unverdorben, hart wie ihre Berge, tapfer und ausdauernd, sind die Mazedonier Italiens.“

12.

Am 16. November war die Kaiserin Maria Luise von einem kürzeren Aufenthalt in ihrer Heimat nach Parma zurückgekehrt und daselbst mit „einigem Jubel“ empfangen worden, worin, wie der Hauptmann im Generalquartiermeisterstab Rudolf Roßbacher an den Grafen Huyn schrieb, nur eine momentane Schmeichelei zu erblicken war, „und eine Lockung, damit sie doch die Regierung behalte und nicht an den gefürchteten Herzog von Lucca übergäbe. Allein einen Monat später, am 17. Dezember, war sie eine Leiche[2]; der letzte Stern aus Frankreichs ruhmreichster weltgebietender Zeit war erloschen. Wer ihr nach den Bestimmungen des Wiener Kongresses nachfolgte, war niemand anderer als Karl Ludwig von Lucca, dessen Herzogtum nun an Toskana fiel. Er erschien am 24. Dezember in Parma und erließ unter diesem Datum ein Manifest an seine neuen

---

[1] L. Blanc, Pages d'histoire, Bruxelles 1850, 11.

[2] Wurzbach (Biogr. Lexikon VII 55) läßt sie auf einer Reise nach Deutschland „in Wien“ sterben!

Untertanen, deren Stimmung dadurch keine freundlichere wurde, als sie erfuhren, der Herzog habe an dem gleichen Tage wie Franz V. von Modena einen Vertrag mit dem Kaiserstaate, eine Art Militärkonvention, „zu gegenseitiger Aufrechterhaltung des inneren und äußeren Friedens und der gesetzlichen Ordnung in ihren Staaten" abgeschlossen[1]. Die entseelte Hülle Maria Luisens wurde im Januar 1848 über den Po und die Alpen nach Wien gebracht und dort in der Gruft der Kapuziner am 25. Januar in der gewohnten feierlichen Weise beigesetzt. In der Ansprache des Grafen Moritz Dietrichstein an den Pater Guardian schilderte sie der Oberstkämmerer als „eine Fürstin, die während ihrer zweiunddreißigjährigen, durch Gerechtigkeit und Milde ausgezeichneten Regierung im Schaffen großartiger und nützlicher Unternehmungen und in steter Übung unzähliger Wohltaten ihre Freude fand". Gewiß trafen diese Worte die Wahrheit, und der größte Teil ihrer gewesenen Untertanen hat ihr ein dankend ehrendes Andenken bewahrt. Allein im übrigen Italien hatte der Haß gegen Österreich und was mit diesem zusammenhing einen solchen Grad erreicht, daß nur Schmähungen der toten Monarchin, über welche die schmutzigsten Dinge geschrieben wurden, zu vernehmen waren.

Die Lage in den beiden Herzogtümern wurde für ihre Fürsten immer bedrohlicher, so daß seitens der kaiserlichen Regierung militärische Beihilfe nicht ausbleiben konnte. Infolge der von Modena mit Österreich abgeschlossenen Militärkonvention ließ Radetzky den Obersten Joseph Castelliz mit zwei Bataillonen des ungarischen Regiments Modena-Este Nr 32 in das Herzogtum einrücken. Vier Kompanien davon kamen später, als sich die Modeneser Zustände zu beruhigen schienen, auf Wunsch des Herzogs Karl Ludwig nach Parma, wo sie mit einer Eskadron Reuß-Husaren unter dem Befehle des Majors Johann Vetter Edlen v. Doggenfeld die Garnison bildeten.

* * *

In Ferrara währte das gespannte Verhältnis zwischen der kaiserlichen Militärmacht und der päpstlichen Regierung fort. Die Organe Pius' IX. und er selbst ließen nicht ab, gegen Maßregeln ihre Stimme zu erheben, welche die österreichische Regierung im vollen Einklang mit den Bestimmungen des Wiener Kongresses ergriffen hatte. Unter den Umständen, welche die öffentliche Meinung nicht bloß Italiens, sondern auch Frankreichs und Englands gegen Österreich verhetzten, glaubte dieses nachgeben zu sollen, und es kam nach einer zwischen dem k. k. Platz- und Festungskommandanten Grafen Auersperg und dem Kardinallegaten Ciacchi getroffenen Abrede

[1] Wiener Zeitung vom 13. Februar 1848, Nr 44. C. Casati, Nuovo Rivelazioni sui fatti di Milano nel 1847/48 I 376.

ein Übereinkommen zu stande, kraft dessen die k. k. Besatzung sich auf die Festung beschränkte, während der Platz, d. h. die Stadt, den römischen Truppen überlassen blieb. So wurde denn um 9 Uhr vormittags des 23. Dezember die Hauptwache der Stadt von Schweizern bezogen, und die Wachen der Stadttore von den Österreichern geräumt, mit Ausnahme der Kaserne und des Tores von San Benedetto, die wegen der für die kaiserliche Garnison unerläßlichen Verbindung mit dem Po neutral bleiben sollten; die Torwache wurde nur von der päpstlichen Finanzwache besorgt. Der militärische Oberbefehl, nicht bloß in der Zitadelle, sondern auch in der Stadt, verblieb dem k. k. Festungskommando, und der päpstlichen Garnison war es verwehrt, im Umkreise der Kaserne San Benedetto und der Zitadelle Wachen streifen zu lassen. So war, militärisch genommen, das Recht und die Macht Österreichs gewahrt. Allein vom diplomatischen Standpunkte hatte Österreich den kürzeren gezogen, und durch die liberale Presse der ganzen Halbinsel ging ein Triumphgeschrei, das dem moralischen Ansehen des Kaiserstaates neue Wunden versetzte[1].

Mit Motuproprio vom 14. Oktober hatte Pius IX. einen Staatsrat, eine Consulta di Stato, ins Leben gerufen, in welchen Rom drei, Bologna zwei, jede der andern Provinzen je einen Vertreter wählen sollten. Der Heilige Vater hatte damit keine Schöpfung im Sinne des Konstitutionalismus im Plane, die Befugnisse der Consulta waren in enge Grenzen gezogen, da der Papst in seine souveräne Autorität nicht eingegriffen und das historische Recht des Kardinalkollegiums, an den Staatsangelegenheiten Anteil zu haben, gewahrt wissen wollte[2]. Immerhin begrüßte man im Publikum das Statut als einen verheißungsvollen Schritt in liberaler Richtung, und drei Wochen darauf tat Pius einen zweiten, der dem italienischen Einigungsgedanken zu Hilfe kommen sollte. Es wurde nämlich am 3. November zu Turin ein Zoll- und Handelsbündnis zwischen Rom, Sardinien und Toskana geschlossen, al fine di contribuire all' incremento della dignità e della prosperità italiana, e persuasi che la vera e sostanziale base di una nuova unione italiana sia la fusione degli interessi materiali delle popolazioni dei loro stati.

Unmittelbar nach Abschluß dieses Vertrages fuhr Karl Albert nach Genua ab, dessen Bewohner ihm einen begeisterten Empfang bereiteten; Hunderte und Hunderte von Fahnen erschienen vor seinem Palaste, alle in den piemontesischen, keine in den päpstlichen Farben, keine italienische Trikolore, kein Ruf für Pius' IX. Der Marchese Giorgio Doria schwang

---

[1] Helfert, Casati und Pillersdorff, im Archiv f. österr. Geschichte XCI (1902) 371—373.

[2] Bischoffshausen, Die ersten Regierungsjahre Pius' IX. (Die Kultur 494 bis 496).

die Standarte, welche die Genuesen 1746 den flüchtigen Österreichern abgenommen hatten. Ein anderer Doria, Abbate von San Matteo, hielt eine Fahne mit der Aufschrift „Gioberti", welcher eine Schar Ölzweige tragender Priester und Mönche folgte. Als der König am Abend die glänzend erleuchteten Straßen der Stadt durchschritt, drängte sich ein Bürger an ihn heran, ergriff seine Hand, die er küßte und dabei bittend sprach: Amnistia! — ein Wort, das nun von tausenden Lippen wiederholt wurde (4. November). Bald mischten sich wohl Mißklänge in die Freudenbezeigungen, Rufe wie: Abbasso Loiola! Via i Gesuiti! waren zu hören. Und wieder wurde der König von einem Manne aus dem Volke angerufen: Sire, passate il Ticino e siam tutti con Voi! Der König erblaßte und schwieg[1]. Karl Albert wünschte Einstellung der Festlichkeiten, damit die gewohnte Ruhe und Ordnung zurückkehre; eine beabsichtigte Demonstration zu Ehren des Turiner Munizipalrats, der die Genuesen begrüßen und beglückwünschen wollte, mußte unterbleiben. Im Publikum schrieb man diese Maßregel dem Gouverneur der Stadt, Marchese Paolucci delle Roncole, zu, und es ließen sich vor den Fenstern des Königs Rufe hören: „Nieder mit Paolucci!"

Nach der Abreise Karl Alberts von Genua ließen die dortigen Liberalen ihren Gelüsten vollends die Zügel schießen. Nachdem am 5. Dezember, wie im Jahre zuvor, das Gedächtnis der Vertreibung der Österreicher gefeiert worden, vereinigte am 10. Dezember ein Festsaal die feurigsten Männer der alten Dogenstadt. Giorgio Doria präsidierte, unter den Teilnehmern befanden sich Gaetano Pareto, Professor Troya, Terenzio Mamiani; der päpstliche, der toskanische, der türkische Gesandte waren unter den Gästen. Zündende Reden, besonders eine Mamianis, wechselten mit Toasten auf Carlo Alberto, Pio Nono, Gioberti, mit Hymnen auf die Befreiung Italiens vom österreichischen Joche:

Giuriam, giuriam, giuriam
Far l'Italia indipendente[2].

Solcher Bankette gab es jetzt überall und jederzeit. „Die öffentliche Meinung in diesem Winter", heißt es in Brofferios Memoiren (I miei tempi), „ging dahin, daß man, um Österreich zu verjagen, essen müsse, viel essen, gut essen, immer essen. Fast jeden Tag eine Tafel, und so groß war die Verheerung unter dem Geschlecht der Hühner, der Enten und Gänse, der Puter, daß die Gefahr drohte, die ganze Rasse zu verlieren."[3]

[1] Cappelletti, Carlo Alberto 322. Nach G. C. Abba (Nino Bixio, Torino 1905, 32) waren die zuletzt erwähnten Worte von Bixio gesprochen.

[2] Arch. trienn. I 137 f. Vgl. ebd. 166 f ein im Theater von Nizza gesungenes Kriegslied von Gonzague Arson.

[3] Ritter Schmit-Tavera schreibt mir: „Spada gibt in seiner ‚Geschichte der Revolution in Rom' im ersten Band eine detaillierte Liste der in Rom veranstalteten

In Turin legten die Gesandten von Österreich, Rußland und Neapel sowie der französische Geschäftsträger Bourgoing beim Minister von San Marzano ernstliche Verwahrung gegen die Genueser Kundgebungen ein. Aber auch in den leitenden Kreisen von Rom fühlte man sich über diese piemontesischen Zumutungen und Strebnisse beunruhigt, was man im Publikum der von Österreich und von Pellegrino Rossi beeinflußten Presse zuschrieb. Als ein Verbot fremdländischer Fahnen und Farben, also auch der sardinischen, erschien, erhob der in Rom lebende Piemontese Michelini im Namen seiner Landsleute eine Verwahrung und wies in einem an den Direktor der „Alba" gerichteten Schreiben auf den General Giacomo Durando, gebürtig aus Mondovi hin, der, im Jahre 1831 aus Piemont verwiesen, in Spanien gute Dienste geleistet habe und den Krieg wie kein zweiter verstehe[1].

* * *

In den maßgebenden Kreisen von Lombardo-Venetien war die Gereiztheit gegen Österreich kaum eine geringere als in dem benachbarten Piemont; doch ebensogroß war der Respekt vor der Regierung, die nicht gewillt schien, Ausschreitungen in politischer Richtung sich gefallen zu lassen. Man betrat darum den gesetzlichen Weg, um für drückende Übelstände in der Verwaltung Abhilfe zu schaffen und lang gehegte Wünsche in Erfüllung zu bringen.

In der lombardischen Zentralkongregation gab der Bergameser Advokat Giov. Batt. Nazari am 8. Dezember eine Erklärung zu Protokoll: es möge die heutige Lage des Landes in reifliche Überlegung gezogen, den Ursachen der herrschenden Unzufriedenheit nachgeforscht und darüber ein wohlerwogener Bericht erstattet werden, welcher weiteren Anträgen zur Grundlage zu dienen hätte. Das hieß der Regierung den Handschuh hinwerfen, und das blieb nicht ohne Folgen. Vom Gouverneur Grafen Spaur erfolgte im Namen des Erzherzog-Vizekönigs ein Erlaß an die Zentralkongregation: dem Mitgliede Nazari sei eine Rüge zu erteilen, weil er von seinem Vorhaben nicht pflichtgemäße Anzeige dem Präsidenten der Kongregation gemacht, sondern diese mit seiner zu Protokoll gegebenen Erklärung überrascht und dadurch eine unzeitgemäße Publizität hervorgerufen habe. Übrigens dürfe, hieß es weiter, die angebliche Unzufriedenheit, die im Lande herrsche, nicht als Grundlage der Verhandlungen der Kongregation genommen werden, die sich vielmehr innerhalb der Grenzen des ihr vorgezeichneten Berufes zu bewegen und sich an die für ihre Vorgangsweise bestehenden gesetzlichen Vorschriften zu halten habe. Der General-Polizei-

Bankette. Die Zahl ist eine wahrhaft imposante, und wenn man bedenkt, daß es derlei Festlichkeiten in ganz Italien gab, so darf man wahrhaftig behaupten, daß die Hendel in Gefahr schwebten, ausgerottet zu werden."

[1] Arch. trienn. I 116—120.

direktor Baron Torresani erhielt überdies den Auftrag, den Nazari unter polizeiliche Aufsicht zu stellen.

Bei der gereizten Stimmung, die seit mehr als Jahresfrist alle Klassen der Bevölkerung erfüllte und die mit jedem Tage zunahm, hieß dies Öl ins Feuer gießen. Es erschien ein Indirizzo degl' Italiani di Lombardia alla Congregazione centrale, der, geheimnisvoll gedruckt, seinen Weg von Hand zu Hand fand. Die Zentralkongregation wurde darin gelobt, daß sie herausgetreten sei „aus den Gewohnheiten teilnahmsloser Unterwürfigkeit, aus der langjährigen Schule der Furcht und Schweigsamkeit". Die Zentralkongregation möge auf dem eingeschlagenen Wege fortschreiten: „denn ihr würdet nichts getan haben, wenn ihr nicht die große Wahrheit offenbartet, welche ist die Nationalität, und wenn ihr nicht die große Lüge bekämpftet, welche ist die Möglichkeit, uns zu verschmelzen mit dem vielsprachigen Kaiserstaate. Habet den Mut, es zu verkünden, daß unser Land reif ist, ein eigenes Leben zu führen, daß es durch keine Schmeichelei, durch keine Drohung darauf verzichten wird, italienisch zu fühlen und zu sein!" . . .

Nun begann es sich auch in Venedig zu rühren. Der Advokat Daniele Manin forderte am 21. Dezember die venetianische Zentralkongregation auf, das Beispiel der lombardischen nachzuahmen. Am 28. und 29. gab der Advokat G. B. Morosini eine Erklärung ähnlichen Charakters wie die Nazaris zu Protokoll, und richtete Graf Alvise Franc. Mocenigo mit mehreren Genossen ein Schreiben an die Munizipalität, sie möchte Schritte bei der Zentralkongregation tun, daß sich diese mit der lombardischen zu gemeinschaftlichem Handeln in unmittelbare Beziehung setze. Am 30. Dezember hielt der Dalmatiner Niccolò Tommaseo im Ateneo einen Vortrag über die beklagenswerten Zustände der Presse und der Literatur; es möge eine Bitte an den Monarchen gerichtet werden um Abstellung der in der Handhabung des Zensurgesetzes von 1815 eingerissenen Mißbräuche und um Wiederherstellung solcher Verhältnisse, wie sie jenes Gesetz nach seinem Geiste und seinem Wortlaute vor Augen hatte. Tommaseos Worte wurden mit begeisterter Zustimmung aufgenommen, alles drängte sich um den gefeierten Redner und beeilte sich, seinen Namen unter den von ihm vorgelegten Adreßentwurf zu setzen. Im Nu waren 200 Unterschriften auf dem Blatte, deren Zahl am folgenden Tage auf 600 stieg.

Nazaris Erklärung war in anständigem, Tommaseos Petition sogar in ehrerbietigem Tone abgefaßt, und es kam auf die Regierung an, welchen Gebrauch sie von diesen ebenso wohlbegründeten als bedeutsamen Kundgebungen machen wolle. Doch es ist der Fluch, der auf jeder vom Glück begünstigten unbeschränkten Macht ruht, daß sie die gerechtesten Bitten, die wohlmeinendsten Ratschläge, wenn sie über die Grenzen der bestehenden Verhältnisse hinausgehen, nicht etwa überhört, sondern als Anmaßung verwirft, als Unruhestiftung stempelt, als Auflehnung bestraft. Und doch gibt

es im öffentlichen Leben nichts Gefährlicheres als das glückgehärtete Gefühl ungefährdeter Sicherheit! Aber ebenso ist es, wenn einmal die öffentlichen Zustände einen Stoß erlitten haben, umgekehrt der Fluch, der auf jeder allgemeinen Bewegung ruht, daß sie immer heftiger nach vorwärts drängt und nur zu bald das Ziel überfliegt, das sich die Führer besonnen und maßvoll anfangs gesteckt hatten[1].

Es ist ein leidiges Ding um die Konjekturalpolitik. Was hälfe es, zu untersuchen, welchen Gang die Ereignisse genommen haben würden, wenn die kaiserlichen Staatsmänner den Ruf der Zeit nicht unbeachtet gelassen hätten! Das aber ist Tatsache, daß sie dadurch, daß sie, statt diesem Rufe zu folgen, ihm Widerstand entgegensetzten, die Sache nicht besser, sondern schlimmer machten. In dem noch bis vor wenig Monaten so ruhigen Venedig folgte jetzt eine Demonstration auf die andere. Eines schönen Morgens fand man am vizeköniglichen Palaste angeschrieben: Palazzo d'affittarsi nell'anno 1848. Venezia, di 20 dicembre 1847. Als in Verdis Oper „Die Lombarden auf dem ersten Kreuzzug" die Stelle gesungen wurde: Noi siam' corsi all'invito d'un pio — ertönte ein wütender Applaus, der in den späteren Vorstellungen noch lärmender wurde, weil man erfahren hatte, daß die Polizei den Vers habe inhibieren wollen. Dasselbe war es mit Verdis „Macbeth", wo der Chor zu singen hatte: La patria tradita piangendo ne invita, fratelli[2]. Wonneberauscht rief die „Alba", als sie über diese Vorgänge berichtete: „Der Löwe von San Marco, der erstorben zu sein schien, schüttelt seine ehrwürdige Mähne und läßt sein Gebrüll ertönen."

Den geraden Gegensatz zu den trüben Warnungen des Grafen Zichy bildete die rosige Stimmung und Auffassung des Oberkommandanten der Marine. Anton Stephan Ritter von Martini hatte eine ausgezeichnete Dienstleistung hinter sich, hatte sich in den Befreiungskriegen als Generalstäbler das volle Vertrauen der Generalität erworben und stand zuletzt an der Spitze der Wiener-Neustädter Militärakademie, als er gegen Ende 1847 zum Vizeadmiral ernannt und nach Venedig geschickt wurde. Obwohl er vom Seewesen so gut wie nichts verstand und namentlich alle Praxis und Erfahrung ihm fehlte, sahen die Wiener Herren in seiner ehrenvollen Vergangenheit genügende Bürgschaften, um ihn an die Spitze der gesamten Kriegsmarine zu stellen. Über den Geist, der den ihm nunmehr anvertrauten Körper beherrschte, war Martini mit wahrer Blindheit geschlagen. Den Befürch-

[1] Vgl. mein anonym erschienenes „Aus Böhmen nach Italien. März 1848" 161 f. Über das Vorleben und den Charakter von Manin und Tommaseo s. ebd. 150—154. Manin entstammte nach einigen einer ursprünglich jüdischen Familie (Pimodan, Souvenirs 118 f).

[2] Grenzboten 1848 I 179 f.

tungen des Venediger Stadt- und Festungskommandanten gegenüber fühlte sich Martini gedrungen, „die stark beunruhigenden Ansichten, die teilweise über die Marine herrschen, auf ihr wahres weniger wogendes Niveau zurückzuführen". Er war der Überzeugung, „daß gegenwärtig noch keine wirklich dringende Gefahr vorhanden" und solche „nur für eine ärgere entfernte Zeit" zu befürchten sei. Er hatte wohl seine Freude an den vielen Offizieren nicht-italienischer Nationalität, doch er blickte voll Vertrauen auch auf „solche italienischen Stammes, aber von ehrenvoller treuer Gesinnung", die, „höchstens einzelne Fälle des Gegenteils" ausgenommen, „im großen und ganzen jederzeit ihrer Pflicht nachkommen werden"[1].

13.

Die mit jedem Tage sich ernster gestaltende Lage auf der apenninischen Halbinsel und anderseits die sich allmählich ankündigende Arbeitsmüdigkeit des Erzherzog-Vizekönigs hatten Metternich schon im August zu dem Entschluß gebracht, ihm in der Person des Staats- und Konferenzministers Grafen Karl Ludwig Ficquelmont einen Berater und Unterstützer an die Seite zu setzen. „Die Revolution", hieß es in der vom Staatskanzler entworfenen Instruktion, „hat sich der Person Pius' IX. als eines Banners bemächtigt, um im Namen des Heiligen Stuhles das alte Panier der Welfen emporzuhalten. Wir haben also jetzt in Italien die Partei der Welfen, die über die Deutschen das Todesurteil ausspricht, und wir finden keine Ghibellinen. Es ist die Person des gegenwärtigen Papstes Pio Nono solo, welche die Partei in den Vordergrund schiebt, nicht die Kirche. Die Klubs, welche die Revolution treiben, können nicht aufbauen, sondern nur zerstören; es ist die Unordnung, die wir zu bekämpfen haben — nous n'avons que le désordre à combattre". Die Aufgabe Österreichs in solcher Lage sei daher erstens: keine militärische Intervention wie im Jahre 1820, aber entschiedene und kräftige Verteidigung unseres Rechtes, wo immer man es antasten wollte; und zweitens der Versuch, Piemont in unsere Allianz zurückzuführen. In diesen beiden Richtungen habe Ficquelmont dem Vizekönig beizustehen und ihn durch Ratschläge zu unterstützen, „sei es daß Se Kaiserliche Hoheit ihn darum angehe, sei es daß er (Ficquelmont) aus eigener Initiative sich dazu gedrungen fühle"[2].

Ficquelmont traf in der zweiten Hälfte des Oktober 1847 in Mailand ein. Er kannte die Stadt aus früheren Tagen, die er in wohltuender Erinnerung

---

[1] Benko-Boinik, Geschichte der k. k. Kriegsmarine 1848/49, 52 f; das Vorleben Martinis ebd. 59—61.

[2] Helfert, Casati und Pillersdorff 330 f.

hatte, und glaubte auch jetzt, neben seiner diplomatischen Mission die höheren Kreise durch einen geselligen und gastfreundlichen Haushalt gewissermaßen einzulullen und zu versöhnen. Er hatte für diesen Zweck seine Tochter, die schöne und gewinnende Lisalex, und ihren Gemahl, den Fürsten Edmund Clary, mitgebracht. Allein er mußte gleich in den ersten Tagen erfahren, daß die Zeiten andere waren. Viele der aufgesuchten Damen ließen sich nicht zu Hause finden, ihre Gegenbesuche fielen aus oder wurden in eine Tageszeit verlegt, wo man wußte, daß die Familie außer Hause war und man sich begnügen konnte, seine Karte abzuwerfen. Auf Einladungen zum Diner oder zum Tee erfolgten regelmäßig mehr Absagen als Annahmen[1]. Denn alles, was den österreichischen Namen trug, war von der Tyrannei der öffentlichen Meinung bereits in solchem Grade verbannt und verpönt, daß großer moralischer Mut dazu gehörte, ihr zu trotzen und den eigenen persönlichen Neigungen zu folgen.

Am 9. Dezember hatte der österreichische Staatskanzler dem Grafen Ficquelmont in Mailand geschrieben: Le pape libéral n'est pas un être possible[2]. In der Idee hatte Metternich recht: die Stellung des Oberhauptes der Kirche Christi verträgt sich ihrem ganzen Wesen nach nicht mit der sog. liberalen Richtung. Liberalismus ist Halbheit, dem Konservatismus gegenüber ist er verschämter Radikalismus, dem Radikalismus gegenüber verschämter Konservatismus. Aber für den Augenblick war das, was Metternich für unmöglich erklärte, tatsächliche Wirklichkeit: wielang es sich halten und wohin es schließlich führen würde, das mußte die Zukunft lehren.

Rom war noch immer voller Huldigungen für den Papst, aber für ihn allein, nicht für seine Umgebung, seine stützenden Organe, ja nicht einmal für einen zukünftigen Nachfolger von ihm. Unter die Rufe: Viva Pio Nono! mischten sich mitunter solche auf den besten und letzten Papst — il Papa ottimo e ultimo! „Das triumphierende Volk", sagte Graf Balbo, „bejubelte, bekränzte, beflaggte — sein Opfer!" Nachdem Pius am 27. Dezember der jubelnden Menge seinen Segen erteilt hatte, ließen sich Stimmen vernehmen: Abbasso i Gesuiti! Viva Gioberti! Einige Tage später, als er ausfuhr, stürmte ihm eine begeisterte Menge nach, und er konnte schreien hören: Viva il Papa solo! Abbasso i Ministri! Morte ai Gesuiti! In einem Motuproprio vom 30. Dezember verhieß er den Römern ein verantwortliches Ministerium nach dem Muster konstitutioneller Staaten.

Zu den liberalen Kreisen aller benachbarten Länder war die Parteinahme für den geistlichen und weltlichen Beherrscher von Rom in fortwährendem Wachsen, ja steigerte sich zu einer wahren Abgötterei, die

---

[1] Helfert, Casati und Pillersdorff 348 f.
[2] Metternich, Nachlaß VII 440.

gleichen Schritt hielt mit der Verunglimpfung und Verwünschung Österreichs. Die lombardischen Schürer der Bewegung machten aus ihren Zielen kaum mehr ein Hehl. Conte Vincenzo Toffetti aus Crema, der an den Ereignissen von 1821 teilgenommen hatte, bewog den Mailänder Grafen Enrico Martini, nach Turin zu gehen und sich dort mit dem königlichen Hofe in Verbindung zu setzen. Dort fanden sich ab und zu Casati, Vitaliano Borromeo, die Conti Torelli, Franc. Arese, Giuseppe Durini ein, um sich im königlichen Schlosse durch den Waffensaal zu dem Privatsekretär und Intimus des Königs, Conte Castagnetto, führen und von diesem Aufklärungen und Weisungen geben zu lassen[1].

Dort wurde ohne Zweifel die Verlegenheit besprochen, die man der kaiserlichen Regierung zu bereiten im Begriffe stand. Nazari in Mailand, Tommaseo in Venedig hatten gesprochen, allein die gebietenden Herren sollten nicht bloß hören, sie sollten auch fühlen. Man gedachte sie von jener Seite zu fassen, die für jede weltliche Macht die heikelste ist, die finanzielle: dem Tabakmonopol und dem Lotto sollte der Krieg erklärt werden, was den Einnahmen des Staates eine empfindliche Einbuße zuführen mußte. Die Sache sollte mit Eintritt des neuen Jahres in Scene gesetzt werden, und die Führer wollten dabei eine Probe machen, auf welche Kräfte sie würden zählen können, falls es zu einer ernsteren Aktion kommen sollte[2].

Aber auch in Venedig war die Stimmung eine schon im höchsten Grade erbitterte und gereizte. Von den andern Städten wurde den Venetianern vorgeworfen, daß sie für das, wofür sich alle andern einsetzten, keinen Sinn und kein Gefühl hätten; es wurde ihnen mit dem Haß und der Verachtung aller Italiener gedroht; sie wurden feige Memmen gescholten, falls sie sich nicht tätig an der Bewegung beteiligten. Ein junger Graf da Mula und ein gewisser Camello hatten im Spätherbst die Romagna besucht, waren in Ferrara, in Bologna, dann in Florenz gastlich aufgenommen worden; aber auf alle Länder wurde toastiert, nur auf das ihrer Heimat nicht; mit Mißachtung und mit Schimpfworten wurde die Lagunenstadt erwähnt. Mit der Beschämung und mit Rachegedanken kehrten da Mula und Camello in ihre Vaterstadt zurück, wo sie ihre leicht entzündbaren Altersgenossen aufstachelten, den ihnen anhaftenden Schandflecken zu verwischen. Mit aufgeregter Erwartung sahen sie den Ereignissen entgegen, welche die nächsten Wochen bringen würden[3].

Von Wien aus sah man die italienischen Zustände in so bedenklichem Lichte, daß man an die Verkündigung des Standrechtes dachte; allein eine

---

[1] Ottolini, Rivoluzione lombarda, Milano 1887, 56 f.

[2] Helfert a. a. O. 380 f.

[3] Ferd. Zichy bei Benko-Boinik, Geschichte der k. k. Kriegsmarine 1848/49, 47.

vom Erzherzog mit Ficquelmont und Radetzky gepflogene Beratung gelangte zu dem Beschlusse, daß zu einer so scharfen Maßregel für den Augenblick „ein genügender Anlaß nicht vorhanden" sei[1].

14.

Der österreichische Staatskanzler hatte sich an dem Wiener „Rennweg" einen stolzen Herrensitz gebaut und in dem anstoßenden weitläufigen Park ein bescheidenes Gartenhäuschen eingerichtet, in welchem er seine geschäftsfreien Stunden zuzubringen gedachte: Parva domus magna quies! Allein die gewünschte Ruhe fand er hier doch nicht, immer von Diplomaten aufgesucht und in politische Erörterungen verwickelt, so daß für das „Salettl", wie es der Volksmund nannte, und den Palast, zu dem es gehörte, die Verdrehung aufkam: Magna domus nulla quies.

Die Ruhe der vormärzlichen Zeit war eine äußerliche, welche die Regierung durch ein strenges System der Absperrung und des Fernhaltens jeder Störung aufrecht zu halten suchte. Als Störung galt jede Abweichung von dem altgewohnten Geschäftsgang, nicht so sehr in den Augen Metternichs, der durchaus nicht so reformfeindlich war, als man allgemein annahm, und es war darum nicht ganz richtig, von einem Metternichschen System zu sprechen. Es sollte vielmehr das des Kaisers Franz heißen, der die Schrecken der französischen Revolution noch immer in den Gliedern hatte und sich nie zu einem entscheidenden Schritte nach vorwärts entschließen konnte[2]. Dieses sein System hat Kaiser Franz, so ging das Gerede, seinem Bruder Ludwig, der nach ihm als Chef des „k. k. Staats- und Konferenzrates für die inländischen Geschäfte" die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten des Reiches zu übernehmen hatte, auf dem Todbette ans Herz gelegt, und der Erzherzog hat es unverbrüchlich festgehalten, vielleicht auf die Spitze getrieben. Jedwede Neuerung war ihm ein Dorn im Auge; wo sich irgend einer der Sterblichen so kühn oder so vertrauensselig zeigte, mit einem Projekte an den Staatsrat heranzutreten, da hatte der Erzherzog sein Universal-

[1] Allerhöchstes Handschreiben an Erzherzog Rainer vom 24. November 1847. Allerhöchste Entschließung vom 6. Januar 1848: Pol.-Archiv 664/236.

[2] Ein drastisches Beispiel lernen wir aus Hübner, Ein Jahr meines Lebens, Leipzig 1891, 12, kennen: Metternich hatte 1817, also bald nach den Befreiungskriegen, seinem Monarchen eine Denkschrift über die Einrichtung einer beratenden Körperschaft im Mittelpunkte des Reiches vorgelegt. Kaiser Franz zog sie von Zeit zu Zeit hervor, konnte sich aber ungeachtet seiner besseren Überzeugung zu einer entscheidenden Tat nicht aufraffen; es war das noch in der letzten Zeit seiner Regierung der Fall, bis der Tod allen weiteren Entschließungen ein Ende machte.

mittel: „Liegen lassen", sagte er, „ist die beste Erledigung." Unter solcher Leitung verfiel die kaiserliche Regierung in einen Zustand politischer und administrativer Lethargie. Es war ganz eigentlich die Politik des Vogels Strauß, und Vogel Strauß war es auch, der ihn nicht sehen ließ, was um ihn herum vorging, was unter der glatten Oberfläche allen polizeilichen Vorsichten und Maßregeln zum Trotz keimte und trieb und zum Durchbruche drängte. Während die Masse der Bevölkerung harmlos in den Traditionen einer längst verklungenen Zeit dahinträumte oder stumpfsinnig über sich ergehen ließ, was ihr gleich einer unverrückbaren Notwendigkeit auferlegt war, schöpften die gebildeten Klassen aus einer Literatur, die von ihnen um so heißer verschlungen wurde, je schärfer die Verbote waren, die sie von den Grenzen des Staates fernhalten sollten, und die anderseits um so eindringlicher und verderblicher wirkte, je weniger jene Klassen bei der Verkümmerung der öffentlichen Studien für eine ernste Prüfung der ihnen gebotenen geistigen Nahrung erzogen und gereift waren. Unter die streng verbotenen Bücher gehörte das Rotteck- und Welckersche Staatslexikon; aber es war überall zu haben, und österreichische Schriftsteller, selbst kaiserliche Beamte, lieferten zahlreiche Beiträge dazu. Wußte die Regierung davon nichts oder duldete sie es, obwohl sie es wußte, so war das eine wie das andere ein Beweis der Fehlerhaftigkeit oder der Unausführbarkeit eines Systems, über das von allen dem Fortschritt huldigenden Männern längst der Stab gebrochen war. Schon war es zur Gewohnheit geworden, jeden Feind der Regierung als Freund der Aufklärung und Humanität zu ehren, dem Widersacher der bestehenden Ordnung heimlich ermunternden Beifall und Lob zu spenden und jeden Versuch, für die Regierung das Wort zu ergreifen, selbst in Fällen, wo das empörendste Unrecht auf seiten der Gegner war, als Wohldienerei und Speichelleckerei zu brandmarken. Am grellsten trat dieser bedenkliche Mißstand in der Haupt- und Residenzstadt des Reiches zu Tage. Denn „den Wiener", so schilderte ihn zu jener Zeit ein fremder Beobachter, „mit einer ausgesprochenen Anlage von heiterer Genußsucht und gutmütig frivolem Leichtsinn und Abneigung gegen ernstere Prüfung und Erwägung, charakterisierten eine Sucht, es andern großen Städten gleich oder zuvor zu tun, eine unbezähmbare Lust, an allem, was von oben kam, beißende Kritik zu üben, und eine fast kindische Freude an Neuem. Aus der Geschichte zu lernen, war ihm ebensowenig Sache als die des großen Durchschnittes der Bureaukraten, die kaum etwas anderes lasen als Akten."[1]

---

[1] „Trotz eines Apparates von Absperrungsmaßregeln, wie ihn kaum Rußland kennt, war in Österreich der eigentliche Markt für die revolutionäre Presse Sachsens und Württembergs. Die antiösterreichische Literatur wurde ein mit Heißhunger verschlungener Hauptartikel des einheimischen Buchhandels." Histor.-polit. Blätter 1848 I 815; II 6 f 26 28 f. Der noch immer lesenswerte Aufsatz „Zur Geschichte der Revolution in Österreich" kam ohne Zweifel aus der Feder Karl Ernst Jarckes.

Doch der Wiener von ehedem war es nicht mehr in der Zeit, mit der wir uns hier beschäftigen. Es schwebte etwas in der Luft, was sich niemand zu erklären wußte und was jedermann drückte. „Ich bin kein Prophet", sagte Metternich, als er am 9. Oktober 1847 durch die heitern Räume seiner Villa schritt, um in die Stadt auf den Ballplatz zu übersiedeln, „und weiß nicht, was wird. Aber ich bin ein alter Arzt und kann vorübergehende von tödlichen Krankheiten unterscheiden, und an dieser stehen wir jetzt. Wir halten hier fest, solange wir können, aber ich verzweifle an dem Ausgang!"[1] Und ein sächsischer Diplomat schrieb „in der Scheidestunde des alten Jahres 1847" aus Wien in seine Heimat: „Schweiz und Italien sind ein paar toll gewordene Kinder, die dem greisen Friedensfürsten über den Kopf zu wachsen drohen. Es geht ein unheimliches Brausen durch die Welt. Die Sturmvögel eines Krieges ziehen durch die Luft."[2]

[1] v. Usedom, Politische Briefe, Berlin 1849, 69.
[2] Graf Vitzthum, Berlin und Wien; Stuttgart 1886, 62 69.

V.

Die dritte französische Revolution.

„Der politische Horizont verfinstert sich."
Ansprache des Prinzen von Preußen an seine Offiziere am Neujahrstage 1848.

1.

Am Neujahrstage 1848 beschied Fürst Metternich den Fregattenkapitän Ludwig v. Kudriaffsky zu sich. Die Berichte, die der venetianische General-Polizeidirektor Aloys Ritter v. Call zeitweise an den Grafen Sedlnitzky sandte, sprachen sich über den gefährlichen Geist, von dem sich die italienischen Elemente der Kriegsmarine beherrscht zeigten, in unzweideutiger Weise aus. Kudriaffsky stand seit einigen Jahren in Verwendung der Wiener Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft, kannte aber aus seiner früheren Dienstleistung die Verhältnisse der kaiserlichen Seemacht und befand sich mit Persönlichkeiten ihrer Leitung in fortwährender Berührung. Dem Staatskanzler machte das Venetianer Arsenal seit dem tragischen Schicksale der den Geheimbündlern verfallenen Admiralsöhne Attilio und Emilio Bandiera Sorgen, und Kudriaffsky bestätigte Metternichs Bedenken. Es sei, versicherte er, nur Verlaß auf die nichtitalienischen Elemente des maritimen Offizierkorps und er rate daher, um die in See befindlichen Kriegsschiffe nicht zu verlieren, sie deutschen Kommandanten anzuvertrauen, was Metternich in Erwägung zu ziehen versprach. In Venedig selbst wurden um diese Zeit ähnliche Bedenken wach, so daß Zichy im Einverständnis mit Martini die im Hafen liegenden Kriegsfahrzeuge mit ungarischen und kroatischen Seeleuten zu besetzen beschloß. Doch Martini wurde von einheimischen Offizieren bestürmt, von einer solchen Maßregel als beleidigend für die Ehre der venetianischen Marine abzulassen — und der schwache Mann gab nach[1].

---

[1] Porth, Denkwürdigkeiten aus dem Leben des k. k. Fregattenkapitäns Kudriaffsky (Wien) 115 f.

Indessen war es mit dem Eintritt des neuen Jahres zunächst nicht Venedig, sondern die Hauptstadt der Lombardei, die der Regierung zu schaffen machte. Von der dortigen mißvergnügten Partei war, wie früher erzählt, eine Reihe von Kundgebungen geplant, die den Behörden Verlegenheiten bereiten sollten: vom Tabak und vom Lotto sollte man sich enthalten, beides, wie es hieß, zur Verkürzung und Schädigung der ärarischen Gefälle. Der wahre Beweggrund lag aber tiefer: die Führer der Bewegung wollten die Probe machen, in welchem Maße sie bei sich ergebender Gelegenheit auf eine Folgeleistung der Massen rechnen könnten. Auch das Gastspiel der berühmten Fanny Elsler als einer „Deutschen" sollte von dem Italiener, der diesen Namen verdiene, gemieden werden: „Überlasset euern Platz ihren Landsleuten, mögen sie, so es ihnen gefällt, ihr auch in eurem Namen Beifall klatschen!" Beigefügt war die Drohung, die Namen jener Italiener, die sich in der Scala würden blicken lassen, öffentlich bekannt zu geben.

Der erste Tag des Jahres 1848 ließ sich unfreundlich an: es war kalt und regnerisch, man sah nicht viele Leute in den Straßen der lombardischen Hauptstadt und darunter nur wenig Raucher, die von dem Gesindel wohl allerhand Belästigungen erfuhren; doch im ganzen war es kein rechtes Wetter zum Skandalmachen. Anders war dies am zweiten Tage, einem Sonntag, der bei milderem und heiterem Himmel viele Spaziergänger ins Freie lockte. Es gab abermals einige Raucher, besonders Soldaten, die sich bald von zudringlichen Leuten umringt und verfolgt sahen. Zivilisten, die einen Glimmstengel im Munde führten, wurden gezwungen ihn wegzuwerfen, wobei es nicht immer ohne Gewalttätigkeit ablief. Auch waren es nicht bloß Straßenjungen, die sich an diesen Auftritten beteiligten; es waren auch Personen aus den besseren Ständen, die eine Art Kommando führten. „Fuori, fuori — heraus mit der Zigarre!" hörte man sie rufen, und ein ausgelassenes Jubelgeschrei der Meute folgte, sobald dem Gebote Folge geleistet wurde. Soldaten, besonders Unteroffiziere, kehrten sich nicht daran und spazierten, gemütlich dampfend, den Corso Francesco auf und ab. Vom Geniehauptmann Grafen Gustav Neipperg wurde erzählt, daß er mit der glimmenden Zigarre im Munde eine volle Stunde vor der Scala auf- und abgeschritten sei.

Gegen Nachmittag nahmen die Dinge eine ernstere Gestalt an, als auf der Corsia de' Servi eine Militärpatrouille einhermarschierte, der ein Rudel Gesindel mit höhnenden Rufen und Pfiffen auf dem Fuße nachfolgte. So kam man bis an den Torweg, durch welchen dazumal die Piazza de' Mercanti in den Domplatz mündete; hier stand ein Dragonerposten, der den Leuten den Eingang wehrte. Jetzt machte die Patrouille plötzlich kehrt und schritt mit gefällten Bajonetten auf die Menge los, die mit wildem Geschrei zurückwich. Graf Gabrio Casati, der Podestà von Mailand, der

auf die Meldung von diesen Vorgängen mit dem Munizipalsekretär Silva herbeigeeilt war, lief mit dem Rufe: „Ferma, ferma — halten, halten!“ den Soldaten nach, die sich jetzt gegen ihn kehrten; er wurde gepackt, was nicht ohne manche Hiebe und Püffe ablief, bis der Polizeikommissär Galimberti einschritt und ihn, der sich vergeblich auf seine Eigenschaft als Stadtvorstand berief, in das Polizeigebäude abführte, wo Hofrat Baron Torresani den Akt für ein bedauerliches Mißverständnis erklärte und den Podestà entschuldigend freiließ. Die Hetze auf der Straße währte indessen fort, es fanden viele Verhaftungen statt, darunter wohl auch, wie es bei solchem Wirrwarr zu geschehen pflegt, ganz unschuldiger Leute, die später entlassen werden mußten. Erst gegen 11 Uhr nachts trat Ruhe ein.

Ungeachtet einer abmahnenden Kundmachung, welche die Sicherheitsbehörde erließ, hatte die Physiognomie von Mailand am dritten ein noch viel aufgeregteres Aussehen als am vorigen Tage[1]. Die Erlasse der Polizei wurden herabgerissen, und der Spektakel ging schon um die Mittagsstunde los, besonders am Corso Francesco, der überfüllt war. Der Pöbel lärmte, pfiff und höhnte, es fehlte nicht an Steinwürfen und einzelnen Mißhandlungen, was verschärftes Einschreiten der Sicherheitswache zur Folge hatte. Eines der Häupter der Mailänder „Lions“, Marchese Villani, der an der Spitze mehrerer Genossen das Rauchen „im Namen des Volkswillens“ untersagen wollte, wurde, während seine Begleiter das Weite suchten, ergriffen und gefangen abgeführt.

Da öffneten sich nachmittags, „nach dem Befehl“, die Tore der Kasernen und nun zeigten sich auffallend viele Unteroffiziere in den Straßen, schöne kräftige Gestalten, die nicht danach aussahen, mit sich spaßen zu lassen. In Trupps von zehn bis zwölf Mann, mehrere mit einer Zigarre in jedem Mundwinkel, dampften sie in vollen Zügen, bliesen solchen, in deren Mienen sie etwas wie Hohn oder Herausforderung zu erblicken glaubten, den Rauch ins Gesicht und zogen, wenn Zudringlinge sie aufhalten wollten, ohne weiteres vom Leder. Einer dieser Trupps drang in das Café Gnocchi, das sich rasch von seinen Gästen leerte, wobei Möbel, Lampen, Spiegel in Trümmer gingen; ähnliches geschah in den Cafés dell' Europa und Cova, gegenüber der Scala, den Hauptsitzen der „Lions“. Mittlerweile war Militär aufgeboten worden, das die Straßen säuberte, was nicht ohne Geschrei, arges Gedränge und manche Unglücksfälle ablief[2]. Einen der

---

[1] Über das Benehmen des Munizipalassessors Conte Marco Greppi bei diesen Vorfällen s. Betta, Mailänder Geiseln, Wien 1850, 49.

[2] Un tal Antonio Castelli stava in una di quelle osterie cenando con una sua figliuoletta, infilzarono lui e la bambina (Ottolini, Rivoluzione lombarda 31). Der unglückliche Tod der vierjährigen Teresa Castelli wird auch von andern Seiten erwähnt. Laut Arch. trienn. I 181 hätte Erzherzog Rainer den Grafen Spaur angewiesen, verkleidete Polizisten mit brennenden Zigarren im Munde durch die Straßen

treuesten Diener der Regierung, den betagten k. k. Appellationsrat Manganini, traf, da er sich in die Galleria de Cristoforis flüchten wollte, ein Säbelhieb über den Kopf, so daß er blutend vom Platze getragen werden mußte.

Der Podestà befand sich mit seinem Bruder Camillo und dem Grafen Giuseppe Belgioioso in seiner Wohnung, als einer seiner Bekannten hereingestürzt kam und erzählte, was er soeben erfahren. Casati ließ einspannen und lud die Herren ein, ihn zu dem Grafen Ficquelmont zu begleiten, wo sie den Gouverneur Grafen Spaur trafen und wo sich, auf die Kunde von dem Schritte ihres Podestà, mehrere Munizipalassessoren einfanden. Es wurde beschlossen, sich insgesamt zum Feldmarschall zu begeben und von ihm den Erlaß gemessener Befehle zu erwirken. Radetzky empfing die Deputation nicht sehr freundlich, was eine gereizte Entgegnung Casatis zur Folge hatte, bis sich Ficquelmont und Spaur beschwichtigend ins Mittel legten. Radetzky wurde ruhiger und sagte dem Podestà, daß er bereits Befehl gegeben habe, die Truppen in die Kasernen zurückzuziehen, wobei er jedoch, wie er beifügte, voraussetze, daß die Stadtbehörde das Ihrige tun werde, um neuerliche von der Bevölkerung ausgehende Herausforderungen hintanzuhalten.

Am vierten Tage erschien Erzbischof Romilli an der Spitze einer angesehenen Deputation — Pompeo Litta, Vitaliano Borromeo, Duca Visconti u. a. — vor dem Erzherzog-Vizekönig, um dessen Schutz gegen die Maßregeln der Polizei anzurufen. Der achtzigjährige Erzpriester Gaetano Opizzoni sprach dabei die kühnen Worte: „Bürger in solcher Weise in den Straßen töten heißt nicht strafen, sondern morden, und ich muß als Priester und als Seelsorger gegen solche Ungeheuerlichkeiten laut meine Stimme erheben."[1] Casati, an der Spitze der Mailänder Munizipalität, richtete eine heftige Beschwerdeschrift an den Grafen Spaur, und selbst der Provinzialdelegat Bellati erlaubte sich Vorstellungen bei seiner Oberbehörde, da es nach solchen Vorgängen dahin kommen müsse, daß die Anhänglichkeit an die österreichische Regierung mit dem Stempel der Infamie werde gebrandmarkt werden. Am Tage darauf richtete Rainer eine begütigende Ansprache an die diletti Milanesi, die ihre Wirkung nicht verfehlte[2]. Tat-

zu schicken, hinter ihnen Polizeimänner in Uniform, die jeden Ruhestörer zu packen und abzuführen hätten; die vizekönigliche Weisung scheint demnach durch die von militärischer Seite getroffenen Maßregeln überholt worden zu sein. Über die argen Übertreibungen österreich-feindlicher Schriftsteller s. Helfert, Casati und Pillersdorff 395—401.

[1] Anerkennungsschreiben der Bologneser an ihren Kardinal-Erzbischof Carlo Opizzoni für die Unerschrockenheit seines Bruders in Mailand bei Ign. Cantù, Gli ultimi cinque giorni degli Austriaci in Milano, Milano 1848, 77—79.

[2] In militärischen Kreisen war man über diesen Schritt des Vizekönigs nicht sehr erbaut. Ritter v. Heß richtete an den Generalstabs-Oberstleutnant Grafen Wratislaw

sächlich blieb es in den folgenden Tagen in Mailand äußerlich ruhig und fanden keine weiteren Ausfälle und Auftritte statt. Nur eine andauernde Spannung blieb in den Gemütern zurück, die sich in nächtlichen Maueranschlägen, im Singen aufreizender Lieder und andern Neckereien der Behörden, in Vorhersagung neuer Losbrüche rc. Luft zu machen suchte[1].

Das in der Hauptstadt gegebene Beispiel wirkte ansteckend auf die Provinzen. Bald hier bald dort war von Behelligung der Zigarrenraucher, von regierungsfeindlichen Demonstrationen, von Widersetzlichkeit gegen die Organe der Regierung zu vernehmen. Am 8. Februar bewegte sich in Pavia der Leichenzug eines Kaufmannes Chiesa durch die zur Porta Cremona führende Straße mit zahlreicher Begleitung von Studenten, die durch ihre Kalabreser Hüte kenntlich waren. Ein Offizier von der Gyulai-Infanterie kam dem Zuge rauchend entgegen, blieb stehen, lüftete die Mütze und nahm die Zigarre aus dem Munde, die er, nachdem der Zug vorüber war, weiter rauchte. Nun erfolgte tobendes Geschrei der Studenten: Abbasso il sigaro! Porco d'un tedesco che fuma! Von allen Seiten bedrängt, zieht der Bedrohte den Säbel und haut sich durch. Aus dem nahen Offizierkaffeehaus eilen Kameraden herbei, die sogleich Angriffe erfahren. Als eine von einem Militärbegräbnisse zurückkehrende Abteilung den Offizieren zu Hilfe kommt, entsteht eine allgemeine Balgerei; aus den Fenstern einiger Häuser werden Möbelstücke, Küchengeräte geschleudert, siedendes Wasser auf die Soldaten herabgegossen, die dadurch aufs äußerste gereizt, mit einer wahren Wut die Menge auseinandertreiben. In später Abendstunde wurde Hauptmann Karl Ferentzy de Haraszkerek auf der Gasse durch einen Pistolenschuß verwundet. Am 9. Februar erneuern sich die Unruhen, die mit Insulten gegen Raucher beginnen. Eine starke Abteilung Gendarmerie, von Dragonern unterstützt und von einem Polizeibeamten in Uniform geführt, wird mit Steinwürfen empfangen. Darauf erfolgt gewaltsames Einschreiten der bewaffneten Macht. Es war Befehl gegeben, nur mit flacher Klinge einzuhauen, gleichwohl kam es zu Verwundungen. Sie waren meist leichter Art; doch wurde in italienischen Zeitungen und Flugblättern von schweren Fällen, ja von acht

ein Schreiben, das voll der schärfsten Ausdrücke über die „geistige Nichtigkeit" der „dummen verräterischen Proklamation" der Mailänder „Altenweiberregierung" war: Arch. trienn. I 511 f. Nach Ottolini (Rivoluzione lombarda 44 f) habe Bellati zu Spaur gesagt: Dovete credere a me che per servirvi mi sono acquistata l'esecrazione de' miei concittadini e un'infamia eterna.

[1] Über diese ganzen Vorgänge s. Helfert, Casati und Pillersdorff 380—392 und Belegstücke XI—XIII XVI 477—483 486—500. Im Arch. trienn. I 312—321 331—337 werden die Vorgänge vom 2. und 3. Januar so dargestellt, als seien sie vom Militär von langer Hand vorbereitet und provoziert worden. S. auch Frankls Sonntagsblätter 1848, 454: „Am 4. Januar war Schluß des Lottospieles für die Ziehung am 5.; die Lottokollekturen standen aus Furcht vor Angriffen und Insulten fast leer; im ganzen waren dadurch um 8000 fl weniger eingesetzt als sonst."

Tötungen gesprochen, was begreiflicherweise einen Schrei der Entrüstung durch die ganze Halbinsel hervorrief. Der Vizekönig verfügte Einstellung der öffentlichen Vorlesungen an der Universität, infolgedessen die meisten Studenten die Stadt verließen.

Ein tiefer Haß schied fortan die einheimische Bevölkerung von allem, was kaiserlich und was „deutsch“ war. Österreicher, die seit Jahren bei italienischen Familien Zutritt und Aufnahme gefunden hatten, erhielten, wenn sie sich nicht aus eigener Einsicht zurückzogen, auf brieflichem Wege die höfliche aber dringende Aufforderung, dem häuslichen Kreise fernzubleiben. Als die russische Gräfin Samoylow, vordem mit der italienischen Gesellschaft in enger Fühlung, gegen Mitte Januar den aus Mailand scheidenden Fürsten und Fürstin Clary ein Diner gab, zog sich der einheimische Adel von ihr zurück, so daß sie Mailand den Rücken kehrte und nach Paris ging. Der Abscheu vor allem „Deutschen“ erreichte eine solche Höhe, daß selbst das Wort verpönt wurde und das Café „Tedeschi“ sein Schild herabnehmen und eine andere Aufschrift wählen mußte. Von den vielen in Mailand lebenden Deutschen konnte keiner mehr mit einem Italiener einen Handel schließen. „Seit zehn Tagen“, klagte ein solcher am 16. Januar, „habe ich keinen Kreuzer von einem Italiener eingenommen und muß mein Gewölbe, das ich am 27. Dezember v. J. mit so großen Hoffnungen eröffnete, heute wieder schließen. So geht es allen andern Deutschen hier.“ In der Scala traten die Tadolini und Fanny Elßler auf. Die Koloraturen der Sängerin entzückten und rissen zu frenetischem Beifall hin; aber die Abende der sonst so hoch gefeierten Tänzerin hatten schwachen Besuch; ihre Verehrer wollten mit Applaus hervorbrechen, allein sie wagten es nicht, weil sie das Zischen fürchteten, das dann unfehlbar folgen würde.

Was Österreich auf dieser Seite verlor, das kam auf der andern dem gefeierten Papste zu gute, den Verse, Hymnen, Anrufungen aller Art feierten, mitunter mit einer Überschwenglichkeit, die an Wahnwitz ihresgleichen suchte. Pius IX. erhob man in den Himmel, Österreich, die „Deutschen“ verwünschte man in die Hölle. Titulaturen wie il porco tedesco, Maueraufschriften: „Tod den Deutschen“ — morte ai Tedeschi, waren an der Tagesordnung. Eines schönen Morgens war im Angesicht der Kaserne S. Angelo und der vor derselben postierten Schildwache mit großen Buchstaben zu lesen: Morte ai vili ladroni tedeschi. Diese Maueranschläge und Aufschriften brachten die Behörden zur Verzweiflung, da sich kein Täter erwischen ließ. Der Polizeioberkommissär Bolza schrieb an seine untergeordneten Organe: es gereiche dies der Polizei zur Unehre, da es einen Mangel an Energie und Wachsamkeit zu verraten scheine. Ebensowenig vermochte die Polizei etwas gegen die Einschleppung aufrührerischer Proklamationen, die in der verschiedensten Weise stattfand: unter dem Hemd auf bloßem Leibe, in der

nicht angezündeten Pfeife eines Spaziergängers[1], oder gegen den kleinen Krieg, der gegen alles geführt wurde, was die Firma der Regierung trug. Österreichische Banknoten waren nur mit größter Mühe in bares Geld umzusetzen; auf den Dampfern des Garda- und Comersees wurden sie oft zurückgewiesen.

Eine revolutionäre Bewegung muß ihre Bundeszeichen, ihre Trachten haben. Bei den Studenten von Pavia kamen große Hüte von schwarzer, weißer, grüner Farbe mit wallenden Federn in Aufnahme, Hüte all'italiana, à la Corse mit schwarzen Straußenfedern, breitkrämpige Ernanihüte, Hüte alla trasteverina, siciliana; besonders die Kalabreserhüte, alla foggia dei Calabresi, mit denen sich die Pavesen auch in der Hauptstadt zeigten, erfreuten sich großer Beliebtheit[2]. Als Torresani, nachdem er zuvor in Wien angefragt, ein Verbot erließ, wurde das Losungswort ausgegeben, gewöhnliche Hüte zu nehmen, aber die Schnalle des Hutbandes mußte weiß sein und nach vorn getragen werden, oder man bürstete die Haare an der linken Seite des Hutes schief hinauf, daß es wie eine am Hute getragene Feder aussah. So war, wenn gegen eine Mode ein Polizeiverbot erschien, schnell eine andere erfunden, die den Behörden neuerdings zu schaffen machte[3].

* * *

Im Venetianischen sah es nicht besser aus als in der Lombardei. Im Verfolg des von Manin und Tommaseo gegebenen Anstoßes war an der Universität von Padua eine Petition um Preßfreiheit in Umlauf, die nur wenige vom Lehrkörper zu unterschreiben sich weigerten. Als einer derselben, der Geschichtsprofessor Abbate Menin, am 3. Januar im Universitätsgebäude erschien, wurde er von einem wohl 600 Köpfe zählenden Haufen, nicht bloß Studenten, mit Pfeifen und Zischen empfangen, so daß er für gut fand, sich zurückzuziehen. Ähnliches widerfuhr am 4. Januar dem unbeliebten Direktor der medizinischen Studien Dr Spongia, den die Studenten mit Mißtönen aller Art bis zur Tür seiner Kanzlei verfolgten, sowie dem Rector Magnificus Dr Gius. Torresini, wogegen Professor Zambelli von der juridischen Fakultät mit lauten Beifallsbezeigungen empfangen wurde. Menin sandte, ein Unwohlsein vorschützend, seinen Assistenten in den Hörsaal; allein den ließen, als er die Vorlesung beginnen wollte, die Studenten nicht zu Worte kommen, so daß er abtreten mußte. Maueraufschriften wie: „Menin der Scharlatan", „Der infame Spongia",

---

[1] Ottolini, Rivoluzione lombarda 62 69.

[2] Schwarze Hüte von eigener Form mit schwarzer Feder waren eigentlich in Bergamo zu Hause, alla bergamasca; aber als Demonstration für das nun konstitutionelle Neapel hießen sie jetzt alla calabrese.

[3] Em. Dandolo, Volontari e bersaglieri lombardi, Milano 1860, 4 f.

„Wer dem Spongia den Garaus macht, erhält den Rang eines Hauptmanns in der Bürgerwehr", versetzten das Publikum in eine gereizte Stimmung. Eine Deputation des besseren Teiles der Studenten erschien bei Menin und ersuchte ihn, seine Vorlesungen wieder aufzunehmen, sie wollten ihm für die erfahrene Unbill Genugtuung verschaffen; er sagte ihnen gerührten Dank und versprach, das Seinige zu tun. Am 5. Januar erschien eine warnende Kundmachung des Delegaten, der im Falle der Wiederholung solcher Auftritte mit Schließung der Universität drohte. Es fielen vorderhand keine so argen Ausschreitungen mehr vor; allein die Studenten machten ihrem Unmut in anderer Weise Luft, indem sie am Universitätsgebäude vorbeischreitende Offiziere, rauchende und nichtrauchende, verhöhnten. So geschah es dem Artilleriehauptmann Johann Mühlstein, so dem Oberleutnant vom Fuhrwesen Franz Bohunowsky. Als in diesen Tagen die Mailänder Vorgänge in Padua bekannt wurden, legten die Studenten Trauerflor an ihre Hüte, es galt den Opfern des Mailänder Zigarrenrummels.

Von seiten der Behörden geschah nichts, diesem Treiben Einhalt zu tun; sie ließen sich, mit Ausnahme der Polizei, von der täglich zunehmenden Bewegung gefangen nehmen, sie waren furchtsam und feig. Professor Menin begegnete auf der Straße dem Obersten Baron Friedrich Bianchi, dem er sagte: „Ich habe meine Pflicht getan, werdet Ihr mich schützen?" Der österreichische Soldat hätte es mit Freuden getan, doch er konnte in solchen Angelegenheiten nicht für sich handeln. Der treue Staatsdiener blieb unbeschützt, er wagte sich nicht mehr auf die Gasse; eine Frau, die der Familie Menin einen Besuch abstatten wollte, wurde von zwei Studenten bei den Schultern gepackt: „Wir wollen seinen Tod!" Am 16. Januar wurde der Advokat Calvi polizeilich untersucht, es fanden sich bei ihm verdächtige Schriften, was seine Arretierung zur Folge hatte; er kam vor Gericht, wurde aber von diesem am folgenden Tage freigelassen. Der Polizeidirektor und seine Kommissäre zeigten sich hierüber ungehalten: auf solche Weise, klagten sie, werde ihre Wirksamkeit gehemmt und könne die Revolution ungehindert ihren Lauf fortsetzen; die Männer des Umsturzes würden durch solches Vorgehen immer kühner, die besseren Leute immer mehr eingeschüchtert.

In Venedig selbst waren Geldsammlungen für die Familien der verwundeten Mailänder im Zuge. Der Advokat Baron Giov. Franc. Avesani war ein Hauptförderer dieses Unternehmens, die Frau des Munizipalassessors Nobile Giustiniani, geborene Michiel, und die Marchesa Bentivoglio Aragona, geborene da Mula, machten die Runde bei den ersten Familien der Stadt, um Beiträge einzuheben; nur wenige, wie die Gräfin Morosini Gatterburg und die Fürstin Giovanelli, wagten es, ihre Teilnahme zu verweigern. Als am 12. Januar abends die Damen Giustiniani und Bentivoglio in der Fenice

erschienen, wurden sie vom einheimischen Publikum mit frenetischen Beifallsbezeigungen begrüßt.

Die Venediger Polizei kam einem Aufrufe der Fratelli lombardi an die Fratelli veneti auf die Spur, welcher Personen, die man der Regierung abgeneigt wußte oder abwendig machen wollte, auf geheimem Wege zugestellt wurde. Auch anonyme Schreiben erhielten dieselben, die sie zum Hasse gegen Österreich und zur Verherrlichung des glorreichen Papstes aufforderten[1]. Zugleich gab man sich Mühe, den zwischen den Bewohnern zweier entlegenen Stadtteile, S. Nicolò und Castello, seit unvordenklichen Zeiten genährten Haß zum Schweigen zu bringen:

Nicolotti e Castellani, siamo tutti Veneziani!
Castellani e Nicolotti, siamo tutti patriotti!

Von der österreichischen Regierung, und wären ihre Maßregeln von der besten Absicht geleitet, wollte man nichts wissen. Zur Prüfung der gegen Ende vorigen Jahres von der Venediger Zentralkongregation ausgesprochenen Wünsche hatte der Gouverneur Graf Pálffy eine Kommission von fünf Mitgliedern, darunter Conte Nani, Doglioni, niedergesetzt, die aber nichts ausrichteten; denn „die Furcht", wie der Gouverneur an den Grafen Sedlnitzky berichtete[2], „die man den Deputierten einjagt (à la tête der Advokat Manin), ist wirklich unglaublich; sie trauen sich nicht mehr auszugehen und durchaus nicht mehr ihre inneren Gesinnungen frei auszusprechen".

Ja dieser Manin! Seine Haltung wurde immer kühner, seine Worte immer herausfordernder. In einem vom 9. Januar datierten Schreiben an den Grafen Pálffy hieß es: „Es ist nötig, daß die Regierung viel zugestehe, daß sie schnell zugestehe, daß sie unverzüglich ihren Willen erkläre, Zugeständnisse zu machen", und am Tage darauf übersandte er der Zentralkongregation einen Aufsatz, welcher die an die Regierung zu stellenden Forderungen enthielt: Wahrung der italienischen Nationalität und abgesondertes lombardo-venetianisches Königreich mit einem von den Wiener Behörden unabhängigen Vizekönig[3]. Kein Wunder, wenn der leidenschaftliche Agitator alles mit sich fortriß; der eigene Sohn des loyalen Podestà Grafen

---

[1] Dem Polizeiakte Fasz. 236, Nr 1668, liegt die Abschrift eines an den reichen Seidenhändler Giuseppe Biasi in Verona gerichteten und ihm mit der Post zugekommenen Schreibens bei: „Freund, eine beschämende Sklaverei hält uns seit vielen Jahren im Staube, aber nunmehr zerbricht Pius IX. die schmählichen österreichischen Fesseln. Gehen wir mit äußerster Klugheit ans Werk, und wir werden alles erreichen. Giuseppe sei Italiener" usw. Das Schreiben schloß mit den Worten: Viva l'unione italiana e Pio IX! Solche Schreiben, heißt es in dem Polizeibericht, haben auch andere angesehene Bürger erhalten.

[2] Polizeiarchiv 1848, 9. Januar, Fasz. 236, Nr 234.

[3] Eine Abschrift Polizeiarchiv 1848, Fasz. 236, Beil. zu Nr 574.

Correr hielt es mit den Mißvergnügten, so daß der Vater für gut fand, ihn aus Venedig zu entfernen.

In den Städten der Terraferma stand es um kein Haar besser. In Vicenza fand man an einem Morgen am Gymnasialgebäude den Text einer nach einer bekannten Arie zu singenden revolutionären Hymne angeklebt[1]. Die Verfemung der Zigarren griff immer weiter um sich. Maueranschläge in Verona verkündeten: Abbasso la fuma; einzelne Raucher wurden auf der Straße von unbekannten Individuen mit der Aufforderung angetreten, die Zigarre abzulegen. Die Gesellschaft der Anfioni und Filocorei daselbst, zu welcher viele der angesehensten Familien der Stadt gehörten, beschloß, die bereits angekündigten Ballfeste abzubestellen, eine Maßregel, die unverkennbar auf Ausschließung des Militärs von jedem gesellschaftlichen Verkehr abzielte. Zwischen der Mannschaft und dem Volk gab es oft blutige Schlägereien, wie am 10. Januar in Treviso, was zahlreiche Verhaftungen zur Folge hatte. Um dieselbe Zeit kam es in Belluno beim Durchmarsch von zwei Kompanien des Linien-Inf.-Reg. Piret zu einem Militärexzeß, bei dem mehrere Zivilisten verwundet wurden. Hier wie bei manchen andern Anlässen scheint wohl von den seit langem gereizten Soldaten der Anstoß ausgegangen zu sein; namentlich über die „Kroaten" gab es fortwährend Klagen der Bevölkerung. „Das Grenzmilitär", hieß es in einem Venediger Polizeirapport, „hat in Bezug auf Disziplin keinen guten Ruf; man beschuldigt es, daß einige Soldaten Proben ihres Hanges zur Verletzung fremden Eigentums abgelegt haben."

* * *

Das ausgelassene und herausfordernde Treiben wurde zuletzt selbst den langmütigen Herren in Wien zu stark. Bedürfe das Mailänder Gubernium, schrieb Metternich vertraulich an Ficquelmont, erst von Wien aus der Ermächtigung, um gegen derlei Ausschreitungen vorzugehen? Man müsse endlich einmal Ernst machen und „sie beim Schopfe fassen, diese Nichtstuer, diese Lions, diese entartete Brut einer herabgekommenen Aristokratie, und nach ihr und mit ihr diese Advokaten ohne Klientel und diese Liberalen ohne Kenntnisse"[2]. In Mailand war man der gleichen Ansicht, und der Vizekönig sandte den Fürsten Fritz Schwarzenberg, der seit dem unglücklichen Ausgang des schweizerischen Sonderbundkrieges in der lombardischen Hauptstadt weilte, nach Wien, um die Machthaber zu warnen und zu ernsten Maßregeln aufzufordern.

Am 4. Januar hatte Nicolò Tommaseo im Ateneo zu Venedig eine Rede gehalten, in der er vier Punkte bezeichnete, deren Berücksichtigung man

---

[1] Inno italiano da cantarsi con la musica del coro „Si ridesti il Leon di Castiglia".

[2] Metternich, Nachlaß VII, 8. Januar, S. 573 f, und 23. Januar, S. 578.

von der Regierung erbitten solle: Wahrung der italienischen Nationalität; abgesondertes lombardisch-venetianisches Königreich; wahrhaft nationale Vertretung; Entfesselung der Presse. Diese Rede samt einem Majestätsgesuch gleicher Richtung hatte er mit einem besondern Schreiben nach Wien an den Hofkammerpräsidenten Baron Kübeck gesandt als den mit den Verhältnissen und Angelegenheiten des italienischen Doppel-Königreiches von allem Anfang vertrautesten österreichischen Staatsmann[1].

Die Folge war eine andere, als Tommaseo und seine Gesinnungsgenossen sie gewünscht und gehofft hatten. Am 9. Januar erging ein kaiserliches Manifest, worin der Monarch es als seine Pflicht erklärte, „die lombardisch-venetianischen Provinzen gegen alle Angriffe, sie mögen von wo immer herkommen, mit allen Uns von der Vorsehung in die Hände gelegten Mitteln zu schirmen und kräftig zu verteidigen". Er zähle dabei „auf den rechtlichen Sinn und die Treue der großen Mehrheit Unserer geliebten Untertanen im lombardisch-venetianischen Königreiche" sowie „auf die Tapferkeit und treue Anhänglichkeit Unserer Truppen, deren höchster Ruhm es stets war und bleiben wird, sich als die kräftigste Stütze Unseres Thrones, somit aber auch als die Schutzmauer vor den Drangsalen zu bewähren, welche Aufruhr und Anarchie über die Personen und das Eigentum der ruhigen Bürger bringen müßten". Die Gazzetta di Milano brachte das Manifest in ihrer Nummer vom 17. Januar, und gleich darauf erschien ein Tagesbefehl Radetzkys, worin er seinen Soldaten den Inhalt des kaiserlichen Wortes nahelegte, sie zu treuer Pflichterfüllung aufforderte und dann sagte: „Noch ruht der Degen fest in meiner Hand, den ich durch fünfundsechzig Jahre mit Ehren auf so manchem Schlachtfelde geführt; ich werde ihn gebrauchen, um die Ruhe eines jüngst noch so glücklichen Landes zu schützen, das nun eine wahnsinnige Partei in unabsehbares Elend zu stürzen droht."[2]

Den Anfang der Strenge machte die Venediger Regierung, die es längst auf Manin und Tommaseo abgesehen hatte. Der Vizekönig riet, Manin nach Grätz zu schaffen und dort zu konfinieren, Tommaseo aus Venedig in seine Vaterstadt Sebenico zu verweisen. Der Appellationspräsident Geheimrat Dr Vinzenz Schrott war der gleichen Meinung; er warnte vor einem Kriminalprozeß, da der Präsident des Kriminaljustiz-Tribunals Paul Abram kein Hehl daraus mache, „daß er sich auf die Mehrzahl seiner Räte bei einer solchen Untersuchung nicht verlassen könne; es scheine ihm daher geratener, im Polizeiwege gegen Manin vorzugehen"[3]. Doch diese Ratschläge verfingen nicht. Am 18. Januar wurden Manin und

---

[1] (Helfert) Aus Böhmen nach Italien 158—165.

[2] Voller Wortlaut des kaiserlichen Manifestes und des Tagesbefehles s. Aus Böhmen nach Italien 170 f.

[3] Polizeiarchiv 1848, Fasz. 236, Nr 1763.

Tommaseo verhaftet, einem summarischen Verhör unterzogen und sodann wegen des Verbrechens der Störung der inneren Ruhe des Staates dem Kriminalgericht übergeben.

Am 19. erließ Erzherzog Rainer ein Verbot der Einfuhr und Durchfuhr von Waffen und Kriegsbedarf im ganzen Umfange des lombardisch-venetianischen Königreiches. Für Mailand selbst kam die Maßregel zu spät: die Waffenhandlungen der Stadt waren nahezu ausverkauft; vom Marchese Carlo d'Adda in der Contrada del Gesù verlautete, daß er in seiner Wohnung bei tausend Flinten und Bajonette verborgen halte. Die regierungsfeindliche Partei arbeitete mit allen Kräften, wobei begnadigte zurückgekehrte Landesflüchtige, Marchese Gasparre Rosales d'Orbogno, Cte Pietro Ponzani aus Verona, Ceroni, Lucini d. J.[1], durchaus Anhänger des jungen Italien, Hauptrollen spielten. Bei einem Frühstück im Hause des Grafen Achille Battaglia, welchem Giov. Cantoni, Arese, Bellerio u. a. beiwohnten, wurden die französischen Zustände, die Lage der einzelnen Großmächte eingehend besprochen. Der Name des Marchese Rosales wurde mit der Veranstaltung eines großen Gartenfestes in Verbindung gebracht, bei welchem man über die k. k. Offiziere herfallen wollte; jeder der Verschworenen hätte einen auf sich zu nehmen[2]. So unsinnig ein solches Gerede war, das, nebenbei bemerkt, an ein ähnliches 1846 vor dem Losbruch des galizischen Aufstandes erinnerte, so stand es doch mit andern Wahrzeichen im Zusammenhang, die auf geheime Beziehungen dieser Herren mit den Mazzinisten in der Schweiz sowie im Piemontesischen hindeuteten. Da wurden in der Nacht zum 21. Januar Battaglia, Rosales und der Conte Cesare Stampa-Soncino in ihren Wohnungen aufgehoben und unter militärischer Bedeckung abgeführt, um in Laibach festgehalten zu werden. Das gleiche Schicksal war dem Cesare Cantù und dem Dr med. Gasparre Belcredi zugedacht. Belcredi scheint Wind bekommen zu haben, da das Geheimnis von hoher militärischer Seite, wie es hieß, nicht streng genug bewahrt worden war. Die Verhaftung Cantùs hatte der Ufficiale perlustratore Galimberti übernommen, er galt für klug und vorsichtig, im exekutiven Dienst tüchtig und verläßlich. Cantù war eben im Nachhausegehen begriffen, als er die Polizei das Haus sich öffnen lassen sah, worauf er sogleich Kehrt machte und sein Heil in der Flucht suchte. Der Generalpolizeidirektor gab Befehl, den beiden nachzuspüren, doch war es vergeblich. Belcredi entkam nach Voghera, wo er mit piemontesischen Gesinnungsgenossen zusammentraf; Cantù gelangte nicht ohne manche Mühseligkeit und Gefahr über den Ticino, von wo er nach

[1] Wie es scheint, ein Sohn des Ignazio Cte Lucini, Sekretärs beim Mailänder k. k. Kameralsenat.

[2] Del governo austriaco in Lombardia, Capolago 1850, 153—156, geheime Anzeige eines gewissen Martino.

Turin reiste und dort bei seinem politischen Freunde Pomba Aufnahme fand[1]. Obwohl Torresani wahrhaftig nichts dafür konnte, daß ihm Belcredi und Cantù entwischt waren, wurde er doch von Wien aus mit einem gelinden Näschen bedacht. Besonders, daß ihm „der wohl am meisten gefährliche Cantù" entschlüpft war, grämte den Grafen Sedlnitzky; er trug dem Cantù dessen Haltung auf dem vorjährigen Gelehrtenkongresse in Venedig nach und hielt ihn für einen geheimen Sektierer, nach Versicherung von Cantùs Freunden ohne allen Grund, da er ein abgesagter Feind aller Geheimbündelei sei. Die in Laibach Internierten erfuhren keine harte Behandlung; sie bewegten sich in der Stadt vollkommen frei und konnten sich Geld und Kleider schicken lassen, nur durften sie ohne polizeiliche Erlaubnis die Stadt nicht verlassen.

Bei diesen Verfügungen blieb es nicht. Fürst Pio Falcò, Grand von Spanien, erhielt behördlichen Befehl, samt seiner Gemahlin Mailand zu verlassen. Auf Cesare Giulini, Alessandro Porro, Filippo Villani wurde gefahndet; Marchese Carlo d'Adda suchte das Weite. Der Klub der Artisten und die Società dell'Incoraggiamento wurden geschlossen, ihre Räumlichkeiten polizeilich gesperrt, was ohne Ruhestörung erfolgte. Im Institut der Wissenschaften hatte der Mathematiker Gabrio Piola die Abfassung einer Denkschrift über den Zustand des öffentlichen Unterrichtes und der Presse beantragt, und es war für diesen Zweck von Gesinnungsgenossen eine Kommission niedergesetzt worden, in welcher Carlo Cattaneo die Berichterstattung übernehmen sollte. Nach einem Befehl aus Wien sollte Piola verhaftet und nach Laibach geschickt werden; doch Erzherzog Rainer hielt die Ausführung nicht an der Zeit[2]. Cattaneo aber wurde fortan unter polizeiliche Aufsicht genommen.

Daß diese Schritte in den betreffenden Mailänder Kreisen, wo die Vorgänge vom 2. und 3. Januar noch nicht verwunden waren, neue Erbitterung hervorriefen, war begreiflich. Am 23. überreichte die Munizipalkongregation ein Majestätsgesuch: die an der Indisziplin ihrer Subalternen schuldtragenden Persönlichkeiten mögen zur Verantwortung gezogen und den Landesbehörden genaue Weisungen erteilt werden, auf daß ähnliche Ausschreitungen wie an den beiden Bluttagen nicht wieder vorkämen; zugleich wolle der Monarch Worte der Versöhnung und des Vertrauens an seine lombardisch-venetianischen Untertanen richten[3]. Der Geist des Widerspruchs

---

[1] Polizeiliches Interzept eines Schreibens Cesares an seine Schwester Peppina; Polizeiarchiv Fasz. 236 zu Nr 1422. Cantù veröffentlichte am 7. Februar in Turin eine semplice informazione, die er in Tausenden von Exemplaren verteilen ließ: C. Casati, Rivelazioni II, Milano 1885, 50 f.

[2] Carlo Cattaneo, L'Insurrection de Milan, Paris 1848, 34: Der Erzherzog habe auf die Wiener Depesche geschrieben: „Noch nicht".

[3] C. Casati a. a. O. II 45 f.

fand jetzt sogar in Kreisen Eingang, wo er am wenigsten am Platze war. Als in diesen Tagen im Mailänder Kriminaltribunal die Angelegenheit der am 2. und 3. Januar verhafteten Ruhestörer zur Verhandlung kam, sprach sich der Kriminalrat Alois Caporali über die behördlichen Maßregeln in einer so ungemessenen Weise aus, daß Erzherzog Rainer den Veroneser Senatspräsidenten Degli Orefici beauftragte, den Caporali unter eine genaue Überwachung zu stellen. Der Vorstand des Mailänder Kriminaltribunals fügte sich dem Befehle, meinte jedoch, es sei im übrigen gegen Caporali dienstlich nichts einzuwenden; er zeige sich nur „von dem erfüllt, was man heute italienisches Nationalgefühl nennt", und was er selbst bei amtlichen Erörterungen bloßzulegen liebe[1].

Die Polizei bekam jetzt in allen größeren Städten dies- und jenseits des Mincio zu tun. Graf Spaur klagte über die zunehmende Aufregung und die allerorts auftauchenden Maueraufschriften in der Provinz Mantua. In Brescia wurden fünf Personen, darunter drei Quadri, verhaftet, bei Giacinto Mompiani wegen verdächtigen Briefwechsels mit Manin Haussuchung gehalten[2]. An die Grenzbehörden ergingen Aufträge, geborenen Lombarden, die sich im Auslande, wie Marchese Gius. Arconati in Florenz, die Fürstin Belgioioso Trivulzio in Rom, durch Wühlereien und Verhetzungen bemerkbar machten, den Wiedereintritt auf das k. k. Gebiet nicht zu gestatten. Bei der Mailänder Polizeidirektion liefen Anzeigen von geheimen Waffeneinkäufen im Römischen, im Toskanischen, in der Schweiz ein. Aus Ferrara schrieb der Festungskommandant Graf Heinrich Khuen de Belassi an Feldmarschall-Leutnant Konstantin Frh. d'Aspre in Padua: es seien 1200, nach andern Angaben 2000 Gewehre zur Einschmuggelung in das lombardisch-venetianische Königreich bestimmt, da dort Waffen gesucht und sehr gut bezahlt werden[3]. In Venedig lief das Gerücht um, im Golf kreuzten, von Mazzini bestellt und abgeschickt, englische Schiffe mit bedeutenden für die venetianischen Provinzen bestimmten Waffenladungen.

In Padua nahm die Keckheit der Studenten in einer Weise zu, die jeder Autorität der Behörden spottete; sie wollten nur von ihrem Rektor gerichtet sein. Am 21. Januar umringten nach der Acht-Uhr-Messe in der St-Antoniuskirche mehrere hundert Studenten den Geistlichen und verlangten von ihm ein De profundis für ihre angeblich in Pavia gefallenen Kameraden. Vergebens wehrte sich der Priester, er habe dazu nicht die Erlaubnis, könne es auch nicht in seinem gewöhnlichen Ornate tun; er wurde gezwungen, den Gesang anzustimmen, den die Studenten im Chor mitsangen. Am selben

[1] Del governo 176 f.

[2] Über die vormärzlichen Zustände von Brescia s. F. B. M. (Franz Baron Marenzi), Der Aufstand in Bergamo und Brescia, Wien 1850, 43—45.

[3] Das von der Polizei interzipierte und in Abschrift genommene Schreiben datierte vom 27. Januar: Polizeiarchiv 1848, Fasz. 236, zu Nr 1855.

Vormittage wurde eine am Universitätsgebäude vorbeimarschierende Militärpatrouille von den Studenten gehöhnt, ausgepfiffen, mit Geschrei und Geheul verfolgt. Der Gubernialrat Anton Ritter von Piombazzi berief den Polizeihauptmann Michael Hofmann zu sich; er war im Begriff gewesen, Ernst zu machen, hatte sich aber von seiner Umgebung umstimmen lassen: „Wir wollen diese Buben noch einmal warnen, sie väterlich mahnen lassen; am Ende verlangt es der Vizekönig so; wir können nicht, wie wir möchten." Daß solche Warnungen und väterliche Mahnungen nichts fruchten würden, konnte man sich im vorhinein sagen. Die Kundmachungen der Behörden, die kaiserlichen Manifeste wurden herabgerissen, angespieen, mit Füßen getreten. Als einer der Hauptschürer und Anfacher des bösen Geistes unter den Studenten galt der Dichter Prati; eine Haussuchung, welche der Polizeikommissär Karl v. Malanotti am 22. Januar bei ihm vornahm, bekräftigte diesen Verdacht: es fanden sich in Pratis Wohnung dreifarbige Kokarden und Fahnen, ein Aufruf an die Völker Italiens, der Entwurf eines den Untergang des Kaiserstaates ankündigenden Gedichts und andere derartige Dinge[1]. Es wurde beschlossen, ihn in seine südtirolische Heimat abzuschaffen.

Auch die Stadt Venedig suchte man soviel als möglich von unruhigen und verdächtigen Fremden zu säubern. Zwei Brüder Nobili da Mula, die sich nebst ihrer Schwester, verehelichten Bentivoglio, bei den Sammlungen für die Mailänder Verwundeten beteiligt hatten, wurden aufs Land geschickt, Giacomo Nobile Stecchini, der Literat Giorgio Podestà, die Nobildonna Salvi Anselmi in ihre Vaterstadt Vicenza verwiesen.

Die Organe der Polizei waren bald am Ende ihres Lateins. „Die Zahl der polizeilich zu überwachenden Individuen", so klagte Torresani dem Grafen Sedlnitzky, „hat sich, zumal seit den Septemberunruhen v. J. und mehr noch seit den im Anfange d. M. stattgefundenen Auftritten in Mailand, dermaßen vermehrt, daß die mir zu diesem Behufe zu Gebote stehenden Organe nicht mehr ausreichen können, um alle Schritte und Bewegungen der vielen ihrer Aufsicht zugewiesenen Personen beständig im Auge zu behalten. Das ist auch schon aus dem Grunde nicht leicht tunlich, weil die Polizeiaufsicht, um nicht ihren Zweck zu verfehlen, auf eine möglichst unauffällige und von den Überwachten selbst nicht wahrzunehmende Weise zu geschehen hat, daher der mit solcher Aufsicht Betraute dem Surveillanden nicht ununterbrochen auf dem Fuße folgen und zur Seite stehen kann."

---

[1] Von Prati rührten auch die Verse her:

Dio che ti nomini delle vendette,
Perchè non fulmini le tue saette?

2.

Die österreichische Regierung konnte, was in Lombardo-Venetien vorfiel, für bloß örtliche Demonstrationen und Ausschreitungen ansehen, die sie mit starker Hand in die geziemenden Schranken zurückzuweisen vermochte, wenn diese Erscheinungen nicht mit jener tiefgehenden Bewegung in Zusammenhang standen, die seit dem Regierungsantritte des „liberalen" Papstes die apenninische Halbinsel von einem Ende zum andern durchzitterte und in unaufhaltsamem Gange täglich neue Fortschritte verzeichnete.

Im Januar 1848 schrieb der Polizeipräfekt Delessert von Paris an den Minister des Innern: „Ich höre, daß Mazzini hier gewesen ist, um mit seinen Freunden wegen Sammlung von Geldern zur Besoldung von Emissären in Toskana, Piemont, Rom und Neapel zu Rate zu gehen. Diese Männer sind beauftragt, die jetzt in den genannten Staaten herrschende Bewegung zu unterstützen und sich das Vertrauen der Patrioten zu erwerben. Kurz, der Plan Mazzinis ist, die gegenwärtige Aufregung zu Gunsten des jungen Italien auszubeuten, welches jede Art von Monarchie verwirft und dies dadurch zu erreichen hofft, daß es in die Rufe: Es lebe der Großherzog! Es lebe Carlo Alberto! Es lebe Pio Nono! einstimmt."[1] Denn auch den König von Sardinien zog Mazzini, trotz seiner persönlichen Abneigung gegen den carnefice dei migliori miei amici, trotz der Feigheit und Popularitätshascherei, die er dem Könige vorwarf, trotz seiner Überzeugung, daß Karl Albert die italienische Einheit nur für seine dynastischen Zwecke auszubeuten suchen werde, in seine Berechnung, weil er in ihm die einzige Militärmacht Italiens erkannte, die es mit Österreich aufzunehmen vermöchte[2]. Mazzini und seinem jungen Italien kam es sehr zu statten, daß in dieser Zeit Lord Minto die Halbinsel bereiste, der von seiner Regierung den Auftrag hatte, zeitgemäße Reformen bei den Regierungen zu befürworten. Nachdem er im Oktober 1847 in Turin und in Florenz gewesen, war er im November in Rom erschienen, wo er in den ersten Wochen des neuen Jahres noch weilte, um dann weiter nach Neapel zu gehen. Die italienischen Umstürzler erblickten in ihm einen Helfershelfer, an den sie sich mit ihren Wünschen und Plänen wandten.

Der Sturm brach zuerst im Königreiche beider Sizilien aus, obwohl sich gerade hier die Regierung am wenigsten geneigt zeigte, den Forderungen des Zeitgeistes nachzugeben. „Wir fühlten uns so behaglich", sagte der Polizeimeister Delcarretto in seiner brutalen Weise, „und dieser dumme

---

[1] Wrightson, Geschichte des neueren Italien, aus dem Englischen übers. von J. Seybt, 2. Aufl., Leipzig 1859, 124 f.

[2] Mazzini an Filippo de Boni 3. Januar 1848: Arch. trienn. I, n. 33, p. 412 f.

Pfaffe mußte uns alles verderben!" Auch Ferdinand II. schimpfte gelegenheitlich auf den Papst, „der das Wespennest in Aufruhr gebracht", und nebenbei auf den König von Sardinien. „Pio und Carlo Alberto haben mir Prügel zwischen die Beine geworfen, aber ich werde sie ihnen zurückschleudern!" Lieber Oberst in russischen oder in österreichischen Diensten wolle er sein, sagte er großsprecherisch, als sich feiger Nachgiebigkeit schuldig machen![1]

Doch im Lande kam es zu keiner Ruhe; denn Rom und Turin waren es, auf die man im großen Publikum blickte und horchte; dem eigenen König traute man nicht, und Delcarretto war ebenso gefürchtet als gehaßt. Als in Neapel der Abschluß des Turiner Zollvereins bekannt wurde, sammelte sich eine begeisterte Menge vor dem Palast des päpstlichen Nuntius, und Rufe ertönten: Viva l'Italia! Viva Pio nono! Viva l'unione![2] Delcarretto zog jetzt die Zügel schärfer an als je, der mit drakonischer Strenge waltete, jede freiere Äußerung mundtot machte, jeder versuchten Bewegung strafend in den Weg trat. Das sonst so geräuschvoll lärmende Neapel war nicht mehr zu erkennen: Totenstille herrschte in seinen Straßen; Rufe und Gesänge, die in allen andern Städten der Halbinsel ertönten, öffentliche Musikaufführungen waren in Neapel aufs schärfste verboten; alle zehn Schritte standen Polizeisoldaten in Uniform, Vertraute in Zivilkleidern; die königliche Residenz, alle öffentlichen Gebäude hatten zehnfach verstärkte Wachen, denen Kanonen nicht fehlten[3]. Als Ferdinand in dieser Zeit eine Reise nach Sizilien machte, wurde ihm in Palermo ein Aufsatz La protesta del popolo delle Due Sicilie in den Wagen geworfen. Die Schrift, von Professor Settembrini in Neapel mit verstellter Schrift abgefaßt und im größten Geheimnis gedruckt, ging diesseits und jenseits des Faro von Hand zu Hand. Ferdinand las sie und nahm nur an einer Stelle Anstoß, wo von seiner heisern Stimme die Rede war: „Habe ich eine heisere Stimme?" frug er seine Umgebung. In Messina wurden seiner Statue die Ohren verstopft und ein Papier umgehängt: „Ich will nicht hören!"[4]

Die Mißvergnügten setzten ihre Hoffnungen auf den 12. Januar, den Geburtstag des Königs, wo ihnen Ferdinand II. Zugeständnisse ge-

---

[1] Settembrini, Erinnerungen. Deutsch von E. Kirchner, Berlin 1892, 232 248 253 f.

[2] Ebd. I 243 f.

[3] Storia del Risorgimento italiano II, Torino 1848, 227. Das Buch ist mit Umsicht zu benutzen; denn echt italienisch ist Erzählung des Geschehenen das Mindere, was es enthält, so daß aus einem Schwulst und Bombast von politischen Deklamationen der tatsächliche Kern oft schwierig herauszuschälen ist. — Eingehend und sachlich über diese Vorgänge s. Ruth, Geschichte von Italien 1815—1850 II, Heidelberg 1867, 51—55.

[4] Settembrini a. a. O. I 233—236. Über einen Anschlag gegen das Leben Ferdinands ebd. 241.

währen werde, deren sich Toskana, Rom, Sardinien seit den letzten Monaten teilweise erfreuten; besonders zählte man auf eine ausgedehnte Amnestie. Eine von Ruggiero Bonghi entworfene Petition verlangte die Konstitution. Würden sich die an den 12. Januar geknüpften Erwartungen nicht erfüllen, dann sollte, nach dem Losungsworte der Verschwörer, der Losbruch erfolgen.

Am heftigsten gärte es in Sizilien. In Messina wartete man den angesagten Tag nicht ab. Schon am 6. Januar erhob sich das Volk. Rufe „Pio nono", „Palermo", „Sicilia", „Italia" ertönten in den Straßen, am Corso, im Theater; Fahnen mit politischen Emblemen wurden entfaltet. Der Militärkommandant General Nunziante ließ die Truppen ausrücken; es lief nicht ohne Blutverlust ab, doch war für den Augenblick die Ruhe hergestellt. Auf dem Festlande hatte sich um die Jahreswende Franc. Paolo Bozzelli, ein repatriierter Unruhestifter von 1821, an die Spitze eines Zentralkomitees gestellt, das die Erhebung im ganzen Königreich einleiten und fördern sollte. In den Bergen des Cilento entfaltete ein Mensch an der Spitze von einem Dutzend waffenloser Barfüßler die dreifarbige Fahne, das Volk lief ihm zu, brach in begeisterten Jubel aus. Zu etwas Ernsterem kam es aber nicht. Mittlerweile war auch Bozzelli in der Hauptstadt unschlüssig geworden; es sollte gleichzeitig in Neapel und in Palermo der Losbruch erfolgen, aber Neapel blieb ruhig[1].

Nicht so Palermo. In der Nacht vom 11. zum 12. Januar hatten daselbst zahlreiche Verhaftungen stattgefunden. Als der Tag anbrach, war alles voll Erwartung dessen, was da kommen werde; Balkone und Fenster waren von Neugierigen besetzt, während sich die Straßen mit aufgeregten Haufen füllten. La Masa band an ein Rohr drei Fetzen von verschiedener Farbe, die erste Trikolore, welche die Palermitaner zu sehen bekamen. „Nieder mit der Willkür! Es leben die Reformen! Hoch die Verfassung!" Eine der ersten Sorgen der Volksführer war, sich des Telegraphen und des im Hafen ankernden Regierungsdampfers zu bemächtigen, den sie die Runde um die Insel machen und überall die Revolution ankündigen ließen. Sturmläuten von allen Türmen. Es kam zu Zusammenstößen mit den Truppen, die sich bald in ihre Kasernen zurückzogen. Marschall Pietro Vial wollte die Straßen durch Kavallerie säubern lassen; aber nun erhoben sich zahlreiche Barrikaden; aus den Fenstern, von den Dächern schüttete man siedendes Wasser und Öl, warf Ziegel, Blumentöpfe, Möbelstücke auf die Reiter, die zuletzt den ungleichen Kampf aufgeben mußten. Am 13. Januar strömten Leute vom Lande in die in vollem Aufstand begriffene Stadt, brachten Waffen und Lebensmittel in Fülle, so daß Vial für gut fand, sich bis auf weiteres in die Zitadelle von Castellammare einzuschließen. In der

[1] Arch. trienn. I 257: Ferd. Petruccelli, La Rivol. di Napoli 38 43.

Stadt wurde die Verfassung von 1812 ausgerufen und ein Regierungskomitee eingesetzt, mit Ruggiero Settimo, Kriegsminister von 1812 und Mitglied des Revolutionskomitees von 1820, als Diktator an der Spitze.

Trotz der Wachsamkeit der Aufständischen war es dem Statthalter Luigi de Majo Herzog von San Pietro gelungen, das Kriegsschiff „Vesuvio" noch am 12. Januar aus dem Hafen ablaufen zu lassen, das am nächsten Abend die Meldung von den vorgefallenen Ereignissen nach Neapel brachte. Noch in der Nacht vom 13. zum 14. befahl König Ferdinand die Ausrüstung von neun Dampfern mit 5000 Mann an Bord, welche sein jüngster Bruder Luigi Graf v. Aquila und Marschall Desauget gegen Palermo führen sollten, wo sie am 15. eintrafen und sogleich zum Angriff auf das Tor bei quattro venti schritten. Doch die Aufständischen befanden sich mit einigen Kanonen, die sie den Königlichen abgenommen hatten, im Besitz aller wichtigeren Punkte der Stadt und leisteten erbitterten Widerstand. Obwohl der Angriff der Landungstruppen durch ein Bombardement von den Schiffen und aus der Zitadelle unterstützt wurde, war Palermo nicht zu bezwingen; die Truppen kampierten vor den Toren unter freiem Himmel, allen Wechselfällen der Witterung ausgesetzt. Als vollends der britische Konsul gegen den seinen in der Stadt weilenden Landsleuten drohenden Schaden Verwahrung einlegte und das in der Nähe kreuzende britische Geschwader herbeirief, segelte der Graf v. Aquila nach Neapel zurück, um dort über die Lage der Dinge zu berichten. In Neapel herrschten Angst und Schrecken bei den einen, fieberhafte Aufregung bei den andern; Leute liefen am Hafen zusammen, man hörte Rufe „Hoch Sizilien"; zahlreiche Patrouillen durchzogen die Straßen der Stadt, um jede Ansammlung zu verhindern.

In einem am 18. Januar unter seinem Vorsitz abgehaltenen Ministerrat entschloß sich Ferdinand II. zu weitgehenden Zugeständnissen: Amnestie, gesonderte Stellung der Insel unter einem Statthalter aus königlichem Geblüte, Erleichterungen für die Presse, Reformen in der Justiz und Verwaltung. Der Graf v. Aquila erschien abermals vor Palermo, um die königlichen Dekrete, welche diese Gewährungen formulierten, zur Kenntnis der Aufständischen zu bringen, die aber davon nichts wissen wollten. So begann unter fortwährenden Protesten der auswärtigen Konsuln das Bombardement aufs neue. Die Truppen trafen Anstalten zu Angriffen, zögerten aber mit der Ausführung; denn sie litten Mangel an allem[1], während die Städtischen, denen fortwährend Scharen vom Lande mit Lebensmitteln zuströmten und Geldspenden von den reicheren Bürgern zu Hilfe kamen, Überfluß an allem hatten, was nicht wenige Übertritte aus den Reihen der entmutigten König-

[1] Vgl. den Brief eines Offiziers vom Stabe Desaugets an seine Gattin: Risorgimento II 248.

lichen nach sich zog. In der Stadt feuerte La Masa unaufhörlich zum Kampf an. Die Königlichen hatten eine feste Stellung in Monreale, aber die Aufständischen waren im unbestrittenen Besitze von Palermo. Am 25. Januar bestürmte das Volk den festen königlichen Palast; am 26. sollte der Angriff erneuert werden; allein der Palast war leer, Vial und de Majo hatten ihn mit der ganzen Besatzung verlassen; viele Geschütze und große Vorräte wurden Beute der Sieger. Am 27. ordnete Desauget einen von zahlreichen Geschützen unterstützten Angriff gegen die Porta Saracena an; das Unternehmen konnte bei der Zucht- und Mutlosigkeit der Truppen nicht gelingen, und so gab Desauget alle weiteren Unternehmungen auf und fuhr mit seinen Schiffen nach Neapel ab.

* * *

Mittlerweile war die festländische Hauptstadt selbst, trotz aller Sbirren und Vertrauten, Soldaten und Kanonen, vom Revolutionsfieber angesteckt. Um den 20. Januar war in der Wohnung der Brüder Poerio eine Adresse an den König um Gewährung freiheitlicher Gesetze und Einrichtungen aufgesetzt worden. Am 22. gab es einen Tumult in den Straßen, an und für sich ohne besondere Bedeutung, doch von ernstem Eindruck auf die durch die Nachrichten aus Sizilien eingeschüchterte Regierung. Ein königliches Dekret verkündete Amnestie. Allein das genügte der öffentlichen Meinung nicht mehr; sie verlangte populäre Männer an der Spitze der Regierung sowie einen Wechsel im militärischen Oberbefehl. Am 25. befand sich Neapel in fieberhafter Aufregung, es gab fortwährende Reibungen zwischen dem Volk und der bewaffneten Macht. Ferdinand gab den verhaßten Delcarretto preis[1], der unter dem Fluche der Bevölkerung auf ein Dampfschiff gebracht und aus dem Lande geschafft wurde. Der Beichtvater des Königs, der Jesuit Croce, flüchtete in den königlichen Palast, wo ihn aber niemand aufnehmen wollte; man überließ ihn seinem Schicksal. Am 27. band ein junger Mensch zwei Sonnenschirme, einen roten und einen grünen, mit einem weißen Tuche zusammen: die italienische Dreifarbe, und schritt so, von Gleichgesinnten begleitet, mit dem Rufe Viva la costituzione durch die Straßen. Der Aufzug wirkte elektrisch; dreifarbige Kokarden tauchten allenthalben auf, wurden von Frauenhänden aus den Fenstern, von Balkonen geworfen; aus Hunderten und aber Hunderten von Kehlen ertönte das Losungswort: „Die sizilische Verfassung von 1812!" Von den Kastellen kündigten rote Fahnen den Belagerungsstand an, Truppen rückten aus, Geschütze donnerten von den

---

[1] Delcarretto war früher Carbonaro gewesen und stand nun, so hieß es, beim König im Verdacht, mit seinen alten Freunden zu liebäugeln. Keine Stadt Italiens wollte ihn aufnehmen, bis er zuletzt ein Versteck in Marseille fand.

Forts, die Stadt war in ein Feldlager umgewandelt. Es war aber nicht ernstlich gemeint, denn im königlichen Palaste herrschten Furcht und Schrecken. General Statella, der Gouverneur von Neapel, und General Lecco beschwichtigten die Massen mit der Versicherung, der König berate über Zugeständnisse. Alles war Jubel und Freude, die Lazzaroni fraternisierten mit den Bürgern, tauschten mit ihnen Bruderküsse aus. Als aber die erwarteten königlichen Dekrete noch immer nicht erscheinen wollten, wuchs die Aufregung von neuem, und der 28. Januar brach unter bedrohlichen Wahrzeichen an; an den Straßenecken fanden sich Aufschriften: „Heute ein Tag der Beobachtung, morgen ein Tag des Blutes“ — Oggi giorno di osservazione, domani giorno di sangue! Da beauftragte Ferdinand den Fürsten Serracapriola mit der Bildung eines neuen Ministeriums, in welchem der bei den Fortschrittlern sehr beliebte Bozzelli seinen Platz fand; der Volksmann Carlo Poerio wurde Präfekt der Polizei. Am Tage darauf verkündete ein königliches Dekret die Grundzüge der Konstitution; Ferdinand zeigte sich auf dem Balkon; Tränen im Auge und die Hand auf der Brust sprach er mit bewegter Stimme: Sono stato tradito! Ero ingannato! Compatitemi! — „Ich war verraten! Man hat mich hintergangen! Bedauert mich!“ Nun bot die Stadt den Anblick eines Freudenfestes. Musikbanden durchzogen die Straßen und spielten heitere Weisen, überall Rufe: „Es lebe der König!“ „Hoch die Konstitution!“ Ferdinand unternahm einen Ritt durch die Stadt; begeisterte Rufe begleiteten ihn; Leute aus dem Volke drängten sich an ihn heran, um seine Hände, seine Füße zu küssen; er dankte gerührt und sprach Worte der Huld.

Auf die Zustände der Insel äußerten diese Vorgänge keine Wirkung. Die Stadt Messina war im Besitze des Volkes, das ein Regierungskomitee leitete. Die Zitadelle von Messina mit einer Besatzung von 5000 Mann und jene von Syrakus hielten sich; doch Catania und andere Städte wurden von den Königlichen preisgegeben. General Nunziante mußte den auswärtigen Konsuln, vorzüglich dem britischen, den der Kommandant des Linienschiffs „Thetis“ unterstützte, die Zusage machen, gegen Messina nicht feindselig vorzugehen, solange die politische Frage nicht gelöst sei. Gleichwohl ordnete er am 29. Januar einen allgemeinen Angriff an; es erfolgte ein erbitterter Kampf, binnen anderthalb Stunden fielen gegen dreihundert Bomben, Granaten und Brandraketen in die Stadt, deren Gebäude ungeheuern Schaden litten. Als ein Regierungsdampfer aus Neapel die Nachricht von der bewilligten Konstitution brachte, zogen sich die Truppen auf das Marsfeld unter den Schutz des Forts zurück, und es trat Waffenruhe ein, die aber nicht von Dauer war. In den drei ersten Februartagen erfuhr die Stadt unausgesetzte Beschießungen mit hartnäckigen Kämpfen und empfindlichen Verlusten auf beiden Seiten. Indessen litten die Truppen gleich denen von Palermo Mangel an Lebensmitteln, so daß Nunziante den Kampf ein-

stellen mußte und nach Neapel um Proviant und Verstärkungen sandte. Auch in Palermo machten um diese Zeit die Königlichen von der Landseite und von den Schiffen aus vergebliche Anstrengungen, die verlorenen Posten in der Stadt zurückzuerobern; am 6. Februar kam zwischen General Yauch und der provisorischen Regierung ein Übereinkommen wegen gegenseitiger Auslieferung der Gefangenen zu stande.

Fünf Tage später, 11. Februar, fand in der Reichshauptstadt die feierliche Verkündigung der vom Könige bewilligten Verfassung statt. Eine den großen Platz San Francesco de Paola füllende dichtgedrängte Menge hörte vor dem königlichen Schlosse, auf dessen Balkon der König mit der Königin, dem Thronfolger und den königlichen Prinzen erschien, die Verlesung der Artikel des konstitutionellen Statuts an und brach in begeisterten Jubel aus: Viva Ferdinando II! Viva la costituzione! Viva l'Italia! Ferdinand, die Hand auf der Brust, stimmte den sich immer verstärkenden Ausbrüchen stürmischer Begeisterung beifällig zu, stieg dann hinab und durchschritt die Menge, die sich huldigend an ihn herandrängte . . .

War es Ferdinand in seinem Innern Ernst mit dieser Zustimmung, oder bargen sich, wie 1820 bei seinem gleichnamigen Großvater, in der Tiefe seiner Seele, vielleicht ihm selbst unbewußt, Zweifel an der Beständigkeit des von ihm vorschnell gegebenen Wortes? Hatte nicht gleich nach der ersten grundsätzlichen Verheißung einer Konstitution Fürst Felix Schwarzenberg, der österreichische Gesandte, unterstützt von den Gesandten Preußens und Rußlands, auf Grund der 1814 zwischen Neapel und Österreich geschlossenen geheimen Abrede Verwahrung eingelegt? Begann nicht in der höfischen Atmosphäre, vorzüglich unter dem Einfluß der Königin Therese, der Freiheitssinn der in das neue Ministerium berufenen Männer, namentlich Bozzellis, allmählich schwächer und nachgiebiger zu werden? Der erste im Rate des Königs und sein engster Vertraute, obwohl ohne Portefeuille, war General Filangieri, und bei diesem war keine günstige Stimmung für die in so ausgedehntem Maße zugestandene politische Reform vorauszusetzen[1]. Und was wichtiger war als alles andere, konnte nicht bei dem wandelbaren Sinn der leicht bewegten Masse, nachdem der erste Rausch über die geänderte Ordnung der Dinge verflogen, die ungemessene Erwartung all der Wohltaten und Vorteile, die sie bringen würde, herabgestimmt war, während die geänderten Verhältnisse neue, in der früheren Lage ungekannte Ansprüche an die Bevölkerung stellten, das Verlangen nach Rückführung der alten Zustände erwachen? Waren doch jetzt schon Stimmen aus dem Volke zu vernehmen, die über die Verfassung und das Heer der Deputierten, die sie bringen sollte, ihre mißliebigen Glossen machten: „Wenn es keine Arbeit gibt und wir fasten müssen, was ist das für eine Freiheit? Früher war

[1] **Vecchj**, La Italia, Storia di due anni I, Torino 1856, 39.

der König allein und aß für einen; nun werden ihrer tausend sein und für tausend essen!" [1]

Für den Augenblick ließ sich auf dem Festland alles in einer den sog. Volkswünschen entsprechenden Weise an. Es galt nur, den sizilischen Wirren ein Ende zu machen. Lord Minto fand sich bereit, die Rolle eines Vermittlers zwischen dem Hofe und den Aufständischen zu übernehmen. In einem an den britischen Konsul Goodwin in Palermo gerichteten Schreiben, welchem ein Exemplar der neuen Verfassung für das Königreich beider Sizilien beilag, bevollmächtigte er diesen, an die Führer der Bewegung heranzutreten und ihnen die Geneigtheit des Königs zu eröffnen, der Insel ein gesondertes Parlament zu bewilligen. So verlockend dieses Anerbieten war, bei der Gereiztheit der Gemüter, die seit mehr als einem Monate bitterer Haß gegen die festländische Regierung erfüllte, konnte das Entgegenkommen keinen Widerhall finden, und die provisorische Regierung gab dem Konsul eine ausweichende Antwort [2].

* * *

Die Ereignisse im Königreiche beider Sizilien wirkten schnell in den andern Staaten der apenninischen Halbinsel nach, wo nun überall das Verlangen nach konstitutionellen Einrichtungen lauter und dringender wurde [3]. Das Publikum verfolgte in fieberhafter Aufregung den Gang der öffentlichen Angelegenheiten, namentlich in Turin, wo Hoffnungen und Zweifel miteinander im Kampfe lagen. Es verlautete von einem Eide, der den König binde, von Winkelzügen der Diplomatie, von innerem Widerstande. Im ganzen Königreiche gärte es. In Genua gab es erst einen Petitionssturm gegen die Jesuiten, man sprach von 16000 Unterschriften; zwei Patres, die sich auf der Gasse zeigten, wurden vom Volk angegriffen und retteten sich mit knapper Not in einen Verkaufsladen, aus welchem sie die Kutsche eines Patriziers in Sicherheit brachte. Doch bald trat alles gegen den Ruf nach Konstitution zurück, der in den ersten Februartagen mit den Nachrichten aus Neapel durch ganz Italien flog. Genua veranstaltete in der Kirche dell' Annunciata ein feierliches Tedeum; über dem Haupttor wurde eine von Bixio angegebene Inschrift angebracht: A Dio per la vittoria del popolo! In Turin beschloß die Stadtbehörde eine an den König zu richtende Petition um Konstitution und Nationalgarde, eine Versammlung der Journalisten, an der sich Graf Camillo Benso di Cavour beteiligte, unterstützte lebhaft dieses Verlangen. Karl Albert zeigte sich unschlüssig und

[1] Settembrini, Erinnerungen I 267.

[2] Risorgimento II 280—282.

[3] In einer Turiner Vertrauensadresse an Nazari hieß es: Tali sono le presenti condizioni politiche dell' Italia, che niuno esempio di coraggio civile apparisce in una parte di essa, che tosto non vi facciano plauso tutte le altre.

schwankend wie im Jahre 1821 als Prinz von Carignan. Erst in einem am 7. Februar abgehaltenen Kronrate gelang es, seinen Widerstand zu brechen, und am Tage darauf erschien ein königliches Dekret, welches die Verleihung einer freien Verfassung verhieß.

Eine vom Minister des Äußern an den österreichischen Gesandten Grafen v. Buol-Schauenstein gerichtete Note überfloß von Friedens- und Freundschaftsversicherungen, was zu allerhand Kundgebungen im Publikum, aber auch zu gewissen Vorkehrungen in Regierungskreisen in sonderbarem Gegensatz stand. Massimo d'Azeglio ließ sich mit Bezug auf die blutigen Vorgänge in Mailand vernehmen: „Das Maß ist voll! Ich spreche jetzt zu Italien: Erfreue dich! Österreich ist beim Morde angelangt, Österreich mordet!"[1] Zu Anfang Januar trat ein neues Journal „Lega Italiana" ins Leben, geleitet von Terenzio Mamiani; in den ersten Tagen des Februar übernahm Giacomo Durando, Soldat und Schriftsteller, die Leitung der „Opinione". Beide Journale troffen von Österreicherhaß. In der „Lega" erschien ein Artikel Buffas: „War der Herzog von Modena befugt, die Österreicher zu rufen? No. Waren die Österreicher befugt, dem Rufe zu folgen? No. Dürfen die italienischen Fürsten die Österreicher in den Herzogtümern dulden? No." Am 18. Februar brachte dasselbe Blatt einen Aufruf an die „robusten" Magyaren, die morsche Habsburg zu zerstören „und die Gärung in Italien zu benutzen, um ein verhaßtes Joch abzuschütteln". Ein drittes Turiner Journal, die „Concordia", war so voll von grundlosen Anklagen und empörenden Ausfällen gegen Österreich, daß sich Graf Buol beschwerte, wie derlei gegen einen befreundeten Nachbarstaat gerichtete Ausfälle von der neu ernannten Zensurbehörde geduldet werden könnten. Die königliche Regierung drückte ihr Bedauern aus, sicherte für die Zukunft größere Aufmerksamkeit zu und enthob den Beamten, der jene Artikel durchgelassen hatte, seines Amtes.

Was die Regierung selbst betraf, so mußten ihre außergewöhnlichen Rüstungen auffallen. In der ersten Hälfte des Januar berichtet R. Bingham an den britischen Premier, man spreche von einer Vermehrung des sardinischen Heeres um 14000 Mann. Das Kontingent von 1826, das eben abgelöst werden sollte, war unter der Fahne behalten, für Artillerie das Kontingent von 1824, für leichte Infanterie jenes von 1823 einberufen worden. In den Arsenalen wurde unermüdlich gearbeitet, das Personal in den Gießereien und Werkstätten verdoppelt; Industrielle in Metall- und Holzwaren stellten mehrere ihrer Leute zur unentgeltlichen Arbeit in den königlichen Waffenfabriken zur Verfügung. Besonders schien es die Armeeleitung auf die Gebiete nächst der lombardischen Grenze abgesehen zu haben.

[1] Il fatto è compiuto. Or io dico all'Italia: Rallegrati! L'Austria è ridutta all'assassinio, l'Austria assassina.

Fortwährend trafen in der Lomellina, dem Mailand nächstliegenden Bezirke, neue Truppenkörper ein; nach Alessandria wurden in der ersten Februarwoche aus Turin zwei vollständig ausgerüstete Batterien geschafft; eine Lomelliner Gesellschaft bot der Regierung 500 Pferde für Artilleriezwecke an. In ganz Piemont machten Adressen die Runde, die sich dem Könige für Kriegszwecke mit Gut und Blut verbürgten. Als in diesen Tagen Luigi Torelli aus Mailand, Verfasser der Pensieri sull' Italia, in Turin beim Privatsekretär und Vertrauensmann des Königs war, sagte ihm Castagnetto: „So mögen Sie wissen, daß wir bis auf die letzten Altersklassen die Waffenfähigen einberufen haben. Sie können daraus ersehen, daß wir vorbereitet sind."

Um dieselbe Zeit spann sich ähnliches in Rom ab, wo nebenbei die Hetze gegen Österreich in vollem Gange war. Am 15. Januar wurde in der lombardischen Nationalkirche San Carlo al Corso eine Trauermesse für die Mailänder Opfer gehalten, bei welcher aus Mailand die Prinzessin Belgioioso und die Marchesa d'Adda, der päpstliche Kämmerer Msgr. Borromeo, G. Litta, A. Isimbardi u. a., aus Venedig der Dichter Dall'Ongaro beiwohnten; von Auswärtigen nahmen der sardinische Minister Marchese Pareto und der britische Admiral Adams teil. Doch mit derartigen Demonstrationen war es nicht abgetan. Die Consulta di Stato wurde bestürmt, Rüstungen gegen Österreich zu betreiben, das Modena besetzt, das Volk von Parma zum Schweigen gebracht, Ferrara mit seinen Kroaten heimgesucht habe[1]. Von den Staatsräten wurde Vermehrung des Heeres, Bewaffnung der Civica, Einberufung und Ausrüstung der Reserve beschlossen. Die große Frage des Tages aber war die Konstitution. Die Liberalen konnten die Erreichung ihres Zieles kaum erwarten. Doch konnte Pius IX. nachgeben? Das Volk strömte vor den Quirinal und rief stürmisch nach seinem erkorenen Liebling. Pius erschien auf dem Balkon, sprach mit klarer und lauter Stimme Worte des Friedens und Segens zum Volk, das ihm dankend zujubelte. Dann aber fügte er mit einem Seufzer bei: „Man stellt an mich Forderungen, die ich nicht gewähren kann."[2] Und er sollte sie mit der Zeit doch gewähren müssen!

Im benachbarten Großherzogtum begannen bald nach Eintritt des neuen Jahres die Dinge eine bedenkliche Wendung zu nehmen. In Livorno verhetzte Franc. Domenico Guerrazzi das Volk, ließ am 6. Januar auf offenem Platze Konstitution und Nationalgarde ausrufen, verkündete den Sturz des Ministeriums. Das Ministerium sandte Truppen nach Livorno,

---

[1] Arch. trienn. I 206—209.

[2] Minghetti, Miei ricordi I, Roma, Torino, Napoli 1888, 27. Vgl. Bischoffshausen, Pius IX. im Revolutionsjahr: Kultur 1904. Die Grundlagen des letzteren Aufsatzes bilden die Berichte des preußischen Gesandten, die mit v. Usedoms Scheiben aus Rom am 18. April abbrechen.

Guerrazzi wurde am 13. verhaftet und in die Feste Portoferraio abgeführt. Doch die „Zöpfe“ (codini) mußten dem Zeitgeiste weichen. In der Santa-Crocekirche zu Florenz wurden mehr als dreißig Seelenmessen per le anime dei Lombardi ultimamente uccisi dallo straniero gelesen, ein pomphafter Katafalk war errichtet, die ganze Klerisei der Stadt wurde aufgeboten, die vornehmsten Damen erschienen in Trauergewändern, der sardinische Gesandte und der päpstliche Nuntius Msgr. Massoni wohnten bei. Rufe „Zu den Waffen“, „An die Grenze“, „Krieg gegen Österreich“ wurden immer lauter. Leopold II. bewilligte die Nationalgarde — in Livorno trat der schnell enthaftete Guerrazzi an deren Spitze — und beorderte einen Artilleriepark nach seiner Hauptstadt, um die Bürger in der Bedienung der Geschütze einüben zu lassen; in hellen Haufen strömte das Volk aus der Stadt, um den ankommenden Zug mit Jubel zu begrüßen. Von Karl Albert erbat sich Leopold erprobte Offiziere, um Reformen in seinem Heerwesen einzuführen. Am 31. Januar erließ der Großherzog ein Motuproprio, in welchem er Reformen in Aussicht stellte, die der Staatsrat in nähere Erwägung ziehen sollte. Eine solche Verheißung befriedigte nicht. Vor dem Palaste Pitti sammelten sich Massen an und riefen laut nach einer Konstitution. Der Großherzog zeigte sich mit der Erklärung, die Stimme seines Volkes solle erhört werden [1].

Am 1. Februar trat in Rom der Staatssekretär Kardinal Ferretti zurück, und Kardinal Giuseppe Bofondi, bis dahin Legat von Ravenna, trat an die Spitze eines Ministeriums, unter dessen neun Mitgliedern Fürst Gabrielli, ein tüchtiger Soldat aus der Napoleonischen Zeit, als der erste Laie das Waffenportefeuille übernahm. Der Papst berief den Staatsrat und legte ihm die Frage vor: nachdem Neapel, Piemont, Toskana vorangegangen, könne Rom zurückbleiben? Fast alle stimmten ihm bei, nur Kardinal Bernetti tat Einsprache: „Es geht nicht an, mit einem Schlage ein Gebäude fallen zu machen, an dessen Aufrichtung Jahrhunderte gearbeitet haben.“ Darauf der Papst: „Gerade alte Gebäude sind es, die am meisten neuer Grundmauern bedürfen.“ [2] In der Stadt verbreitete sich das Gerücht, im Staatsrat sei der Plan einer Volksbewaffnung besprochen worden, das Ministerium aber habe seine Zustimmung verweigert. Darüber kam es am 8. Februar zu einem gefährlichen Tumult; Flüche und Verwünschungen gegen die Minister, gegen die Jesuiten wurden ausgestoßen.

Zwei Tage später, am 10. Februar, umwogte eine Volksmenge den Quirinal. Schon hatte Pius IX. die Hand zum Segen erhoben, als er Stimmen vernahm: „Wir wollen keine Priester in den Ämtern!“ Der Papst entgegnete mit vernehmbarer Stimme: Non posso, non debbo, non voglio! Allein

[1] Arch. trienn. I, n. 274, p. 348. [2] Risorgimento II 318 f.

es geschah doch, was die Menge verlangt hatte, wenigstens zum Teile. Die geistlichen Minister gaben ihre Entlassung, die aber Pius nur von dreien annahm, an deren Posten er drei Laien berief: den Staatsrat Conte Giuseppe Pasolini[1] für Handel und Ackerbau, den Advokaten Francesco Sturbinetti für öffentliche Arbeiten und den Fürsten von Teano für Polizei. Zugleich erging von Pius eine Kundmachung, in welcher er wesentliche Reformen in Aussicht stellte. „Segne, großer Gott, Italien", so hieß es darin zum Schlusse, „und erhalte ihm durch alle Zeiten die kostbarste aller deiner Gaben, den Glauben! Segne es mit jenem Segen, den dein Stellvertreter, die Stirn zur Erde geneigt, demütiglich von dir erbittet!" Nun erfüllten Freude und Jubel die Gemüter; mit Fahnen und Musik zog das Volk in Begleitung von Geistlichen vor den Quirinal, wo sich der Papst zeigen und seinen Segen erteilen mußte. Die Wahl der neuen Männer war zu billigen, sie erfreuten sich eines ausgezeichneten Rufes. Allein was vermochten die einzelnen gegen die unaufhaltsame Flut der Begebenheiten! „Die Steuermänner waren gut, aber das Schiff gehorchte nicht mehr dem Ruder", sagt der Engländer Wrightson[2], und Pellegrino Rossi schrieb nach Paris an den Minister Guizot: „Geben Sie acht, das ist nicht eine Änderung des Ministeriums, was im Zuge ist, sondern eine Revolution!"[3] Am 20. Februar fand in Rom große Ausrückung der bewaffneten Bürger statt, man zählte bei 9000 Mann, in 6 Legionen zu je 2 Bataillonen geteilt. Pius erschien und erteilte ihnen den Segen als „Aufrechthaltern der Ordnung und als Schutzwall der Freiheit", was mit großer Begeisterung aufgenommen wurde. Doch wenige Tage später mußte er erfahren, daß die Gardisten die päpstlichen Farben von ihren Fahnen entfernt und durch rot-weiß-grüne ersetzt hatten.

Um diese Zeit erhielt selbst das kleine Fürstentum Monaco eine Verfassung[4], und so waren es von allen italienischen Monarchen nur die Herzoge Karl Ludwig von Parma und Franz V. von Modena, die sich zu keinerlei Zugeständnissen herbeiließen, wofür ihnen der höhnische Ingrimm von ganz Italien in reichlichem Maße zuteil ward. Modena und Parma bauten dabei auf den Schutz des mächtigen Kaiserstaates[5], an den sie sich durch Zolleinigungsverträge noch inniger anschlossen[6]. Die Stimmung des Herzogs von Modena war dabei durchaus keine rosige. „Obwohl in meinem

---

[1] Bischoffshausen schreibt: Pazzolini.

[2] Geschichte des neueren Italien, Leipzig 1859, 127.

[3] Minghetti, Miei ricordi I 328.

[4] 12 février, tapage à Monaco et constitution par Florestan I.: Vte d'Arlincourt, L'Italie rouge, Paris 1850, 69.

[5] A. Vecchj vergleicht sie (La Italia I 50) mit dem Faust der Sage, der sich, um zu Macht und Genuß zu gelangen, dem Teufel verschrieb.

[6] Bayard de Volo, Vita di Francesco V. di Modena I, Modena 1878, 209.

Herzogtum scheinbar Ruhe ist“, schrieb er an den Grafen Ficquelmont in Mailand, „so ist diese größtenteils der hier stationierten Husareneskadron zu danken. Man darf sich jedoch nicht täuschen: die Revolution macht außerordentliche Fortschritte, und noch in diesem Jahre wird das Problem ‚Sein oder nicht sein‘ gelöst werden.“[1] Auf Ansuchen des Herzogs sandte Radetzky zwei Bataillone Este-Infanterie Nr 32 und eine Division Reuß-Husaren Nr 7 nach Modena; vier Kompanien trat Franz V. später seinem Nachbar von Parma ab.

Doch dieser Kaiserstaat selbst, war er seiner italienischen Untertanen Herr? Wenn im Innern des lombardisch-venetianischen Königreichs eine eiserne Faust noch ziemlich alles in Schranken hielt, so wühlten solche, die außer Landes gegangen waren, eifrigst für den Umsturz und die Revolution. In Rom bestand ein lombardo-venetianischer Klub, dem Poldi, Cattarinetti, dall' Ongaro, Caffi u. a. angehörten. Der Klub hielt bei dem Mailänder Manzi Sitzungen ab, erörterte bei gemeinsamen Gelagen politische Themata und verfolgte ohne viel Geheimnis politisch-militärische Zwecke, während die Fürstin Belgioioso die Jugend aneiferte, sich in den Waffen zu üben. Gegen Ende Januar veranstaltete der Klub in der Universitätskirche eine Trauerandacht für die während der letzten Aufstände gefallenen Lombarden; der Barnabit P. Alessandro Gavazzi hielt die Leichenrede und predigte dabei den Kreuzzug contro lo straniero. Der Papst legte ihm dafür zweimonatige geistliche Exerzitien auf; allein die Bevölkerung schenkte ihm ihre Teilnahme und sandte ihm Massen von Beileidskarten, während der Universitätsrektor Abate Mazzani, der sich der Trauerfeier abgeneigt gezeigt hatte, von den Studenten gehöhnt und ausgepfiffen wurde. Der Klub unterhielt eifrige Beziehungen zur Heimat und förderte auf vertrauten Wegen Korrespondenzen, Aufrufe, Druckschriften zahlreich auf das linke Ufer des Po.

„In Neapel, Toskana, Rom“, schrieb um die Mitte des Februar ein k. k. Offizier aus Ferrara, „bestehen die Regierungen nur mehr dem Namen nach; sie sind in den Händen der Civica und der Presse, dieser beiden Institutionen, die von der Partei Mazzinis geleitet werden, deren einziges Ziel ist, die Österreicher aus Italien hinauszujagen. Es gibt keine Verleumdung und keinen Schimpf, der nicht gegen Österreich ersonnen und verbreitet würde, um es verächtlich zu machen und zu erniedrigen in den Augen jenes Volkes, das früher gewohnt war, es geachtet und geschätzt zu sehen wie die Bundeslade der Hebräer. Österreich muß in Italien 100000 Mann auf den Beinen halten, um gegen jedes Ereignis bereit zu sein. Aber ist ein solcher Zustand bewaffneten Friedens auf die Länge nicht ärger als der

[1] G. Wolf, Aus der Revolutionszeit, Wien 1885, 15.

Krieg? Österreich muß sich gefaßt machen, in den italienischen Staaten einzuschreiten oder früher oder später Italien zu verlieren." In der Tat schien man beim Hofkriegsrat den seit Jahren wiederholten Vorstellungen Radetzkys einiges Gehör schenken zu wollen. Auf eine an ihn ergangene Aufforderung: was zur Sicherung der lombardischen Westgrenze an Befestigungen geschehen könnte, mußte der Feldmarschall allerdings antworten: entweder etwas Ausgiebiges oder gar nichts, und für „Ausgiebiges" hatte man in Wien keinen rechten Mut und kein Geld.

Aber man glaubte mindestens an Verstärkungen des Truppenstandes ein übriges tun zu sollen. Seit Jahren hatten die an Lombardo-Venetien grenzenden Gebiete keine so lebhafte Truppenbewegung erfahren als in den ersten Monaten des Jahres 1848. Aus den Erzherzogtümern kamen das 1. und 2. Bataillon Heß, aus Kärnten ein Ergänzungstransport von Prohaska, aus Steiermark drei Divisionen Kaiser-Ulanen in Bewegung. Am meisten aber wurde die Militärgrenze in Anspruch genommen: Otochaner, Oguliner, Sluiner, Bataillone der beiden Banalregimenter mußten den Marsch nach Westen antreten. Die Regimenter Erzherzog Ludwig und Fürstenwärther wurden aus Mähren, das 3. Feldjägerbataillon aus Salzburg, Liechtenstein-Chevaulegers aus Wels erwartet. Pferdeankauf für Kavallerie und Artillerie war im Schwung, die Infanteriebataillone wurden durch Einberufung der Urlauber auf Kriegsfuß gestellt, Munitionstransporte in Bewegung gesetzt. Wenn dieses und manch anderes an Ort und Stelle eingetroffen sein würde, berechnete man die Kriegsmacht, über die Radetzky zu verfügen hatte, auf nahezu 83000 Mann. Aber „ist das genug", fragte man sich in Offizierskreisen, „um im schlimmsten Falle gegen Westen und gegen Süden zu operieren und ein in Revolution befindliches großes Land im Zaume zu halten?" Glücklicherweise war in den Reihen der italienischen Armee bis dahin, die venetianische Marine ausgenommen, ein böser Geist noch nicht zur Geltung gekommen; zwischen einheimischen und nicht-italienischen Truppen herrschte, so schien es, noch die alte aufrichtige Kameradschaft. Als am 6. Februar eine Abteilung Oguliner Grenzer durch Cremona kam, wurde sie sowohl vom Offizierkorps als von der Mannschaft der lombardischen Regimenter Erzherzog Albrecht und Ceccopieri brüderlich begrüßt und fetiert[1]. Daneben fehlte es allerdings nicht an einzelnen Erscheinungen von bedenklichem Charakter. Im Armeekorps d'Aspre wollte man beobachtet haben, daß hier und da die Mannschaft italienischer Truppenkörper von den Aufwieglern bearbeitet wurde. Es wäre besser, meinte man in der Umgebung des Kommandierenden, die Regimenter Haugnitz und Geppert, das 8. und 11. Feldjägerbataillon wo anders hin zu dislozieren, als sie hier der Verführung ausgesetzt zu lassen. Doch ließ sich das jetzt, in der elften Stunde, kaum in Ausführung bringen.

[1] A. A. Ztg vom 13. Februar 1848, Nr 44, S. 692.

3.

Der Preßburger Reichstag nahm seine vor den Weihnachtstagen abgebrochenen Sitzungen bald nach Neujahr wieder auf. Der Reichstag von 1847/48 hatte gegen die früheren insofern ein anderes Gepräge, als mehrere Matadore, Deák, Klauzál, Beöthy, Bezerédy, fehlten, während sich die sog. Landtagsjugend einen vordem in solchem Maße nicht gekannten Einfluß auf die Verhandlungen herausnahm. Viele Juraten waren im Gefolge dieses oder jenes Ablegaten, der sich ihrer für Schreibgeschäfte, für die Korrespondenz mit seinen Kommittenten u. dgl. bediente, nach Preßburg gekommen und wohnten den Sitzungen an einem von den Abgeordnetensitzen durch Schranken getrennten Platze bei, den sie aber, wenn die Stimmung im Saale einen gewissen Hitzegrad erreichte, häufig verließen, um den für die Gesetzgeber bestimmten Raum zu überfluten, wogegen Mahnungen und Zurechtweisungen des Präsidenten, sich an den ihnen zugewiesenen Platz zurückzuziehen, wenig fruchteten[1]. Die Landtagsjugend gehörte, wie kaum gesagt zu werden braucht, durchaus der extremen Partei an und ließ es gegen Männer der gemäßigten Richtung an Einschüchterungsversuchen verschiedenster Art nicht fehlen. Wenn eine wichtige Verhandlung radikalen Charakters in Aussicht stand, wurden konservative Abgeordnete schon bei ihrem Eintritt in den Saal ausgezischt und verhöhnt, ihre Reden durch Zwischenrufe und Lärm unterbrochen; ja sie waren in Tagen solcher Aufregung selbst auf der Straße vor Spott und Unglimpf nicht sicher.

In den ersten Sitzungen des wieder zusammengetretenen Landtags wurde die heikle Nationalitäten-, eigentlich Sprachenfrage verhandelt. Als am 7. Januar der betreffende Gesetzesvorschlag zur ersten Verlesung kam, nach welchem als öffentliche Unterrichtssprache durchaus die ungarische statuiert werden sollte, wendete Kossuth ein, daß in Gegenden, wo zur Stunde die ungarische Sprache noch ganz fremd sei, diese unmöglich in den Elementarschulen Anwendung finden könne.

Die größte Schwierigkeit in dieser Richtung boten noch immer die Königreiche Kroatien und Slavonien, von denen Kossuth nichts wissen wollte. Das „anmaßende" Begehren Kroatiens von Gleichstellung mit Ungarn könne nur Erbitterung erwecken; er werde nie und nimmer unter der heiligen Stephanskrone eine andere Nation anerkennen als die magyarische; er wisse sehr wohl, daß Menschen und Rassen da seien, die eine andere Sprache sprächen, doch mehr als eine Nation gebe es im Lande nicht. Er kenne, sagte er, nur drei slavonische Komitate, Požega, Veröcze und Syrmien,

[1] Irányi-Chassin, Hist. de la Révolution de Hongrie I 115.

die sich der lateinischen als innerer Verwaltungssprache bedienen mögen, nach außen habe allein die ungarische Sprache zu gelten; wolle sich Slavonien dem nicht fügen, so sei gegen das Land imperatorisch zu verfahren und ihm eine peremtorische Frist zur Einführung der ungarischen Sprache zu setzen. Vergebens wiesen die Ablegaten aus Kroatien und Slavonien auf den Gesetzartikel CXX von 1715 hin, laut welchem die Sprachenfrage gar nicht vor den Reichstag gehöre, sondern den Landeskongregationen zugewiesen sei; vergebens verteidigte Metell Ožegović den Bestand und das Recht Kroatiens und wehrte sich gegen die Aufnötigung der lateinischen als innerer Amtssprache und legte Bužan eine kräftige Verwahrung in gleichem Sinne ein; vergebens bestätigte selbst der Personal, daß Kroatien gesetzlich das Recht habe, über seine Sprache daheim zu verfügen — das einzige, was für den Augenblick erreicht wurde, war, daß der Gesetzesvorschlag zur nochmaligen Erwägung in der Zirkularsitzung zurückgegeben wurde.

Um die Mitte des Monats brachte Kossuth die siebenbürgische Frage neuerdings in Anregung, das alte Gravamen wegen der noch immer nicht vollzogenen Wiedereinverleibung der vier Komitate, die ehedem zu Ungarn gehört hatten[1], und beantragte, an den Palatin die Bitte zu richten, er möge die gerechte Beschwerde der Stände vor den Thron bringen. „So wie vor Gott“, rief er mit seinem gewohnten Pathos, „eine gute Handlung von höherem Gewicht ist als die schönsten Redensarten eines Gebetes, so wie vergossenes Blut fürchterlicher nach Rache schreit als der gräßlichste Fluch, ebenso sprechen die Fetzen eines zerrissenen Gesetzes eindringlicher als alle Klagen!“[2]

Bei der Beratung der Einwanderungsfrage führte in der Sitzung vom 17. Januar Bartholomäus Szemere aus, wie gefährlich vom nationalen Standpunkte die Niederlassung ganzer Gemeinden im Lande sei, weil sich diese sehr schwer mit der Nation assimilieren; einen Beweis habe man an den Siebenbürger Sachsen, deren neuestes Verhalten geeignet sei, die gerühmte Gastfreundschaft und Sympathie der Ungarn für Ausländer zu ersticken. Er beantragte ein strenges Kolonisationsgesetz, das wohl einzelweise Niederlassungen gestatten, aber scharenweise Einwanderung verbieten möge. Zehn Tage später verlangte Vidos von Eisenberg ein Gesetz, das für die Ansiedlung im Bereiche der St-Stephanskrone die Kenntnis der ungarischen Sprache vorschriebe. So heftig sich die kroatischen Abgeordneten gegen diese Zumutung sträubten, was eine stürmische, höchst aufgeregte Verhandlung zur Folge hatte, so sprach zuletzt das Präsidium die Annahme des Vidosschen Vorschlages aus.

---

[1] Über die sog. partes reapplicatae Kraszno, Mittel-Szolnok, Zaránd und den Kővárer Distrikt s. Friedenfels, Bedeus v. Scharberg I, Wien 1876, 281—287.

[2] Irányi-Chassin a. a. O. I 103—107.

Damit war auch das Schicksal des Sprachengesetzes entschieden. In der unteren Tafel nahm Dionys Pázmándy den Standpunkt ein, man dürfe die Ansprüche der Südslaven gar keiner Antwort würdigen, und in der Magnatentafel sprach Bischof Lonovics von Csanád am 4. Februar salbungsvolle Worte von der Süße und Heiligkeit der Muttersprache, lehnte aber in einem Atem die gleichen Ansprüche der Kroaten ab. Zu den wenigen, die den Mut hatten, diesen chauvinistischen Zumutungen entgegenzutreten, zählte Graf Szecsén: „Die Gewalttätigkeit gegen jede bestehende Nationalität, möge diese noch so schwach sein, wird nie andere Früchte bringen als die der Entfremdung und des Hasses gegen die Unterdrücker." Doch seine Worte verhallten ohne Wirkung.

Das Ergebnis der langen und wiederholten Beratungen waren jene Gesetzartikel, welche als die ausschließliche Gesetzes-, Verwaltungs- und Amtssprache die ungarische erklärten: „jede nach Kundmachung dieses Gesetzes in anderer Sprache ausgeführte amtliche Schrift und Urkunde ist ungültig". Die Požeganer, Verötzer und syrmische Gespanschaft sowie das ungarische Litorale sollen im eigenen Gebiet und für innere Angelegenheiten im Gebrauche der lateinischen resp. italienischen Sprache belassen werden, doch nur für sechs Jahre vom Schlusse des Reichstags. Die Korrespondenz mit der Regierung, mit den Jurisdiktionen und den Obergerichten ist, die Beilagen nicht inbegriffen, in ungarischer Sprache zu führen. Die gleiche Verpflichtung obliegt dem Banus von Kroatien und Slavonien, den Landesbischöfen und den Komitatsvorständen, wenn sie mit ungarischen Beamten und Jurisdiktionen korrespondieren.

Es war begreiflich, daß diese Beschlüsse in den südslavischen Gebieten maßlose Aufregung zur Folge hatten. In einer am 21. Januar zu Warasdin abgehaltenen Komitatsversammlung wurde geradezu die Losreißung von Ungarn angeregt, so daß es nur der entschiedenen Einsprache des Obergespanstellvertreters gelang, der Ausführung dieses Beschlusses Einhalt zu tun. Doch konnte er nicht hindern, daß das Komitat an die andern Jurisdiktionen im Lande in einem in illyrischer Sprache abgefaßten Rundschreiben die Aufforderung richtete, sich durch den Banusstellvertreter Bischof Georg Haulik v. Varallya in einem gemeinsamen Schritte an den König mit der Bitte zu wenden, daß ihre Muttersprache zur amtlichen erklärt, ein besonderer kroatisch-slavonischer Statthaltereirat errichtet und die Banaltafel zum obersten Gerichtshofe im Lande erklärt werde. Die Städte Agram, Kreutz, Karlstadt, Kopreinitz, Požega warteten diese Entscheidung nicht ab, sondern führten unmittelbar den amtlichen Gebrauch der Landessprache ein. Als sich am 21. Februar im Agramer Komitate Stimmen erhoben, daß man den Warasdiner Beschlüssen beitrete, setzte es der Turopolyer Graf Josipovich mit seinem starken Anhang durch, daß es nicht bloß zu diesem Beitritt nicht kam, sondern eine Erklärung beschlossen wurde, daß das Komitat

„den verfassungsmäßigen Verband mit dem ungarischen Mutterlande mit seinem eigenen Sein und Bestand gleich wertvoll halte". Es ergingen Mahnschreiben an das Warasdiner und Kreutzer Komitat, sie möchten von ihrem ungesetzlichen Widerstande ablassen.[1]

* * *

Was bisher die Opposition vorgeschlagen hatte, waren einzelne Gesetzentwürfe, die von der gemäßigten Partei, die sich dem drängenden Geiste der Zeit fügen zu müssen glaubte, fast ohne Widerrede angenommen worden waren. Nicht so war es mit der wichtigsten und folgenschwersten aller Fragen, der Administratorenfrage, die früher oder später an die Reihe kommen mußte; hier gab es kein Nachgeben der Regierung und ihres Anhangs, weil dieser Punkt den Kern und das Wesen der vom Hofkanzler Grafen Apponyi inaugurierten Richtung bildete; fielen die Administratoren, so fiel der Hofkanzler, fiel sein politisches System, und die radikale Richtung, die im einzelnen einen Sieg nach dem andern errungen hatte, gewann auch im großen ganzen die Oberhand.

Die Politik Apponyis hatte den geregelten Gang und die dauernde Kraft der Verwaltung zum Ziele, für welchen Zweck vor allem in den Komitaten Ordnung geschaffen werden mußte. Die nominelle Leitung der Komitate lag in den Händen der Obergespane, von denen aber viele die ihnen anvertrauten Gespanschaften kaum kannten, weil sie in andern Landesteilen ihren Wohnsitz hatten oder wohl gar außerhalb Ungarns weilten. Das Gesetz gestattete im Falle bleibender Verhinderung des Obergespans die ausnahmsweise Einsetzung eines Stellvertreters, eines Administrators, und Graf Apponyi hatte von dieser Erlaubnis so ausgedehnten Gebrauch gemacht, daß er nicht weniger als zweiunddreißig Komitate durch Administratoren verwalten ließ. Daß er dadurch die Eitelkeit des auf solche Weise zur Ohnmacht verurteilten Obergespans verletzte; daß er den ersten Vizegespan, der sonst den Obergespan zu vertreten hatte, in ein Verhältnis der Unterordnung versetzte; daß sich die Komitate selbst um die ungebundene Freiheit ihres Gebarens gebracht sahen, hatte weniger auf sich: die Hauptsache war, daß die Opposition in der gesamten Administration des Landes, die nun die Regierung mit starker Hand beherrschte, lahm gelegt war.

Es galt darum einen Kampf auf Leben und Tod zwischen der Regierung und der Opposition, für den man sich beizeiten von beiden Seiten rüstete. Die Stände hatten nach der Weigerung der Magnaten, der von der unteren Tafel beantragten Adresse beizutreten, eine Kommission zur ausführlichen Erörterung und Begründung aller durch das Administratorensystem hervor-

[1] Horváth-Novelli, Fünfundzwanzig Jahre I 602—604.

gerufenen Beschwerden eingesetzt; Präsident dieser Kommission war Sigmund Bernáth, ihre Seele war Kossuth. Aber auch die andere Partei blieb nicht müßig. Am 12. Januar begannen Verhandlungen der Regierung mit einzelnen Mitgliedern der Opposition, denen man, falls sie in der Administratorenfrage nachgeben wollten, in einer andern den Ständen sehr am Herzen liegenden Frage, der sog. Koordination der Städte, weitgehende Zugeständnisse in Aussicht stellte. Die Verhandlungen wurden vom Geheimrat Johann Lónyay, Administrator des Bereghер Komitats, und von dem Statthaltereirat Anton v. Babarczy in tiefstem Geheimnis geführt, und am 1. Februar konnten sie die jungen Gabriel und Melchior Lónyay — letzterer ein Sohn, ersterer ein Neffe des Geheimrats —, Moritz Szentkirályi und Dionys Pázmándy dem Palatin vorstellen. Der Erzherzog empfing sie in der huldvollsten Weise, versicherte sie seines willfährigsten Entgegenkommens und wies sie an, sich in allen wichtigen Angelegenheiten durch Vermittlung des Geheimrats Lónyay an ihn zu wenden [1].

Eine eigentümliche Stellung nahm in dieser Zeit der „große Ungar" ein. Diesen Namen hatte ihm Kossuth gegeben; doch Stephan Széchényi war weit entfernt, ihm das Kompliment zu erwidern. Er war überzeugt, daß der Agitator Ungarn zur Revolution führen und ins Verderben stürzen werde; den Grafen Louis Batthyány nannte er einen Dämon der Zerstörung. In anderem Sinn war Széchényi mit der konservativen Partei unzufrieden; er machte es Apponyi und der ganzen Regierung zum Vorwurf, daß sie sich um ihn, Széchényi, nicht kümmerten und seine Anträge und Pläne nicht zu schätzen wüßten. Er war mit aller Welt zerfallen, ja mit sich selbst; denn es ärgerte ihn, daß er nicht so schnell denke wie Kossuth und daß er seine Zunge nicht im Zaum halten könne [2].

Von der konservativen Partei wurde Wert darauf gelegt, daß, bevor die parlamentarische Aktion wegen der Administratoren beginne, seitens der Regierung eine beschwichtigende Auseinandersetzung erfolge, in welchem Sinne die große Maßregel gemeint sei und auf welcher Grundlage ihr neues System beruhe. Diese Erklärung erfolgte mit königlichem Reskript vom 30. Januar. Die Ernennung von Komitatsadministratoren, hieß es darin, sei im Geiste der Gesetzartikel LVI 1723 und X 1790 und habe den Zweck, „die Oberleiter der Komitate in die Lage zu versetzen, die mit ihrer Würde verbundenen Pflichten vollständig zu erfüllen". Übrigens sei die Einsetzung von Administratoren nur als eine ausnahmsweise Maßregel anzusehen, und es liege im Sinne und in der Absicht der Regierung, die Komitatsverfassung und die Obergespanswürde hinfort in voller Unverletzlichkeit zu bewahren [3].

[1] Wirkner, Erlebnisse 203—205. S. auch Horváth-Novelli, Fünfundzwanzig Jahre I 491—495 497 f. [2] Pulszky, Meine Zeit, mein Leben II 14 f.

[3] Voller Wortlaut s. Janotyckh, Tagebuch I 172 f; Horváth-Novelli a. a. O. I 495—497.

Mit dem königlichen Reskript vom 30. Januar war die Administratorenfrage in ein neues Licht gerückt, und die Verhandlung darüber hatte sich vor allem mit dem Inhalte der Allerhöchsten Kundgebung zu befassen. Den Konservativen galt das Reskript als ein sicherer Schild, den sie allen Angriffen der Gegenseite entgegenhalten könnten, während Kossuth und sein Anhang in diesem Schritt ein Zeichen der Schwäche einer Regierung erblicken wollten, der vor dem Ausgang der bevorstehenden parlamentarischen Verhandlung bange[1]. Die Opposition rechnete auf unzweifelhaften Sieg. Dreißig Komitate, also weit mehr als die Hälfte, hatten ihren Deputierten die Weisung gegeben, für den Sturz des Administratorensystems zu stimmen. Die Regierungspartei ihrerseits erfuhr im letzten Augenblick eine große Enttäuschung. Die Verhandlungen des Geheimrats Lónyay und Anton Babarczys hatten im tiefsten Geheimnis geführt werden sollen; allein durch einen Brief, welchen „ein schreiblustiger Hofrat" der ungarischen Hofkanzlei[2] an Szemere richtete, erhielten Kossuth und Louis Batthyányi vorzeitige Kenntnis davon, die nun alle Hebel der Einschüchterung, ja der Drohung in Bewegung setzten, um die abtrünnigen Mitglieder ihrer Partei von der Ausführung ihres Vorsatzes abzuhalten. So geschah es, daß unmittelbar vor der großen Schlacht Pázmándy geradezu abfiel, Szentkirályi sich gebrochenen Herzens für einige Tage entfernte und Gabriel Lónyay sich aufs Schweigen verlegte. Nur Melchior Lónyay blieb seiner dem Palatin gemachten Zusage treu; er hatte durch seinen Vater mit der Regierung und Georg Apponyi Fühlung und hing persönlich Széchényi an. In der Tat zeigte es von großem sittlichen Mut, unter den Umständen, wie sie sich in den letzten Tagen gestaltet hatten, seiner Überzeugung treu zu bleiben und auszuharren. Melchior Lónyay hatte noch im Dezember zuvor mit Kossuth gestimmt und stellte sich nun in den Kampf gegen ihn.

So kam es zur öffentlichen Zirkularsitzung am 5. Februar, deren Ergebnis die Opposition mit Zuversicht, die Regierungspartei nicht ohne große Bedenken entgegensah. Der Saal war zum Erdrücken voll, und mit leidenschaftlicher Aufregung erwartete die Zuhörerschaft den Beginn der Verhandlung; beim Eintritt in den Saal wurden oppositionelle Abgeordnete mit Eljen, solche von der Gegenseite mit Zischen empfangen. Es wurden zwei Anträge gestellt: von der Opposition durch den Abgeordneten Szentiványi von Gömör, von der Regierungspartei durch Melchior Lónyay, Deputierten des Beregher Komitats. Der Gömörer Antrag erklärte das königliche Reskript als zwar nicht ganz befriedigend, die Opposition wolle es aber als ersten Schritt zur Herstellung des Friedens ansehen; sie danke

---

[1] „Das königliche Reskript vom 30. Januar bezeichnete mit fast naiver Offenheit die Furcht der Regierung vor der vom Reichstag einzuschlagenden Richtung als die eigentliche Triebfeder dieses Schrittes": Horn, Ludwig Kossuth, Leipzig 1851, 142.

[2] Wirkner a. a. O. 205; ohne Zweifel ist Eduard Zsedényi gemeint.

dem Monarchen für das Versprechen, die verfassungsmäßigen Einrichtungen aufrecht erhalten zu wollen, bitte aber zugleich, diese Zusage noch im Laufe dieser reichstäglichen Periode zu erfüllen, mit andern Worten: die Administratoren zu verwerfen und das System des Hofkanzlers fallen zu lassen. Der Beregher Antrag stellte nicht in Abrede, daß die Ernennung von Komitatsadministratoren an Stelle der Obergespane der Nation nicht ganz ungegründete Besorgnisse eingeflößt habe; diese Besorgnisse müßten aber schwinden angesichts der königlichen Zusage, an der Obergespanswürde nicht rütteln und Administratoren nur ausnahmsweise ernennen zu wollen; daher sei das königliche Reskript vom 30. Januar vom Reichstage mit Dank entgegenzunehmen.

In einer höchst gereizten Stimmung, die sich von der Zuhörerschaft auf die Abgeordneten verpflanzte, schritt man zum Namensaufruf. Man tobte und lärmte, wenn ein Abgeordneter für den Beregher Antrag stimmte; wiederholt war die Unterbrechung so stürmisch und betäubend, daß mit der Abstimmung innegehalten werden mußte. Das Bihárer Komitat hatte Reviczky und Papszász zu Abgeordneten: Reviczky stimmte im Sinne Lónyays, worauf sich der andere erhob und mit lauter Stimme rief: „Der hundertjährige Geist des Bihárer Komitats ist Liebe zur Verfassung. Demoralisation der Bürger und Bruch der Verfassung führen zum Tod der Nationen. Ich dürste nicht nach Ruhm, ich verlange keinen Rang, kein Amt, ich will nur Freiheit und Vaterland haben!" Ein nicht enden wollender Beifallssturm brach nach diesen Worten los. Kossuth erklärte sich selbstverständlich für Gömör: in dem Administratorensystem erblicke er den Einfluß einer Ungarn fremden Bureaukratie, und wie könne man von einer ausnahmsweisen Bestellung von Administratoren sprechen, wenn von 48 Komitaten 32 ihrer Obergespane entbehrten?

So schwankte die Wage fortwährend hin und her, so wechselten gegenseitige Spannung und Erwartung. Ein Komitat enthielt sich der Abstimmung, zwei blieben außer Rechnung, weil von ihren beiden Abgeordneten, wie dies bei Bihár der Fall war, der eine für Gömör, der andere für Beregh gestimmt hatte[1]. Schon nahe dem Abschlusse zählte Szentiványi 22, Lónyay 21 Stimmen, als die Reihe an Simon von Ödenburg kam, der, obwohl man wußte, daß ihn sein Komitat für die Ablehnung instruiert hatte, sich für den Beregher Antrag erklärte, was sowohl unter den Abgeordneten wie im Publikum die leidenschaftliche Erregung auf den Gipfelpunkt brachte. Die Stimmenzahl war nun auf beiden Seiten gleich, es fehlte nur noch das kroatische Votum, und daß dieses für Beregh sein werde, konnte man sich im voraus sagen.

Die Regierung hatte folglich mit 23 gegen 22, mit einer Stimme gesiegt, ein Erfolg, der für den einen Teil so unerwartet kam wie für den

[1] Vgl. Horn, Ludwig Kossuth 145 f.

andern und von der radikalen Zuhörerschaft mit den entschiedensten Zeichen der Mißbilligung aufgenommen wurde; die Landtagsjugend benahm sich in der unbändigsten Weise, lärmte und tobte, pfiff und zischte. Mitten in diesem aufgeregten Wirrwarr erhob sich Kossuth und bat um Ruhe, weil es sich in diesem Augenblick um die Zukunft des Vaterlandes und der Freiheit handle. „Ihr habt gesiegt", rief er den Gegnern zu, „freut euch dessen! Mögen jene, denen es gefiel, die Dinge auf die Spitze zu treiben, mit sich selbst abrechnen. Nach diesem Votum kann es auf dem Reichstag keinen Frieden mehr geben." Durch die Abstimmung über das Prinzip, fuhr er fort, sei es noch nicht entschieden, ob die Stände auch jede einzelne Beschwerde verwerfen wollen oder nicht. „Wir müssen von jetzt an auf die einzelnen an das Administratorensystem sich knüpfenden Gravamina eingehen." Er wandte sich mit Nachdruck gegen jene Abgeordneten, deren Instruktion gegen das Administratorensystem gezielt hatte, und denen es gleichwohl gefallen habe, für den Beregher Antrag zu stimmen: „Ich kann sie nicht zur Verantwortung ziehen, sie mögen das mit sich selbst ausmachen!"

Es war damit der Deputierte Simon gemeint, der sich nun erhob, um sein Verhalten zu rechtfertigen: in der Generalversammlung seines Komitates habe man eine künstliche Majorität für die Verwerfung des Administratorensystems zusammengebracht; er sei überzeugt, die nächste Generalversammlung werde seine heutige Abstimmung gutheißen. Szemere entgegnete höhnisch: „Das Komitat kann seinen Ablegaten wohl Instruktionen geben, aber nicht Vaterlandsliebe und Ehrenhaftigkeit dem, dem beides fehlt." Es folgte eine unbeschreibliche Szene des Sturmes und der Verwirrung; einzelne Deputierte erhitzten sich gegenseitig in den heftigsten Reden und Gegenreden, was zwei Herausforderungen zur Folge hatte, die am andern Morgen ausgetragen werden sollten. Die Sitzung schloß unter allseitiger Erregung, ohne daß es zu einem eigentlichen Beschlusse kam.

Die zwei Ehrenhändel betrafen den jungen Melchior Lónyay, der durch Béla Wenkheim eine Herausforderung an Szemere sandte; Szemere zog es vor, sich durch eine von Lónyay ihm in die Feder diktierte Entschuldigungserklärung aus der Affäre zu ziehen. Das andere Duell, zwischen Lónyay und Bonis, wurde in ritterlicher Weise ausgefochten. Der Pester Klub der Oppositionellen aber strich den Namen Melchior Lónyays aus der Liste seiner Mitglieder.

* * *

Der Sieg der gemäßigten Partei war ein Pyrrhussieg, günstige Folgen hatte er für sie keine. Das Einschüchterungssystem der andern Seite, namentlich der Landtagsjugend, zeigte sich so wirksam, daß viele Mitglieder, die sich bisher der Regierung angeschlossen hatten, aus Besorgnis, von ihren Kommittenten verleugnet zu werden, in die Reihen der Opposition traten.

Aber auch Kossuth mit den Seinen kam nicht recht vorwärts. Die Zirkularsitzungen vom 7. und 8. Februar verliefen resultatlos, am 11. Februar errang Kossuth einen zweifelhaften Sieg. In der Sitzung vom 12. Februar wurde ein vom Zirkularnotar Szabó vorgetragener Repräsentationsentwurf angenommen. Er war ganz im Sinne des Gömörer Antrages abgefaßt: dem Könige wurde für seine die Achtung und Aufrechthaltung der Obergespanswürde gegebenen Erklärungen gedankt, zugleich aber mit Berufung auf die „Heiligkeit des königlichen Wortes" die Erwartung ausgesprochen, daß das Administratorensystem sofort aufgehoben, die Freiheit und die Rechte der Komitate ungeschmälert hergestellt werden.

Am 29. Februar kam der ständische Repräsentationsentwurf vor die Magnatentafel. Louis Batthyány und Ladislaus Teleki, beide bei ihrem Eintritt in den Saal von der Galerie mit frenetischem Beifall begrüßt, fanden zwar die Repräsentation in Anbetracht der Wichtigkeit der Sache, um die es sich handle, viel zu nachgiebig, sie wollten sich aber, da das Ziel dieses Schriftstückes sei, die Versöhnung anzubahnen, gegen deren Annahme nicht stemmen. Von der Regierungspartei zeigten sich nicht wenige geneigt, in diesem Sinne zu stimmen. Obergespan Baron A. Majthenyi verteidigte das königliche Reskript; die den Administratoren erteilte Instruktion sei von einer Art, daß man sie bei Trompetenschall auf offenem Markt ausrufen lassen könne; da jedoch die Repräsentation der Stände in den loyalsten Ausdrücken abgefaßt sei, so könne er deren Annahme den Magnaten empfehlen. Zu einem förmlichen Beschlusse kam es indessen nicht, da unsichere Nachrichten von Pariser Ereignissen alles andere in den Hintergrund drängten.

In der entscheidenden Sitzung vom 5. Februar hatte Kossuth unter anderem gesagt: „Wenn sich die heutige Majorität freut, daß sie den Reichstag leiten werde, so verrechnet sie sich gewaltig." In seinem Innern war aber der Agitator durchaus nicht so siegesgewiß. Als er am 11. und 12. darauf seinen Antrag gleichwohl durchsetzte, mußte er den Vorwurf hinnehmen, er habe seinen Sieg auf unparlamentarischem Wege errungen, weil dieser auf der Umstoßung des vorangegangenen Mehrheitsbeschlusses fuße.

Der Opposition lag daran, das Recht der Einberufung der Sitzungen, der Eröffnung und des Schlusses derselben, das nach altem Herkommen dem Präsidenten zustand, in ihre Hand zu bekommen. Der Präses, führte Szentkiralyi am 22. Februar aus, solle in allen diesen Dingen im Einverständnisse mit der Majorität vorgehen. „Der Präses", sagte Madarász von Somogy, „der nur der ergänzende Teil der Versammlung ist, soll keine besondern Vorrechte und keinen eigenen Willen haben, sondern nur den Wunsch der Majorität aussprechen." In gleichem Sinne sprach Kende von Szathmár: „Die Zeiten, wo unsere Vorfahren mit dem Tigerfell um die Schultern und der Streitaxt in der Hand auf der Heide von Rákos sich versammelten und öffentliche Beratung hielten, sind längst vorbei. Damals

brauchte man freilich keine positiven Gesetze; denn unsere Vorfahren wußten sich gleich in facie loci zu helfen. Jetzt aber, wo diese glücklichen Zeiten weit hinter uns liegen, müssen wir für jeden möglichen Fall durch ein Gesetz vorbauen. . . ." Ungeachtet aller Anstrengungen der Opposition konnten sie ihr Verlangen nicht durchsetzen.

Dazu kam ein weiteres. Seit Jahren betrieb Kossuth das Projekt einer Eisenbahn zwischen Vukovár und Fiume. Sein großer Gegner aber entwarf den Plan eines umfassenden ungarischen Eisenbahnsystems, dessen Schienenstränge von Pest als dem Zentrum aus in vier Hauptrichtungen bis an die Grenzen des Landes reichen sollten. Széchényis Gedanke fand Beifall in allen intelligenten Kreisen Ungarns, und das abseitige Projekt Kossuths ging dabei, mindestens vorläufig, in die Brüche.

In diesen verschiedenen Angelegenheiten sah demnach der demokratische Führer seinen Einfluß und sein Ansehen bedroht. Anklänge von einer bevorstehenden Auflösung des Reichstages durchschwirrten die Luft, und so finden wir es begreiflich, wenn wir erfahren, daß sich Kossuth in einem gegen Ende Februar an einen seiner Verwandten nach Pest gerichteten Briefe über die Entwicklung der nächsten Zukunft im Tone der Hoffnungslosigkeit aussprach[1].

4.

In den sog. deutschen Provinzen ging alles seinen gewohnten Gang; in Galizien herrschte seit der Niederwerfung des Aufstandes von 1846 Kirchhofsruhe. Empfindlich waren nur in fast allen Ländern die Nachwehen der Mißernte der letzten zwei Jahre[2], und wenn die anhaltende Teuerung und eine bedenkliche Geschäftsstockung die Aufmerksamkeit der Staatsmänner wach erhielt, so war es ein drückender Notstand, der die Stimmung der unteren Klassen der Bevölkerung herabdrückte und verbitterte und die Menge der Arbeitslosen hier und da zu gewalttätigen Ausbrüchen verleitete. Besonders in einigen Vorstädten und Orten der Umgebung Wiens fielen wiederholt Angriffe auf Bäckerläden und Plünderungen derselben vor; ja an einem der letzten Januartage wurde ein in später Abendstunde auf der Schönbrunner Straße fahrender Hofwagen von einem Haufen hungernder Männer, Weiber und Kinder aufgehalten; sie ließen ihn erst weiter, nachdem der Kutscher seinen Geldbeutel hergegeben hatte.

* * *

[1] Horváth-Novelli, Fünfundzwanzig Jahre II 510 f 513; s. ebd. den Vergleich zwischen Kossuth und Deák 492 f 512.

[2] In den Karpatengegenden, behauptete Kossuth, wohl nicht ohne arge Übertreibung, ging der fünfte Teil der Bevölkerung zu Grunde.

Seit Jahr und Tag wurde Wien durch ein Stück in lebhaft angeregter Laune erhalten, das Eduard Bauernfeld im November 1846 zum erstenmal auf die Bühne gebracht hatte. Es war die Komödie „Großjährig". Alle Welt wußte, daß die Figur des „Blase" auf Metternich gemünzt sei, und es war nicht unbekannt, daß, wohl eben um dieses Umstandes willen, Graf Kolowrat das Stück unter seinen Schutz genommen hatte. Es war das ein guter Witz, der aber seine nicht unbedenklichen Seiten hatte. „Unbegreiflich schien es mir", schreibt ein Zeitgenosse in seinen Erinnerungen, „wie ein Mitglied der Ministerkonferenz das Lustspiel des losen Vogels hinausflattern ließ, um seinen Ministerkollegen dem Spotte des lachlustigen Publikums preiszugeben, während sich doch jener ganz besonders für die inneren Angelegenheiten des Staates, die vor allem reformbedürftig waren, zur Leitung berufen sah. Dieser Vorgang war ein sprechendes Zeichen des Leichtsinns und der Gedankenlosigkeit, welche in einer Periode, wo von allen Seiten Anzeichen kommender bedenklicher Ereignisse sich bemerkbar machten, selbst den Funken anblies und die Schranken der Autorität in Brand steckte."[1] Wo möglich noch größeres Aufsehen als in Wien machte „Großjährig" in Prag, wo sich überhaupt in den letzten Jahren die Stimmung gegen das herrschende System merklich verbittert hatte. Aber auch auf andern Provinzialbühnen wurde „Großjährig" gegeben und mit Jubel aufgenommen. Es machte Abend für Abend volle Häuser; alle Beziehungen, die feinsten wie die derben, wurden herausgefunden, als versteckte Geißelhiebe gegen das herrschende System belacht und bejubelt — und das Stück wurde nicht verboten! Die einen erblickten darin die Bürgschaft einer Wandlung zum Besseren, die Morgenröte einer anbrechenden schöneren Zeit, während andere meinten, man unterlasse das Verbot, um nicht dadurch einzugestehen, daß man sich selbst in den Personen des „Großjährig" erkenne.

Auch sonst war Wien nicht mehr ganz jene allbekannte Theater- und Musikstadt, die es früher gewesen; es waren nicht die mehr gutlaunigen als böswilligen Wortspiele und Witze, die sonst auf den Markt getragen wurden; es war nicht mehr der „Hans Jörgel aus Gumpoldskirchen", der sich manches zu sagen erlauben durfte, auf was man achtete, weil seine Briefe, wie man allgemein versichern hörte, bis in hohe erzherzogliche Kreise hinauf wohlgeneigte Leser fanden.

Seit der Gründung des juridisch-politischen Lesevereins hatten die gebildeten Klassen Wiens einen Sammelpunkt erhalten, der ihnen bis dahin gefehlt hatte. Der Verein zählte Mitglieder aus der höheren Beamten- und Militärwelt, Schriftsteller aus allen Sphären, Advokaten, Ärzte und Theologen. Von dem Verein war eine Bibliothek gegründet und mit einer reichen Dotation ausgestattet worden, in der alle wichtigeren Erscheinungen der neueren

[1] Holenia, Erinnerungen, Wels 1892, 54.

und neuesten Literatur zur Benutzung offen lagen und nach jeder Richtung die mannigfachste Anregung boten. Fürst Metternich, in dessen Abwesenheit man vom Grafen Sedlnitzky die Genehmigung herausgelockt hatte, nannte dies einen argen Mißgriff, und auch dem obersten Polizeichef bereitete das, was sich aus dieser Gesellschaft der aufgewecktesten Köpfe Wiens zu entwickeln begann, mitunter schwere Stunden. Einen andern Brennpunkt neuerungssüchtigen Treibens bildeten die jungen Kräfte der medizinischen Fakultät, unter denen namentlich Ludwig v. Löhner das große Wort führte. Auch außerhalb dieser Kreise traten in der letzten Zeit Erscheinungen zu Tage, die nur zu deutlich zeigten, daß ein neuer Geist von Unruhe und nörgelnder Kritik, an welchem die auswärtigen politischen Ereignisse nicht wie bisher spurlos vorübergingen, um sich zu greifen begann. Darauf deuteten auch einige Fastnachtscherze, die in den letzten Tagen des Karnevals sowohl in Wien als in Prag bedenkliche Anspielungen zum Ausdruck brachten [1].

Demnach fehlte es nicht an Zündstoffen mancherlei Art, die jedoch in den Regierungskreisen nicht besonders beachtet wurden. Auch auf das, was im Preßburger Landtage vorging, legte man auf dem Wiener Ballplatz und in der kaiserlichen Burg nicht allzugroßes Gewicht. Das Kapitel der „Gravamina" kannte man von alters her, und an den Lärm der ungarischen Opposition hatte man sich seit den letzten Landtagen mehr und mehr gewöhnt. Waren auch diesmal die Beschwerden einschneidenderer Art, und war die Leidenschaft der Opposition zäher, ihr Gebaren heftiger und hitziger als in früheren Landtagen, so war gleichwohl die Hoffnung nicht aufzugeben, diese Schwierigkeiten zu überwinden, und als letztes Mittel stand immer die Auflösung des Abgeordnetenhauses zur Hand, eine Möglichkeit, deren Eintritt Kossuth und seine Bannerschaft durchaus nicht ohne ernste Besorgnisse entgegensahen. Denn Graf Apponyi war ein Mann von Kraft und Entschlossenheit, der sein Ziel fest im Auge hielt und sich durch den größten Widerstand weder darin beirren noch davon abbringen ließ.

Ernste Besorgnisse dagegen flößten dem österreichischen Staatskanzler die italienischen Angelegenheiten ein. Der Alte vom Berge sah klar, wohin Zustände solcher Art führen müßten. Es war ein Gefühl des Unbehagens, das die Atmosphäre des Fürsten und seiner Umgebung erfüllte. Es gehe ein Geist des Mißmuts, des Widerspruchs durch alle Kreise, klagte Fürstin Melanie in ihrem Tagebuche: „Jedermann hält sich berechtigt, alles, was geschieht, zu bekritteln.... Schließlich verzweifelt man an allem. Klar ist mir nur, daß der allgemeine Haß wider uns entbrannt ist, und daß die Kraft unserer Gegner wie die unglaubliche Schwäche unserer Freunde uns endlich zu Grunde richten." [2] Frankreich, setzte der österreichische Staatskanzler seinen

---

[1] Reschauer, Das Jahr 1848 I, Wien 1872, 37 146. Siehe auch Österr. Jahrb. 1893, 100 f. [2] Metternich, Nachlaß VII 529.

Getreuen, dem Grafen Lützow in Rom und dem Baron Lebzeltern in St Petersburg, auseinander, verfüge über große materielle Hilfsmittel; es habe hinter sich eine verheerende Revolution, gegen deren Wiederkehr alle gefährdeten gesellschaftlichen Interessen zusammenstehen; aber moralisch und politisch scheine das heutige Frankreich mit seiner durch widerstrebende Elemente gelähmten Macht wie geschaffen, die Übel, an denen es leide, großzuziehen, doch wenig geeignet, das Gute, dessen es bedürfe, irgendwie zu fördern und zu unterstützen. Deutschland gedeihe materiell und sei zufrieden, obwohl aufgeregt durch die Ereignisse in der Schweiz und in Italien, die es in entgegengesetzter Richtung beunruhigen: wenn sich von der einen Seite die liberale Partei dadurch gehoben fühle, verletzten von der andern jene Vorgänge das dem deutschen Nationalcharakter innewohnende Rechtsgefühl und schreckten die Massen.

„Die italienischen Regierungen mögen ihre Zwecke haben, die sie zu erreichen streben; allein sie täuschen sich in der Wahl der Mittel und befinden sich auf einem Wagen, der dem Abgrunde zuschießt, ohne daß sie die Macht hätten, ihn in seinem Lauf aufzuhalten. Augenblicklich bietet die apenninische Halbinsel, inbegriffen das lombardisch-venetianische Königreich, das in den Annalen der Geschichte neue Schauspiel einer allgemeinen Erregung der Geister ohne die materiellen Ausschreitungen, die sonst Revolutionen zu begleiten pflegen.

„Eine eigentümliche Rolle unter den italienischen Staaten spielt Sardinien. Es ist der König Karl Albert, der zuerst, aus Anlaß der Thronbesteigung des neuen Papstes, der Halbinsel die Anregung zu jenem Aufschwung gegeben hat, der es einer völligen Anarchie entgegenführt. Der König ist für seine Person eifersüchtig auf seine souveräne Macht, aber zugänglich ehrgeizigen Bewegungen, und aufgemuntert in dieser Richtung durch die Teilnehmer jener Verirrungen, die seine Jugend gekennzeichnet haben, hat er den italienischen Thron vor Augen. Ehrgeizig und zugleich schwach, sucht er die Mittel der Durchführung in der Verstellung. Indem er alle Welt zu täuschen meint, täuscht er sich selbst. Die Anregung, die er seinem Lande gegeben hat, ist eines der ersten Elemente allgemeinen Umsturzes, der sämtlichen Staaten der Halbinsel droht. Italien steht nicht mehr unter der Autorität der rechtmäßigen Regierungen; es folgt den Befehlen der die Sekten führenden Ausschüsse, unter denen das ‚junge Italien‘, Hand in Hand mit der polnischen Emigration, diejenige ist, die das Losungswort für den allgemeinen Umsturz austeilt.

„Das Jahr 1848 wird reich an Überraschungen sein. Aus den Nebeln, die den Blick der erfahrensten Beobachter hindern, die Entwicklung der Dinge zu verfolgen, werden Erscheinungen eigener Art zu Tage treten. Zu keiner Zeit hat sich die gesellschaftliche Ordnung in einer Lage befunden, die auch nur annähernd jener gleicht, wie sie uns die Geschichte unserer Tage vor

Augen führt. Was uns betrifft, werden wir unerschüttert jene Linie einhalten, die uns das Gefühl dessen vorzeichnet, was wir uns selbst und der Welt schuldig sind, die, wenn wir uns selbst untreu würden, ihrem unabwendbaren Verhängnis anheimgegeben wäre."

Metternich erwog in dieser Zeit mit dem Grafen Hartig eine durchgreifende Änderung des lombardisch-venetianischen Verwaltungssystems. Erzherzog Rainer hatte wiederholt um Erweiterung des ihm im Jahre 1818 eingeräumten Wirkungskreises gebeten, der unter den Verhältnissen, wie sie sich seither entwickelt hatten, und namentlich den gesteigerten Ansprüchen und Forderungen der Gegenwart gegenüber nicht mehr ausreiche. Seinen Vorstellungen war bisher nur kleinlich in Angelegenheiten von ganz untergeordneter Bedeutung, wie Ernennung der politischen Unterkommissäre, Besetzung von Stiftungsplätzen in k. k. Erziehungshäusern, entsprochen worden[1]. Metternich und Hartig kamen nun über folgende Punkte überein: Der Vizekönig solle seinen Sitz in Verona nehmen; er sei dort persönlich sicherer, daher freier in seinem Wirken; zudem befinde sich in Verona die oberste Justizstelle und das Generalkommando des Doppelkönigreichs; Erzherzog Rainer müsse die Stellung eines Alterego des Kaisers einnehmen, und um Einheit in die militärischen Maßregeln des Feldmarschalls und den Gang der Zivilbehörden zu bringen, eine Regierungsgiunta für die oberste Leitung der Landesangelegenheiten zur Seite haben: für das Diplomatische Ficquelmont, für das Militärische den Ersten Generaladjutanten Sr Majestät Feldmarschalleutnant Eugen Grafen v. Wratislaw-Mitrowitz, für das Innere Torresani, für die Justiz den Vizepräsidenten des Tiroler Appellationsgerichtes Anton Salvotti Ritter von Eichenkraft[2]. Nach außen hin sollte Ernst gemacht werden. Metternich dachte an eine bewaffnete Intervention in Italien, womit er allerdings den längst gehegten Absichten Radetzkys entgegenkam, nur daß dieser für den gleichen Zweck sowie für eine strenge Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung im Innern ausgiebige Verstärkungen verlangte[3].

Was übrigens Metternich zunächst besorgte, betraf nicht Italien, sondern die Schweiz, wo nach der Niederlage, welche die katholisch-konservativen Kantone im Sonderbundskriege erlitten hatten, die radikale Partei kühner ihr Haupt erhob, besonders im Kanton Tessin, von jeher einer Zufluchtsstätte und einem Schlupfwinkel der Unzufriedenen aller Länder. Es war damals die Zeit der Freischaren, und es war von einem solchen Zuge aus Tessin ins Mailändische die Rede, für welchen Fall Metternich vom Kaiser die Ermächtigung erbat und erhielt, den Angriff nicht bloß zurückzuweisen,

---

[1] Eingabe des Erzherzogs vom 19. Januar: A. H. E. vom 11. Februar 1848; Polizeiarchiv Fasz. 236, Nr 2046.

[2] Metternich, Nachlaß VII 574—576, 18. Januar.

[3] Ebd. VII 579—581, 29. Januar.

sondern bis ins feindliche Gebiet hinein zu verfolgen und den Kanton zu besetzen, „nicht um ihn zu erobern, sondern um ihn als Unterpfand für die eigene Sicherheit zu halten“[1].

Zu einem solchen Einfall kam es zwar nicht, aber in anderer Weise wurden die Behörden durch immer neue Demonstrationen außer Atem gehetzt. Zu Mariä Lichtmeß, 2. Februar, war nach Mailand die Nachricht von der sizilischen Revolution gekommen, und der Freude hierüber, des Jubels war kein Ende; in den Lokanden, so wollten Spötter wissen, fanden Neapel zu Ehren Makkaroni reißenden Absatz. Am 5. abends war die Scala, seit langem von den Lions gemieden, im Parterre und in den Logen überfüllt, die Damen in vollem Putz, die Männer im Ballanzug; nach der Vorstellung großes Souper der jungen Herren im Café Cova. In der Nacht vom 5. zum 6. waren längs des Corso Porta Romana, der jetzt Corso Napoli heißen sollte, Aufschriften zu lesen: Gloria a Palermo! Lombardi seguite i Palermitani! Viva Napoli e la Costituzione! Am andern Tage strömte alles nach dem Dom, dessen fünf Tore alle geöffnet waren; das weite Haus, das bei zehntausend Menschen faßt, war in allen Teilen überfüllt; auf dem Platze vor der Kirche, der von einer dicht gedrängten Menge besetzt war, harrten mehr als siebzig Equipagen ihrer Herrschaften, die im Gotteshause Dankgebete für das, was den Neapolitanern beschert worden, und inbrünstige Bitten, daß ihnen ein gleiches Los fallen möge, zum Himmel sandten. Die Kutschen der Generale Karl Schwarzenberg und Eduard Clam, die am Tage zuvor in Mailand angekommen waren, und des Fürsten Wilhelm Taxis, der in der Abreise begriffen war, blieben im Gedränge stecken und sahen sich von höhnenden Gesichtern umringt; man hörte auch Pfiffe. Die Festlichkeit lief im übrigen ohne Störung ab, was aber nicht hinderte, daß von seiten der Polizei abermals Fortschaffung einiger „politischen Agitatoren“, wie man sie nannte, beschlossen wurde. Das Schicksal traf diesmal den Kapitän Manfredo Camperio und den Bankier Ignazio Prinetti, die in der Nacht vom 7. zum 8. aufgehoben und nach Linz gebracht wurden; Prinettis schwangere Frau bat vergeblich, ihren Mann begleiten zu dürfen, zwei Tage später lief sie ihm nach. Drei andere, Simonetti, Besana und Dr Luzatti, waren der ihnen drohenden Gefahr durch schleunige Flucht zuvorgekommen.

In Venedig war am 4. Februar eine der Säulen des jetzt wankenden Systems, der pensionierte Gubernialrat Baron Antonio Mulazzani, Ritter der Eisernen Krone, „eine der bekanntesten und hervorragendsten Persönlichkeiten der Magistratur“, aus dem Leben geschieden. Sein Leichen-

[1] Vortrag an den Kaiser vom 29., Depeschen nach Paris und nach St Petersburg vom 29. und 31. Januar; s. Metternich, Nachlaß VII 579—581.

begängnis, unter den früheren Verhältnissen eine Totenfeier von erstem Range, ging diesmal ohne Sang und Klang vor sich; man hatte andere Dinge im Kopfe, die Gemüter waren von den Nachrichten aus dem Süden in vollem Maße in Anspruch genommen. Am 6. abends war die Fenice überfüllt, die Herren mit weißen Halsbinden und gelben Handschuhen, viele Damen, voran die wegen ihrer nationalen Demonstrationssucht bekannte Nobildonna Salvi, mit einer an ihrer Kleidung sehr auffallend angebrachten italienischen Trikolore. Der gefeierten Königin des Abends, der Primaballerina Cerrito, wehten Tücher, dreifarbig oder mit den päpstlichen Farben Weiß-Gelb, grüßend entgegen, Kränze mit denselben Farben flogen ihr zu; im Parterre flatterte ein an einen Stock befestigtes dreifarbiges Tuch. Als sie die „Sicilienne" tanzte, erreichte die Begeisterung den höchsten Grad, stürmisch wurde die Wiederholung verlangt. Da der anwesende Polizeikommissär nichts tat, mußte der Inspektionsoffizier einschreiten, der die Wache eintreten ließ. Alsbald ertönten Rufe: Fuori tutti — „alle hinaus", und in wenigen Sekunden war der Saal fast leer[1].

Am 5. Februar zeigten sich bei den Paduaner Studenten zuerst Ernanihüte, was in der Stadt ungeheueres Aufsehen machte und bei den Behörden eine unglaubliche Konfusion bewirkte. In der Nacht darauf wurde der Leutnant Joseph Kedves de Csik-Somlyo vom Erzherzog Franz Karl-Infanterieregiment von einem betrunkenen Studenten insultiert; er zog vom Leder, schlug den Burschen nieder und ließ ihn in seinem Blute liegen. Am 6. war ganz Padua in Bewegung. Die Studenten zogen in Massen durch die Straßen, trieben um 1 Uhr nachmittags auf der Piazza de' Signori die Zuhörer der militärischen Musikbande auseinander; selbst jene an den Fenstern und auf den Balkons mußten sich zurückziehen. d'Aspre lag zu Bette; ihn hatte eben erst der Regimentsarzt von den Reuß-Husaren Dr Ignaz Korda durch eine Operation von einem sehr gefährlichen Leiden befreit. An d'Aspres Statt führte Feldmarschalleutnant Graf Franz Wimpffen das Kommando. Es ließ sich eine Deputation nach der andern anmelden; sie stellten die sonderbarsten Anforderungen, darunter auch die: die in der Stadt garnisonierenden Truppen gegen andere zu vertauschen. Für den 8. Februar war eine Studentenrevolte angesagt. Studenten mit ihren Ernanihüten stolzierten herausfordernd durch die Straßen. Gegen 5 Uhr nachmittags schritten zwei Offiziere vom Kaiserjägerregiment, Oberleutnant Kasimir Czarnecki und Leutnant Anton Steffenelli, rauchend an der Universität vorbei. Sie wurden von den Studenten verhöhnt: Poveretti porchi tedeschi! und derart bedrängt, daß ihnen jede Bewegung, um ihre Säbel

[1] Aus dem Privatschreiben eines k. k. Offiziers an den Grafen Huyn: „Graf Palffy ist wütend auf die Polizei. Hier ist der Gouverneur energisch und der Polizeidirektor unbehilflich. In Mailand ist es umgekehrt."

aus der Scheide zu ziehen, unmöglich wurde, bis ihnen ein Pikett Husaren zu Hilfe kam. Da die Offiziere jetzt blank zogen und andere Patrouillen erschienen, denen die Studenten Widerstand leisteten, so wurde ein förmliches Gefecht daraus, wobei von der einen Seite Steinwürfe und Pistolen, von der andern Säbelhiebe und Gewehrsalven ihre Rolle spielten, während die Universitätsglocke zum Sturm ertönte und die Kaufläden in den benachbarten Straßen eilig geschlossen wurden. Einige Studenten flüchteten in das Café Pedrochi, aus welchem sie auf die Soldaten feuerten, was von diesen blutig erwidert wurde. Ein Student fiel, vier oder fünf waren schwer, mehrere leicht verwundet[1]. Am Tage darauf, da viele Gewölbe aus Furcht vor Wiederholung der Unruhen gesperrt blieben, folgten Haussuchungen bei den Studenten und Verhaftungen solcher, bei denen sich Verdächtiges fand: dreifarbige Abzeichen, revolutionäre Aufsätze und Lieder, auch wohl Dolche. Mehrere hundert Studenten verließen die Stadt mit der Drohung, das Landvolk gegen das Militär aufzubieten. Die Vorlesungen wurden vorläufig eingestellt. Neun „politisch Verdächtige", darunter sieben Studenten, wurden assentiert und in nicht einheimische Regimenter gesteckt. In regierungsfeindlichen Kreisen wurde alle Schuld an diesem beklagenswerten Konflikt auf das Militär geschoben. Im „Teatro filarmonico" zu Vicenza fanden am 9. lebhafte Besprechungen des Ereignisses statt; Marchese Aless. Carlotto, Cte Eviprando Giuliani, Cte Aless. Murari Brà diskutierten heftig: man könne sich eine derartige Behandlung nicht länger gefallen lassen, man müsse zu den Waffen greifen. Maueranschläge in Venedig forderten Tod der Deutschen. Ein revolutionärer Aufruf ging von Hand zu Hand:

Non le fibbie sui capelli, ma volatevi i cervelli;
Allor sarete degni di propor riforme ai regni[2].

---

[1] Nach andern, gewiß übertriebenen Berichten gab es 5 Todesfälle und 40 Verwundungen. Die Namen der beiden Offiziere bei Potschka, Geschichte des Tiroler Jägerregiments I, Innsbruck 1885, 117; es ist daher irrig, wenn man an andern Orten statt Czarnecki den Leutenant Ludwig Gerliczky de Gerlicze genannt findet. Schreiben des Platzhauptmannes Michael Hofmann an den Grafen Huyn: „Was die A. A. Ztg Nr 50 vom 19. Februar, S. 789 f, und die Züricher Ztg von dem Einhauen der Dragoner 2c. reden, ist alles erlogen bis auf das, daß ein Professor beim Erblicken eines verwundeten Studenten seinen Orden herabriß. Dieser war der Professor der Gerichtsordnung Dr Alessandro Racchetti, der am 8. Februar sicher und gewiß seine Eiserne Krone mit Füßen getreten hat, und heute wieder liest wie zuvor. Und dieser Mann wurde nicht entfernt! Es sind aber die andern mit wenig Ausnahmen nicht besser. Selbst die wenigen Deutschen, wie Dr Martin Steer (Pathologie), Dr Rudolf Lamprecht (Geburtshilfe), sind ohne Ansehen und Ruf, von zweideutigem Charakter. Der Krebsschaden der hiesigen Universität sind die Rigorosensporteln, die den Professor von den Studenten abhängig machen. Daher liebäugeln diese schmutzigen Professoren mit der turbulenten Jugend und sind froh, wenn alles in der alten Fäulnis bleibt."

[2] Der General-Polizeidirektor Ritter v. Call mußte seitens des Statthalters aus Anlaß dieser Ereignisse wiederholt Vorwürfe der Lauigkeit und zu großer Nachsicht

Padua war jetzt still. Nach den Vorfällen vom 8. Februar war die Universität für zwei Tage geschlossen; als aber am 11. die Vorlesungen wieder stattfanden, war der Besuch spärlich, da viele Studenten die Stadt verlassen hatten oder von ihren Eltern zurückgehalten wurden. Man bewilligte neue Ferien, die bis zum 14. März dauern sollten. „Die Stadt", schrieb in der zweiten Hälfte des Februar ein Offizier der Garnison, „ist wie umgewandelt, es ist eine Ruhe und Ordnung wie nie, keine Art von Beleidigung, keinerlei Exzesse." Dagegen stand es mit d'Aspres Befinden noch immer schlecht. Nach längerer Pause stellten sich seine Gichtschmerzen wieder ein, er mußte ein zweites Mal operiert werden, worauf sein Zustand sich besserte; nur zu Pferde steigen durfte er noch nicht.

Fortwährend sehr bedenklich sah es in Mailand aus, wo die Munizipalität selbst es war, die mit ihrem Podestà Casati an der Spitze am 9. Februar dem Gouverneur eine Verwahrung gegen die jüngsten polizeilichen Maßnahmen überreichte[1]. Welches Gesetz, hieß es darin, gebe den Behörden die Macht, Personen nach eigenem Ermessen aufzuheben und über die Landesgrenze zu schaffen? Seien sie im Verdachte, etwas gegen die Gesetze begangen zu haben, so seien die Gerichte da[2]. Dabei trug Casati Sorge dafür, daß der Schritt der obersten Stadtbehörde nicht auf den amtlichen Weg beschränkt blieb; Abschriften des Schriftstückes gingen in Mailand von Hand zu Hand. „Es ist dies", schrieb Radetzky an den Hofkriegsrat, „ein neuer Beweis, wie der Mailänder Magistrat kein Mittel unversucht läßt, durch eine offen zur Schau getragene Opposition gegen die Maßregeln der Regierung sich den Beifall einer gewissen Partei zu erwerben."

Vom 10. zum 11. Februar erfuhr man im italienischen Doppelkönigreiche die sardinischen Gewährungen, eine Botschaft, welche die schon so hoch gediehene Aufregung nur steigern konnte. Dabei schwirrten allerhand Gerüchte durch das Land. Der Podestà Graf Correr in Venedig, hieß es, und mit ihm alle Munizipalassessoren wollten zurücktreten; die Arsenaloten, empört über die strenge, ja rücksichtslose Behandlung, die sie erfuhren, wollten gleichzeitig und insgesamt ihren Dienst verlassen; der Herzog von Litta habe dem König Karl Albert 100000 Lire geboten, wenn er Mailand mit 8000 Mann besetzen wollte. Ritter v. Call sandte die alarmierendsten Berichte nach Wien: „Im allgemeinen häufen sich die Zeichen einer großen Krisis. Der Übermut, die Verwogenheit der Bewegungspartei wächst zusehends, während

---

erfahren. Call entschuldigte sich mit der geringen Verläßlichkeit der unteren Organe und erfreute sich der Anerkennung des Grafen Sedlnitzky, der Calls „Klugheit, Energie und richtigen polizeilichen Takt" zu schätzen wußte.

[1] Rimostranze del municipio di Milano al governatore per le deportazioni: Arch. trienn. II 322—324, n. 246.

[2] Polizeiarchiv 1848, Fasz. 716, Nr 2900.

sich Furcht und Bestürzung immer mehr aller derjenigen bemächtigen, die beim Ausbruch einer Revolution etwas zu verlieren haben. Der Haß gegen die Regierung und die Deutschen verrät sich in allen Regungen des öffentlichen Lebens, alles ist unterwühlt, der Moment eines gewaltigen Umschwungs scheint, wenn nicht bald eine günstige Wendung eintritt, nicht mehr fern[1].

5.

Was in den nächsten Tagen die Pariser Post bringen könnte, davon hatte der österreichische Staatskanzler ebensowenig eine Ahnung als irgend ein anderer in der Welt, die eigentlichen Faiseurs an der Seine nicht ausgenommen.

Am 28. Dezember 1847 waren die französischen Kammern durch Louis Philippe in Person eröffnet worden, der ernste Worte an die Vertreter richtete. Die Reformbanketts hatten in der letzten Zeit geruht; eines, das von den Wählern des XII. Bezirkes des Seine-Departements für den 19. Januar 1848 angesagt worden war, wurde polizeilich untersagt. Als das Ministerium in der Kammer wegen dieses Verbots interpelliert wurde, berief sich der Minister des Innern Graf Duchâtel auf ein Gesetz von 1791. Am 22. Januar begann die parlamentarische Redeschlacht wegen der Adresse, wobei in beiden Häusern von der Opposition mit äußerster Heftigkeit gekämpft wurde. Thiers donnerte gegen Guizot und die Gefahr einer finanziellen Krisis, Tocqueville gegen die Sittenfäulnis der besitzenden Gesellschaft, die den unteren Klassen gerechten Grund zum Ärgernis gebe: „Früher oder später wird dieser Gegensatz eine furchtbare Revolution herbeiführen, wir schlafen auf einem Vulkan!" Lamartine griff die äußere Politik des Ministeriums an, das liebedienerisch in Italien Österreich die Hand zur Unterdrückung reiche, in der Schweiz den Jesuitismus begünstige und den Liberalismus zu vernichten strebe: „So ist Frankreich, seinen Traditionen wie allen seinen Interessen entgegen, in Rom ghibellinisch, in Bern pfäffisch, in Piemont österreichisch, im Kaukasus russisch, nur französisch ist es nirgends!"

In der Sitzung der Deputiertenkammer vom 7. Februar kam die Bankettfrage zur Sprache. Marie, Duvergier de Hauranne, Odilon Barrot griffen die Regierung in maßloser Weise an, da sie das freie Versammlungsrecht, das Guizot in jüngeren Jahren auf das entschiedenste verfochten hatte, anzutasten sich erkühne. „Klammern wir uns", rief Ledru-Rollin, „mit allen unsern Kräften an diese vitalste unserer Freiheiten, umfangen wir sie mit unsern Armen als den letzten Altar, den es aufrechtzuhalten gilt! Wir

[1] Polizeiarchiv 1848, Fasz. 236, Nr 2272 *et passim*.

wollen alle bis zum letzten Ende ausharren, und fallen wir geschlagen in diesem Kampfe, dann möge wie 1829 das ganze Land einen weiten Bund gegen die Verweigerung dieses unseres guten Rechtes bilden!" Als der Finanzminister sich erhob und die Banketts für einen Angriff auf das Königtum und die monarchischen Institutionen erklärte, rief ihm Odilon Barrot entgegen: „Ihr seid es, die ihr Feinde dieser Institutionen seid und blind für die Gefahren der Zukunft!" Seit den Zeiten des Konvents, behauptet eine Zeitgenössin, erinnerte man sich nicht an eine Sitzung von solcher stürmischen Heftigkeit. Das revolutionäre Paris zitterte vor Freude, in den Salons war man bestürzt, die Opposition selbst war verblüfft von ihrem eigenen Werk[1]. In der Kammer herrschte die größte Aufregung; wildes Geschrei, leidenschaftliche Ausrufe ließen die Redner kaum zu Worte kommen, bis sich Lamartine erhob und allgemeine Stille eintrat, die erst dann neuerdings unterbrochen wurde, als er den Ministern zurief: „Ihr wollt die Hand der Polizei auf den Mund des Volkes legen" — Vous voulez mettre la main de la police sur la bouche du peuple! Doch alle Anstrengungen, die volle Leidenschaft der Opposition scheiterten an der geschlossenen Phalanx der Majorität, welche die von der Regierung gebilligte Adresse mit 228 gegen 185 Stimmen annahm. Aber nicht alle jubelten über diesen errungenen Erfolg. Desmousseaux von Givró warnte: „Der Sieg, den ihr errungen habt, ist einer von jenen schicksalsschweren, deren nicht viele kommen dürfen, um die konservative Partei zerfallen zu machen. Ihr habt den Gegnern eure Stärke gezeigt, zeigt jetzt euern Freunden euern guten Willen, indem ihr die nötigen Reformen bewilligt. Wartet nicht, bis ihr gezwungen sein werdet zu wählen zwischen einer Schwäche und einer Torheit! Es ist der Rat eines loyalen und überzeugungstreuen Konservativen!"[2]

Die Gegner der Regierung wollten ihr Vorhaben ertrotzen. Im XII. Arrondissement von Paris wurden Anstalten für ein am Sonntag den 20. Februar abzuhaltendes Bankett getroffen, was der „National" in seiner Nummer vom 17. ankündigte. Der Polizeipräfekt von Paris, Gabriel Delessert, legte ein Verbot ein; doch die mit den Einleitungen betraute Kommission, welcher Pagnerre, Crémieux, Garnier-Pagès angehörten, antwortete mit einer geharnischten Erklärung, in welcher sie den behördlichen Akt einen willkürlichen und wirkungslosen nannten[3]. Als am Tage darauf in der Kammer das Ministerium interpelliert wurde, ob der Polizeipräfekt mit dessen Ermächtigung gehandelt habe, bejahte Duchâtel die Frage ohne Zaudern.

---

[1] Daniel Stern (bekanntlich Gräfin d'Agoult), Hist. de la Révolution de 1848 I 137.

[2] O. Barrot, Mémoires I 500 f.

[3] Ein Faksimile der auf rotem Papier gedruckten Einladung für das Bankett am 20. Februar à midi précis s. Les Murailles révolutionnaires I, Paris 1852, 8.

Die Bankettkommission hatte mit Absicht ein Restaurant in den Elysäischen Feldern, nahe dem Triumphbogen, also möglichst entfernt vom Mittelpunkte der Stadt und von den stets gefährlichen Arbeitervierteln, gewählt. Nachmals aber kam sie bei der Erwägung, daß die Abhaltung an einem Sonntag, also an einem Ruhetage der Arbeiter, für eine volkliche Demonstration wie geschaffen war, von ihrem ersten Entschluß ab und kündigte am 19. Februar die Verlegung auf den nächsten Dienstag, den 22., an: der Ort der Zusammenkunft werde rechtzeitig namhaft gemacht werden. Doch war dies wohl nicht das einzige Motiv des Aufschubs. Es hatte sich in diesen Tagen das Gerücht vom Rücktritte Guizots verbreitet; die Herzogin von Orléans, hieß es weiter, dringe beim König auf eine Änderung des Kabinetts, eine Nachricht, die ein augenblickliches Steigen der Kurse zur Folge hatte. Im Schoße der monarchischen oder konstitutionellen Opposition überwogen die Zweifel immer mehr; in den Sitzungen der Bankettkommission ging es ziemlich wirr und bunt zu, man zeigte sich unentschlossen, man wollte, man wollte nicht. Thiers allein hatte den Mut, es offen auszusprechen: da die Regierung darauf beharre, das Bankett zu verbieten, sei es Pflicht, auf dessen Abhaltung zu verzichten. Auch Berryer äußerte sich in diesem Sinne, und so gab denn am 21. abends in einer von Odilon Barrot veranstalteten Zusammenkunft dieser im Namen seiner Partei die Erklärung ab, daß man, um Blutvergießen zu vermeiden, sich vom Bankette fernhalten werde. Obwohl nun Armand Marrast meinte, man sei zu weit gegangen, um im letzten Augenblick zurückzutreten, und obwohl Lamartine in einer seiner schwungvollsten Reden den Satz ausführte, „man sei durch die Hartnäckigkeit der Regierung zwischen Schmach und Gefahr gestellt, man vermeide die Schmach und trotze der Gefahr, das Weitere liege in Gottes Hand", siegte doch zuletzt die Besonnenheit, so daß von hundert Mitgliedern, die sich zur Teilnahme aufgeschrieben hatten, nur siebzehn ihrem Vorsatze treu blieben. Als man Lamartine dieses Ergebnis mitteilte, sagte er: „Wohlan, wenn sich die andern von ihrer Pflicht abwendig machen lassen, so werde ich allein zum Bankett gehen, ich allein, gefolgt von meinem Schatten!"

In seiner Geschichte der Februarrevolution spricht Lamartine den Satz aus: „Die Leidenschaft des Volkes überschreitet immer das von den Politikern vorgesteckte Ziel." Es fließt daraus die Lehre, daß die Politiker in den Zielen, die sie sich setzen, Vorsicht und in den Mitteln, durch die sie dahin gelangen wollen, Mäßigung walten lassen sollen, und diese Lehre hat Lamartine selbst nicht befolgt. Er hat nachmals seine Haltung am 21. Februar bereut und dabei einen zweiten schönen Satz ausgesprochen: „Es ist ein schweres Unrecht, Gott zuzuschreiben, was Gott den Staatsmännern auferlegt hat — die Verantwortlichkeit."[1]

---

[1] Hist. de la Révolution de 1848 I 41—47.

In den Tuilerien zeigte man sich über den Rückzug der Opposition über die Maßen befriedigt. Marie-Amélie jubelte, Louis Philippe schüttelte seinen Ministern wärmer als sonst die Hände und zeigte die übermütigste Laune: „Diese großtuende Opposition habe ich nie für etwas anderes gehalten als für eitle Schönreder, ohne Mut für ein ernstes Unternehmen." Zu Salvandy sagte er: „Sie haben auf das Bankett verzichtet, ja wohl! Habe ich es nicht vorausgesagt, daß all dieses Strohfeuer in Rauch aufgehen werde?"[1]

Er baute, falls es doch zu etwas Ernstem käme, auf die Stärke der Garnison von Paris und dessen Weichbild, die 31000 Mann und 5400 Pferde mit angemessener Artillerie zählte[2]. Der britische Botschafter Lord Normanby, ein aufmerksamer Beobachter, unterschätzte keineswegs diese imposante Macht; allein er stellte dagegen zwei bedenkliche Umstände in Rechnung: erstens den sehr zu fürchtenden radikalen und revolutionären Teil der Bevölkerung von Paris, der seit langem auf eine Gelegenheit zu warten scheine, Unruhe zu stiften; und zweitens kam es, wie er meinte, auf die Haltung der Nationalgarde an: schlage sich diese zum Volk, so sei es sehr zu bezweifeln, ob das Militär es über sich gewinnen werde, gegen beide einzuschreiten[3]. In der Tat hatte sich bereits in den letzten Tagen gezeigt, daß in einem großen Teile der Pariser Bürgerwehr ein bedenklicher Geist walte. Schon am 9. Februar konnte eine beabsichtigte Demonstration vieler Offiziere der Nationalgarde nur durch das eindringliche Dazwischentreten von Abgeordneten der Opposition beschwichtigt werden, und aus einer am 17. zur Wache in den Tuilerien beorderten Abteilung waren Rufe: Vive la réforme! zu vernehmen. Als sich Normanby am 21. in den Tuilerien zeigte, traf er mit dem Präfekten des Departements der Seine zusammen, der ernste Besorgnisse äußerte, was der nächste Tag bringen werde[4].

Anderer Meinung war der Polizeipräfekt Delessert, der auf die Nachricht, daß die Abhaltung des gefürchteten Banketts unterbleibe, im Einverständnis mit den Generalen Jacqueminot, Kommandanten der Pariser Nationalgarde, und Tiburce Sebastiani, Militärkommandanten von Paris, den Antrag stellte, von der für den morgigen Tag beabsichtigten Entfaltung einer umfassenden bewaffneten Macht abzusehen; im Ministerium des Innern ging man auf diesen Vorschlag ein und erließ die nötigen Befehle.

Dienstag, 22. Februar. Es war ein unfreundliches Wetter; der Morgen brach trüb und düster an; ein eisiger Wind pfiff durch die Straßen;

---

[1] Barrot, Mémoires I 513.

[2] Guizot, Mémoires VIII 575 f Anm.

[3] Normanby, A Year of Revolution I 57 73—75; seine diesfälligen Bemerkungen datierten vom 10. und 19. Februar.

[4] Ebd. I 80.

ein mit schwerem Gewölk verhangener Himmel lagerte über der Stadt. An den Straßenecken klebte die vom 21. datierte Kundmachung des Polizeipräfekten Delessert, worin er die Bevölkerung vor jeder Zusammenrottung warnte, um nicht Anlaß zu bedauerlichen Wirren zu geben. Die Warnung hatte keinen Erfolg. Vom frühen Morgen zeigten sich die Straßen von einer durcheinander flutenden Masse beschäftigungsloser Arbeiter und neugierigen Volkes überfüllt: Was werde die Regierung tun? Werde die Nationalgarde aufgeboten werden? Werde es zu einem Handgemenge kommen?

Im Bureau des Präsidenten der Deputiertenkammer hinterlegte Odilon Barrot einen von 52 Mitgliedern unterzeichneten Akt, welcher die Versetzung des Ministeriums in Anklagestand sowohl wegen seiner auswärtigen als der inneren Politik beantragte. Guizot bekennt in seinen Memoiren, von allen Schritten der Opposition habe ihn keiner in solches Erstaunen versetzt als dieser. „Daß eine durch acht Jahre inmitten der vollsten öffentlichen Freiheit festgehaltene, auf der Rednerbühne und in der Presse durch die lebhaftesten Diskussionen erprobte, durch die Zustimmung einer sichern Majorität gebilligte Politik des Verrates, der Gegenrevolution, der Tyrannei beschuldigt und mit einemmal zum Gegenstand gerichtlicher Anklage gemacht wurde, diese Tatsache ging über meine Voraussicht hinaus.“[1]

Bedenklicher als dieser Schritt der Opposition, der angesichts der Zusammensetzung der Kammer gleich einem Schlag ins Wasser gelten konnte, war, was sich mittlerweile in der Stadt entwickelte, wo sich zu den einheimischen Elementen der Ruhestörung zahlreiche Zuzügler aus der Umgegend gesellten. Im allgemeinen fielen trotz der drängenden Bewegung in den Straßen keine Gewalttätigkeiten oder boshaften Streiche vor, außer daß im Hôtel des Ministeriums des Äußern einige Fenstertafeln durch Steinwürfe in Splitter gingen. Gegen 11 Uhr vormittags marschierten Abteilungen der Munizipalgarde über den Eintrachtsplatz gegen die Elysäischen Felder, um die Vorbereitungen für das Bankett wegzuschaffen; eine Abteilung Linie war zur allfälligen Unterstützung hinter dem Arc de l'Étoile aufgestellt. Starke Kolonnen des 21. Infanterieregiments machten links von der Magdalenenkirche Front. Das Palais Bourbon, der Sitz der Deputiertenkammer, erhielt eine starke Besatzung.

Diese militärischen Aufmärsche, die nicht ohne einiges Zurückdrängen des Volkes vor sich gingen, hatten Wirren und Flüche der Leute, aber nichts weiter zur Folge, bis eine geschlossene Schar von mehreren hundert Studenten die Marseillaise singend und mit den Arbeitern Worte des Hasses gegen die Regierung austauschend sich Bahn durch die Menge bricht, zweimal die Runde um Sainte Madelaine macht und sich dann mit zahlreichem Anschluß des Publikums gegen den Eintrachtsplatz bewegt. Beim Pont-

[1] Mémoires I 571.

Royal stellt sich ihnen eine Abteilung Munizipalgarde mit vorgehaltenem Bajonett in den Weg; ein junger Mensch tritt aus dem Haufen heraus und ruft, indem er seine Brust entblößt: „Schießt!“ Die Soldaten stutzen, die Menge drängt vor, gewinnt den Eingang zur Brücke und überflutet den Kai, dringt durch die Gitter des Palais der Deputiertenkammer — die übrigens noch nicht versammelt war — und ergießt sich in die Gärten des Palastes. Da öffnen sich die Tore der Caserne d'Orsay, und eine Eskadron Dragoner reitet mit gezückten Säbeln heraus; doch angesichts der wehrlosen Menge läßt der Offizier die Waffe versorgen, was die Menge mit einem Vivent les dragons begrüßt; mit Hilfe einer Kolonne Infanterie gelingt es, den Platz ohne ernste Gewalttätigkeiten zu säubern.

Mittlerweile war es in den Straßen am andern Ufer immer unruhiger geworden. In der Rue St Florentin, in der Rue Rivoli stauten sich die Massen, Abteilungen von Militär trieben die Leute auseinander, die sich aber, sobald jene den Rücken wandten, von neuem sammelten und das Pflaster aufzureißen begannen. Bedenklicher noch war es in den alten Stadtteilen, wo ein Labyrinth von Kreuz- und Querstraßen dem militärischen Einschreiten die größten Hindernisse bot. Jetzt erscholl von vielen Seiten der Ruf: „Zum Ministerium des Äußern! Nieder mit Guizot!“ der seine Bureaux auf dem Boulevard des Capucins hatte. Im Laufschritt und im Galopp kam bewaffnete Mannschaft herbei und machte den Platz frei.

In den ersten Nachmittagstunden floß das erste Blut: bei den Batignolles greifen Arbeiter den Posten von Monceaux an, die Soldaten geben scharfes Feuer, vier von den Angreifern stürzen tot oder schwer verwundet zu Boden, die andern verlaufen sich mit Racheschwüren in den Straßen. In den Elysäischen Feldern, auf dem Bastilleplatz, bei der Börse, beim Palais Royal finden Zusammenstöße statt, das Volk greift zu Steinen, es hat noch keine Waffen. Munizipalgarde bricht sich mit Gewalt Bahn durch die Menge, rechts und links einhauend, Gewirr und Geschrei, Frauen stürzen im Gedränge zu Boden, ein Arbeiter wird tödlich getroffen. Der Ruf nach Rache, nach Waffen wird allgemein. Die Läden von Waffenschmieden und Gewehrhändlern werden erstürmt, vereinzelte Wachposten angegriffen, die sich entweder in ihre Kasernen zurückziehen oder die Waffen strecken. In den Straßen Saint-Florentin, Duphot, Saint-Honoré werden Barrikaden gebaut.

Erst der sinkende Abend macht den Kämpfen ein Ende; die Truppen biwakieren unter strömendem Regen. Um 8 Uhr zeigt sich von den Elysäischen Feldern her eine starke Röte, und ein tausendstimmiges Siegesgeschrei durchzittert die Luft: das Volk hat die Sessel und Bänke der Promenaden zu einem Scheiterhaufen zusammengetragen und in Brand gesteckt.

Mittwoch, 23. Februar. Das Wetter am 23. war für Straßendemonstrationen noch ungünstiger als am gestrigen Tag, es regnete ohne

Unterlaß, ein scharfer Wind wehte. Von seiten der Regierung waren für den Tag umfassende Vorkehrungen getroffen; aus Vincennes hatte man Batterien herbeigeschafft, auf dem Karussellplatz, auf der Place de la Concorde, bei den Toren St Martin und St Denis, beim Hôtel de Ville, auf den Kais fuhren Geschütze auf. Aber nicht bloß in militärischer Richtung wollte das Ministerium seinen Ernst zeigen, es entwarf eine Liste von 150 Personen, die festgenommen werden sollten: die Redaktionen der demokratischen Presse, die Häupter der geheimen Gesellschaften, die einflußreichsten Persönlichkeiten der radikalen Partei.

In den Tuilerien wiegte man sich in Sicherheit. Louis Philippe sagte: „Ihr sprecht von Barrikaden, wenn ein paar Gassenjungen ein Kabriolett umwerfen“, und die Hofschranzen fielen in den Ton ihres Herrn ein und erlustigten sich mit Fragen, wie hoch und wie breit wohl eine solche „Barrikade“ sein möge[1]. Der König war wie mit Blindheit geschlagen; Vorstellungen über die drohende Gefahr, wohlmeinende Mahnungen, Warnungen waren in den Wind gesprochen[2]. Als der Präfekt von Paris, Graf Rambuteau, vor ihm erschien, um ihm die gefährlichen Anzeichen zu schildern, zuckte Louis Philippe mit den Achseln: „Gehen Sie und sorgen Sie für Ihr Paris, ich stehe für das Königreich!“[3] Die Vorgänge in der Deputiertenkammer beunruhigten ihn nicht. „Ein Sturm in einem Glas Wasser!“ sagte er zu einem Ordonnanzoffizier, mit dem er sich auf der Terrasse der Tuilerien erging, indem er auf das Palais Bourbon hinüberwies.

In Wirklichkeit nahmen die Dinge diesseits und jenseits der Seine von Stunde zu Stunde eine ernstere Gestalt an. Neckereien zwischen Militär und Volk, Herausforderungen, kleinere Scharmützel gab es an allen Orten. Über die Haltung der Nationalgarde konnte kein Zweifel mehr sein. Gegen 10 Uhr vormittags wurden Abteilungen der 2., 3., 7., 10. Legion aufgeboten; die Mehrzahl der konservativen Mitglieder ließ auf sich warten, während die radikalen Elemente zahlreich beim Appell erschienen[4] und die Rufe: Vive la réforme! A bas Guizot! erschallen ließen. In den Faubourgs St Antoine, St Germain, St Jacques, auf dem Platze des Palais Royal, vor den Bureaux des „National“ in der Rue Lepelletier, überall die gleichen Rufe. Die Soldaten, die zu einem großen Teile die Nacht in dem strömenden Regen ohne Lebensmittel hatten zubringen müssen, waren teilweise demoralisiert; das Volk empfing sie überall mit dem Rufe: „Es lebe die Linie!“ was ihnen schmeichelte.

---

[1] Daniel Stern, Hist. de la Révolution I 187.

[2] Normanby, A Year of Revolution I 87: There was always a distrust in the King's sincerity; there is no longer any belief in his sagacity, since he has been so blind to the signs of public opinion.

[3] Lamartine, Hist. de la Révolution de 1848 I 53.

[4] Guizot, Mémoires VIII 579.

Die Nachricht von diesen Fortschritten der bösen Stimmung wirkte auf Louis Philippe in so gewaltiger Weise, daß sein bisheriges Gefühl der Sicherheit nahezu in das der Verzweiflung überging. Der einzige Mann in der Familie war die Königin. Als Guizot eintrat, schritt sie auf ihn zu: „Wenn Herr Guizot seine Ergebenheit für uns beweisen will, so bleibt er keine Minute länger im Amte!" Der König entschloß sich, den Grafen Molé kommen zu lassen. Einige Stunden später, als Guizot mit den Ministern in den Tuilerien erschien, schien der König seinen Entschluß zu bereuen, indem er äußerte, er möchte am liebsten abdanken. „So darfst Du nicht sprechen, mein Freund!" sagte die Königin, die, eine Enkelin Maria Theresiens, sich nie gefaßter zeigte als in Augenblicken der Entscheidung. „Du gehörst nicht Dir, Du gehörst Frankreich an!"[1] „Das ist wahr", erwiderte Louis Philippe in gedrückter Stimmung; „ich bin unglücklicher als meine Minister, ich kann nicht meine Entlassung verlangen." Er verabschiedete seine Minister und sagte nochmals, indem er die Hand Duchâtels ergriff und mit ungewohnter Wärme drückte: „Ihr andern seid glücklicher als ich!"

In den Straßen von Paris gab es bereits allenthalben Kämpfe, und allenthalben Wahrzeichen des Abfalls. Hier wollen Dragoner die Menge auseinander treiben, die Leute flüchten hinter die Reihen der Nationalgarde, welche die Bajonette kreuzt und den Reitern den Weg versperrt, was vom Volke mit stürmischem Jubel begrüßt wird: Vive la garde nationale! Vive la réforme! Dort will die Munizipalgarde, die allerorts fahnentreu und tapfer aushielt, gewaltsam einschreiten; Offiziere der Bürgerwehr treten an sie heran: es sei ja nichts Unbilliges, was das Volk wolle: Abdankung des Ministeriums und Reformen. Wenn an einem Orte die Feindseligkeiten eingestellt waren, wechselten Soldaten und Arbeiter freundliche Worte; Damen der Halle brachten Lebensmittel, umarmten die Soldaten in zärtlicher Weise, baten sie, ihrer Männer, ihrer Kinder zu schonen.

Dabei fehlte es nicht an bedenklichen Zwischenfällen. In der Rue Taranne eifert der Obrist Lemercier von der zehnten Legion seine Leute zur Herstellung der Ordnung an. Da tritt Jacques Bixio aus den Reihen: „Es handelt sich nicht bloß um die Herstellung der Ordnung, es handelt sich um den Sturz eines ehrlosen Ministeriums!" Allgemeine Rufe: „Nieder mit Guizot!" Lemercier springt vom Pferde, tritt an einzelne seiner Leute heran, deren maßvolle Gesinnung er kannte, fordert sie auf: Vive le Roi! zu rufen. Ein Mann aus dem Volke drängt sich in die Reihen der Nationalgarde und ruft mit Stentorstimme: Vive la réforme! Lemercier packt ihn, will ihn verhaften lassen, doch seine Garden widersetzen sich, der Obrist gibt seine Sache verloren und entfernt sich eilig vom Platze.

---

[1] Tu te dois à la France, tu ne t'appartiens pas! (Guizot a. a. O. VIII 584 f.)

In der Rue Bourg l'Abbé wird das Waffenmagazin der Brüder Lepage von einer Abteilung Munizipalgarde bewacht, die wiederholte Angriffe des Volkes zurückschlägt, zuletzt aber, der Übermacht weichend, sich in das Haus zurückzieht. Es beginnen Verhandlungen: das Volk verlangt Freilassung der von der Garde gemachten Gefangenen. Gewährt. Weiter: Herausgabe des Pulvers. Gewährt. Zuletzt: Waffenstreckung. Jetzt stürzen die Munizipalgarden heraus, um sich mit Gewalt den Weg freizumachen. Es erscheint eine Abteilung Nationalgarde, die sich zwischen die Streitenden wirft. Etienne Arago, der Advokat, legt sich ins Mittel, die Munizipalgarden ziehen sich wieder in das Haus zurück, und es beginnen von neuem Verhandlungen. Es kommt zu einem Vergleiche: die Munizipalgarden sollen einzeln das Haus verlassen. Der erste ist der Brigadier Vergier am Arme Aragos. Kaum haben sie ein paar Schritte gemacht, als ein junger Mensch — un enfant? — den Brigadier mit einem Pistolenschuß niederstreckt. Die Menge erschrickt, der Rest der Mannschaft verläßt ohne weiteren Zwischenfall das Gebäude, das nun vom Volk in Besitz genommen und ausgeplündert wird.

* * *

Um 2 Uhr nachmittags traten die Abgeordneten wieder zusammen. Die Sitzung sollte eröffnet werden, als man Trommelschlag vernahm, der sich mehr und mehr näherte: es war eine Abteilung der vierten Legion, unbewaffnet, aber von einer großen Volksmenge begleitet. Die Zugänge des Palais Bourbon waren von starken Wachposten besetzt; gleichwohl fürchtete man eine Überflutung der Kammer durch das Volk, eine beängstigende Aufregung griff um sich. Als man erfuhr, es handle sich um Überreichung einer Petition zu Gunsten der Reform, wurden Crémieux, Beaumont (de la Somme) und Marie entsendet, um die Wünsche des Volkes entgegenzunehmen und die Masse zu beschwichtigen. „Das Ministerium", sagte Crémieux, „ist zu Tode getroffen, die Wünsche des Volkes sollen erfüllt werden." Crémieux übernahm unter dem Jubel der Harrenden die Petition und versprach sie in ihrem Namen zu überreichen, worauf jene in Frieden abzogen.

Mitten in dem Lärm und der Verwirrung, welche dieser Zwischenfall zurückgelassen hatte, erhob sich Guizot, verstört und blaß, um zu warten, bis sich Ruhe einstellen würde. „Der König", begann er sodann, „hat soeben Herrn v. Molé kommen lassen, um ihn zu beauftragen" . . . rücksichtslose Beifallsbezeigungen aus den Bänken der Opposition stören seine Rede, worauf er fortfährt: „um ihn zu beauftragen, ein neues Kabinett zu bilden. Bis dahin hat das gegenwärtige Kabinett die Aufgabe, die Ordnung zu erhalten oder herzustellen und dem Gesetze Achtung zu verschaffen, wie es dies bisher getan hat." Jetzt brach der Sturm im Zentrum los; denn

der Sturz des Ministeriums war zugleich der Sturz jener Majorität, die seit 17 Jahren mit der Regierung durch dick und dünn gegangen war. „Das ist eine Feigheit! Das ist entehrend! Wir sind verraten! Gehen wir zum König!“ Der Deputierte Calmon sagte seinem Nachbar, einem persönlichen Freunde Guizots: „Bürger Muret de Bord, heißen Sie die Bürgerin Muret de Bord ihr Gepäck herrichten; denn die Republik wird Ihnen nicht hold sein!“[1]

In der fünften Nachmittagstunde fand sich Graf Molé in den Tuilerien ein. Er nannte dem Könige die Männer, an die er sich wenden wolle: Remusat, Billault, Passy, Dufaure, General Bugeaud als Kriegsminister. Bei diesem Namen fuhr der König in die Höhe: „Bugeaud? Der Herzog von Isly ist ein Despot; wenn er Kriegsminister wird, werden weder ich noch einer meiner Söhne den geringsten Leutnant in der Armee ernennen können.“ Man geht auseinander, ohne sich über etwas Bestimmtes geeinigt zu haben.

Mittlerweile hatte sich in der Stadt die Nachricht vom Sturze des Ministeriums Guizot verbreitet; an vielen Orten trug man freiwillig die Barrikaden ab, zahlreiche Spaziergänger zeigten sich mit frohen Gesichtern in den Straßen, in den Fenstern vieler Häuser erschienen brennende Kerzen. Da wälzt sich gegen halb 10 Uhr abends eine starke, mit Fackeln und einer roten Fahne versehene und revolutionäre Lieder brüllende Schar von der Höhe des Montmartre gegen die Stadt hinab und macht vor den Bureaux des „National“ Halt. Armand Marrast zeigt sich im Fenster und wirft zündende Worte unter die Menge. Beifälliger Zuruf der Kolonne, die dann weiter zieht. Vor dem Ministerium der Justiz wird Halt gemacht und Illumination verlangt, was auch geschieht; zuletzt langt die Menge vor dem Ministerium des Äußern an. Das Hôtel war seit dem vorigen Tage von einem Bataillon Infanterie bewacht, das der Kommandant, stutzig über den Anmarsch eines so wirren Haufens, zum Carré formiert. Auch die Menge stutzt, und mit unentschlossener Feindseligkeit stehen sich beide Massen gegenüber, als plötzlich ein Schuß ertönt — aus dem Volke oder von den Soldaten? absichtlich oder ein zufällig losgehendes Gewehr? wer kann das aufklären? — und nun gibt das Militär, das sich angegriffen glaubt, eine scharfe Décharge: mit einem durchdringenden Schrei stiebt die Menge auseinander, sechs Tote und viele schwer Verwundete liegen auf der Erde.

Die Soldaten waren aufs äußerste bestürzt über den Erfolg ihres übereilten Manövers; der Kommandant sendet einen Offizier zu einer Gruppe von Leuten, die sich an einer Straßenecke wieder gesammelt hatten: es sei ein unseliges Mißverständnis unterlaufen, man bedaure auf das lebhafteste,

[1] Guizot, Mémoires VIII 585.

was geschehen. Die Leute vernehmen die Entschuldigung mit dumpfer Verschlossenheit; denn Gedanken ganz anderer Art beschäftigen sie. Die auf dem Pflaster liegenden Leichen werden auf einem von einem Schimmel gezogenen Karren nebeneinander gelegt; ein Mann steht darauf und hebt weilenweise die Leiche einer Frau halb in die Höhe, zeigt sie der Menge und legt sie schweigend nieder — ein gräßliches Schauspiel und von den schrecklichsten Folgen. Denn das Mitleid der Zuschauer verwandelt sich in Wut, man flucht Guizot — der aber gar nicht im Hause war —, man flucht dem König, der sein Volk hinschlachten lasse. Mit lauten Ausbrüchen ihrer Leidenschaft: „Verrat! Rache! Man erwürgt uns! Waffen, Waffen!" zerstreuen sich die Leute durch die nächtlichen Gassen, pochen an die Haustore, um die Schläfer zu wecken, eilen auf die Türme, aus deren Höhe alsbald das unheimliche Geheul der Sturmglocken ertönt. In der Rue Lepelletier spricht Garnier-Pagès, einer der Chefs der republikanischen Presse, die Menge an: es könne nur ein Mißverständnis sein; der die Schuld trage, sei dem Gesetze verfallen. „Aber nicht weiter", ruft er, „mit diesem Aufzug, der das größte Unglück herbeiführen kann!" Seine Worte verfehlen ihre Wirkung, Racheschwüre ertönen aus der Menge, die sich weiter auf den Bastilleplatz wälzt und dort die Leichen zu Füßen der Julisäule niederlegt.

* * *

Auf die Nachricht von diesem unheildrohenden Umschwung eilen Guizot und Duchâtel in die Tuilerien und dringen nun selbst in den König, den Herzog von Isly mit dem militärischen Oberbefehl zu betrauen. Molé erscheint nicht persönlich, aber es kommt Meldung von ihm, daß es ihm nicht gelungen sei, ein Ministerium zu bilden. Man sendet um Thiers, der sich bereit erklärt, im Verein mit Odilon Barrot die Zügel der Regierung zu ergreifen. Es ist 1 Uhr nach Mitternacht. Marschall Bugeaud findet sich mit den Generalen Rulhières, Bedeau, Lamoricière, de Salles, Saint-Arnaud in den Tuilerien ein. Er zeigt sich voll übermütiger Zuversicht. „Es ist zwar etwas spät," sagt er zu Guizot, als ihn dieser fragt, was er vom bevorstehenden Kampf halte, „aber ich bin nie geschlagen worden und werde morgen damit nicht den Anfang machen. Man gebe mir nur freie Hand, die Kanonen werden spielen, und es wird Blut fließen; doch am Abend wird die Gewalt auf der Seite des Gesetzes sein, und die Empörer werden die Rechnung bezahlen!"[1] Auch zu seinen Generalen sprach er so: „Ich bin nie geschlagen worden und werde es auch heute nicht werden. Wird die Nationalgarde mit uns sein, um so besser;

[1] Guizot, Mémoires VIII 593.

wenn nicht, meine Herren, werden wir es ohne sie ausfechten.“ Nicht so selbstbewußt war die Stimmung von Thiers; als man in ihn drang, den Wechsel des Ministeriums durch einen Aufruf bekannt zu machen, entgegnete er: „Weiß ich denn, ob ich eines zu stande bringe?“

Donnerstag, 24. Februar. Gegen 4 Uhr morgens suchte Louis Philippe ermüdet und erschöpft sein Lager auf und schlief leidlich bis 7 Uhr. In dieser Zeit aber trat eine entscheidende Wendung zum Schlimmen ein. Die Lage war ernster, als sich erwarten ließ. Der Aufstand hatte über Nacht an Stärke gewonnen, mehr als 4000 Bäume waren gefällt, allenthalben die Pflastersteine ausgehoben, alle Haupt- und Nebenstraßen mit Barrikaden gespickt, man zählte ihrer mehr als 1500. Ein Pulverconvoi aus Vincennes war in die Hände der Aufständischen des Faubourg St Antoine gefallen. Das Volk zeigte sich zum Äußersten entschlossen; der gefürchtete Name des Marschalls Bugeaud versetzte es in Wut. Das Volk befand sich bereits im Besitze von fünf Kasernen und fast allen Mairien. Als bald nach Tagesanbruch General Bedeau auf dem Boulevard vordrang, bis ihn eine starke Barrikade aufhielt, drängten sich die Leute um ihn und beschworen ihn, einen blutigen Strauß zu vermeiden. Der General wird unschlüssig und fragt beim Marschall an; aber auch der hatte bereits seine Zuversicht verloren und sandte an Bedeau den Befehl, sich auf den Karussellplatz zurückzuziehen, was das Volk mit lautem Jubel begrüßt. Gegen 8 Uhr steigt Bugeaud zu Pferde, begleitet von den Generalen de la Rue und d'Arbouville. In der Rue Rivoli stößt er auf ein Bataillon der zehnten Legion, welchem er befiehlt, ihm zu folgen. Er reitet weiter, ohne zu bemerken, daß die Nationalgarden stumm bleiben und sich nicht vom Platze rühren. General de la Rue rät ihm, nach den Tuilerien zurückzukehren.

Dort hatten sich inzwischen Thiers, Barrot, Duvergier de Hauranne, Remusat, de Malville, die Männer des zu bildenden Ministeriums, eingefunden. Vor den Gittern des Schlosses wechselten die Soldaten Schüsse mit Leuten aus dem Volke, welche die gegenüberliegenden Häuser besetzt hatten; es wäre ein leichtes gewesen, sie von dort zu vertreiben, es geschah nicht. General Jacqueminot hatte sein Kommando der Nationalgarde niedergelegt; Thiers schlug Lamoricière vor, was Louis Philippe annahm. Thiers verlangte Auflösung der Kammer, wenn nicht sogleich, doch in nächster Bälde. Der König lehnte ab; war es doch seine Majorität, die dort den Ausschlag gab. „Sire“, sagte Duvergier, „wie wollen Sie, daß wir mit einer Kammer regieren, deren Mehrheit uns bisher als Blinde oder als Feinde bezeichnet hat?“ Der König bestand auf seiner Weigerung und zog sich in sein Kabinett zurück, dessen Türe hinter ihm zufiel.

Die Minister richten einen Aufruf an die Bevölkerung, der mit den Losungsworten schließt: Liberté! Ordre! Réforme! unterzeichnet: Thiers, Barrot. Man versucht die Proklamation anzuschlagen; wo es gelingt, wird sie alsbald heruntergerissen und zerfetzt. An ihrer Stelle erscheint ein Plakat der „Réforme“: „Louis Philippe läßt euch morden wie Karl X., möge er den Weg Karls X. gehen!“ Schon ertönt, erst schüchtern, in den Straßen der Ruf „Republik!“ Kämpfe, Verwundungen, Tötungen gibt es allerorts. Bedeau wendet sich an den neben ihm reitenden Prinzen von Nemours: „Herzog, fassen Sie einen Entschluß!“ Der erwidert: „Ich bin es nicht, der den Oberbefehl hat!“ Vom Marschall kam an Bedeau die Weisung: „Der General soll tun, was er für gut findet!“ Es gab keinen Befehl mehr, alles war Bestürzung, Entmutigung, Verwirrung.

Angesichts dieser Lage bat Thiers den König um seine Enthebung und wies auf Odilon Barrot als seinen Nachfolger hin. Es war das Äußerste in dieser Richtung, worein Louis Philippe willigen konnte; denn Barrot stand mit seinen politischen Gesinnungen an der Grenze der Monarchie; jenseits dieser Linie war die Republik[1]. Barrot, von Duvergier unterstützt, erklärte, das Portefeuille nur unter der Bedingung annehmen zu können, daß die Feindseligkeiten ohne Verzug eingestellt würden. Er bestieg ein Pferd, um den Frieden zu verkündigen und das Volk zum Verlassen der Barrikaden zu bereden; er pochte auf die Volkstümlichkeit seines Namens. Doch die Dinge waren bereits zu weit vorgeschritten, als daß dies noch wirken konnte. „Nieder mit dem Einschläferer!“ wurde ihm auf seine beschwichtigenden Mahnungen zugerufen: „Wir wollen keine Feiglinge, keinen Molé, keinen Thiers, keinen Barrot! Das Volk ist Herr und Meister!“ An einer Barrikade traf ihn Etienne Arago, der ihm zurief: „Noch vor dem Abend Abdankung des Königs — wenn nicht, Revolution!“[2] Barrot gab das Spiel verloren, er wandte sein Pferd.

Noch einmal versuchen Bedeau und de Salles einen Vormarsch; bei der Rue du Choiseul werden sie aufgehalten; die Menge weigert sich, die Geschütze durchzulassen; die Soldaten leisten nur schwachen Widerstand; das Volk wirft sich auf die Pulverkarren, die es plündert. Ein Bataillon Nationalgarde erscheint und beschwört Bedeau, von allem Angriff abzulassen. Allgemeiner Zuruf: „Die Kolben hoch — la crosse en l'air! Friede, Friede!“ Die Soldaten tauschen Händedrücke mit Männern aus dem Volke; man beglückwünscht sich über den günstigen Erfolg des Aufstandes.

Dem General Sebastiani war es nach schweren Kämpfen und mit großen Verlusten gelungen, das Stadthaus zu besetzen, als ihn der Befehl des Oberfeldherrn traf, sich zurückzuziehen. Ein Hauptmann der National-

[1] Lamartine, Hist. de la Révolution de 1848 I 64 93.
[2] Barrot, Mémoires I 532 f.

garde drang an der Spitze von Schülern der polytechnischen Schule in das vom Militär verlassene Gebäude, von welchem er im Namen des siegenden Volkes Besitz nahm.

Nur an einem Punkte der Stadt gab es noch erbitterten Kampf, und der Punkt war strategisch wichtig; denn er lag in der Nachbarschaft des Palais Royal, des Louvre und der Tuilerien, die Schüsse waren bis in das Schloß zu hören. Es war die Hauptwache der Munizipalgarde von Château d'Eau, die von zwei Kompanien mit ausdauerndem Mute gehalten wurde; ein junger Leutnant verrichtete Wunder der Tapferkeit; es gab empfindliche Verluste auf beiden Seiten. Die Republikaner Etienne Arago und Lagrange erschienen und forderten die Truppen auf, sich zu ergeben; doch die Mannschaft und ihr Führer hielten aus[1].

* * *

Um 10 Uhr vormittags saß Louis Philippe mit seiner Familie beim Frühstück, als Remusat und Duvergier de Hauranne gemeldet wurden. Der König erhebt sich und führt Remusat in eine Fensternische, wo ihm dieser den ganzen furchtbaren Ernst der Lage schildert: die Tuilerien seien bedroht, sein Leben in Gefahr. Die Königin, deren gespannter Aufmerksamkeit diese Worte nicht entgangen waren, eilt herbei und hält ihren Gemahl umfangen, wie um ihn zu verteidigen. Ein Adjutant Bedeaus erscheint und erstattet Bericht über die letzten Vorgänge. „Dreihundert Schritte von Ihrem Palais", sagt Remusat, „kreuzen Soldaten mit Männern des Volkes ihre Waffen!" „Unmöglich!" ruft der König aus. Einer der Anwesenden bemerkt ehrerbietig: „Ich habe es mit eigenen Augen gesehen." Der König wirft sich in Uniform und besteigt ein reich geschirrtes Pferd, um sich den Truppen zu zeigen. Schwache Rufe: „Es lebe der König!" stärkere: „Es lebe die Reform!" „Sie ist bewilligt, sie ist bewilligt!" sagt der König, aber das Zugeständnis äußert keine Wirkung mehr. Er kehrt zurück und sinkt in seinem Kabinett in einen Fauteuil.

Es war Mittagszeit, als Crémieux in den Tuilerien auf den Herzog von Montpensier stieß. Es fällt das Wort: Abdankung des Königs! Montpensier sagt ernst: „Seit gestern macht der König ein Zugeständnis nach dem andern; können Sie dafür einstehen, daß dies letzte, das Sie verlangen, von Erfolg sein werde?" Man antwortet ihm: in der augenblicklichen Lage sei niemand im stande, für etwas einzustehen. Girardin tritt ein, blaß und erregt. „Was gibt es?" fragt der König. „Sire, wenn Sie nicht rasch einen Entschluß fassen, gibt es in Frankreich weder König

---

[1] Daniel Stern, Hist. de la Révolution I 236.

noch Königtum mehr!" Was soll also geschehen? ruft man zitternd vor Aufregung. „Was soll ich tun?" fragt der König. „Abdanken!" erwidert Girardin entschlossen. „Gibt es keinen Widerstand?" fragt der König abermals; „man hat mir doch gesagt, daß sich die Tuilerien verteidigen lassen!" „Danken Sie ab", ruft jetzt Montpensier, der eigene Sohn, mit herbem Drängen dem Vater zu, „danken Sie ab!" „Nun denn, wenn es geschehen muß, so will ich es tun." Marie-Amélie wirft sich weinend in die Arme ihres Gemahls: „Lieber sterben als durch diese Türe gehen!" Eine Stimme aus dem Kreise der Höflinge macht sich vernehmbar. „Sire", ruft Piscatory, „im Namen Frankreichs, im Namen Ihrer Familie, tun Sie das nicht! Kämpfen wir heute, sonst haben wir morgen die Republik!" Crémieux drängt rücksichtslos und frech: „Es hat Eile, es ist kein Augenblick zu verlieren!" Die Königin sagt: „Herr Crémieux, unser Unglück ist vollkommen, vermehren Sie es nicht durch Ihre Gegenwart, gehen Sie hinaus!" Louis Philippe tritt schweigend und zitternd an seinen Schreibtisch und ergreift Feder und Papier: „Ich entsage dieser Krone, die zu tragen mich der Wille der Nation berufen hat, zu Gunsten meines Enkels, des Grafen von Paris."[1] Es handelte sich noch um die Regentschaft, in der Entsagungsurkunde stand darüber nichts. Die öffentliche Stimme verlangte die Herzogin von Orléans, Louis Philippe aber bestand hartnäckig auf dem Herzog von Nemours.

Der jüngst ernannte Kommandant der Pariser Nationalgarde beeilt sich, den Schritt des Königs, den letzten, von welchem man Erlösung hofft, in der Stadt zu verkündigen. Er kommt zur Barrikade nächst dem Molièrebrunnen. Etienne Arago ist dort und erwidert: „Zu spät!" „Zu spät? Man gewährt euch die Reformen, die ihr verlangt, was wollt ihr denn noch?" „Die Republik. Das Volk ist Herr von Paris, es will weder König noch Prinzen noch Dynastie!" Lamoricière wendet sich gegen den Platz des Palais Royal, man hört in der Nähe schießen, untermischt mit den Klängen der Marseillaise. Man ruft: Vive Lamoricière! Doch andere Stimmen erheben sich: „Das ist gar nicht Lamoricière, der ist in Afrika!" Das Pferd des Generals stürzt, von einer Kugel getroffen, er selbst erhält einen Bajonettstich und wird verwundet vom Platze getragen.

Die Botschaft von den letzten Ereignissen auf der Straße versetzte der schon stark erschütterten Stimmung in den Tuilerien den letzten Stoß. Es wird in die Stallungen des Louvre um vier Kutschen geschickt, sie werden

[1] Faksimile dieses Schriftstückes s. Les Murailles révolutionnaires I 20 und bei Héritier-Bernstein, Geschichte der französischen Revolution von 1848, Stuttgart 258.

vom Volke nicht durchgelassen; man entschließt sich zur Flucht zu Fuß, denn man hört von allen Seiten Gewehrfeuer. Dem Posten von Château d'Eau hat ein Offizier vom Generalstab den Befehl überbracht, den Platz zu räumen. Die Menge bricht in frenetischen Beifall aus und verlangt Auslieferung der Waffen. Der Leutnant und seine Mannschaft lehnen ab. Da fällt ein Schuß, die Soldaten, die sich angegriffen meinen, geben Feuer, der Platz ist rein gefegt, und die Mannschaft zieht ruhig ab. Der stundenlange Kampf hat das Leben von 11 Soldaten und von 38 der Angreifer gekostet; allein der Posten von Château d'Eau hat durch seine Ausdauer die Tuilerien bis zum letzten Augenblicke geschützt. Die Namen der berufstreuen Helden kennt niemand; Klio hat es versäumt, sie in ihre Tafeln einzutragen.

General Gourgaud, Crémieux, Lasteyrie u. a. begleiten die königliche Familie durch den Tuileriengarten entlang der Seine auf den noch von Truppen besetzten Eintrachtsplatz. Im Gedränge werden der König und die Königin getrennt, der Schrecken preßt ihr einen Schrei aus; doch schnell gefaßt bahnt sie sich, jede fremde Beihilfe ablehnend, den Weg zu ihrem Gemahl. Ein Offizier der Kürassiere sucht die Menge zu beschwichtigen: „Meine Herren, schonen Sie den König!" Eine Stimme aus dem Volke ruft ihm entgegen: „Sind wir Mörder? Er möge ziehen!" Crémieux drängt zur Abfahrt. Es finden sich Wagen, der König und die Königin stürzen in den ersten, der Herzog von Montpensier, die Familie des Herzogs von Nemours in den andern. Crémieux sah, wie der Kammerdiener des Königs Brieftasche in den Wagen legen wollte, und streckte die Hand danach aus; ein Adjutant des Königs, Graf Friant, der in Uniform neben dem Wagenschlag stand, faßte ihn am Arm und hielt ihn zurück. Crémieux hatte keine Ruhe: „Eilen Sie, eilen Sie!" Die Kutscher hauen ein, und fort geht es in raschem Tempo auf der Straße nach Saint-Cloud.

* * *

Die Nachhut der königlichen Truppen hatte die Tuilerien kaum verlassen, als die Aufständischen am Gitter erschienen und im Nu der Palast von einer triumphierend ausgelassenen Menge überflutet war. Unter endlosem Hohngelächter und Spottrufen bestieg einer der Sansculotten den Thron, den sie zuletzt in feierlichem Zuge fortführten, um ihn den Flammen preiszugeben. So sehr hatte die Stimmung gegen die Julidynastie umgeschlagen, daß, als das Volk den Thron verbrannte, viele meinten, es geschehe dies als Vergeltung, weil er „gestohlen" war[1].

---

[1] Normanby, A Year of Revolution I 96.

Im Stadthause war der Gemeinderat zusammengetreten. Ein Mann aus dem Volke trat in dessen Mitte: „Wir wollen wissen, was ihr im Sinne habt! Wir verlangen die Abschaffung des Königtums, die Proklamierung der Republik und das Todesurteil für den König, der schuld ist, daß die Bürger sich gegenseitig zerfleischen!" Aus der Menge brüllte es: „Die Republik! Proklamiert die Republik!"

In den Bureaux des „National" hatte sich gegen 1 Uhr nachmittags ein kleines Parlament zusammengefunden, an welchem auch die Herren von der „Réforme" teilnahmen. Duménil rief aus: „Das Blutbad auf dem Boulevard des Capucins ist das Grab der Monarchie!" Armand Marrast erklärte sich bereit, einen Aufruf an das Volk in diesem Sinne zu entwerfen. Schon wurde von einer provisorischen Regierung gesprochen; Marrast, Dupont (de l'Eure), Ledru-Rollin wurden genannt.

In der Deputiertenkammer herrschte maßlose Aufregung; sie war umlagert von einer Menge, die nach der ihr gegebenen Parole tobte: „Keine Regentschaft! Republik! Provisorische Regierung!" Da öffnete sich eine der Türen des Sitzungssaales und herein trat eine junge Frau in Trauerkleidern, zwei Knaben an der Hand. Die Monarchisten riefen: „Es lebe die Herzogin von Orléans! Es lebe die Regentin! Vive le Roi!" Doch gleichzeitig mit ihr war eine Deputation des „National" im Saale erschienen, und fortwährend kamen neue Schübe entschlossener Republikaner, zum Teil aus der Hefe des Volkes, die stürmisch eine provisorische Regierung verlangten. Einige Deputierte eilten auf die Herzogin zu und drangen in sie, den Schauplatz so wilder Auftritte zu verlassen. Sie wollte ihren Platz behaupten, als der Deputierte Marie auf die Tribüne stürzte: „Eine Regentschaft mit der Herzogin von Orléans ist nach dem Gesetze unmöglich, es kann nur eine provisorische Regierung geben." Da ertönten Kolbenschläge an der Türe des Sitzungssaales. Die Erstürmer der Tuilerien, mit pulvergeschwärzten Gesichtern und zerfetzten Kleidern, drangen ein und schrieen: „Keine Regentschaft! Eine provisorische Regierung!" Lamartine bestieg die Rednerbühne. Die Monarchisten hofften, er werde für den Thron sprechen; doch sie sollten bitter enttäuscht werden. Der Geschichtschreiber der Girondisten ließ einige Redefloskeln über das rührende Schauspiel einer entthronten Königsfamilie los; doch der Schluß seiner Ansprache war „provisorische Regierung". Abermals ertönten von außen Kolbenstöße eindringender Haufen, es war keine Ordnung mehr zu halten. Der Präsident Sauzet bedeckte sein Haupt zum Zeichen, daß er die Sitzung schließe. Da sprang ein Arbeiter auf ihn zu und riß ihm den Hut vom Kopfe: „Präsident der Korruption, mach, daß Du fortkommst!" Die Mehrzahl der Deputierten suchte ihr Heil in der Flucht; die Herzogin von Orléans mit ihren Kindern wurde vom Strome fortgerissen. Was zurückblieb, war mehr Volk als Volksvertreter, denen Lamartine, nachdem er lange vergebens gestrebt hatte, sich

vernehmlich zu machen, die Namen der Mitglieder der provisorischen Regierung vorlas: François Arago, Dupont de l'Eure, Ledru-Rollin, Lamartine, Marie. Es ertönte der Ruf: „Zum Stadthaus!" Lamartine gehorchte. Ledru-Rollin blieb im Saale zurück und ließ über die von Lamartine genannten Namen abstimmen, denen er zwei neue hinzufügte: Crémieux und Garnier-Pagès. Eine weitere Abstimmung fand in den Bureaux der „Réforme" statt, wo vier weitere Namen hinzukamen: Marrast und Flocon als Vertreter der demokratischen Presse, Louis Blanc und der Arbeiter Alexander Martin, genannt Albert. Die Direktion der Polizei sollte Caussidière, die General-Postdirektion Etienne Arago übernehmen.

Gegen 5 Uhr nachmittags versammelten sich die Mitglieder der neuen Regierung im Stadthaus. Alle Räumlichkeiten des Hôtels waren erfüllt von einer wild durcheinander wogenden Menge, die ungestüm die Verkündigung der Republik verlangte. Lamartine beschwichtigte den ersten Sturm; Ledru-Rollin stieg auf den Platz hinab und verhieß der Menge die Erfüllung ihres Wunsches, was Crémieux in die Worte faßte: „Die provisorische Regierung will die Republik, vorbehaltlich der Bestätigung durch das Volk, an das unverweilt appelliert werden soll."

Freitag, 25. Februar. Zu den ersten Kundgebungen der revolutionären Regierung gehörten die Abschaffung der Todesstrafe für politische Verbrechen und die Auflösung der von der Menge gehaßten Munizipalgarde, an deren Stelle 25 Bataillone berittener Nationalgarde gebildet werden sollten. Ledru-Rollin als Minister des Innern sandte in alle Departements seine Kreaturen, die als republikanische Regierungskommissäre die Stelle der königlichen Präfekten einzunehmen hatten; ihre Instruktion lautete: „Eure Befugnisse sind unbeschränkt, als Beamte einer revolutionären Regierung seid revolutionär!"

Die provisorische Regierung war mit diesen und ähnlichen Maßnahmen beschäftigt, als das Stadthaus von einer die Marseillaise brüllenden Menge, über deren Köpfen rote Fahnen wehten, umdrängt wurde. Der Arbeiter Marche bahnte sich an der Spitze mehrerer Genossen den Weg in den Sitzungssaal und verlangte die ausdrückliche Anerkennung des Rechtes auf Arbeit. Lamartine versuchte beschwichtigende Worte. Doch der rohe Geselle ließ ihn nicht reden: „Mit Ihrer Zungenfertigkeit schläfern Sie mich nicht ein. Ich führe hier eine Sprache, die wirksamer durchdringt als die Ihre, eine Feuersprache", und dabei schlug er auf den Lauf seiner Flinte; „zwischen euch und uns gibt es keine andere!" Louis Blanc, Ledru-Rollin und Flocon vereinigten sich zur Entwerfung eines Dekretes, laut dessen sich die provisorische Regierung verpflichtete, allen Staatsbürgern Beschäftigung zu verschaffen.

Doch unten auf dem Platze mehrten sich die roten Fahnen; eine wurde dem Standbilde Heinrichs IV. auf dem Pont Neuf aufgesteckt; die Giebel vieler Häuser waren rot beflaggt. Da entschloß sich Lamartine, einen letzten Versuch der Beschwichtigung zu machen, und schritt auf die Freitreppe des Stadthauses. Es war eine der zündendsten und ohne Frage die lohnendste Rede, die er je gehalten. In klangvollen Sätzen pries er die Trikolore, die einst ruhmvoll und siegreich die Welt durchzogen, während die rote Fahne nur an das vergossene Blut erinnere. Die Massen hörten ihn schweigend an, allmählich leerte sich der Platz, und eine der dringendsten Gefahren war beschworen.

VI.

„Völkerfrühling".

Äquinoktialstürme. Mißverständnisnebel.

Der 13. März ist ein Gedenktag, an dem im Jahre 1848 die seit Jahrhunderten verkümmerte Wunderblume der Freiheit so überraschend plötzlich ihre Blüte entfaltete, daß deren Duft alle Völker Europas in eine an Betäubung grenzende Erregung versetzte.

M. Lamberg [1].

1.

In Wien wuchsen die Bekümmernisse über die Entwicklung der Dinge in Italien, die unverkennbar von London aus geschürt wurde. „Zwischen einen liberalisierenden und im Modesinn nicht liberal sein könnenden Papst und einen frischweg radikalisierenden Chef der englischen Politik gestellt, hat die Lage des österreichischen Staatskanzlers viel mit der eines Mannes gemein, dem man den Platz zum Sitzen zwischen zwei Stühlen anweist. Vom Sitzen kann hier die Rede nicht sein, sondern höchstens vom Stehenbleiben." So schrieb Metternich am 11. Januar an König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen [2].

In der Tat wechselten in Lombardo-Venetien Demonstrationen des Übermutes, wie auffällige Kleidung, Korsofahrten oder Theaterbesuch, mit solchen einer erkünstelten Trauer oder Enthaltsamkeit, gegen welche polizeiliche Maßregelungen wenig verfingen. Als Torresani in Mailand, nachdem er deshalb in Wien eigens angefragt hatte, das Tragen der Ernani- oder Kalabreserhüte untersagte, erschienen in Mailand junge Leute mit

[1] Erinnerungen eines 48er Studenten: N. Fr. Pr. Nr 14567 vom 13. März 1905, Feuilleton.

[2] Nachlaß VII 570.

gewöhnlichen Hüten, allein die Schnalle mußte von weißer Farbe sein und nach vorn getragen werden; Personen, die sich an diesen Befehl nicht kehrten, wurden mit „spia — Spion“ angerufen. Bald darauf schrieben Edikte der geheimen Partei Schnurr- und Knebelbärte vor und ersannen eine eigene Nationaltracht, bei der selbstverständlich die päpstlichen Farben oder die italienische Trikolore nicht fehlen durften, was besonders in der Lagunenstadt ansteckend wirkte. Die Polizei glaubte nicht länger ruhig zusehen zu dürfen und befahl, Leute, die sich öffentlich in jener Tracht blicken ließen, anzuhalten. Doch das machte das Übel nur ärger, indem es die Damenwelt reizte, zu tun, was den Männern verwehrt war.

Zu den Demonstrationen negativer Art gehörte besonders die Einstellung von Bällen und öffentlichen Belustigungen; die dafür bestimmten Summen sollten für patriotische Zwecke verwendet werden. So erfolgte in Venedig nach den lärmenden Auftritten in der Fenice, welche einige Verhaftungen zur Folge hatten, als Vergeltung seitens der geheimen Feme ein Verbot jeder Lustbarkeit. Zivilpersonen erhielten Drohbriefe mit der Aufforderung, das Theater zu meiden. Einheimischen Theaterfreunden wurde auf ihrem Gang in das Schauspielhaus von unbekannten Leuten der Weg vertreten, um sie zur Umkehr zu bewegen, so daß die Zuhörerschaft nur mehr aus wenigen „Deutschen“ und zugereisten Fremden bestand. „Die Fenice als Barometer der öffentlichen Meinung“, berichtete Call nach Wien, „weist noch immer auf null.“ Eine ähnliche Wirkung hatte in Cremona das am 16. erlassene Verbot der Kalabreser Hüte: während der Vorstellung am Abend ließ sich aus den oberen Räumen des Theaters eine Stimme vernehmen: Sorta chi è Italiano! Die drei Logen der Philharmonischen Gesellschaft leerten sich augenblicklich, was als ein Zeichen für die andern galt, so daß im Parterre nur ein paar Private und einige Offiziere blieben, auf welche von der Galerie Eier und ein großer Stein hinabgeworfen wurden, glücklicherweise ohne jemand zu treffen.

Der Kampf gegen das Tabakmonopol war bereits allgemein. Er hatte anfangs nur den Zigarren gegolten, und das Gerücht von vergifteten Zigarren sollte das Verbot wirksamer machen. Jetzt erschien ein Tagesbefehl der revolutionären Partei, welcher die weißtönernen Pfeifen als ein Erzeugnis „deutscher“ Industrie mit dem Interdikt belastete: Chi fuma per la via è tedesco o è spia. Selbst in kleineren Orten erfuhren solche, die von der ihnen liebgewordenen Gewohnheit nicht lassen wollten, grobe Insulte. In Calalzo (Belluno, Distrikt Pieve) geboten zwei Bauern den Umstehenden das Ablegen der Pfeifen, rissen dem Liberale Giacolti, der nicht sogleich gehorchte, die Pfeife aus dem Mund und schlugen sie in Stücke.

Die Mittelklasse litt durch das Stocken von Gewerbe und Handel, ein Übel, das von der regierungsfeindlichen Partei weidlich ausgebeutet, ja durch eigenartige Machenschaften verstärkt und vergrößert wurde. So schritten

in Venedig unbekannte Individuen an den Kaufleuten vorbei und gaben in kurzen Worten die Parole aus, ihre Gewölbe vor der gewohnten Stunde zu schließen, wenn sie nicht befahren wollten, daß ihnen die Glasscheiben eingeschlagen werden. Und der Order wurde in der Tat ebenso gehorcht wie allen Befehlen, die von der geheimen Feme ausgingen: bald nach Sonnenuntergang blieb in der Merceria und in andern belebten Stadtteilen kein Laden mehr offen. Dabei wurde geplant, der Behörde durch Aushungerung des öffentlichen Pfandhauses Verlegenheit zu bereiten, indem die Wühler den Aktionären nahelegten, der Sparkasse, die dem Monte di Pietà zur Dotation diente, ihre Kapitalien zu kündigen, wodurch, wie Call nach Wien berichtete, „diese Anstalt in die größte Bedrängnis kommt, ja ihre Existenz aufs Spiel gesetzt wird". Anderseits mußte selbst die Wohltätigkeit den Absichten der Partei dienen. Im Salon des Mailänder Grafen Vitaliano Borromeo wurde die Gründung eines Damenvereins ausgeheckt, der in dieser Zeit um sich greifenden Notstandes Beiträge zur Unterstützung brotloser Arbeiter und ihrer Familien einsammeln sollte. Das Gubernium erteilte die Bewilligung dazu, obwohl man sich der Ansicht nicht verschloß, daß, da die den Verein bildenden Damen, die Gräfin Borromeo an der Spitze, größtenteils der regierungsfeindlichen Partei angehörten, der ganzen Unternehmung die Tendenz zu Grunde lag, sich das gemeine Volk und vielleicht auch den Mittelstand, der in einer Lage, wo ungeachtet des Karnevals Diners, Bälle und andere Belustigungen eingestellt waren, an Erwerb und Verdienst empfindlich litt, zu ihren Gunsten geneigt zu machen oder aber einen Teil der eingesammelten Gelder für revolutionäre Zwecke zu verwenden. Die mildherzigen Damen machten je zwei ihre Rundgänge in Trauerkleidern, und es hieß, daß von ihrem Vereine die Losungsworte für politische Demonstrationen ausgingen[1].

Die Fülle des Unmuts entlud sich begreiflicherweise gegen das k. k. Militär, dem jetzt selbst Dinge verübelt wurden, an denen man früher nie einen Anstoß genommen hatte[2]. Beleidigungen, Schimpfworte, Flüche gegen Offiziere, herausfordernde Wirtshausgespräche in Gegenwart kaiserlicher Soldaten, aber auch tätliche Angriffe auf vereinzelte Wachposten waren alltägliche Erscheinungen, namentlich in den beiden Universitätsstädten Padua und Pavia. Hier wurde am Abend des 11. Februar ein Wachposten von drei bewaffneten jungen Leuten angegriffen; eine herbeikommende Patrouille faßte einen Juristen des dritten Jahrgangs Emilio Chiesa, während

[1] Doch siehe A. A. Ztg 1848, außerordentliche Beilage zum 21. März, S. 3, wo versucht wird, diese Verdächtigung amtlich zu widerlegen.

[2] In der Scala bildeten die beiden ersten Sitzreihen zwei weiße Linien, es waren die den Offizieren der Garnison vorbehaltenen Plätze; es bestand dies seit 1815 ohne Anstand; jetzt bildete es eine der vielen Beschwerden der Italiener: Hübner, Ein Jahr meines Lebens, Leipzig 1891, 17.

die beiden andern, ohne Zweifel gleichfalls Studenten, in ein nahes Gasthaus flüchteten. Die Soldaten führten eine Anzahl von Personen, aus denen man die beiden Übeltäter herauszufinden hoffte, gefangen fort; eine Woche später wurden acht Jünglinge aus Pavia verwiesen und von den Studien ausgeschlossen.

In Mailand hatten es gewisse Leute ganz besonders auf die Offiziere abgesehen. Als in der Nacht vom 12. zum 13. Februar Graf Franz Thun, Oberleutnant im Linieninfanterieregiment Kaiser Nr 1, ein Neffe Ficquelmonts, den Palast Marino verließ, geriet er mit vier Zivilisten in Streit, die ihm mit dem Stocke den Säbel aus der Hand schlugen und auf ihn einhieben, bis ihm die nahe Wache zu Hilfe kam und einen der Angreifer, den von Thun im Handgemenge verwundeten Nobile Carlo Borgazzi, festnahm, während die andern, darunter ein sicherer Negroni, die Flucht ergriffen. Zwei Abende später erfuhren ähnliches die Brüder Anton und Ferdinand v. Zergollern, der eine Hauptmann, der andere Leutnant in demselben Regimente Kaiser, die in der Straße Cordusio von vier jüngeren Herren angegriffen wurden, von denen der eine, Ercole Salvioni, eine Pistole gegen sie abfeuerte; die beiden Offiziere zogen ihre Säbel und gingen auf ihre Angreifer los, welche die Flucht ergriffen. Salvioni gewann ein nahes Haus, wo er eine zweite geladene Pistole und seinen Kalabreserhut versteckte; er wurde von der Polizeiwache erst nach langem Suchen herausgefunden und gefangen abgeführt. Dasselbe Schicksal bereitete sich Dr Luigi Gandini, Sohn eines Mailänder Advokaten, der in der Nacht mehrere aus der Scala durch die Contrada de' Meravigli nach Hause gehende Offiziere vom Regiment Paumgartten aus seinem Fenster mit den gemeinsten Schimpfworten verfolgte; die Offiziere ließen das Tor durch eine Patrouille öffnen und den Lästerer in das Polizeihaus abführen [1].

All dies galt nur den sog. deutschen Offizieren; gegen ihre eigenen Landsleute benahmen sich die Störenfriede ganz anders. Wenn z. B. der Markusplatz in Venedig bei der Produktion einer „deutschen" Regimentsbande gemieden wurde, so belebte er sich alsbald, wenn die Reihe an die Musikbande der venetianischen Marine kam. In Verona wurde eines Abends ein k. k. Stabsoffizier von zwei Männern mit der Frage angehalten, ob er ein Deutscher oder ein Italiener sei; als er, ohne eine Antwort zu geben, seines Weges ging, sandten jene ihm Flüche und Schimpfworte nach. Gegen

[1] In der Erzählung des Herganges weichen die italienischen Schriftsteller, z. B. C. Casati (Nuove Rivelazioni su i fatti di Milano 1847/48 II, Milano 1885, 52; Cenni biografici di Gabrio Casati, Milano 1871, 15), von den Berichten auf kaiserlicher Seite namentlich in dem Punkt ab, daß sie regelmäßig die k. k. Offiziere als die Veranlasser, ja Herausforderer des Streites darstellen, was, selbst abgesehen von den strengen Weisungen, die ihnen in dieser Richtung gegeben waren, alle Wahrscheinlichkeit gegen sich hat.

Soldaten italienischer Regimenter wurden Verführungsversuche aller Art angewandt, die nicht immer erfolglos waren. Ritter v. Call klagte in der zweiten Hälfte des Februar, daß die italienischen Grenadiere der Garnison ihre Verläßlichkeit bezweifeln ließen. In Mailand redete der Handlungskommis Luigi Grassi die Schildwache des Polizeiwachpostens auf der Piazza S. Fedele an, ob sie italienisch sei; als der Mann dies bejahte, empfing er die Weisung: „Nun dann rufet: Es lebe Pius IX! Tod den Deutschen! und entfaltet die Fahne mit den drei Farben Weiß, Grün, Rot", worauf er sich entfernte.

Was die Zivilverwaltung betraf, so war sie der Kräfte, die ihr in den verschiedenen Branchen zur Verfügung standen, nicht durchaus sicher. Die Behörden erwiesen sich, wenn nicht geradezu Verrat im Spiele war, so sorglos und fahrlässig, daß sie porti d'armi, Waffenpässe, nach Belieben austeilten, bis ein ausdrückliches Verbot des Vizekönigs diesem Unfug ein Ende machte[1]. Selbst in den höheren Regionen waltete ein störrischer Geist. So hatte, um ein Beispiel anzuführen, der k. k. Kammerprokurator in Mailand Gubernialrat Heinrich Edler v. Guicciardi einen Aufsatz über die Vorgänge am 2. und 3. Januar abgefaßt, der voll der gehässigsten Ausfälle gegen das Militär und die Polizei war, und den der Verfasser in zahlreichen Abschriften zirkulieren ließ, so daß Torresani dessen Suspendierung und Versetzung in Anklagestand beantragte[2]. Anderseits sahen sich die treuesten Diener der Regierung, ihre verläßlichsten Elemente, wie Graf Pachta beim Gubernium, Aloys Bolza bei der Polizei, von der Parteiwut auf das grimmigste verfolgt. Graf Pachta, seit Jahren die rechte Hand des Statthalters, „ein äußerst geistreicher Mann, zugleich ein Gegenstand des Schreckens und des Hasses der Feinde Österreichs"[3], war wohl nicht zu beseitigen, da dies dem Übermut der Bewegungspartei nur neue Nahrung zuführen müßte. Anders stand es mit Bolza, den Graf Spaur und selbst der Erzherzog vom exekutiven Dienst entfernt haben wollten, da er bei seinem heftigen Temperament, bei seinen unklugen und herausfordernden Reden mehr Übles als Gutes stifte. Allein Bolzas Chef legte entschiedene Verwahrung gegen einen solchen Schritt ein: das würde,

---

[1] F. B. M., Bergamo und Brescia, Wien 1850, versichert S. 41, daß allein in der Provinz Brescia über 6000 Waffenpässe erteilt worden seien; es hätten dabei, meint er, finanzielle Rücksichten den Ausschlag gegeben, „weil die Finanz keine Beschränkung dieser Einnahmequellen gestatten wollte". — Der Erlaß des Erzherzogs Rainer datierte vom 17. Februar. Verfasser der oben angeführten Schrift war Franz Baron Marenzi von Marensfeld und Schönegg, damals Oberstleutnant bei der Albrecht-Infanterie, Dienstkämmerer beim Erzherzog Sigismund.

[2] Tatsächlich wurde Guicciardi mit Allerhöchstem Erlaß vom 23. Februar in zeitlichen Ruhestand versetzt.

[3] Hübner, Ein Jahr meines Lebens 19.

erklärte Torresani, einen Sieg der Liberalen bedeuten und den Eifer der übrigen Polizeibeamten lähmen; er selbst, Torresani, würde in die größte Verlegenheit geraten, denn er wisse unter allen seinen Beamten keinen, der ihm den Bolza ersetzen könnte. Von höchster Stelle wurde dem Generalpolizeidirektor recht gegeben: die Verwendung des Bolza sei dem Baron Torresani zu überlassen, der dabei allein das Beste des kaiserlichen Dienstes vor Augen haben werde[1].

Vom 13. Februar datierte ein kaiserliches Handschreiben an den Erzherzog-Vizekönig, das ihn zur Verkündigung des Standrechts für Hochverrat und Störung der öffentlichen Ruhe ermächtigte, „sofern dies inzwischen nicht schon geschehen sein sollte"[2]. Es verlautete zugleich von einer Kriegssteuer von 16 Millionen, die ausgeschrieben werden sollte. „Hoffentlich nur eine a conto-Zahlung", schrieb ein österreichischer Offizier aus Padua. „Selbst der greise hochherzige Bianchi äußert seine Freude, nennt es einen großen Fortschritt, obwohl er, der Patriot wie wenige, mitzahlen muß. Auch Wimpffen trifft es tüchtig mit."

Geschehen war hinsichtlich des Standrechts bis dahin noch nichts, da man sich in den Mailänder Regierungskreisen nicht getraute, auf eigene Faust zu diesem äußersten Mittel zu schreiten. Auch schien man die Hoffnung nicht aufgeben zu wollen, daß die Dinge sich noch zum Besseren wenden könnten. Denn es war in Lombardo-Venetien keineswegs die Gesamtheit, es war, selbst wenn man von der Masse des Landvolkes absah, nicht einmal der größere Teil der Bevölkerung, der auf einen gewaltsamen Umsturz, auf eine Lostrennung vom Kaiserstaat abzielte. Das in der ersten Hälfte Februar aufgetauchte und von vielen hoffnungsfreudig verbreitete Gerücht, der Erzherzog-Vizekönig sei nach Wien abgereist, um zeitgemäße Reformen zu befürworten, war ein sprechendes Zeugnis für den Geist, der in weiten Kreisen herrschte. An einem Februartag fand man an mehreren Stellen des von Mailand nach Pavia führenden Naviglio mit großen Lettern angeschrieben: Viva Ranieri Re lombardo-veneto. An den Bischof von Rovigo gelangte um dieselbe Zeit ein mit dem Poststempel von Conegliano versehenes Schreiben, worin er aufgefordert wurde, Sr. Majestät dem Kaiser die Notwendigkeit zeitgemäßer Reformen dringend ans Herz zu legen.

Doch was waren derlei vereinzelte Kundgebungen friedfertiger Gesinnung gegen den Anschwall von Leidenschaft, der sich allerorts mit Macht Geltung verschaffte! Die Wogen der Empörung gingen bereits so hoch, daß sich Anzeichen bewaffneten Widerstandes mit jedem Tage mehrten. In der

[1] In der Eingabe Rainers an den Kaiser vom 2. Februar werden unter den Eigenschaften Bolzas, die gegebenen Falles, z. B. bei Aufläufen, mehr schaden als nutzen könnten, auch sein „übertriebener Diensteifer" und sein „Mut" aufgezählt. Die Allerhöchsten Erlasse erfolgten am 8. März.

[2] Polizeiarchiv 1848, Fasz. 236, Nr 3260.

studierenden Jugend gärte es in nicht zu verkennender Weise. Selbst die fleißigsten von ihnen ließen die Hörsäle beiseite, um, in kleineren Gruppen vereinigt, sich in militärischen Angelegenheiten unterrichten zu lassen. Die Nächte verbrachten sie in irgend einem abgelegenen Häuschen, um da Kugeln zu gießen, Patronen anzufertigen, während andere in Trupps die Straßen durchzogen und durch Singen der Piushymne, durch Rufe: Evviva Italia! evviva Pio Nono! die nächtliche Ruhe störend, ihren politischen Gefühlen Luft machten.

Schon hatte sich die gereizte Stimmung über das ganze Land verbreitet, im Venetianischen so gut wie in der Lombardei. In Noventa (Distrikt S. Donà) marschierte am Abend des 15. Februar ein Trupp von einigen zwanzig jungen Leuten auf dem Ortsplatz auf und sang nach dem Takt des österreichischen Zapfenstreichs: Siamo Italiani e tanto basta, siamo uniti colla Francia, tutto il mondo faremo tremar! Zugleich ertönte der Ruf: Abbasso il sigaro! . . . alles unter dem lauten Beifall der Zuschauer, darunter sehr angesehener Einwohner, und angesichts der Sicherheitswache, die es, als der Haufe Miene machte, sie anzugreifen, geraten fand, der Überzahl das Feld zu räumen. In Cremona kamen statt der verbotenen Kalabreser- und Ernanihüte weiße Hüte mit Bändern in den päpstlichen Farben auf. Wenn die Polizei einschreiten wollte, verschwand der Hut, und unter allgemeinem Gelächter zeigte sich eine Narrenkappe oder eine Jakobinermütze auf dem Kopfe. In Bergamo erfuhr das landsmännische Regiment Geppert (Nr 43, Como und Sondrio) Neckereien und selbst tätliche Angriffe aller Art, so daß die Soldaten mehr als einmal von den Waffen Gebrauch machen mußten. Am 17. Februar kam es zu einer ernsteren Balgerei, als ein mit Stöcken, Stockdegen, Dolchen bewaffneter zahlreicher Haufen ein paar spazierende Soldaten anfiel und bis zur Hauptwache verfolgte; Sukkurs rückte an, der, als aus der Menge Schüsse fielen, Holzwerk, Dachziegel, Steine auf die Soldaten geschleudert wurden, Feuer gab und Verhaftungen vornahm. In der Nacht erfolgten Schüsse auf eine Patrouille, glücklicherweise ohne Erfolg.

Es waren nicht bloß reifere Leute, die Front gegen die Regierung machten, die heranwachsende Jugend lernte von den Großen und ahmte ihnen nach. Als sich am 20. auf dem Stadtplatze von Adria, nahe der päpstlichen Grenze, ein Landmann rauchend zeigte, wurde er von Kindern angeschrieen: Abbasso quel sigaro — Heraus mit der Zigarre! In Udine erschienen eines Tages die Schüler der Elementar- und Gymnasialklassen öffentlich mit der Piusmedaille, die sie an einem Band auf der Brust trugen. Bei Studenten des kaiserlichen Gymnasiums di San Giovanni Laterano zu Venedig fanden sich revolutionäre Lieder und Gedichte, die ihnen aus Turin in Briefform zugeschickt worden waren. Das Ärgste leisteten die Buben vom Mailänder Kommunalgymnasium Santa Marta,

die aus ihren Schulbüchern die kaiserlichen Adler herausschnitten und von der Türe bis zum Katheder auf den Boden legten, so daß der eintretende Professor, ohne es zu merken, mit seinen Absätzen darauf treten mußte.

Der Bruch zwischen den Eingebornen und den Tedeschi war nun vollständig. Mailänder Familien brachen mit „deutschen“, mit denen sie jahrelang freundlichen Verkehr unterhalten hatten, schroff ab, um nicht von ihren enragierten Landsleuten scheel angesehen zu werden. Kaiserliche Offiziere erfuhren Beleidigungen, Beschimpfungen, Ausgelassenheiten jeder Art. Es war schier unglaublich, zu was für mitunter recht unsaubern Mitteln zarte Frauenhände griffen, um ihren Ärger und Abscheu gegen die ihnen jetzt verhaßten Uniformen, die ihnen noch vor kurzem so stattlich in die Augen gestochen hatten, Luft zu machen[1]. „Man tastet unsere Ehre“, so schrieb ein Offizier aus dem Hauptquartier Radetzkys nach Wien, „man tastet alles, was uns Soldaten wert und teuer ist, auf das empfindlichste an; die tolle italienische Presse schleudert die unglaublichsten Verleumdungen in die ganze gesittete Welt; wir werden zu Henkern und Henkersknechten gestempelt. Die Frechheit der hiesigen Bevölkerung geht so weit, daß man keine Minute auf der Straße sicher ist, nicht mit den elendesten Schimpfnamen angerufen und verhöhnt zu werden. Man erfrecht sich sogar, in den Gasthäusern uns unsere Mutterspache zu verbieten: In questa sala non è permesso di parlare tedesco. In den meisten Gast- und Kaffeehäusern hängen Tafeln, daß das Rauchen nicht erlaubt ist; die Offiziere sind auf einige beschränkt, wo nur Militär hingeht; denn sonst sind sie Grobheiten ausgesetzt. In den Kaufläden legt man dem kaufenden Militär die schlechtesten Sachen vor und fordert von ihm doppelte Preise, kurz, jede Feder ist zu schwach, unsere hiesige Existenz zu beschreiben. Es wäre kein Wunder, wenn alle Tage die ärgsten Exzesse geschähen!“

Radetzky selbst, ehedem eine der beliebtesten Persönlichkeiten von Mailand, war nun proskribiert und wurde von der Presse mit den niederträchtigsten Ausfällen und Verleumdungen verfolgt; die Popularität, die er bei dem Volke genossen hatte, war in den schwärzesten Haß umgewandelt. Doch guai a chi lo tocca! Die Offiziere hatten sich überzeugt, daß, wenn ihm die geringste Unbill widerführe, die Wut ihrer Soldaten nicht zu bändigen wäre und ein entsetzliches Blutbad erfolgen würde. Denn diese lechzten nach einem Anlaß zu blutiger Vergeltung. Als eines Tages in Verona Graf Pimodan einen seiner Unteroffiziere fragte, was er denn habe, er komme ihm heute so besonders gut gelaunt vor, antwortete dieser: „O Herr Oberleutnant, wir werden Krieg bekommen, und mich juckt es in den Händen, meinen Säbel über den Köpfen dieser Leute zu schwingen, die uns verhöhnen, und

[1] Auffallende Beispiele s. Bruna, Im Heere Radetzkys, Prag 1859, 2, 5 f. und Betta, Mailänder Geiseln 20 f.

die wir nicht anrühren dürfen."[1] Die Offiziere dachten nicht anders. Sie begannen ihre Degen gegen Säbel einzutauschen, die ohne Frage zum „Raufen" geeigneter und ausgiebiger waren; der Waffenschmied Sassi in Mailand konnte ihrer seit Wochen nicht genug liefern. Freien Gebrauch davon machen durften sie allerdings nicht, da ein Generalbefehl des Feldmarschalls den Truppen „Geduld und Resignation, Ausdauer und Entschlossenheit als Tugenden des Soldaten" vor Augen hielt: „Fordert niemand durch ungewöhnliche Handlungen heraus, vergeßt aber auch nicht, was ihr eurer Ehre und Pflicht schuldig seid!"[2]

* * *

Dem österreichischen Staatskanzler bereiteten die Dinge in Italien seit Monaten ernste Sorgen. Am 1. Februar war in Wien ein eigenes Zensurkollegium ins Leben getreten, das der Willkür und Kopflosigkeit der Einzelzensur, über welche die Schriftsteller oft genug zu klagen hatten, einen Damm zu setzen berufen war. Am Tage darauf wurde die kürzlich geschaffene kaiserliche Akademie der Wissenschaften eröffnet, die auf Grund ihrer Statuten zensurfrei arbeiten sollte. Es waren dies zwei, allerdings etwas verklausulierte Zugeständnisse an den Zeitgeist[3], die zugleich einem der in den Petitionen der lombardischen und der venetianischen Zentralkongregation ausgedrückten Wünsche entsprachen. Allein die Stimmung und öffentliche Meinung im italienischen Doppelkönigreich war bereits soweit über jene Wünsche hinaus, daß man von der österreichischen Regierung überhaupt gar nichts mehr wünschte und haben wollte.

Metternich hatte den Leipziger Generalkonsul Jos. Alex. Hübner, den er in Lombardo-Venetien zu verwenden gedachte, nach Wien berufen. „Ich spreche nicht von Piemont, dessen Abfall mehr eine Sache der Zeit ist", sagte er am 21. zu ihm; „nicht durch diplomatische Schritte wird man das Königreich aufhalten können auf der schiefen Ebene der Revolution, die es bereits betreten hat. Wir müssen uns mit dem Gedanken bewaffneten Einschreitens vertraut machen; kann es vermieden werden, um so besser! ... Man muß unterscheiden", spann er seine Gedanken weiter, „zwischen Ländern, denen der fortgeschrittene Liberalismus nichts mehr zu leide tut, und die nur den Radikalismus zu fürchten haben, und jenen Staaten, denen schon die liberale Revolution mit Samthandschuhen verderblich werden kann. In

[1] Pimodan, Souvenirs 104.

[2] Polizeiarchiv Fasz. 236, Nr 2437, datiert vom 17. Februar. Vgl. Hilleprandt, Der Feldzug in Oberitalien 1848: in Streffleurs Österr. milit. Zeitschr. 1864, 29 f; daselbst auch Ordre de Bataille und Standarte der k. k. Armee Mitte März 1848.

[3] Helfert, Wiener Journalistik, Wien 1877, 14—18.

diesem letzteren Falle befinden sich Österreich, Italien und selbst Preußen, während Frankreich und Westdeutschland der ersteren Kategorie angehören."[1]

Metternich hatte, wie früher erzählt, die Schaffung einer Konferenz unter dem Vorsitze des Vizekönigs im Plane, deren Aufgabe vom Thron aus durch Gewährung, mindestens durch Verheißung von Zugeständnissen erleichtert werden sollte. Durch Kaiserl. Handschreiben vom 23. erhielt der Oberste Kanzler Graf Inzaghi den Befehl, unter Leitung des Hofkanzlers Freiherrn von Weingarten mit aller Beschleunigung ein aus Räten der verschiedenen Hofstellen zusammengesetztes Komitee einzuberufen, das die von den Zentralkongregationen des lombardo-venetianischen Königreichs überreichten Bitten und Vorschläge[2] zu prüfen und zu beraten hätte. Es war diesen Beratungen die einzige Grenze gesetzt, daß an den organischen Institutionen des Doppelkönigreichs keine Änderung vorgenommen werden sollte; die angeregten administrativen Reformen waren der freiesten Besprechung überlassen. Zwei Tage später verständigte ein Allerhöchstes Handbillet den Vizekönig, daß Se Majestät zu Bewilligungen, die sich mit den Interessen des Gesamtstaates in Einklang bringen lassen, geneigt sei, und daß er sich vorbehalte, in diesem Sinne Persönlichkeiten nach Wien zu berufen. Der Mailänder Umsturzpartei kam dieses fortwährende Zaudern mit Zugeständnissen und Reformen keineswegs ungelegen. „Es ist ein wahres Glück", sagte Giuf. Durini zu Casati, „daß unsere Vorstellungen in Wien kein Gehör finden; wir werden dabei um so schneller ans Ziel kommen."[3]

Übrigens gab man sich in den leitenden Wiener Kreisen, die dem italienischen Doppelkönigreiche gegenüber ihren guten Willen kundgeben wollten, über die Wirkung derartiger Zugeständnisse keiner Täuschung hin. Wenn der Schritt Nazari-Manins, sagten sie, den günstigsten Erfolg hätte, die Stellung der kaiserlichen Regierung den Nationalen gegenüber würde darum keine andere und bessere werden; denn jenen Nationalen handle es sich nicht um Verbesserung der Zustände unter österreichischer Herrschaft, sondern um Losreißung von dieser; alle zu erteilenden Gewährungen werden ihnen nur als Mittel dienen, ihre Stellung gegen die Regierung zu vermehren und zu verstärken[4]. Von dieser Überzeugung schien sich auch der Erzherzog-Vizekönig leiten zu lassen, als er sich endlich entschloß, von der ihm längst erteilten Allerhöchsten Ermächtigung Gebrauch zu machen: am 22. Februar erfolgte die Verkündigung des Standrechts und des den Polizeiorganen eingeräumten summarischen Verfahrens gegen politische Vergehen[5].

[1] Hübner, Ein Jahr meines Lebens 4 f.

[2] Eine übersichtliche Nebeneinanderstellung dieser Bitten und Vorschläge s. Polizeiarchiv 1848, Fasz. 236, Nr 3214.

[3] C. Casati, Nuove Rivelazioni I 163 f.

[4] Hartig, Genesis[2] 80.

[5] Wiener Ztg Nr 59 vom 28. Februar; Arch. trienn. I 124—127.

Die regierungsfeindliche Partei suchte wohl die Sache auf die leichte Achsel zu nehmen: Ecco le concessioni di Vienna! spöttelte sie. Allein in Wahrheit traf sie die Maßregel doch hart, und als sich am Abend ein glühendes Nordlicht zeigte, eine in Italien seltene Erscheinung, da fanden sich sogleich die verschiedensten Auslegungen, einzelne hoffnungsfreudige, doch überwiegend ernste. Zwei Tage später brachte die „Gazzetta di Milano" ein Verbot Torresanis, in den letzten Faschingstagen Masken auf der Straße zu tragen und Coriandoli zu werfen; auf die Übertretung war Festnahme angedroht.

Es war dies in denselben Tagen, wo in Paris die dritte französische Revolution losbrach, was man im lombardisch-venetianischen Königreich erst drei oder vier Tage später erfuhr. Die Nachricht von dem erfolgten Losbruch wirkte, wie sich denken läßt, in allen Kreisen der Bewegungspartei elektrisch; als aber in den letzten Februartagen die Proklamierung der Republik bekannt wurde, da schien sich das Blatt zu wenden. Die oberen Zehntausend, also gerade jene Klassen, in deren Schoße die Neuerungssucht und die Widerstandslust gegen die Regierung heimisch waren, trugen durchaus kein Verlangen, ihre Stellung und ihre Einkünfte phantastischen Ideen zum Opfer zu bringen. In Mailand äußerte nach Torresanis Beobachtung die Nachricht von der Ausrufung der Republik eine erschütternde Wirkung auf die adelige liberale Partei, so daß der Umsturz in Frankreich für die kaiserliche Regierung heilsam zu werden schien. Die Nobili schwebten in Ungewißheit, welche Folgen für ihr eigenes Land daraus erwachsen könnten. Schon fanden sich Aufschriften: Republica francese, republica in Italia, und schon zirkulierte — Ernst oder Satire? — eine Ministerliste der italienischen Republik: Präsident Pio Nono, Auswärtiges Mazzini, Inneres Guerrazzi, Kultus Padre Ventura, Unterricht Abbate Gioberti, Krieg der Fürst von Canino, Marine Massimo d'Azeglio, Justiz Advokat Brofferio.

Kein Zeitpunkt seit der mit dem Regierungsantritt Pius' IX. inaugurierten Bewegung schien für die österreichische Regierung günstiger als der jetzige. Besonders zeigte sich das in Venedig. „Ein großer Teil der Bevölkerung", so berichtete die dortige Polizei nach Wien, „scheint dieses Treibens, das ein allgemeines Mißbehagen und für Handel und Industrie die empfindlichsten Nachteile erzeugt hat, satt zu sein, und man hört häufig die Meinung äußern, daß wenn die Regierung die billigen Wünsche des Volkes anhören und zeitgemäße Verbesserungen schnell und umfassend bewilligen möchte, dies auf das vorteilhafteste auf die Volksstimmung wirken und einen großen Teil des Volkes dem verderblichen und leider immer noch um sich greifenden Einfluß der Umsturzpartei unzugänglicher machen würde." Auffallenderweise war jetzt kein Wahrzeichen politischer Agitation zu entdecken, sogar der Unfug der Maueranschläge unterblieb. „Diese Stille hat

etwas Unheimliches, es liegt zu viel Absicht darin, und sie bringt keineswegs mehr Zuversicht in den öffentlichen Verkehr."[1] Da sich in dieser Zeit römische Nationalgarden in ihrer Uniform in Venedig zeigten, erschien dagegen ein polizeiliches Verbot mit der Weisung, solche Personen ohne Aufschub über die Grenze zu schaffen, und alle Sicherheitsorgane erhielten den Befehl, erhöhte Aufmerksamkeit allen solchen Handlungen und Unternehmungen zuzuwenden, die eine versuchte oder geplante politische Demonstration voraussetzen ließen[2]. Gegen den Dichter Prati, der unter den Paduaner Studenten so aufreizend gewirkt hatte, ging die Behörde nun mit Ernst vor. Am 26. Februar brachte ihn der Eilwagen nach Levico, wo ihn seine politischen Freunde mit einer dreifachen Huldigung empfingen, und von da nach Trient, wo ein mit Blutspeien verbundenes Fieber die augenblickliche Abschaffung in seine Heimat Dasindo, Bezirk Stenico, um einige Tage verzögerte. Aus Innsbruck gelangte an die Kreishauptleute von Trient und Roveredo die Weisung, Pratis Person und Verkehr auf das strengste zu überwachen und keine wie immer gestaltete Demonstration zu dulden.

* * *

Am 15. Februar 1848 war der bejahrte Hofkriegsratspräsident General der Kavallerie Ignaz Graf Hardegg mit Tod abgegangen, und es handelte sich um seine Nachfolge. Der Landeskommandierende in Innerösterreich, Feldzeugmeister Graf Nugent, sprach für den Feldmarschalleutnant Baron Bianchi, den ruhmgekrönten Sieger von Tolentino und Casalanza, der dafür von König Ferdinand von Neapel den Herzogstitel erhalten hatte: „Es wäre ein wahres Glück und die beste Wahl, die man treffen könnte. Bianchi hat alle Eigenschaften, die wir jetzt brauchen; er ist zwar alt, aber, wie man hört, gesund, und wenn er auch nur auf kurze Zeit benutzt würde, so kann es genügen." Metternich war daran, den Fürsten Alfred Windischgrätz zu berufen; da aber dieser als General noch zu nieder im Range war, so kam Ficquelmont an die Reihe, dessen Bleibens in Mailand ohnedies nicht länger war. Wenn er und sein Haus seit ihrem Erscheinen in Mailand von den Führern der Bewegungspartei gemieden waren, so sahen sie sich jetzt förmlich in Bann getan. Dem Grafen wurden, um ihn lächerlich zu machen, die albernsten Aussprüche in den Mund gelegt[3] und der gesellschaft-

[1] Polizeiadjunkt Joseph Waneczek, Amtsverweser während Calls Abwesenheit, Venedig 29. Februar und 1. März 1848: Polizeiarchiv Fasz. 236, Nr 3997.

[2] Carte segr. della polizia austr. III 177 218—221.

[3] Pallavicino, Memorie I, Torino 1882, 204: Il Ficquelmont avea detto, e la storia noterà le sue parole: Ho fra le mani un mezzo infallibile per far dimenticare ai buoni Milanesi e Pio IX loro idolo e quelle velleità di nazionale indipendenza

liche Umgang mit ihm in jeder Weise gehemmt. Im Klub der Lions wurde Prügelstrafe gegen jeden Kutscher gedroht, der seine Herrschaft nach Hof oder zum Grafen Ficquelmont fahren würde; sollte er für solche Weigerung seines Dienstes entlassen werden, so versprach der Klub ihm einen andern Posten zu verschaffen. Damen, die österreichische Kreise besuchen würden, sollten schonungslose Pamphlete erfahren, wie denn in der Tat gegen eine, die sich an dieses Verbot nicht kehrte, ein Spottgedicht im Mailänder Dialekt in Umlauf gesetzt wurde.

Ficquelmont genoß in militärischen Kreisen ein wohlbegründetes Ansehen[1] und erschien zugleich, weil er die kaiserliche Armee in Italien genau kannte, als der geeignetste, den dortigen Angelegenheiten eine bessere Wendung zu geben. In Wien machte diese Ernennung keinen guten Eindruck. „Nichts, was heute geschieht", schrieb die Fürstin Metternich klagend in ihr Tagebuch, „wird vom Publikum gutgeheißen. Das ist ein recht schlimmes Zeichen!"[2] Der Staatskanzler wünschte den Fürsten Felix Schwarzenberg an Ficquelmonts Stelle in Mailand zu setzen: „Er hat Talent, besitzt eine große Kenntnis der Lage und Stimmung; auch sein militärischer Charakter spricht für diese Wahl."[3] Der Plan kam aber nicht zur Ausführung, da Schwarzenberg durch die neapolitanischen Vorgänge an seinem Posten zurückgehalten wurde, und so erhielt Legationsrat Hübner die Weisung, in dem für das italienische Doppelkönigreich zu bildenden obersten Conseil die diplomatischen Interessen zu vertreten. Es komme darauf an, instruierte ihn der Staatskanzler, die italienischen Höfe zu kräftigem Widerstand gegen die Umsturzpartei zu ermuntern und sie des militärischen Beistandes Österreichs zu versichern.

Im letzten Gespräche, das der Fürst mit Hübner führte, kam er auf die allgemeinen Verhältnisse der Monarchie zu sprechen. „Jedermann sagt mir, es müsse etwas geschehen. Ganz richtig, aber was? Unsere Monarchie ist ein altes Haus, man kann nicht ohne Gefahr Mauern durchbrechen, neue Fenster und Türen öffnen, große Veränderungen im Innern treffen."

---

ch'ei manifestano da qualche tempo nelle loro puerili dimostrazioni. Il carnovale s'avvicina: io darò ad essi grandioso spettacolo al teatro della Scala. Vgl. Ign. Cantù, Gli ultimi cinque giorni degli Austriaci in Milano, Milano 1848, 18. Ignazio Cantù, Bruder des berühmten Cesare, war am Hofe des Vizekönigs bedienstet den er nach dem Sturze der österreichischen Herrschaft, gleichsam um sich von diesem Makel reinzuwaschen, mit seinem Hohn und Geifer überschüttete.

[1] „Ich kenne ihn viel", schrieb Nugent aus Grätz 7. März an den Hauptmann im General-Quartiermeisterstabe Grafen Huyn, „und obwohl er in der letzten Zeit mehr als Diplomat bekannt ist, so glaube ich doch, daß das Militär seine eigentliche Sphäre ist. Dieses ist auch die Meinung Wellingtons, der mir schon in Spanien sagte, F. sei einer der ersten Offiziere in Europa."

[2] Metternich, Nachlaß VII 531 533 586.

[3] Ebd. VII 568.

Und dann fügte er die in seinem Munde merkwürdigen Worte bei: „Hüten wir uns, die Provinzen als Individuen zu zerstören und den Kaiser seiner Eigenschaft als Souverän jeder einzelnen Provinz zu entkleiden. Das hieße aus dem Bande, welches die Dynastie und die Provinzen verknüpft, das persönliche Element entfernen und hierdurch die Krone des kräftigsten Mittels berauben, das sie ermächtigt, Reibungen und Kämpfe zwischen den verschiedenen Volksstämmen der Monarchie zu verhindern." Dem Grafen Ficquelmont war in der letzten Zeit der Ritter Liehmann-Palmrode von der Staatskanzlei adjungiert worden, der zuletzt in Krakau gute Dienste geleistet hatte, aber mit den italienischen Verhältnissen wenig vertraut war. Es wurde darum der beliebte niederösterreichische Landmarschall Graf Albert Montecuccoli-Laderchi, der mehrere Jahre lang beim Mailänder Gubernium gedient hatte, ausersehen, dem Vizekönig in der Leitung der Zivilangelegenheiten zur Hand zu sein, und für diesen Zweck unter Beibehaltung seiner Stelle beim niederösterreichischen Landtage mit dem Range eines Staats- und Konferenzministers bekleidet[1]. Leider konnte Montecuccoli seinen Posten nicht sogleich antreten, da sein Ersatz im ständischen Kollegium bei den sich bedenklicher gestaltenden Zeitverhältnissen manche Schwierigkeiten bot.

Am 1. März wurde Graf Spaur nach Wien berufen, wohl eine Folge des in dem Handschreiben vom 23. Februar an den Vizekönig angedeuteten Allerhöchsten Vorhabens; der Vizepräsident Graf O'Donell sollte die einstweilige Leitung des lombardischen Guberniums übernehmen. Am 5. traf Legationsrat Hübner in Mailand ein und stieg in „Bella Venezia" ab, dem Palazzo Marino gegenüber, wo Ficquelmont wohnte. Er brachte wichtige Depeschen aus Wien, darunter Ficquelmonts Ernennung zum Hofkriegsratspräsidenten. Ficquelmont sollte in den Erzherzog dringen, sobald als möglich seinen Aufenthalt nach Verona zu verlegen. „Die Anwesenheit der Person und der Familie des Vizekönigs in Mailand ist eine Gefahr und zugleich für die freie Bewegung der Macht eine Verlegenheit." Hübner sollte zur Verfügung des Erzherzogs fürs erste in Mailand bleiben. Ficquelmont, „der lachende Philosoph mit dem Kopf eines Sokrates auf den Schultern", wie ihn Hübner nennt, übersah die Lage mit dem klaren Blick des gereiften Staatsmannes. „Alles, was ich tat", sagte er zu Hübner, „und was Sie tun werden, war und wird vergebene Mühe sein; der italienische Knoten kann nur mit dem Schwerte gelöst werden." Der alte General der Kavallerie Graf Wallmoden, Ablatus des Feldmarschalls und Kommandant des ersten Armeekorps, sagte zu Hübner: „Ich habe meinen Abschied nachgesucht, doch jetzt, wo es zum Raufen kommt, möchte ich bleiben. Schreiben Sie doch dem Fürsten Metternich, daß Sie

[1] Wiener Ztg Nr 61 vom 4. März 1848.

mich in guter Verfassung fanden."[1] Inzwischen war in Wien Wallmodens früherem Ansuchen bereits entsprochen worden, dem zufolge der Befehl über das erste Armeekorps an den Feldmarschalleutnant Eugen Grafen Wratislaw überging.

Darüber, daß es bald zum Raufen kommen würde, konnte kaum mehr ein Zweifel obwalten. Nicht bloß die Hauptstadt, sondern die ganze Strecke bis an den Ticino hin, bis nach Varese hinauf strotzte von Militär: „jeder, auch der kleinste Ort ist mit Truppen besetzt", heißt es in dem Bericht eines Reisenden; „die Gegend, die ich durchflog, scheint ein weites Heerlager zu sein". Truppenabteilungen kamen und gingen, durchzogen, mit Musikbanden an der Spitze, die Straßen von Mailand. An der Befestigung des Kastells wurde gearbeitet; an den Wällen der Stadt legte man kleine Forts oder Türme an; Batterien in langen Linien manövrierten auf dem Kastellplatz. Allabendlich sammelte sich eine neugierige Menge vor dem Militärkaffeehaus nächst der Scala, sich an dem bunten Durcheinander der verschiedenen Uniformen weidend. Aber die Nacht war still, fast nichts war zu hören als der langsam eintönige Schritt der Patrouillen, deren eine der andern auf dem Fuße folgte[2].

Unter solchen Umständen ging der Karneval, sonst so toll und ausgelassen, diesmal fast lautlos vorüber. Am 7. März, Faschingsdienstag, war das Militär konsigniert, die Polizei in Bereitschaft, eine Schwadron Husaren vor dem Polizeigebäude, die Wachen im vizeköniglichen Palast vermehrt; starke Patrouillen durchstreiften die Straßen. Allein es geschah nichts. Um 2 Uhr nachmittags wurden sämtliche Verkaufsläden wie auf Kommando geschlossen, alles strömte auf den Corso Pio Nono, auf dem ein unglaublicher Menschenandrang hin und her wogte. Statt der Coriandoli wurden Blumen geworfen all' uso di Roma, aber keine Unordnung, keine heftige Bewegung, kein wüstes Geschrei. Eine in die Stadt einmarschierende Abteilung Grenzer stutzte angesichts der zahllosen Volksmasse und machte Halt und setzte ihren Marsch erst fort, als sie sich überzeugt hatte, daß sie sich keinem Aufruhr gegenüberbefand. Gegen Abend verlief sich die Menge in aller Ruhe. So war es auch in der Scala. Der große Veglione, der glänzende Faschingsschluß, der sonst die ganze elegante Welt von Mailand versammelt sah, war unbesucht, so daß man um 1 Uhr nach Mitternacht die Lichter auslöschte; die Führer, welche die Parole dazu ausgegeben hatten, sagten spöttisch: das heiße den Fasching alla romana schließen. Sie schienen, wie Torresani meinte, temporisieren zu wollen,

---

[1] Metternich, Nachlaß VII 588. Hübner, Ein Jahr meines Lebens 11—13 16 18 f.

[2] Cattaneo, L'Insurrection de Milan 36: Habitué à veiller bien avant dans la nuit, je puis compter de ma fenêtre, dans une rue peu fréquentée, neuf patrouilles en deux heures.

bis man in Piemont gerüstet oder sonst bereit sein werde, einen Einfall in das kaiserliche Gebiet zu unternehmen. Bei den kaiserlich Gesinnten nahm der Kleinmut zu, sie fürchteten nicht bloß Sardinien, sondern auch Frankreich. Wenn ein Krieg ausbräche, meinten sie, werde sich Österreich nicht halten können; der Feldmarschall sei ein Greis, und die kaiserlichen Generale seien den französischen nicht gewachsen.

Ähnlich stand es in Venedig. Zur großen Cavalchina in der Fenice am 7. März, Faschingsdienstag, wurden alles in allem 140 Karten gelöst; auf dem kleinen Campo S. Fantino sammelten sich Leute, die jeden auspfiffen, der in Maske dem Theater sich nahte; die wenigen Personen, welche in dem glänzend erleuchteten Riesensaal herumschlichen, verloren sich einer nach dem andern, und die Cavalchina hatte ein Ende. In anderer Weise beging man in Udine die Fastnacht: eine lumpige Maskengesellschaft trug eine ausgestopfte Puppe, die man in einen Militärrock gesteckt hatte, singend und johlend durch die Straßen. Überhaupt trat im Venetianischen bald ein Umschlag der Stimmung ein. Allmählich erwachten in der Lagunenstadt die Erinnerungen an den alten Ruhm und Glanz ihres Gemeinwesens und wurden hier wie auf der Terraferma immer lebendiger. Am 9. morgens zeigten sich in Venedig Aufschriften: Ferdinando non ha di Re se non il nome ... Forca a Metternich ... Rovina e morte a' Tedeschi ... Imitate la Francia! Noch deutlicher stand in Vicenza an einer Stelle des zu Madonna del Monte hinaufführenden Säulenganges: Viva la Repubblica ... Repubblica francese soccori la tua madre![1] Schon wollte man in Wien bemerken, daß das Gift der Auflehnung durch Briefe aus der Heimat in der italienischen Nobelgarde zu wirken anfange.

Torresani riet, der Bevölkerung materielle Erleichterungen zu gewähren, was gewiß in weiten Kreisen von der günstigsten Wirkung sein werde: Herabsetzung der Kopfsteuer, Minderung der Salzpreise, Revision der Stempelgesetze, für den Handel einige Erleichterungen im Verkehr — Vorschläge, die recht gut gemeint waren, aber in der nunmehrigen Lage der Dinge und Stimmung der Gemüter kaum von einem Erfolge sein konnten. Auch verließen von den tonangebenden Persönlichkeiten jetzt einer nach dem andern die lombardische Hauptstadt. Ficquelmont sollte am 13., Spaur am 14. abreisen; in der Hofhaltung des Vizekönigs wurde die Abfahrt nach Verona vorbereitet, so daß gerade in einer so kritischen Zeit die Regierungsgehörden ihrer obersten Spitzen beraubt waren. Den Führern der Bewegung konnte nichts gelegener kommen. Für den Fall der Abreise des Erzherzogs standen am vizeköniglichen Palaste in Mailand die Worte: Casa

[1] Ferdinand hat vom König nichts als den Namen ... Den Galgen für Metternich ... Untergang und Tod den Deutschen ... Ahmet Frankreich nach ... Französische Republik, komme deiner Mutter zu Hilfe (d. h. der gewesenen Republik Venedig).

d'affittare — Haus zu vermieten. Spottrufe und Ausfälle von schwerstem Kaliber kamen dazu, von denen auch der zurückbleibende Feldmarschall nicht verschont wurde[1].

* * *

Im außerösterreichischen Italien führte die Nachricht von der französischen Revolution in dem Gange, den dort die Dinge seit Jahr und Tag nahmen, keine wesentliche Änderung, höchstens ein etwas beschleunigtes Tempo herbei.

Toskana hatte bereits einige Tage früher ein konstitutionelles Statut erhalten, zu welchem Gino Capponi eine schöne Einleitung geschrieben hatte und das zur ungeheuern Freude der Bevölkerung am 17. Februar verkündigt wurde. In den höheren Kreisen von Rom schreckte zwar der Gedanke der Republik; allein die Wirkung war die, daß manche im heiligen Kollegium sich zu den weitesten Zugeständnissen bereit zeigten. Um mit den Reformen zu einem Ziele zu gelangen, sagten sie, müsse alles geändert werden, anche i calamai e le penne — selbst die Tintenfässer und die Federn[2]. Der Ruf nach Verleihung einer Konstitution wurde immer lauter und allgemeiner. Der Stadtrat von Bologna sandte eine Deputation mit diesem Begehren nach Rom, die Consulta di Stato richtete an den Papst eine Adresse in gleichem Sinne (5. 6. März). Am 10. legte Kardinal Bofondi sein Portefeuille in die Hände des Papstes zurück, der den Kardinal Antonelli mit der Bildung eines neuen Ministeriums betraute. Antonelli, der mit dem Vorsitz die Leitung der äußeren Angelegenheiten übernahm, benannte den Kardinal Gius. Mezzofanti für den Unterricht und den Msgr. Carlo Luigi Morichini für die Finanzen; alle übrigen waren Weltliche: Gaetano Recchi für das Innere, Marco Minghetti für öffentliche Arbeiten, der junge Fürst Aldobrandini für die Waffen; derselbe war Feuer und Flamme für den Ausmarsch.

---

[1] Ottolini, La Rivoluzione lombarda 38 Anm. Conte Ottavio Tasca ließ einen Kroaten sprechen:

Lui dir asino a Radetzki
e Radetzki a lui dir bue —
Milan dir che tutti e due
questa volta aver ragion.

Die Poesie d'un Croato sind selbstverständlich erst nach dem Umsturz in Druck gekommen; geschrieben und handschriftlich in Umlauf gesetzt waren sie höchst wahrscheinlich schon früher, mindestens teilweise; 52 Strophen sind erst in der zweiten Auflage dazugekommen.

[2] So habe nach Storia del Risorgimento italiano II 315 „Kardinal" Micara zum „Sekretär" Gizzi gesprochen. Vielleicht umgekehrt? Denn Micara besaß damals noch lange nicht den Purpur, wohl aber Gizzi.

„Ich will mit dem Volk an die Grenze ziehen, um mein Blut für das Vaterland zu vergießen!“ hatte er einige Wochen früher ausgerufen. Giuseppe Galletti übernahm die Polizei, Sturbinetti die Justiz; Pasolini behielt den Handel; der Geschichtschreiber Farini hatte im Ministerium eine Stelle als Unterstaatssekretär. Allein ob geistlich, ob weltlich, alle diese Staatsmänner hatten nur einen Leitstern, kannten nur ein Ziel: Fortschritt nach den Forderungen des Zeitgeistes. So wurde unter anderem Alfieris bis dahin verbotene „Virginia“ freigegeben; die Schauspieler gebärdeten sich auf der Bühne wie Wahnsinnige, der Prinz von Canino, selbst eine Art Schauspieler, wohnte der Aufführung in der Uniform eines Generalissimus von San Marino bei[1].

Die Verleihung einer Konstitution wurde ernstlich in Angriff genommen, freilich nach römischem Zuschnitt, da die Kirche selbst in der weltlichen Verfassung ihr Wesen nicht aufgeben konnte. Es sollten zwei Räte gebildet werden, ein hoher und einer der Abgeordneten, alto consiglio und consiglio dei deputati; den Rechten dieser beiden Körperschaften waren durch die dem heiligen Kollegium vorbehaltenen Befugnisse Schranken gesetzt, namentlich durch das Veto, das jenes den Beschlüssen der beiden Kammern entgegensetzen konnte. Dem Kardinalskollegium, das Pius für „einen von Unserer Person untrennbaren Senat“ erklärte, war mit Ausnahme der Zeit einer Sedisvakanz jeder Einfluß auf weltliche Angelegenheiten genommen. Dagegen war der Kammer jeder Vorschlag verwehrt, der auf kirchliche Angelegenheiten Bezug hätte oder mit den Gesetzen der Kirche in Widerspruch stände. Am 15. März wurde das päpstliche Dekret öffentlich kundgemacht. Es war schwer vorauszusehen, ob sich bei dem stürmischen Vorwärtsdrängen des radikalen Zeitgeistes ein solches Verhältnis auf die Länge werde aufrecht erhalten lassen.

Zu den Folgen der neuen Geistesrichtung gehörte zunächst die Vertreibung der Jesuiten aus ihren Kollegien in Fano, Ancona, Sinigaglia, Faenza, Camerino, Ferrara; man könne, sagten die Umstürzler, „diese Söhne des Todes, die sich mit Unrecht von Jesu nennen, welcher der Weg ist, die Wahrheit und das Leben“, diese „tonsurierten Anhänger eines theokratisch-politischen Despotismus“[2], im neuen Staatswesen nicht länger dulden. In Rom selbst zog eine Truppe von Fanatikern mit Spaten und Pechfackeln vor Al Gesù und sang dabei De profundis und Miserere. Die Jesuiten zogen es größtenteils vor, die ewige Stadt in aller Stille zu verlassen. Der preußische Gesandte v. Usedom erklärte sich sofort bereit, den preußischen Staatsangehörigen Pässe auszustellen und ihnen, wenn nötig, in seinem Hause Zuflucht zu gewähren[3]. In Turin mußten die

[1] Bischoffshausen, Pius IX. im Revolutionsjahr: Die Kultur 1904, 72 f.
[2] Vecchj, La Italia I 51 63. [3] Bischoffshausen a. a. O. 79.

Jesuiten zuerst den Palast Tursi-Doria räumen, der ein Hauptquartier der Bürgerwehr wurde; auf der Insel Sardinien wurden sie aus Cagliari und Sassari unter Verwünschungen des verhetzten Pöbels vertrieben; überall bedurfte es der bewaffneten Macht, um sie vor tätlichen Mißhandlungen zu schützen. Aus Neapel mußten sie sich im Dunkel der Nacht davonschleichen; ihre Kollegien im Königreiche wurden aufgelöst, die einheimischen Patres nach Hause geschickt, die ausländischen auf Schiffe gebracht und über die Grenze geschafft. Der Beichtvater des Königs, P. Cocle, hielt sich eine Zeitlang in der Nähe von Neapel verborgen, wurde entdeckt und von der Regierung ausgewiesen; obdachlos irrte er von einem Ort zum andern, nicht selten am Leben bedroht, bis er ein Schiff gewann, das ihn nach Malta brachte. Diese Verfolgung brachte aber der vorwärts hastenden Partei schlechte Früchte; die frommen Patres hatten großen Anhang im Volke. Unter den Lazzaroni der Hauptstadt begann es zu gären; sie erregten Unruhen gegen die Neuerer, die ihnen als Feinde Gottes, San Gennaros und des Königs geschildert wurden; die Bürgerwehr mußte wiederholt gegen sie einschreiten. Der Unmut im Volke wuchs; es sammelte sich oft zu Hunderten, fiel die Equipagen der Reichen an, riß Vorübergehenden die dreifarbigen Kokarden herab und trieb allerhand unblutigen Unfug.

Zur Verstimmung der höheren Klassen in Neapel trug nicht wenig die Haltung der ihnen abgeneigten Sizilianer bei, die ungeachtet aller ihnen vom Könige angebotenen Gewährungen in ihrem Widerstande verharrten. Sie verlangten trotzig die Überlassung der Festen von Messina und Syrakus, die von den Königlichen noch gehalten wurden. Im Kriegsrate erklärte Ferdinand II., unter keinen Umständen werde er diese beiden Punkte aufgeben, und ließ drei Dampfer mit Lebensmitteln und Kriegsbedarf ausrüsten. Am 22. Februar begannen die Königlichen das Bombardement von Messina von neuem; es währte am 23. und 24. vom Morgen bis zum Abend. In den folgenden Tagen unternahm General Pronio, der neue Kommandant der Feste, Ausfälle gegen die Stadt, die jedoch keinen Erfolg hatten, so daß es am 28. zu einem Waffenstillstand kam.

Ebensowenig richtete Lord Minto, von General Statella unterstützt, in Palermo aus. In der Bevölkerung erweckte sogar die britische Vermittlung Mißtrauen, und es kam zu einem Auflauf, den La Masa mit Mühe zur Ruhe brachte. Die provisorische Regierung unter Ruggiero Settimos Leitung schritt an die Ordnung der Finanzen, an die Schaffung eines nationalen Heeres, als ob es keinen König, kein Ministerium und Parlament in Neapel gäbe. Als Lord Minto sie einlud, Gegenvorstellungen zu machen, formulierten die Aufständischen ihre Forderungen in einer Reihe von Punkten, von denen einer den andern an Maßlosigkeit überbot: Vizekönig ein Mitglied der königlichen Familie oder ein

Sizilianer; alle Zivil-, Militär- und diplomatischen Posten der Insel ausschließlich von Eingebornen besetzt; Räumung aller festen Plätze seitens der Königlichen; Überlassung des vierten Teiles der königlichen Flotte; besondere Vertretung Siziliens im geeinigten Italien durch eine von der provisorischen Regierung ausersehene Persönlichkeit; eigene sizilische Münze. Auf solche Bedingungen hin war an einen Ausgleich zwischen dem neapolitanischen Festland und der Insel nicht zu denken. Nebenbei spielte der Haß gegen die Tedeschi seine Rolle. Der k. k. Fregattenkapitän Bujacovich, der mit der „Guerriera" im Hafen von Palermo vor Anker lag, konnte sich mit dem k. k. Generalkonsul v. Wallenburg nur durch Vermittlung britischer Funktionäre verständigen, Wasser und Lebensmittel sich verschaffen[1].

Am allerbedenklichsten für Österreich waren die Erscheinungen im benachbarten Piemont, dessen öffentliche Blätter von Ausfällen gegen Österreich, von Verleumdungen und Lügen strotzten[2]. Aus den vertraulichen innigen Beziehungen zwischen Mailand und Turin, dem lombardischen Adel und den Genueser Patriziern wurde kaum mehr ein Hehl gemacht. In Mailand hieß es einfach il re, wenn man den König Carlo Alberto meinte[3]; man sprach von den hunderttausend piemontesischen Bajonetten; man trug graue Mäntel nach dem Schnitt der piemontesischen Armee. In den Straßen von Turin wurde ein Canto de' Milanesi al re Carlo Alberto ausgerufen und fand reißenden Abgang; es war aber nur ein Kniff der Verkäufer, um ein sehr mittelmäßiges Gedicht an den Mann zu bringen[4]. Am 27. Februar wurde in der sardinischen Hauptstadt ein Bundesfest begangen, zu welchem Deputationen aller Gemeinden des Königreichs entsendet waren; ein kleines Häuflein landesflüchtiger Lombarden — Cesare Cantù, Mauro Macchi, der Advokat Sineo, der Ingenieur Susani und noch einige andere — defilierten vor dem König, ernst und schweigend, im Traueranzug, ohne Fahnen und Abzeichen, „mit dem Ausdruck des Schmerzes, den sie bei dem Gedanken an die Sklaverei ihrer Heimat empfanden"[5].

---

[1] Benko-Boinik, Geschichte der k. k. Kriegsmarine 1848/49 I 172—175.

[2] Am 17. Februar brachte die Turiner Bilancia Nachricht von einem am Ticino zwischen piemontesischen und kaiserlichen Vorposten vorgefallenen Gefechte, veranlaßt durch eine von österreichischer Seite ausgegangene Gebietsverletzung: 400 Österreicher wurden mit starkem Verlust an Toten und Verwundeten von nur 250 Piemontesen, die kaum drei Mann verloren, in die Flucht geschlagen!!! Vgl. dagegen Gazzetta di Milano Nr 56 vom 25. Februar 1848.

[3] Es war um die Jahreswende im Plan gewesen, den Corso di Porta Vercellina in Corso Carlo Alberto umzutaufen; als man aber in Mailand den Aufenthalt des Königs in Genua und seine Abweisung einer Reformdeputation erfuhr, las man eines Morgens über dem Namen Carlo Alberto einfach die Jahreszahl 1821, und man kam von der Neubenennung des Corso ab.

[4] Del Governo austriaco in Italia 203 f.

[5] Luigi Perego bei Ottolini, Rivoluzione lombarda 487—489.

Karl Albert entblößte sein Haupt, als sie an ihm vorbeizogen. Es war ihm aber dabei nicht ganz wohl zu Mute, es waren am selben Tage die jüngsten Nachrichten aus Paris eingetroffen, und der Name der Republik schreckte in den höheren Kreisen von Turin nicht minder als in jenen von Rom, und auch hier beeilte man sich, der aufgeregten öffentlichen Meinung willfähriges Entgegenkommen zu zeigen[1].

Am 4. März fand in Turin die Verkündigung der Fundamentalartikel der neuen Verfassung statt. In der Stadt herrschte Jubel, der sich schnell nach Mailand verbreitete. Am Faschingsdienstag, 7. März, wurden um 2 Uhr nachmittags alle Läden geschlossen; in festlichen Kleidern erschienen die Leute auf dem Corso Pio Nono. Abends war die Scala überfüllt, alles im höchsten Staat: die Damen mit weiß-blauen Taschentüchern, den päpstlichen und den savoyischen Farben. In Piemont war in diesen Tagen ein neues Ministerium in der Bildung begriffen — die Grafen Cesare Balbo als Präsident und Federigo Sclopis für Justiz und Gnaden, Marchese Lorenzo Pareto Äußeres, Vincenzo Ricci Inneres, Franzini Krieg, Buoncompagni Unterricht, Graf Ottavio di Revel Finanzen —, das am 16. seine Amtswirksamkeit begann. Es war eine Mischung von Gemäßigten und Fortschrittlern, von Aristokraten und Demokraten, und man hatte in einsichtsvollen Kreisen kein wahres Vertrauen in ihre dauernde Einigkeit. „In ganz Piemont", äußerte Brofferio, „waren kaum zwei Männer, die weniger im Einklang handeln konnten als Balbo und Pareto." Indessen, für den Anfang ließ sich alles gut an, und als am 18. eine Amnestie für politische Verbrecher verkündet wurde, was die Rückkehr der landesverwiesenen Verschwörer und Aufrührer in sich schloß, waren Lob und Freude die Stimmung des Tages.

2.

Das Wort, das zur Zeit der ersten französischen Revolution gesprochen worden: sie werde die Runde um den Erdball machen, schien auch für die dritte gelten zu wollen. „Der Eindruck dieser so schnell als unerwartet einbrechenden Ereignisse", heißt es in den Aufzeichnungen eines Zeitgenossen, „ist unbeschreiblich. Den ganzen Tag lauft und rennt alles nach Neuigkeiten, alle paar Stunden erscheint ein anderes Blatt mit Nachrichten, und so steigt die Spannung von Stunde zu Stunde."[2]

---

[1] Vgl. Minister San Marzano an den Grafen Revel, Gesandten in London, 2. März: Arch. trienn. I 399 f.

[2] Aus dem Nachlaß von Karl Mathy, mit Erläuterungen von Ludwig Mathy, Leipzig 1898, 113: Ladenburgs Tagebuch, Mannheim 28. Februar.

Zunächst waren es die beiden östlichen Nachbargebiete Frankreichs, die von der Bewegung ergriffen wurden: die Schweiz, in welcher die Nachwehen des gewalttätigen Sonderbundskrieges noch nicht erloschen waren, und Deutschland, wo seit dem Eintritt des neuen Jahres allerhand Zündstoff umherlag[1].

Ernste Politiker blickten seit längerer Zeit mit lebhafter Besorgnis in die nächste Zukunft. Eine freiheitliche Reform von oben, wo die Phrase vom „beschränkten Untertanenverstand" noch immer beliebt war, ließ sich auf normalem Wege nicht erhoffen, und als den verhängnisvollen Hemmschuh jeden Fortschritts erkannte man den Frankfurter Bundestag, der im Hingang der Jahrzehnte „zum eigentlichen Sitz und Hort jeder retrograden und freiheitsfeindlichen Regierungspolitik" geworden war. In diesem Sinne regte es sich in Berlin, wo in der ersten Sitzung der vereinigten Ausschüsse der Abgeordnete Ludolf Camphausen am 18. Januar 1848 dem Bedauern über die Unwillfährigkeit der Regierung lebhaften Ausdruck gab[2], und noch entschiedener in der Zweiten Kammer des badischen Parlaments, wo der Heidelberger Bassermann einen kühnen Antrag stellte. Für das zerrissene Deutschland sei „das einzige Band politischer Einheit eine Versammlung in Frankfurt, die selbst nach dreißig Jahren nicht vollbringt, was schon in der ersten Zusammenkunft zu geschehen gelobt war. Tätigkeit im Unterdrücken aller freiheitlichen Regungen, Untätigkeit im Fördern des Gemeinsamen der Nationalwünsche und Bedürfnisse, das sind bisher, niemand kann es leugnen, ihre Hauptcharakterzüge gewesen". Er stellte daher in der Sitzung vom 12. Februar den Antrag, die Kammer möge die Regierung bitten, „dahin wirken zu wollen, daß durch Vertretung der deutschen Ständekammern am Bundestag ein sicheres Mittel zur Erzielung gemeinsamer Gesetzgebung und einheitlicher Nationaleinrichtungen geschaffen werde". Elf Tage später, als schon unbestimmte Gerüchte von der Reformbewegung in Frankreich über den Rhein gedrungen waren, beantragte in derselben Kammer der Abgeordnete Mathy die Aufhebung der Zensur.

Eine Angelegenheit ganz andern Charakters hielt die Gemüter der bayrischen Hauptstadt, welche das übermütige Regiment einer fremdländischen Abenteuerin seit langem satt hatte, in aufgeregter Spannung. Zu Anfang Februar sollte das Leichenbegängnis des am 29. Januar verstorbenen Görres in feierlicher Weise begangen werden, was die vom verliebten König zur Gräfin von Landsfeld erhobene Lola Montez und die Lolamontanen,

---

[1] Über die deutsche Bewegung im allgemeinen s. Deutsche Chronik für das Jahr 1848, Berlin 1849, und das neueste Werk: Die Volkserhebung der Jahre 1848—1849 in Deutschland, von Dr Otto Hartmann, Berlin 1900.

[2] Reichensperger, Erlebnisse eines alten Parlamentariers, Berlin 1882, 4; die Rede Camphausens 7 f.

wie man spottweise die ihr ergebene Studentenschar nannte, verhindern wollten. Hierüber brach ein so heftiger Aufruhr los, daß Lola vor den Fäusten der ergrimmten Bürger Schutz in einer Kirche suchen mußte. Rache kochte in ihrem heißblütigen Innern, und sie setzte es durch, daß am 9. die Universität geschlossen wurde. Hierüber neue Aufregung der Münchner, die sich in so drohender Haltung vor dem königlichen Schlosse ansammelten, daß Ludwig ernstlich nachgeben mußte. Am 11. Februar wurde der Befehl der Schließung der Universität zurückgenommen und gegen Lola Montez die Landesverweisung ausgesprochen; die Masse drang in ihr Haus, das, nachdem die Herrin durch einen rückwärtigen Ausgang das Freie gewonnen hatte, einer greulichen Verwüstung anheimfiel. Lola entkam nach Lindau.

Da trafen die Hiobsposten aus Paris ein, eine nach der andern: Barrikaden und Straßenkämpfe, Abdankung Guizots, Flucht des Königs, Ausrufung der Republik, und nun schwollen in Deutschland die Wogen der Aufregung zum gewaltigen, alles mit sich fortreißenden Strom an. Am 27. fand auf freiem Felde nächst Mannheim eine Volksversammlung statt, bei dreitausend Köpfe; unter den Landeskindern gewahrte man allerhand seltsame Gestalten, deren Gesichtszüge und Kleidung auf fremde Herkunft, französische oder polnische, hinwiesen[1]. Das große Wort führten v. Itzstein und Struve; die Vorwärtsdränger von gestern: Bassermann und Mathy, sahen sich gegen die maßlosen Forderungen, die jetzt erhoben wurden, auf die Beschwichtigungsrolle angewiesen. Schon wurden Lieder gesungen wie: „Wir saufen das Blut der Tyrannen, wir saufen, wir saufen ihr Blut!" Beschlossen wurde: Volksbewaffnung mit freier Wahl der Offiziere, Versammlungsrecht, unbedingte Preßfreiheit, Schwurgerichte, Gleichheit aller Stände, ein deutsches Nationalparlament u. a. Eine Bürgerversammlung in Stuttgart stellte am 28. ähnliche Forderungen, und am Tage darauf richtete der ständische Ausschuß von Württemberg an den König eine von Friedrich Römer verfaßte Adresse, worin sich dieser gedrungen erklärte, „in einer Zeit der ernstesten Ereignisse dem Throne mit dem Ausdrucke der Ergebenheit, der Treue und des Vertrauens zu nahen und die Volkswünsche vorzulegen". Mit königlichem Erlasse vom 1. März wurde die Zensur für aufgehoben erklärt. Am selben Tage massenhaftes Zuströmen von Mannheimern und Heidelbergern in Karlsruhe, wo sie im Hofe des Ständehauses die Bewilligung der Preßfreiheit abwarteten und zuletzt erhielten.

Gleichzeitig hatte sich im schweizerischen Kanton Neuchâtel die antipreußische Partei erhoben. Das Rathaus von La Chaux-de-Fonds wurde erstürmt, in Le Locle die Republik ausgerufen (28./29. Februar); von da

[1] Hagenmeyer, Die Revolutionsjahre 1848/49, auf Grund eigener Anschauung und persönlicher Erlebnisse, Karlsruhe 1899, 17.

zogen die Aufständischen am 1. März gegen die Hauptstadt, verjagten die preußischen Beamten und setzten eine provisorische Regierung ein.

Schon war die Kunde von dem französischen Umsturz bis an die äußersten Grenzen von Deutschland, in das Großherzogtum Posen gedrungen, wo sich alsbald ein herausforderndes Benehmen der sanguinischen Polen bemerkbar machte; die Hauptstadt Posen und in ihr der polnische Basar wurden zum Mittelpunkt der sich entwickelnden Bewegung.

* * *

Der deutsche Bundestag in Frankfurt, aus seiner dreißigjährigen Untätigkeit gewaltsam aufgerüttelt, hinkte den eilenden Schritten der Bevölkerung und einzelner Regierungen nach. In einem vom 1. März datierten „Aufruf an das deutsche Volk“ verlangte er einmütiges Zusammenwirken der Regierungen und Völker und innigste Eintracht unter allen deutschen Stämmen: „Deutschland wird und muß auf die Stufe gehoben werden, die ihm unter den Nationen Europas gebührt.“ Am 3. stellte es der Bundestag den Einzelstaaten frei, die Zensur aufzuheben.

Das war, wie wir gesehen haben, in Württemberg und Baden bereits zwei Tage früher aus freien Stücken geschehen. Der Bürgermeister und der Rat der freien Stadt Frankfurt folgten dem von den Nachbarstaaten gegebenen Beispiel. Doch dieses Zugeständnis gebot der vorwärts drängenden Bewegung um so weniger Stillstand, als zu den früher ausgesprochenen Volkswünschen immer neue kamen: Gleichstellung aller Konfessionen, Abschaffung der Karlsbader Beschlüsse, Verantwortlichkeit der Minister, Vereidigung des Militärs auf die Verfassung. Am 2. März Volksversammlung in Wiesbaden[1]; am 3. ebenso in München, wo man noch immer eine Rückkehr der verhaßten Gräfin von Landsfeld besorgte und die Spitze gegen den von ihr begünstigten Minister des Innern von Berks richtete, der eine solenne Katzenmusik mit greulicher Verwüstung seiner Wohnung über sich ergehen lassen mußte. Am selben Tage Volksversammlung in Braunschweig, Krawalle in Hamburg, in Köln. In Bonn fand an einem dieser Tage eine feierliche Ausrückung statt; Arndt und Dahlmann waren im Zuge; Gottfried Kinkel trug eine mächtige schwarz-rot-goldene Fahne und hielt eine begeisterte Rede über das „große, mächtige, durch unsere Eintracht heilige deutsche Reich“, das von jetzt an „nichts mehr fürchtet“[2]. Am 4. März Bürgerversammlungen in Sigmaringen, in Homburg. Fast allerorts mischten sich aufreizend und hetzend auswärtige Elemente unter die heimische Bevölkerung. „Es waren nicht alles schlichte kölnische Arbeiter“,

---

[1] Formulierung der Beschlüsse s. Deutsche Chronik 5 f.

[2] Fr. Kaufmann, Leopold Kaufmann, Köln 1903, 61.

berichtet ein rheinischer Gewährsmann, „es waren fremde, verwogen aussehende Gesichter darunter; niemand kannte sie, und ihresgleichen passierten alle Tage die Tore der Stadt. Viel verdächtiges, fremdes Volk lungerte müßig in den Straßen umher.“[1] Dabei fehlte es aber keineswegs an einheimischen Hetzern. Im Großherzogtum Hessen überreichte Anwalt Zitz, Führer der dortigen Demokraten, der Kammer eine Petition um freiheitliche Zugeständnisse und drohte in einer zu Mainz abgehaltenen Volksversammlung mit dem Anmarsch des ganzen Landes, falls den Volkswünschen nicht willfahrt werde. Der Großherzog Ludwig II. gab nach und nahm am 5. März seinen gleichnamigen Sohn als Mitregenten an, der die Leitung der Geschäfte den Händen des allseits beliebten und verehrten Heinrich v. Gagern anvertraute. Ebenso erteilte Herzog Adolf von Nassau den in der Volksversammlung von Wiesbaden verlangten Zugeständnissen seine Genehmigung, und Landgraf Gustav von Hessen-Homburg bewilligte alles, was von ihm verlangt wurde.

In München nahmen die Dinge eine mit jedem Tage bedrohlichere Gestalt an. Es hatte sich dort die Nachricht verbreitet, es sei eine Militärdiktatur in Aussicht genommen, man werde mit Kartätschen dreinschießen lassen, und Hetzer verbreiteten das Gerücht, die Lola Montez weile verkleidet in der Stadt. Nun war der Aufstand allgemein, das Zeughaus wurde erbrochen, man sah mit Schrecken den nächsten Ereignissen entgegen, als eine die weitestgehenden Verheißungen enthaltende königliche Proklamation die Ruhe herstellte (6. März). Am selben Tage huldigte König Wilhelm von Württemberg der öffentlichen Meinung, indem er ein volkstümliches Ministerium bildete, worin Römer, Duvernoy, Paul Achatius Pfizer ihre Stelle fanden, was mit allgemeinem Jubel aufgenommen wurde. In Hanau bewaffnete sich das Volk und drohte zu Hessen-Darmstadt abzufallen, wenn nicht seinen in einer Petition ausgesprochenen Wünschen willfahrt werde (9. März). In Kassel zogen bei zweitausend Menschen vor das kurfürstliche Schloß, es war nahe an einem Straßenkampf, als Wilhelm II. mehrere volkstümliche Männer ins Ministerium berief und alle in der Hanauer Petition gestellten Forderungen bewilligte (11. März). Um dieselbe Zeit verhieß der Großherzog August von Oldenburg die Einführung einer landständischen Verfassung. Wenn sich in solcher Weise die größeren Fürsten fügten, konnten die kleineren nicht widerstreben: Lippe-Detmold, Waldeck, Schwarzburg-Rudolstadt, Hohenzollern-Hechingen sagten den in den Petitionen ausgesprochenen Volkswünschen Gewährung zu (9. bis 11. März).

Mittlerweile hatte die deutsche Bewegung einen höheren Schwung genommen. Am 5. März waren zu Heidelberg einundfünfzig Männer aus Baden, Nassau, beiden Hessen, Frankfurt, Württemberg, Rhein-Preußen,

[1] Dreesen, Köln im tollen Jahr 1848, Köln 1898, 40 44 53.

darunter auch ein Österreicher, Adolf Wiesner, zusammengetreten, welche „die Versammlung einer in allen deutschen Landen nach der Volkszahl gewählten Nationalvertretung" als unaufschiebbar erklärten und den Beschluß faßten, dahin zu wirken, daß baldmöglichst eine vollständigere Versammlung von Männern des Vertrauens aller deutschen Volksstämme zusammentrete, um diese wichtigste Angelegenheit weiter zu beraten und dem Vaterlande wie den Regierungen ihre Mitwirkung anzubieten. Zugleich wurde, um diese Angelegenheit möglichst zu fördern, ein Ausschuß von sieben Mitgliedern gewählt: v. Itzstein und Welcker aus Baden, Heinrich v. Gagern aus Hessen-Darmstadt, Römer aus Württemberg, Stedtmann aus Preußen, Willich aus Bayern, Binding aus Frankfurt. Nun glaubte auch der Frankfurter Bundestag mit entgegenkommenden Kundgebungen nicht sparen zu sollen, erklärte am 9. und 10. März den Reichsadler als Wappen und Schwarz-Rot-Gold als Farbe des Deutschen Bundes und richtete an alle deutschen Regierungen die Einladung, für jede der siebzehn Stimmen einen oder zwei Männer des öffentlichen Vertrauens zur Mitberatung der Revision der Bundesverfassung „auf wahrhaft zeitgemäßer und nationaler Grundlage" abzuordnen. Genannt wurden Anton Ritter v. Schmerling und Baron Franz Sommaruga d. J. aus Österreich, der Bonner Professor Dahlmann aus Preußen, Uhland aus Württemberg, der Heidelberger Professor Gervinus für die vier freien Städte rc.

* * *

In solcher Weise zeigte sich, daß der gewaltige Umschwung an der Seine in Deutschland nach zwei Seiten hin in entgegengesetzter Richtung wirkte: nach der der Regierungen bestürzend und lähmend, nach jener der Bevölkerung ermutigend und aufreizend. „Diesen beiderseitigen Erscheinungen", bemerkte treffend einer der gewiegtesten deutschen Politiker und Parlamentarier, „fehlte übrigens in keiner Weise der innere psychologische Erklärungsgrund. Der bloße Anblick des Gorgonenhauptes der Revolution hatte die in vermeintlichen Machtbesitz eingewiegten Regierungen um deswillen erstarrt und mit Ohnmacht geschlagen, weil die Stimme des lang unterdrückten Gewissens ihnen plötzlich jene Kette politischer Begehungs- und Unterlassungssünden vorführte, welche der Geduld des geduldigsten Volkes denn doch allzuviel zugemutet hatten. An die Stelle dieser sprichwörtlich gewordenen deutschen Langmut war nun, wie mit Naturgewalt, nicht bloß ein ungeduldiger Drang nach endlicher Besserung der Dinge, sondern jener furor teutonicus getreten, von dem manches ältere Blatt der Geschichte, namentlich im Bauernkriege, bereits Zeugnis abgelegt hatte."[1]

---

[1] Reichensperger, Erlebnisse eines alten Parlamentariers 3 f.

Gleichwohl waren alle bisherigen Bestrebungen und teilweisen Gewährungen innerhalb der Grenzen des monarchischen Prinzips gehalten. Es hatte zwar bei einer und der andern der vielköpfigen Volksversammlungen nicht an republikanischen Kundgebungen gefehlt, und ebenso hatten sich bei der Heidelberger Zusammenkunft einzelne Stimmen für Gründung einer deutschen Bundesrepublik ausgesprochen; sie waren jedoch überall von einer überwiegenden Mehrheit solcher zum Schweigen gebracht worden, welche die Dinge nicht zum äußersten kommen lassen wollten. Anders war es in den breiten Volksschichten des südwestlichen Deutschland, wo der in den vorangegangenen Hungerjahren schwer ertragene Notstand eine hochgradige Verbitterung gegen die Reichen großgezogen hatte, so daß republikanische Hetzer unschweres Spiel hatten, die Leute zum gewaltsamen Bruch mit den bestehenden Verhältnissen zu bringen. In Volksversammlungen zu Achern, Freiburg, Waldshut, Donaueschingen und an andern Orten wurde ganz offen die Forderung der Republik erhoben, von der das Landvolk nur unklare Begriffe hatte, während die intelligenten Klassen meist davor zurückschraken. Im badischen und württembergischen Oberland, aber auch weiter hinab, im Odenwald und im Kraichgau, bis ins Hessische hinein wurden Pläne zu einer vorläufigen demokratischen Organisierung geschmiedet: in jedem Dorfe sollte ein Volksverein gegründet, die Volksvereine eines Amtsbezirkes zu Bezirks- und höher hinauf zu Kreisvereinen verbunden werden und in einen Landesverein auslaufen, an dessen Spitze ein sechzehngliedriger Zentralausschuß mit Friedrich Hecker als Obmann oder Vorstand die allgemeine Leitung übernehmen sollte. „Da saßen die Herren Revolutionäre von Profession", so schreibt ein Zeitgenosse aus seiner Erinnerung, „häufig Leute von sehr zweifelhafter Vergangenheit, in ihren blauen Blusen, den Schlapphut auf dem Kopfe und die rote Binde um den Hals, auf den Tribünen und bearbeiteten mit ihren fanatischen, oft ans Unglaubliche grenzenden Reden die Volkshaufen, schilderten ihnen den Jammer und das Elend unter einer Monarchie, dann aber das Glück, den Wohlstand und Reichtum einer Republik, wobei sie es nicht unterließen, den Leuten vorzumalen, wie viele Millionen die regierenden Fürstenfamilien, das stehende Heer und die große Beamtenschaft kosteten, welches Geld alles nach Abschaffung all dieser Dinge in ihre eigenen Taschen fließen werde."[1]

Schon schien das giftige Wort zur blutigen Tat werden zu wollen, es war der alte Bauernhaß gegen die Grund- und Standesherren. Im Neckargrund und Kraichgau, im Taubergrund und im Odenwald zogen Bauern die sich mit Gewehren und gerade geschmiedeten Sensen bewaffneten, rottenweise vor die Schlösser und zwangen die Besitzer und deren Beamte, ihre Urkunden zu verbrennen, wobei es an mancherlei Gewalttaten nicht fehlte.

---

[1] Hagenmeyer, Die Revolutionsjahre 1848/49 22 f.

In den beiden Fürstentümern Hohenzollern verweigerte das Landvolk alle Abgaben, die Mannschaft des fürstlichen Kontingents meuterte und wurde beurlaubt, ohne daß gegen sie gerichtlich eingeschritten werden konnte. Am 11. und 12. März zogen bewaffnete Scharen gegen die Fürstensitze und steckten das Schloß Niederstetten in Brand. Der Fürst von Hechingen bewilligte alles, was auf dem Programme der Aufrührer stand, und ging aus seinem Ländchen nach Stuttgart. So flohen auch viele Adelige in die Städte, deren Einwohner dem wüsten Treiben größtenteils abhold waren. „Die Bürgerschaft will keine Republik“, erklärte ein gewisser Huetlin in einer Volksversammlung zu Stockach, und von allen Seiten rief man ihm zu: „Ja, so ist es!“ Nur ein Mann der niederen Klasse widersprach ihm. Und diese niederen Schichten hatten jetzt die Macht. Die badische Regierung schickte Militär, erklärte aber gleichzeitig die noch bestehenden Feudallasten für aufgehoben.

An manchem Ort fiel das Volk, nach dem im benachbarten Elsaß gegebenen Beispiele, über die Juden her[1].

3.

In Wien war die Stimmung seit den Mailänder Januarvorfällen eine sehr erregte und wurde durch die Tag für Tag aus Italien einlaufenden Posten fortwährend gereizt. Um so mehr war man seitens der Behörden darauf bedacht, jeden Anlaß zu neuer Aufregung zu vermeiden. Theaterstücke von so prickelnder Bühnenwirkung wie Bauernfelds „Ein deutscher Krieger“ und „Großjährig“ waren längst vom Repertoire verschwunden. Zugstück war jetzt „Dorf und Stadt“, nach der Hackländerschen Erzählung „Die Frau Professorin“ von der Birch-Pfeiffer frei für die Bühne bearbeitet; daneben wurden politisch harmlose Stücke gegeben: „Die Einfalt vom Lande“ von Töpfer, „Die beiden Klingsberg“ und „Pagenstreiche“ von Kotzebue, „Der Müller und sein Kind“ von Raupach, Grillparzers „Ahnfrau“, der „Adept“ von Halm u. dgl.[2] Doch die vorjährigen Theatererinnerungen wirkten nichtsdestoweniger nach. Als den Beamten des Lottoamtes — und vielleicht auch anderer k. k. Dikasterien — durch ein Rundschreiben verboten wurde, über Mailand zu sprechen, wurde dies mit lautem Hohn „Blase, Blase“[3] aufgenommen!

[1] O. Hartmann, Die Volkserhebung der Jahre 1848—1849 32.

[2] Wir fristeten unser Repertoire mit alten oder sonst harmlosen Stücken, und ich kann nicht leugnen, daß es etwas schläfrig bei uns herging. Man fühlte, es hänge etwas in der Luft, das herabzufallen drohe: Erinnerungen von Gräfin Louise Schönfeld-Neumann in der Österr. Rundschau 1905 V 175.

[3] Glossy, Aus Bauernfelds Tagebüchern I, Wien 1895, 139 zum 21. Februar.

Die ersten Nachrichten über bedenkliche Vorfälle in Paris trafen in Wien um den 26./27. Februar ein. Sie ließen den Staatskanzler ziemlich gleichgültig: „Der König kennt seine Pariser, und das Feuer, das Guizot zur Flamme anwachsen ließ, wird Thiers bald zu bändigen wissen.“ Im Publikum machte sich die Wirkung dieser Posten in verschiedener Weise bemerkbar. Nach der einen Seite wirkten sie elektrisch anregend; man schien es instinktmäßig zu fühlen, daß ein großer Wandel im Zuge sei, und daß nun auch in Österreich ein Umschwung aller Verhältnisse bevorstehe. Das gab sich namentlich in Prag in eigenartiger Weise kund. Für den letzten Februar, den Abend der großen Fastnachtredoute, war ein Künstlerfest in Aussicht genommen, das im ständischen Theater abgehalten werden sollte und für das großartige Vorbereitungen getroffen wurden. Es war ein Festzug geplant, in welchem historische Personen erscheinen und deren möglichst täuschende Vergegenwärtigung passend scheinende Künstler und Kunstfreunde, Schauspieler und Schriftsteller übernehmen sollten. Da unter den darzustellenden Personen auch solche waren, die bewehrt erscheinen mußten, so drehte sich das Stadtgespräch um die Frage, ob sie wirkliche Waffen oder nur fiktive tragen würden, da ja in einer Redoute von Polizei wegen keine Waffen zu dulden waren. In letzter Stunde ließ sich die Stadthauptmannschaft erweichen, gestattete für diesmal eine Ausnahme von der Regel, und nun entstand in der Stadt das Gerede: um Mitternacht würden plötzlich alle Schwerter gezogen und Freiheit und Gleichheit ausgerufen werden. Das geschah nun wohl nicht, das interessante Schauspiel lief, wie es geplant war, ganz friedlich ab; aber gewiß ist in keiner andern Stadt der Gegensatz heiterer Fastnachtlust zu dem gerade jetzt so drohenden Ernst der Zeit so eigentümlich hervorgetreten wie in Prag[1].

Ganz anders waren die Eindrücke, welche die Hiobsposten aus Paris auf die Wiener Finanzwelt und das geldbesitzende Publikum äußerten. Revolution in Frankreich, hieß es da, bedeute Krieg mit Österreich und endlose Auslagen, die zum Staatsbankrott führen müßten. Diese Stimmung machte sich besonders im niederösterreichischen Gewerbeverein bemerkbar. Im Publikum aber griff eine Unruhe und Angst um sich, die sich von Stunde zu Stunde steigerte, so daß alles zu den öffentlichen Kassen eilte, um sein Geld herauszunehmen, die Banknoten in klingende Münze umzuwandeln und diese im Hause zu verbergen oder im Boden zu vergraben.

In den Hof- und höheren Gesellschaftskreisen herrschten Bestürzung und Bangen vor der nächsten Zukunft. Diesen Stempel trug der Hofball, der am 28. Februar gehalten wurde, wo sich die Kunde verbreitete, Guizot sei gestürzt, Louis Philippe habe abgedankt, die Herzogin von Orléans sei Regentin.

---

[1] Helfert, Graf Leo Thun in Böhmen (Österr. Jahrbuch 1894), Wien, 100 f.

Metternich bewahrte seinen Gleichmut. „Abdanken darf jeder", soll er gesagt haben; „die Regentschaft der Herzogin ist nicht nach der Verfassung, doch das hat Frankreich mit sich auszumachen". Die Fürstin Melanie aber schrieb in ihr Tagebuch: „Ich, die ich für diese ganze Dynastie wenig Sympathie hatte, die sich gefürchtet vor den zahllosen Abkömmlingen dieses Geschlechtes, bin heute von Schauder ergriffen bei dem Gedanken an das, was diese Unglücklichen empfinden müssen, und an das beschämende Gefühl, das sich ihrem tiefen Kummer zugesellen muß. Die göttliche Gerechtigkeit ist erschrecklich."[1] Noch erhoffte man einen friedlichen Ausgang. Die Direktion der Nationalbank veröffentlichte einen Ausweis über ihren Vermögensstand am 29. Februar 1848, aus dem sich ergab, daß sie um 32000000 fl. mehr an Vermögen besaß, als Banknoten in Umlauf waren[2], und als am selben Tage eine Deputation der Wiener Börse beim Hofkammerpräsidenten erschien, um sichere Nachrichten von den Pariser Ereignissen zu erbitten, beschwichtigte Baron Kübeck ihre Besorgnisse mit der Erklärung, daß die ausgebrochene Krisis einen für die europäischen Mächte beruhigenden Ausgang nehmen werde.

Der österreichische Staatskanzler blickte allerdings nicht mehr so gelassen in die nächste Zukunft wie in den beiden Tagen zuvor. „Die Pariser Nachrichten vom 24.", schrieb er an den General Karl Freiherrn v. Kanitz in Berlin, „enthalten mehr, als ich brauche, um mich auf fünfundfünfzig Jahre zurückversetzt zu sehen. Europa steht heute wie vor einem halben Jahrhundert der französischen Revolution gegenüber, Europa steht dem Jahre 1793 gegenüber, und das damalige Europa war für die Krankheit, welche Frankreich verwüstete, weniger empfänglich, als es heute ist. Das neueste Ereignis", fuhr er fort, „ist die Krisis der Julirevolution, welche ungeachtet des Scheines von Gesundheit, den sie sich zu geben bemüht war, ein aus lauter gesellschaftlichen Krankheitsstoffen zusammengestoppeltes Unding war, daher eine Krisis nicht ausbleiben konnte. . . . Ein durchgreifender Charakterzug des Juste-Milieu ist sein Selbstvertrauen in eine seiner Natur fremde Kraft. Es ist die wahre Expression der Schwäche und hält sich für das Produkt verfeinerter Kraft. . . . Die tatsächlichen und die eingebildeten Interessen bilden das materielle und das phantastische Gut der im Grund und Boden verdorbenen französischen grande nation; denn mit dem einfachen Wortlaut nation ist Frankreich nicht zufrieden."[3] Er bat Kanitz, den König zu vermögen, daß dieser den General Radowitz nach Wien sende, wo über ein gemeinschaftliches Vorgehen beraten werden solle. Denn Herrn v. Radowitz hatten in den letzten Monaten diplomatische Missionen nach Frankreich, in die Schweiz, nach Deutschland geführt, und der österreichische Staatskanzler hatte deshalb Grund, von ihm Aufklärungen über

[1] Metternich, Nachlaß VII 532 f. [2] Wiener Ztg Nr 66 vom 6. März.
[3] Metternich a. a. O. VII 592—595.

die Lage dieser Länder zu erwarten. Friedrich Wilhelms IV. Gedanke war: alle deutschen Fürsten und freien Städte zusammenzurufen, eine Art Fürstentag und Friedenskongreß, um gemeinsames Vorgehen zu verabreden; wollte man österreichischerseits auf diesen Vorschlag nicht eingehen, so schien der König entschlossen, allein die Sache in die Hand zu nehmen[1].

Das Schreiben Metternichs war abgefaßt und abgeschickt, als am Abend Anselm Rothschild verstörten Antlitzes in der Staatskanzlei erschien und dem Fürsten eine ihm soeben aus Paris zugekommene Depesche überbrachte: „Republik!" Es wird erzählt, Metternich sei leichenblaß geworden, kraftlos in einen Armstuhl gesunken, und es habe einiger Minuten bedurft, ehe er seine Fassung wieder gewonnen habe.

Am frühen Morgen des 29. Februar fand sich an einem Pfeiler des neuen Kärntnertores ein großes Blatt angeklebt: „In einem Monat wird Fürst Metternich gestürzt sein! Es lebe das konstitutionelle Österreich!" In der Nacht darauf ließen in einem Kaffeehause der Alser Vorstadt Studenten, meist Italiener, bei einem Punschgelage die französische Republik hoch leben und machten dabei einen solchen Heidenlärm, daß die Leute auf der Gasse stehen blieben. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen, und Graf Sedlnitzky ließ auf alle Leute fahnden, die in auffallender Weise die französischen und italienischen Angelegenheiten besprachen.

Doch zu den französischen und italienischen Angelegenheiten kamen jetzt noch die deutschen, und die sie besprachen und in recht auffälliger Weise besprachen, das war alle Welt; Sedlnitzkys Diener hätten ganz Wien einsperren müssen. Die Nachrichten, die unaufhaltsam über die Grenze drangen, eine aufregender als die andere, wurden vom Publikum mit fieberhafter Hast verschlungen. In den Gast- und Kaffeehäusern raufte man sich um die Zeitungsblätter, bis zuletzt, um alle Anwesenden so schnell als möglich zu befriedigen, einer aufs Billard oder auf einen Tisch gehoben wurde, von wo er mit vernehmlicher Stimme den aufhorchenden Gästen die jüngsten Neuigkeiten vorlas. Alles, was sie enthielten, die Mitteilungen aus Paris, aus deutschen Städten und Staaten, wurde mit zustimmender Begier vernommen; nur die Nachrichten aus dem eigenen lombardisch-venetianischen Königreiche riefen Unwillen und Erbitterung hervor. Aber auch sonst, wo Menschen beisammen waren oder zusammenkamen, in den Kaufläden, in den Werkstätten, allenthalben wurde politisiert. Unter den Arbeitern gab es viele Fremde, die ihre österreichischen Genossen zu unterrichten und aufzuklären suchten. „Jetzt muß es auch hier anders werden!" hörte man sie sagen.

In den Wiener Straßen sammelten sich fort und fort bewegte Gruppen, namentlich am Lugeck in der Nähe des juridisch-politischen Lesevereins, als

[1] Diest, Erlebnisse im Jahre 1848, Berlin 1898, 16 29.

ob sie da vernehmen könnten, was oben gesprochen wurde. Und oben wurde sehr viel gesprochen; die lebhaftesten Debatten wurden geführt; über die öffentlichen Einrichtungen, über die höchsten Staatsbeamten und Würdenträger wurde mit einem Freimut, einer Furchtlosigkeit geurteilt, als ob es keinen Sedlnitzky und keine Polizei mehr gäbe. Ein Wiener Advokat Dr Alexander Bach war es, der den Ton angab, hier vorschlug und aneiferte, dort vorsichtig dämpfte und niederhielt; denn selbst an Ausbrüchen für die Republik fehlte es nicht ganz. Gefährlicher als im Leseverein, wo doch zumeist gereiftere Männer beratschlagten, war, was unter den Studenten gärte. In Kneipen und in Privatwohnungen, auf der Landstraße, auf der Wieden, vor allem im Medizinerviertel der Alser Vorstadt gab es Konventikel, aus denen einzelne Studenten hervorgingen, um in ihren Kreisen zu schüren und die Aufregung in der Nachbarschaft weiter zu verpflanzen.

Schrecken fiel auf die Wiener Börse. Zu Anfang des Jahres hatten Metalliques über pari gestanden, 103 bis 104, im Laufe des Januar und des größten Teiles des Februar waren sie auf 102, 101, 100 gesunken, mit kleinen Differenzen von $^1/_4$, $^1/_8$, $^1/_{16}$. Auf die ersten dunkeln Gerüchte von schweren Ereignissen in Paris notierte man am 25. Februar zum erstenmal $99^{15}/_{16}$, und von da an ging es rapid abwärts, am letzten Februar $92^1/_4$, in den drei ersten Märztagen $89^5/_8$, $84^1/_2$, $83^1/_2$ [1]. Bei dem rapiden Sinken der Kurse artete die Banknotenfurcht bei einem großen Teile des Publikums in eine wahre Panik aus. Das Andrängen zu den öffentlichen Kassen war geradezu schreckenerregend. Erst liefen die Leute zur österreichischen Sparkasse, um ihre Einlagen herauszunehmen, und da diese meist in Banknoten ausgezahlt wurden, eilten sie von da in die Nationalbank, um das Papier in klingende Münze umzuwandeln. Vom frühen Morgen an war der Hof im Sparkassengebäude überfüllt; es waren meist Leute der minder bemittelten Volksklasse, die einander drängten und stießen und über die Beamten schimpften, daß diese nicht zeitlich genug im Bureau erschienen, und dann wieder, da das Ausfolgen der Einlagen eine etwas verwickelte Manipulation erheischte, daß sie nicht schnell genug zu ihrem Gelde kämen. An manchen Tagen war der Andrang so groß und stürmisch, daß sich der Beamten völlige Ratlosigkeit bemächtigte und sie, wenn sie unter die Leute eilten, um deren Ungeduld zu dämpfen, nur mit Not Tätlichkeiten entgingen. Die Direktion veröffentlichte ihren Rechnungsabschluß vom letzten Dezember, aus dem sich ein Überschuß von mehr als 2000000 fl. ergab [2], was aber ebensowenig einen Erfolg hatte als ein paar Tage früher die Veröffent-

---

[1] Tagebuch der Wiener Ereignisse im Jahre 1848, mit dem jeweiligen Kurse der fünfprozentigen Staatsschuldverschreibungen, Wien 1849.

[2] Wiener Ztg Nr 68 vom 8. März.

lichung des noch günstigeren Bankausweises. In der Nationalbank ging es wo möglich noch ärger her als bei der Sparkasse, weil die Leute die Angst trieb, das Einwechseln der Banknoten könnte plötzlich eingestellt werden. In vielen Gasthöfen, bei Fleischern und Bäckern wollte man keine Banknoten mehr annehmen, worüber es oft zu den heftigsten Auseinandersetzungen kam. Schon in den Nachtstunden umlagerten Massen das Bankgebäude, das mit verstärkten Wachen besetzt war. Die Nationalbank sorgte für Vermehrung von Umwechslungskassen in den Vorstädten, aber auch diese reichten schwer aus, um die herandrängende Menge zu befriedigen.

In andern größeren Städten der Monarchie bot sich das gleiche Schauspiel: es war das Schreckgespenst des Staatsbankrotts, das vor den Augen der maßlos geängstigten Menge stand. Bei der Prager Sparkasse überstiegen die fortwährenden Auszahlungen die jetzt sehr spärlichen Einlagen binnen wenigen Tagen um nahezu 500000 fl., und auch dort eilten die Leute mit ihren Banknoten zur Filiale der Nationalbank, um von da schweißtriefend und keuchend ihre silberne Last in ihre Wohnungen zu schleppen. Manche brachten Träger und Schubkärrner mit, um sich das eingewechselte Silbergeld nach Hause bringen zu lassen.

* * *

Am 1. März reiste Franz Pulszky von Preßburg nach Wien. Auf dem Dampfschiff vernahm er, daß das Volk in Paris aufgestanden sei, daß Louis Philippe abgedankt und die Herzogin von Orléans die Regentschaft übernommen habe. Als er aber in Wien eintraf, empfing ihn seine Frau mit der Frage, ob er schon wisse, daß in Frankreich die Republik ausgerufen sei. Er antwortete: „Dann ist es Zeit, daß wir nach Hause reisen; unsere Bauern werden die heurige Frühjahrsarbeit nicht mehr als Robot leisten, die französische Republik vernichtet unausbleiblich den Feudalismus in Ungarn.“ Der „große Ungar“ aber schrieb in sein Tagebuch: „Jetzt wird es bald lustig hergehen. Mundus se expediet.“[1]

Der Schrecken und die Banknotenangst verbreiteten sich aus dem Mittelpunkte der Monarchie rasch über die Leitha hinaus. In der Voraussicht der Aufregung, in welche dadurch der Reichstag geraten würde, sandte die Wiener Bankdirektion einige ihrer Beamten nach Preßburg, die zahlreichen Abgeordneten einen beruhigenden Ausweis über den aufrechten Stand ihrer Verhältnisse vorzulegen hatten. Doch die einmal angeregten Besorgnisse ließen sich nicht bannen. Da erhob sich in der Zirkularsitzung vom 2. März der Deputierte von Raab, Kornelius Balogh, ein Konservativer, und regte

---

[1] Pulszky, Meine Zeit, mein Leben II 34 f.

auf Andringen seines Komitats den Entwurf einer Adresse an, in welcher der König gebeten werden sollte, die Nation über die Art der Bedeckung der im Verkehr befindlichen Banknoten durch einen amtlichen Ausweis über den Stand der Wiener Nationalbank beruhigen zu lassen.

Es folgte nun eine Konferenz nach der andern, die verschiedensten Stimmungen fanden Ausdruck. Stephan Széchényi rief: „Die Zeit ist gekommen, wo der Ungar die alte Treue für seinen König bewähren kann. Mögen wir in einem so wichtigen Augenblick allen Streit vergessen und einzig des ruhmvollen Moriamur pro rege nostro eingedenk sein!" Doch das war nicht im Sinne Ludwig Kossuths. Denn der kühne Volksmann hatte es sogleich erfaßt, daß es für ihn jetzt gelte, sein in der letzten Zeit durch die Anstrengungen der andern Partei bedrohtes Ansehen in neuem Licht erglänzen zu lassen und die Führerrolle, die er in Gefahr war zu verlieren, fester als je an seine Person zu fesseln. So ging der 2. März in fieberhafter Erwartung dessen, was der folgende Tag bringen werde, zur Neige.

Am 3. März waren der Saal und die Galerien des Abgeordnetenhauses zum Erdrücken voll. Unter allgemeinem Zuruf erhob sich Kossuth, und das Geräusch, das bei Massenversammlungen unvermeidlich ist, machte einer Totenstille Platz, als der gefeierte Redner seine Auseinandersetzungen begann. Sie knüpften an die bedrohliche Lage des Geldmarktes und das, wie er sagte, gerechtfertigte Mißtrauen des Publikums gegen die Nationalbank an; der unglücklichen Finanzpolitik Österreichs wäre es nach den Bankrotten von 1811 und 1816 ein leichtes gewesen, die alten Schulden zu tilgen, statt sich in neue zu stürzen; in dem gegenwärtigen Augenblicke stehe man vor einem neuen Staatsbankrott, der nur vermieden werden könne, wenn man die Staatsfinanzen auf eine konstitutionelle Basis stelle und ein verantwortliches Finanzministerium schaffe. Der Redner verlangt entschiedenen Bruch mit dem herrschenden System. „Wir wälzen seit drei Monaten den Stein des Sisyphus, und meine Seele ächzt unter dem Schmerze der Unbeweglichkeit. Blutenden Herzens sehe ich, wie so viel edle Kraft, so viel ergebene Fähigkeit an eine undankbare Arbeit verschwendet wird, die nur mit den Qualen einer Tretmühle zu vergleichen ist. Der schwere Fluch eines erstickenden Alps lastet auf uns, ein tödlicher Wind weht uns aus dem Beinhause des Wiener Systems entgegen, unsere Nerven starr machend und lähmend den Flug unserer Seele!"

Auch widernatürliche politische Systeme, fährt Kossuth fort, können sich lang aufrechterhalten; denn zwischen der Geduld der Völker und ihrer Verzweiflung liege ein weiter Weg. Es gebe politische Systeme, die dadurch, daß sie lang bestanden, nicht an Kraft gewonnen, sondern verloren haben, und es möchte eine Zeit kommen, wo es gefahrdrohend sei, sie länger erhalten zu wollen, weil ihr langes Leben sie zum Tode reifte: „Wohl weiß

ich, daß es alt gewordenen Systemen wie alt gewordenen Menschen schwer fällt, von den Ideen eines langen Lebens zu scheiden, ich weiß, daß es schwer ist, Stück für Stück zusammenstürzen zu sehen, was ein langes Leben aufgebaut hat." Doch das gegenwärtige System müsse fallen, denn es habe den allgemeinen Unwillen gegen sich: „Unsere Völker können Blut und Leben für ihre geliebte Dynastie lassen, doch für die Wiener Politik wird nicht einmal ein Spatz sterben wollen!"

Der Redner mahnt an den furchtbaren Ernst des Momentes: „Gott verhüte es, daß der schmerzliche Gedanke auf unserer Seele laste, wir hätten die drohende Gefahr dem Throne, dem Vaterlande sich nähern sehen, ohne mit männlicher Entschlossenheit zu deren Abwehr aufgetreten zu sein. Darum fordere ich die löblichen Stände auf, unsere Politik auf das Niveau der Ereignisse zu heben!"

Kossuth kommt nun auf den eigentlichen Kern seines Vortrags, indem er „die Umgestaltung unseres kollegialen Regierungssystems in ein ungarisches verantwortliches Ministerium" als die Grundbedingung und die wesentlichste Garantie aller Reformen hinstellt. Allein der Ungar könne über die konstitutionellen Verhältnisse seines Vaterlandes nicht beruhigt sein, solange noch in den andern Erbstaaten die alten Zustände blieben; der Wiener Staatsrat sei sowohl durch seine Elemente als nach seiner Verfassung und Richtung konstitutionswidriger Natur. „Das Volk ist ewig, und wir wollen, daß auch unseres Volkes Vaterland ewig, daß es der Glanz einer Dynastie sei, die wir als unser Herrscherhaus anerkennen. Ja, löbliche Stände, es ist meine innerste Überzeugung, daß die Zukunft unserer Dynastie von der Verschmelzung der verschiedenen Völker der Monarchie zu einer Seele, einem Herzen abhängt. Diese Vereinigung kann aber nur die allgemeine Konstitutionalität mit Respektierung der verschiedenen Nationalitäten bewerkstelligen; Bureaux und Bajonette sind ein erbärmliches Band!"

Kossuth weist auf den Mann in Wien hin, „der im Interesse seiner Gewalt noch wenige Tage auf Kosten der Dynastie mit der Allianz absoluter Mächte liebäugelt. Die Männer der Vergangenheit werden nach kurzer Frist ins Grab steigen. Allein auf den hoffnungsvollen Enkel des Hauses Habsburg, auf den Erzherzog Franz Joseph, der schon bei seinem ersten Auftreten die Liebe der Nation gewonnen, wartet die Erbschaft eines glänzenden Thrones, der seine Kraft aus der Freiheit schöpft, und dessen alten Glanz der unglückselige Mechanismus der Wiener Politik schwerlich erhalten wird. Ich sehe voraus, daß der der zweite Gründer des Hauses Habsburg sein wird, der das Regierungssystem der Monarchie in konstitutioneller Richtung reformieren und den Thron seines erhabenen Hauses auf die Freiheit seiner Völker stützen wird." . . .

Unbeschreibliche Begeisterung und endlose Eljenrufe folgten auf diese Rede, an welche Kossuth den Entwurf einer an Se Majestät zu richtenden

Adresse schloß[1]. Es erfolgte allgemeine Zustimmung: „Wir nehmen die Motion an, wir nehmen sie an!" und der Vorsitzende Ruttkay konstatierte: „daß in dem feierlichen Momente, wo über Völkerglück entschieden worden, die Tafel mit Beseitigung jeder Parteiung den Pester Antrag einstimmig angenommen hat".

Der ganze Vorgang war nach der zu Recht bestehenden staatlichen Einrichtung durchaus verfassungswidrig. Denn unter all den zahlreichen Reformprogrammen befand sich kein einziges, das die Idee eines eigenen ungarischen Ministeriums angeregt hätte. Kein einziges Komitat, keine einzige Stadt, kein Kreis im Lande hatte die Deputierten in solchem Sinne instruiert oder bevollmächtigt. Gleichwohl fand sich nicht ein Deputierter, der sich des Eides erinnert hätte, mit welchem er die strenge Einhaltung der empfangenen Instruktionen angelobt hatte, keiner, der seine Stimme erhoben hätte gegen einen Antrag, der die ererbte Verfassung in ihren Formen wie in ihrem Wesen abzuändern bestimmt war. Die Abgeordneten waren nicht mit unbeschränkter Vollmacht versehene Boten der Munizipien, sie waren die auserwählten Organe ihrer Kommittenten, an deren Instruktion sie sich zu halten hatten. Dennoch erkannten sie es diesmal nicht als Pflichtverletzung, im Namen ihrer Vollmachtgeber ohne weiteres jenen hochwichtigen Akt anzunehmen, während sie früher in zahllosen Fällen, selbst bei untergeordneten Angelegenheiten, sich der Abstimmung enthalten hatten, weil ihnen die gemessene Instruktion fehlte[2].

Es kam nunmehr auf die Haltung der Magnaten an.

Bei dem ungarischen Hofkanzler war längst die Überzeugung gereift, daß von dem gegenwärtigen Reichstage kein Heil zu erwarten sei. In einer unter dem Vorsitze des Erzherzogs Ludwig abgehaltenen Konferenz, zu welcher der Fürst Metternich und sämtliche Staats- und Konferenzminister beigezogen waren, setzte Graf Apponyi den Beschluß der unverweilten Auflösung des Preßburger Landtages durch. Es wurde in diesem Sinne ein königliches Reskript entworfen, das vom Palatin kundzumachen und durchzuführen wäre. Da man aber der Willfährigkeit des jungen Erzherzogs Stephan nicht sicher zu sein glaubte, so wurde durch ein zweites königliches Reskript Vorsorge getroffen, wer, falls der Palatin sich sträuben sollte, an seiner Statt die Kundmachung und Vollziehung des Aktes vorzunehmen hätte.

Die Konferenz war geschlossen, und die Mitglieder begannen auseinanderzugehen, als dem Fürsten Metternich der Zweifel aufstieg, ob es nicht angezeigt wäre, den Erzherzog-Palatin zu begrüßen. Erzherzog Ludwig stimmte

[1] Repräsentationsvorschlag über die gegenwärtigen Aufgaben des Landtages s. Janotycky, Tagebuch I 200—220; Pulszky, Meine Zeit, mein Leben II 36—50 u. a.

[2] Die wahre Richtung der ungarischen Nationalpolitik, Wien 1862, 20. Vgl. die Ungültigkeit der 1848er Gesetze im „Vaterland" 1865, 15.—18. März.

zu, aber Graf Apponyi, der den Saal bereits verlassen hatte und zurückgerufen wurde, widersetzte sich diesem Vorschlage mit aller Entschiedenheit und drohte sogar mit seiner Demission. Doch gelang es dem Staatskanzler, ihn mit der Vorstellung zu beschwichtigen, daß dies ja „bloß der Form wegen" geschehe und daß es sich dabei höchstens um einen Aufschub von vierundzwanzig Stunden handle. So wurde denn beschlossen, den Prinzen telegraphisch nach Wien zu berufen[1]. Am 1. März traf Erzherzog Stephan in Wien ein, am Bahnhof erwartet von Hofrat Zsedényi, der ihn vertraulich davon unterrichtete, um was es sich handle, und ihm zweifelsohne vorschlug, darauf zu bestehen, daß in dieser höchst wichtigen Angelegenheit sämtliche Würdenträger Ungarns schnellstens nach Wien einberufen würden.

In Preßburg fieberte noch alles seit dem großen reichstäglichen Ereignisse vom 3. März. Dazu die Spannung und Begeisterung, welche die von Stunde zu Stunde einlaufenden Nachrichten von den Vorgängen im Westen steigerten, die den gesamten Körper der Abgeordneten in unausgesetzter Aufregung hielten. An einen Widerstand der konservativen Elemente war nicht zu denken. Die Barbaczy, die Somssich, und wie sie alle hießen, zeigten sich mundtot unter dem Druck so außergewöhnlicher Umstände; ja sie durften sich kaum mehr blicken lassen, ohne von der übermütigen Landtagsjugend verspottet, verhöhnt, ausgezischt zu werden.

Die Partei Kossuths gab allein den Ton an, beherrschte die Lage unumschränkt. In der Zirkularsitzung vom 4. März wurden folgende Anträge gestellt: Alle Steuern und öffentlichen Lasten sind ohne Unterschied des Standes nach gleichem Verhältnis zu verteilen. — Die Urbariallasten und bäuerlichen Giebigkeiten haben sofort aufzuhören; die Entschädigung der Grundbesitzer übernimmt der Staat. — Den Städten ist noch auf diesem Landtag eine verhältnismäßige Ausübung des Stimmrechtes zu erteilen. — Die Deputierten sind fortan nicht mehr Repräsentanten ihrer Komitate oder einer einzelnen Kaste, sondern Stellvertreter des ganzen Volkes. Alle diese Anträge wurden ohne weitere Diskussion einstimmig angenommen, „ohne daß sich dagegen", wie Hofrat Wirkner, den man in diesen Tagen nach Preßburg gesandt hatte, an den Fürsten Metternich schrieb, „von seiten der bisher auf jede Weise in und außer dem Sitzungssaale verunglimpften, daher schon todmüden konservativen Deputierten auch nur eine Stimme erhoben hätte"; denn den gestellten Anträgen widersprechen wäre „so viel gewesen als den Zornausbruch des für die große Reform in heißer Sehnsucht erglühten Publikums hervorrufen"[2].

Noch fehlte zur Stunde der Beitritt der Magnaten zu der von der unteren Tafel beschlossenen Adresse an des Königs Majestät. Die Abreise

[1] Wirkner, Erlebnisse 208 f.
[2] Ebd. 211 f. Horváth-Novelli, Fünfundzwanzig Jahre 527 f.

des Palatins und die dadurch eingetretene Verzögerung in der Abwicklung der Geschäfte rief in den Reihen der Opposition und auch vielfach im Publikum heftigen Unwillen hervor. Auf den 4. März war eine Sitzung der Magnatentafel anberaumt. Die Zuhörerschaft erwartete mit Ungeduld das Ergebnis der stattfindenden Beratung. Als Graf Ladislaus Teleki im Saale erschien, wurde er von der Galerie mit lebhaften Beifallsbezeigungen empfangen, was eine energische Mahnung des Personals Johann Zarka v. Lukafalva zur Folge hatte. Doch die Unruhe dauerte fort und brach, als Zarka das Haus auf die gefährliche Tragweite des Schriftstücks aufmerksam machte, mit solch tobendem Ungestüm los, daß er seine Rede unterbrechen mußte. Im Laufe der Verhandlungen brachte Louis Batthyány einen Antrag ein, des Inhaltes: die Tafel solle zur Bewahrung ihrer eigenen Würde sowohl den Tag und die Stunde als die Gegenstände der Sitzung jederzeit selbst bestimmen, was jedoch von der Majorität aus Schonung für den Erzherzog abgelehnt wurde. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, die Verhandlung über den Beschluß der unteren Tafel zu vertagen und die Rückkunft des Palatins abzuwarten.

In der drohenden Wirrnis der Dinge erging sich Graf Széchényi in Träumen seiner persönlichen Erhebung zur Rettung Ungarns: „Von mir verfaßtes Handbillet, darin Vollmacht und Garantie; ich kann ernennen, wen ich will; 10000 fl. sogleich, 5000 fl. jeden Monat; Großkreuz des St Stephansordens“ ꝛc. Doch immer wieder liefen ihm die Besorgnisse dazwischen, daß der Ungestüm Kossuths allen seinen Plänen den Weg kreuzen könnte[1].

Am 5. März morgens war Hofrat Wirkner wieder in Wien. Nach den Mitteilungen, die er dem Fürsten Staatskanzler über die letzten Preßburger Vorgänge machte, zeigte sich Metternich zur unverzüglichen Auflösung des Reichstages entschlossen; Erzherzog Ludwig war damit einverstanden. Wirkner mußte wieder nach Preßburg zurück, um im Auge zu halten, was da vorgehe; Metternich verbürgte sich ihm mit Hand und Wort, daß die Auflösung binnen drei Tagen erfolgen werde.

Während der Hofrat im Sinne des ihm gewordenen Auftrages nach Preßburg abfuhr, befand sich Széchényi auf der Reise nach Wien, wo er mit Apponyi verhandelte und sich dann bei Metternich zeigte. Die Fürstin empfing ihn mit dem leichtfertigen Worte: Bon jour, citoyen! worauf er ebenso leichtfertig antwortete: Merci, délicieuse sansculotte! Die Magnaten

---

[1] „Wenn der Lajcsi nicht alles verdirbt, so wird die Monarchie von der schmutzigen Ofener Burg aus regiert werden und Ungarn eine große Zukunft haben. Aber der Landtag muß mir folgen. Ich habe einen Plan. Ich weiß freilich nicht, ob er gelingt. Denn die Revolution wird Kossuth noch populärer machen. Und die Revolution kommt, nein, sie ist schon da. Hahaha! Kossuth als Diktator! Armes Vaterland!“ Aus Széchényis Tagebuch bei Pulszky, Meine Zeit, mein Leben II 58 f.

der konservativen Partei sahen in ihm den künftigen Hofkanzler. „Es ist Ihre Pflicht!" sagte ihm Graf Bethlen. Széchényi wehrte sich: „Mein Platz ist nicht in Wien, nicht der Palast und die Bequemlichkeit! Spannt mich vor einen Düngerwagen; wenn es mir gelingt, ihn aus dem Sumpfe zu ziehen, so gebe ich gern mein Leben hin, das wird mein Ruhm sein."[1] Er war für eine administrative Trennung Ungarns von den deutsch-österreichischen Ländern. „Wie jeder Planet sein eigenes System für sich hat", sagte er zum Grafen Taaffe, „und doch nach dem gemeinsamen Mittelpunkt graviert, so möge es auch in Österreich sein."

In Preßburg, besonders im Kreise der Ablegaten, trug man die nun schon tagelange Abwesenheit des Palatins, des Tavernicus und des Judex Curiae immer ungeduldiger und unwirscher. Ladislaus Madarász von Somogy verlangte einen entscheidenden Schritt der Deputierten, auf daß der Präsident der andern Tafel seine Pflicht tue. Kossuth beantragte ein Nuntium an die Magnaten, „daß sie diesen wichtigen Gegenstand, welchen ohne Gefahr zu verzögern die mit ungeheurer Schnelligkeit sich abwickelnden Ereignisse nicht erlauben, unter dem Vorsitze des Landrichters in Verhandlung nehmen".

Aber die Gerufenen kamen nicht; alle den Vorsitz der Magnatentafel vertretenden Persönlichkeiten befanden sich in Wien. Das Präsidium war und blieb für den Augenblick verwaist, so daß Kossuth, der die Geduld verlor, in der Zirkularsitzung des andern Tages den Antrag stellte, die Adresse mit Übergehung der oberen Tafel durch eine Deputation der Stände an den Thron gelangen zu lassen. Das hieß denn doch die Grenzen der Gesetzlichkeit überschreiten und die Autorität der Magnatentafel mit Vernichtung bedrohen, was unter ihren Mitgliedern allgemeine Entrüstung hervorrief, so daß Louis Batthyány und die gesamte Opposition gegen ein solches Verfahren Einsprache erhoben. Obwohl ein Teil der Deputierten und vor allem die Galerien dem Antrage Kossuths lebhaft beistimmten, widerriet Dionys Pázmándy eine so schroffe Herausforderung des andern Hauses; die Ständetafel möge sich begnügen, die Magnaten von dem Ernst der Lage und der außergewöhnlichen Gestaltung der Zeitverhältnisse zu unterrichten, in der sich der Reichstag durch die Abwesenheit aller Glieder des Präsidiums der Magnatentafel befinde. Pázmándys Antrag fand die Billigung der Mehrheit des Hauses.

Wirkner wartete in Preßburg noch immer auf das Eintreffen des Auflösungsreskriptes aus Wien. Die zugesagte Frist von drei Tagen war längst abgelaufen, und er beschwor den Staatskanzler auf telegraphischem Wege, nicht weiter zu zögern. Zu seiner unangenehmen Überraschung erfuhr nun Fürst Metternich, daß sich der betreffende Akt noch in der Zirku-

[1] Wirkner, Erlebnisse 212 f. Széchényi bei Pulszky a. a. O. II 54 f.

lation des Staatsrates befinde. Es hatte sich schon bei der ersten staatsrätlichen Konferenz gezeigt, daß der vom Grafen Apponyi vorgeschlagenen Maßregel eigentlich nur der Erzherzog Ludwig und Fürst Metternich mit voller Überzeugung beistimmten, während von den andern Mitgliedern die verschiedensten Bedenken und Einwendungen erhoben wurden, und so zeigten die Staatsräte, als das Schriftstück bei ihnen die Runde machte, durchaus keine Eile, es mit ihren Voten zu versehen. Es befand sich jetzt ruhig in den Händen eines der Referenten[1], dem nun Metternich einen peremtorischen Termin von zwei Stunden setzte, binnen welchen der Gegenstand erledigt sein müsse.

Das war am 9. März. An demselben Tage 11 Uhr vormittags fand eine Konferenz beim Erzherzog Stephan statt, zu welcher außer dem ungarischen Hofkanzler der Vizekanzler Ladislaus Szögyény, der Judex Curiae Graf Georg Mailáth, der Personal Zarka, der Hofkammerpräsident Nikolaus Graf Szécsen, Széchényi und Zsedényi — Statthaltereirat Baron Vay kam erst im Laufe dieses Tages in Wien an — beigezogen worden waren. Graf Apponyi, obwohl schon sehr leidend, verfocht mit Eifer die von ihm beantragte Auflösung des Reichstages; doch nur Szécsen stimmte ihm bei, alle andern waren dagegen. Der Personal empfahl den Grafen Széchényi als königlichen Kommissär, es kam jedoch zu keinem förmlichen Beschlusse.

Nach Preßburg zurückgekehrt, agitierte Széchényi eifrig gegen die Führerschaft Kossuths. Am 12. fand bei ihm eine Versammlung statt, die ihm eine große Enttäuschung bereitete: Sigmund Bernáth und Bónis waren gegen ihn, „Hunkár und Szent-Iványi lassen sich für Kossuth töten“. Nach geschlossener Beratung blieb Bela Wenckheim bei ihm, gegen den der „große Ungar“ die Bitternis seines Herzens ausschüttete: „Das ist der Dank für die Bemühungen meines Lebens, daß ich bald in Wien, bald hier als Betrogener oder Betrüger erscheine, oder was noch wahrscheinlicher, daß ich oben und unten als einer gelte, der alles verdorben hat.“[2]

Politisch nicht minder bewegt als in Preßburg ging es in diesen Tagen in der ungarischen Landeshauptstadt zu. Da war einmal die akademische Jugend, die jeden Dienstag und Freitag zur Besprechung der Zeitereignisse mit Vertretern der Literatur und Presse in den Redaktionsräumen des

---

[1] Bei Wirkner (Erlebnisse 214) heißt es „Staatsrat B.“; unter dieser Chiffre gab es aber nur den Hofrat und staatsrätlichen Referenten Baron Franz Buol zu Bernburg; es müßte denn ein Schreib- oder Druckfehler statt „P“ unterlaufen sein, wo man die Wahl zwischen den Staatsräten Prohaska, Purkhart und Pilgram hätte.

[2] Aus Széchényis Tagebuch bei Pulszky, Meine Zeit, mein Leben II 56.

„Jelenkor" (Gegenwart), und als dies polizeilich verwehrt wurde, im Privorskyschen Café Pilwax in der Herrengasse zusammenkam; ein großer runder Tisch, um den sich die Debattierenden zu drängen pflegten, wurde „Tisch der öffentlichen Meinung" genannt. Dann war da der Oppositionsklub (Ellenzéki Kör), eine wohl organisierte Vereinigung der liberalen Elemente der Hauptstadt, die mit zahlreichen Freunden und Filialen im Lande in fortwährender Fühlung stand. Nach dem Vorbilde der französischen Reformbankette veranstaltete der Klub von Zeit zu Zeit Festessen, angeblich zu Ehren eines beliebten Mitgliedes, eines Dichters oder sonst eines gefeierten Mannes, im Grunde aber zum Zwecke politischer Anregungen und Erörterungen. Zu Anfang März wurde Daniel Irányi, quondam „Handschuh", nach Preßburg zu Kossuth gesandt, um diesem mitzuteilen, daß seine Pester Freunde mit den bisherigen Leistungen des Landtages gar nicht zufrieden seien. „Ich selbst bin es ebensowenig", äußerte der Agitator, „es muß etwas geschehen." Irányi meinte, ob es nicht gut wäre, wenn von Pest aus eine Landesbewegung in Szene gesetzt würde. „Das wäre des Versuches wert", erwiderte Kossuth. Als aber einige Tage später Aloys Degré bei ihm erschien und ihm den Feuereifer der Universitätsjugend herausstrich, setzte ihm Kossuth die Frage entgegen, ob diese begeisterte Jugend nicht auf den ersten Kanonenschuß davonlaufen würde. „Nein", sagte Degré, „wenn Sie nur diese Entschlossenheit, diesen Kampfesmut sehen würden!" „Nun wohl, so sagen Sie den jungen Leuten: wenn unsere Sache in Wien Schiffbruch leiden sollte, werde ich nach Pest gehen und mich selbst an ihre Spitze stellen!"[1]

Am 11. März trat Joseph Irinyi, ein lebhafter, vielgereister Mann, der im Jahre 1843 wegen einiger nach vorwärts drängenden Artikel mit dem Gefängnisse Bekanntschaft gemacht hatte, in einer Ausschußsitzung des Oppositionsklubs mit einem Aufsatze auf: „Was wünscht die ungarische Nation?" Sein Antrag enthielt zwölf Punkte, von denen die meisten die allerorts auftauchenden Forderungen: Preßfreiheit, Nationalgarde, Mündlichkeit und Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens rc. betrafen; eigentümlich für Ungarn waren aber diese: ein verantwortliches Ministerium und ein jährlich abzuhaltender Reichstag, beides in Budapest (Punkte 2 und 3), und Union Siebenbürgens mit Ungarn (Punkt 12). Irinyis Vorschlag erfreute sich allseitigen Beifalls; man fand es jedoch nicht an der Zeit, jetzt schon damit vor die Öffentlichkeit zu treten; es wurde beschlossen, am 14. März eine große Versammlung abzuhalten und auf dieser das Weitere zu verabreden.

* * *

[1] Juczc, Der 15. März in Budapest 87 f 100. Vgl. Irányi-Chassin, Hist. pol. de la Révolution de Hongrie I 142.

Von Kossuths großer Rede hatte man in Wien am 4. März nur unsichere Kunde, sie erfuhr darum die verschiedensten Deutungen. Kossuth habe, sagte man sich, den Nationalbankrott für unabwendbar erklärt, und die ungarischen Stände hätten beschlossen, die Noten der Nationalbank außer Verkehr zu setzen. Im juridisch-politischen Leseverein wollte man wissen, Kossuth habe den Sturz der alten Staatsmänner und die Verleihung einer Konstitution für das einzige Rettungsmittel für Österreich erklärt.

In Studentenkreisen faßte man den Entschluß, sich mit den Ungarn in Verbindung zu setzen, um mit ihrer Hilfe zu erreichen, was man anstrebte. Man richtete für diesen Zweck ein Schreiben an den Redakteur der „Preßburger Zeitung“ und lud ihn ein, nach Wien zu kommen, wo am 10. in einem Lokale der Bäckerstraße das Vorgehen am 13. beim Zusammentritt der niederösterreichischen Stände, denen eine Petition zu überreichen wäre, beraten werden sollte. Die Petition kam indes in Preßburg in die unrichtigen Hände, und daran scheiterte der Plan[1].

Mittlerweile war der Wortlaut der Kossuthschen Rede nach Wien gekommen. Franz Pulszky hatte sie ins Deutsche übersetzt, und Daniel v. Kászony, von Kossuth mit einer Vertrauensmission nach Wien geschickt, hatte die ersten Exemplare dahin gebracht, die er im juridisch-politischen Leseverein, an der Universität, aber auch in Proletarierkreisen verteilte[2].

In den obersten Regionen herrschte Zwiespalt der Meinungen. Der Generalhofbaudirektor Graf Ferdinand Colloredo, zugleich Vorsteher des niederösterreichischen Gewerbevereins, hatte bereits am 1. März nach Grätz geschrieben, um den Erzherzog Johann zu bitten, daß er nach Wien kommen und seinen ganzen Einfluß aufbieten möge, damit ein Wechsel im Regierungssystem eintrete: „Wir alle, Kaiser und Volk, gehen der unglücklichsten Zukunft entgegen, wenn man sich an höchster Stelle der Einsicht verschließen wollte, daß nichts übrig bleibt, als durch Erfüllung der Wünsche aller Gebildeten das öffentliche Vertrauen wiederherzustellen.“[3] Im Publikum setzte man seine Hoffnungen auf den Grafen Kolowrat, den man in grundsätzlicher Gegnerschaft zu Metternich wußte, und auf das dem Throne nächststehende erzherzogliche Paar, das sich, namentlich die hochsinnige Erzherzogin Sophie, mit dem Gedanken von Zugeständnissen an die öffentliche Meinung vertraut gemacht hatte.

Doch eine andere Strömung war gegen jedes Nachgeben. „Die Worte citoyen, peuple, nation sieht man in Frankreich an der Spitze einer

[1] Das Schreiben fiel in die Hände des eben in Preßburg weilenden Polizei Hofrates Leopold Valentin Ferstl von Förstenau, der es dem ihn am Morgen des 6. März besuchenden Wirkner vorwies, bevor er es an den Grafen Sedlnitzky nach Wien sandte. Wirkner, Erlebnisse 213 f.

[2] (Kászony,) Ungarns vier Zeitalter II, Leipzig 1868, 6—14.

[3] Reschauer, Das Jahr 1848 I, Wien 1872, 105.

Masse von Dekreten, man könnte sich in das Jahr 1793 zurückdenken", schrieb Fürstin Melanie Metternich, die das Echo ihres Mannes war: „Es ist, als wäre die Hölle losgelassen, und Gott allein kann dieser entsetzlichen Flut einen Damm setzen. Es gilt zu retten, wenn es überhaupt noch möglich. Das arme Deutschland steht bereits in Feuer und Flammen. Jede Stunde bringt ein Ereignis, und leider gesellt sich immer zu bestehendem Übel neues Übel." Solchem Ansturme gegenüber Zugeständnisse machen, meinten der Staatskanzler und Erzherzog Ludwig, heiße nur weichen und das Feld den gefährlichsten Mächten überlassen.

Seit dem 4. März befand sich Herr v. Radowitz in Wien, und alsbald waren die Beratungen zwischen beiden Staatsmännern in lebhaftem Gang. Der österreichische Staatskanzler und der Vertrauensmann des Königs von Preußen verstanden einander vortrefflich; sie waren sowohl über die militärischen Fragen bald im klaren als auch über die Berufung eines Fürstentages nach Dresden, der die weitere Entwicklung der deutschen Bundesreform in die Hand nehmen sollte. „Der General von Radowitz", schrieb Metternich an Herrn v. Kanitz, „verläßt nur mein Kabinett, um in das Entresol zum Schreiben hinab- und mit dem Geschriebenen wieder zu mir hinaufzusteigen." Metternichs Gedanke war, zwischen Wien, Berlin und St Petersburg einen Mittelpunkt der Entschlüsse und Handlungen zu schaffen — de former un centre de conception et d'action. Der Zustimmung des Zaren konnte er versichert sein, da ihm dieser die Abschrift einer formell an seinen Londoner Gesandten Baron Brunow gerichteten, aber inhaltlich für Lord Palmerston gemeinten sehr geharnischten Depesche mitgeteilt hatte, die mit einer Kriegserklärung drohte, falls das britische Kabinett von seiner die italienischen Angelegenheiten verwirrenden und aufreizenden Politik nicht lassen wollte[1]. Metternich blickte mit großen Besorgnissen in die nächste Zukunft, er ahnte, wenn er es auch nicht klar auszusprechen wagte, einen bevorstehenden Zusammenbruch: „Es steht heute mit den Staaten wie mit unterwühlten Häusern: kommt einmal das Krachen, so folgt der Sturz mit Blitzesschnelle."[2]

Der niederösterreichische Gewerbeverein, dessen Präsident Graf Ferdinand Colloredo war, hatte für den 6. März eine Sitzung ausgeschrieben und sowohl den Erzherzog Franz Karl als den Grafen Kolowrat um Teilnahme an derselben ersucht. Der Zweck war die Beratung einer

---

[1] Metternich, Nachlaß VII 535 f Anm.: Lord Palmerston möge sich erklären, was er in Italien vorhabe und wie weit er gehen wolle; der Kaiser sei fest entschlossen, an dem gesetzlichen Bestande nicht rütteln zu lassen. Sollte irgend eine auswärtige Macht zu einem Angriff gegen Österreich die Hand bieten, so würde der Kaiser dies für eine Kriegserklärung ansehen und alle seine Kräfte aufbieten, um die österreichische Regierung zu verteidigen.

[2] Ebd. VII 533 f 588 595 598.

Adresse an den Kaiser, die keine bestimmten Forderungen formulierte, sondern nur im allgemeinen den Wunsch festen Anschließens der Regierung an die Stände und Bürger sowie an die Interessen des „gesamten deutschen Vaterlandes" aussprach. Der Großindustrielle Rudolf Edler v. Arthaber trat an den Erzherzog heran und bat ihn um die Erlaubnis, die Adresse abzulesen, was der Erzherzog freundlich entgegennahm und dem Vortragenden sowie dem Vereine im Namen Sr Majestät für den in der Adresse enthaltenen Ausdruck loyaler Gesinnung in wenigen Worten dankte.

Die öffentliche Stimme sprach sich immer lauter und entschiedener aus. Als man im Burgtheater ein in der letzten Zeit sehr beliebtes Stück, „Agnes Sorel" von F. X. Grutsch, aufführte, wurde die Stelle, wo die Titelheldin den König auffordert, durch Taten der Not der Zeit ein Ende zu machen und sein Leben einzusetzen für Vaterland und Freiheit, vom Publikum so demonstrativ beklatscht, daß die Allerhöchsten Herrschaften sich aus dem Theater entfernten.

All das konnte den Staatskanzler nicht bewegen, von seinem Standpunkte zu weichen. „Erzherzog Ludwig, der Präsident der Staatskonferenz, und Fürst Metternich", so berichtete der schweizerische Geschäftsträger Albert Frhr. Effinger v. Wildegg am 7. an seine Regierung, „stimmen darin überein, nicht nur keine weiteren Konzessionen zu machen, sondern auch die schon beschlossenen Reformen nicht zu betreiben." Am 10. erschien in der „Wiener Zeitung" ein kaiserliches Manifest: die Regierungsänderung in Frankreich sei dessen eigene Angelegenheit, und Österreich sei von jeder Absicht frei, auf die inneren Verhältnisse Frankreichs mittelbar oder unmittelbar einzuwirken; Se Majestät werde ernstlich darüber wachen, „daß keine Bestrebungen zum Umsturz der rechtlichen Ordnung stattfinden, die sein von Gott gesegnetes Reich in einen Zustand der Zerrüttung versetzen könnten, die es als leichte Beute den Angriffen der Feinde überliefern würde. Se Majestät zählt dabei auf das Vertrauen und die kräftige Mitwirkung der getreuen Stände seines Reiches sowie aller Klassen seiner Untertanen, denen die Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung am Herzen liegt". . . .

Doch den Untertanen Sr Majestät lagen jetzt ganz andere Dinge näher am Herzen. In Wien wurde das Gerede immer stärker, Metternich und Erzherzog Ludwig würden gehen, an des letzteren Stelle Erzherzog Johann treten. Der Fürst, seine Gemahlin, selbst Personen seines Amtes, wie der Regierungsrat Joseph Edler v. Pilat, der Leiter des „Österreichischen Beobachters", erhielten durch die kleine Post Drohbriefe der ärgsten Art. An dem Ausgang des Staatskanzleigebäudes gegen die Bastei fand sich eine Aufschrift: „Fort mit Metternich! Keine Allianz mit Rußland! Nur Konzessionen!" Am Morgen desselben Tages, der das kaiserliche Manifest brachte, erschien bei der Fürstin Melanie der Staatskanzleirat Karl Frhr. v. Siber, um ihr vorzustellen, daß sie ihre Diamanten in einem Privat-

haus hinterlege, da man keinen Augenblick mehr sicher und die Staatskanzlei zunächst ausgesetzt sei. Gleich nach Siber kam der fürstliche Zentraldirektor mit der Warnung: der Haß gegen den Fürsten habe seinen Höhepunkt erreicht, man sei vor allen andern ihm und dem Erzherzog Ludwig aufsässig[1]. Der geistvolle Jarcke hatte im Winter 1847/1848 in seiner Wohnung Vorträge gehalten, die von einer auserlesenen Gesellschaft, Aristokratie, Diplomatie, Bureaukratie, besucht waren. Am Abend des 10. März war die letzte dieser Vorlesungen. Jarcke behandelte die Bedeutung der Worte „Reform" und „Reformation" und führte aus, wie im Staatswesen oft die Not der Zeit mit Allgewalt auf Reform dränge. Er sagte dabei mit gehobener Stimme: „Wer zu solchen Zeiten keine Reformen haben will, der muß die Revolution haben wollen!"[2] Jarcke und andere ernstere Politiker sagten sich wohl, daß das bestehende System fallen müsse, und konstruierten sich nach ihrem Sinne, was an dessen Stelle treten müsse. „Ich kann mir", schrieb am 7. März Regierungsrat Karl v. Hock an den Kardinal Schwarzenberg, dessen Freundschaft und volles Vertrauen er genoß, „nur ein System denken: Hebung des Bauers durch Aufhebung der Fronden und Reduktion des Zehnten rc., Hebung des Städters durch eine freie Gemeindeverfassung und Vermehrung des bürgerlichen Elements in den Ständen, Aufhebung des gesonderten Rechtszustandes und der Militärfreiheit der Adeligen, und vor allem nur vorbereitende und beratende allgemeine Reichsstände, zum Teil vom Kaiser designiert, zum Teil von den Provinzialständen deputiert."[3]

Unter den Studenten gärte es auf das heftigste, besonders im Medizinerviertel, wo alle von den jungen Leuten besuchten öffentlichen Lokale in förmliche politische Klubs umgewandelt waren. Es wurde die Abfassung einer an den Kaiser zu richtenden Petition beschlossen, worin nach deutschem Muster Preßfreiheit, Nationalgarde, allgemeine Volksvertretung rc. erbeten werden sollten[4].

Der alljährliche Zusammentritt der niederösterreichischen Stände war diesmal auf den 13. März angesetzt. Alles, was einen Umschwung im fortschrittlichen Sinn anstrebte, sah diesem Ereignis erwartungsvoll entgegen. Am 7. oder 8. März fand sich eine Anzahl gleichgesinnter Männer in der Wohnung des Hof- und Gerichtsadvokaten Dr Alexander Bach zusammen; es galt eine an die Landstände zu richtende Adresse, die Eduard v. Bauernfeld entworfen hatte: Veröffentlichung des Staatshaushalts, gemeinsame ständische Vertretung mit Steuerbewilligung und Teilnahme an

---

[1] Metternich, Nachlaß VII 537—539.

[2] Brunner, Woher? Wohin? II, Wien 1855, 191—193.

[3] Wolfsgruber, Kardinal Schwarzenberg I, Wien u. Leipzig 1906, 260.

[4] Max. Bach, Geschichte der Wiener Revolution, Wien 1898, 127 f.

der Gesetzgebung, öffentliches Gerichtsverfahren, Repressivmaßregeln gegen die Presse an Stelle der Präventivzensur — dies waren die Hauptpunkte, deren Gewährung man verlangte. Auch die große Lebensfrage der Monarchie kam dabei zur Sprache. Bach erklärte es für gedankenlose Schwärmerei, wenn man Österreich in Deutschland aufgehen und dabei doch als Österreich erhalten wolle; gegen die deutsch-nationalen Bestrebungen müsse Österreich ebenso auf seiner Hut sein wie gegen die ungarischen, der Schwerpunkt der Monarchie dürfe weder in Frankfurt a. M. noch in Pest liegen; die Umbildung Österreichs in einen zentralisierten, durch demokratische Institutionen befestigten Einheitsstaat sei das Ziel, auf das man lossteuern müsse[1]. Bei einer zweiten Zusammenkunft am 9. März wurde die Adresse angenommen und von den Anwesenden unterzeichnet; am 10. lagen Abschriften zur Unterzeichnung im juridisch-politischen Leseverein, im Gewerbeverein, im Handelskasino, in den Räumen der „Concordia" auf; am 11. wurde sie dem Landesausschuß im ständischen Gebäude übergeben. Um zwei Stunden zu spät erschien Polizeioberkommissar Felsenthal in Bachs Wohnung, dem gefährlichen Aktenstücke nachzuspüren — er hatte das Nachsehen.

Völlig Unerwartetes bereitete sich in Prag vor. Noch stand das österreichische Polizeiregiment scheinbar in voller Kraft: an Volkstage, wie sie in den deutschen Mittel- und Kleinstaaten nun schon an der Tagesordnung waren, ließ sich nicht denken. Doch in aller Stille und auf verdeckten Wegen wurden anonyme Einladungen zu einer Versammlung ausgesandt, die am 11. März abends im St-Wenzelsbade in der oberen Neustadt stattfinden sollte. Nicht alle, an welche die Einladung erging, besaßen den Mut, sich zu einem unter den seit langen Jahrzehnten eingewohnten bürgerstillen Verhältnissen unerhörten Wagnisse herbeizufinden, und darum zählte das Häuflein, das sich in einem mäßig großen, kümmerlich beleuchteten Saale nach und nach zusammenfand, nur einige hundert Leute, voll beklommener Erwartung der Dinge, die da kommen sollten.

Gegen 8 Uhr abends erschienen auf dem Podium, wo ein Tisch mit einer Unschlittkerze stand, einige Herren, darunter der Gastwirt „zur goldenen Gans" am Roßmarkt Peter Faster und der Rechtspraktikant Aloys Pravoslav Trojan, welche den Anwesenden erst in böhmischer, dann in deutscher Sprache erklärten, daß es sich darum handle, die Forderungen der Nation zu formulieren, die durch eine Adresse und Deputation an die Stufen des Thrones gebracht werden sollten: Brüderlichkeit und Gleichberechtigung beider Stämme — Čech a Němec jedno tělo, „der Böhme und der Deutsche ein Leib", wurde aus dem Kreise der Zuhörer gerufen —, staatsrechtliche Einigung der Länder der böhmischen Krone,

[1] Reschauer, Geschichte der Wiener Revolution, Wien 1872, 142.

Gleichstellung aller Konfessionen, Aufhebung der Zensur, Volksbewaffnung 2c. Sie wurden punktweise vorgetragen und punktweise durch Zuruf angenommen. Alles lief in bester Ordnung ab, und in aller Ruhe ging man auseinander, zur großen Befriedigung des Bürgermeisters und des Stadthauptmannes, die in banger Angst den Ausgang einer so unvermutet kühnen Veranstaltung abgewartet hatten.

Am 12. März wußte man bald überall in Prag, was sich am Abend zuvor begeben hatte: die Stadt war wie umgewandelt. Es war ein Sonntag, und eine wahre Festtagsstimmung erfüllte die Gemüter. Selbst die Behörden schienen alle Bedenken vergessen, alle Scheu abgelegt zu haben. Der Bürgermeister, Appellationsrat Ritter v. Müller, stellte einen Saal im Altstädter Rathause zur Verfügung, wo sich ein „Ausschuß der Bürger und Bewohner Prags", später „Bürger"- oder „St-Wenzelskomitee" genannt, konstituierte und den Grafen Albert Deym zum Obmann, den Gastwirt Peter Faster, der als der Kleon oder Ciceruacchio Prags gelten konnte, zum Obmannstellvertreter, Trojan und Dr Wilhelm Gabler zu Schriftführern wählte. Diese beiden und der Advokat Dr Adolf Maria Pinkas wurden mit der Abfassung der im St-Wenzelsbade im Grundsatze beschlossenen Petition betraut[1].

4.

Die Natur entwickelte sich im Jahre 1848 herrlich. Auf einen strengen Winter war ein ungewöhnlich zeitlicher und schöner Vorfrühling gekommen. In der ersten Hälfte des März war es schon so warm wie sonst im Mai. Es war ein rechtes Wetter zum Revolutionmachen.

Gegen Mitte März sprach man in ganz Wien davon, daß es demnächst an der Universität einen Rummel geben werde. Der oberste Kanzler Graf Inzaghi richtete am 11. an die Direktoren der verschiedenen Fakultäten eigene Dienstschreiben, worin er ihnen nahelegte, die Professoren nachdrücklichst aufzufordern, die Aufregung der Studenten zu dämpfen, ihre Stimmung zu beruhigen. Selbst militärische Vorbereitungen wurden getroffen: in die Kasernen erging in der Nacht vom 11. zum 12. der Befehl, die Truppen in den nächsten drei Tagen beisammenzuhalten, jeden Mann mit sechzig scharfen Patronen zu versehen; die Hofburg erhielt eine Besatzung von drei Kompanien Grenadieren und einer Batterie; im Hofkriegsratsgebäude, in der Nationalbank, bei der Staatsschuldenkasse wurden die Wachen ansehnlich ver-

---

[1] Vgl. mein anonym erschienenes „Aus Böhmen nach Italien" 3—22 und Graf Leo Thun 9—13.

stärkt[1]. Sedlnitzky war voll der größten Zuversicht. „Das Ganze ist nichts als ein gemachter Lärm", beteuerte er dem Fürsten Metternich; „es hat nichts zu bedeuten."[2]

Der 12. März war ein Sonntag, keine Kollegien, aber um 9 Uhr akademischer Gottesdienst mit Predigt, welche der Professor der Religionswissenschaft Dr Anton Füster zu halten hatte. Schon bald nach 8 Uhr füllte sich der Platz mit Gruppen von Studenten, in deren Nähe sich einzelne Polizeimänner schüchtern ab und zu bewegten. Es ging die Rede von einer Petition, die gelesen und angenommen werden sollte. Viele strömten in die Hörsäle und dann wieder hinaus auf den Platz, wo ein großer Teil blieb, während die andern, als die Stunde des Gottesdienstes schlug, die Kirche füllten. Professor Füster sprach von der Kanzel nicht im Sinne der Weisungen des Polizeipräsidenten beschwichtigend, sondern aufregend: Die Wahrheit müsse endlich siegen; dem Geiste Gottes, der durch die Zeiten wehe, könne keine Erdenmacht widerstehen; bessere Tage brächen herein, eine neue Epoche, die von jedem verlange, den eigenen Vorteil für das allgemeine Beste beiseite zu setzen: „Für das Vaterland darf euch kein Opfer zu groß sein!"

In begeisterter Stimmung verließen die Hörer das Gotteshaus und drängten sich in das Universitätsgebäude, in dessen hohem Prachtraume die Verlesung der Petition stattfinden sollte. Allein der Eingang zum Saale war versperrt, der Pedell hatte strenge Weisung, die Schlüssel nicht herauszugeben, was unter den Studenten eine sich von Minute zu Minute steigernde Erbitterung hervorrief. Schon sprachen sie davon, die Türe zu sprengen, als die beliebten Professoren Hye von der juridischen und Endlicher von der philosophischen Fakultät erschienen und Hye erklärte, er werde den Saal öffnen lassen. Sobald dies geschehen war, eilte der Jurist Fessel zur Rednerbühne und verlas die Petition, deren einzelne Absätze mit stürmischem Beifall begrüßt wurden, und die nun von allen unterschrieben und dann an höchstem Orte überreicht werden sollte. Mit Mühe gelang es Hye, sich der Rednerbühne zu bemächtigen. Mit weithin vernehmbarer Stimme bot er alles auf, die Studenten von ihrem Vorhaben abzubringen. Doch diese, die sonst jedem seiner Worte dankbar lauschten, seit jeher gewohnt, sich den Mahnungen ihrer Professoren gehorsam zu fügen, zeigten sich jetzt widerspenstig, unterbrachen Hyes Ansprache mit unwilligem Murren, und als er zuletzt, durch diesen ungewohnten Trotz gereizt, ihnen heftig zurief: „So wollen Sie wirklich die Affen der Münchner sein?" da brach ein Sturm wilder Entrüstung los: „Hinaus! abtreten!"

---

[1] Es ist daher unrichtig, wenn der alles bekrittelnde Erzherzog Johann Salvator (Geschichte des k. k. Inf.-Reg. Erzherzog Wilhelm II, Wien 1880, 15) behauptet, es seien für den 13. März „weder militärische Vorkehrungen getroffen noch irgend welche Verhaltungsmaßregeln der Garnison bekannt gegeben" worden.

[2] Brunner, Denkpfennige, Würzburg 1886, 40.

Da kam dem Professor ein rettender Gedanke. „Die Universität", rief er, „besitzt in der Person ihres Rektors einen berufenen Vertreter bei den Landständen; in seine Hände legen Sie Ihre Adresse, er wird sie überreichen und befürworten." Ein großer Teil der Studenten, die mäßigeren, die besonneneren, war mit diesem Vorschlag einverstanden; doch die heftigeren, lärmenderen ließen sie nicht zum Worte kommen: „Nichts vom Rektor! Am Ende wird die Adresse unterschlagen. Wir selbst wollen sie überreichen! Nichts von den Ständen, unmittelbar in die Hände des Kaisers muß sie gelangen!" Erst nach längerer Unterhandlung, und nachdem sich Hye und Endlicher in der bindendsten Weise für die richtige Überreichung der Petition verbürgt und verpflichtet hatten, legte sich allmählich der Sturm, und es begann die Unterzeichnung des Schriftstückes, das sodann von den beiden Professoren übernommen wurde. . . .

Im Laufe des Tages fertigte Metternich zwei Depeschen ab, an den kaiserlichen Gesandten General Eduard Grafen Woyna in Brüssel und an den Grafen Lützow in Rom. Er flößte ihnen Vertrauen in die Grundsätze und die Haltung der Regierung ein: „Die Revolution der neuen drei Tage in Paris hat die letzten Aussichten der liberalen Phantasmagorie, die dem Radikalismus zum Schleier diente, zerstreut und vernichtet"; der Effekt, den die Ausrufung der Republik im lombardisch-venetianischen Königreich äußern werde, sei für die Erhaltung des inneren Friedens eher günstig als nachteilig; die reichen Besitzer können keinen Gefallen an einem kommunistischen Programme finden, das ihre gemächliche Existenz bedrohe[1].

Mittlerweile hatte sich die Nachricht von den Vorgängen an der Universität in der Stadt verbreitet, was eine betäubende Wirkung hatte. In den höchsten Regierungskreisen geriet man in eine unbeschreibliche Verwirrung, in der kaiserlichen Burg herrschte die größte Zerfahrenheit. Erzherzog Ludwig, nicht dem Namen, aber der Sache nach Alterego des Kaisers, und Fürst Metternich sollen so heftig aneinander geraten sein, daß Kübeck und Kolowrat alle Mühe hatten, eine Verständigung zwischen ihnen herbeizuführen. Der Erzherzog, heißt es, habe von Belagerungszustand gesprochen, das Standrecht sollte verkündigt, die namhaften Vertreter des Bürgerstandes, der Intelligenz sollten verhaftet werden, während Metternich dafür war, Zeit zu gewinnen; die Regierung möge mit den Landständen in Verhandlung treten und sich geneigt zeigen, auf ihre Wünsche einzugehen. Von den Landständen war eine Adresse geplant, mit welcher die Petition der Bürger vor den Thron gebracht werden sollte; Schmerling war für den Entwurf der Adresse ausersehen.

Für 2 Uhr nachmittags war eine Sitzung des Staatsrates angesagt. Endlicher und Hye, die sich ihrer Zusage gemäß aus der Aula un-

[1] Nachlaß VII 601—603.

mittelbar in die kaiserliche Burg begeben hatten, kamen einem der Herren vom Staatsrat in den Wurf, der ihnen zornig zurief: „Wissen Sie, das Ganze ist eine Büberei, für die man die Bürschchen mit Ruten streichen sollte!“ Beim Grafen Kolowrat fanden sie gefälligere Aufnahme, er versprach ihnen die Audienz beim Kaiser zu verschaffen. Die beiden Professoren erhielten den Bescheid, sich um 6 Uhr abends in den kaiserlichen Gemächern einzufinden. Der Kaiser nahm ihre Petition gnädig entgegen, ohne jedoch einen bindenden Bescheid zu geben.

Die Verhandlungen im Staatsrat führten zuletzt dahin, daß man sich der Meinung des Staatskanzlers anschloß, und in diesem Sinn ergingen kaiserliche Handschreiben an den Grafen Inzaghi als obersten Kanzler und an den niederösterreichischen Landmarschall Grafen Montecuccoli. „Aus allen jenen Provinzen“, hieß es darin, „deren ständische Rechte sich auf alte, bisher unverändert gebliebene Verfassungsurkunden gründen“, wären Mitglieder, und zwar aus jedem Stande eines, nach Wien zu berufen, wo sie mit einem eigens vom Kaiser hierzu bestellten Komitee in Ansehung ihrer ständischen Rechte in Rücksprache zu treten und das Ergebnis ihrer Beratung vorzulegen hätten; auf Grund dieser Anträge wären sodann die Maßregeln zu erwägen, „welche die Bedürfnisse des Augenblicks erfordern“.

Ungefähr um dieselbe Zeit traf Sebastian Brunner mit dem Fürsten Fritz Schwarzenberg zusammen. „Was ist's denn, Durchlaucht?“ fragte Brunner, „Sie kommen mir heute außerordentlich seltsam vor!“ „Was es ist? Aus ist's, morgen geht der Teufel los, merken Sie sich das, hier auf dieser Stelle hab' ich es Ihnen gesagt!“ Sie kamen durch die Herrengasse auf den Michaelerplatz. „Wenn die Leute“, sagte der verabschiedete Landsknecht, „mit Taubheit und Blindheit geschlagen sind, da können Sie ihnen sagen und vorstellen, was Sie wollen, sie hören und sehen nicht, weil sie dessen unfähig sind. In den nächsten Tagen wird es in diesen Gassen wahrscheinlich etwas lauter hergehen.“[1]

In der Stadt herrschte fieberhafte Aufregung. Alles erwartete den Anbruch des kommenden Tages, des 13. März, des Geburtstages Kaiser Josephs II., wo es, wie man allgemein sprechen hörte, „losgehen“ werde. Bei den obersten Behörden verschloß man keineswegs die Augen vor dem drohenden Ernst der Lage. Vom Hofkriegsrat erging an das Landeskommando der neuerliche Auftrag, die Truppen am kommenden Tage ohne Aufsehen in den Kasernen zu beschäftigen, d. h. zu konsignieren, welchen Ausdruck man vermied[2].

Am Abend war Empfang in der Staatskanzlei. Die etwas unbedachte Gräfin Felicie Esterházy fragte die Hausfrau: „Ist es wahr, daß Ihr

---

[1] Brunner, Woher? Wohin? II, Wien 1855, 194.
[2] G. Wolf, Aus der Revolutionszeit, Wien 1885, 3.

morgen weggeht?" Wie so? „Nun, man sagt uns, wir sollen Kerzen kaufen, um morgen zu illuminieren, weil ein großes Ereignis bevorsteht." [1]

* * *

Der Morgen des 13. März zeigte kein freundliches Gesicht, es war trüb und umwölkt, allein es herrschte Windstille, und die Temperatur war mild wie an einem warmen Frühlingstage [2]. In Studentenkreisen herrschte von aller Frühe an eine lebhafte Bewegung, nicht bloß im Universitätsgebäude, sondern auch im Polytechnikum, das im Grunde mit der Universität nichts zu tun hatte. Allein die Techniker wollten ihren Anteil an der Erhebung haben und zogen gleich den Medizinern der Alser Vorstadt in hellen Haufen in die innere Stadt. „Wohin, meine Herren?" redete auf dem Glacis, wo Abteilungen von Militär exerzierten, ein Offizier eine dieser Scharen an. „Zur Universität!" „Und was dort?" „Von dort zum Landhaus!"

Um 8 Uhr hatten die Vorlesungen zu beginnen; doch nur wenigen Professoren gelang es, ein Auditorium zusammenzubringen. Einer von diesen war der Professor der Physik August Kunzek Edler von Lichtton. Er hatte früher in Lemberg gewirkt und dort 1830 und 1846 die beklagenswerten Folgen unbesonnenen politischen Treibens aus nächster Nähe kennen gelernt. Er richtete warme Worte der Warnung und Abmahnung an seine Hörer, die ihn mit teilnahmsvoller Aufmerksamkeit anhörten, doch, nachdem er geendet, auf den Platz hinabeilten, von wo ein lärmendes Durcheinander zu ihnen hinaufdrang.

Bereits hatten, ihrem gestrigen Versprechen gemäß, Hye und Endlicher sich eingefunden, um über ihre Schritte bei Hofe zu berichten. Der Kaiser, erklärten sie, habe die Petition huldvoll entgegengenommen. „Es ist nun an Ihnen, meine Herren", fuhr Hye fort, „die Entscheidung, die in wenig

---

[1] Tagebuch der Fürstin Metternich, Nachlaß VII 539.

[2] Über die Geschichte des Wiener 13. März s. meine anonym erschienene Schrift „Aus Böhmen nach Italien" 25—134 und Heinrich Reschauer, Das Jahr 1848 Bd. I. Reschauer, mit dem ich bekannt war und zu dem ich in freundlichen Beziehungen stand, hatte keine Ahnung von meiner Autorschaft, glaubte vielleicht den Verfasser längst tot und hat dann aus meinem Buche, ohne es zu zitieren, seitenlange Stellen wörtlich aufgenommen. Übrigens bekenne ich gern, daß sein Werk viel mehr enthält als das meine. Ich habe, da mir in meiner damaligen Amtsstellung alles daran lag, meinen Namen im Hintergrunde zu lassen, was mir auch vollständig gelungen ist, wenig anderes als gedruckte Quellen, die sehr reiche Literatur über die Wiener Märztage, benutzen können, während Reschauer, der aus seiner Tätigkeit kein Hehl zu machen brauchte, nach allen Seiten und mit bestem Erfolge private Nachrichten und Mitteilungen heranzuziehen beflissen war, so daß sein Buch als die vollständigste und erschöpfendste Darstellung jener Ereignisse zu erkennen ist. Außerdem ist beachtenswert der Aufsatz eines ungenannten, sehr gut unterrichteten Verfassers: „Die Märzkatastrophe in Österreich" in der Brockhausschen „Gegenwart" V, Leipzig 1850, 708—736.

Tagen erfolgen wird, in Ruhe und Geduld abzuwarten!" . . . Ruhe und Geduld von jungen Leuten in einem Augenblicke zu erwarten, da ihr Blut fieberhaft kochte! Wirr und wild wurde durcheinander gerufen: „Wir warten keine Stunde länger! Unsere Wünsche sind die Wünsche des Volkes. Nun ist es an den Ständen, denen wir unsere Wünsche ans Herz legen werden. Zum Landhaus! Zum Landhaus!" Sie ordneten sich und schritten dann in langem Zuge durch das von allen Seiten mit dem Rufe: „Sie kommen, sie kommen!" zusammenströmende Volk, unter den Augen der alle Fenster füllenden Leute, Vertraute und Wachleute sowie Kommissäre der Polizei, die sich ihnen in den Weg stellen wollten, beiseite schiebend, über den Hohen Markt, den Judenplatz, den Hof und die Freiung vor das landständische Gebäude in der Herrengasse.

Der Landmarschall hatte Befehl gegeben, das große Haupttor verschlossen zu halten; die einzeln ankommenden Landstände sollten durch das halb geöffnete Seitentor in der Landhausgasse Eingang finden. Doch — war es absichtlich oder war es ein Mißverständnis, ein Versehen? — das Haupttor war wie an andern Tagen um 7 Uhr morgens geöffnet worden, und niemand, der eintreten wollte, erfuhr ein Hindernis. So kam es, daß, weil man im Publikum allgemein Wichtiges von den heutigen Entschließungen der Stände erwartete, der Hof schon lang, ehe die Sitzung beginnen sollte, von allerhand Leuten besetzt war und nunmehr durch die Ankunft der Studenten ein gewaltiges Gedränge entstand. Eduard Bauernfeld, der im Landhause wohnte, und Anastasius Grün, eben aus Grätz angekommen, blickten in den Hof hinab, als sie erkannt und angerufen wurden, das Wort zu ergreifen. Grün zog schnell seinen Kopf und seinen Genossen aus dem Fenster zurück[1].

Unter jenen, welche die einfache Wißbegierde an den Ort geführt hatte, befand sich ein junger Sekundararzt des Allgemeinen Krankenhauses, Dr med. Adolf Fischhof, der, nachdem er die sich stauende und drückende, aber keines klaren Zweckes bewußte Menge eine Zeitlang betrachtet hatte, sich zuletzt mit einem kräftigen „Meine Herren!" zum Wort meldete. „Ein Redner, ein Redner!" ging es von Mund zu Mund, und vier Männer hoben Fischhof auf ihre Schultern, von wo er, bei jedem Satze durch beifälligen Zuruf ermuntert, alles berührte, was in den letzten Tagen die Gemüter in erregter Spannung erhalten hatte: Preßfreiheit, Volksvertretung, Lehr- und Lernfreiheit, Glaubensfreiheit, Verantwortlichkeit der Minister, Anschluß an Deutschland. „Wer am heutigen Tage keinen Mut hat", rief er, „gehört in die Kinderstube", und schloß mit den feurigen Worten: „Österreich und seine glorreiche Zukunft hoch! Die verbündeten Völker Österreichs, sie leben hoch! Die Freiheit hoch!" Nachdem er unter dem enthusiastischen Beifall

[1] Glossy, Aus Bauernfelds Tagebüchern I 141.

der Menge geendet, vernahm man Rufe nach dem Namen des Redners. „Meine Herren, das Damoklesschwert der Polizei schwebt über meinem Haupte, aber ich sage mit Hutten: Ich hab's gewagt! Ich bin Dr Adolf Fischhof!" „Fischhof hoch! Er lebe hoch!"

Die niederösterreichischen Landstände waren bereits zusammengetreten, aber noch nicht im großen Sitzungssaale, sondern in den einzelnen Beratungszimmern, von wo sie, als sie unten laut sprechen hörten, zu den nach dem Hof gelegenen Fenstern strömten, die sich dadurch mit Zuschauern und Zuhörern füllten. Fischhof hatte kaum geschlossen, als auf dem Bretterdach, das den im Hintergrunde des Hofes befindlichen Brunnen winterlich überdeckte, der Dichterjüngling Chlodwig (Ludwig) Eckhart erschien, der jedoch mit seiner dünnen Stimme die Aufmerksamkeit der Menge ebensowenig fesseln konnte als einige andere, die nach ihm von der improvisierten Rednerbühne Gebrauch machten, bis Dr med. Joseph Goldmark rief: „Meine Herren, wenn wir hier im Hofe stehen bleiben und uns gegenseitig anreden, werden wir nicht weiterkommen. Der Monologe haben wir genug gehört, suchen wir mit den Landständen ein Zwiegespräch anzuknüpfen!" Mehrere hundert Stimmen schrien jetzt: „Zu den Ständen! ... Montecuccoli! ... Breuner! ... Doblhoff!" drei Namen, die in fortschrittlichen Kreisen einen guten Klang hatten. Jetzt griff aber unter den ständischen Mitgliedern, die oben an den Fenstern lauschten, panischer Schrecken um sich; sie eilten von den Fenstern weg, wobei eine und die andere Scheibe klirrend in Stücke ging, was die Angst und die Verwirrung vermehrte, die sich in die Beratungszimmer fortpflanzte. Viele wollten sich davonmachen, wurden aber von den andern zurückgehalten; man wolle vorerst, hieß es, eine allgemeine Sitzung halten, alle vorliegenden Vorschläge und Anträge en bloc annehmen, sich sodann entfernen und in einem friedlicheren Zeitpunkte wieder zusammentreten.

Mit den Worten: „Wenn die Stände nicht zu uns kommen, so gehen wir zu den Ständen!" betrat Fischhof, von einer zahlreichen Menge begleitet, das hinter dem Brunnen gelegene Stiegenhaus, dessen zweiarmige breite Treppe in den ersten Stock hinaufführt. Der ihren Zugang hütende Portier wurde beiseite geschoben, ebenso ein und der andere Diener, welche die in brausendem Strome hinaufflutende Menge aufhalten wollten. „In den Sitzungssaal!" hieß es, als man oben war; „wo ist der Sitzungssaal?" Da zeigte sich in der Türe eine Persönlichkeit, die anfangs, bei dem stürmischen Durcheinander, das da herrschte, nicht bemerkt wurde, bis sie mit ihrer Stimme das lärmende Gewirre übertönte. Es war der Landmarschall Graf Montecuccoli, der laut fragte, was man von den Landständen wünsche. Fischhof trat vor, berief sich auf die Petitionen der Bürger und Studenten, in denen die Wünsche klaren Ausdruck gefunden. „Diese Wünsche, meine Herren", erklärte der Landmarschall, „sind auch die der Stände.

Gönnen Sie uns einige Zeit, um sie in Beratung zu ziehen! In diesem Lärm, in dieser Unordnung ist es unmöglich, Beschlüsse zu fassen.“ Montecuccolis Worte, mit Ernst und Würde gesprochen, machten sichtlichen Eindruck, und Fischhof war es nun selbst, der die Mahnung an die Menge richtete, das Ergebnis unten abzuwarten.

Dadurch entstand ein fürchterliches und lärmendes Gewirre, weil von unten mit dem Rufe: „Mut! Mut! voran!“ immer neue Scharen hinaufstrebten, während die oben zurückdrängten: „In den Hof! Zurück in den Hof!“ Die Verwirrung nahm zu, als im Hofe der Ruf ertönte, Fischhof und die andern seien oben festgehalten und gefangen, bis sich Fischhof mit dem Landmarschall zur Seite an einem Fenster zeigte, die nun beide mit stürmischem Jubel begrüßt wurden. Montecuccoli erklärte sich überdies bereit, zwölf Vertrauensmänner in den Sitzungssaal einzulassen, wo sie Zeugen der ständischen Beratungen sein könnten. Jetzt erst fand allgemeiner Rückzug in den Hof statt, wo die Auswahl von zwölf Personen vorgenommen werden sollte.

Während Fischhof mit dieser Angelegenheit beschäftigt war, kam ein blutjunger Mensch, der Mediziner Goldner, in den Hof gestürzt: „Kossuths Rede, ich bringe Kossuths Rede!“ Er wurde auf das Brunnendach gehoben und begann zu lesen: es war jene Rede, die am 3. März im Preßburger Landtage so gewaltiges Aufsehen gemacht hatte. Doch Goldners Organ reichte nicht aus, und der Jurist Putz, ein stämmiger Tiroler, nahm, nicht ohne des Judenjünglings lebhafte Einsprache, dessen Stelle ein. Die einleitenden Sätze hörte das Publikum mit stiller Aufmerksamkeit an, aber bald erwärmte es sich, und als Putz zu den eigentlichen Kraftstellen kam, da ertönte brausender Beifall; viele Stellen mußten zweimal, dreimal verlesen werden, weil man sich an Worten, die bisher nie gesprochen werden durften, nicht satt hören konnte. Besonders die Stelle, wo Kossuth auf den „zweiten Gründer des Hauses Habsburg“ und auf den „hoffnungsvollen Sprossen des Hauses Habsburg, Erzherzog Franz Joseph“, hinwies, erregte einen wahren Sturm von Begeisterung, und dazwischen die Rufe: „Konstitution, Konstitution!“ „Nieder mit Metternich!“ „Nieder mit dem Erzherzog Ludwig!“ „Unsere Unterdrücker seien verflucht!“

Der Vortrag des Putz wurde durch eine Stimme aus einem der Fenster unterbrochen, welche bat, einen hinabflatternden Zettel zu lesen. Man fing den Zettel auf und reichte ihn dem Putz: es stand darauf, daß die Stände eine Petition berieten, deren Schlußbitte die Vorlegung eines Ausweises über den Bank- und Staatshaushalt und die Einberufung eines landständischen Ausschusses aller Provinzen zur Beratung zeitgemäßer Reformen und Mitwirkung an der Gesetzgebung betraf. Forderungen so zahmen Charakters konnten die schon äußerst aufgeregte Menge nicht beruhigen. „Das ist nichts!“ wurde gerufen. „Das ist ein Wisch! Nieder mit den Ständen!“ Und

hinauf wieder in den ersten Stock wälzte sich die Menge und bahnte sich den Weg mit wildem Gebaren. In den Saal hinein drang ein wüster Lärm von Stimmen, dazwischen das Klirren eingeschlagener Fensterscheiben, das Krachen zerbrochener Möbelstücke. Die Tür wurde mit Gewalt aufgerissen, und hinein wurden Leute gedrückt, die vergebens ihre Kräfte aufboten, die nachrückenden zurückzuhalten, während sie die erschreckten Stände zu beruhigen suchten: „Es geschieht Ihnen nichts! . . . Eine Deputation! . . . Ruhe, Stille!"

Es waren die zwölf, mit deren Auswahl Fischhof fertig geworden war, und denen jetzt die Menge draußen Spalier machte, während zur selben Zeit der Student Burian auf den Schultern von zwei kräftigen Leuten durch die Landhausgasse auf den Ballplatz getragen wurde, wo er vor den Fenstern der Staatskanzlei in feurigen Worten die Volkswünsche aussprach[1]. „Nieder mit Metternich!" erscholl es aus der Menge; aber auch „Es lebe der Kaiser!" wurde gerufen. Als auf der anstoßenden Bastei Erzherzog Franz Karl und Erzherzogin Sophie, von einem Ausgang zurückkehrend, sichtbar wurden, riefen ihnen, ihre Hüte schwenkend, die Leute zu: „Es lebe der Erzherzog, der Freund des Volkes! Es lebe die Erzherzogin Sophie!"

Über den äußeren Burgplatz zogen Scharen zerlumpten Gesindels, mitunter Kerle von verwildertem Aussehen, der inneren Stadt zu. Der Sonderbundflüchtling Bernhard Meyer blickte mit unruhiger Verwunderung auf das grause Schauspiel, als ein neben ihm stehender, den besseren Ständen angehöriger Mann zu ihm sagte: „Heute wird es Ernst werden! Ich bin ein geborner Wiener, aber solche Menschen, solche Gesichter habe ich noch nie gesehen. Welche unterirdischen Höhlen haben denn heute diese Horden ausgespieen?"[2]

Mittlerweile war es den Zwölf gelungen, sich Eintritt in den Sitzungssaal zu verschaffen. Es waren Studenten, Bürger, junge Doktoren: Brühl, Siegfried Kapper, Fischhof, Goldmark. Die Doktoren machten die Sprecher. Brühl setzte in beredter Weise den Ständen ihre Forderungen auseinander: Preßfreiheit, Lern- und Lehrfreiheit, Vertretung beim Deutschen Bunde ꝛc. Nachdem er geendet, erwiderte der Landmarschall: „Meine Herren, mit Ausnahme der Lern- und Lehrfreiheit ist alles, was Sie vorgebracht haben, in der ständischen Petition enthalten, die jetzt in die Hände des Monarchen gelegt werden soll."

---

[1] „Ein junger Mann, getragen von zwei andern, schrie aus vollem Halse; er sah wie ein Besessener aus und sprach ungefähr folgendes: Es lebe das Kaiserhaus! Man gebe uns, was der Zeit gemäß ist (Beifall), Preßfreiheit (Beifall), öffentliches Gericht (Beifall), Denkfreiheit (Beifall). Die sich überlebt haben, sollen gehen!" (Tagebuch der Fürstin Melanie Metternich, Nachlaß VII 539.)

[2] Meyer, Erlebnisse I 284.

Unten im Hofe dauerte das Gewirre fort, Geschrei und betäubender Lärm tönten in den Sitzungssaal hinauf. Man ließ aus einem der Fenster auf den steinernen Balkon ober dem Brunnen ein Brett legen, und heraus schritt, von den Zwölf begleitet, Graf Colloredo, um die Menge zu beruhigen: man möge sich gedulden, eine günstige Entscheidung könne nicht ausbleiben, in wenig Tagen werde sie erfolgen. „Heute noch!" schrie es von unten hinauf. „Heute noch! Wir sind lang genug ruhig gewesen!" Neues Geschrei, neues Toben; ohne seine Rede schließen zu können, trat Colloredo ab. Infolge eines Mißverständnisses war eine Anzahl der in den ersten Stock hinaufgedrungenen Leute in einem Gelasse abgesperrt worden, die nun hinab um Hilfe und Befreiung riefen, was die Wut der Masse auf den Gipfel brachte. Von neuem drängt alles über die Stiege in den ersten Stock, bricht die Türen ein, zertrümmert die Fenster, schlägt den Sesseln die Füße ab, haut Kästen in Stücke, dringt mit wilden Rufen in den Sitzungssaal, wo die von Angst und Schrecken ergriffenen Mitglieder ihr Ende herankommen sehen. „Wir müssen der Gewalt weichen! . . . Eilen wir in die Burg! . . . Es ist zu spät! . . . Eilen wir!" Mit Hast werden die aufliegenden Schriften ergriffen, die Stände dringen unordentlich durch den Ausgang, und jetzt erst macht ihnen die Menge freie Bahn: „Platz den Ständen!" Nun können sie sich, denen noch der Schauder in allen Gliedern steckt, sammeln, vier und vier Arm in Arm schreiten sie über den Hof vor das Tor hinaus, von den Leuten auf der Straße und aus den Fenstern mit Hutschwenken und Tücherwehen freudig begrüßt, durch die Herrengasse über den Michaelerplatz in die kaiserliche Burg.

Die Wiener Garnison unter dem Landeskommandierenden Erzherzog Albrecht stand auf dem großen Exerzierplatz vor dem Franzenstor in Bereitschaft, als zwischen 12 und 1 Uhr an den Erzherzog der Befehl kam, in dem im Aufstand begriffenen Stadtteil Ordnung zu schaffen.

Der Erzherzog beorderte eine Kompanie Grenadiere durch das Franzenstor über den Minoritenplatz und eine Abteilung Klosterneuburger Pioniere durch das Schottentor über die Freiung, beide gegen die Herrengasse. Der Erzherzog selbst kam mit seinem Stabe durch das Franzenstor in die Stadt geritten und sprach im Vorbeireiten zu den angesammelten Leuten mahnende Worte: „Gehen Sie nur ruhig nach Hause! Gehen Sie nach Hause!" Da traf ihn, als er in die Bankgasse einbog, ein Holzstück am Haupte, das ihm die Brille verschob; er wandte sein Pferd und ritt auf das Glacis zurück.

Inzwischen hatten die Grenadiere vergebens versucht, in der Herrengasse vorwärts zu kommen. Das Gedränge war so groß, daß ihre Reihen zerrissen wurden und die einzelnen mehr schwammen als marschierten. Die Menge rief: „Bajonette herab!" Es geschah. „Gewehr bei Fuß!" Es wurde getan. Doch an einen regelrechten Aufmarsch war nicht zu denken,

sie wurden unter dem johlenden Beifall der Menge aus einer Stellung in die andere gedrängt, bis sie am Ausgang der Strauchgasse in diese hineingeschoben wurden; auch am Heidenschuß waren sie nicht zu halten; erst auf der Freiung mit dem Rücken gegen die Schottenkirche konnten sie sich sammeln.

Der ersten Grenadierkompanie war eine zweite nachgerückt, die gleich jener vom Minoritenplatz gegen die Herrengasse vorzurücken versuchte. In der Landhausgasse flogen Möbelstücke auf sie herab, von deren einem ihr Hauptmann getroffen wurde. „Schlagt an, Feuer!“ Eine Salve kracht, aber sie war in die Höhe gerichtet, sie ging in die Fenster des Landhauses; auf der Gasse war niemand getroffen. Das steigerte die Ausgelassenheit der Menge: „Fort mit dem Militär!“ Als die Grenadiere standhielten, gerieten die Leute in eine rasende Wut, rissen die Ankündigungstafeln herunter, um sie als Wurfgeschosse zu gebrauchen; ein Riese an Gestalt rückte ein Wächterhäuschen von seiner Stelle, hob es in die Luft und ließ es zur Erde fallen, daß es dröhnend in Stücke sprang.

Jetzt kamen die Pioniere des Obersten Frank von Seewies von der Freiung anmarschiert; sie hielten fest aneinander und drängten so mit Gewalt den sich stauenden Menschenschwall zurück. Sie waren schon bis zum Landhaus gekommen, da wurden Holzstücke auf sie herabgeschleudert, mehrere Mann wurden getroffen, am schwersten ihr Anführer, Hauptmann Karl Czermak, der blutend zu Boden fiel, und nun gaben seine Leute aus eigenem Antrieb Feuer, viele noch aus der Stellung mit gefälltem Bajonett, die Mehrzahl gegen die Fenster. Jammerrufe, Schreie des Entsetzens erschüttern die Luft, ein verworrenes Durcheinander drängt und schiebt und stößt sich nach allen Seiten vom Platze fort, der im Nu geleert ist; nur fünf leblose Körper liegen auf dem Boden, vier von Kugeln getroffen, eine Frau im Gewirre zu Boden gedrückt und getreten[1]. Die Leichen werden in den Hof des Landhauses getragen, der, vor kurzem noch voll und lärmend, nun still und leer ist.

Die Pioniere setzten ihren Vormarsch im Sturmschritt fort bis auf den Michaelerplatz. Das Riesentor der Burg war durch starke Abteilungen von Infanterie und Kavallerie gedeckt; Kanonen standen auf dem inneren Burgplatz in Bereitschaft, die der Kommandierende, der einen Angriff befürchtete, scharf laden ließ. Die vom Landhaus durch die Herrengasse und deren Seitengassen nach allen Richtungen auseinander gesprengten Leute waren von namenloser Erbitterung erfüllt: „Man hat auf Bürger geschossen! Waffen! Waffen! Sturmläuten!“ Viele flohen auf den Stephansplatz, um

[1] „Eine auch nur oberflächlich gezielte Salve aus mehr als dreißig Gewehren auf eine wenige Schritte vor der Abteilung dichtgedrängte Volksmasse hätte in dieser außerordentliche Verluste hervorbringen müssen“ (Brinner, Geschichte des k. k. Pionier-Regiments II, Wien 1881, 45).

in den Turm zu bringen, andere vor das Redemptoristengebäude in der Salvatorgasse, das sie stürmen wollten; ein Haufe zog in die Renngasse vor das k. k. Zeughaus, ein anderer auf den Hof, um das bürgerliche Zeughaus zu gewinnen.

Kämpfe gab es nun an allen Orten. Das dichteste Gewühl nach den Schüssen vor dem Landhause war in der Strauchgasse und auf der Freiung. Nächst dem Heidenschuß war ein Haus im Bau begriffen; die dort aufgestapelten Ziegel und Steine wurden gegen die Grenadiere geschleudert, denen eine Abteilung Kürassiere unter Rittmeister Baron Riedesel zu Hilfe kam. Ein ohrenzerreißender Lärm, Wehgeschrei, Hilferufe ertönten aus der Menge, während die Reiter, wie früher die Grenadiere, einen Hagel von Wurfgeschossen aller Art zu bestehen hatten, was die Pferde scheu machte; einzelne Reiter wurden herabgerissen, und die herrenlosen Pferde tobten durch die Menge, was das Gewirre vermehrte, so daß der Rittmeister für gut fand, seine Leute auf den Hof in Sicherheit zu bringen. Dort war der jugendliche Generalmajor Erzherzog Wilhelm zu Pferde, der die Leute zu beschwichtigen suchte und mit den sich an ihn herandrängenden Herren begütigende Worte wechselte.

Während dieser wüsten Vorgänge auf der Straße — es war in der dritten Nachmittagsstunde — spielte sich in einem der Häuser ein kaum minder wilder Vorgang ab. Fünf Wiener Bürger, der Industrielle v. Arthaber, Fabrikant Winter und der „Pfaidler" Jägermayer mit den Doktoren Hammerschmied und Bach drangen mit Ungestüm in die Wohnung des Bürgermeisters Czapka, dem sie zur Schuld anrechneten, daß auf „friedliche Bürger" geschossen und eingehauen worden, und verlangten den Abzug des Militärs; Czapka solle sich mit ihnen zum Kommandierenden begeben. Vom Hof herauf war erneutes Geschrei zu vernehmen, es war Kavallerie, welche die Leute auseinandertreiben wollte. Einer der Herren in Czapkas Zimmer stieß ein Fenster auf, daß die Scheiben klirrend sprangen, ein anderer ergriff einen Sessel, den er mit solcher Gewalt auf den Boden stieß, daß er in Trümmer ging. Man beeilte sich nun, durch das leidenschaftliche Gewirre auf dem Platz und in den anstoßenden Straßen den Weg zum Kommandierenden zu finden[1]. Um den Erzherzog Wilhelm herum tobte und tollte das Ge-

---

[1] Im Wiener städtischen Archiv befinden sich zwei „Aufzeichnungen" des Bürgermeisters Czapka, Manuskripte in Folio, ein kleineres, 19 Bogen, betreffend die Ereignisse der Märztage bis zu seinem Rücktritt, welchem die obige Schilderung entlehnt ist, und ein größeres, 29 Bogen, das für die Geschichte der vormärzlichen Kommunalverwaltung von Wien von der größten Bedeutung ist. Die Aufzeichnungen erläutern die Organisation und den Personalstand des Wiener Magistrates, die Finanzlage und Polizei, das Armenwesen und die gemeinnützigen Anstalten, die Stiftung Rothschilds, die Eröffnung neuer Verkehrswege, die Regelung des Wienflusses und des Alserbaches, die Einlösung der zwischen dem Graben und dem Kohlmarkt gelegenen Häuserinsel und

dränge, das einerseits durch die vom Heidenschuß anreitenden Kürassiere, anderseits durch neue Zuzüge von Volksmassen aus der Naglergasse, von den Tuchlauben durch die Bognergasse, mit den Rufe „Zum Zeughaus!" immer bedrohlicher wurde[1]. Auf dem nahen Judenplatz stand eine Abteilung Grenadiere, die vom Volke bedrängt und mit Steinen beworfen, zuletzt Feuer gab, so daß die Leute, verjagt und versprengt, mit wildem Geschrei durch die Nebengassen flohen, viele auf den Hof, wo Riedesels Kürassiere scharf einhieben. Doch wo einer von ihnen den Rücken wandte, fielen die ergrimmten Leute ihn an, um ihn vom Sattel herabzureißen, was wiederholt gelang. Die reiterlosen Pferde trieben sich auf dem Platze herum, eines wurde vom Volke angehalten, und der durch einen Säbelhieb am Kopfe verwundete Schneidergehilfe Joseph Abek darauf gesetzt und mit verbundener Stirn zur Aufreizung der Menge durch die Straßen geführt[2]. Aus dem Polizeigebäude unter den Tuchlauben fielen Schüsse, die, soviel bekannt wurde, niemand ernstlich trafen, aber das Gewoge in Schrecken versetzten, das sich nun über den Graben und den Kohlmarkt gegen den Michaelerplatz ergoß.

* * *

In den Räumen der kaiserlichen Burg herrschten Zerfahrenheit und Ratlosigkeit. Nach den erbitterten Vorgängen des Tages und bei der aufs höchste gestiegenen Mißstimmung der Wiener Bevölkerung, die das vergossene Bürgerblut laut dem Erzherzog Albrecht zur Last schob, glaubte dieser sich für den Augenblick von seinem verantwortlichen Posten zurückziehen und dessen einstweilige Versehung einer andern Persönlichkeit überlassen zu sollen. In Hofkreisen wurde sogleich an den eben in Wien anwesenden Feldmarschalleutnant Fürsten Windischgrätz gedacht, der sich den Leiter des Generalquartiermeisterstabes, Feldmarschalleutnant Heinrich Ritter v. Heß, zur Seite nahm. Kolowrat war wie verloren, er erwartete weder von Gewaltmaßregeln noch von Zugeständnissen einen Erfolg. In den Gemächern des Erzherzogs Ludwig waren die Räte der Staatskonferenz versammelt; hohe Staatsbeamte, Hofwürdenträger, Mitglieder des Kaiserhauses erschienen ab und zu, um sich Rats zu erholen oder Rat zu erteilen. Doch wo war guter Rat zu finden? Kübeck machte dem obersten Polizeipräsidenten in gereiztem Tone Vorwürfe, daß er sich von dem Sturme,

---

andere für die Ortsgeschichte bedeutungsvolle Maßnahmen und Unternehmungen, so daß der volle Inhalt dieser Denkschrift der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden sollte.

[1] Meyer (Erlebnisse I 285) nimmt wahr, wie mitten im dichtesten Gedränge nächst der Freiung die wilde Menge von einzelnen, „namentlich jungen Leuten, kennbar als Kinder des auserwählten Volkes", aufgehetzt wurde.

[2] Vgl. Nordmann, Meine Erlebnisse am 13. März: Donau-Ztg Nr 6 vom 6. April S. 47 f.

den man seit Tagen herankommen sah, habe überraschen lassen. Metternich wollte, daß sich die Garnison in der Burg beisammen halte und sich auf Abwehr beschränke, bis man aus Böhmen und Mähren ansehnliche Verstärkungen herangezogen habe. Erzherzog Maximilian und Fürst Windischgrätz waren für Anwendung der äußersten Gewalt; nicht auf Flinten und Säbel sollte man sich beschränken, sondern die Kanonen spielen lassen. Die ständische Deputation wartete seit Stunden auf einen Bescheid; sie seien nicht als Forderer da, sagten sie, sondern als Vermittler zwischen der Regierung und dem aufgestandenen Volke. Zuletzt wurde von den Staatsräten beschlossen, eine Kundmachung zu erlassen, daß der Kaiser den Ständen alles zu bewilligen gedenke, was den Zeitverhältnissen entspreche.

Ebenso ruhelos, nur in anderer Weise, verliefen die Dinge an der Universität. In den ersten Nachmittagsstunden hatten sich ihre Räume neuerdings gefüllt, wo es nun ebenso stürmisch zuging wie am Vormittag und eine Deputation die andere ablöste. Im großen Saale versuchten der Rektor Jenull, die Professoren Hye und Endlicher und mehrere jüngere Doktoren einige Ordnung in das Chaos zu bringen, indem sie die Studenten aufforderten, sich in den vier Ecken des Saales nach den drei weltlichen Fakultäten zu gruppieren, die Techniker als vierte Gruppe; aus jeder der Gruppen sollten Rotten zu zehn Mann gebildet werden. Das nahm die jungen Leute einige Zeit in Anspruch. Aber dazwischen fielen wieder Störungen und Ausbrüche der Leidenschaft vor, da sie mit fieberhafter Ungeduld den Bescheid auf ihre Petition erwarteten. Der Ruf nach Waffen ertönte wiederholt, was Dr med. Köck in den Satz formulierte: „Bewaffnung der Studenten sowohl zu ihrem eigenen Schutz als zum Schutze wehrloser Bürger gegen die Angriffe des Militärs.“ Im nahen Konsistorialgebäude erklärte sich die medizinische Fakultät permanent; der Dekan Lerch, die Doktoren Löhner, Schilling, Engel einigten sich in dem Beschlusse, eine Deputation in die Burg zu entsenden und bei Sr Majestät Bewaffnung der Studenten zu erbitten.

Nicht minder lebhaft sah es in den späteren Nachmittagsstunden im juridisch-politischen Lesevereine aus, der sich gleichfalls in Permanenz erklärte. Dr Alexander Bach zeigte sich bald da bald dort, im Leseverein, auf der Straße und wieder im Leseverein. Das Militär solle sich zurückziehen, verlangte er, und die Herstellung der Ordnung den bewaffneten Bürgern überlassen. Auf solche Art wurde der juridisch-politische Leseverein der eigentliche Mittelpunkt der Bewegung, von welchem die Losungsworte ausgingen; er war „das operierende Hauptquartier“, das die Fäden in der Hand hielt und nach allen Richtungen seine Weisungen gab.

Seit der Katastrophe vor dem Landhause war es auf dem Michaelerplatz immer lebendiger, unruhiger geworden; zeitweise tönten Gewehrsalven von entfernten Punkten herüber, was zu den abenteuerlichsten Gerüchten

Anlaß gab: auf dem äußeren Burgplatz gebe es ein wahres Blutbad, eine Hinrichtung mit Pulver und Blei nach der andern finde statt. Dann wieder entstand das Geschrei, man habe die ständische Deputation festgenommen und halte sie in der Burg gefangen. Es wurden Pläne entworfen, auf Seitenwegen in die Burg zu gelangen. In dem Eckhause der Schauflerund der Herrengasse hatte der Prinzenerzieher Graf Bombelles seine Wohnung, die durch einen Schwibbogen mit der Burg in Verbindung stand; ein wilder Haufe drang in das Haus, allein die Türe, die man suchte, war nicht zu finden. Einige faßten, wie der Glasergeselle Friedrich Unterreiter, eine ganz gemeine rohe Natur, uns glauben machen will[1], den wahnwitzigen Gedanken, die Burg in Brand zu stecken, sie wollten in die Dachräume dringen, dort Brennstoffe aller Art aufhäufen und anzünden.

In den Gemächern des Erzherzogs Ludwig befanden sich gegen Abend der Universitätsrektor mit den Professoren Hye und Endlicher und den Abgesandten der medizinischen Fakultät, als eine Bürgerdeputation erschien und die Abdankung des Fürsten Metternich verlangte. Alle überboten sich in Schilderungen der kaum mehr zu zügelnden Ungeduld auf der Universität, auf dem Michaelerplatz, in allen Straßen der Stadt. Eine Hiobspost nach der andern traf ein, als die Türe des Beratungssaales aufgerissen wurde und mehrere Bürgeroffiziere hereinstürzten: es sei kein Augenblick zu verlieren, von der unverweilten Entscheidung hänge die Zukunft Österreichs ab. Das dringendste für die Vertretung der Universität war die Bewaffnung der Studenten: die Medizindoktoren Lerch und Schilling, denen es gelang, beim Erzherzog Ludwig vorgelassen zu werden, erwirkten nach eindringlichen Vorstellungen und Verbürgungen von ihrer Seite von ihm erst eine vertröstende Zusage und zuletzt die förmliche Bewilligung, die Graf Kolowrat zu Papier zu bringen hatte.

Auf dem Platze vor der Burg, wo man selbstverständlich von diesen Vorgängen noch nichts wußte, war die Unruhe, der Lärm, das Geschrei in fortwährender Zunahme. Die Stallburg hatte wahre Stürme zu bestehen, die Menge drang in die Hofapotheke, wo sie einen Greuel der Verwüstung anrichtete, alles durcheinander warf, Gefäße zertrümmerte, Schränke in Stücke schlug. Wüstes Getöse drang in den inneren Burghof wo die Geschütze in Bereitschaft standen. Erzherzog Maximilian meinte, das Volk wolle die Burg stürmen, ließ zwei Kanonen vor das Riesentor fahren und gab Befehl, zu feuern. Doch da die anprallenden Haufen, so oft die Kanonen gerichtet wurden, zurückstoben und verschwanden, wandte

[1] Die Revolution in Wien von März bis Mai 1848, Wien 1848. Diesem ersten Bändchen folgten im Hingang der stürmischen Monate noch sieben andere (II—VIII), die komplett zu den größten Seltenheiten gehören.

der Oberfeuerwerker Pollet ein: er sehe nicht, auf wen er schießen solle. In der Stadt aber wurde erzählt und allgemein geglaubt, Pollet habe sich, als der Erzherzog mit eigener Hand die Lunte ergreifen und losfeuern wollte, vor die Mündung der Kanone gestellt, um das Unglück zu verhüten[1].

* * *

In der siebenten Abendstunde wurde Metternich nach Hofe berufen; die Staatskonferenz sollte bei Erzherzog Ludwig zusammentreten. Als er durch den Vorsaal schritt, fand er die dort versammelten Gruppen in der heftigsten Aufregung. Es war von vielen Seiten die Forderung seines Rücktrittes gestellt worden, auf dem man mit allem Nachdruck bestehen müsse, und Metternich hörte den Erzherzog Johann mit lauter Stimme sagen: „Beruhigen Sie sich, meine Herren, ich gebe Ihnen die Versicherung, daß der Fürst Metternich abdanken wird!" Metternich widersprach: „Ich trete nicht ab, meine Herren, ich trete nicht ab!" Der Erzherzog wandte sich neuerdings zu den Deputationen: „Wie ich schon sagte, der Fürst Metternich dankt ab!" „Das wäre also der Dank für meine dem Staate treu geleisteten Dienste?" Höhnische Mienen und kaum unterdrücktes spöttisches Lachen der Umstehenden waren die Antwort auf seine Worte.

Im Konferenzsaal war die Stimmung eine andere. Man war entschlossen, den Widerstand zu brechen. Fürst Windischgrätz sollte ermächtigt werden, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die Ordnung herzustellen. Es wurde nach ihm geschickt, und er eilte in seine Wohnung, um seine Uniform anzulegen; denn die Herren vom Militär gingen damals für gewöhnlich in bürgerlicher Kleidung. Die im Publikum laut gewordenen Forderungen sollten durch ein kaiserliches Manifest auf das richtige Maß zurückgeführt werden, und der Staatskanzler begab sich in ein Nebenzimmer, um die kaiserliche Antwort zu entwerfen.

Mittlerweile war es im Vorsaal immer stürmischer geworden. Zu den Deputationen, die noch immer eines Bescheides warteten, hatten sich verschiedene andere Leute gesellt, denen die brennende Ungeduld keine Ruhe ließ. Erzherzog Ludwig zeigte sich im Vorsaale, von wüstem Lärm empfangen; alles verlangte die unverweilte Entlassung des Staatskanzlers. „Nur noch fünf Minuten", rief Dr Bach, „fünf Minuten, sonst stehe ich für nichts!"[2] Metternich war über dem wachsenden Tumult wieder in der Konferenz erschienen und wollte sich in den Vorsaal begeben, als ihn

---

[1] Erzherzog Johann Salvator (Inf.-Reg. Wilhelm II 20) meint in seiner sarkastischen Weise, „Pollet habe den aufgeregten Wienern als ein Ideal des Ungehorsams gegolten". Tatsächlich wurde Pollet in Wort und Bild hundertfältig gefeiert. Den wahren Sachverhalt konnte damals niemand wagen zur Kenntnis der Öffentlichkeit zu bringen.

[2] Adolf Schmidt, Zeitgenössische Geschichten, Berlin 1859, 703.

Staatsrat Pipitz bat, sich ein wenig zu gedulden. Erzherzog Ludwig kam aus dem Vorsaal zurück und schritt auf den Staatskanzler zu: „Die Herren behaupten, daß, wenn Sie Ihre Entlassung nähmen, die Ruhe sogleich hergestellt wäre.“ „Was wünschen Eure Kaiserliche Hoheit, daß ich tue?“ „An Ihnen ist es, hierüber einen Entschluß zu fassen.“ Metternich trat an der Seite des Erzherzogs in den Vorsaal, wo ihnen Graf Breuner versicherte, er wolle die Verantwortung für jede weitere Bewegung auf sich nehmen, wenn der Fürst von seiner Stellung zurücktrete. „Nun“, sprach Metternich, „wenn Sie meinen, daß mein Rücktritt die Ruhe herstellt, so sei es denn, und ich erkläre mich bereit, meinen Posten in die Hände Seiner Majestät zurückzulegen.“ Einer der Anwesenden trat begütigend auf ihn zu: „Durchlaucht, wir haben nichts gegen Ihre Person, aber alles gegen Ihr System.“ Andere sprachen von Generosität: „Ihr Schritt ist der würdige Abschluß Ihrer Laufbahn!“ „Nein“, sagte ruhig der Fürst, der dabei in seinen gewohnten dozierenden Ton fiel, „es ist ein Zugeständnis an die Revolution! Generös kann im Reiche nur der Kaiser sein, ich handle infolge meines Rechtsgefühles und im Gefühle meiner Pflicht. Ich verwahre mich gegen eine Auslegung, die mein Schritt erfahren dürfte, als ob ich auf meinen Schultern die Monarchie forttrüge. Weder ich noch irgend jemand hat Schultern stark genug, um eine Monarchie davonzutragen. Verschwinden Monarchien, so geschieht es, weil sie sich selbst aufgeben.“

Mit einem leichten Kopfnicken verließ er das Gemach, um sogleich sein Enthebungsgesuch aufzusetzen. Es lautete wie folgt:

> Allergnädigster Herr! Ich sehe mich zu einem Schritte gezwungen, über dessen Veranlassung ich es als eine Gewissenspflicht betrachte, Eurer Majestät meine volle Beichte abzulegen.
>
> Meine Gefühle, Ansichten, Entschlüsse sind in meinem ganzen Leben dieselben gewesen und sind stehende Gewalten, welche in mir nie erlöschen werden. Ich habe sie in dem Motto ausgesprochen, welches ich meinen Nachkommen zur immerwährenden Erinnerung und Nachahmung überlasse. Mein Wahlspruch ist: die Kraft im Recht.
>
> Daß ich demselben in meinem Privatleben wie im öffentlichen Wirken stets treu geblieben bin, hiervon überzeugt mich mein Gewissen, und ich sage es ungescheut — dies beweist die Tat.
>
> Ich trete vor einer höheren Gewalt zurück, als die des Regenten selbst ist.
>
> Meine innigsten Wünsche sind und bleiben der geheiligten Person Eurer Majestät, dem Throne als der sichersten Stütze des Reiches und dem Glücke des letzteren geweiht.
>
> Geruhen Allerhöchstdieselben diesen Ausspruch meiner Gefühle als den Beweis meiner tiefsten Verehrung im Momente meiner Resignation in Gnaden aufzunehmen.

Wien, den 13. März 1848. Metternich.

Während dieser Vorgänge in der Burg war Fürst Wilhelm Montenuovo, Oberstleutnant bei Heß-Infanterie, in die Staatskanzlei geeilt, um die Fürstin Melanie zu beschwören, so schnell als möglich mit ihren Kindern zu fliehen; das Publikum verlange den Kopf ihres Mannes. „Ich werde niemals fliehen“, entgegnete die Fürstin; „wenn meine Kinder in Gefahr sind, werde ich sie in ein anderes Haus schicken; aber meine Stelle ist an der Seite meines Mannes; mit ihm zu leben und zu sterben, das ist meine Pflicht!“ Erst gegen 10 Uhr abends erfuhr sie das Schicksal des Fürsten. Er selbst zeigte sich gelassen und besprach mit Ruhe die Ereignisse des Tages. „Gott sei Dank“, sagte er zu ihr, „daß ich mit all dem, was vorgeht, nichts mehr zu tun habe. Der Umsturz des Bestehenden ist unvermeidlich, ich würde ihn nicht verhindern können, weil ich heute allein stehe und von niemand unterstützt werde.“

Es gab solche, die an seinen Rücktritt nicht glauben wollten oder so taten, als ob sie daran nicht glaubten; seine Resignation, sagten sie, sei ja vom Kaiser noch nicht genehmigt. Doch Metternich erwiderte: „Ich würde auf solche Weise keineswegs meinen Platz behalten; denn meine Abdankung würde dann als ein Theatercoup erscheinen, wozu ich mich nie herbeilassen werde. Mein Entschluß ist fest, und nur die Bitten jener, welche die Veranlassung gaben, könnten mich bewegen, davon abzustehen.“ Als Fürst Windischgrätz in der Staatskonferenz, in die man ihn zitiert hatte, erschien und hier erfuhr, was sich in der Zwischenzeit ereignet hatte, stellte er den Erzherzogen vergeblich vor, daß sie selbst von dieser Erschütterung getroffen würden; er eilte zum Kaiser mit der Bitte, die Resignation seines erprobten Staatskanzlers nicht anzunehmen, und dann zu Metternich selbst, dem er einreden wollte, daß der Kaiser seine Dimission ablehnen müsse. Metternich wurde noch in der Nacht zur Kaiserin berufen, die ihn beschwor, auf seiner Resignation nicht zu beharren; er blieb auf seinem Standpunkt und erklärte, es sei zu spät.

„Mit dem Rücktritte des Fürsten Metternich“, äußert sich eine zeitgenössische Stimme, „trat ein vollständiger Wechsel der Positionen ein. Die Regierung, deren militärische Machtmittel, ernstlich gebraucht, noch um 4 Uhr nachmittags überflüssig hingereicht hätten, die Ruhe in kürzester Frist wiederherzustellen, übernahm die Rolle der schuldbewußt reuigen Sünderin, der es obliege, den Aufstand um Verzeihung zu bitten und der Emeute Garantien zu geben, daß die Autorität fortan keinen Versuch mehr wagen werde, sich nötigenfalls mit Gewalt zu behaupten. Die Aufständischen dagegen waren die beleidigten, unschuldig in ihrem guten Rechte gekränkten, Genugtuung fordernden und befehlenden. Wer sich in diese Verschiebung der früher gangbaren Begriffe nicht hineindenken kann,

möge darauf Verzicht leisten, die Geschichte Österreichs seit dessen Wiedergeburt zu verstehen."[1]

In der inneren Stadt fand der traurige Tag einen tröstlich bewegten Abschluß. Aus der Burg waren die Mitglieder der verschiedenen Deputationen hinausgeeilt, um das große Ereignis der Abdankung Metternichs zu verkünden. Auf dem Michaelerplatze tat das der Bürgeroberleutnant Scherzer, und ein Jubel, „wie er in Österreich noch nicht erlebt war", erschütterte die Luft. Auf der Universität war die Ungeduld der jungen Leute nicht mehr zu bändigen: „Wir können nicht mehr länger warten!... Waffen, schafft uns Waffen!... Vorwärts, auch ohne Waffen!... Zur Burg!" Sie ließen ihre Wut an Tischen und Bänken aus; das Krachen zertrümmerter Geräte, das Klirren eingeschlagener Fenster war auf die Gasse hinab zu hören, was die Leute erschreckte, ohne daß sie sich den Anlaß erklären konnten. Zuletzt war der Entschluß allgemeinen Aufbruchs nicht länger aufzuhalten; nur eine Anzahl sollte für alle Fälle im Gebäude als Besatzung zurückbleiben, alle andern ordneten sich, so gut und so schlecht es bei dem aufgeregten Wirrwarr eben anging, in Rotten und Reihen. Es war lang 9 Uhr abends vorüber. Da die Studentenfahne von 1809, die der nicht aufzufindende Pedell unter seinem Verschluß hatte, nicht zu haben war, ergriff Dr Köck eine brennende Kerze und rief unter allgemeinem Beifall und Jubel: „Das Licht sei unsere Fahne! Vernichtet sei das Reich der Finsternis!" Und fort ging's auf die Straße hinab. Die Vordersten waren etwa auf dem Lugeck angekommen, als ihre aus der Burg zurückkehrende Deputation ihnen entgegenrief: „Metternich hat abgedankt! Die Bewaffnung der Studenten ist bewilligt!" Nun war aller Zweifel gehoben, und mit erleichtertem Herzen zog das jugendliche Heer über den Hohenmarkt auf den Judenplatz. Auf diesen hatte Bürgermeister Czapka aus dem Magistratsgebäude einen langen Tisch bringen lassen, wo sie bei Mondenlicht und Fackelschein ihre Namen aufzuschreiben hatten. Sodann ging es fort ins bürgerliche Zeughaus am Hof, wo nun unter Aufsicht von Professoren, Doktoren und Assistenten, darunter Dr Karl Giskra, die Beteilung mit Waffen vor sich ging. Es waren alte schwerfällige, halb unbrauchbare

---

[1] Histor.-polit. Blätter 1848 II 200 f. — Die Einzelheiten der Resignation Metternichs, die gewechselten Reden und Gegenreden werden in der verschiedensten Weise erzählt. Die Situation war im höchsten Grade wirr und erregt, und so hat der eine dies, der andere jenes zu sehen und zu hören geglaubt. Erfunden, aus der Luft gegriffen, wie z. B. die charakteristische Szene mit dem Erzherzog Johann, ist wohl nichts; ich habe sie darum an jene Stelle gesetzt, wohin sie nach dem ganzen Verlauf dieser Vorgänge einzig gehören konnte. Diesen Verlauf können wir nur solchen Personen entnehmen, die sich im Mittelpunkt der Aktion befanden, wie Metternich selbst und Graf Hartig (Genesis[2], 1850, 175—178), oder unmittelbare Mitteilungen von solchen Personen empfingen, wie die Fürstin Melanie und Legationsrat Hübner.

Stücke darunter; doch mit freudigem Stolze wurden sie von den Musensöhnen in Empfang genommen. Als sie, Rotte für Rotte, zum Tore hinaus auf den Platz marschierten, da drängten sich die Leute an sie heran, faßten diesen und jenen bei der Hand, um sie zu drücken: „Hoch die Studenten! Hoch die Studenten!“ Und mit Beifall und Jubel wurden sie von der vielköpfigen Menge empfangen. Die Austeilung der Waffen dauerte bis gegen 4 Uhr morgens[1].

Nicht so friedlich und freundlich sah es um dieselbe Zeit an andern Orten aus, wo es wüst herging und grobe Ausschreitungen vorfielen. Von vielen Tabaktrafiken wurden die Adler herabgerissen, Schilderhäuser in den kaiserlichen Farben umgestürzt und zerschlagen. Durch die Kärntnerstraße zog ein Haufe rohesten Pöbels, voran eine Stange mit schmutzigen Fetzen: „Das ist das Zeichen der Polizei, der Sedlnitzky ist der oberste Lump!“ Aus den Vorstädten und Vororten strömten Scharen wilder Gesellen, meist Arbeiter, gegen die innere Stadt. Als sie das Schottentor gesperrt fanden, versuchten sie es einzurennen, umkreisten, als dies nicht gelang, die Basteien, brannten die Spaliere nieder, rissen die Gaskandelaber um und machten an den Torflügeln Feuer. Zuletzt gelang es ihnen durch all diese Mittel doch, des Tores Herr zu werden, durch das sich jetzt die Meute zügellos in die innere Stadt ergoß und mit wildem Geschrei und Gebrüll Beleuchtung der Fenster verlangte.

In den bedrohten Stadtteilen waren schon seit den ersten Nachmittagsstunden die Haustore geschlossen, Kaufläden, selbst viele Gast- und Kaffeehäuser gesperrt. Wo dies nicht geschah, namentlich in entlegenen Vorstädten, drang Gesindel in Wirtshäuser, stürmte Bäckerläden, wo sie plünderten, was sie an Speisen und Getränken vorfanden. Besonders schaurig war es am späten Abend auf dem Josephstädter Glacis nächst den kaiserlichen Stallungen. Als Militär einschritt, kam es zu einem heftigen Zusammenstoß, der viele Verwundungen und selbst Todesfälle zur Folge hatte, darunter, wie dies unter solchen Umständen zu geschehen pflegt, ganz friedliche Leute, die bloße Neugier an den Ort geführt hatte. Die aus den Löchern der umgestürzten Kandelaber in Armesdicke herausströmenden Gase beleuchteten den Schauplatz mit grellem, gespenstischem Lichte.

In Mariahilf hatten der Pfarrer Dr Leopold Plamper, zugleich Propst des Barnabitenkollegiums daselbst, sowie seine Kirche eine förmliche Belagerung auszuhalten, welcher das von innen verrammelte Tor nur mit Mühe Widerstand leistete. Schon versuchten die Angreifer die Gitter der ebenerdigen Fenster auszubrechen, um durch diese in die Kirche zu dringen, als rechtzeitig eine Abteilung Bürgerwehr, die man vor kurzem in allen Stadtteilen aufgeboten hatte, unter Rittmeister Friedrich Schaumburg mit

[1] Czalpa, Aufzeichnungen.

seinem Adjutanten Oberleutnant Nicola herbeikam und den Platz freimachte. Ähnliche Stürme hatten in vielen Vorstädten die Polizei- und Gerichtsgebäude, dann die Mauthäuser an den Linien zu bestehen. Besonders bei der Mariahilfer Linie ging es wild her: die Gaskandelaber wurden herausgerissen, in den Räumen des Mauthauses alles verwüstet und zerstört, die Trümmer der Einrichtungsstücke zu den Fenstern hinausgeworfen, das riesige Holzgitter der Linie aus den Angeln gehoben und niedergestürzt und das verschiedene Holzwerk zu einem Scheiterhaufen zusammengetragen, der alsbald in hellen Flammen aufloderte. Da fand sich in dem Mauthause ein Mann in der Uniform eines Finanzwächters, den die entmenschten Unholde ergriffen und in das Feuer hineinwarfen; zweimal sprang er mit schon brennenden Kleidern heraus, ein drittes Mal wurde er zurückgeschleudert, wo ihn unter ohrenzerreißendem Geheul zuletzt der Tod von seinen Qualen befreite[1].

Vor der Linie wütete der Pöbel gegen Bäcker- und Fleischerläden, Kaufgewölbe, Fabriken. Die Wohnung und der Laden des Kaufmanns Würffel waren unter den ersten, die mit furchtbarem Hausen ausgeraubt und verwüstet wurden; während der Kaufmann sich durch einen Sprung aus dem Fenster des ersten Stockwerkes zu retten suchte, lagen in der Wohnung seine Frau und seine Kinder bittend und flehend vor den Wüterichen auf den Knien. Die Rosoglio- und Branntweinbrennerei von Friedmann wurde von einem wirren Haufen überfallen — es waren nicht Arbeiter des Etablissements, die über ihren Brotherrn nicht zu klagen hatten —, der die im Hofe liegenden Fässer anbohrte; ein paar hundert Eimer flossen chaotisch durcheinander; das berauschte Gesindel watete darin und gab sich der gemeinsten Ausgelassenheit hin. Noch Ärgeres widerfuhr dem großartigen Fabrikgebäude der Gebrüder Granichstätten in Sechshaus: im Verlauf von zwei Stunden war es in eine Ruine verwandelt, so daß die Hauptmauern dachlos und mit ausgebrannten Fenstern in die Lüfte starrten. Auf dem Braunhirschengrund wurde das Amtsgebäude gestürmt: die Bewohner des Hauses, der Amtsverwalter mit seiner Familie, fanden in eiliger Flucht ihre Rettung; die Amtsräume wurden erbrochen, Akten und gestempelte Schriften, Waisen- und Steuerbücher zerrissen, vernichtet, verbrannt, Möbel und Geräte zertrümmert.

Bei Schwenders Kasino in Fünfhaus stieß die losgelassene Meute auf den ersten Widerstand. Der Richter Illek vom Braunhirschengrund hatte seine Dienstleute bewaffnet; viele Bürger schlossen sich an, darunter ein

---

[1] Ein k. k. Finanzwächter war es nicht, da beim Rapport am andern Tage kein Mann abging; es muß also einer der Strolche abgelegte Kleider eines Finanzwächters sich angeeignet haben, was ihm dann so furchtbar teuer zu stehen kam; vgl. Aus Böhmen nach Italien 116 f.

gewisser Scharneck, und schritten dem Lumpenpack herzhaft entgegen; ein paar Dutzend Kerle wurden eingefangen und in das Gemeindehaus abgeliefert. Der Eingefangenen waren bald so viele, daß es an Räumlichkeiten zu ihrer Unterbringung fehlte und man gezwungen war, viele zwei und zwei aneinander zu binden und die Nacht hindurch stehen zu lassen[1]. Am nächsten Tage wurden freilich die meisten wieder freigegeben. Auch an mehreren andern Orten gelang es dem Einschreiten der bewaffneten Macht, Ordnung zu schaffen; so am Rennweg, wo die prachtvolle Villa Metternich der Verwüstung geweiht war, als Abteilungen von Militär und Bürgerwehr eintrafen und den Platz säuberten.

Überhaupt hat sich die Bürgerwehr tapfer bewährt, und ebensolches Lob war den neu bewaffneten Studenten zu zollen, die in der Nacht vom 13. zum 14. ihre ersten Dienste der Herstellung der Ordnung weihten. Die bewaffneten Bürger hatten einen schweren Stand, weil sie meist für kaiserliches Militär gehalten wurden, gegen das nun einmal eine grenzenlose Erbitterung herrschte. Die Studenten aber wurden sogleich erkannt, sie brachten bei dem Zutrauen der Leute an vielen Orten in Güte und durch vernünftige Vorstellungen zustande, was anderwärts mit Gewalt kaum zu erzwingen war. Man dankte den jungen Leuten, man umjubelte sie, man brachte ihnen Lebensmittel, Wein, Bier und ließ sie in Frieden abziehen.

5.

Der 14. März bot von den frühen Morgenstunden an das Bild allseitig bewegten Lebens. Vorherrschend war der Charakter einer freudigen Erregung. Von gefälligen Frauenhänden wurden weiße Bänder und Schleifen ausgeteilt, die bald der allgemeine Schmuck der Männer waren. Man beglückwünschte sich zu den Errungenschaften des gestrigen Tages, man hörte gutmütige Leute sagen: die Herren, die an der Spitze sind, sollten nachgeben, „damit der arme kranke Kaiser Ruh bekommt“. Es wurde von ihm das Wort herumgetragen: „Ich lasse auf das Volk nicht schießen!“

Die Stadt hatte über Nacht ein anderes Aussehen bekommen. Die kaiserliche Burg, die Nationalbank, die Hauptwache vor dem Hofkriegsratsgebäude waren von Militär besetzt, sonst aber waren an den verschiedenen Wachposten nur bewaffnete Zivilisten zu sehen, Leute der uniformierten Bürgerkorps, Studenten, improvisierte Volkswehrmänner, die auch truppweise die Stadt durchzogen. Die Universität war in ein militärisches Lager

[1] Czapka, Aufzeichnungen.

verwandelt, vor den Toren hielten die Studenten Wache, bewaffnete Rotten marschierten fortwährend zu und ab. Die Studenten waren die erkorenen Lieblinge des Tages; wo sie sich mit weißen Kokarden geschmückt zeigten, flogen ihnen alle Herzen zu, begrüßte sie lärmender Jubel.

Ansammlungen gab es an allen wichtigeren Punkten der Stadt. Denn so sehr sich die Bevölkerung das, was gewonnen war, lobte, so waren doch damit bei weitem nicht alle Wünsche erfüllt: man sprach von dem Rücktritt des Erzherzogs Ludwig, des Grafen Sedlnitzky, von der Entfernung des Erzherzogs Albrecht[1]; die Schlagworte Nationalgarde, Preßfreiheit, Konstitution waren auf allen Lippen. Vor dem Landhause standen Haufen; sie meinten, die Stände seien versammelt und zu neuen Schritten bereit. Andere drängten sich vor der Hof- und Staatsdruckerei in der Singerstraße, wo Hetzer den Leuten sagten: „Wenn die Konstitution für Österreich noch immer nicht gedruckt ist, müssen wir die Drucklegung erzwingen.“ Der juridisch-politische Leseverein war umlagert, weil man dort das Neueste zu erfahren hoffte; auf einen der Torflügel hatte jemand einen mit großen Buchstaben beschriebenen Zettel angeklebt: „Hier sind Minister zu bekommen.“ Stürmischer ging es vor der Polizeidirektion unter den Tuchlauben zu; die Menge wollte sich mit Gewalt Eingang in das Innere verschaffen, so daß die als Wache dort postierten Volkswehrmänner alle Mühe hatten, den Andrang abzuwehren, bis Baron Doblhoff erschien, der sogleich erkannt und mit Freuden begrüßt wurde. Er bat, sich aller Gewalttaten zu enthalten, auf friedlichem Wege werde man besser zum Ziele gelangen als durch wüstes Treiben. Die Leute horchten, ließen sich's sagen und verloren sich allmählich. Aufläufe gab es vor den Wohnungen des französischen und des russischen Gesandten; dort ließ man die französische Republik hochleben, hier hörte man nur wilde Ausrufe und Verwünschungen. Ein junger Mann, der Aussprache nach ein Pole, perorierte: „Ganz Europa muß aufstehen und die Russen nach Asien zurückwerfen!“ Aus dem Haufen rief man: „Der russische Gesandte muß von Wien fort, zeigen wir ihm den Weg nach Moskau!“ Schon machten sich kräftige Arbeiter daran, das geschlossene Tor mit Zimmermannsäxten einzuschlagen, während eine Kanonade von Steinen die Fenster zertrümmerte, als eine Abteilung bewaffneter Studenten erschien und halb mit Zureden, halb mit ernsten Zurechtweisungen die Menge vom Platze brachte.

---

[1] Die Erbitterung gegen Erzherzog Albrecht rührte einzig daher, weil es im Publikum verbreitet war, er habe auf das Volk schießen lassen. Nach dem Verlaufe der Ereignisse in der Nähe des Landhauses, sowohl in der Landhaus- als auch in der Herrengasse, ist es klar, daß dies nicht der Fall war. General v. Gelich gibt übrigens in seinem Werke „Ungarns Unabhängigkeitskampf“ II, Budapest 1884/85, 12, „als Augenzeuge“ die ausdrückliche Versicherung, „daß der Erzherzog den Befehl zum Schießen nicht gegeben habe“.

In Mariahilf und vor der Linie erneuten sich die Auftritte der vergangenen Nacht. Pfarre und Kirche wurden abermals von wütenden Haufen angefallen, die Pforte des Gebäudes mit Hacken eingeschlagen und zertrümmert, die Pfarrkanzlei erstürmt, Urkunden und Akten herumgeschleudert, zerfetzt und verbrannt, in der Wohnung des Pfarrers Möbelstücke aus dem Fenster auf die Straße geworfen. Zuletzt erschien eine Kompanie Grenadiere, von einem Leutnant geführt, und drang im Sturmschritt mit gefälltem Bajonett vor, einige Kerle widersetzten sich, und es kam zu einem mitunter heißen Handgemenge, ehe der Platz gesäubert und die Ruhe wiederhergestellt war.

Eine Gefahr anderer Art drohte in den Morgenstunden den Bewohnern des Matzleinsdorfer Grundes. Eine zahlreiche Rotte meist betrunkenen Volkes hatte das Gebäude der Wienerberg-Linie erstürmt, Türen und Fenster ausgebrochen, das Innere verwüstet und drohte zuletzt Feuer anzulegen, wodurch die ganze Nachbarschaft, deren größtenteils mit Schindeln gedeckte Häuser viel Stroh und andere Brennstoffe, aber auch Handelsvorräte von Terpentin und Pech enthielten, einer unberechenbaren Gefahr ausgesetzt war, als im rechten Augenblick Professor Endlicher an der Spitze von vierzig jungen Doktoren und Studenten eintraf, was „wie ein Zauberschlag" auf die erregten Gemüter wirkte und den drohenden Sturm beschwor[1].

Außerhalb der Stadt bildeten die auf der Türkenschanze gelegenen Pulvertürme einen Gegenstand ernster Besorgnis von militärischer Seite. Diese Türme waren so weit voneinander entlegen, daß eine gegenseitige Unterstützung nicht gut tunlich war. Nur zwei hatten etwas über die Knie reichende Umfangsmauern mit hölzernen Staketen; der dritte stand ganz frei und konnte nur aus den Dachfenstern verteidigt werden. Der Lage nach war bei Tage kein Überfall zu besorgen, des Nachts konnte ein solcher durch Wachsamkeit verhindert werden; doch einem massenhaften Angriff gegenüber war die Widerstandsfähigkeit der Türme gleich null. Der Artillerieoffizier, der dort kommandierte, hatte kleine Infanterieverstärkungen von den Regimentern Nugent und Wohlgemuth erhalten; alles in allem betrug die Besatzung der drei Türme sechzig Mann. Für den Fall einer Erstürmung schlug der Infanterieoffizier vor, die Magazine in die Luft zu sprengen, mit welchem Vorschlage der Artillerist vollkommen einverstanden war, obwohl seine Frau mit sechs oder sieben Kindern in der nächsten Nähe wohnte und ihr gefährdetes Domizil durchaus nicht verlassen wollte. Nun wurde die Mannschaft von dem gefaßten Entschluß in Kenntnis gesetzt, und die Galizier in ihrer lebhafteren, die Oberösterreicher in ihrer mehr lakonischen Weise erklärten ohne Zögern, daß sie alle eher das Leben als eine einzige Patrone an die Gegner verlieren wollten. Sogleich wurden die

[1] Wiener Ztg Nr 121 vom 1. Mai 1848, 584: „Geschichtlicher Nachtrag".

nötigen Vorbereitungen getroffen, und in weniger als einer halben Stunde war die Überzeugung gewonnen, daß das anvertraute Gut nicht den Aufrührern zur Beute, nicht den Verteidigern der gesetzlichen Ordnung zum Nachteil gebraucht werden konnte. Glücklicherweise kam es nicht zu dem gefährlichen Experiment, die Ausschreitungen des Pöbels verbreiteten sich nicht in diese von Fabriken freie Gegend, und kein Versuch wurde gemacht, die Pulvertürme anzugreifen.

* * *

An den Straßenecken wurden in den Vormittagsstunden verschiedene Kundmachungen sichtbar. Im Lokale des niederösterreichischen Gewerbevereins waren die Grafen Anton Auersperg (Anastasius Grün) und Ferdinand Colloredo, Dr Bach, Baron Doblhoff, Bauernfeld und der Großindustrielle Rudolf v. Arthaber zusammengetreten und hatten einen Aufruf abgefaßt, der mit einem feurigen „Hoch, hoch, hoch!“ begann, in warmen, tiefempfundenen Worten zur Einhaltung der Gesetzlichkeit, zu Eintracht und Vertrauen mahnte und mit dem Rufe schloß: „Österreich über alles! Wir getreuen Bürger beugen uns vor unserem in neuem Glanze thronenden Kaiser!“ [1] Auch der Regierungspräsident Johann Talatzko Frh. von Gestietitz redete die Bevölkerung in begütigenden Vorstellungen an, empfahl Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung, wofür alle Bürger sowie die neu bewaffneten Studierenden nach Kräften wirken sollten. Ernster war eine dritte Kundmachung gehalten, laut welcher von Sr Majestät dem Feldmarschalleutnant Fürsten von Windischgrätz die Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung anvertraut, ihm „alle zu diesem Zwecke notwendigen Vollmachten“ übertragen und alle Zivil- und Militärbehörden untergeordnet wurden. Diese Kundmachung wurde nur an wenigen Orten angeschlagen, und wo es geschah, vom Volke alsbald herabgerissen. Von einer Seite wurde geplant, den Fürsten an die Spitze des Hofkriegsrats zu setzen; aber die allgemeine Stimmung war gegen ihn. Kolowrat sandte den Staatsrat Pilgram zum Erzherzog Ludwig, auch Hartig kam, um den Widerruf der Ernennung Windischgrätz' zu erwirken; allein der Erzherzog blieb fest [2].

* * *

Am frühen Morgen hatte sich der Lederhändler Anton Hardt aufgemacht, um einige Gesinnungsgenossen für Erwirkung einer allgemeinen

[1] Nach Czaplas Aufzeichnungen wurde dieser Aufsatz von Bach und Doblhoff verfaßt.

[2] Wertheimer, Memoiren eines Ungenannten (Bombelles?): N. Fr. Pr. 1903 Nr 13991 vom 20. Juli, Ab.-Bl., Feuilleton.

Volksbewaffnung zu werben. Unabhängig von ihm hatte der gleiche Zweck den Kaufmann Dr iur. Fr. K. Mayerhofer mit mehreren Bürgern veranlaßt, den Bürgermeister Czapka aufzusuchen, der nolens volens, um ihrer Sache eine gewisse Autorität zu verleihen, mit ihnen gehen mußte. Auf ihrem Wege durch die Stadt wurden ihnen weiße Schleifen ausgeteilt, die nun schon, selbst von hohen Beamten und Würdenträgern, allgemein getragen wurden. In der kaiserlichen Burg stießen beide Deputationen aufeinander und beschlossen nun gemeinsam zu handeln. Über eine genaue Formulierung ihrer Bitte war kein Entschluß gefaßt: eine allgemeine Volksbewaffnung, meinte Mayerhofer, „wie man sie unter dem Namen Nationalgarde zu bezeichnen pflegt“. Erst im Verlaufe mehrerer Besprechungen hielt man fest an dieser volkstümlichen Bezeichnung: „Errichtung einer Nationalgarde auf Grundlage des Besitzes und der Intelligenz“. Mit dieser Petition wollten die vereinigten Deputationen vor den Erzherzog Ludwig treten; allein es wurde ihnen entgegnet: Se Majestät habe alle Gewalt in die Hände des Fürsten Windischgrätz gelegt. Der Fürst erschien, wollte aber weder von der Sache noch von dem Namen etwas wissen und machte, von dem Grafen Hoyos unterstützt, die verschiedensten Einwendungen: die Nationalgarde sei etwas Revolutionäres, sie habe den König Louis Philippe gestürzt. „Wenn auch Sie, meine Herren“, sagte Windischgrätz, „keine Hintergedanken haben, wer steht für die Massen?“ [1] Dann hieß es wieder: Wien besitze eine Bürgergarde, wozu also eine Nationalgarde? Während über diese und ähnliche Punkte hin und her gesprochen wurde, zogen sich Windischgrätz und Hoyos in die Gemächer des Erzherzogs Ludwig zurück, bei dem sich auch Erzherzog Franz Joseph befand, der, wie sich ein Zeitgenosse ausdrückt, „eine Blüte der Ritterlichkeit und Lauterkeit“, bei all diesen Vorfällen kaltes Blut bewahrte, einen Mut und einen Verstand weit über sein Alter bezeigte. Nach längerer Beratung erschien ein vom Erzherzog mit Bleistift unterschriebenes Papier:

> Zur Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit in Wien wird die Vermehrung der Bürgergarde gestattet.

Diese Formulierung wurde mit allgemeinem Unwillen aufgenommen; die Ungeduld über das erfolglose Mäkeln und Feilschen nahm fortwährend zu. Die Deputation verlangte vor den Erzherzog Franz Karl oder die Erzherzogin Sophie oder vor den Kaiser geführt zu werden, bis Fürst Lamberg ausrief: „Nehmen wir den Dr Mayerhofer in unsere Mitte und führen wir ihn selbst zum Kaiser!“ Da kam die Nachricht, der Kaiser befinde sich unwohl, er könne niemand empfangen. Also neue Verhandlungen

---

[1] „Es scheint“, heißt es in Czapkas Aufzeichnungen, „daß dies“ (das Sträuben des Fürsten Windischgrätz gegen die Bewilligung der Nationalgarde) „die erste Veranlassung der sich gegen den Fürsten geäußerten feindseligen Stimmung gegeben habe.“

mit Windischgrätz und Hoyos, die, schon etwas mürber geworden, sich bereit zeigten, Zugeständnisse für Wien und für die Zeit der Aufregung zu machen. „Nichts für Wien allein!“ riefen Stimmen aus der Menge; „nicht bloß für eine Zeit! Es muß eine bleibende Einrichtung sein!“ Nun galt es noch dem Namen Nationalgarde. „Ich hasse alles, was französisch ist“, sagte Windischgrätz, „wählen wir eine andere Bezeichnung, z. B. Sicherheitsgarde!“ „Nichts da!“ riefen viele Stimmen; „das schmeckt nach Polizei, wir wollen keine Polizei vorstellen!“ Endlich, nach fast vier Stunden aufregender Verhandlungen, zeigte sich Windischgrätz zur Gewährung geneigt und wies auf den Grafen Hoyos als künftigen Oberkommandanten hin. Man hätte lieber den Erzherzog Wilhelm gehabt, der sich während der Vorgänge des gestrigen Tages so bürgerfreundlich gezeigt hatte; allein es wurde nicht ohne Grund entgegnet: die Berührung eines kaiserlichen Prinzen mit aufgeregten Volksmassen sei eine bedenkliche Sache.

Das Zugeständnis einer Nationalgarde schien also festzustehen, und die Mitglieder der Deputation flogen hinaus, um die frohe Botschaft nach allen Seiten zu verkünden. Mayerhofer und der Bürgeroffizier Scherzer eilten, weiße Tücher schwenkend, auf die Leimgrube und nach Mariahilf, überall mit Jubel begrüßt, und dann weiter an dem noch in Flammen stehenden Liniengebäude vorüber in die Vororte Fünf- und Sechshaus, wo es ihnen im Verein mit andern ordnungliebenden Männern gelang, das vielfach berauschte Gesindel zur Vernunft zu bringen und ihm das Versprechen abzunehmen, sich fortan ruhig zu verhalten.

* * *

Gegen 2 Uhr nachmittags füllte sich die kaiserliche Winterreitschule mit einer bei zweitausend Köpfe zählenden Menge: es waren nur wenig junge Leute darunter, es waren gereifte Männer aus allen Klassen, erbgesessene Bürger der inneren Stadt, Handelsleute, Bankiers, aber auch Adelige, Herren vom Hofe, höhere Staatsbeamte, Advokaten, Ärzte. Der Zweck war, ihre Namen in die Listen der bewilligten Nationalgarde einzutragen; aber dazwischen wurden Ansprachen gehalten, viele von aufregendstem Charakter. Einen k. k. Beamten hörte man sagen: das Volk werde nicht Ruhe geben, bevor nicht die Einberufung eines Reichsparlamentes bewilligt sei. Karl Scherzer, der Vielgereiste, schrie: Österreich besitze eine schmachvolle und uns Österreicher vor dem gesamten gebildeten Europa erniedrigende Regierung, so daß selbst der schon eingeschüchterte Graf Kolowrat ausrief: „Das ist doch zu stark! In den Räumen des kaiserlichen Hauses wagt man die Regierung des Kaisers in so empörender Weise zu beschimpfen!“ Er verließ eiligst den Saal, wo sich unter dem Eindrucke so heftiger Reden die Auf-

regung von Viertelstunde zu Viertelstunde steigerte. Allerhand Gerüchte flogen durch den Raum: Erzherzog Albrecht habe abgedankt, Fürst Windischgrätz habe im Sinne, die kaum bewilligte Nationalgarde zurückzuziehen, Studenten und Bürger zu entwaffnen. „Darauf dürfen wir es nicht ankommen lassen! Ein Verräter, der sich durch Drohungen einschüchtern läßt!" Eine Deputation unter Führung des Grafen Breuner wurde an den Grafen Kolowrat mit der Forderung abgesandt, die Enthebung des Fürsten Windischgrätz zu erwirken; doch der Graf lehnte ab: er fühle sich nicht berufen, eine solche Bitte an den Stufen des Thrones zu befürworten.

In der Stadt wechselten in dieser Zeit freudige Kundgebungen mit Ausbrüchen wildester Art. Auf dem Josephsplatze, wo vor dem Standbilde des gefeierten Monarchen seit den ersten Nachmittagsstunden ein uniformierter Bürger, ein Volkswehrmann und ein Student Ehrenwache hielten, stießen gegen 4 Uhr nachmittags eine Abteilung von bewaffneten Leuten mit einer Studentenpatrouille, beide mit Fahnen, zueinander und hielten mit dem Rufe „Hoch Kaiser Joseph!" an. Ein Lehrjunge erbot sich, das Standbild mit den beiden Fahnen zu schmücken, kletterte über eine herbeigeschaffte Leiter auf das Postament hinauf und führte sein Unternehmen unter dem Beifallklatschen und den Jubelrufen der Menge glücklich aus.

Doch ein anderes Bild boten zur selben Zeit die Vorgänge am Hofe. Das Gebäude der päpstlichen Nuntiatur erfuhr wiederholte Angriffe; Steine flogen in die Fenster, von denen kaum eine Scheibe ganz blieb. Noch wilder ging es vor dem bürgerlichen Zeughause her, das seit Stunden von einer immer wachsenden Menge, überwiegend Arbeitern, umlagert war, über deren Köpfen Fahnen mit verschiedenen Aufschriften flatterten: „Ordnung und Freiheit", „Konstitution", „Preßfreiheit". Zuletzt wurde eine Leiter herbeigeschafft, die ein mit einer Hacke bewaffneter Mann bestieg und das ober dem Haupttor befindliche Fenster zertrümmerte. So gewann er das Innere, andere folgten nach, drangen mit ihm in die Waffensäle und warfen aus den Fenstern Flinten, Säbel, Pistolen, die von den Leuten unten aufgefangen und fortgetragen wurden.

Die im Kriminalgebäude am Alser Glacis Eingesperrten wurden unruhig über das, was von dem Treiben in der Stadt zu ihnen drang. Man sagte ihnen: ein fremder Prinz sei angekommen, daher der Lärm und das „Umaschiaßen" in der Stadt. Das ging so eine Weile fort, aber zuletzt glaubten sie es nicht und wurden störrisch. Man sandte an die Universität. Bei fünfundzwanzig Akademiker unter Führung der Medizinä-Doktoren L. A. Frankl und Joseph Nader marschierten hinaus, gefolgt von einem ungeheuern Menschenschwall, und erschienen mit diesem vor dem Hause, wo man einen Angriff befürchtete, so daß Frankl längere Zeit durch das Schlüsselloch parlamentieren mußte, ehe man die Studenten einließ, die sodann die Häftlinge zur Ruhe brachten.

Selbst auf dem Josephsplatz sah es nicht mehr so friedlich und freundlich aus wie nur kurze Zeit zuvor. Ohne Zweifel angesteckt von dem, was über die Vorgänge in der anstoßenden Winterreitschule und die dort laut gewordenen Schlagworte nach außen verlautete, geriet die Menge in eine wachsende Gärung, so daß der Plan reifte, durch die Räume der Hofbibliothek in die Burg zu dringen und dort alle Zugeständnisse zu erzwingen. Vor dem Palais des Erzherzogs Albrecht fand eine Zusammenrottung statt, und auch hier tauchte der Vorschlag auf, die Gänge des weitläufigen Gebäudes zu benutzen, um in die Kaiserzimmer zu gelangen. Einige wollten sogleich an die Ausführung schreiten, andere schlugen vor, die Dunkelheit abzuwarten, und dieser Uneinigkeit allein war die Schonung des Palastes zu verdanken.

Solches waren die Stimmungen und Zustände an den verschiedenen Punkten der Stadt, als Dr Bach, nachdem er teils an der Universität teils im Leseverein seine Losungsworte ausgegeben, in der Winterreitschule mit der Meldung erschien, die ganze Bevölkerung habe sich erhoben, um Aufhebung der Zensur und Preßfreiheit zu erlangen. Seine Worte zündeten: man könne nicht länger zaudern, man müsse unmittelbar zum Kaiser. Eine vielköpfige Sendschaft, darunter Bach, wurde mit dieser Mission betraut. Sie fand verschlossene Türen, es wurde gesagt, der Kaiser befinde sich seit Stunden in leidendem Zustande, er liege bewußtlos danieder. Die Abgesandten hielten dies für einen leeren Vorwand und wollten — so sehr hatte alle die Besonnenheit verlassen! — eigenmächtig in die kaiserlichen Gemächer dringen, als sich der diensttuende Kämmerer, ein reicher ungarischer Magnat, vor die Türe stellte und die Hand an den Griff seines Säbels legend ausrief: „Solang ich mich an dieser Stelle befinde, wird niemand die Türschwelle überschreiten!“[1]

Die Dränger ließen ab und suchten die Gemächer des Erzherzogs Ludwig und des Grafen Kolowrat auf, wo den ganzen Tag über ein fortwährendes Ab- und Zugehen war, eine Deputation die andere ablöste. Graf Kolowrat gab die Versicherung, das Zugeständnis der Nationalgarde bleibe aufrecht, der Erzherzog sei von den besten Absichten erfüllt, nur in Betreff der Preßfreiheit müsse er sich Bedenkzeit vorbehalten. In diesem Augenblicke stürzte der Polizeioberkommissär Anton Ungermann in den Saal, warf sich vor Kolowrat auf die Knie und beschwor ihn: wenn man mit den erbetenen Zugeständnissen noch eine halbe Stunde zögere, stehe das Schicksal der Dynastie auf dem Spiele.

Kolowrat eilte zum Erzherzog; bald darauf — es war ungefähr 4 Uhr nachmittags — zeigte sich Hoyos in der Winterreitschule, wo ihn die tiefste

---

[1] Hartig, Genesis, Leipzig 1850, 182 f. Warum nennt der Graf den mutigen Mann nicht?!

Stille empfing. Der Graf zog ein Papier aus der Tasche und verlas die kaiserliche Entschließung, der zufolge die Nationalgarde bewilligt, er selbst zu ihrem Oberkommandanten ernannt sei. „Und was ist es mit der Preßfreiheit?" erscholl es von allen Seiten.

Neue Beschickungen des Erzherzogs und Kolowrats, denen man die wachsende Gärung in den schwärzesten Farben schilderte. Endlich erschien Kolowrat mit einer vom Erzherzog auf einem abgerissenen Zettel geschriebenen Mitteilung:

Aufhebung der Zensur und alsbaldige Einführung eines Preßgesetzes sind soeben von Sr Majestät allergnädigst angeordnet worden.

Es war im glücklichen Augenblicke! Von Technikern auf dem Josephsplatz wollte ein Sturm auf die Burg beschlossen werden, um den Kaiser, wie sie riefen, aus der Gefangenschaft seiner Umgebung zu befreien, als Arthaber erschien und das Zugeständnis der Preßfreiheit brachte, was die Erbitterung der Menge in die lauteste Freude umwandelte. So war es auch auf dem Michaelerplatz vor dem Riesentor, wohin der Großhändler von Martyrt, auf dem Mehlmarkt, wohin Graf Colloredo die frohe Botschaft brachten, im juridisch-politischen Leseverein, auf der Universität und an allen Punkten der Stadt, wo sich rasch die große Neuigkeit verbreitete[1].

Noch war nicht alles erreicht, die Hauptsache stand noch aus. Vom juridisch-politischen Leseverein war das Losungswort „Konstitution" ausgegangen, das bald in die Massen drang, was hier und da stürmische Auftritte zur Folge hatte. Man ereiferte sich, man schrie durcheinander: man müsse die Konstitution sogleich haben, so daß ruhigere Personen, wie Arthaber, Dr Maximilian Engel, Mühe hatten, die Leute zu einiger Ruhe zu bringen.

In Hofkreisen wußte man um diese Stimmung, und so veranlaßte Erzherzog Franz Karl einen Zusammentritt der Staatskonferenz, der auch der junge Erzherzog Franz Joseph beiwohnte. Der ältere Erzherzog war dafür, daß der Kaiser aus eigenem Antriebe die Konstitution zusage und dadurch den Volkswünschen entgegenkomme. Er drang aber mit seinem Vorschlage nicht durch. Die Mehrheit der Stimmen war für eine minder entschiedene Maßregel: der Kaiser solle seinen Willen erklären, die Stände der nicht-ungarischen Reichslande, inbegriffen das lombardisch-venetianische Königreich, am 3. Juli um seinen Thron zu versammeln, damit sie in legislativen und administrativen Fragen als Beirat fungierten.

Unabhängig von dieser Beratung hatte der mit unbeschränkter Vollmacht ausgestattete Fürst Windischgrätz ein anderes Ziel im Auge. Ihm galt es vor allem, den tumultuarischen Vorgängen ein Ende zu machen, Ruhe

[1] Vgl. Helfert, Wiener Journalistik, Wien 1877, 18 f.

und Ordnung in der seit zwei Tagen so stürmisch bewegten Stadt herzustellen und für diesen Zweck über Wien den Belagerungsstand zu verhängen. Die Kundmachung sollte in der Nacht in aller Heimlichkeit gedruckt und an den Straßenecken angeschlagen und so die Bürgerschaft am frühen Morgen mit dieser drohenden Erklärung überrascht werden. Allein, wie es scheint, durch einen Verrat des Druckpersonals gelangten ein und das andere Exemplar vorzeitig in die Hände von Personen, die das Verhängnisvolle eines derartigen Schrittes erkannten und noch in der Nacht zum Fürsten eilten, um ihn zu beschwören, es auf eine so unverantwortlich gefährliche Probe nicht ankommen zu lassen. Namentlich Professor Hye, und unabhängig von diesem, der Juwelier Joseph Türck[1] sind als jene zu bezeichnen, denen es durch eindringliche Vorstellungen gelang, den Fürsten zwar nicht von der beabsichtigten Kundmachung völlig abzubringen, doch die darin enthaltenen Worte „der in Belagerungsstand erklärten Stadt" verschwinden zu lassen.

* * *

Fürst Metternich hatte die Leitung der Geschäfte der Staatskanzlei an den rangältesten Staats- und Konferenzrat Franz Frh. v. Lebzeltern-Collenbach übergeben, und es drängte ihn, von den beiden Monarchen Abschied zu nehmen, deren Staaten seit den großen Befreiungskriegen, also seit mehr als dreißig Jahren, mit Österreich die gleiche Politik geteilt hatten. An Friedrich Wilhelm IV. schrieb er: „Ich habe mich vom Geschäftsleben in der festen Überzeugung zurückgezogen, daß ich dem Kampfe, den ich redlich auf dem sozialen Felde bestanden habe, nicht ferner gewachsen bin." Ähnlich an den russischen Zar: „Die unbesiegbarste aller Mächte, jene der Tatsachen, hat meinem langen öffentlichen Leben ein Ziel gesetzt. . . . Ich habe das Ereignis vorausgesehen, ich habe es während eines neununddreißigjährigen Ministeriums standhaft bekämpft. Doch einen Wildbach aufzuhalten, geht über die Kräfte eines Menschen; alles, was er zu tun vermag, ist, ihn einzudämmen."[2] Er wünscht zum Schlusse beiden Monarchen, daß ihnen Gott die moralische Kraft erhalte, auszuharren in diesem Kampfe, ihm selbst aber jene freundschaftlichen Gefühle zu bewahren, deren er sich von den treuesten

[1] Reschauer, Das Jahr 1848 I, Wien 1872, 391 f: „Windischgrätz und Hye", vgl. mit meinem Aufsatze „Zur Geschichte der Windischgrätzschen Proklamation am 14. März 1848": N. Fr. Pr. 1875, Nr 3798 vom 23. März. Das Exemplar, welches mein verstorbener Freund Türck zum Fürsten getragen und wieder mit sich genommen hat, befindet sich in meiner Sammlung, die außerdem ein zweites Exemplar besitzt. Da die Stücke mit der Erwähnung des Belagerungsstandes unmittelbar danach vertilgt wurden, so gehören die wenigen geretteten zu den allergrößten Seltenheiten.

[2] Metternich, Nachlaß VII 605—607: La plus invincible des forces, celle des choses. . . . Wer erinnerte sich dabei nicht an das Wort Napoleons III. von der „Logik der Tatsachen"?

Alliierten seines Monarchen jederzeit zu erfreuen hatte. Vom Hofe richtete man noch Anfragen an ihn. Die regierende Kaiserin ließ ihn fragen, ob er meine, daß der Kaiser abdanken solle; doch der zurückgetretene Staatskanzler lehnte es ab, sich ferner in die Staatsgeschäfte zu mischen. Vom Erzherzog Ludwig, dem Metternich bis zum Ende treu zur Seite gestanden, kam auf eine Anfrage die Antwort: „Heute Sie, morgen ich!"

In ihrer jetzigen Verlassenheit erwiesen dem Fürsten und seiner Gemahlin zwei Männer treue und aufopfernde Dienste: Baron Karl Hügel und Graf Bernhard Rechberg-Rothenlöwen. Hügel war ein langjähriger Freund des Hauses, Rechberg, zuletzt Gesandter in Brasilien, jetzt beurlaubt, hatte nie in besondern Beziehungen zur fürstlichen Familie gestanden; „der doch niemals von uns besonders begünstigt worden war", heißt es im Tagebuche der Fürstin. Auch Baron Josika, der siebenbürgische Hofkanzler, stand ihnen bei; er und Hügel halfen ihnen am Vormittage des 14. über die Bastei zu ihren Nachbarn zu kommen, während Rechberg die Kinder bei der Fürstin Helene Esterházy in der Wallnerstraße in Sicherheit brachte. Metternich und seine Gemahlin folgten einer Einladung des Grafen Taaffe, bei dem sie ein trauriges Mittagsmahl einnahmen. Allein die Lage begann für den gastfreundlichen Hausherrn bald so unheimlich zu werden, die allseitige Entfremdung, welche das fürstliche Paar bitter empfand, war so drückend, daß sie daran denken mußten, Wien zu verlassen. Baron Hügel besorgte einen Fiaker des Fürsten Bretzenheim, und so kamen sie denn, Hügel und die Fürstin an den Wagenfenstern, der Fürst in der Mitte, gedeckt zwischen ihnen, glücklich zur Stadt hinaus. „Der Mann", erwog schmerzhaft Fürstin Melanie, „der immer seine Gewohnheiten, seine Bequemlichkeiten hatte, für den ich gestern noch jede Zugluft, jede Erkältung zu vermeiden suchte, dieser Mann war in seinem fünfundsiebzigsten Jahre obdachlos und in Ungewißheit darüber, was mit ihm morgen geschehen werde. Er, der seinen Ruhm darein setzte, die Monarchie länger als andere zu erhalten, sieht heute binnen vierundzwanzig Stunden das ganze Gebäude seines arbeitsamen Lebens zusammenbrechen!"[1] ...

Die sorgenvolle Fahrt ging nach Feldsberg an der mährischen Grenze, wo ihnen der regierende Fürst Liechtenstein ein Asyl angeboten hatte.

6.

Der Abend des Tages, an welchem zwei so überaus wichtige Zugeständnisse wie Nationalgarde und Preßfreiheit errungen waren, ließ in der die hell erleuchteten Straßen bis in die Nacht hinein durchwogenden

---

[1] Metternich, Nachlaß VII 545.

Menge nur frohe Gesichter erblicken und hoffnungsfreudige Gespräche vernehmen. Da störten plötzlich Gerüchte von wilden Vorgängen in den entfernteren Stadtteilen, von Angriffen des Pöbels, von drohender Plünderung und Verwüstung die sorgenlose Freude, so daß alles in jäher Bestürzung nach Hause eilte und den Rest der Nacht in Angst und Schrecken zubrachte.

Am Morgen des 15. März waren als Maueranschläge drei Kundmachungen zu lesen: Zuerst jene des Fürsten Windischgrätz, die, obwohl darin die Erwähnung des Belagerungszustandes ausgelassen war, durch den harten Ton und die Schärfe ihrer Sprache allgemeine Entrüstung hervorrief — die Plakate wurden von den Straßenecken herabgerissen, zerfetzt und zertreten; zweitens eine Kundmachung der niederösterreichischen Stände, laut welcher ein provisorischer Ausschuß von vierundzwanzig Mitgliedern, zwölf von den Ständen, zwölf aus der Bürgerschaft, zur Beratung der öffentlichen Angelegenheiten eingesetzt werden sollte; drittens die kaiserliche Entschließung wegen Einberufung der Stände aller Reichsländer für den 3. Juli, eine „Ständevereinigung", wie man es bald nannte, eine Maßregel, die bei der hochgespannten, auf das Zugeständnis einer Konstitution gerichteten Erwartung nur die ruhigsten aller Staatsbürger befriedigen konnte.

Das zeigte sich gleich bei einer vom Bürgermeister einberufenen Zusammenkunft, die in der achten Vormittagsstunde in seinem Bureau stattfand. Czapka wurde bald darauf abberufen, und unter den Zurückbleibenden gewannen Unwille und Widerstandslust die Oberhand. „Wenn Czapka meint", rief Dr Bach, „daß wir von Bürgermeisters Gnaden raten und taten sollen, so irrt er sich", und Hardt sagte geradezu: „Mit dem Sturze Metternichs ist auch Czapka unmöglich geworden." Bach beantragte ein Bürgerkomitee von vierundzwanzig Mitgliedern und ließ sogleich zur Wahl schreiten.

Wo in allen Städten die Bürgermeister der alten Schule abgesetzt oder erjagt wurden, konnte auch Czapka in Wien nicht auf seinem Platze bleiben. Er hielt zäh an den alten Gesetzen und Einrichtungen und wehrte sich gegen die Einsetzung des Bürgerausschusses als eines illegalen Instituts bis zum letzten Augenblicke. Bei den Verhandlungen, solang er denselben beigewohnt hatte, waren bittere Reden gegen ihn gefallen und ihm Vorwürfe gemacht, die er vergeblich als haltlose Verleumdungen zurückzuweisen versucht hatte. Er mußte einsehen, und selbst von befreundeter Seite wurde es ihm nahegelegt, daß er seinen Posten nicht länger behaupten könne, er bat um seine Entlassung und kehrte nicht mehr in seine Wohnung zurück, wo er sich vor Verfolgungen und tätlichen Angriffen nicht sicher fühlte.

Auch im Gewerbeverein gab es eine Beratung, bei welcher die Meinungen über das kaiserliche Manifest auseinandergingen. Während die einen rieten, man solle sich vorläufig mit den bisherigen Zugeständnissen begnügen, drangen

die andern, Arthaber, Bach, die Industriellen Theodor Hornbostel, Martyrt, darauf, von dem Begehren einer Konstitution nicht abzulassen. Arthaber eilte aus dem Verein in die Hofburg, die wie an den beiden vorigen Tagen das Aussehen eines Feldlagers hatte: bei den Toren, im Hofe, in den Gängen kampierten Soldaten, zwischen denen man sich den Weg zu den kaiserlichen und erzherzoglichen Appartements bahnen mußte.

Wie die kaiserliche Burg, so bot auch die Universität den Anblick eines Waffenplatzes, wo Graf Hoyos, der neue Nationalgarde-Oberkommandant, erschien und im Namen der Regierung den Befehl überbrachte, in bedeutender Stärke auszurücken und in den noch immer bedrohten Vororten Reindorf, Fünfhaus, Sechshaus Ordnung zu schaffen. Dr Goldmark war bereit, seine Mediziner hinauszuführen: „Es ist die Ordre unseres neuen Befehlshabers, und der haben wir uns zu fügen!" Doch von anderer Seite erhob sich der Verdacht, es sei diese Maßregel nur ersonnen, um sämtliche Studentenkorps aus der Stadt hinauszubringen und in dieser dann freie Hand zu haben. Der Volksdichter Friedrich Kaiser sagte: „Wir haben die Waffen ergriffen, nicht allein um Wächterdienste im Auftrage der Regierung zu leisten, sondern auch, und zwar hauptsächlich, um die Wünsche des Volkes in Erfüllung zu bringen." „Welches sind diese Wünsche?" fragte Hoyos. „Konstitution!" war die Antwort, und „Konstitution!" rief es von allen Seiten.

Bereits wurde in dieser Richtung in der Hofburg gewirkt. Die hochherzige Erzherzogin Sophie war es, die sich von ihrem Leibarzt, dem Operateur Raphael Hussian, über die Meinung und Lage in der Stadt unterrichten ließ, wobei Hussian kein Hehl daraus machte, daß einzig das Zugeständnis der Konstitution die allgemeine Ruhe zurückführen könne. Als bald darauf Baron Sommaruga der Ältere, der in der erzherzoglichen Familie viel Vertrauen genoß, der Meinung Hussians beitrat und zugleich hervorhob, welch günstigen Eindruck es machen müßte, wenn sich der Kaiser seinem Volke zeigen wollte, versprach die Erzherzogin, in beider Hinsicht ihren ganzen Einfluß aufbieten zu wollen, um die Sache zu einem guten Ende zu führen.

Die Voraussicht Sommarugas sollte sich in der erfreulichsten Weise bewähren. Als gegen 11 Uhr verlautete, der gütige Kaiser werde durch die Stadt fahren, erfüllten Liebe und frohe Erwartung alle Kreise. Es war wie eine stille Abrede, den Monarchen nur ihm Willkommenes sehen zu lassen; als von vielen Seiten bemerkt wurde, die roten Bänder an den Fahnen würden ihn beunruhigen, verschwanden diese, und nur das friedliche Weiß war zu erblicken; in viele Fenster waren kleine Büsten des Kaisers gestellt und mit Blumen umgeben. Als nun der kaiserliche Wagen erschien, Kaiser Ferdinand und Erzherzog Franz Karl, auf dem Rücksitze der jugendliche Erzherzog Franz Joseph, da brach die dicht-

gedrängte Menge in brausenden Jubel aus, während aus den Fenstern Blumen und Kränze herabflogen. Der Kaiser dankte gerührt und aufs tiefste ergriffen nach allen Seiten, und „Ich gewähre Euch alles!“ kam wiederholt schüchtern von seinen Lippen. Er war so bewegt, daß ihm Tränen über die Wangen rollten und er Mühe hatte, seine Fassung zu bewahren. Es war zu viel für ihn, den die Aufregungen der letzten Tage wiederholt in einen leidenden Zustand versetzt hatten. Am Eck der Bischofsgasse stieg ein Wiener Bürger auf den Kutschenbock und bat die Menge, den leidenden Zustand des Monarchen zu schonen und mit dem erschütternden Vivatrufen einzuhalten. Unverzüglich trat Ruhe ein, und diesen Augenblick benutzte ein jüdischer Student A. Brix, der sich an den Wagen herandrängte und dem Kaiser zurief: „Gewähren Sie Glaubensfreiheit!“[1] Der Kutscher erhielt den Befehl, umzukehren und langsam in die Burg zurückzufahren; die Menge grüßte ehrerbietig, doch in rücksichtsvoller Stille.

Während der Ausfahrt des Kaisers war es in seiner Burg, wie an den beiden Tagen zuvor, wie in einem Ameisenhaufen zugegangen. In den Gemächern des Erzherzogs Ludwig fanden Beratungen statt, an denen die Erzherzoge Johann und Maximilian, die Grafen Hartig, Kolowrat und Hoyos, der staatsrätliche Referent Joseph Pipitz teilnahmen, und denen teilweise Erzherzog Franz Joseph beiwohnte. Die Vorgemächer und die Gänge füllte ein ebenso buntes als bewegtes Gemisch von ab und zu gehenden Offizieren aller Grade, Herren vom Hofe, aber auch andern Beamten und freiwilligen Ankömmlingen, die sich über den Stand der Dinge unterrichten, mit ihrem Rate, mit ihren Vorstellungen die Entscheidung fördern, eine günstige Lösung herbeiführen wollten. Arthaber, Bauernfeld, Anastasius Grün, Friedrich Kaiser waren mit in der Menge, im eifrigen Gespräche mit Personen, von denen sie Näheres erfahren zu können meinten oder auf die sie in ihrem Sinne einzuwirken versuchten. Dazwischen fanden fortwährende Unterbrechungen durch Hofbedienstete statt, die man ausgesandt hatte, um die Aufnahme des Kaisers an den verschiedenen Punkten seiner Ausfahrt zu beobachten und darüber alsogleich zu berichten.

* * *

Am Morgen des 13. waren Erzherzog Stephan und der Judex Curiae in Preßburg zurück. Széchényi erschien beim Palatin, dem er mitteilte, daß Erzherzog Ludwig darauf bestehe, die ständische Adresse keinesfalls an den Thron gelangen zu lassen; die Magnaten möchten das

---

[1] Buchheim, Judenpech, Wien 1848; vgl. Helfert, Die konfessionelle Frage in Österreich 1848, Wien 1882 ff, 52 53 Anm. **

Ihrige tun, es zu verhindern. Es fand eine magnatische Konferenz statt, welcher Széchényi seine Redaktion der Adresse vortrug. Er ging zum Fürsten Paul Esterházy, der ihm sagte: „Jetzt ist der Moment da, in dem Sie, wie ich es schon lang geahnt, Ungarn den größten Dienst leisten können!“ Der Hofkanzler in Wien war nicht unbedeutend erkrankt, er gab sich über seine Unpopularität nicht länger einer Täuschung hin; seine Person, sagte er, solle dem Ausgleich der ungarischen Wirren nicht länger im Wege stehen; er reichte seine Resignation ein. Széchényi war jetzt der erste Mann. Erzherzog Ludwig wünschte, daß er vorläufig als Vizekanzler die Leitung der Geschäfte in die Hand nehme.

Gegen 2 Uhr nachmittags erhielt Hofrat Wirkner eine Depesche des Fürsten Metternich: er möge sich durch die Vorgänge in Wien nicht beunruhigen lassen, abends werde Grabesstille herrschen. Erzherzog Stephan zeigte sich über diese Mitteilung sehr nachdenklich, ja niedergeschlagen, er sprach beinahe gar nichts und hörte gelassen einer Diskussion zu, die sich unter den Anwesenden darüber entspann[1]. Für das große Publikum traf die Nachricht erst am späten Abend durch den Kondukteur der Dampfschiffahrtsgesellschaft ein und verbreitete sich mit Blitzesschnelle durch alle Teile der Stadt. In Hollingers Kaffeehaus feierte die Jugend unter dem jauchzenden Zurufen aller Anwesenden die Unabhängigkeit Ungarns; als aber einer aufstand, einen Tisch bestieg und die Republik ausrief, wurde er herabgerissen und war in Gefahr, gelyncht zu werden.

Um 6 Uhr morgens des 14. fand sich der Präsidialkanzlist der ungarischen Hofkanzlei Ludwig Moravčik, vom Erzherzog Ludwig aus Wien entsendet, bei Wirkner mit der Nachricht vom Sturze Metternichs und von der Abdankung Apponyis und mit der Weisung ein, Sorge dafür zu tragen, daß in Preßburg die Ordnung aufrecht erhalten würde, damit der Hof eintretenden Falles sich inmitten der Ungarn begeben könne. Um 7 Uhr war Wirkner beim Erzherzog Stephan, den er in einer noch gedrückteren Stimmung fand als am gestrigen Tage. Wirkner riet, eine gemischte Sitzung beider Tafeln mit Ausschluß der Zuhörerschaft einzuberufen und an die altbewährte Treue der Ungarn zu ihrem Könige zu appellieren. Der Oberststallmeister Graf Edmund Zichy erbot sich, die Ordnung und Sicherheit im Landtag aufrecht zu halten; für die Ruhe in der Stadt werde Feldmarschalleutnant Graf Lamberg sorgen, er gebiete über eine hinreichende Truppenmacht — drei Bataillone, eine Division Wallmoden-Kürassiere, zwölf Geschütze — und könne binnen zwei Stunden das ganze Regiment Wallmoden, binnen zwei Tagen zwei weitere Kavallerieregimenter heranziehen. Zichy beschwor den Palatin, den Reichstag aufzulösen und die gefährlichsten Mitglieder sowohl der Magnaten- als der

[1] Wirkner, Erlebnisse 215.

unteren Tafel verhaften zu lassen. Der Erzherzog zeigte sich nicht geneigt, auf diese Vorschläge einzugehen, er war unschlüssig, er schien abwarten zu wollen, was der Verlauf des Tages bringen würde.

Die Ständetafel war bereits zusammengetreten, und hier war es Ludwig Kossuth, der das Heft in die Hände nahm; er war, wie sich einer seiner Bewunderer ausdrückt, „bereits allmächtig, er brauchte nicht zum Diktator ernannt zu werden, denn tatsächlich war er es". Es war ihm vor allem darum zu tun, daß die von der unteren Tafel beschlossene Repräsentation von den Magnaten ohne Verzug angenommen werde, um sie früher vor den Thron gelangen zu lassen, ehe sich die Kunde der eingetretenen Ereignisse im Lande verbreite: „Niemand möge sich über die gesetzmäßige Linie hinaus fortreißen lassen, bis zu dieser Linie aber alles!" Er beantragte eine Kommission zum Entwurf eines Preßgesetzes, eine andere zur Ausarbeitung eines Vorschlages der Landesverteidigung; „nicht in einigen Tagen, sondern in Stunden" müsse man damit fertig sein. Beides wurde beschlossen und allgemein beklatscht und bejubelt. Nur ein Mann war in der Versammlung, dessen Geist ernste Bedenken erfüllten. „Ich weiß nicht", sagte Stephan Széchényi, „ob ich mich freuen oder ob ich trauern soll. Denn es ist ebensoviel Möglichkeit vorhanden, daß Ungarn einer schöneren Zukunft entgegengeht, als daß ihm, in und mit sich selbst kämpfend, seine letzte Stunde schlägt. Das Heilmittel liegt in unserer Hand. Entweder Reform oder Anarchie, zwischen diesen beiden haben wir zu wählen. Die Aufgabe unserer Nation ist, daß die Basis der konstitutionellen Freiheit die Stütze der Dynastie sei, alle Parteiung möge verschwinden!" [1]

Für 11 Uhr vormittags war Edmund Zichy zum Erzherzog bestellt, als sich Kossuth und Szemere, von der unteren Tafel abgesandt, mit ihnen die Magnaten Louis Batthyány und Ladislaus Teleki einfanden. Batthyány trat auf Zichy zu und sagte ihm: „Ihr wollt uns festnehmen, wir werden euch zuvorkommen und euch hängen lassen!" Zichy verließ den Saal und reichte seine Resignation ein. Die ständische Deputation, deren Sprecher Kossuth machte, trug dem Palatin die Bitte vor, die Magnatentafel einzuberufen und von dieser die Repräsentation der Stände vom 4. März in Beratung ziehen zu lassen. Alle Vorstellungen Wirkners und Zichys waren jetzt beim Erzherzoge verflogen, es schien ihm mehr geraten, sich mit den radikalen Elementen auf guten Fuß zu setzen, und er sagte zu. Der Zusammentritt der Magnatentafel wurde für 3 Uhr nachmittags angesetzt; schon eine Stunde früher sprengten Juraten, da die Türhüter noch nicht da waren, den Eingang zum Sitzungssaal und nahmen in gedrängter Anzahl die Zuhörerplätze ein. Sie zeigten eine Stimmung,

[1] Horváth-Novelli, Fünfundzwanzig Jahre II 533 f.

welche die ärgsten Ausschreitungen befürchten ließ; war doch für denselben Tag eine Judenhetze angesagt! Knapp vor der Sitzung wurde dem Palatin zugetragen, die Landtagsjugend beabsichtige einen blutigen Strauß mit den Konservativen, falls die Adresse nicht angenommen würde. Dies mochte es herbeigeführt haben, daß Stephan, statt nach konstitutionellem Grundsatz und Brauch den Gegenstand dem Hause zur Beratung vorzulegen, unmittelbar die Erwartung aussprach, die Magnatentafel werde der von den Ständen beschlossenen Repräsentation an Se Majestät ohne Zaudern beitreten. Diese Erklärung wurde mit frenetischem Beifall der Landtagsjugend, aber auch eines großen Teiles der Magnaten aufgenommen: stürmische Eljen, Hüteschwenken der Herren, Tücherwehen der Frauen. Die konservativen Mitglieder der Tafel blieben stumm, kein Widerspruch, keine Einwendung wurde erhoben, so daß der Palatin die Einstimmigkeit der Annahme konstatieren konnte, ein Ereignis, dessen Erfolg die Enthusiasten sogleich in feurigen Reden in allen Teilen der Stadt verbreiteten[1]. Unmittelbar nach geschlossener Sitzung erschien eine Botschaft der Stände beim Erzherzog mit der Bitte, er möge sich an die Spitze einer nach Wien abgehenden Deputation stellen und die Adresse dem König überreichen; auch möge er den Text der Anrede, die er halten wolle, noch vor der Audienz den Mitgliedern mitteilen. Der Erzherzog erklärte sich zu ersterem bereit, ließ aber den zweiten Teil der Bitte unberührt, so daß die Deputation annehmen konnte, er werde auch diesen erfüllen.

Am späten Abend traf Graf Cziráky mit einer Hofdepesche, die er aus einer ganz unnötigen Vorsicht in seinen Stiefel verborgen hatte, in Preßburg ein; die Depesche enthielt die Aufforderung an den Palatin, sich alsbald in Wien einfinden zu wollen. Der Erzherzog war über die Maßen niedergeschlagen und kleinmütig. „Was wird die Folge meines Erscheinens sein?" sprach er zum Grafen. „Wenn man die Adresse oben nicht annimmt, so bleibt mir nichts übrig als meine Stelle niederzulegen und mich für immer von Ungarn fern zu halten. Mit dem Hof in Opposition könnte es den Ungarn einfallen, mich zum König auszurufen. Aber wenn ich aufhöre, Palatin zu sein, so höre ich doch nicht auf, Erzherzog zu sein und ein treuer Untertan des Kaisers zu bleiben." Die landtägige Jugend brachte in ihrer übergroßen Freude dem Kossuth einen Fackelzug und wandte sich von dort vor das Palais des Palatin, wo aber GrafRáday in dessen Namen sie bat, davon abzustehen. „Wer ein guter Patriot ist",

[1] Als nach den entscheidenden Sitzungen ein ungarischer Magnat in einem befreundeten Wiener Hause vorsprach und über den bevorstehenden Ruin des Adels jammerte, frug der österreichische Graf: „Warum habt ihr euch nicht gewehrt, und wenn es vergeblich war, euch stumm gefügt, ja zugejubelt?" Wir waren terrorisiert! „Nun, wenn man mir die Haut abzieht, muß es mir doch erlaubt sein zu schreien!" Friedenfels, Bedeus v. Scharberg II 16 Anm.

so erhob sich eine Stimme, „der kehre um!“ Die Fackeln wurden ausgelöscht, und die Gruppen lösten sich auf.

Der Erzherzog war noch immer sehr trübe gestimmt. „Die Ereignisse haben mich fürchterlich angegriffen“, sagte er zu einem Herrn seines Vertrauens; „seit drei Tagen gibt es keine österreichische Monarchie mehr. Gott mag es dem Metternich verzeihen!“ Am frühen Morgen des 15. war er zur Abfahrt bereit. „Gott gebe“, sagte man ihm zum Abschied, „daß es Euer Kaiserlichen Hoheit gelinge, Gutes in Wien zu stiften und günstige Nachrichten zu bringen!“ Stephan erwiderte düster: „Wer weiß, ob ich heimkehre, vielleicht schlagen sie mich tot.“[1] Diese trostlose Stimmung hielt während seiner ganzen Fahrt nach Wien an, wo sie unerwartet einer andern Platz machen sollte.

* * *

Kaiser Ferdinand war von seiner Ausfahrt schon lang zurück, als die Kutsche des Erzherzogs Stephan vor dem alten Kärntnertore hielt, das, nachdem er erkannt worden, allsogleich aufgetan wurde: freudiger Zuruf, stürmische Hochrufe empfingen ihn. Blitzschnell verbreitete sich die Kunde von seiner Ankunft durch die ganze Kärntnerstraße, alles drängte sich an ihn heran, alle Fenster öffneten sich, um ihn zu sehen und zu begrüßen, Tausende schritten seinem Wagen voran, Tausende folgten ihm, er erschien den Wienern wie ein Helfer und Retter in der Not. Weilenweise mußte er anhalten, man rief ihn an, man hielt Ansprachen an ihn, man drang in ihn, er möge sich beim Kaiser für Erteilung der Konstitution verwenden. Als er unerwartet in der kaiserlichen Burg erschien, schritt Bauernfeld auf ihn zu, um ihm die Lage der Dinge auseinanderzusetzen, was Stephan nur mit halbem Ohre vernahm; denn er hatte andere Dinge im Kopfe. Es drängte ihn zu einer Unterredung mit Erzherzog Ludwig, und es soll da eine heftige Auseinandersetzung gegeben haben. Der alte Ratgeber des Kaisers wollte von der Annahme der ständischen Repräsentation nichts wissen, bis der junge Erzherzog mit Entschiedenheit erklärte, wofern man an höchster Stelle bei dieser Weigerung verbleibe, werde er seine Stelle als Palatin niederlegen und das Land seinem Schicksal überlassen.

---

[1] Stephan Viktor Erzherzog von Österreich, Wiesbaden 1868, 234—240, vgl. mit Wirkner, Erlebnisse 219 f. Der ungenannte Verfasser des ersteren Werkes (Oberstleutnant Joseph Frh. v. Anders) hat es aus einer übel angewandten Prüderie vermieden, die den Erzherzog umgebenden Personen mit Namen zu nennen. Wir erfahren nur von einem Grafen C......, von einem Grafen J......, von einem Hofrat Z...... u. dgl. Mit letzterer Bezeichnung ist ohne Frage Zsedényi gemeint; auf wen die andern deuten, läßt sich nur vermuten. Der Graf C......, der am 14. März abends die Hofdepesche aus Wien überbrachte, dürfte Graf Johann Cziráky, Beisitzer der königlichen Tafel in Pest, gewesen sein.

Die Entscheidung, auf die man in dem Kreise der Wiener Fortschrittler hindrängte, die Erzherzoge und höchsten Staatsbeamten bestürmte, war mittlerweile schon nahe am Ziele. Denn in der Burg hatte, trotz des zähen Widerstandes vieler Elemente, die Einsicht den Sieg davongetragen, daß einzig die Erfüllung dieses von der Überzahl der Bevölkerung fieberhaft gehegten Wunsches den Frieden wiederbringen könne. Die letzte Beratung fand unmittelbar vor dem Kaiser statt. Als auch hier die Anhänger des Alten ihren Standpunkt nicht aufgaben und den Kaiser erinnerten, wie sein sterbender Vater ihn gemahnt habe, daß er fortfahren möge, Österreich in seinem Geiste zu regieren, wurde Ferdinand unwillig und rief den Drängern zu: „Bin Ich der Kaiser oder bin Ich's nicht?"

Die Redaktion des Manifestes fand durch den Regierungsrat Karl Hock unter den Augen des Grafen Hartig statt, während die in andern Räumen der Hofburg weilende und durcheinander wogende Menge noch immer in Ungewißheit schwebte. Ferdinand nahm die Feder in die Hand und unterzeichnete zur freudigen Überraschung der Fortschrittspartei den ihm dargereichten Entwurf des Manifestes. Es war nahezu 5 Uhr nachmittags, als Bauernfeld nochmals in die Bureaux des Grafen Kolowrat stürmte, wo ihn endlich Hofrat Pipitz beruhigen konnte: es sei alles bewilligt.

Und so war es!

Den Dichter Friedrich Kaiser, der zur selben Zeit in der Burg weilte, traf das glückliche Los, der erste Verkünder der bedeutungsvollen Botschaft zu sein. Man verschaffte ihm ein Pferd, und zwischen einem Trompeter der ungarischen und einem der italienischen Leibgarde ritt er durch den militärischen Wall, der noch immer die kaiserliche Burg umgab, auf den Michaelerplatz hinaus, verschaffte sich, ein weißes Tuch schwenkend, Ruhe und Gehör und verlas nun das kaiserliche Manifest, welches die drei großen Gewährungen enthielt: Preßfreiheit — Nationalgarde — Konstitution.

Wie ein Lauffeuer pflanzte sich die Nachricht von einer Straße in die andere fort, und wenn, weil nicht sogleich gedruckte Exemplare in hinreichender Anzahl zu haben waren, der glückliche Besitzer eines solchen entdeckt wurde, mußte er vom Flecke weg den Vorleser machen. Jeder einzelne Satz wurde bejubelt und beklatscht und zum Schlusse ertönte ein tausendstimmiges „Es lebe unser konstitutioneller Kaiser!" In allen Straßen, auf allen Plätzen der gleiche Jubel, die gleiche stürmische Freude, in die alles mit hineingezogen wurde, selbst solche, denen man vor kurzem noch gram war. Vor der Nuntiatur am Hof, der man am Tage zuvor die Fenster eingeschlagen hatte, sammelte sich heute die Menge, ließ den Papst Pius IX. leben und ruhte nicht eher, als bis der päpstliche Nuntius Viale Prelà sich auf dem Balkon zeigte und den Segen erteilte. „Der Enthusiasmus

ist rasend", schrieb der Dichter L. A. Frankl. „Fanatischer Jubelruf erschüttert die Stadt. Vom Erdgeschoß bis zu den höchsten Stockwerken Kopf an Kopf. Blumen fliegen, Freude leuchtet aus jedem Antlitz, begeisterter Zuruf tönt von allen Lippen." In der Tat, der Schillersche Ausspruch: „Alle Menschen werden Brüder" schien zur leibhaften Wahrheit geworden zu sein; alle Standesunterschiede waren wie aufgehoben, einander unbekannte Menschen hielten sich auf der Straße an, fielen einander in die Arme, während aus allen Fenstern weiße Tücher wehten und winkten, weiße Fahnen in der Luft flatterten.

Nur an einem Punkte der Stadt sah es bedrohlich aus, ja schien es zu einem neuen Losbruch kommen zu wollen. Auf dem Universitätsplatz und in der Bäckerstraße harrten die Reihen der bewaffneten Akademiker seit Stunden in wachsender Ungeduld. Wiederholt war von einem Sturm gegen die Burg die Rede, so daß Professoren und Doktoren alle Mühe hatten, dem Ungestüm der aufbrausenden Jünglinge zu steuern. Da kam vom Grafen Hoyos ein mit Bleistift beschriebener Zettel mit der Nachricht der erteilten Konstitution. Noch wollten die Studenten nicht recht trauen. Aber da war schon laut brausender Jubel aus den benachbarten Stadtteilen zu vernehmen, und nun kam Bestätigung von allen Seiten. A. A. Schmidl und Dr Giskra erschienen, mit weißer Schärpe angetan, Bürger brachten eine mit dem Bildnisse des Kaisers geschmückte Fahne, und nun konnte kein Zweifel mehr sein.

Da ertönte von der Universitätskirche das Aveläuten. „Nieder zum Gebet!" und mit rasselndem Waffengeklirr sinkt die studierende Jugend in die Knie — es war der feierlichste Augenblick.

* * *

In der sechsten Abendstunde war auf dem Nordbahnhof eine große ungarische Sendschaft angekommen: es waren dreizehn Magnaten, neunzehn Mitglieder der unteren Tafel, denen sich bei zweihundert Juraten angeschlossen hatten[1]. In einer langen Reihe von Fiakern fuhren sie die Jägerzeile herauf. Beim Café Fetzer wurde eben unter lärmendem Jubel das kaiserliche Manifest verlesen, der Wagenzug stockte, Kossuth hielt eine kurze Ansprache und bat dann, weiter gelassen zu werden. Eine Gruppe bildete sich und trug das mit Blumen bekränzte Patent den Kutschen voran, an die sich alles herandrängte, um die Ankömmlinge freudigst zu begrüßen: „Hoch

[1] Horváth-Novelli, Fünfundzwanzig Jahre II 541. Sehr lebhaft und farbenreich schildert die Ankunft der Deputation in Wien Max Schlesinger, Aus Ungarn, Berlin 1850, 4—9, nur daß er bei den Zeitangaben arge Mißgriffe begeht und auch sonst seine Phantasie ziemlich frei spielen läßt.

den Ungarn! Eljen Kossuth!" dessen Name seit der Verlesung im Landhause am 13. in ganz Wien populär war. Er, Louis Batthyány, Teleki und andere Magnaten in ihrer malerischen Tracht erschienen auf dem Universitätsplatz, den sie nach einer kurzen Begrüßung wieder verließen.

Von der Universität fuhr die ungarische Landtagsdeputation in die Kärntnerstraße zum Gasthof „Erzherzog Karl", vor dessen Tor die Studenten eine Ehrenwache aufstellten; aus einem Fenster des ersten Stockwerkes hielt Kossuth eine flammende Rede, und dann rüstete man sich zum Gange in die Burg. Auf dem Wege dorthin befanden sich auch andere Sendschaften, um dem besten Monarchen huldigenden Dank zu bringen. Allein das Riesentor war vom Militär abgesperrt, es wurden nur einzelne durchgelassen, und auch diese kamen nicht vor den Kaiser, der durch die Aufregungen des Tages erschöpft war. Doch ganz ohne Gruß wollte Ferdinand der Gütige den Tag nicht scheiden lassen. Wie auf dem Michaelerplatze so staute sich auch vor dem mit Fahnen geschmückten Standbilde des Kaisers Joseph die frohe Menge. Da öffneten sich die Balkontüren des großen Bibliotheksaales, und heraus trat der Kaiser, umgeben von Mitgliedern des Herrscherhauses, und rief mit vor Erregung zitternder Stimme: „Meine lieben Wiener sollen leben!" Es war, schreibt Ludwig v. Löhner, „ein großer Moment: die allgemeine Menschenverbrüderung schien in diesem Augenblick ein lebendiger Traum zu sein".

Es war alles Glück und Wonne! Ohne Einsage und Gebot blinkten Lichter aus allen Fenstern wie an den beiden vorigen Tagen, nur diesmal feuriger und glänzender, die ganze Stadt schimmerte in einem Lichtmeer: es war keine Beleuchtung, es war ein allgemeines Freudenfeuer. Die Wiener machten den Witz: „Vor kurzem war es bei Tage finster, jetzt haben wir sogar die Nächte voll Licht." Bis nach Mitternacht währte die Illumination und wogte ein frohes Gedränge durch die Straßen. Um noch einmal des poetischen Frankl Worte zu gebrauchen: „Saturns Zeitalter ist auf Erden zurückgekehrt, und der gleiche Freudenbecher tränkt eine halbe Million Menschen. Da ward aus Morgen und Abend der dritte Tag, und Gott sah, und wir mit ihm, daß es gut war."

7.

Wien schwelgte in dem Genusse der jung gewonnenen Freiheit. Die Stadt hatte ein neues Aussehen. Die Straßen, die Plätze füllte eine aufgeweckte, sich heiser schreiende Menge, durch die sich bald dieser bald jener ungewohnte Aufzug Bahn brach. Von Geschäft und Mühe war keine Rede. „Heute haben wir den vierten Tag", hörte man einen Mann aus

dem Volke sagen, „und ich habe noch nichts gearbeitet; ich bin neugierig, wer mir am Samstag den Wochenlohn auszahlen wird.“ Es war, obwohl der Kalender auf Donnerstag wies, die behagliche Sonntagsruhe nach drei angst- und sorgenvollen Werktagen. Neu war auch der Straßenverkauf von gedruckten Sachen. Amtliche Kundmachungen[1], Flugschriften, „zensurfreie“ Gedichte — die ersten beiden waren das „Lied für die Nationalgarde“ von Castelli und „Die Universität“ von L. A. Frankl —, aber auch satirische Abbildungen, viele von der gemeinsten Sorte, in denen sich pöbelhafter Witz über gefallene Größen lustig machte, wurden von Männern und Weibern ausgerufen und feilgeboten, während hinter den Schaufenstern der Buchhandlungen allerhand noch vor drei Tagen aufs schärfste verpönte Ware prangte, Werke von Rotteck, Börne, Heine, A. Grün u. dgl.

Ganz ohne Trübnisse war diese Wonnezeit allerdings nicht. Bei den unteren Klassen der entlegenen Stadtteile und Vororte waltete noch immer ein störrischer, für Gewalttaten, besonders wider die Fabriken, empfänglicher Geist. Im Einverständnisse mit dem Appellationsgerichtspräsidenten Hermann Frh. v. Heß ließ Windischgrätz das Standrecht verkünden, das für die nächste Umgebung der Stadt, wo die Exzesse am häufigsten und am ärgsten waren, unmittelbar in Tätigkeit gesetzt wurde: Appellationsrat Ludwig Edler v. Fließer als Vorsitzender und vier Kriminalräte als Beisitzer des „standrechtlichen Gerichts“. Man sandte von der Garnison fliegende Kolonnen in die bedrohten Gegenden aus.

Auch in der Stadt gab es an diesem sonst so froh gestimmten Tage einen garstigen Auftritt. Hoch zu Roß, an der Spitze einer Abteilung Nationalgarde und eines aus den gemeinsten Elementen zusammengesetzten Haufens, erschien der Fleischhauermeister Wöß vor der Wohnung des Bürgermeisters Ritter v. Czapka und hielt vor dieser, wie drei Tage früher Burian vor dem Gebäude der Staatskanzlei, zu den Fenstern hinauf eine wütende Rede, worin er den Bürgermeister aufforderte, seine Abdankung zu erklären. Wöß' Schritt war nicht ohne eigensüchtige Motive; denn Czapka hatte zu Nutz und Frommen des Publikums strenges Regiment geführt und war unter anderem auch den Fleischern scharf auf die Kappe gegangen. Als sich Czapka nicht zeigen wollte, drang der Haufe trotz der dringenden Abmahnung einiger beherzten Männer in das Haus und hinauf in die Wohnung, wo sie mit gezückten Säbeln alle Räume bis auf die Betten durchstöberten, zogen darauf in das Magistratsgebäude, wo er auch nicht mehr zu finden war, und sandten Leute aus, ihn zu suchen und festzunehmen. Bald darauf wurde durch öffentlichen Anschlag „zur Kenntnis gebracht, daß der Wiener Bürger-

---

[1] Die amtlichen Kundmachungen dieses Tages s. bei Peyer, Wiener Chronik für das Jahr 1848, Wien 1850, 11—16. Das fleißige Werk durfte in der Reaktionsperiode nicht fortgesetzt werden; es ist nur die 1. Lieferung erschienen.

meister v. Czapka sich aus der Haupt- und Residenzstadt entfernt" und der Vizebürgermeister k. k. Rat Ferdinand Bergmüller die provisorische Leitung der Magistratsgeschäfte übernommen habe.

Czapka befand sich in dieser Zeit bereits mit seiner Familie auf der Flucht über Lundenburg nach Olmütz und von da weiter nach Schlesien, überall, wo er erkannt wurde, beschimpft und geängstigt, selbst an dem Leben bedroht, bis er zuletzt, nach Mähren zurückkehrend, in Znaim ein Asyl fand. Es war eine wahre Leidensgeschichte, die der wackere Mann durchzumachen hatte. Bergmüller, der seine ganze Laufbahn Czapka zu danken hatte, fand keinen Anstand sich von seinem Gönner loszusagen, sich den Umständen zu fügen und sich mit dem neuentstandenen Bürgerausschuß auf kollegialen Fuß zu setzen[1].

Am gleichen Tage, 16. März, hatte der Palatin Erzherzog Stephan mit der großen ungarischen Landtagsdeputation Audienz beim Kaiser. Voran eine große Fahne in den Landesfarben, die Mitglieder der Deputation in ihrer malerischen Nationaltracht mit Kalpak, Krummsäbel und Sporen, viele der Magnaten in überreichen, von Gold, Edelsteinen und Perlen strotzenden Prachtgewändern, zuletzt die heißblütigen Juraten, so bahnten sie sich zu Fuß den Weg durch die von einer zahllosen Menge vollgepfropften Straßen und hielten ihren feierlichen Einzug in die Burg. Ferdinand I., als König von Ungarn und Böhmen der V., nahm die Repräsentation der ungarischen Stände huldvoll auf und erklärte in kurzen Worten seine Geneigtheit, den Wünschen der Nation zu willfahren; er zähle, fügte er bei, auf die Treue der Ungarn, denen er von jeher vertraut habe. Als die Deputation sich entfernte, zeigte sich Ferdinand am Fenster, mit lebhaften Eljens begrüßt, unter die sich Rufe mischten: „Batthyány Lajos Minister!" Am 17. empfing der Erzherzog ein Allerhöchstes Handschreiben, das ihn zum bevollmächtigten königlichen Statthalter ernannte, der das Land in Abwesenheit des Königs zu regieren habe, und ein verantwortliches Ministerium, dessen Mitglieder vom Palatin vorzuschlagen waren, zugestand[2].

Für den Abend war ein riesiger Fackelzug vorbereitet, der von der Universität ausgehen und seinen Weg in die Burg nehmen sollte, um dem gütigen Monarchen den huldigenden Dank der Bevölkerung darzubringen. Allein Ferdinand war durch die Aufregungen der letzten Tage in solchem Grade erschöpft, daß er ernstlicher Schonung bedurfte, und so mußte man sich mit einem Umzuge durch die hellerleuchteten, in den Fenstern mit Blumen und Kaiserbildnissen geschmückten, durch flatternde Fahnen

[1] Czapka, Aufzeichnungen.

[2] Stephan Viktor 242—245. Horváth-Novelli, Fünfundzwanzig Jahre II 543 f.

belebten Straßen der Stadt begnügen. Auf dem Josephsplatz vor der Kaiserstatue, in der Kärntnerstraße vor dem „Erzherzog Karl", aus dessen Fenster Kossuth sprach, vor der Wohnung des Oberkommandanten der Nationalgarde Grafen Hoyos wurde kurzer Halt gemacht. Es war spät in der Nacht, ehe die großartige Ovation ihr Ende fand.

Der 17. März sah fast durchweg neue Männer an der Spitze der Geschäfte. Metternich, Sedlnitzky und der ungarische Hofkanzler hatten resigniert, der Bürgermeister und der Polizei-Oberdirektor Peter Edler v. Muth waren gefallen — lauter Nachrichten, die mit Befriedigung hingenommen und von der jungen Preßfreiheit in Wort und Lied gepriesen wurden. Denn jetzt sang es und klang es wie in einem schönen vollen Dichterhain, jetzt zwitscherte und flötete, jetzt zirpte und girrte, jetzt tönte und schallte es auf allen Fluren, auf jedem Halm und Zweig, aus allen Büschen und Sträuchern in wirrem Chor, daß man die einzelnen Stimmen und Stimmchen — auch einige recht kreischende darunter — kaum zu unterscheiden vermochte. Jubel, Jubel, Jubel über die niedergeworfene Tyrannei und die errungene Freiheit, über die abgeschaffte Zensur, über die verheißene Konstitution, über die Bewaffnung des Volkes, Jubel auch über Deutschland und für Deutschland![1] Lob, Dank und Preis dem Spender all der glückverheißenden Gewährungen, Ferdinand dem Gütigen, dem Enkel und Wohlsinnserben des unvergeßlichen Joseph! Das alte Volkslied wurde von Härdtl, Phisemar, Zerboni, Engländer, Zedlitz mit neuem Text versehen. Lob, Dank und Preis den herrlichen Studenten, denen nun von allen Seiten gehuldigt, deren Mut, deren Hochherzigkeit zum Himmel erhoben wurde. Der Landmarschall Graf Montecuccoli erschien in der Aula, um „die stolzen Söhne des teuern Vaterlandes", die „doppelt treuen Anhänger des angebeteten Monarchen" ehrend zu begrüßen.

Aber auch eine traurige Pflicht war zu erfüllen! Die errungene Freiheit hatte zahlreiche Opfer gefordert, viele, die ohne ihre Schuld der Todesstreich getroffen hatte, aber auch viele, die für wüste Ausschreitungen haben büßen müssen. In der inneren Stadt waren zwölf gefallen, die meisten von Kugeln oder scharfen Waffen getroffen, eine Frau im Gedränge erdrückt; zahlreicher waren die vor den kaiserlichen Stallungen, an der Mariahilfer Linie, in den Vororten Gefallenen, darunter mehrere, deren Identität nicht erforscht werden konnte[2]. Den in der Stadt, also schuldlos, gefallenen

---

[1] Helfert, Der Wiener Parnaß im Jahre 1848, Wien 1882, XIX—XXXIX 44—135.

[2] Die Gesamtsumme findet sich verschieden angegeben, zwischen 31 und 44, die Zahl der Verwundeten konnte nur annähernd auf mehr als 100 geschätzt werden. Unterreiter (Die Revolution in Wien I 101 f) zählt 35 mit Namen auf, die am 13. März gefallen und am 17. begraben worden seien, welches letztere unrichtig ist, da einige erst

Personen war ein feierliches Begräbnis zugedacht, das am Nachmittag des 17. begangen werden sollte. Den Ton gaben wie überall die Studenten an, die sich, die meisten mit schwarzen Abzeichen statt der weißen, um die Mittagsstunde auf dem Universitätsplatz sammelten und von da zum Allgemeinen Krankenhaus in der Alserstraße marschierten. Gegen 2 Uhr setzte sich der Zug in Bewegung: sieben vierspännige, mit Blumen und Bändern geschmückte Leichenwagen, dann die endlose Begleitung, Studenten und Nationalgarde, die uniformierten Bürgerkorps, die Alumnen des fürsterzbischöflichen Seminars und die Pazmaniten, die Zöglinge der Forstakademie von Maria-Brunn und die des Josephinums, der juridisch-politische Leseverein, die fungierende Geistlichkeit, und zwar Professor Füster für die Katholiken, Superintendent Pauer für die Protestanten, der israelitische Prediger Mannheimer und der Oberkantor Sulzer für die Juden; dazwischen Musikbanden und Gesangschöre und unzählige Fahnen mit Aufschriften: „Ferdinand", „Konstitution", „Preßfreiheit", „Ruhe und Treue" ꝛc. Für alle Leichen war ein gemeinsamer Schacht hergerichtet. Reden hielten der Bürgeroffizier Johann Georg Scherzer im Namen der Bürgerschaft, Dr Joseph Bauer im Namen des Lesevereins, Füster im Namen der Studenten, der Prediger Mannheimer für seine gefallenen Glaubensgenossen, „die ihrem Vaterlande mit ihrem Blut und Leben einen Sieg errungen, den die Weltgeschichte in ihren Jahrbüchern verewigen wird, und die sich gezeigt als Sprößlinge aus dem heldenmütigen Stamme Simson, Gideon, David und Jonathan". Dabei mahnte er aber seine Juden zu weiser Mäßigung; sie möchten sich nicht vordrängen, die Interessen ihres Standes nicht aufdringlich in die erste Reihe stellen. Den Schluß der Feierlichkeit machten ein Psalm, den Sulzer von seinen Sängern vortragen ließ, und zwei Trauerchöre des Wiener Männergesangvereins[1].

* * *

später hinausgeführt wurden, z. B. der Gymnasiast Karl Koniczek, der am 17. im Spital starb und am 19. bestattet wurde, wobei Füster (Memoiren I 64—67) die Trauerrede hielt. Schall (Österreichs glorreichste Tage⁴, Wien 1848, 44) nennt als am 17. März auf dem Schmelzer Friedhof begraben 14 Personen, 2 Frauen und 12 Männer, unter letzteren 4 Studenten, letzteres unrichtig, da ein einziger Student, der Techniker Heinrich Spitzer, darunter war. Von den Frauen war die eine die Lehrersfrau Elisabeth Bauer, die am Arm ihres Mannes bei den kaiserlichen Stallungen erschossen wurde, die andere eine alte Pfründnerin Anna Serflinger, „ohne Wunde, wahrscheinlich erdrückt". Karl Streng (Verzeichnis der an den drei Märztagen Gefallenen nebst Angabe des ärztlichen Befundes, Wien 1848) zählt 26 mit Namen auf, dazu 5 Ungenannte. Adolf Pichler schätzt die teils auf der Stelle Getöteten, teils infolge der Verwundung später Gestorbenen auf 60. Vgl. Smets, Das Jahr 1848 II 19 f.

[1] M. Koch, Genesis der Wiener Revolution, Wien 1850, 28. — Nach den meisten Angaben waren es dreizehn Leichen, die in die Grube versenkt wurden; es waren also in sechs Leichenwagen je zwei Särge, auf einem nur ein Sarg, vielleicht der der al-

In der ungarischen Hauptstadt erwartete man seit Irinyis elektrisierendem Vortrage und Programme mit fieberhafter Ungeduld Botschaften aus Preßburg und aus Wien. Tag für Tag harrte um die Abendstunde, wenn das Dampfschiff von oben kommen sollte, eine vielköpfige Menge und bestürmte, sobald es eingetroffen, den Kondukteur um die neuesten Nachrichten. Am 14. März nachmittags wurde die vom Oppositionsklub angesagte große Versammlung abgehalten, wo Joseph Irinyi neuerdings seine zwölf Punkte vortrug und die Zuhörer in einen Taumel entschlossener Begeisterung versetzte. Nach ihm sprach Gabriel Klauzal, der maßvolle, allen gewaltsamen Schritten abholde, der „Mann des Friedens“, und es gelang ihm, Öl in die empörten Wogen zu gießen. Die Jugend zog in das Café Pilwax, wo hin und her erwogen wurde, was am andern Tage geschehen solle, als ein Jurat, der die Ankunft des Dampfschiffes abgewartet hatte, in den Saal stürzte und fast atemlos schrie: „Revolution in Wien, Metternich gestürzt, Barrikaden, das Volk in Waffen!“ Die Aufregung währte bis gegen Mitternacht, wo man mit der Abrede auseinanderging, sich zeitig am nächsten Morgen wieder einzufinden. In der Nacht wurden von fleißigen Händen die zwölf Punkte in mehreren Exemplaren abgeschrieben und an den Straßenecken angeschlagen.

Der 15. März war trüb und kalt; bald stellte sich Regen ein, der nicht enden wollte. Um das Café Pilwax und in dessen Innerem herrschte reges Leben, bis Alexander Petöfi „wie eine Gestalt aus dem Jenseits, wie das verkörperte Volksleiden, wie der Würgengel des Gerichts“[1] einen Tisch bestieg und sein neuestes Gedicht: Talpra Magyar — „Ungar auf!“[2] vortrug. Unter stürmischen Eljens wurde ein Umzug durch die Stadt beschlossen mit der Hünengestalt Paul Vasvárys, geschmückt mit rot-weiß-grüner Kokarde, an der Spitze. Die Masse schwoll immer stärker an, man kam vor die Universität, man stürzte in die Hörsäle, wo ängstliche Professoren vergeblich ihre Zuhörer zurückzuhalten suchten. Moriz Jókai, auf den Schultern von Jünglingen getragen, liest die zwölf Punkte ab, Petöfi trägt sein Nationallied vor. In der Hatvaner Straße vor der Landerer-Heckenastschen Druckerei wird Halt gemacht, man verlangt den unverweilten Druck der zwölf Punkte und des Nationalliedes. „Haben Sie

---

gemein betrauerten Frau Bauer. Juden waren zwei, der schon genannte Techniker Spitzer und ein Webergesell Bernhard Hitschmann. In seinen Memoiren (I 59) erzählt Füster, er habe als katholischer Priester zuerst reden sollen, doch habe er das Wort an Mannheimer abgetreten, „um die Intoleranz zu bekämpfen und den Vorrang der Staatskirche zu beschämen“. Über den Spitzer-Schwindel s. Helfert, Die konfessionale Frage in Österreich 1848, 49—52 105 537 *et passim*.

[1] Schilderung des Tragöden Gabriel Egressy bei Incze, Der 15. März 105 f.

[2] Vasfi und Venkö, Nationallieder der Magyaren, Braunschweig 1852, 91—93.

die Erlaubnis des Zensors?" „Die brauchen wir nicht!" ruft Petöfi. Man dringt in die Räume der Druckerei, man legt selbst Hand an, um das Werk rascher vorwärts zu bringen, während draußen Jókai die Menge mit seinen Reden gefangen hält. „Ei, ihr Herren", ruft er, als es von neuem zu schütten beginnt, „wenn ihr gegen Regentropfen die Schirme aufspannt, was werdet ihr aufspannen, wenn es Flintenkugeln regnen wird?" Bei diesen Worten schließen sich die Schirme, und der Redner wie die Zuhörer lassen sich ruhig antropfen[1]. Inzwischen war man in der Druckerei eifrig am Werke; etwa halb 12 Uhr mittags wurde das erste Exemplar der zwölf Punkte herausgelangt, das Irinyi triumphierend der Menge zeigte. Bald darauf erschien Petöfi mit dem ersten Exemplar seines Nationalliedes und las es abermals vor; den Refrain „Beim Gott der tapferen Magyaren geschworen sei" wiederholte donnernd die Menge, die geschlossenen Regenschirme gleich Waffen emporhaltend. Daniel Irányi besorgte eine deutsche Übersetzung der zwölf Punkte sowie des neuen Nationalliedes, die nun unter der deutschen Bevölkerung der ungarischen Hauptstadt Verbreitung fanden.

Gegen 3 Uhr nachmittags staute sich das Volk auf dem Museumsplatz, als das Losungswort ausgegeben wurde: „In das Stadthaus!" Als Deputierte wurden ausgerufen: Jókai, Petöfi, Irányi, Egressy. Eine zahllose Menge gibt ihnen das Geleite; Klauzál und der zweite Vizegespan Paul Nyáry schließen sich, um Ausschreitungen zu verhüten, dem Zuge an. Ein Teil der Menge dringt in das Stadthaus und überflutet alle Räume. Der Stadtrat, in voller Sitzung versammelt, gibt dem allgemeinen Wunsche nach: der Bürgermeister Szepessy unterschreibt die zwölf Punkte, was Nyáry aus einem Fenster der auf dem Platze harrenden Menge verkündet, wo sich alsbald der Ruf erhebt: „Nach Ofen zur Statthalterei!" Während sich der endlose Zug unter Nyárys Führung dahin in Bewegung setzt, bleibt der Stadtrat unter dem Vorsitz des Vize-Bürgermeisters Leopold Rottenbiller in Beratung beisammen, und es wird die Einsetzung eines vierzehngliedrigen Komitees, einer Art Sicherheitsausschusses beschlossen, dessen Vorsitz Nyáry übernehmen soll.

Die Pester Garnison war seit dem Morgen in den Kasernen konsigniert, in Ofen die Artillerie an den Ausgang der Brücke ausgerückt, die Kanoniere standen mit brennenden Lunten bei den Geschützen. Der Kommandant drohte, mit Kartätschen unter die Menge zu schießen; doch ließ er sich besänftigen, und unter dem Rufe: „Es lebe die Freiheit!" wälzte sich die Menge den Berg hinauf vor das Statthaltereigebäude, wo eben unter dem Vorsitz des Grafen Franz Zichy Beratung gehalten wurde und sich jetzt das gleiche Spiel wiederholte, dessen Schauplatz drüben das Stadthaus gewesen war.

---

[1] Széchényi hat daher den Vorgang als „Parapluie-Revolution" verspottet.

Der eingeschüchterte Statthaltereirat bewilligte alles, was verlangt wurde: die zwölf Punkte, die Aufhebung der Zensur, die Freilassung der politischen Gefangenen.

Von diesen war es Michael Táncsics, der halbblinde greise Schriftsteller, dessen Name den volkstümlichsten Klang hatte. Zu Táncsics' Gefängnisse eilte die Menge und führte ihn — es war bereits tiefer Abend geworden — bei dem Lichte zahlreicher Fackeln heraus, wo er von Nyáry als „die erste Frühlingsblume der friedlichen Revolution" begrüßt wurde. Im Triumphe wurde der befreite Gefangene nach Pest hinübergeleitet und durch die festlich erleuchteten Straßen zu seiner Familie zurückgeführt. Im ungarischen Nationaltheater wurde am selben Abend gegen freien Eintritt „Bánk Bán" gegeben, als während des ersten Aktes ein Mann mit dem Freudenrufe hereinstürzte: „Táncsics ist frei!" Der Rákóczy-Marsch wurde angestimmt; Eljen, Eljen! rief die Menge und verlangte jubelnd den Befreiten zu sehen, bis sich Jókai mit der Meldung Gehör verschaffte: Táncsics sei von den auf ihn einstürmenden Gefühlen in solchem Grade ergriffen, daß er nicht kommen könne, man möge ihn an diesem Abend seinen Angehörigen gönnen[1].

Am andern Tage war alles Jubel und Freude, alle Hüte zeigten sich mit der Nationalkokarde geschmückt, von den Häusern flatterten Fahnen in den Nationalfarben munter in die Luft, an öffentlichen Gebäuden machte das Schwarz-Gold der ungarischen Dreifarbe Platz. Die bei der königlichen Tafel von alters her übliche lateinische Sprache mußte durch die ungarische ersetzt werden. Die Pester Bürgermiliz wurde um 1500 Köpfe verstärkt und fungierte fortan unter dem Titel Nationalgarde.

Erzherzog Stephan blieb fürs erste in Wien, Kossuth mit den andern eilte am 17. März nach Preßburg zurück, wo er um 5 Uhr nachmittags eintraf. Die Bürgermiliz war in Parade ausgerückt; Magnaten und Abgeordnete mit vielen Frauen, Juraten und eine vielköpfige Menge begrüßten den Agitator mit lautem Jubel und geleiteten ihn in das Gasthaus „zum grünen Baum", von dessen Balkon er eine begeisternde Ansprache hielt. Die Landtagsjugend brachte ihm und dem Grafen Ludwig Batthyány einen Fackelzug. Die Atmosphäre atmete viel von „Freiheit und Gleichheit". Als im Theater ein Bekannter des Grafen Festetics diesen nach seinem Stande anredete, entgegnete er: „Nichts Graf! Bürger" — Nincsen Gróf! Polgári Festetics[2].

---

[1] Ausführlich über alle diese Vorgänge das wiederholt zitierte Büchlein Inczes. Der 15. März 101—126. Über die Pester Märztage s. auch meine „Konfessionale Frage" 60—69.

[2] Stephan Viktor 241. Nach des Verfassers übler Gewohnheit findet sich dort nur „F . . . . . .".

Auch in der Hauptstadt Kroatiens war der 15. März ein Tag voller Bewegung. In einer Versammlung von Bürgern und Literaten wurde eine Adresse an den König beschlossen, die Ivan Kukuljevich zu entwerfen sich erbot, und die in einer Plenarsitzung des Agramer Magistrats unter zahlreicher Anwesenheit anderer Bürger am 16. angenommen wurde. Se Majestät, so wurde darin gebeten, wolle den „konstitutionellen Kroaten" die Wiederherstellung ihrer alten Munizipalrechte gewähren, „das einzige Bollwerk unserer nationalen Selbständigkeit". Darauf Umzug durch die Straßen der Stadt, aufreizende Flugblätter und Maueranschläge, Živio auf die Freiheit u. dgl. m.

Mittlerweile wurde in Wien ein Schritt eingeleitet, der in seinen Folgen für die kroatische wie für die ungarische Bewegung von großer Bedeutung werden sollte. In der Nacht vom 14. zum 15. März war Hofrat Wirkner aus Preßburg nach Wien zurückgekehrt und hatte hier eine Unterredung mit dem Erzherzog Ludwig, welcher der siebenbürgische Hofkanzler Baron Samuel Jósika beiwohnte. Es handelte sich um die kroatische Frage, die ja in den letzten Jahren den ungarischen Freiheitsmännern zu einem so großen Stein des Anstoßes geworden war. Die wichtigste Stelle im Lande, die des Banus, war nicht besetzt, und der Alterego des Kaisers einigte sich mit seinen beiden Beratern dahin, daß, „wenn halbwegs tunlich", wie für die Palatinwürde in Ungarn, so auch für die Banuswürde in Kroatien ein Erzherzog erkoren werde. Da traf am 16. Baron Franz Kulmer in Wien ein und lenkte die Blicke des Erzherzogs auf einen kroatischen Grenzobersten, dessen Name außerhalb seiner engeren Heimat kaum bekannt war. Selbst in Kroatien war Joseph Freiherr v. Jellachich de Bužim nur ein einziges Mal besonders hervorgetreten: es war in dem Miniaturfeldzuge von 1835 gegen die bosnischen Türken, denen er bei Groß-Kladusz einen Denkzettel mitgegeben hatte. Sonst war er, wie Kulmer dem Erzherzog versicherte, als ein ruhiger, sehr verläßlicher und tapferer Offizier bekannt, der sich allgemeiner Liebe und Anhänglichkeit erfreue. Erzherzog Ludwig zeigte sich einverstanden und erklärte sich bereit, die Ernennung des Obristen zum Banus vom Kaiser zu erwirken[1].

* * *

„Österreich, vor kurzem der letzte in der Reihe, hat durch einen einzigen Ruck auf dem Pfade der Freiheit den Vorsprung vor allen deutschen Staaten gewonnen. Keine Revolution, an denen in den letzten Jahren Europa so reich gewesen, war reiner in ihrem Ursprung, ehrenhafter in ihrem Fortgang, mit weniger Blut befleckt und durch weniger Schimpflichkeit entstellt

[1] Wirkner, Erlebnisse 220.

als die Wiener März-Revolution, die für immer eine glänzende Seite in den Annalen des Kaiserstaates füllen wird." So urteilte der Wiener Geschäftsträger der Vereinigten Staaten von Nordamerika William H. Stiles in seinen Aufzeichnungen über die Jahre 1848/49[1].

In der Tat, soweit das kaiserliche Banner wehte, bis in die entlegensten Teile des weiten Reiches, war alles in diesen schönen Tagen eitel Glück und Freude, allenthalben Jubel und Siegesbewußtsein, ein wahrer Himmel auf Erden. Wohin immer die ersten noch unsicheren Kondukteur-Nachrichten von einem Aufstand in Wien gelangt waren, warteten Haufen von Leuten vom frühen Morgen bis in die sinkende Nacht auf die Ankunft der Post, um weitere Mitteilungen zu erhaschen, und wenn dann zwei oder drei Tage später das Befreiungswort gebracht wurde, durchflog es mit Blitzesschnelle den ganzen Ort, und lärmender Beifall, Gefühle des Dankes und hoffnungsfrohe Ausblicke in die Zukunft traten an die Stelle banger Erwartung und fieberhafter Ungeduld. Wenn sich dabei mitunter trübere Wahrzeichen zeigten — wie in Linz, wo es am 17. März einen Rummel gegen die Mautschranken und die Pächter der Verzehrungssteuer gab, oder in Grätz, wo die Jesuiten den ersten Sturm zu bestehen hatten[2] —, so waren dies doch nur vorübergehende Erscheinungen, die dem glorreichen Charakter des großen Ganzen ebensowenig Eintrag taten als einzelne Ausgelassenheiten etwa gegen einen Kaufmannsladen, der das unglückselige Aushängeschild „zum Fürsten Metternich" hatte. Alles trug frohe Abzeichen, weiße, weiß-rote, schwarz-goldene Kokarden, Binden, Schärpen, oder solche in den Landesfarben. Wo Böller oder Geschütze zur Verfügung standen, da krachte und knallte es lustig in die Luft. Die Häuser schmückten sich mit Blumengewinden und grünen Reisern, mit Teppichen und Fahnen, in den Fenstern prangten mit Blumen und Bändern geschmückte Bildnisse des gütigen Monarchen. Die Buchdruckereien beeilten sich, Abdrücke des Konstitutionspatentes zu veranstalten, um dessen Exemplare sich Abnehmer in hellen Haufen stießen und drängten, mitunter balgten. Von den städtischen Behörden wurden Anstalten zur Errichtung einer Nationalgarde gemacht, in Universitäts- und Lyzealstädten traten die Studenten zur Bildung einer Legion zusammen. Überall zeigten sich die kaiserlichen Ämter mit dem Gouverneur, das Militär mit dem Kommandierenden an der Spitze eifrig bereit, der öffentlichen Stimmung entgegenzukommen, geäußerten Volkswünschen, soviel es in ihrer Macht lag, zu entsprechen, wohltätige Erleichterungen zu gewähren[3]. Abends im Theater wurde zuerst die Volks-

[1] Austria in 1848/49 I, New-York 1852, 112 f.

[2] Gatti, Ereignisse des Jahres 1848 in der Steiermark, Graz 1850, 17.

[3] Z. B. in Innsbruck, wo das Landespräsidium das Quantum des in den Magazinen von Hall abzufassenden Limitosalzes von 114000 Zentnern um ein Drittel erhöhte; in

hymne angestimmt, welche das Publikum stehend anhörte und mit Begeisterung mitsang, was ein zweites-, ein drittesmal wiederholt werden mußte. Dann wurden feierliche Umzüge veranstaltet, an denen die kaiserlichen und städtischen Behörden, die Zünfte, die neugebildete Nationalgarde, die Schuljugend teilnahmen, Soldaten Spalier machten. Auch die Stadtarmen blieben nicht vergessen: in Ischl wurden fünfzig Arme gespeist und nebstbei mit Geld beschenkt, während eine Musikbande das Kaiserlied spielte.

In deutschen Gegenden, namentlich in Oberösterreich, wechselten mit der österreichischen Volkshymne das „deutsche Lied", Arndts „Was ist des Deutschen Vaterland", auch „Schleswig-Holstein meerumschlungen". Eine charakteristische Feier wurde in der Grenzstadt Braunau am Inn begangen, wohin die beglückende Kunde erst am 18. März gelangte. Als um 6 Uhr morgens der mit weißen Fahnen geschmückte Postwagen ankam, löste der Kondukteur Voglsang drei Pistolenschüsse, was die ganze Stadt sogleich in Aufruhr versetzte. Um 2 Uhr nachmittags wurde ein Festmarsch veranstaltet, die weiß-rote Fahne der Bürgerschaft zwischen einer schwarz-goldenen kaiserlichen und einer weiß-blauen bayrischen vorgetragen. Der Zug überschritt den Fluß, „das grüne Hoffnungsband fester Einigung mit Deutschland", bewegte sich in den ersten bayrischen Ort Simbach, den man mit einer Salve begrüßte, und kehrte von da unter dem Jubel der Einwohnerschaft mit zahlreicher bayrischer Begleitung in die Stadt zurück.

In Prag hatte man nach dem Wagnis vom 11. März und dem demonstrativen Schritte am 12. noch immer ein Gefühl der Ungewißheit, wie alles an höchster Stelle werde aufgenommen werden, und man fühlte sich darum von einem Alp befreit, als der Oberstburggraf Rudolf Stadion am Abend des 15. aus seiner Loge im ständischen Theater dem Publikum das inhaltvolle Wort „Konstitution" hinabrief. Nun kannte die Freude keine Grenzen, es folgten Tage ungetrübter Wonne, „voll des Glanzes und Schimmers; auf aller Mienen strahlte die Höhe der Zeit, und wer diese nicht verstand, der lächelte mit, weil er die Guten und Weisen in Freude sah"[1]. Es wurden Anstalten getroffen, die Landespetition durch eine zahlreiche Deputation an den Stufen des Thrones niederzulegen. Ein frei zusammengesetzter Ausschuß, das St-Wenzelskomitee, war für den Augenblick alles in allem. Es ersetzte die zur Stunde noch nicht vorhandene konstitutionelle Stadtvertretung und den unter den geänderten Verhältnissen in seiner alten Form unmöglichen Landtag. Alles verlangte vom Komitee Auskünfte, Belehrungen, Weisungen. Man blieb auch nicht müßig, von

---

Linz, wo die Behörden die an den Linien zu entrichtende Abgabe für Obstmost, ein Haupterzeugungsmittel der unteren Klassen, herabsetzte. Über die Konstitutionsfeier in Triest s. „Aus Böhmen nach Italien" 192 f.

[1] Hansgirg, Physiognomie der Stadt Prag in den März- und Apriltagen 1848, Prag 1848, 11.

den über Nacht gekommenen Errungenschaften Gebrauch zu machen. Eine Nationalgarde war in der Bildung begriffen, daneben ein und das andere Sonderkorps, wie die „Konkordia" der Künstler und die „Svornost" von ausgesprochen nationalem Gepräge, die bald zu großem Ansehen und Einfluß gelangte. Ihre Benennung war der böhmische Ausdruck für das lateinische Wort concordia. Ihre Mitglieder hatten eine einfache und schmucke Tracht: graue, nach polnischer Art zugeschnittene, weiß und rot verschnürte Röcke, schwarze Beinkleider mit weiß-roten Streifen und rote, mit grauem Pelzwerk verbrämte Mützen mit einer Hahnenfeder. Ein anderes Korps war die „Slavia": polnische Konfederatki auf dem Haupte, einen phantastischen, vom Maler Karl Swoboda entworfenen Anzug am Leibe. Die Slavia genoß den Ruf einer edlere Zwecke verfolgenden Körperschaft, wofür mehrere ihrem Ausschusse angehörende strebsame junge Dichter und Gelehrte zu sprechen schienen, neben denen wohl einzelne Elemente andern Charakters, heftigerer Gemütsart Eingang fanden. Ein schönes Beispiel gegenseitiger Achtung und Anerkennung gaben die Schriftsteller Prags, die auf Karl Egon Eberts Anregung zusammentraten und ihren ernsten Entschluß aussprachen, in Schrift und Wort dem Grundsatz vollständiger Gleichberechtigung treu zu bleiben, „daß weder die Deutschen vor den Böhmen noch die Böhmen vor den Deutschen irgend einen Vorzug genießen sollten" [1].

Auch in andern Hauptstädten der Monarchie zeitigte der Geist der neu gewonnenen Freiheit die schönsten Früchte und erfüllte alle Klassen der Bevölkerung mit frohen Hoffnungen. Es wurden Dank- und Huldigungsadressen an den gütigsten der Monarchen, nicht ohne Einflechtung dieser und jener Bitte in öffentlichem Interesse, vorbereitet. So in Salzburg, wo für diesen Zweck drei Vertreter der Stadtgemeinde nebst dem Kanonikus Dr Maximilian Tarnoczy als Vertreter des einst souveränen Erzstiftes ausersehen wurden. Unter den Vertretern der Stadtgemeinde befand sich der Advokat Dr Aloys Fischer, eine der volkstümlichsten Persönlichkeiten von Salzburg; da er nicht Bürger der Stadt war, verlieh man ihm auf der Stelle das Ehrenbürgerrecht [2].

Der ständische Ausschuß des Herzogtums Steiermark hatte am 3. März den Beschluß gefaßt, den Frühlingslandtag, statt nach einer alten Gewohnheit für den Monat April, schon für den 15. März auszuschreiben und eine Bitte an den Kaiser zu beantragen, ständische Abgeordnete aus allen Erblanden nach Wien einzuberufen, damit diese in alle Teile des Staats-

---

[1] „Bohemia" 1848, Nr 47, S. 1. An der Spitze stand der Name Šafaříks als Vorsitzenden; darauf folgten Palacký, Ebert, Kuranda, Moritz Hartmann, Mikowec, Wocel, Sabina, Hanka, Alfred Meißner, Karl Hawliček, Tomek, Joseph und Hermenegild Jireček, Brauner, Zippe, Volkmann, Pelzel und eine große Anzahl anderer. Vgl. Helfert, Graf Leo Thun 22—27.

[2] Helfert, Aloys Fischer 35.

haushaltes Einsicht nähmen, eine zeitgemäße Vervollständigung der landständischen Institutionen, überhaupt alle Maßregeln berieten, welche dienen könnten, das allgemeine Vertrauen zurückzuführen und das Gemeinwesen in einer zufriedenstellenden Weise zu gestalten. Als nun am 15. März der Landtag zusammentrat, meldeten sich beim Landeshauptmann Grafen Johann Franz Hardegg zwei Deputationen: der Stadtgemeinde von Grätz und der Grätzer Bürgerschaft. Die Petition der letzteren trug bei sechshundert Unterschriften und war in allerradikalstem Sinne abgefaßt; nebst den gewöhnlichen Punkten, wie Preßfreiheit 2c., wurde darin verlangt: inniger Anschluß an Deutschland, kein Bündnis mit Rußland, Aufhebung jeder Körperstrafe, Vereidigung des Militärs auf die Verfassung, Dotierung der Geistlichkeit aus Staatsmitteln und Einziehung der Kirchengüter für Landeszwecke u. dgl. m. Das wichtigste und vernünftigste waren die Forderungen einer zeitgemäßen Vertretung des Bürger- und Bauernstandes beim Landtage und der Teilnahme der Landesvertretung an der Gesetzgebung und an der Besteuerung[1].

Am spätesten gelangte die frohe Botschaft nach Galizien und rief hier Erscheinungen verschiedenen Charakters hervor. Während sie am 17. die Gemüter der Krakauer Austryaken mit der gleichen Freude erfüllte, wie dies in andern Städten der Monarchie der Fall war, wurde bei den Polen der Stadt ein Wunsch rege, auf dessen unverzüglicher Erfüllung sie bestanden: die Befreiung der politischen Gefangenen. Eine Anzahl von Adeligen und Bürgern, von einer großen Menschenmenge begleitet, begab sich zum k. k. Hofkommissar Grafen Moritz Deym, um ihm diese Bitte vorzutragen, während sich andere Massen vor dem Kriminalgebäude sammelten, des Augenblickes harrend, da sich die Pforten des Gefängnisses öffnen würden. Nach längeren Verhandlungen, welche die aufgeregte Ungeduld sowohl in der Johannisgasse, wo die Wohnung des Hofkommissars umdrängt wurde, als im St-Michaelsgäßchen vor dem Strafhause zu einem Grade steigerte, der einen gewaltsamen Losbruch befürchten ließ, gab Deym im Einverständnis mit dem kommandierenden Feldmarschalleutnant Grafen Castiglioni endlich die Bewilligung, was mit einem Schlage die gereizte Stimmung der Menge in maßloses Entzücken versetzte: „Es lebe der Kaiser! Es lebe Deym! Es lebe Castiglioni!“ Graf Adam Potocki und der General eilen vom Hofkommissar in das Kriminalgebäude. Potocki führt die Gefangenen einzeln heraus, jauchzende Hurra empfangen sie, man umarmt, man küßt sie und führt sie im Triumph durch die Stadt; Castiglioni und Potocki werden von den stürmischen Huldigungen der Leute fast erdrückt, auf die Schultern emporgehoben; selbst die Schildwachen empfangen herz-

[1] Ilwof, Der provisorische Landtag des Herzogtums Steiermark 1848, Graz 1901, 14—25.

liche Küsse. Bei einbrechender Dunkelheit wurden wie auf Kommando alle Fenster erleuchtet und eine frohbewegte Menge belebte die Straßen bis in die tiefe Nacht hinein.

In Lemberg war im ersten Augenblick alles von Freude und Dankbarkeit erfüllt, Polen eilten auf Deutsche zu, umarmten und küßten sie: Wszyścy jesteśmy bracia — „Wir alle sind Brüder!" Der Ruthene Ustyanowicz rief seinen Stammesgenossen zu: „Lasse den Mut nicht sinken, mein Volk! Dein gesegnetes Land, von Milch und Honig überfließend, bedarf nur der Strahlen der Aufklärung, um sich in ein wahres Paradies umschaffen zu lassen." Am 19. traf die Nachricht von den Krakauer Vorgängen ein, und nun ließ sich die Freilassung der politischen Gefangenen auch in Lemberg nicht aufhalten. Doch die allgemeine Bewaffnung, die man gleichzeitig verlangt, glaubt der Gouverneur Graf Franz Stadion ohne höhere Ermächtigung nicht zugeben zu können und setzt dem Drängen der Ungeduldigen seinen festen Willen entgegen. Als hierüber drei Tage später ein Aufruhr loszubrechen droht, läßt der kommandierende General Baron Hammerstein die ganze Garnison ausrücken, was den Unruhestiftern einen so heilsamen Schrecken einflößt, daß sie von jedem weiteren Versuche ablassen. „Meine Herren", sagte Stadion am Abend, matt und erschöpft von den Mühen und Aufregungen des Tages, zu seinen Beamten, „Sie haben heute gesehen, wie eine Revolution anfängt, Sie haben aber auch gesehen, wie man den Ausbruch im Beginn unterdrücken kann!" [1]

8.

Die Stadt Berlin war seit dem Anbruche der Märztage belebter als je. Viele Fremde waren da zusammengeströmt, Deutsche aus dem Süden und Westen, aber auch Leute von jenseits des Rheins, und die Menge zirkulierender französischer Fünffrankenstücke fiel auf. Aus Leipzig zeigten sich angebliche Studenten, die aber bald als Polen erkannt wurden, wie sich überhaupt diese damaligen Allerweltsverschwörer und Gewohnheitsrevolutionäre allerorts bemerkbar machten, wo sie im trüben fischen zu können hofften [2].

---

[1] Helfert, Der Krakauer Emigrantenaufstand 1848, Wien 1890, 5—7; Graf Leo Thun 249—251.

[2] Diest, Erlebnisse, Berlin 1898, 5 f. Busch, Die Berliner Märztage, München u. Leipzig 1899, 57. Vgl. Prinz Kraft-Hohenlohe, Aus meinem Leben I, Berlin 1897, 16: „Es konnte nicht unbemerkt bleiben, daß plötzlich eine bedeutende Menge französischen Geldes in Berlin auftauchte. Namentlich verbreiteten sich die damals noch ganz unbekannten Fünffrankenstücke in ansehnlicher Menge und in den schlechtesten

Am rührigsten ging es in den ebenerdigen Räumlichkeiten der am Rande des Tiergartens liegenden Restaurationsetablissements zu und im Freien vor ihnen, „unter den Zelten", wie man es nannte. Schon am 6. März hatte daselbst eine Versammlung stattgefunden, um sich über die an den König und die Regierung zu richtenden Forderungen zu besprechen; es waren aber nur wenige Personen, die daran teilnahmen. Am Tage darauf war die Versammlung schon zahlreicher; am 9. zählte man an die tausend, die in der Gartenwirtschaft nicht alle Platz fanden, so daß bei offenen Fenstern debattiert werden mußte. Es wurde eine Adresse angenommen, die an die Stadtverordneten geleitet und durch diese zugleich mit einer eigenen Adresse dem König überreicht werden sollte. Am Montag, 13. März, war die Menge schon so groß, daß bei dem anhaltend schönen Wetter die in der Mitte des Platzes vor den Wirtshäusern befindliche Orchestertribüne von Stegreifrednern benutzt wurde. In der Stadt wurde das Militär in den Kasernen bereit gehalten, die Infanterie mit scharfen Patronen. Die Truppen im Schlosse kommandierte General Möllendorf. In der Stadt gab es Zusammenstöße zwischen aufgehetzten Burschen und kommandierten Soldaten, die zuletzt mit der blanken Waffe Ernst machen mußten[1]. Am 14. erschien eine städtische Deputation unter Führung des Bürgermeisters Krausnick vor dem Könige, der die baldige Einberufung des Vereinigten Landtages versprach. Bei Entlassung des Ständeausschusses sagte der König beschwichtigend: „Wenn es überall siedet und gärt, kann Berlin nicht auf dem Gefrierpunkt bleiben." Was ihn mehr beunruhigte und ärgerte, waren die Vorgänge in Frankfurt. „Dort wächst", schrieb er an den Ritter v. Bunsen, „mit dem Gefühle der Schwäche der Entschluß zu unsinnigem, frevelhaftem Gelüste . . . Gagern will den Krieg mit Dänemark, Welcker will mich morgen oder übermorgen zum Kaiser ausrufen lassen. Ich mache Dänemark nicht den Krieg. Ich nehme jene Krone nicht an. Beide wissen beides — und tun es doch. Sie halten mich für einen Pinsel."[2]

Die Nachrichten vom Losbruch in Wien kamen nach Berlin am 16. März, und nun gab es weder für die Regierung noch für die nach vorwärts drängende Bewegung mehr ein Zaudern[3]. Die Zusage einer beschleunigten

---

Kneipen." Über andere Vorboten nahenden Sturmes Hohenlohe, Aus meinem Leben I 17—20. Der Verfasser meint, „daß der Anschlag Verbindungen in den höheren Kreisen gehabt haben müsse".

[1] Genée, Zeiten und Menschen, Berlin 1899, 53—56; der Verfasser schildert als Augenzeuge.

[2] A. v. Ranke, Briefwechsel Friedrich Wilhelm IV. mit Bunsen, Leipzig 1879, 261.

[3] Adolf Wolff, Berliner Revolutionschronik, Berlin 1851. Durch reichhaltige Benutzung zeitgenössischer Quellen wertvoll, aber was besonders interne Vorgänge betrifft, durch spätere Mitteilungen von anderer Seite vielfach überholt.

Einberufung des Vereinigten Landtages wurde vom Publikum mit großer Befriedigung aufgenommen. Doch auf der Gasse währte die Gärung fort, ohne daß ein bestimmtes Losungswort deutlicher hervortrat. Aus dem Schoße der Bürgerschaft ging eine organisierte Schutzkommission hervor, deren Mitglieder, eine weiße Binde um den Arm, einen weißen Stab in der Hand, begütigend auf die Menge einzuwirken suchten. Sie wurden an vielen Orten vom Pöbel gehöhnt und bedrängt, so daß Militär ihnen zu Hilfe kommen mußte. Aus einem solchen Anlaß flüchtete eine Abteilung Schutzmannschaft zur Kriegswache; der befehlende Hauptmann v. Cosel ließ vorrücken und, als die Menge keine Vernunft annehmen wollte, nach dreimaligem Trommelstreich Feuer geben; drei Leute wurden getroffen, die andern flohen, und der Platz war wie abgefegt.

Der 17. März verging ohne ernstlichen Zusammenstoß. Die zwei vom Platz in das königliche Schloß führenden Portale waren, da sie keine Gitter hatten, vom Militär stark besetzt; im Hofraum standen zwei Bataillone und eine Schwadron Dragoner. An diesem Tage waren zwölf Vertrauensmänner aus Köln in Berlin eingetroffen, und sogleich verbreitete sich das Gerücht, die Rheinprovinzen drohten mit dem Abfall, falls ihren Forderungen die Gewährung versagt würde. „Wir können nur vierundzwanzig Stunden hier bleiben“, sagte Herr v. Wittgenstein, der den Sprecher machte, zum Minister v. Bodelschwingh; „das Volk harrt auf unsere Rückkunft, mit jeder Stunde wächst die Gefahr.“ „Wann sind Sie von Köln abgereist?“ „Gestern.“ „Ja, diese Eisenbahnen“, seufzte der Minister; „sie lassen einem keine Zeit zur Besinnung!“ Am 18. März, um 10 Uhr vormittags, hatten sie Audienz beim Könige; der Prinz von Preußen und der Oberpräsident der Rheinprovinz, v. Eichmann, waren um ihn. Die Liebe zu Deutschland, sagte Friedrich Wilhelm, sei ihm mit der Muttermilch eingeimpft; wenn man aber von ihm verlange, er solle sich an die Spitze von Deutschland stellen, so müsse er das ablehnen. „Ich bin nicht der erste in Deutschland, ich bin auch nicht der dritte, ich bin der zweite. Österreich gebührt der Vorrang. Für alles in der Welt möchte ich nicht den Schein auf mich laden, als usurpiere ich etwas, was mir rechtlich nicht zukommt.“ Was die andern ausgesprochenen Wünsche betraf, versprach der König das Beste. Die Deputierten baten um eine schriftliche Erklärung. „Genügt, mein Wort nicht?“ „Nein, Majestät“, erwiderte Wittgenstein, „das königliche Wort genügt nicht mehr; das Mißtrauen beim Volk ist so groß, daß es nichts mehr glaubt, was nicht durch eine schriftliche Antwort dokumentiert ist.“ Es entstand eine Pause. Der König holte tief Atem und sagte: „Also so weit ist es gekommen?“ „Ja, Majestät, es ist so!“ Friedrich Wilhelm verwies sie auf die Patente, die soeben erschienen, und entfernte sich. Prinz Wilhelm blieb zurück und erklärte sich in scharfer Rede gegen das, was durch die Massen erzwungen werden wolle; Se Majestät

habe ihn zum Gouverneur ihrer Provinz ernannt, und er gedenke sich in ein paar Tagen auf seinem Posten einzufinden[1].

Im Publikum war alles von den besten Hoffnungen erfüllt. Ein Extrablatt der Allg. Preuß. Zeitung brachte ein Patent Friedrich Wilhelm IV., gegengezeichnet vom Prinzen Wilhelm von Preußen und allen Ministern: Einberufung des Vereinigten Landtages für den 2. April, zugleich mit einem Programm für Reform der deutschen Bundesverfassung. Ein zweites Patent hob die Präventivzensur auf und führte Zeitungskautionen ein. Die Schutzmänner, denen der Magistrat den Inhalt der Patente bekannt machen ließ, brachten dem Könige Hochrufe aus, und eine frohe Stimmung griff in weitesten Kreisen um sich. Alles strömte vor den königlichen Palast, aus den fernsten Stadtteilen kamen Leute herbei. Die ausgegebenen Erlasse wurden verschiedenen Gruppen vorgelesen und mit Begeisterung aufgenommen; dazu verlautete etwas von der Entlassung des Ministeriums Eichhorn. Friedrich Wilhelm zeigte sich auf dem Balkon und wurde jubelnd begrüßt; seine Versuche, zu dem Volke zu sprechen, wurden von dem allgemeinen Beifall verschlungen. Der Minister v. Bodelschwingh, der hinter dem König stand, war voll freudiger Zuversicht; allein der Polizeipräsident v. Minutoli warnte: „Majestät, geben Sie auf diesen Jubel nichts, die Revolution geht gleich los!“[2]

In der Tat — es war zwischen 1 und 2 Uhr nachmittags — änderte sich die Szene plötzlich, ohne wahrnehmbaren Anlaß; alles geriet in eine eigentümliche Bewegung; in einzelne noch hervorbrechende Vivats mischten sich Rufe: „Militär weg!“ die immer lauter und stürmischer wurden. Der König erschien zum zweitenmal auf dem Balkon, zog sich aber sogleich zurück: „Das ist nicht mehr mein Volk, mit solchen Leuten rede ich nicht!“ Die Menge drängte nach dem Schlosse. Es wurde Befehl gegeben, den Platz zu säubern. Eine Abteilung Dragoner ritt auf und nahm längs der ehemaligen Stechbahn Aufstellung. Jetzt erschollen von allen Seiten Ausrufe der Entrüstung. Doch schien die Säuberung des Platzes ohne Anwendung von Gewalt zu glücken. Da, als ein Zug vom Kaiser-Franz-Regiment von der Breitenstraße zur Kurfürstenbrücke vorging, um die Menge von diesem letzten Stücke des Platzes zu verdrängen, gingen zwei Schüsse aus in die Höhe gehaltenen Gewehren harmlos in die Luft. Allein nun ertönte es unheilvoll: „Verrat, das Militär hat auf uns geschossen!“ und verbreitete sich wie ein Lauffeuer über die nächsten Teile der Stadt[3].

---

[1] Raveaux, Die rheinische Deputation in Berlin: Kolatschels Monatsschrift 1850 I 403—408.

[2] Diest, Erlebnisse 6 f.

[3] „Ein so jäher, furchtbarer Umschlag in der Stimmung, wie er nun auf dem Schloßplatze stattfand, hat etwas wahrhaft Tragisches“ (Genée, Zeiten und Menschen 61). Dieser Umschlag hatte zugleich etwas so Unerklärliches, daß die meisten Erzähler eine von langer Hand vorbereitete Einwirkung fremder Elemente behaupten, was viel Wahr-

Der Platz war bald leer, aber die Nachwirkung des unvorhergesehenen Zwischenfalles war fürchterlich. Die Erbitterung der Menge ging in wahre Wut über, die in immer weiteren Kreisen um sich griff und von den gehässigsten Kommentaren begleitet wurde: Die königlichen Proklamationen seien Lug und Trug, bloße Lockmittel für das arglose Volk! Jetzt zeige der Tyrann seine wahre Gesinnung, um eine vertierte Soldateska auf die unschuldige Menge loslassen zu können! Selbst ruhige und besonnene Leute wurden von dem allgemeinen Taumel fortgerissen. „Ich habe es mit eigenen Augen gesehen", bezeugt ein Zeitgenosse, „wie die braven Männer, die in den letzten Tagen zum Zwecke der Beruhigung der Gemüter sich aller Unbill des randalsüchtigen Pöbels aussetzten, jetzt ihre weißen Stäbe wütend zu Boden warfen und ihre weißen Binden vom Arme rissen."[1]

Dieser jähe Umschwung vom Freudigen zum Furchtbaren übte im königlichen Schlosse eine betäubende Wirkung. Der Polizeipräsident eilte in das Schloß, fand aber keinen Zutritt zum König. Der Oberschloßhauptmann Graf Friedrich Ludwig Arnim durchritt die nächsten Straßen, versuchte Beschwichtigung, indem er an die königlichen Patente erinnerte. Aus dem Schlosse wurde von zwei Bürgern durch die Königstraße ein zwischen zwei Stangen befestigtes Stück Papier getragen, auf welchem mit großen Buchstaben geschrieben war: „Ein Mißverständnis! Der König will das Beste!" Allein Arnims Anreden verklangen wirkungslos, und das Friedenszeichen verschwand bald in dem unaufhaltsamen Sturm der Empörung. Die Aufregung war ungeheuer. Aus einem Fenster war eine preußische Fahne ausgesteckt. „Weg damit! Schwarz-Rot-Gold wollen wir!" Als jene verschwand, tosender Beifall.

Schon waren Barrikaden im Bau begriffen, die ersten kümmerlich von ungeübten Händen; es waren nicht gleich Lehrmeister zur Hand. Die armen Droschken waren die ersten, die angehalten, ausgespannt, umgestürzt wurden. Das Königsstädter Theater auf dem Theaterplatz mußte Dekorations- und Maschinenstücke herausgeben. Von den Straßengossen wurden die Deckbretter abgehoben; dann ging es ans Aufreißen des Pflasters. All das voll-

---

scheinlichkeit hat. Es wurde von vier berittenen Polen gesprochen, die sich während des Aufstandes als besonders wirksam erwiesen hätten, und Polen seien es gewesen, die sich nach dem Siege offen und laut gerühmt hätten, die Revolution eingeleitet und ausgeführt zu haben. Im Gegensatz zu diesen Behauptungen versichert zwar Genée (a. a. O. 64 f), er habe in der ganzen Zeit, wo er sich mitten im Volke bewegte, „nie einen Menschen angetroffen, den man für einen Polen oder Franzosen halten könnte", allein S. 83 führt er an, man habe nach dem Ende des mörderischen Kampfes dreiunddreißig der Leichen nicht zu agnoszieren vermocht; waren das nicht etwa Fremde? Auch bei dem kunstvollen Bau vieler Barrikaden, die doch für den eingebornen Berliner etwas ganz Neues waren, scheinen auswärtige Künstler Hand angelegt zu haben. Vgl. Hohenlohe, Aus meinem Leben 45 u. 58 „die zwei französisch sprechenden Herren".

[1] Genée a. a. O.

zog sich mit einer ungeahnten Schnelligkeit, die endlose Friedrichstraße war voll Barrikaden, und so war es bald in allen Stadtteilen, man sprach, wohl übertrieben, von mehr als neunhundert. Sämtliche Straßenkreuzungen waren durch Bollwerke abgesperrt, überall von improvisierten, meist dreifarbigen Fahnen überschattet, „ein beinahe festlicher Anblick". Es waren wahre Meisterwerke ihrer Art darunter, besonders beim kölnischen Rathaus und auf dem Alexanderplatz, deren Herstellung ohne vorausgegangenen Unterricht oder fachmännische Leitung an Ort und Stelle kaum zu erklären war.

Gegen 4 Uhr nachmittags begann das Vorrücken der Truppen und damit der Kampf, der sich bald über alle Stadtteile verbreitete. Die ersten Hindernisse, notdürftig zusammengeschleppt, waren bald genommen; aber dann versperrten stärkere Bollwerke den Weg, bei denen die Verteidiger anfangs im Vorteile waren. Dem Militär war diese Art des Kampfes etwas Neues, es waren auch die nötigen Werkzeuge zum Einschlagen von Türen und Zwischenwänden nicht gleich bei der Hand. An manchen Stellen, wo entschlossene Führer kommandierten, gab es zähen Widerstand und empfindliche Verluste. Eine starke Barrikade in der Taubenstraße leitete ein Student, der mit fliegenden Haaren im dichtesten Kugelregen seine Befehle gab, wobei er mutig eine dreifarbige Fahne schwenkte. Der Kampf war mörderisch. Die Schüsse auf das Militär kamen meist aus dem Hinterhalt; es waren Projektile der verschiedensten Art, darunter kleine Marmorkugeln, wie sie Kinder zum Spielen brauchen, und Stahlfedern, die besonders gefährlich waren. Auch siedendes Wasser und Öl wurde auf die Soldaten herabgegossen. Unter den Kämpfenden befand sich an vielen Orten wahres Gesindel, in Lumpen gekleidete Leute, das Hemd auf der Brust offen, meist zur Raserei berauscht von mit einem Absud von Tabak vermischtem Branntwein[1]. Auf dem Alexanderplatz fand das Militär so ernsten Widerstand, daß es nicht weiter vordringen konnte. An der Barrikade beim kölnischen Rathause gab es einen mehrstündigen Kampf, ehe sie genommen war; auf die Dauer war der undisziplinierte und schlecht bewaffnete Volksmann der ausdauernden Tapferkeit des Soldaten doch nicht gewachsen. Der Kampf währte bei hellem Mondenschein bis Mitternacht, wo er mit dem durchschlagenden Erfolge der gesetzlichen Macht endete; der Morgen wurde erwartet, um den Sieg durch einen letzten Vorstoß vollständig zu machen[2].

---

[1] Hohenlohe, Aus meinem Leben 32.

[2] Busch, Die Berliner Märztage 20 f. Raveaux (Die rheinische Deputation in Berlin: Kolatschels Monatsschrift 1850 I 409—423) und Gutzkow (Rückblicke auf mein Leben, Berlin 1875, 332—343) bringen interessante Details, die gleichwohl bei letzterem, einem phantasievollen Dichter, nicht alle buchstäblich zu nehmen sein dürften. Beide leugnen nach ihren Wahrnehmungen entschieden das Eingreifen von auswärts gekommener Emissäre. Es sei, meint Raveaux, ganz unrichtig, daß „fremdes Gesindel und Unruhestifter" die Revolution angezettelt hätten; die ganze Berliner Bevölkerung sei spontan

Die erlittenen Verluste waren auf beiden Seiten empfindlich, bei den Aufständischen allerdings ungleich größer. Bei siebenhundert Gefangene waren vorläufig in den Kellern des Rathauses und des Kriegsministeriums untergebracht, um am Morgen des kommenden Tages, viele mit auf dem Rücken zusammengeschnürten Händen, nach Spandau abgeführt zu werden.

In der Umgebung der Hauptstadt herrschte besorgte Aufregung; in Potsdam und andern Städten waren Gerüchte der furchtbarsten Art in Umlauf: Mord und Plünderung, das königliche Schloß stehe in Flammen u. dgl. „Lebt der König noch?" fragten Offiziere ängstlich aus Berlin kommende Reisende; auf die bejahende Versicherung hieß es: „Gott sei Dank!"[1]

Friedrich Wilhelm IV. hatte in seinem Schlosse einen qualvollen Tag zugebracht, bei jedem Schusse war er emporgefahren: „Nein, es kann nicht sein, mein Volk liebt mich!" Gegen Abend erschien Major v. Vincke-Oldendorff, Generalstabsoffizier des Prinzen von Preußen, ein Vetter des vielgenannten Landtagsredners, direkt von seinen schlesischen Gütern kommend, vor dem Könige, dem er ein Schreckbild von der Erschöpfung und Entmutigung der Truppen ausmalte und für den Fall der Fortsetzung des Kampfes die Krone in Gefahr erklärte. Tatsächlich war die Lage des Militärs, trotz der entschiedenen Fortschritte, die es in wenig Stunden gemacht hatte, keine durchaus günstige, die Stimmung nicht bloß der Mannschaft, sondern auch vieler Offiziere eine ziemlich gedrückte, der ein friedsames Ende nicht unerwünscht sein konnte[2]. Anderseits steht es wohl außer Frage, daß das Militär, wenn es zu einer Wiederaufnahme des Kampfes, richtiger, zu einer Beendigung desselben kam, da ja der weitaus größere Teil der Aufgabe bereits gelöst war, seiner Pflicht ebenso unverdrossen und tapfer genügt haben würde wie am Tage zuvor. Daß

bei der Sache gewesen. — Über die Rolle, die Fürst Lichnowsky, der sich in blauer Bluse auf den Barrikaden habe sehen lassen, in diesen Tagen gespielt hat, s. Gutzkow a. a. O. 340 f und Hohenlohe a. a. O. 32. Der letztere erzählt auch, im Gegensatze zu Raveaux und Gutzkow, bei Erstürmung des kölnischen Rathauses habe man Franzosen jammern gehört: Pitié! Vous êtes donc pire que les Russes!

[1] Boguslawski, Aus der preußischen Hof- und diplomatischen Geschichte, Stuttgart u. Berlin 1903, 244—252: aus dem Briefwechsel Ernestinens v. Wildenbruch.

[2] O. Hartmann, Volkserhebung, Berlin 1900, 53 61. Über die Erschöpfung der Soldaten heißt es bei Raveaux a. a. O. 339: „Die Bloßlegung des Schlosses sah ich selbst. Zwanzig entschlossene Menschen hätten den Treppenaufgang vollständig frei gefunden, dem König ein Abdankungsdekret vorlegen und die Republik proklamieren können ... das Schloß war nur gedeckt von größtenteils schlafenden, völlig apathisch gewordenen Kriegern." Auf der Gegenseite war die Entmutigung nicht minder groß. Einer der Führer des Aufstandes, der nach Mitternacht nach Hause kam, befahl einzupacken: alles sei verloren, seine Leute, überall den Truppen unterlegen, weigerten sich, weiter zu kämpfen (Hohenlohe a. a. O. 36).

die Vorstellungen Vinckes auf den in seinen Nerven durch die Vorgänge des Tages erschütterten König nicht ohne tiefen Eindruck blieben, war wohl erklärlich. Als sich gegen Mitternacht der kommandierende General v. Prittwitz vorstellte, um die Befehle seines obersten Kriegsherrn entgegenzunehmen, fand er Friedrich Wilhelm unschlüssig; er wurde ohne bestimmte Weisungen mit einem „Gute Nacht" und „Wohl zu schlafen" verabschiedet. Der König aber setzte sich hin, schrieb einen Aufruf „An Meine lieben Berliner" und sandte das Schriftstück noch in der Nacht an Bodelschwingh: „Jede Korrektur meines Manuskriptes nehmen Sie nach Belieben vor."[1]

Mit dem frühesten Morgen drängten sich in steigender Zahl Deputationen aus Bürgerkreisen in die Nähe des Monarchen. „Die königliche Halle", schildert der mitanwesende General v. Natzmer, „glich einer Börsenhalle und zu mehreren Tageszeiten einer Restauration." Der gewöhnliche Gottesdienst fand statt; der Hofprediger Strauß erinnerte den König mit merkwürdigem Ungeschick an den biblischen Spruch: Gott werde den erhöhen, der sich erniedrige. Um 10 Uhr vormittags fand sich eine Deputation mit dem Bürgermeister Naunyn an der Spitze ein, die den König versicherte, in der Königstadt seien schon drei Barrikaden eingeebnet. Bereits hatte Friedrich Wilhelm den Grafen Adolf Heinrich v. Arnim-Boitzenburg mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt; Bodelschwingh sollte einstweilen die Geschäfte fortführen. Zwischen dem antretenden und dem abtretenden Minister kam es sogleich zu einem folgenschweren Meinungsstreit: Arnim war für das Zurückziehen der Truppen, Bodelschwingh für die Fortsetzung des Kampfes. Friedrich Wilhelm entschied für Arnim. Sein Bruder Wilhelm warf seinen Degen mit den Worten auf den Tisch: er könne ihn nicht weiter mit Ehren tragen. Generalleutnant v. Prittwitz versuchte Einwendungen, und Natzmer warnte: der Abmarsch der Truppen sanktioniere die Revolution. Doch Bodelschwingh sagte: „An den Worten des Königs darf nicht gedreht und gedeutelt werden." Er verfügte sich in den Sternensaal und machte denen, die dort auf allerhöchste Befehle warteten, im Auftrage des Königs bekannt: im Vertrauen auf die Behauptung, daß mit dem Wegräumen der Barrikaden der freiwillige Anfang gemacht sei, sollen die Truppen aus den Straßen und Plätzen zurückgezogen, jedoch das Schloß, das Zeughaus und andere öffentliche Gebäude mit starker Hand besetzt werden[2].

---

[1] Busch, Die Berliner Märztage 23 f.

[2] Ebd. 25—28. Diest (Erlebnisse 14) meint zwar, sein Onkel Bodelschwingh habe in jener Zeit wiederholt geäußert, kein Mensch wisse, wer den verhängnisvollen Befehl gegeben; allein Busch, der alle Zeugnisse sorgfältig geprüft hat, schrieb nach Diest, den er wiederholt zitiert. Vgl. Hohenlohe, Aus meinem Leben 45—51, über die Frage, wer die Schuld an dem Zurückziehen der Truppen gehabt habe: nachträglich habe keiner, auch der König nicht, den Befehl dazu erteilt haben wollen.

Die Ausführung des königlichen Befehls war Sache des Generalleutnants v. Prittwitz, der die Befugnisse des Militärkommandanten und des Gouverneurs von Berlin in seiner Person vereinigte; er ließ das königliche Gebot durch Offiziere des Generalstabes in Uniform mit Schärpe an alle Truppenabteilungen überbringen. Zwei Offiziere mit weißen Tüchern durchritten die Straßen, wo sich allenthalben eine frohe Stimmung einstellte, um so mehr, als sich gleichzeitig die Nachricht von einem Wechsel des Kabinetts verbreitete. Leider sollte es auch an diesem Tage an einem überaus häßlichen Auftritte nicht fehlen. Ein Möbelwagen, darauf mit Blumen geschmückte Leichen mit offenen Wunden, fuhr im Schloßhof auf, und Stimmen aus dem rohen Haufen schrieen zu den Fenstern hinauf, der König solle sich zeigen. Graf Arnim und der gleichfalls in das neue Kabinett berufene Graf Maximilian Schwerin suchten von der Galerie herab zu beschwichtigen, allein immer lauter, immer stürmischer tönten die Rufe: „Der König! Der König soll kommen!" Da trat der tiefgebeugte Monarch, an seinem Arme die kranke, totenbleiche und weinende Königin, auf die Galerie und winkte mit der Hand, daß er sprechen wolle, begann auch einigemal mit den Worten: „Sie haben mir vor einer Stunde das Versprechen gegeben" ... Allein wüster Lärm übertönte seine Worte, und von unten schrie man: „Hut ab!" Der König entblößte schweigend das Haupt. Da hoben die Träger ihre Leichenbahren hoch hinauf unter dämonischem Zurufe: „Gib uns unsere Brüder, unsere Väter wieder!" und stimmten dann, um den infernalen Akt zu krönen, den Choral an: „Jesus, meine Zuversicht", nach dessen Beendigung Friedrich Wilhelm seine kaum sich aufrecht haltende Gemahlin in ihre Gemächer zurückführte[1].

Im Publikum hatte schon am Tage zuvor die Erbitterung gegen den Prinzen Wilhelm von Preußen um sich gegriffen, den die öffentliche Stimme als „Kartätschenprinzen" bezeichnete, weil sie ihm allein das scharfe Vorgehen des Militärs zur Last legte. Der Wunsch des Königs, daß sich der Prinz für einige Zeit aus Berlin entferne, genügte diesem nicht; an strenge militärische Disziplin gewöhnt, verlangte er einen schriftlichen Befehl, für welchen der Vorwand einer diplomatischen Mission nach London herbeigezogen wurde. Die feindselige Stimmung gegen ihn verbreitete sich über alle Teile des Königreichs; in einer Volksversammlung, die in diesen Tagen in Koblenz abgehalten wurde, donnerte vom Tische herab ein junger Jurist gegen den „volks- und freiheitsfeindlichen" Prinzen und beantragte unter dem rasenden Jubel der Masse dessen Unfähigkeitserklärung zur Thronfolge[2].

Daß der besonnenere Teil der Berliner Bevölkerung sich über die Beilegung des gräßlichen Streites freute, war doch begreiflich genug; sie

[1] Reichensperger, Erlebnisse 19 f. [2] Ebd. 29.

jubelten und riefen: Friede! Aus den Fenstern wehte man den Truppen mit weißen Tüchern zu, Offiziere wurden von Unbekannten auf der Straße umarmt und geküßt. Doch anders war es bei der Hefe des Volkes, deren satanischer Jubel sich mit Rachedurst verband und gegen das Militär wie auch gegen Personen aus dem Zivil wandte, von denen bekannt wurde, daß sie sich gegen die Truppen human betragen hatten. Übel erging es z. B. dem Handschuhmacher Wernicke, der für die in seiner Nähe postierten Soldaten Kaffee hatte kochen lassen; seine in der Friedrichstraße gelegene Wohnung wurde gestürmt, sein ganzes Mobiliar auf die Straße geworfen und verbrannt. Zwei Adjutanten des Königs, Graf Münster und Albert v. Neumann, die in eine Kaserne Befehle zu überbringen hatten, wurden unterwegs vielfach insultiert und mit Steinen beworfen; als ihnen die Kameraden für den Rückritt Bedeckung geben wollten, lehnten sie es ab: nach dem, was sie erlebt, könne ihnen nichts Willkommeneres passieren, als totgeschlagen zu werden. General v. Möllendorf geriet in die Hände einer wilden Bande, die ihn zerrissen haben würde, wenn ihn nicht ein Bürger dadurch gerettet hätte, daß er ihn für gefangen erklärte. Einzelne Kasernen wurden von wüsten Rotten überschwemmt, und das Militär durfte sich nicht rühren, bis eine Abteilung Bürgerwehr die Canaillen hinaustrieb und den Hof säuberte. Die Offiziere umarmten sich heulend; sie wußten nichts anderes zu tun, es war der Ausdruck der ohnmächtigen Verzweiflung. Vor der Kaserne am Kupfergraben sammelte sich Pöbel, um sie zu stürmen; über Aufforderung ihres Obersten beschlossen die Offiziere, ihre Säbel zu versorgen und wehrlos dem Volke entgegenzutreten. Denn es war strenger Befehl gegeben, von der Waffe keinen Gebrauch zu machen; der König, hieß es, sei in der Umgebung des Volkes, und eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten bedrohe sein Leben. Also ergaben sich die Offiziere in ihr trauriges Schicksal. Ebenso wurden Mannschaften auf der Straße von gemeinen Leuten beschimpft, mit Steinen beworfen, ohne daß sie, vor verhaltener Wut mit den Zähnen knirschend, sich verteidigen durften. Doch nicht immer waren sie zu halten. In einer Infanteriekaserne hatten die Offiziere alle Mühe, ihre Soldaten von den Fenstern wegzubringen, aus denen sie auf die die Kasernen drängende, fluchende und schimpfende Menge schießen wollten. Wenn die Herren Offiziere, sagte der gemeine Mann, die Angriffe und Beleidigungen sich gefallen ließen, so sei das ihre Sache; sie wollten es nicht länger dulden und ertragen. Sie schliffen ihre Säbel und äußerten unverhohlen ihre Lust, auf die Bummler dreinzuschlagen. Unter diesen Umständen verlangten die höheren Offiziere selbst, daß mit dem Befehl zum Ausmarsch nicht länger gezögert werde[1].

---

[1] Hohenlohe, Aus meinem Leben 41 f 52—56 60—69.

Am 20. März gab der König einen Amnestieerlaß hinaus, dessen Wohltat in erster Linie den Insassen des Moabitgefängnisses zu statten kam. Am 2. Dezember 1847 war vom Berliner Gerichtshofe das Urteil in Sachen des großen Polenaufstandes vom Jahre 1846 veröffentlicht worden: als Urheber waren elf genannt, an erster Stelle Ludwig v. Mieroslawski, an letzter Karl Friedrich Libelt; gegen jenen war „Enthauptung durch das Beil", gegen diesen zwanzigjährige Festungsstrafe ausgesprochen. Es folgten sodann die Namen von dreiundfünfzig Teilnehmern mit Festungsarrest von acht, fünfzehn Jahren bis zu „lebenswierigem"; eine große Anzahl „Mitwisser und entfernter Beteiligten" wurden mit geringeren Strafen bedacht[1]. Die ausgesprochene Todesstrafe war nicht in Vollzug gesetzt, und so konnte Mieroslawski teilnehmen an dem Triumphe, den die überseligen Berliner seinen amnestierten Landsleuten bereiteten; denn diese waren es allein, die von dem auf beiden Seiten vergossenen Blute jetzt den Nutzen hatten. Mieroslawski saß oder stand vielmehr im offenen, mit einer polnischen und einer deutschen Fahne geschmückten und von 264 in Freiheit gesetzten Polen umringten Wagen, nach allen Seiten grüßend und dankend, und die Begeisterung seiner Zujubler erreichte einen solchen Grad, daß sie ihm die Pferde ausspannen wollten, oder wie von mehreren Seiten versichert wird, wirklich ausspannten. Der Zug bewegte sich zur Universität, wo Mieroslawski eine französische Ansprache hielt, in der er die Unabhängigkeit des Großherzogtums Posen unter preußischem Schutze verkündete, und von da zum königlichen Schlosse, von dessen Balkon Friedrich Wilhelm IV. mit seinem neuen Minister Grafen Schwerin zur Seite herabgrüßend seine freudige Teilnahme zu erkennen gab.

Am Abend verbreitete sich das Gerücht, der Prinz von Preußen habe sich nur aus Berlin entfernt, um mit einer stärkeren Truppenmacht zurückzukehren; ein russisches Hilfsheer von 15000 Mann stehe vor den Toren. „Der Prinz von Preußen kommt!" lief es von Mund zu Mund. Erhitzte Haufen sammelten sich vor dem Schlosse und verlangten „Verzicht auf die Thronfolge". Andere stürmten gegen das Palais des Prinzen, das sie demolieren wollten; Bürger und Studenten legten sich ins Mittel, indem sie das Haus als „Nationaleigentum" erklärten, was mit großen Lettern an die Mauern geschrieben wurde. Geschäftsleute, die auf ihren Aushängeschildern den Namen des Prinzen von Preußen trugen, fanden für gut, die Tafeln zu entfernen und durch andere zu ersetzen.

* * *

---

[1] Österr. Beobachter 1847, Nr 339 vom 5. bis Nr 341 vom 7. Dezember, S. 1372 f 1376 f 1381 f.

Auf solche Art drohte der 21. neue Schrecken über die Stadt zu bringen. Es kam jedoch anders. Unter Vorantritt des Polizeipräsidenten v. Minutoli und von einer glänzenden Suite begleitet verließ Friedrich Wilhelm IV. hoch zu Pferde sein Schloß und ritt durch die Straßen, wo ihn freudiger Zuruf begrüßte. Einige Stimmen riefen: „Es lebe der Kaiser von Deutschland!“ worauf der König abwehrend: „Nicht doch, das will, das mag ich nicht!“ An der Universität wurde ihm eine schwarz-rot-goldene Schleife überreicht; er nahm sie in die Hand, sprach aber dabei zu den Studenten: „Ich trage Farben, die nicht mein sind. Ich will damit nichts usurpieren, ich will keine Herrschaft, ich will Deutschlands Freiheit, Deutschlands Einigkeit, ich will Ordnung!“ Von der Universität ging der Zug nach dem kölnischen Rathaus, wo die versammelten Stadtverordneten den König feierlich empfingen. Zur gleichen Zeit waren Plakate „An Mein Volk und die deutsche Nation!“ an den Mauerecken zu lesen und wurden in den Straßen verteilt, worin es hieß: „Preußen geht fortan in Deutschland auf.“

Für den 22. war die festliche Bestattung der Opfer des Straßenkampfes vom 18. angesagt. Von einer Seite wurde vorgeschlagen, die Toten vom Zivil mit denen vom Militär unter einer Feierlichkeit zu beerdigen; glücklicherweise wurde dies, was wohl von beiden Seiten Unwillen erregt haben würde, von oben her nicht zugegeben. Die Zahl der gefallenen Bürgerlichen wurde auf 230 angegeben, der bestellten Särge waren aber nur 183. Die Zahl der kampfunfähigen Militärs konstatierten die offiziellen Listen mit 21 Gefallenen, darunter zwei Offizieren, und 254 Verwundeten, darunter 14 Offizieren. Im Publikum wollte man die geringe Zahl der Getöteten nicht gelten lassen; es seien, hieß es, nächtlicherweile große Spreekähne mit Militärleichen heimlich aus Berlin fortgeschafft worden; wo aber diese Kähne gelandet haben sollen, hat man nie erfahren. Aber auch vom Zivil sind nicht alle bekannt geworden, da viele Familien Anstand nahmen, ihre gefallenen Angehörigen unter die Barrikadenkämpfer zu reihen, und sie in der Stille begruben. Der lange Leichenzug bewegte sich vorbei am Königsschlosse, von dessen Balkon Friedrich Wilhelm mit den Ministern entblößten Hauptes herabsahen[1], nach Friedrichshain, wo Bischof Neander die Einsegnung vornahm und die Schützengilde eine dreifache Ehrensalve gab. Vor den offenen Gräbern sprachen nach Wiener Muster ein protestantischer Geistlicher, ein katholischer Priester und ein Rabbiner. Der Prediger Sydow, der den Prinzen und die Prinzessin von

[1] „Ein Fürst, der das Bewußtsein des Sieges gehabt hätte, würde eine solche Verherrlichung des Aufstandes weder geduldet noch weniger ihr beigewohnt haben. Aber der bedauernswerte König trank auch diesen Kelch bis zur Neige“ (Gutzkow, Rückblicke auf mein Leben 343).

Preußen beharrlich aus den Kirchengebeten ausschloß, sprach von den „Sünden der Soldaten"[1].

In den höchsten Regierungskreisen kennzeichnete das neue konstitutionelle System ein rascher Wechsel der Persönlichkeiten. Im Ministerium vom 19. war Graf Arnim für das Äußere, Alfred v. Auerswald für das Innere bestimmt, für die geistlichen Angelegenheiten an Eichhorns Stelle Graf Schwerin ausersehen. Am 20. wurde der Handelskammerpräsident Ludwig (Ludolf) Camphausen aus Köln in den obersten Kronrat berufen, der, als Graf Arnim am 29. um seine Entlassung bat, den Vorsitz im Ministerrate übernahm mit dem Freiherrn Alexander Heinrich v. Arnim[2] als Leiter des auswärtigen Amtes und dem Bankier Hansemann aus Aachen für die Finanzen.

Friedrich Wilhelm begab sich fürs erste nach Potsdam; als er am 22. die Offiziere seiner dort garnisonierenden Truppen empfing, sagte er unter anderem: „Ich bin unter meinen lieben Berlinern ebenso sicher als in Ihrer Mitte!" ein Wort, das die Tapfern, die für ihres Königs Schutz und Sicherheit Leib und Leben eingesetzt hatten, tief verletzte[3].

Im Gegensatze zu den Wiener Ereignissen, die allerorts mit Freude und Jubel begrüßt wurden, riefen jene in Berlin innerhalb und außerhalb der preußischen Grenzen Mißstimmung und Erbitterung hervor. Man beklagte das stromweise vergossene Blut, das mit einem bloßen „Mißverständnis" entschuldigt sein sollte; man spottete über den König, der über Leichen an die Spitze von Deutschland treten wollte. Namentlich in Wien kannte das Maß der Entrüstung einerseits und des Hohnes anderseits keine Grenzen. Alle Flugblätter, welche die Berliner Vorgänge in Prosa besprachen oder in Versen besangen, atmeten diesen Geist: „Die Bürgerschlacht an der Spree", „Der Kartätschen- und Granatenkönig und seine lieben Berliner", „Der Komödiant". Saphir brachte eine Parodie „Erlkönig" und Eduard Schön ein Spottgedicht: „Preußische Mißverständnisse":

Die Flinten gingen von selber los, es war nur ein Mißverständnis.
Ein König wird Oberdemagog mit deutsch-einheitlicher Sendnis —
Doch Deutschland lacht und ruft mit Macht: Das ist ein Mißverständnis![4]

Am 21. ließ der Sänger Formes in der „Martha" den „deutschen Kaiser" hochleben, womit er aber nicht Friedrich Wilhelm meinte.

[1] Frau v. Wildenbruch bei Boguslawski, Aus der preußischen Hof- und diplomatischen Geschichte 251 f.

[2] Über dessen Persönlichkeit s. Reichensperger, Erlebnisse 132 f.

[3] Hohenlohe a. a. O.

[4] Helfert, Wiener Parnaß 1848, Wien 1882, xxv f 98—101. Vgl. Nippold, Josias Ritter v. Bunsen II 497: „Das berühmte ‚Mißverständnis' war eines nach einer ganz andern Seite hin, als man im Publikum meinte und sagte."

9.

Der Prinz und die Prinzessin von Preußen hatten sich in der Nacht des 19. März in Begleitung des Majors v. Vincke nach Potsdam in das Haus des Regierungsrates Freiherrn Julius v. Schleinitz geflüchtet, von wo sie in den Kleidern ihrer Beschützer, der Regierungsrat als ihr Kammerdiener, am andern Tage nach Spandau[1] und auf die Pfaueninsel und dann weiter, nicht ohne mancherlei Fährlichkeiten, nach Hamburg gelangten, um sich nach England einzuschiffen.

Die gleiche Richtung schlug ein anderes von der öffentlichen Meinung geächtetes Paar ein. Fürst Metternich weilte in Feldsberg, Graf Rechberg geleitete die Kinder des Fürsten nach Lundenburg, wo man sie erkannte und mit Schimpf und Fluch zu Tode ängstigte; der Wirt ließ sie durch eine Hintertür in den Hof entschlüpfen, wo ein Wagen auf sie wartete. Metternichs nimmer müder Geist beschäftigte sich fortwährend mit Wien und Österreich. Gleich nach seiner Ankunft in dem Liechtensteinschen Schlosse hatte er an Baron Lebzeltern als einstweiligen Leiter der Staatskanzlei ein Schreiben mit der Bitte gerichtet, den Beamten aller Rangstufen der geheimen Haus-, Hof- und Staatskanzlei seinen Dank für ihre treue Unterstützung im Dienste auszusprechen. Zugleich beschäftigte ihn der Gedanke der Gründung eines konservativen Tagblattes, das an die Stelle des nicht mehr fortzuführenden „Österreichischen Beobachters" treten sollte. „Dieses Blatt", schrieb er am 16. an den Staats- und Konferenzminister Frh. Joachim v. Münch-Bellinghausen, „sollte durch Aktionäre herbeigeschafft werden, zu denen ich mich recht gern zählen würde, und zwar unter einem andern Namen; denn mein Name darf vorderhand nirgends und in keiner Richtung auf dem Felde der Handlung erscheinen." Als er dann die Berufung des Grafen Ficquelmont zum Minister des Äußern erfuhr, ließ er sich in einem längeren Schreiben, dessen Überbringung Graf Rechberg übernahm, über die politische Lage aus. Man müsse die allgemeine Weltlage von der besondern Lage Österreichs unterscheiden: „Die allgemeine Strömung zielt auf die Nivellierung und die Zentralisation als die gewünschte Folge davon (la conséquence voulue); die tatsächliche Grundlage unseres Reiches ist die Auseinanderhaltung der Teile, aus denen es gebildet ist." Er habe dem Kaiser Franz 1817 einen Organisationsplan der Zentralgewalt vorgelegt, was man, und dies sei wesentlich zu beachten, nicht verwechseln dürfe mit Zentralisation, „die von allen Tyranneien die kopfloseste ist"[2].

---

[1] Erinnerungen der Freiin Alexandra v. Schleinitz, Tochter des Freiherrn Julius.
[2] Metternich, Nachlaß VII 609—614.

Der greise Fürst lebte in dieser ganzen Zeit das Leben eines Gefangenen, da ihn seine Umgebung aus Furcht vor Nachstellungen nicht ausgehen ließ. Er hatte seine jüngeren Kinder um sich, und auch seine älteste Tochter Gräfin Leontine Sándor war bei ihm. Aus Wien liefen fortwährend die unheimlichsten Nachrichten ein. Die Liechtensteinsche Dienerschaft leistete Wachdienst. Baron Karl Hügel schrieb nach Wien, man möge die Besatzung von Nikolsburg zum Schutze des Fürsten nach Feldsberg kommandieren. Es kam keine Antwort, wie man denn dort an Metternich gar nicht zu denken schien. Nur vom Kaiser langte ein vom 18. datiertes Handbillett ein, worin er ihm seinen gerührten Dank für seine dem Staate durch achtunddreißig Jahre geleisteten Dienste aussprach[1]; auch die Kaiserin-Mutter sandte ihm durch ihre Hofdame Gräfin Sophie Coudenhove Worte der Teilnahme. Sonst war alles still, sie waren „vergessen und verlassen". Was die öffentlichen Blätter brachten, griff den Fürsten an, der nebstbei körperlich leidend war; „er hat oft Tränen in den Augen", verzeichnete seine Gemahlin in ihrem Tagebuche, „und seine Trauer über die Vorkommnisse ist herzzerreißend".

So fristete man seine Tage fort, bis man durch den Liechtensteinschen Verwalter erfuhr, der Gemeinderat von Feldsberg verlange die Entfernung des Fürsten binnen vierundzwanzig Stunden, weil seine Anwesenheit zu viel Aufregung verursache. Die Bauern und Hochofenarbeiter der Herrschaft Plaß hatten den Fürsten gebeten, sich in ihre Mitte zu begeben; doch das schien nach der bitteren Erfahrung, die man in Feldsberg machte, nicht geraten. Gräfin Sándor schlug England vor, weil ihr Vater dort Ruhe und Zerstreuung finden würde; „aber wie dahin gelangen? Es war, als spräche man von einer Reise nach Ostindien!" So dachte man denn an Olmütz und sandte Hügel dahin voraus, um den Boden zu sondieren. Am 22. 6 Uhr abends fuhr man in Rechbergs Reisewagen von Feldsberg ab. Als man aber in Olmütz eintraf, erschien Hügel am Wagen mit der Meldung, daß weder der Fürsterzbischof noch der Platzkommandant die Verantwortlichkeit, den Exstaatskanzler aufzunehmen, tragen wollten. So mußte denn in Gottes Namen weiter gefahren werden. Man bestieg am 24. 4 Uhr morgens ein allgemeines Coupé des Prager Zuges, in welchem sich zwei Offiziere befanden, die den Fürsten sogleich erkannten und denen sich die Fürstin anvertraute. Einer von ihnen war der Rittmeister Baron Franz Vernier von den Palatinal-Husaren, der sich mit einem im Zuge mitfahrenden Polizeikommissar, der eine Nationalgardekappe trug, ins Einvernehmen setzte und den Flüchtlingen einen Reisepaß auf den Namen „von Mayer, Gutsbesitzer aus Grätz, samt Frau und Dienerschaft" verschaffte. Ein eigener Zufall wollte es, daß sich in einem Coupé

[1] Ebd. VII 604.

desselben Zuges der Student Burian befand, derselbe, der am 13. die Philippika auf dem Ballplatze losgelassen hatte; Baron Hügel knüpfte mit ihm ein Gespräch an, ohne daß Burian ahnte, wer in seiner nächsten Nachbarschaft weile. So wurde Kolin glücklich passiert; um 5 Uhr nachmittags traf man in Běchowitz, der letzten Station vor Prag, ein. Hier wurde die Eisenbahn verlassen, denn man wollte die böhmische Hauptstadt vermeiden. Rittmeister Vernier schaffte Pferde zur Stelle, und man übernachtete in dem abscheulichen Wirtshause eines kleinen Dorfes. Der Diener Rechbergs hatte aus Wien Geld bringen sollen, es kam aber nichts. „Da standen wir nun", heißt es in dem Tagebuche der Fürstin Melanie, „ohne Geld, ohne Kredit, einer langen und weiten Reise gegenüber. Tausendmal im Tage mußte ich an die Verlassenheit unseres Heilandes denken, tausendmal an die Verleugnung des Herrn durch Petrus, nach meinem Dafürhalten der entsetzlichste Akt der ganzen Leidensgeschichte Christi."

Die Weiterreise am 25. ging nach Teplitz. Hier wurden sie auf der Post erkannt, wie auch im Gasthause, wo einer der Umstehenden laut rief: „Weg mit der Kokarde, da ist der Fürst Metternich!" Zu ihrer Verwunderung wurden sie mit Respekt behandelt; man grüßte sie ehrfurchtsvoll und ließ sie ruhig weiter ziehen. Dasselbe war an der Grenze der Fall, wo man nur pro forma, weil man sie aus Neugierde näher sehen wollte, ihr Gepäck untersuchte. Um Mitternacht trafen sie in Dresden ein, wo ihnen am andern Tage der k. k. Gesandte Graf Kuefstein einen neuen Paß auf den Namen „Herr und Frau v. Matteux" ausstellte. Sie wurden durchaus mit Anstand behandelt und konnten überhaupt bemerken, daß, seit sie Österreich verlassen hatten, die auswärtigen Behörden es als eine Pflicht der persönlichen Ehre ansahen, sie unter ihren Schutz zu nehmen; zu fürchten waren nur die verhetzten unteren Klassen. Durch Kuefsteins Vorsorge wurde am 26. ihre Reisekutsche auf einen Packwagen gestellt; doch mußten die Fensterrouleaux heruntergelassen werden, daß sie wie leer erschien. In Magdeburg wurde die Kutsche auf einen andern Zug übertragen; sie durften sich dabei der vielen Arbeit wegen nicht rühren. Die Fürstin öffnete für einen Augenblick die Rouleaux, um von Rechberg für ihren vom heftigsten Durste geplagten Gemahl ein Glas Wasser zu verlangen. Als ein Polizeikommissär dies bemerkte, erklärte er, in das Geheimnis gezogen, er könne bei der geringsten Unvorsichtigkeit für nichts stehen. Am 27. fuhr man per Achse von Hannover nach Minden, was den Fürsten, bei dem sich Nierenleiden meldeten, sehr angriff, da der Wagen stieß. Man war hier unerkannt; im Wirtshause von Osnabrück, wo die Leute auf der Wäsche die Fürstenkrone entdeckten, hieß es: „Das ist gewiß wieder ein König, der hat durchgehen müssen!" Metternich litt auf der Weiterreise über holperige, abscheulich gepflasterte Straßen so heftige Schmerzen, daß man Stunden und

Stunden lang im Schritt fahren mußte. So trafen sie, da seine Krämpfe immer zunahmen, erst am 30. spät abends in Arnheim ein, wo Metternich einen vom 23. datierten herzlichen und wahrhaft ergreifenden Brief der Erzherzogin Sophie fand. Man wollte nach zwei Tagen weiter reisen, was jedoch der leidende Zustand des Fürsten nicht zuließ. Der kaiserliche Gesandte Graf Moriz Esterházy, der ganz vernichtet seinem ehemaligen Chef entgegengereist war, erwies ihm alle möglichen Aufmerksamkeiten und stellte ihm, als endlich am 5. April die Weiterreise erfolgen konnte, seine Wohnung im Haag zur Verfügung. Der Weg dahin entfaltete den schönsten Hyazinthenflor, so daß die vom Schicksal verfolgte Familie einen Augenblick wieder froh aufatmete: „ein Farbenreichtum, den Gott allein der Natur verleihen kann, seiner Natur, welche schön bleibt trotz der Stürme und Tollheiten der Menschen!“ Man war auf holländischem Boden von aller Gefahr befreit; die Behörden, das diplomatische Korps, die königliche Familie wetteiferten, dem greisen Staatsmann ihre achtungsvolle Teilnahme zu bezeigen. Nach mehr als vierzehn Tagen unausgesetzter Furcht und Beängstigung hatte man das wohltuende Gefühl der Ruhe und Sicherheit. Als Esterházy eines Tages der Fürstin eine alberne Geschichte erzählte, die sie sichtlich erheiterte, sagte er treuherzig: „Sie können wieder lachen — wie mir das wohltut!“ Die fürstliche Familie weilte bei zwei Wochen im Haag; erst am 19. April wurde die Weiterreise angetreten und über Rotterdam nach London gefahren, wo man am 21. eintraf[1].

Hier erst trafen Metternich die Antworten auf die beiden Briefe, die er aus Wien an die Monarchen von Rußland und von Preußen gesandt hatte. Die des Kaisers Nikolaus datierte vom 4., die des Königs Friedrich Wilhelm IV. gar erst vom 18. April, und damit hatte es folgende Bewandtnis. Der König hatte das Schreiben in der Zeit seiner ärgsten Bedrängnis, 24. oder 25. März, durch den Minister Freiherrn v. Arnim erhalten, ohne im Augenblick im stande zu sein, es zu lesen, und hatte es unter andern Papieren beiseite gelegt, so daß er es, als er später danach suchte, nicht finden konnte, bis es ihm am 16. April in Potsdam aus einem wohlverwahrten Paket, „welches bei unserer Emigration aus Berlin mitgenommen war“, in die Hände fiel. In seinem Schreiben kam folgende bezeichnende Stelle vor: „Für Österreich fühle ich wie anno 40. Was ich vermag, um seinem Erbkaiser die erbliche römische Kaiserwürde zu schaffen, werde ich redlich tun, und der römische Kaiser muß wieder das Ehrenhaupt deutscher Nation sein. Ein Cäsar dieses Augustus als

[1] Die Fahrt von Feldsberg bis London skizziert Metternich, Nachlaß VII 627, kurz; ausführlich mit vielen charakteristischen Einzelheiten im Tagebuch der Fürstin Melanie VIII 3—19. Über die verschiedenen Zeitungsnotizen s. Aus Böhmen nach Italien 122 f und daraus wörtlich, ohne die Quelle anzugeben, Reschauer, Das Jahr 1848 I 399.

besonderes Wahloberhaupt des besondern deutschen Reiches scheint unvermeidlich. Ich will aber nicht diesen Cäsar abgeben. Meine Ambition ist, Erzfeldherr des Reiches zu werden — doch ehe diese schönen Träume Wirklichkeit werden könnten, muß Gott uns über manche Klippe hinweghelfen — at spes non fracta"[1]....

Hiermit nehmen wir Abschied von einem der bedeutsamsten Staatsmänner der neueren Geschichte, von dem diplomatischen Besieger des großen Napoleon, nach dessen Sturz er seinem Vaterland einen mehr als dreißigjährigen ungetrübten Frieden sicherte. In dem Weltsturme der Ereignisse, von denen wir zu berichten vorhaben, verschwindet Metternichs Name; doch er lebt fort in der Geschichte des europäischen Weltteiles, und vor allem Österreichs, das nach den maßlosen Verunglimpfungen, die sein Name in den Tagen revolutionärer Wirrnis erfahren mußte[2], jetzt erst anfängt, seinen großen Verdiensten gerecht zu werden und das, was er versäumt oder vergriffen, billiger zu beurteilen.

---

[1] Metternich, Nachlaß VII 606—609.

[2] Ein einziger Mann hatte in dieser schwülen Zeit den Mut, eine Lanze für den allseits verhetzten Staatsmann einzulegen: „Sämtliche Beschuldigungen, insbesondere jene des Dr Wildner-Maithstein, gegen Se Durchlaucht den Fürsten Metternich juridisch widerlegt von A. M. Wiskočil. Aude sapere." Das Vorwort ist datiert „Babylonischer Turmbau, am Gründonnerstage, am Tage der sein sollenden Fußwaschung". Die Schmähungen Wildners, der Metternich in den Tagen von dessen Macht und Glanz gleich andern gehuldigt hatte, waren enthalten in seinem Aufruf vom 14. März: „Wackere Mitbürger des großen herrlichen Österreichs!"

VII.

Mitteleuropäische Revolution.

> Wer könnte sich ableugnen, daß es der Geist ist, der nicht in sanftem Säuseln, sondern in Sturmeswehen über Europa hinfährt!
>
> v. Usedom.

1.

In Wien und weit umher im Kaiserstaate schwelgte man noch immer im Wonnerausch der jungen Freiheit, ohne sich durch mitlaufende Erscheinungen stören zu lassen, die einen nahezu anarchistischen Charakter aufwiesen. Einer der ersten Regierungsakte nach der glorreichen Märzwoche war die Auflösung der obersten Polizei- und Zensurbehörde, deren Geschäfte an die Vereinigte Hofkanzlei übergingen. Graf Sedlnitzkys Rolle war damit ausgespielt, und den Wienern galt es als eine neue Errungenschaft, daß die Polizeimannschaft ohne die verrufenen „Haslinger" (Haselstöcke) erschien, die ad acta gelegt waren. Ihr Ansehen war übrigens gleich null, ihr Einschreiten erregte nur Ärgernis und Widerstand, ihr Erscheinen bei Tumulten, Exzessen, Aufläufen trug eher dazu bei, diese zu steigern als ihnen Einhalt zu tun. Was in diesen ersten Tagen für Aufrechthaltung von Ruhe und Ordnung geschah, war einzig das Verdienst der neugeschaffenen Bürgerwehr und der bewaffneten Studenten[1]. In gleicher Weise war die Macht der Finanzwache gelähmt; an den Linien wurde keine Verzehrungssteuer eingehoben; die Finanzwächter ließen sich nicht blicken, nur daß sie hinter den Fenstern ihrer Wachstube die Stücke eingetriebenen Schlachtviehs, eingeführter Wein- und Bierfässer aufschrieben, um etwa künftig einmal davon Gebrauch

[1] An Verhaftungen fehlte es in den drei Märztagen nicht; ja sie waren so zahlreich, daß die für solche Zwecke bestimmten Räumlichkeiten nicht ausreichten, daher zwei Wiener Bürger sich an den Herzog von Koburg wendeten, der ihnen die im Erdgeschosse seines Palais, Stadt Nr 801, befindlichen Gelasse zur Verfügung stellte.

zu machen[1]. Doch kamen mit der Zeit sowohl das Publikum als viele Gewerbsleute zu anderer Überzeugung. In der Bevölkerung hatte man von dem Ausfall der Akzise ein erhebliches Sinken der Lebensmittelpreise erwartet, wovon sich aber durchaus nichts zeigen wollte, und einzelne Verkäufer gaben, da sich nach beinahe achttägiger Linienstille kein besonderer Vorteil herausstellte, nachträglich selbst die Quantitäten an, die sie in den Tagen goldener Freiheit nicht versteuert hatten. Übrigens wurden von der Regierung einige Erleichterungen der Verzehrungssteuer, die vom 22. an an den Linien der Stadt wieder regelmäßig eingehoben wurde, gewährt, und einzelne Artikel durften frei eingeführt werden, z. B. Milch, was Saphir zu dem Wunsche veranlaßte, es möchte eine Steuer auf Wasser gelegt werden; „dann hätten wir Hoffnung, vielleicht gute Milch in der Stadt zu bekommen".

In den obersten Regierungskreisen war man nicht blind gegen die Gefahren, die aus mißverstandenen Begriffen von Freiheit und aus deren schrankenlosem Gebrauch entspringen könnten. Auf kaiserlichen Befehl erging an alle Landeschefs die telegraphische Weisung, die Improvisation von Nationalgarden in den Provinzialhauptstädten nicht zu dulden, und dem Präsidium der Hofkanzlei wurde mit Kabinettsschreiben vom 17. März eine in sechs kurze Paragraphe gefaßte provisorische Vorschrift über Behandlung der Preßvergehen nach den Bestimmungen des allgemeinen Strafgesetzes mit dem Befehle zugestellt, sie sogleich den Landeschefs als Norm für behördliche Amtshandlungen bis zum Erscheinen eines bestimmten Preßgesetzes bekannt zu machen[2]. Endlich erging am 19. ein kaiserliches Patent, laut dessen „alle Behörden die bestehenden Gesetze und Verfügungen, solang sie nicht auf legalem Wege widerrufen werden, aufrecht erhalten" sollten; „und Wir erwarten von dem treuen und verständigen Sinn Unserer Untertanen, daß sie nicht nur sich denselben fügen, sondern auch jeder in seinem Wirkungskreise die öffentlichen Organe in ihrer Tätigkeit kräftigst unterstützen werden"[3].

Zur Durchführung dieser sehr zeitgemäßen Weisungen kam es aber nicht; der Strom der Ereignisse flutete über sie hinweg. Die Landeschefs verloren entweder den Kopf, oder sie konnten beim besten Willen den so unvorbereitet hereinbrechenden Umschwung nicht zurückdämmen und suchten durch Zugeständnisse, die sie provisorisch und verklausuliert der allgemeinen Stimmung machten, einer gewaltsamen Störung der gesetzlichen Ordnung vorzubeugen. In Wien befand sich zwar Fürst Windischgrätz noch immer im

[1] Tatsächlich sind im Jahre 1849, wo die Dinge anders standen, manchen der wohlhabendsten Viktualienlieferanten, unter andern dem reichen Weinhändler Scherzer, nachträglich Rechnungen zugekommen, deren von der Behörde eingeforderte Begleichung ihnen ebenso unerwartet als unerfreulich war.

[2] Hartig, Genesis 208—210. [3] Peyer, Wiener Chronik 18.

Besitze jener Vollgewalt, die ihm am 14. März in die Hände gegeben war; allein diese Hände waren ihm durch die Übermacht der Umstände nicht weniger gebunden als den auswärtigen Gouverneuren. Er mußte gute Miene zum bösen Spiel machen und in den Ansprachen, die er zeitweise an die Bevölkerung richtete, eine Befriedigung über ihre Haltung und über den Geist, der sie beherrschte, äußern, die in seinem Innern gewiß niemand weniger empfand als er selbst.

Bereits am 17. März war die Bildung eines Ministeriums angekündigt worden, das die mit dem kaiserlichen Patente vom 15. ausgesprochenen Grundsätze in Vollzug setzen sollte. Die Wahl des Monarchen traf durchaus Männer, die in den Geschäftszweigen, die sie nun als Minister leiten sollten, bereits oben standen, und deren Namen zumeist einen guten Klang hatten. Graf Kolowrat, dem der Vorsitz zugedacht war, besaß seit mehr als zwanzig Jahren in seiner hohen und einflußreichen Stellung die volle Zuversicht seines Monarchen und im großen Publikum die vertrauensvolle Zuversicht aller Freunde des Fortschritts. Den bisherigen Hofkammerpräsidenten Baron Kübeck, dem das Portefeuille der Finanzen beschieden war, zeichneten ruhiger Scharfblick, Reichtum an Kenntnissen und Erfahrungen, Charakterfestigkeit und eine gewinnende Persönlichkeit aus; seine Erfolge in der Eisenbahnpolitik hatten seinen Ruhm weit über die Grenzen der Monarchie hinaus getragen. Die größte Popularität gab dem Freiherrn v. Pillersdorff das Geleite. Seit Jahren hatte er in einer Art an der Seite des greisen und kränklichen obersten Kanzlers, der jetzt seinen Abschied nahm[1], gestanden, daß es bei den Wienern hieß, Inzaghi sei die Laterne, Pillersdorff das Licht darin. Pillersdorff war ein heller Kopf, ein gewandter und einnehmender Sprecher und galt mit Recht als ein entschiedener Fürsprecher und Förderer politischer Reformen. Soll doch schon Kaiser Franz sich über ihn geäußert haben: „Dem scheint unvorsichtig das Illuminatendiplom aus der Tasche heraus!“[2] Wenig gekannt in der Öffentlichkeit war der seiner Stelle als Hofkriegsratspräsident enthobene, jetzt zum Minister des Äußern ernannte Graf Ficquelmont, der in den berufenen Kreisen schon früher als der seinerzeitige Nachfolger Metternichs bezeichnet worden war. Nicht der geringsten Sympathie erfreute sich der bisherige Präsident der obersten Justizstelle, jetzt Minister der Justiz, Graf Ludwig Taaffe, er galt als starrer Aristokrat und Bureaukrat. Die Bildung des neuen Ministeriums datierte vom 20. März, die amtliche Publizierung der Ministerliste fand am 21. statt. Mit Allerhöchster Entschließung vom 23. erfolgte die Schaffung eines Unterrichtsministeriums und am 26. die Ernennung des Baron Sommaruga

[1] Bekannt gemacht wurde Inzaghis Rücktritt — „hat seinen Dienstposten in die Hände Sr Majestät des Kaisers niedergelegt“ — erst am 21. März im amtlichen Teil der Wiener Ztg Nr 81.

[2] Briefwechsel zwischen A. Grün und L. A. Frankl, Berlin 1897.

zum Minister[1]. Es fehlte noch das Kriegsministerium, zu dessen Besetzung man sich lang nicht entschließen konnte.

Selten wohl ist ein Ministerium in einer so eigentümlichen Lage ins Leben getreten. „Es war vielleicht das erstemal", heißt es bei Pillersdorff, „daß sechs Männer sich in einem Kabinett vereinigt fanden, die früher nie ihre Grundsätze ausgetauscht, sich nicht über ein politisches System geeinigt hatten, ihr Programm und den von ihnen zu verfolgenden Gang daher erst bei den einzelnen Regierungshandlungen feststellen konnten." Dieser zusammengewürfelte oberste Rat der Krone fand einen Zustand vor, wo die Kraft der Regierung, die moralische und materielle, durch die vorausgegangenen Ereignisse aufs tiefste erschüttert war, und wo alle Bedingungen mangelten, die einen raschen Aufschwung hoffen ließen. Die militärischen Kräfte der Monarchie waren zerstreut, auf den Punkten zu besorgender Angriffe unzureichend und mußten aus den verschiedensten Teilen des Reiches herbeigeschafft werden. Das galt vor allem von Italien, wo die Erregung der Gemüter und der Haß gegen alles, was mit der Regierung zusammenhing, einen Grad erreicht hatte, der jeden Augenblick zu einem gewalttätigen Losbruch führen konnte, und dann in Ungarn, wo das magyarische Element eine Sonderstellung und Losreißung von den andern Ländern des Kaiserreiches anstrebte.

Die Beziehungen zu den auswärtigen Staaten boten nach einer einzigen Seite, der russischen, einen Rückhalt, von dem man aber bei der gerade in dieser Richtung aufs äußerste gereizten Stimmung keinen Gebrauch machen durfte. Mit England befand man sich seit geraumer Zeit in einem Stadium mißtrauischer Spannung, die sich zumeist an die Namen Palmerstons und des Lord Minto, des Politikreisenden des „Lord Feuerbrand" knüpfte. Der neu geschaffenen französischen Republik gab man österreichischerseits zu erkennen, daß man mit ihr freundlichen Verkehr zu unterhalten wünsche; allein wer konnte, selbst beim besten Willen der dort leitenden Persönlichkeiten, auf einen dauernden Erfolg zählen? Die deutschen Höfe, das seit mehr als drei Dezennien mit Österreich aufs engste verbündete Preußen nicht ausgenommen, waren durch die in ihren eigenen Ländern vordringende Gärung in die Enge getrieben, so daß sie ohnmächtig waren und selbst der Hilfe bedurften.

Zog man dabei die zahllosen Absendungen der verschiedenen Länder, einzelner Städte, Vereine, Körperschaften in Rechnung, von denen das Ministerium täglich, ja stündlich bestürmt wurde, um gegen wirkliche oder eingebildete Gebrechen Abhilfe, für Wünsche und Forderungen, die zum

[1] S. meine „Konfessionale Frage in Österreich" 816. — Die Rede Sommarugas in der Aula am 30. März s. Heintl, Universitätsakten, Wien 1848, 10 f; Beyer, Wiener Chronik 34 36.

Teil seit Jahren ihrer Erledigung harrten, gewährende Entscheidung zu verlangen, für Anforderungen selbst der weitestgehenden Art, die, lang zurückgedrängt, nun durch den Freiheitshauch des Völkerfrühlings zu strotzender Reife gelangt, mit stürmischem Nachdruck geltend gemacht wurden, Anerkennung zu erzwingen, so wird man zugeben, daß die Schwierigkeiten, mit denen das neue Kabinett, das zudem in konstitutionellen Dingen aller Erfahrung und Übung entbehrte, zu kämpfen hatte, ganz unbeschreiblich waren[1].

* * *

Was die Lage des Ministeriums noch bedenklicher gestaltete, als sie ohnedies war, dazu trugen die Zustände in Wien selbst bei, wo sich vom ersten Augenblicke an drei Faktoren fühlbar machten, die bald einen maßgebenden Einfluß auf die Regierungstätigkeit nicht ohne Erfolg anstrebten.

Die Juden hatten gleich nach dem Losbruch an vielen Orten Angriffe und Verfolgungen zu erdulden; dagegen traten sie in der Hauptstadt des Reiches von allem Anfang als Sieger auf. Am 13. März war Adolf Fischhof der erste, der im Hofe des Landhauses mutig das Wort ergriff, Max Goldner der erste, der die Rede Kossuths zur Verlesung brachte, Joseph Goldmark der erste, der den Ansturm gegen die Landstände inszenierte. Von den zwölf Vertrauensmännern, die bald darauf in den Landtagssaal hinaufgeschickt wurden, machten neben Fischhof und Goldmark Dr Siegfried Kapper und Dr Bernhard Brühl die Wortführer. Von den neunundzwanzig Namen, welche das Manifest der Schriftsteller Wiens vom 15. unterzeichneten[2], gehörte ein gutes Drittel dem Alten Testamente an: außer den bereits Genannten Siegmund Engländer, Simon Deutsch, Joseph Samuel Tauber, M. E. Stern, Leopold Breuer u. a., von denen die meisten später, sei es auf dem politischen Schauplatz, sei es in der Journalistik, eine mehr oder minder bedeutende Rolle spielten. Dabei waren sie mit einer aufdringlichen Rührigkeit bestrebt, in Wort und Bild ihren Anteil an den Errungenschaften in das vorteilhafteste Licht zu stellen. Heinrich Spitzer mag ein recht liebes und fesches Bürschchen gewesen sein, als ihn als bloßen Zuschauer am 13. März in der Herrengasse nebst drei andern die tödliche Kugel traf; doch von seinen Glaubensgenossen wurde er so hingestellt, als ob er allein die Revolution gemacht und für sie geblutet hätte: er war „der erste Redner" und er war „das erste Opfer". Das wurde in Flugblättern, in Gedichten, in Zeitungsartikeln nach allen Richtungen ausposaunt; sogar eine ausführliche Bio-

---

[1] Vgl. Pillersdorff, Rückblicke, Wien 1849, 17–35, und dessen handschriftlichen Nachlaß, Wien 1863, 20—28 84—117.

[2] Peyer a. a. O. 10 f.

graphie des jungen Menschen erschien[1], und in Tausenden von Exemplaren wurde sein Konterfei, dreizehn Aufnahmen in den verschiedensten Stellungen, in die staunensollende Welt hinausgeschickt.

Konnte es unter solchen Umständen wundernehmen, wenn auf dieses betriebsame Hervordrängen die Antwort von der Gegenseite nicht auf sich warten ließ? Bei Bader in der Stroblgasse erschien eine Flugschrift „Nur keine Judenemanzipation! Von einem Freunde der guten Sache“, die so reißenden Absatz fand, daß in den ersten zwei Tagen achttausend Exemplare abgesetzt wurden. Für Wien-Israel und dessen verherrlichende Ausposauner ein empfindlicher Schlag! In dem Gassengewölbe Baders erschienen zu einer Zeit, da die Frau allein im Geschäfte war, ein paar Judenjünglinge, die mit drohendem Ungestüm die unverzügliche Vertilgung aller noch vorhandenen Exemplare und die Unterlassung jeder weiteren Auflage und Ankündigung forderten. Die Frau ließ sich aber nicht einschüchtern und schickte um ihren in der Nähe befindlichen Mann, worauf die Einbrecher eilig das Feld räumten. Das Flugblatt aber fand fortwährend Abnehmer und bald auch Nachahmer und Fortsetzer[2].

* * *

Von den früher genannten Alttestamentlichen waren die meisten entweder Studenten oder junge Doktoren, und die Beweglichkeit und Rührigkeit der semitischen Rasse trug ohne Frage dazu bei, die Aula auf jene abschüssige Bahn zu führen, die sie von ihrem eigentlichen Ziel und Berufe nur zu bald abbrachte. Alle Ehre der Wiener Studentenschaft, deren entschlossene Haltung wesentlich den politischen Umschwung vorbereitet und gefördert hat, und volle Anerkennung für den erfolgreichen Eifer, mit dem sie von ihrer errungenen Bewaffnung in den ersten Tagen einzig im Dienste der Ordnung und Gesetzlichkeit Gebrauch machte! Jene Ehre, diese Anerkennung wurde ihnen denn auch gebührend gezollt, aber vielfach in so überbietender Weise, daß den jungen Herren das Blut in den Kopf steigen mußte. Keine Deputation kam nach Wien, die nicht, entweder bevor sie an maßgebender Stelle ihre Schritte machte, oder nachdem sie diese gemacht hatte, auf der Aula erschien und dieser ihre Huldigung in den überschwenglichsten Ausdrücken, in Adressen voll verhimmelnder Beräucherung darbrachte[3]. Die Presse machte Chorus; in zahllosen Gedichten, wahren Hymnen, in Flugblättern, Zeitungsartikeln wurden die unsterblichen Verdienste dieser „Heldenjünglinge“, dieser „Vorkämpfer für Wahrheit, Recht und Freiheit“ in die

---

[1] Von Karl Streng, Wien 1848, 16 S.

[2] S. meine „Konfessionale Frage“ in Österreich 106—111 113.

[3] Rosenfeld, Die Aula, Wien 1848. Becher, Album der glorreichen Ereignisse Wien 1848. Rosental, Frühlingsknospen, Wien 1848.

Wolken erhoben. Die Steiermärker sagten, als sie den Studenten ihre pflichtschuldige Aufwartung machten: „Wir holen Stahl und Eisen aus der Tiefe unserer Berge; sollte jemals ein Volksfeind an dem Bau, den ihr aufgerichtet habt, zu rütteln wagen, wir kommen euch zu Hilfe mit den Schwertern, die wir aus unserem Eisen schmieden." Ljudevit Gaj erschien an der Spitze von dreihundert Südslaven in ihren verschiedenen malerischen Nationaltrachten auf der Aula und sprach: „Wir sind alle Brüder in der Freiheit! Wenn es jemals gelten sollte, die Freiheit, die ihr erkämpft habt, zu verteidigen, dann rechnet auf unsere Hilfe!" Aber nicht bloß aus dem Inlande strömten der Studentenschaft derartige Lobeserhebungen zu. Eine Versammlung der in Wien wohnenden Engländer bedachte die „Akademiker, die unerschrockenen Vorkämpfer der Freiheit" mit einer schwungvollen Glückwunschadresse[1]. Aus allen Teilen des Festlandes, besonders aus Frankreich und dem deutschen Norden, kamen politische Sendlinge und Abenteurer nach Wien, welche in der leicht entzündlichen Jugend ein willkommenes Werkzeug für ihre versteckten Pläne ersahen.

Zuletzt wurde diese allseitige Lobhudelei eintönig und den Studenten „schon langweilig und fade"[2], obwohl sie es übelnahmen, wenn es eine Deputation unterließ, ihnen in geziemender Weise Weihrauch zu streuen. Als die Salzburger Deputation in Wien eintraf und ihre landsmännischen Studenten sie im Matschaker-Hof begrüßten, schilderte ihnen Dr Aloys Fischer, der den Sprecher der Deputation machte, mit lebhaften Farben den freudigen Eindruck, den die Wiener Ereignisse in Salzburg gemacht hatten, und achtete gar nicht auf die langen Gesichter seiner jungen Landsleute, die dabei nichts zu ihrem eigenen Preis und Ehre hatten einsaugen können. Ein Salzburger, der zwei Söhne in den Studien zu Wien hatte, machte Fischer auf diese Unterlassungssünde aufmerksam, infolge deren den Deputierten drohe, in öffentlichen Blättern als „Zöpfe", als „Philister" verrissen zu werden. Daraufhin beeilte sich Fischer, nachdem die Audienzen bei Hofe nach Wunsch ausgefallen waren, einen Besuch der Salzburger Deputation auf der Aula anzukündigen, und hielt daselbst eine Ansprache, einen in Prosa vorgetragenen Hymnus auf „die Perle der Universitäten", womit er, fortwährend von beifälligem Jubel unterbrochen, einen so glänzenden Erfolg erzielte, daß er, in sein Hotel zurückkehrend, zwei Legionäre als Ehrenwache vor seinem Zimmer fand[3].

Am 19. März traf Erzherzog Johann, der sich für einige Tage nach Grätz zurückbegeben hatte, wieder in Wien ein, wo ihm die Leute mit jubelndem Gruße die Pferde ausspannten. „Solche Huldigungen", schrieb

---

[1] Beyer, Wiener Chronik 22 f.
[2] Kudlich, Rückblicke und Erinnerungen I, Wien, Pest u. Leipzig 1873, 213.
[3] Helfert, Aloys Fischer 36—39.

ein österreichischer Staatsmann der alten Schule boshaft in sein Tagebuch, „waren bisher nur den Sängerinnen vorbehalten." Erzherzogin Sophie zeigte sich mit ihrem ältesten Prinzen, dessen Haltung in dieser schweren Krisis ihr Herz mit einer stolzen Befriedigung erfüllte, im Wagen; sie hatte aber den Takt, die Straßen im Trabe zu durchfahren, und da war es mit einigen Hochrufen abgetan.

Am 20. erschienen die „Grundlinien zur Organisation der akademischen Legion" als eines „integrierenden Teiles der Nationalgarde"[1]. Einige Tage später fand eine Ausrückung der Nationalgarde und der akademischen Legion statt, deren Linie sich von der Bischofsgasse über den Stephansplatz bis zum Graben ausdehnte. Erzherzog Franz Karl erschien mit seinem Erbprinzen, geleitet vom Nationalgarde-Oberkommandanten Grafen Hoyos, durchschritt die Reihen der Nationalgarde und hielt sich bei den Studenten auf, sprach mit einigen der Führer und machte ihnen die Zusage der Lehr- und Lernfreiheit, was einen ungeheuern Jubel hervorrief. Einige Tage später fand sich Baron Pillersdorff auf der Aula ein und hielt, begrüßt von Professor Füster, eine Ansprache an die junge Welt, die er mahnte, von der nun schon so lange andauernden Aufregung abzulassen, solche, die nicht zur Studentenschaft gehörten, von ihren Kreisen fernzuhalten und nunmehr zu ihrer eigentlichen Bestimmung zurückzukehren. Der Minister meinte, daß dieser Zweck sich am einfachsten erreichen ließe, wenn sich beliebte Professoren herbeifänden, Vorlesungen über zeitgemäße Themata anzukündigen. Er forderte den Regierungsrat Joseph Kudler, Professor der politischen Wissenschaften, auf, Vorträge über Verfassungsrecht und konstitutionelle Einrichtungen zu halten; allein Kudler entschuldigte sich mit seiner angegriffenen Gesundheit. Hye erbot sich, ein außerordentliches Kolleg über einen der gegenwärtigen Lage zusagenden Gegenstand zu lesen, Füster erklärte sich zu Vorlesungen über Pädagogik bereit[2].

Es scheint, daß diese Versprechungen nicht in Erfüllung gingen; jedenfalls wurde der Zweck, dem sie dienen sollten, nicht erfüllt. Die Studenten wurden nach wie vor verhätschelt, und von den Führern der Bewegung geschah alles Erdenkliche, um sie in Wien zu halten. Schon in den ersten Tagen der neuen Freiheit wurden bürgerliche Kreise für Zwecke der Unterstützung dürftiger Studenten stark in Anspruch genommen, und bald ließ sich bei ärmeren Studenten eine auffallende Verbesserung ihrer persönlichen Verhältnisse in Wohnung, Kleidung und Nahrung wahrnehmen[3]. Wenn die Studenten in solcher Weise Schutz und Beihilfe von oben genossen, so gewährten sie beides in absteigender Richtung den Arbeitern, dem kleinen Manne, dem Landvolk, und es währte nicht lange, so gestaltete sich die

---

[1] Peyer, Wiener Chronik 23 f. [2] Füster, Memoiren I 75—79.
[3] Koch, Genesis der Wiener Revolution, Wien 1850, 30.

Aula und ihr Organ, das Studentenkomitee, zu einer Art Tribunal, vor dessen Forum alles mögliche gebracht wurde: Ehrenangelegenheiten, Streitigkeiten, Beschwerden und Vorstellungen jeder Art. Brauchte jemand eine Zubuße, so sammelten die Studenten für ihn. Klagte jemand über einen durch den Advokaten oder die Behörden in die Länge gezogenen Prozeß, so drohten die Studenten den Sachwaltern oder Richtern mündlich oder durch Zeitungen, und forderten sie auf, ihre Pflicht zu tun. Ihr Ruf erstreckte sich bis in die kleinsten Dörfer der Provinzen, aus denen oft Bauern im Namen ihrer Gemeinden kamen und sich zur Belehrung über ihre Rechte und zur Schlichtung ihrer Angelegenheiten Studentenkommissare gegen Vergütung der Reisekosten erbaten. „Wer außer den Studenten", heißt es bei dem neuesten Verkünder ihres Ruhmes, „konnte überhaupt in Betracht kommen, als es der ersten Organisation der Revolution galt?"[1] Karl Hock schrieb am 9. April an den Kardinal Schwarzenberg: „Bei uns ist die Anarchie in der vollsten Blüte — reines Studentenregiment!"[2]

* * *

Entgegen dem kaiserlichen Gebote, das die von der Zensur befreite Presse durch vorläufige gesetzliche Bestimmungen geregelt wissen wollte, wurde dem Buchdruck im unaufhaltsamen Drange der Ereignisse vollste Ungebundenheit zu teil. Den Anfang machte ein Raketenfeuer von ungezählten Gedichten und kurzen Aufsätzen auf losen Blättern, dann einzelne Artikel in den erbgesessenen Zeitungen und Zeitschriften. In diesen ersten Tagen zeigte sich die Presse wie das Volk selbst: glücklich und gemütlich wie ein Kind ohne Hofmeister, sorglos, zukunftsfreudig. Die Flugblätter wie die Journalartikel trugen mehr das Gepräge eines großen Jubels über den darniedergeschmetterten Polizeistaat als die Tendenz politischer Aufklärung und Belehrung in allgemein faßlicher Darstellung.

Da trat mit dem 20. März ein neues journalistisches Unternehmen vor die Öffentlichkeit, „Die Constitution", das durch eine bis dahin unerhörte Keckheit der Sprache und Kühnheit der Angriffe alle Welt in aufgeregtes Erstaunen versetzte. Ihr Begründer war Leopold Häfner, ein kleines, mißgestaltetes Häufchen Unglück, angefüllt mit jener Unverträglichkeit und rücksichtslosen

---

[1] Max Bach, Geschichte der Wiener Revolution, Wien 1898, 228. Vgl. Violand, Soziale Geschichte der Revolution in Österreich, Leipzig 1850, 78 f. Rosenfeld (Studentenkomitee, Bern 1849, 23 f) sagt: „Alles, was Hilfe brauchte und suchte, fand sie in der Aula. Die Studenten waren zu jener Zeit Richter, Anwälte, Priester, Kuratoren, Tröster und Vermittler in der Not. Hätten diese glücklichen Tage, in denen die Brust so hoch geschwellt vom Beglücken war, recht lang gedauert, wir hätten ja gern die ganze Welt beglückt!"

[2] Wolfsgruber, Kardinal Schwarzenberg I, Wien 1906, 265.

Bitterkeit, die solchen Naturen eigen zu sein pflegt, der sich schon in den ersten Märztagen vielfach durch aufreizende Rührigkeit bemerkbar gemacht hatte. Gleich die erste Nummer zog in heftiger Weise gegen die Bureaukratie los; die zweite brachte ein gifterfülltes Schreiben eines gewissen Römersdorfer an den Prälaten Wilhelm Sedlaczek von Klosterneuburg; in Nr 4 kam zum erstenmal der Ausdruck „Camarilla" vor, der von da an durch die ganze Revolution eine so große Rolle spielte. Die „Constitution", sagt ein gleichzeitiger Schriftsteller, „war das permanente Geprassel der Guillotine"; ihre Zeilen troffen von Menschenblut, ihre Logik war die des Schwertes, ihr Zweck, ihre Mittel waren die Revolution[1]. Es ist nicht zu beschreiben, welches Aufsehen die „Constitution" vom ersten Augenblick ihres Erscheinens machte; vor den Schaufenstern der Wenediktschen Verlagshandlung am Lobkowitzplatze, hinter denen die Nummern des Blattes ausgestellt waren, drängten sich die Neugierigen, in den Gast- und Kaffeehäusern riß man sich um die neuesten Nummern.

Der Erfolg, den Leopold Häfner mit seiner „Constitution" in raschem Siegeslauf errungen, hatte noch vor Ende des Monats das Erscheinen eines zweiten Blattes zur Folge, das Moritz Mahler unter dem Titel „Der Freimüthige" am 30. März vom Stapel laufen ließ, und das der „Constitution" an Bosheit nichts nachgab, aber sie an Gemeinheit und zynischer Roheit übertraf. „Vornehmheit", hieß es gleich in der ersten Nummer, „Classicitätshochmut und ledernes Wissen taugen nicht für die rasch rollende Zeit und Journalistik. Wir müssen von gestern nach morgen leben wie die Lumpen. Was wir heute erwarben, muß morgen verpraßt werden. Hoch lebe die Lumperei! sagt Börne." Der „Freimüthige" erschien anfangs als frivoles Witzblatt, bis er durch den Hinzutritt von Joseph Tuvora, einer gleich Häfner gallig verbitterten Natur, zu einem politischen Blatte radikalster Tendenz wurde[2].

Mit diesen beiden Journalen, der „Constitution" und dem „Freimüthigen", war der Grund zu einer bald zügellosen Gassenliteratur gelegt, da die einzelnen Blätter sowohl der Zeitungen als der Flugschriften von Straße zu Straße ausgerufen und abgesetzt wurden. Am Graben und am Stephansplatz, aber auch an andern Punkten, namentlich am Ein- und Ausgang von Durchhäusern, saßen Weiber, die auf kleinen Ständern oder in breiteren Obstkörben die einzelnen Druckblätter ausgelegt hielten und schreiend feilboten. Andere strichen in Gast- und Kaffeehäusern herum, zeigten sich selbst in Verkaufsläden, ja in Wohnungen, wo sie Abnehmer an Personen fanden, denen es früher nie eingefallen wäre, das geringste für bedrucktes Papier

---

[1] Ebeling, Die Wiener Tagespresse im Jahre 1848 in: Kolatschecks Deutsche Monatsschrift 1850, Oktober S. 42 f.

[2] Über Mahlers Persönlichkeit s. meine „Wiener Journalistik", Wien 1877, 33—35.

zu verausgaben. Bediente und Köchinnen unterschlugen vom Gelde ihrer Herrschaften, um täglich Neues zu lesen. Es war damit ein Industriezweig geschaffen, der Schriftsteller, Papierfabrikanten, Drucker und Kolporteurs in der Regel reichlich lohnte; denn wenn das einzelne Blatt auch nur ein paar Kreuzer kostete, so fand sich die Ware doch weit über den Erzeugungspreis überzahlt.

Auf solchem Wege wurde das gedruckte Gift in alle Klassen der Bevölkerung hinausgetragen, ein Gift, von dessen Angriffen keine Persönlichkeit und Stellung, die Glieder der kaiserlichen Familie nicht ausgenommen, verschont blieb; ein Gift, das mit ätzender Schärfe die Staatsmänner, die in einer so schwierigen Zeit ihre Person vor die Bresche stellten, in der pöbelhaftesten Weise bespritzte und dadurch die Roheit der Gasse gegen sie herausforderte. Doch selbst das Leben und der Charakter des Privaten erfuhren keine Schonung; Familienangelegenheiten wurden Gegenstand öffentlicher Erörterungen, Geheimnisse der Häuslichkeit fanden erbarmungslos ihren Weg vor das große Publikum. „Mit einem Wort", sagt der Amerikaner William Stiles, „die Preßfreiheit artete in Preßfrechheit aus, und ihr Segen wurde zum Fluch", und so kam es, um einen österreichischen Staatsmann sprechen zu lassen, „daß in der zweiten Märzwoche die Revolutionsepidemie nicht nur nicht, wie man gehofft hatte, erloschen, sondern im Gegenteil an Intensität und Extension gestiegen war und einen dem Staatsleben gefährlichen Lauf zu nehmen drohte." [1]

2.

Wenn man sich in den staatsmännischen Kreisen Wiens eine Zeitlang der Einbildung hingegeben hatte, das Schreckgespenst der französischen Republik werde auf die lombardische bessere Gesellschaft abkühlend, ernüchternd wirken, so sollten sie binnen kurzem eines andern belehrt werden. Bei den Nobili zwar hielten der Haß gegen Österreich und die Furcht vor Republik und den Communards, aber auch vor der militärischen Macht des Kaiserstaates einander das Gleichgewicht [2]. Sie wollten den Anstoß von Piemont abwarten. Graf Giuseppe Durini meinte, zu einem erfolgreichen Aufstand brauche man zwanzig Millionen Lire und darüber; wie solle man die aufbringen? Vitaliano Borromeo hielt die Sache für gewagt und gefährlich, selbst mit Carlo Alberto, dessen Armee der kaiserlichen weder an Zahl noch an

[1] Hartig, Genesis 249.

[2] Oberstleutnant Wratislaw an Hauptmann Huyn, Mailand 4. März: „Die Republik scheint hier in den höheren Sphären der sciori (Dialekt für signori) milanesi wie ein antispasmodisches Mittel gewirkt zu haben."

Kriegszucht gewachsen sei; des Königs Soldaten, äußerte er zu einem Besucher, seien wenig mehr als in Uniformen gesteckte Bauern — poco meglio di contadini insaccati nell' uniforme; sollte es in Mailand zum Losbruch kommen, so müßte die größte Sorge sein, den Pöbel im Zaum zu halten[1]. Aber die viel rührigere aufstandslustige Partei ließ sich durch Bedenklichkeiten solcher Art nicht irremachen. An allen Mauerecken las man: Nessun patto cogli Austriaci. Die Partei wühlte im geheimen fort, ließ Waffen einschleppen, warb Streiter, sann auf Mittel des Angriffes und der Abwehr[2].

Im Hauptquartier des Feldmarschalls hatte man fortwährend die drohendsten Wahrzeichen vor Augen[3]. Täglich erfuhren k. k. Offiziere Beleidigungen, freche Insulten, die sie nicht immer selbstverleugnend hinnehmen konnten; Hauptmann Johann Damjanich von der Rukavina-Infanterie (Nr 61, ungarisch) schlug einen ihm herausfordernd entgegentretenden jungen Menschen mit seiner Riesenfaust nieder, daß dieser taumelnd zusammenbrach. Doch die Angriffe und Beschimpfungen währten fort und anderseits das strenge Gebot des Feldmarschalls an seine Offiziere, sich jeder Herausforderung zu enthalten, was bei diesen so herabstimmend wirkte, daß nicht wenige daran dachten, in so demütigender Lage ihren Abschied zu nehmen[4]. Die Mailänder Munizipalität blieb der zweideutigen Rolle getreu, die ihr seit den Tagen des Zigarrenrummels eigen war. Als Radetzky im Umfange des Kastells zu dessen Verstärkung Erdaushebungen vornehmen ließ, legte Casati Verwahrung dagegen ein, da der Boden Eigentum der Stadt und kein Grund vorhanden sei, von einer so ruhigen und stillen Bevölkerung wie der mailändischen etwas zu befürchten — giacchè nulla havvi da temere da una

---

[1] Memoria d'uno dei promotori dell'insurrezione: Arch. trienn. I, Capolago 1850, n. 357, p. 476—478; n. 358, p. 488.

[2] Arch. trienn. I 501: Si pose studio a raccozzare un buon polso di cacciatori e contrabandieri audacissimi e secretissimi. . . . Si pensò alle aste, alle granate di vetro, alle carrette infernali, ai baluardi mobili per coprirci negli assalti. Ma questi provvedimenti volevano tempo e denaro. S. auch ebd. I, n. 344, p. 455—459: Appello ai gendarmi in Lombardia e in Tirolo.

[3] Aufstellung und Stärke der k. k. Truppen in Lombardo-Venetien in der ersten Hälfte März s. Arch. trienn. I, n. 199, p. 262—265; insbesondere der Landestruppen ebd. I, n. 201 206, p. 266—269 272 f.

[4] Platzhauptmann Michael Hofmann aus Padua 21. März an Huyn: „Graf Török und alle besseren Offiziere sind zur Quittierung bereit, Liechtenstein wird es bald tun — wenn es nicht vorwärts geht. . . . Der ritterliche Fürst Liechtenstein hat über diese Revolution in Wien geweint, daß so ein Gesindel, diese Studenten ꝛc. das alte Habsburg in der Grundfeste erschüttert haben, und erklärte in meiner Gegenwart: Ich würde auf meinen eigenen Bruder, wenn der Kaiser gewollt, Feuer kommandiert und unsern Palast in der Herrengasse demoliert haben." Friedrich Liechtenstein war Oberst, Alexander Török v. Szendrö Oberstleutnant bei den Reuß-Husaren Nr 7.

popolazione quieta e tranquilla[1]. Als der Podestà hierüber beim Vizekönig Beschwerde führte, zuckte dieser die Achseln: „Da kann ich nichts tun, in solchen Dingen geht das Militär auf eigene Verantwortung vor."

Auffallend war es, daß in Mailand schon einige Tage vor dem 13. März von einer Revolution in Wien gesprochen wurde, während anderseits in Offizierskreisen mit voller Zuversicht von einem bevorstehenden Kriege mit Sardinien geredet wurde. „Hierzulande", sagte man sich, „werden wir bald fertig werden, wenn wir nur in Wien und Prag den Rücken gedeckt haben!" Der Feldmarschall sprach der piemontesischen Armee keineswegs tüchtige Eigenschaften ab: „Nur erstrebt Carlo Alberto einen die Kräfte des Landes übersteigenden Kriegsfuß. Sardinien verträgt eine Armee von 60000 Mann, nicht mehr. Indem er sie auf 80000 Mann bringen will, richtet er sein Land zu Grunde. Schon jetzt sieht man in den Dörfern nur Greise, Weiber und Kinder." Der Feldmarschall täuschte sich nicht über die öffentliche Stimmung Italiens von einem Ende zum andern. Am 11. März fand in Florenz ein Bankett zu Ehren des Neapolitaners Giuseppe Massari statt; es nahmen fünfundzwanzig Personen daran teil, darunter Marchese Arconati und Graf Nani, und diese galten als Vergegenwärtiger des lombardisch-venetianischen Königreichs. Toaste auf die französische Republik wechselten mit solchen auf die italienische Einheit, und die Begeisterung erreichte den Gipfel, als Nani das Glas für „die demnächstige Befreiung der Lombardei" erhob. Sie appellierten nicht umsonst an ihre Gesinnungsgenossen in ihrer Heimat und in der Fremde. Die italienischen Blätter hetzten ganz offen zum Krieg. „Jeder Tag", hieß es in der „Concordia" am 11. März, „den Piemont vorübergehen läßt, ist ein Schaden für es und für uns. Wenn nicht Piemont hochherzig vorangeht und die Initiative ergreift, weiß niemand, was erfolgen könnte!"[2]

Wie sah es im eigenen Lande aus? Täglich kam man im kaiserlichen Lager neuen Versuchen der Aufruhrpartei auf die Spur, Truppenkörper italienischer Nationalität auf ihre Seite zu ziehen. Ein gewisser Achille Ravizza, Sohn eines ehemaligen Kriegskommissars, vor Jahren als Anhänger des jungen Italiens landesflüchtig, seit einiger Zeit in seine Vaterstadt zurückgekehrt, Fabrikant von Erdäpfelbrot (pane della fecola delle patate), hielt in seinen Vorratskammern Waffen und Pulver in Bereitschaft und wußte sich auch Zünder zu verschaffen, die er nicht ohne Gefahr im Kastell von Grenadieren italienischer Regimenter kaufte. Er unterhielt mit ihnen heimlichen Verkehr, veranstaltete häusliche Fechtübungen unter

---

[1] C. Casati, Nuove Rivelazioni 484—486, nur daß irrtümlich der 22. März statt des 2. angegeben ist.

[2] Del Governo 152 f. Proteste dei Lombardo-Veneti ai loro fratelli d'Italia e d'Europa: Arch. trienn. I, n. 345, p. 459—463.

ihrer Leitung, die nebenbei den Zweck hatten, den Lehrmeister und dessen Kameraden zum Treubruch zu verleiten. Einige Unteroffiziere waren bereits gewonnen, als die Sache aufkam; Ravizza wurde festgenommen und in Untersuchung gezogen, die Soldaten wurden kriegsrechtlich behandelt und sollten erschossen werden.

„Verrat und Feindseligkeit", äußerte General Schönhals zum Legationsrat Hübner, „sind allenthalben: im Palazzo Reale, in der Umgebung des Vizekönigs, in den Bureaux des Statthalters, in den Audienzsälen der Gerichte, in den Delegationen, in den Stadträten, sogar auf der Kanzel und im Beichtstuhle."[1] In letzterer Hinsicht fand sich der Feldmarschall sogar veranlaßt, einen eigenen Armeebefehl herauszugeben: die Soldaten hätten einzig bei den angestellten k. k. Feldkaplänen zur Beicht zu gehen und keine Predigten bei andern Geistlichen anzuhören; „es ist besser, der Soldat enthält sich überhaupt vom Besuch einer Predigt, als er hört einen Priester an, der ihn zum Treubruch verleiten will"[2]. Dem Marschall und seiner Umgebung entging nicht die vollständige Wandlung, die sich in den letzten Wochen bei den Staatsdienern vollzogen hatte: die bisher pflichttreu, rechtschaffen, diensteifrig waren, könne man jetzt in zwei Klassen scheiden, Eingeschüchterte und Verräter; nur äußerst wenige Ausnahmen könne man zugeben, die Entmutigung sei allgemein. Dabei tief betrübt über die in Wien herrschende Schlaffsucht, dachte Radetzky ernstlich daran, seinen Abschied zu nehmen; nur die Aussicht auf einen nahen Krieg, sein soldatisches Ehrgefühl hielten ihn zurück[3].

* * *

Am 17. März gegen 11 Uhr vormittags lief das Triester Dampfschiff, seit Stunden von einer ungeduldig harrenden Menge erwartet, im Hafen von Venedig ein und wurde sogleich von eiligen Gondeln umringt und um die neuesten Wiener Nachrichten bestürmt. Sie lauteten auf die Abdankung Metternichs, den Sturz seines Systems, die Bewaffnung der Studenten. Mit Blitzesschnelle durchflog die frohe Kunde alle Quartiere der Stadt, die im Nu ein neues Ansehen gewann: aus den Häusern wurden bunte Teppiche gehängt; die Schiffe im Hafen entfalteten festliche Flaggen; durch die Straßen ertönten Freudenrufe und frohe Gesänge, Italiener eilten auf Deutsche zu, um ihre Hände zu drücken, sie zu umarmen: Adesso siamo fratelli, siamo liberi tutti.

Der Markusplatz füllte sich mit einer tausendköpfigen Menge, während im Regierungsgebäude eine Deputation, in welcher der Notar Giuriati

---

[1] Hübner, Ein Jahr meines Lebens 20 35.

[2] È meglio che il soldato si astenga dall'andare a predica, che d'ascoltare una che l'abbia a rendere fellone (G. Wolf, Aus der Revolutionszeit, Wien 1885, 16).

[3] Hübner a. a. O. 32 f.

das große Wort führte, in den Grafen Aloys Pálffy drang, die Freilassung ihrer am 18. Januar verhafteten Mitbürger zu verfügen, bis zuletzt der Gouverneur auf den Balkon hinaustrat und mit den Worten: Faccio ciò che non dovrei — „Ich tue, was ich nicht sollte" seine Zustimmung gab. Ein tausendstimmiger Jubelruf erschallt, und alles stürmt über die Piazzetta auf die Riva degli Schiavoni vor das Gebäude, wo Daniele Manin und Nicolò Tommaseo gefangen saßen. Schon war der amtliche Befehl zu ihrer Enthaftung gegeben, und jauchzend empfing sie das Volk. Tommaseo wußte sich den stürmischen Huldigungen zu entziehen und erreichte durch Seitengäßchen seine bei San Giovanni Nuovo gelegene bescheidene Wohnung. Manin aber mußte sich auf einen Stuhl heben und auf den Markusplatz tragen lassen unter fortwährenden Zurufen des aus Matrosen, Marinesoldaten und allerhand Volk bestehenden Haufens: „Hoch Manin! hoch San Marco! hoch die Republik!" wobei Säbel geschwungen, Lanzen und Piken aneinander gestoßen wurden. In der Mitte des Platzes wurde Halt gemacht. Manin, noch immer auf dem Stuhl, einen Säbel in der Rechten, sah angegriffen, gedrückt aus, als er das Zeichen gab, daß er sprechen wolle. Er tat es nicht ohne schwere Mühe, die Züge seines blassen Antlitzes zuckten unheimlich, fast konvulsivisch, seine Stimme zitterte, fast bei jedem Schlagworte, das er herausstieß, machte er die heftigsten Gesten und schwang den Säbel gegen die Fenster des Regierungsgebäudes; es war, als wollte er sich selbst in eine künstliche Begeisterung versetzen und den Mut, der ihm fehlte, mit äußerster Anstrengung heraufbeschwören[1]. Nun begann es immer toller herzugehen: trikolore Abzeichen tauchten auf, Büsten des gefeierten Papstes machten die Runde, Evviva l'Italia war das Losungswort. Es war 1 Uhr nachmittags, da ertönten vom Hafen her drei Kanonenschüsse, das Alarmzeichen, das die Garnison auf ihre Sammelplätze rief. Die Stadt blieb die Antwort nicht schuldig: Leute stürmten auf den Campanile von San Marco, dessen Glocken bald drohend ertönten, was auf andern Türmen der Stadt Nachahmung fand. Zuletzt machte das Militär Ernst, nahm die Sturmvögel des Campanile fest und trieb die Menge auseinander, wobei es weder an einzelnen Verwundungen noch an Inhaftierungen fehlte. Um 5 Uhr nachmittags war die Ruhe hergestellt.

In den Städten der Terraferma, wohin die Wiener Botschaft noch am 17. gelangte, in Udine, in Treviso, war alles eitel Freude und Begeisterung: Evviva l'Italia! Non c'è più tedesco, non c'è più italiano! Die Kirchenglocken ertönten feierlich, nicht wie in den Nachmittagsstunden der Haupt-

[1] Eine Reihe von Feuilletonartikeln im Wiener „Lloyd" 1850/51 — ich habe leider verabsäumt, die näheren Angaben festzuhalten —, unterzeichnet von einem M., der durchaus als Augen- und Ohrenzeuge schreibt und die lebhaften Eindrücke schildert, die er damals auf sich hatte wirken lassen. Vgl. Amon, Geschichte des k. k. Lin.-Inf.-Reg. Nr 47, Wien 1882, 564—571.

stadt zum Sturm, sondern zu friedlichem Lob- und Dankgebet. Selbst die stets unruhigen Studenten von Padua teilten die allgemeine Stimmung; als auf dem Prato della Valle die Volkshymne aufgespielt wurde, mußte sie auf lauten Zuruf wiederholt werden. Mit den begeisterten Zurufen Viva la costituzione wechselten allerdings solche auf den Papst, dessen Büste feierlich mit Fahnen herumgetragen wurde, auf Italien, auf die Freiheit[1]. Um 5 Uhr nachmittags kam Feldmarschalleutnant Wimpffen aus Venedig mit den freigelassenen Paduanern, die Tausende von Hochrufern aus allen Ständen im Triumph nach Hause geleiteten. Ebenso stürmisch ging es in Verona zu. Die Leute gebärdeten sich wie toll, zogen jubelnd durch die Straßen, über den Korso, große Fahnen mit Piusbüsten voran. Wo sich ein kaiserlicher Offizier blicken ließ, stürzten sie auf ihn zu, warfen sich ihm an die Brust, küßten ihm wohl gar die Hände: Adesso siamo tutti fratelli, evviva l'Italia![2]

Der 18. März hub in Venedig mit drohendem Wahrzeichen an. „Tod den Deutschen!" war allerorts zu lesen. Eine die Straßen durchflutende Menge zeigte die größte Aufregung. Auf dem Markusplatz kam es zu einem blutigen Zusammenstoß des Volkes mit dem Regiment Kinsky (Nr 47, steierisch), der fünf Leuten das Leben, mehreren andern ihre gesunden Glieder kostete. Doch der Zweck war erreicht, der Platz war bald öde und still, der Aufstand war niedergeworfen.

Den Leitern der Bewegung kamen diese Vorgänge wie gerufen. Auf Anregung des kaum befreiten Manin fand sich eine Anzahl entschlossener Bürger in den Bureaux des Munizipiums zusammen, von wo eine Deputation mit dem Podestà Grafen Correr an der Spitze an den Gouverneur abging, um von ihm die Bewilligung einer Bürgerwehr zu erwirken. Pálffy erklärte, sich diesfalls mit dem Militärkommandanten Grafen Zichy ins Einvernehmen setzen zu müssen, und erteilte, als von dieser Seite keine Einwendung erhoben wurde, die Erlaubnis zur Bewaffnung von 1000 Bürgern. Alsogleich ward die Einzeichnung begonnen, die indessen keinen solchen Zuspruch fand, als die Führer gewünscht und gehofft hatten. Gleichwohl konnten gegen 5 Uhr nachmittags die ersten Scharen, mit weißer Schärpe geziert und in der buntesten, zum Teil abenteuerlichsten Weise bewaffnet, die Straßen Venedigs durchziehen. In den Gemütern herrschte noch große Aufregung über die Vorfälle vom gestrigen Tage und heftige Erbitterung gegen das Regiment Kinsky, dessen Gemeine und Offiziere Unbill aller Art erfuhren. Da traf gegen 9 Uhr abends am Molo unerwartet ein Triester Dampfer ein; die Schiffslaternen leuchteten in weißen und roten Farben, und von

---

[1] Platzhauptmann Michael Hofmann, nebenbei gesagt, ein Heulmeier, an Huyn: „Der Papst ist der Abgott, jedes Hökerweib hat eine dreifarbige Kokarde."

[2] Vgl. „Aus Böhmen nach Italien" 193 f.

Bord erscholl es mit freudigem Rufe: Viva Venezia! Viva costituzione! Nun erschütterte brausendes Triumphgeschrei die Luft, und mit Windeseile ward die frohe Botschaft durch die Stadt getragen. Foste mandati da Dio — „Euch hat Gott geschickt", waren die Worte, mit denen der Podestà die Triester berüßte. Graf Pálffy trat mit einer weiß-roten Kokarde geschmückt auf den Söller des Regierungspalastes heraus und las mit bewegter Stimme das kaiserliche Manifest vom 15. März. Ein jubelvoller Orkan erbraust mit nie dagewesener Gewalt, das frisch vergossene Blut ist vergessen, alles atmet Freude und Wonne; Hochrufe auf den Kaiser, auf Venedig, auf die Konstitution, auf den Grafen Pálffy, auf die Triester tönen wirr durcheinander; die Musikbande der Marine spielt die Volkshymne auf, welche die Menge begeistert mitsingt[1].

* * *

In der Nacht vom 16. zum 17. März standen die erzherzoglichen Kutschen zur Abfahrt aus Mailand bereit, als um 3 Uhr morgens die ersten Meldungen von den Wiener Ereignissen eintrafen, die der Vizekönig sogleich an das Gubernium gelangen ließ. Zwei Stunden später reiste er mit seiner Familie unter Bedeckung von fünfzig Husaren ab. Mit ihm zugleich brach das italienische Grenadierbataillon D'Anthon[2], das man unter diesem Vorwande aus der Hauptstadt entfernte, nach Brescia auf; doch die Mailänder Verschworenen, unter denen besonders Pietro Maestri und Cesare Correnti genannt wurden, sandten den landsmännischen Grenadieren zwei jüngere Leute, den Dr Mora und den Notar Bodini, nach, um das Verführungswerk in Brescia fortzusetzen, so daß die Militärbehörde es geraten fand, das Bataillon noch am Abend desselben Tages nach San Eufemia zu verlegen. Es war damit kaum etwas gewonnen; denn nicht bloß Brescia, sondern auch die ganze Umgegend, bis in die entlegensten Täler hinein, hatte die geheime Auflehnung bereits in ihre Netze gezogen und für den Schlag vorbereitet, dessen nahen Ausbruch sie erhoffte[3]. Erzherzog Rainer traf am 18. morgens in

[1] Etwas abweichend in Einzelheiten Benko v. Boinik, Geschichte der k. k. Kriegsmarine 1848/49, 65—68.

[2] Bestehend aus den Lin.-Inf.-Regimentern Haugwitz Nr 38 Brescia, Geppert Nr 43 Como und Sondrio, Erzherzog Sigismund Nr 45 Verona.

[3] Die Turiner „Concordia" ließ sich in diesen Tagen schreiben: Ovunque, anche nei più piccoli villaggi, si puliscono, si affilano, si preparano armi; le fabriche di Gardone, di Lumezzane, di Brescia lavorano alacremente e già quasi ogni famiglia ha mezzi di difesa. Già nelle valli regna quasi una libertà di fatto, e tutti sino le donne ed i fanciulli son pieni di coraggio, sono disposti a non accettar nulla dall'Austria.

Verona ein und stieg im Gasthause „zu den zwei Türmen" ab. Alsbald versammelte sich Volk auf dem kleinen Platze vor seiner Wohnung. Der Erzherzog gewährte — sehr gegen die Überzeugung des Militärkommandanten Feldmarschalleutnant Ignaz v. Gerhardi — die Civica auf Grundlage des Besitzes und der Intelligenz, und nun schwelgte alles in überfließender Dankbarkeit und Freude, Soldaten wurden umarmt, Offiziere empfingen feurige Küsse. Doch fehlte es nicht an bedenklichen Anzeichen. In die Vivat für den Vizekönig mischten sich solche für Italien sowie Verwünschungen der Jesuiten, die, ahnend, was ihnen bevorstehe, in aller Stille ihr Haus verließen, das sogleich von der Nationalgarde als Kaserne in Besitz genommen wurde. Auch Rufe zu einer bewaffneten Erhebung wollte man vernommen haben — Domani alle dieci . . . Armatevi —, so daß Maria Elisabeta daran dachte, die Stadt zu verlassen und sich mit ihrer Familie hinter den Mauern von Mantua zu bergen. Nur die Vorstellungen der Generale, daß eine derartige Flucht dem Aufstand neue Nahrung zuführen würde, und daß Mantua mit seiner schwachen Garnison weniger Schutz biete als Verona, brachten den Vizekönig von jenem Vorhaben zurück[1].

Bald nach Mittag des 17. erfuhr man in Mailand die Nachrichten von dem Losbruch in Wien, die, wie sich denken läßt, von der umsturzlüsternen Partei mit Gier verschlungen wurden. Auf den stark belebten Korsi hörte man Leute einander zurufen: Siamo pronti alle armi — „Wir sind bereit zu den Waffen!" Carlo Cattaneo trug eben das Programm eines von ihm geplanten neuen Blattes Il Cisalpino in die Druckerei, als er von mehreren jungen Leuten angehalten und um Rat wegen des Losbruchs angegangen wurde. Er suchte es ihnen auszureden, er glaubte weder an das Vorhandensein von Waffenvorräten noch an die Existenz eines leitenden Komitees und spöttelte über jene, die so sehr auf die Hilfe des Papstes und des Königs Karl Albert bauten. Doch seine Worte machten keinen Eindruck. Bis in die Nacht hinein gab es geheime Zusammenkünfte, wo Rat gepflogen wurde, was am nächsten Tage zu geschehen habe. Die Einsetzung einer provisorischen Regierung nach Pariser Muster kam zur Sprache, die Hitzköpfe wollten entschiedene Charaktere an die Spitze stellen; doch die besonneneren mahnten ab, und so entschied man sich zuletzt für gemäßigtere Männer, campioni dell' opposizione legale, uomini della semilegalità. Correnti bestellte seine Genossen für den

[1] Zwei angeblich aufgefangene Briefe des Erzherzogs Rainer d. J. an seinen Bruder Ernst aus Verona 19. und 20. März brachten italienische Blätter teils im deutschen Urtext teils in Übersetzung (Raccolta Veneta I 421—426, Arch. trienn. II 112 118). „Du solltest sehen", heißt es in dem Briefe vom 20., „wie aufgebracht der Feldmarschalleutnant Gerhardi über all dieses ist."

Morgen in die Wohnung des Dr Attilio de Luigi, Via Disciplini, wo das entscheidende Wort fallen sollte[1].

Am Abend brachte eine aus Cilli an den Gouverneur abgesandte Stafette die Gewährungen des 14., Aufhebung der Zensur und Einberufung der Provinzialstände für den 3. Juli, was ein vom Grafen O'Donell unterzeichnetes Avviso am frühen Morgen des 18. der Bevölkerung kund und zu wissen gab. Der Inhalt rief bei allen, die nicht eingefleischte Hasser der Regierung waren, Italienern wie Deutschen, ungeheuchelte Freude hervor, eine Stimmung, welche die Verschworenen vom gestrigen Tage um keinen Preis aufkommen lassen durften. Sie sorgten für aufreizende Deutungen der kundgemachten Zugeständnisse; das Losungswort: „Zu spät", troppo tardi wurde ausgegeben. An vielen Orten wurde die Kundmachung O'Donells herabgerissen. Gegen 10 Uhr schickte man die Kinder aus der Schule; Maueranschläge: Morte ai Tedeschi, kamen zum Vorschein, die Polizeisoldaten erfuhren Schimpf und Drohungen: Morte ai pollin![2] An Warnungen der Regierung fehlte es nicht. Beim Landespräsidium lief eine Mitteilung des Grafen Buol aus Turin ein, daß am 18. in der Lombardei und namentlich in Mailand eine Revolution erfolgen werde. Aus der Stadt selbst wurde dem Präsidium gemeldet, daß durch verschiedene Rundschreiben allen Budikenbesitzern aufgetragen sei, um 2 Uhr nachmittags ihre Verkaufsläden zu schließen. O'Donell ließ durch den Grafen Pachta den General-Polizeidirektor befragen, der jedoch versicherte, von einem solchen Vorhaben nicht die geringste Anzeige zu haben.

Am Morgen desselben Tages war der Hauptmann Franz Kuhn v. Kuhnenfeld vom Generalquartiermeisterstab aus Wien angekommen und hatte bei der Munizipalität anstandslos seine Quartiersanweisung in Empfang genommen, aber im Fortgehen zu seinem Erstaunen bemerkt, daß sich bewaffnete Leute einzeln und in Gruppen auf offener Straße zeigten, während kleinere und größere Haufen mit dreifarbigen Bändern und Farben singend und lärmend daherzogen, Haustore geschlossen, ebenerdige Verkaufsläden mit Hast zugeschlagen wurden. Als er mit diesen Mitteilungen in Casa Cagnola, dem Sitze des lombardischen Generalkommandos, eintraf, drangen die Offiziere in ihren greisen Feldmarschall, nicht länger in der Stadt zu weilen, und umgaben ihn gleich einer Leibwache, um ihn in das Kastell zu geleiten. Die Vorsicht war, wie sich gleich zeigen sollte, keine unnötige; denn man hatte kaum eine Strecke außerhalb des Gebäudes zurückgelegt, als ein hochgewachsener junger Mann gegen Radetzky losging

[1] Arch. trienn. I 510 f, II 8 f. Aufzählung der Versammelten bei Correnti, s. Ottolini, La Rivoluzione lombarda 59 f.

[2] Betta, Mailänder Geiseln 24 und Ottolini a. a. O. 70; die dem Losbruch vorausgegangenen Schritte und Zwischenspiele ebd. 59 f.

und bis auf drei Schritte herankam, bis der Generalquartiermeisterstabs-Hauptmann Baron August Kaas auf ihn zusprang, ihn mit beiden Händen packte und auf das Straßenpflaster schleuderte.

Im Kastell angelangt, ließ Radetzky dem Gubernialvizepräsidenten eine verstärkte Besatzung im Regierungspalaste anbieten. Doch O'Donell lehnte dankend ab, er schien die Besorgnisse des Feldmarschalls nicht zu teilen; eingewiegt durch friedfertige Vorspiegelungen berief er die Mitglieder der Zentralkongregation zu einer Beratung und richtete an den Feldmarschall eine Note, worin er ihn beschwor, „keine Maßregeln zu ergreifen, welche das Zartgefühl der friedfertigen Mailänder verletzen könnten“[1]. Eine grausame Enttäuschung sollte nicht auf sich warten lassen!

Der Sitz der Munizipalkongregation war den ganzen Vormittag von aufgeregt lärmenden Haufen umlagert; dreifarbige Kokarden prangten an den Hüten der Führer, ebensolche Fahnen wurden geschwungen. Rufe wie: Guardia civica! Armi! Governo provvisorio! tönten zu den versammelten Stadträten hinauf, bis zuletzt das Losungswort „Zur Regierung!“ erscholl. Es begann leicht zu regnen. In feierlichem Zuge, von Pompieri in gran tenuta und von einer nach Tausenden zählenden Volksmenge begleitet, aus den Fenstern und von den Balkonen mit Zuruf und Tücherwehen begrüßt, bewegten sich Gabrio Casati und seine Assessoren nach dem Borgo di Monforte, wohin ihnen ein Teil des Haufens voraneilte, die schwache Besatzung des Regierungspalastes vom Regiment Paumgartten niederwarf, mehrere Mann tötete und einen schwer verwundete — zwei entkamen wie durch ein Wunder. Die Röcke, die Mützen der Gefallenen wurden auf die Bajonette der erbeuteten Gewehre gepflanzt und unter allgemeinem Gejohl im Triumphe herumgetragen. Bald war das Innere des Gebäudes überflutet, wo eine vandalische Verwüstung alles in Stücke und Trümmer schlug und bescheidene Teilnehmer allerhand Dingerchen „zum Andenken“ mitgehen hießen. Im Sitzungssaale wurde das Bildnis des Kaisers mit Stöcken in Fetzen geschlagen. Die Gräfin Spaur hatte sich in ein benachbartes Haus geflüchtet, Graf Pachta, dessen Wohnung ausgeplündert wurde, ein Versteck gefunden, wo er sich verborgen hielt.

Es war gegen 2 Uhr nachmittags, als Casati mit den Seinen im Regierungsgebäude erschien. O'Donell hatte sich in sein Arbeitszimmer zurückgezogen, als er von dem Besuche der Stadtvertretung überrascht und sogleich mit Forderungen aller Art bestürmt wurde; es waren auch andere Personen da, aus deren drohend erhobenen Fäusten mehr als ein Dolch oder Messer blitzte. Die erste Forderung betraf die Nationalgarde. Nach einigem Sträuben gab O'Donell nach; Papier und Tinte wurde gebracht:

---

[1] Hübner, Ein Jahr meines Lebens 57 f.

Der Vizepräsident ermächtigt im Hinblick auf die absolute Notwendigkeit, die Ordnung aufrecht zu halten, das Munizipium zur Errichtung einer Guardia civica.

Die zweite Forderung lautete:

Die Polizeiwache überliefert dem Munizipium unmittelbar ihre Waffen.

Die dritte:

Die Generaldirektion der Polizei wird aufgelöst; die Sicherheit der Stadt ist dem Munizipium anvertraut.

Alle diese Bestimmungen mußte der Vizepräsident eigenhändig zu Papier bringen und mit seinem Namenszuge versehen[1]. „Meine Unterschrift ist erpreßt!" rief der in die Enge getriebene Graf aus. „Tut nichts zur Sache", wurde ihm erwidert; „es wird kommen, was kommen muß." Die von der Stadtbehörde säumten nicht, von der ihnen in so unglaublich leichter Weise in die Hände gespielten Macht ausgedehntesten Gebrauch zu machen. In eigenen von Casati und den Assessoren Berretta und Greppi gezeichneten Dekreten forderten sie alle Bürger von 20 bis 60 Jahren auf, ihre Namen für die Civica im Palazzo civico einzuschreiben, und ermächtigten jeden, der Waffen besitze, sie zu gebrauchen; die Leitung der Polizei wurde dem seitherigen Provinzialdelegaten Bellati übertragen.

In das Kastell drangen nur verworrene Nachrichten über die Vorgänge in der inneren Stadt. Da erbot sich der dem Generalquartiermeisterstab zugeteilte Oberleutnant Johann Wagner, einen Gang durch die Straßen zu machen, um zu sehen, was denn eigentlich vorgehe. Er war in bürgerlicher Kleidung — nur die Offiziere der Truppe gingen einem jüngst erlassenen Tagesbefehle zufolge in Uniform — und verstand sich auf den Mailänder Dialekt, so daß er sich in die Volkshaufen mischen und mit den Leuten plaudern konnte. Er fand alles in vollster Aufregung, er sah den Zug der Munizipalität mit dem Podestà an der Spitze zum Regierungspalast, er überschritt den Naviglio und gewahrte, kaum daß er den Kanal hinter sich hatte, wie man Fässer und allerhand Geräte herbeischleppte, um den Eingang zur Brücke zu verrammeln. Erhitzte Menschen kamen auf den Schwarm, in welchem er sich befand, zugelaufen, dem sie in erhitzten Worten erzählten, wie man soeben die Wachen im Regierungsgebäude entwaffnet und zum Teil niedergemacht und den Grafen O'Donell in die Klemme gebracht habe. Wagner kam bei der Kirche del Carmine an der von der Hauptwache abgelösten Abteilung des Linieninfanterieregiments Kaiser vorbei, deren Hauptmann Raphael Miloshevich, das Gesicht in Zorn erglühend, ihm zurief: „Dieses Gesindel, man wird insultiert und darf nicht schießen lassen!"

---

[1] Facsimilia bei C. Casati, Nuovo Rivelazioni II 88.

Radetzky befand sich in der Mitte seiner Offiziere, als Wagner ihm berichtete, was er gesehen und erfahren. „Jetzt wissen wir, woran wir sind", sagte der Feldmarschall ruhig und erteilte seinem Generaladjutanten Feldmarschalleutnant Karl v. Schönhals den Befehl, die Alarmschüsse ertönen und die Truppen die ihnen für diesen Fall angewiesenen Aufstellungsplätze beziehen zu lassen[1]. Den wenige Tage zuvor aus Wien eingetroffenen Hauptmann im Generalquartiermeisterstab Grafen Johann Huyn beorderte er, sich reisefertig zu machen und nach Verona zu eilen, um ungesäumten Nachschub von Truppen und Kriegsbedarf zu erwirken. „Schau, was du dort ausrichten kannst", lautete die kurze Instruktion, die ihm der Feldmarschall mündlich auf den Weg gab[2].

Die Truppen der Mailänder Garnison hatten sich kaum aus ihren Kasernen in Bewegung gesetzt, als in der Stadt der Bau von Barrikaden und damit der Straßenkampf begann. Generalmajor Heinrich Frh. v. Rath war mit Grenadieren und Jägern im Anmarsch auf den Domplatz, also den Mittelpunkt der Stadt. Über Aufforderung O'Donells befanden sich mit diesem Casati und Bellati, gefolgt von einer ausgelassenen Rotte, auf dem Wege zum Feldmarschall, als auf der Straße eine Decharge ertönte, die sie zwang, in ein benachbartes Haus zu flüchten, wo der Gubernial-Vizepräsident zum Gefangenen erklärt wurde.

Drei Uhr nachmittags war vorüber, und schon waren an allen Punkten Angriff und Gegenwehr in vollem Zuge, während von den Türmen das unheimliche Anschlagen der Glocken ertönte, aus Fenstern und von Balkonen trikolore Fahnen wehten und ermunternde Zurufe auf Pius IX., auf Italien, auf die Unabhängigkeit von Mund zu Mund liefen. Schon wurden vom Pöbel die Gewölbe der Büchsenmacher und Schwertfeger geplündert und warf sich die Meute auf einzelne Soldaten, Schildwachen, Kavallerieordonnanzen, von denen mehr als einer einen grausamen Tod erlitt. Die Barrikaden bildeten in den meist engen Gassen der Stadt ein wirksames Hemmnis gegen die Operationen der Truppen. Der Aufstand war bereits über die ganze Stadt verbreitet, als der Dragonerkorporal Joseph Huber, der als Ordonnanz in der Wohnung des Feldmarschalls zurückgeblieben war, dessen sämtliche Ordensdekorationen zusammenpackte, und alle Hindernisse in den mit Aufständischen angefüllten und teilweise verbarrikadierten Straßen mit Bravour und Klugheit überwindend, glücklich ins Kastell brachte[3].

---

[1] Stand der Garnison von Mailand und deren Dislokation in den verschiedenen Kasernen s. Arch. trienn. II 1—6.

[2] Helfert, Kurierreise eines k. k. Offiziers im März 1848: N. Fr. Pr. 1891 Nr 9484 vom 20. Januar.

[3] Amon, Husaren-Reg. Nr 15, Wien 1894, 238. In den Jahren 1848 und 1849 war dies das Regiment Bayern-Dragoner Nr 2.

Der Soldat hatte in den seltensten Fällen den Feind vor sich, der hinter Fensterläden, hinter Schornsteinen, in Dachöffnungen, selbst in Kellerlöchern heimtückisch auf ihn lauerte. Nur an einem Punkte war das Militär von allem Anfang in entschiedenem Vorteil. Kaiserjäger waren auf das Dach des Domes kommandiert. Der Oberjäger Lorenz Hupfauf war ein sicherer Schütze, Kameraden standen hinter ihm, die ihn mit frischgeladenen Büchsen versorgten, und wen er von den über den Domplatz eilenden Leuten aufs Korn nahm, der stürzte und stand nicht wieder auf. Ihn selbst traf eine Kugel an der Stelle des Hutes, wo bei den Jägern die kleine Trompete angebracht war, und blieb da stecken. Bei achtzig froh atmenden Menschen sollen er und seine Jäger auf diese Art das Lebenslicht ausgeblasen haben, und wie viele ganz harmlose Leute mögen da getroffen worden sein! Der Kaiser hat ihm für sein „heldenmütiges Benehmen" die goldene Tapferkeitsmedaille verliehen. In Tirol ging die Lobpreisung seiner Heldentat von Mund zu Mund. „Die Welschen haben bereits ein Beispiel", so redete Bergrat Zötl seine Landesschützen an, „wie Tiroler Schützen zielen, an dem Oberjäger Hupfauf, der jüngst achtzig Feinde mit seines Stutzens sicherem Geschoß darniederlegte." Dem Hupfauf selbst aber hat in späteren Jahren die Erinnerung an jene grausame Menschenjagd wehe getan, und er hat nicht wollen davon sprechen hören[1].

Eines der ersten Ziele der Truppen war die Wiedergewinnung des Gubernialgebäudes. Sie mußten unter dem heftigsten Feuer der Insurgenten einige Barrikaden überwinden, ehe sie an den Palast selbst gelangten und diesen besetzten. Graf Pachta kam aus einem Versteck hervor und ließ sich über die Bastei ins Kastell geleiten, wo er mit einem Bündel unter dem Arme und mit den Worten Omnia mea mecum porto vor Radetzky erschien. Er war für den Augenblick der einzige Regierungsbeamte im Lager und stellte sich für Verwaltungsgeschäfte zur Verfügung, was dem Feldmarschall, der Pachtas Fähigkeit und Eifer seit langem kannte, sehr gelegen kam; er ernannte ihn zum Generalintendanten der k. k. Armee.

Bevor Radetzky das Broletto, den Sitz der Munizipalität in Angriff nehmen ließ, richtete er an diese ein ernstes Schreiben: Mailand befinde sich in offenem Aufruhr gegen die Regierung Sr Majestät; wenn das Munizipium in Wahrheit die Ruhe und das Wohl seiner Stadt wolle, so habe es dahin zu wirken, daß ohne Verzug alle Waffen ausgeliefert werden. Zugleich verlangte er die Freilassung des Gubernial-Vizepräsidenten, widrigens

---

[1] Tir. Schützen-Ztg 1848 Nr 14 vom 6. April S. 120. Zötls Aufruf vom 8. April s. Wöll, Schützenkompanie, Innsbruck 1887, 10. Hupfauf starb als k. k. Hauptmann im Ruhestand am 28. April 1880 zu Kufstein.

er sich in die Lage versetzt sehen würde, die Stadt zu bombardieren und alle militärischen Mittel anzuwenden, um sie zum Gehorsam zurückzuführen[1]. Die Zuschrift hatte, wie sich erwarten ließ, keinen Erfolg. Das Broletto mußte als der Mittelpunkt der Bewegung gelten und war auch in militärischer Hinsicht von großem Wert, weil es an der Verbindungslinie zwischen dem Kastell und dem Domplatze lag. Ein Bataillon Paumgartten erhielt den Auftrag, das Gebäude zu stürmen. Auf dem ganzen Wege, den es durch die engen Gassen zurückzulegen hatte, empfingen es Schüsse aus den Fenstern und aus Kellerlöchern, Kugeln, Rehposten, gehacktes Blei, vielfach mit Schießbaumwolle ohne Rauch und ohne Lärm; aus Fenstern und von Dächern wurden Gerätschaften aller Art, Kästen, Tische, Stühle, geworfen. Als es am Platze angelangt war, entspann sich ein zäher und erbitterter Kampf[2], während der Regen ohne Unterlaß strömte, von mehr als fünfzig Türmen der Sturm heulte und sich mit dem Getöse der Kanonen und dem Geknatter des Gewehrfeuers, mit dem Gekreisch von Weibern, dem kläglichen Wimmern von Kindern vermischte — ein unheimlich schauerlicher Zusammenklang! Der Eingang des Broletto war meisterhaft verrammelt; Zimmerleute wurden beordert, das Tor einzuschlagen; mehr als einer bezahlte den Versuch mit dem Leben. Zuletzt wurde ein Zwölfpfünder aufgefahren, der nach mehrstündigem Kampfe eine Bresche schoß. Doch selbst als der Soldat stürmend in das Innere drang, fielen noch vom Dach herab einige Schüsse in den Hof; dann hörte aller Widerstand auf, der hochwichtige Platz war gewonnen. Es wurde erzählt, der Podestà habe sich über die Dächer in die Nachbarhäuser geflüchtet; es ist aber kaum wahrscheinlich, daß Casati sich bis zum letzten Augenblick im Gebäude befand. Die Munizipalkongregation schlug jetzt ihren Sitz in der von engen Gäßchen umstellten und von zahlreichen Barrikaden geschützten Casa Taverna in der Contrada de' Bigli auf.

Die Nacht war bereits hereingebrochen, als der Kampf zu Ende ging. Die Truppen und die Aufständischen hatten einander an Mut und Tapferkeit nichts nachgegeben, aber auch nicht an Grausamkeiten, in denen sich die entfesselte Wut Luft machte; wenn das auf seiten des Militärs nicht häufiger vorkam, so war es ein Verdienst der Offiziere. Das Broletto bot ein Bild der Verwüstung. Bei zweihundert Gefangene, welche das Militär gemacht hatte, wurden um Mitternacht ins Kastell abgeführt, darunter der neue Polizeidirektor, ehemaliger Provinzialdelegat Bellati, der greise General Teodoro Lechi, ein Verschwörer von Anno fünfzehn her, die Munizipalassessoren Greppi, Pietro Bellotti und Conte Giuseppe Belgioioso, der Munizipalsekretär Antonio Silva, Marchese Giberto und zwei Conti Porro, ein Conte Durini. Den Grafen Lechi

[1] Facsimile bei C. Casati, Nuove Rivelazioni II 98 f.
[2] Ausführlich bei Bruna, Im Heere Radetzkys 14—21.

entließ man aus Schonung für sein Alter, die andern wurden in die sog. Rocchetta gebracht und dem Polizeioberkommissär Moritz v. Betta zugewiesen, der sich ihr Los mit aufrichtiger Menschlichkeit angelegen sein ließ.

Der heftigste Regen währte bis nach Mitternacht. Mit dem frühesten Morgen des 19. März — es war ein Sonntag und das Namensfest Radetzkys — begann der Kampf aufs neue. Fuori i lumi! alle barricate! erscholl es von Straße zu Straße. Die Aufständischen hatten die Erfahrungen des vorigen Tages vorsichtiger gemacht. Wenn eine Abteilung Militär vorrückte, fand sie vor sich fast keine Arbeit; doch kaum war sie an einer Reihe Häuser vorübergezogen, als ihr aus den schnell geöffneten Fenstern Kugeln in den Rücken pfiffen. Wo den Einheimischen starke Bollwerke und die Enge der Gassen zu statten kam, verteidigten sie sich mit großer Tapferkeit und Ausdauer, so daß die Truppen trotz der größten Mühen und Anstrengungen zuletzt zurückgezogen werden mußten. Mit jedem mißlungenen Versuche des Militärs, mit jedem Einzelerfolge der Aufständischen wuchs ihr Selbstvertrauen, steigerte sich bis zur Kühnheit, die sich auf Gassenjungen von zehn bis zwölf Jahren fortpflanzte. Es kam vor, daß solche, wegen ihres zarten Alters von den Soldaten geschont, während des Kampfes mit unbefangener Miene an diese herantraten und dann in unmittelbarster Nähe versteckt gehaltene Pistolen auf sie abfeuerten; diese kleinen Unholde wurden dann selbstverständlich niedergemacht.

Der einzige Punkt, in dessen unbestrittenem Besitz das Militär blieb, war noch immer der Domplatz; kein Einheimischer wagte sich auf Schußweite in dessen Nähe, niemand an ein Fenster. Doch die Verbindung der verschiedenen Truppenkörper untereinander war nur mit den größten Schwierigkeiten und ausgesprochener Gefahr zu unterhalten. Patrouillen, die dazu verwendet wurden, galten für verloren; die kaltblütigste Todesverachtung gehörte dazu, sich zu einem solchen Wagestück herzugeben. Die Ermüdung, die Erschöpfung des Soldaten erreichte den höchsten Grad. Manche Kommandos befanden sich seit dem gestrigen Ausmarsch aus dem Kastell, folglich seit sechsunddreißig Stunden, ohne Nahrung, ohne Schlaf, ohne Ruhe, beständig in der Aufregung von Lauer und Abwehr. Im Kastell selbst war die Not nicht geringer, eine Zufuhr von Lebensmitteln kaum möglich, da sich die ärarischen Magazine, die Bäckerei, die Fourage in meist entlegenen Orten befanden. Einkäufe in der Stadt zu machen, war mit der größten Gefahr verbunden und lief, selbst wenn der Kaufplatz glücklich erreicht war, häufig genug erfolglos ab, weil die Händler selbst aller Vorräte bar waren[1].

---

[1] Am selben Tage, doch ohne nachweisbaren Zusammenhang mit den Mailänder Ereignissen, brach ein Aufstand in Trient aus, der aber rasch unterdrückt wurde; s. meine „Tiroler Landesverteidigung 1848", Wien u. Leipzig 1904, 8 f.

Die Nacht vom 19. zum 20. lief vergleichsweise ruhig ab, was zum größten Teil einer Naturerscheinung zuzuschreiben war, die niederdrückend auf die Gemüter wirkte: es war eine Mondfinsternis, die bald nach 8 Uhr begann und bis einige Minuten nach Mitternacht anhielt; in ihrem Höhepunkt zeigte sich die Mondscheibe in gebrochenem Rot, was einen unheimlichen Eindruck machte.

* * *

Die Dinge waren so weit gediehen, daß der Feldherr sich entschließen mußte: erstens die Truppen aus dem Innern der Stadt herauszuziehen und bloß die Umwallung und die Tore besetzt zu halten, und zweitens das offene Land vom Militär zu räumen und seine gesamte Macht um Mailand zu vereinigen. Das erstere vollzog sich in der Nacht und am Morgen des 20. mit großen Schwierigkeiten und nicht ohne manches Opfer; denn unter fortwährenden Kämpfen führte General Wohlgemuth seine Kolonnen gegen die Porta Orientale, Graf Clam die seinen gegen die Porta Tosa; General Rath räumte den Domplatz, den vizeköniglichen Palast, die Piazza de' Mercanti und den etwas abgelegenen Palazzo Marino und führte zwischen 2 und 3 Uhr morgens seine Abteilungen auf den Kastellplatz. In derselben Nacht schlug der Generalpolizeidirektor Torresani, der sich den Seinen gegenüber lang geweigert hatte, seinen Posten zu verlassen, und den die Truppen vergebens zu befreien gesucht hatten, den Reitermantel eines Gendarmen um seine Schultern, bestieg ein Dienstpferd und kam im Geleite mehrerer berittenen Gendarmen glücklich ins Kastell; Legationsrat Hübner, der sich nach dem Losbruch des Aufstandes im Palazzo Regio einquartiert hatte, fand Unterkunft in der Contrada dell' Agnello in der Wohnung eines kleinen Beamten, der seinen Dienstposten unter den geänderten Verhältnissen nicht verlassen wollte, während die Frau gut kaiserlich blieb.

Was die auswärtigen Garnisonen betraf, so stand es mit diesen in doppelter Hinsicht sehr zweifelhaft: in den meisten Provinzialorten lag einheimisches Militär, auf dessen Treue nicht zu rechnen war, während die nichtitalienischen Truppenkörper Angriffe und Widerstand jeder Art erfuhren. So lief die landsmännische Besatzung von Pizzighettone einfach auseinander, und die wenigen kaisertreuen Offiziere und Beamten mußten sich einer improvisierten Regierung unterwerfen. In Chiavenna wurde die Republik ausgerufen, und bewaffnete Freischaren aus dem Kanton Tessin zogen den Einheimischen zu Hilfe. In Como hatte es schon am Abend des 18. März tumultuarische Auftritte gegeben, in den Tagen darauf entbrannte der Kampf auf allen Punkten. Die Truppen waren in vier voneinander entlegenen Kasernen verteilt, die kleineren sowie die Hauptwache wurden mit Übermacht angegriffen und überwältigt, die Insurgenten waren Meister der Stadt; nur die größere Kaserne San Francesco hielt noch stand. Sehr bedenklich

stand es in Cremona, zu dessen Besatzung drei italienische Bataillone — Erzherzog Albrecht Nr 44, Mailand, und Ceccopieri Nr 23, Lodi — gehörten; Militärkommandant war General Georg v. Schönhals, der sich durch heuchlerische Zeichen von Freude und Frieden täuschen ließ, die Bildung einer Nationalgarde duldete, ja ihr Waffen auslieferte. Nur in wenigen größeren Orten gelang es, die gesetzliche Ordnung aufrecht zu halten, so in Luvino, wo ein paar loyale Einwohner für die Garnison eintraten, in Lodi, wo Erzherzog Ernst, und in Crema, wo Major Graf Theophil Coudenhove den Aufstand niederhielten. In Varese befahl der entschlossene Oberst Kopal, der mit seinen braven Zehnerjägern keine Unordnung aufkommen ließ[1].

In der Landeshauptstadt wehten von vielen Türmen trikolore Fahnen; auch waren allerhand Signale, unverkennbar optische Telegraphen, in eifriger Tätigkeit. Die Aufständischen nahmen schnell Besitz von den vom Militär verlassenen Gebäuden, wobei mitunter, z. B. in der Wohnung Torresanis, in arger Weise gehaust wurde. In den Kasernen waren verschiedene Waffen zurückgeblieben, in der Zentralkasse große Summen unbehobenen Geldes, was alles der Revolution zum Opfer fiel. Bei Besetzung des Justizgebäudes wurde den politischen Gefangenen ihre Freiheit wiedergegeben, darunter Camperio, dem Priester Brambilla aus Como, Salvini und Borgazzi, die auf Offiziere geschossen hatten, Sottocorno u. a. Nach den Beamten und Werkzeugen der Polizei gab es eine wahre Hetze; glücklicherweise war der gefürchtetste und zugleich gehaßteste von ihnen, Aloys Bolza[2], für den Augenblick nicht zu finden. Aber wehe dem, der von der wütenden Menge als pollin erkannt wurde! Auf der Piazza di San Stefano sah man einen dieser Leute mit Stricken an einen Karren gebunden, einen Besen in der Hand, den Maulkorb eines Hundes um den Mund; rohes Gesindel tanzte um ihn her, spuckte ihn an, schlug ihm ins Gesicht, hieb mit Stöcken auf ihn ein, bis ein vorübergehender Nobile den halbtoten Menschen ins Kriminalgebäude abführen ließ. Der Polizeiwachtposten in der Gasse Andegari wurde erstürmt, im Innern verwüstet, die kleine Besatzung mit Schimpf und Hohn gefangen abgeführt. In der Nacht vom 20. zum 21. März wurde Hauptmann Joseph Ritter v. Escherich von der Reisinger-Infanterie beauftragt, mit Unterstützung einer Abteilung Husaren die Münzvorräte aus der Zecca abzuholen. Er mußte sich auf dem Hin- und Rückmarsche blutig durchhauen und erlitt empfindliche Ver-

[1] S. mein „Mailand und der lombardische Aufstand“, Prag 1856, 93—101. Über Crema und Lodi s. Amon, Husaren-Reg. Nr 15, 238—240, und Steiner, Inf.-Reg. Nr 17, 72 f.

[2] Über Bolzas dienstlichen Charakter und sein Schicksal s. Betta, Mailänder Geiseln 34 f.

luste, allein er traf am Morgen glücklich mit dem Schatz im Kastell ein. Die Zentralkasse im Palazzo Marino zu holen war nicht möglich, das massive Gebäude war verrammelt, die umliegenden Häuser waren mit zahlreichen Schützen besetzt, die Unternehmung mußte aufgegeben werden[1].

Am 20. gegen 1 Uhr nachmittags erschien eine Kundmachung der Munizipalität, welche alle Attribute der Regierung in ihre Hände nahm, und ein neuer Aufruf an alle Waffenfähigen vom zwanzigsten bis zum sechzigsten Jahre. Casati unterzeichnete noch immer als Podestà und nie ohne Mitfertigung eines der Munizipalassessoren; denn er wollte den Schein bis zum äußersten wahren[2]. Im Kabinette des Grafen Taverna führte er den gefangenen O'Donell vor ein Madonnenbild und beschwor ihn unter Tränen — nicht in figürlichem Sinne, sondern buchstäblich zu nehmen —, er wolle ihn doch „eines so schändlichen Verrates" nicht fähig halten[3].

An allen vom Militär gehaltenen Posten tobte der Kampf bei fast ununterbrochenem Regen mit steigender Erbitterung. An einzelnen Punkten mußten Kanonen aufgeführt, Häuser erstürmt werden. Auch in den zwischen der Umwallung und dem Kanal gelegenen Quartieren, wo den Städtischen Freischaren aus der Schweiz und bewaffneter Landsturm zu Hilfe kamen, gab es hitzige Gefechte. Beim Ausmarsch aus der inneren Stadt war im vierten Stadtbezirk ein kleiner Posten von Reisinger-Infanterie (Nr 18, Königgrätz) vergessen worden. Kadett Franz Eberle v. Ebenfeld hatte am Tage zuvor wiederholte Stürme bestanden und sah sich jetzt wieder von Haufen umlagert, deren veränderte Haltung und Mienen er sich nicht erklären konnte, bis ihm ein Zettel in die Hand gespielt wurde, der ihn über den wahren Stand der Dinge unterrichtete. Er entschloß sich zum Ausmarsch; unter einem Regen von Kugeln blieben von seinen dreißig Mann sechzehn teils tot teils schwer verwundet am Wege liegen, mit den übrigen erreichte er das Kastell.

Während der Kämpfe des Tages erschienen im Hauptquartiere Radetzkys in großer Uniform mit Ordenssternen und Kreuzen, nicht achtend des strömenden Regens und des durch Kanonenkugeln und Pferdehufe aufgewühlten Bodens, die in Mailand amtierenden auswärtigen Konsuln, an ihrer Spitze der franzö-

---

[1] Einzelnes von den Kämpfen in der Stadt am 19. und 20. März s. Neuwirth, Geschichte des 18. Lin.-Inf.-Reg., Wien 1859, 228 f.

[2] Volea intraprendere una ribellione colla licenza dell'Imperatore: Cenni biogr. 10. In dem Processo verbale, der über die oben erwähnte Kundmachung der Mailänder Munizipalkongregation aufgenommen wurde (C. Casati, Nuove Rivelazioni II 489 f), erklärte der Podestà ausdrücklich: che egli intende di agire e di restare nei limiti della più stretta legalità.

[3] Mailand und der lombardische Aufstand 32 f 37 f.

sische, vor kurzem Monarchist, jetzt Republikaner, während sich in der Umgebung des Kastells die Fenster öffneten, weiße Tücher flatterten, Hochs auf den Feldmarschall ertönten. Sie hätten vernommen, erklärten die Konsuln, der Feldmarschall beabsichtige die Stadt zu bombardieren, und sie kämen, im Namen ihrer Regierungen gegen eine Maßregel Verwahrung einzulegen, durch welche Personen und Eigentum ihrer Schutzbefohlenen bedroht seien. Radetzky lud sie ein, sich mit den Ihrigen in seinen Schutz zu begeben; für den Schaden am Eigentum sei das aufständische Mailand verantwortlich. Nach längeren Verhandlungen machten sie den Vorschlag einer Einstellung der Feindseligkeiten, bis auf eine nach Wien zu richtende Anfrage Bescheid gekommen sein würde[1]. Es war ihnen ohne Zweifel bekannt, daß die Munizipalkongregation selbst dieses Ziel im Auge hatte und Casati Schritte in dieser Richtung zu tun gesonnen war[2]. Tatsächlich kam die vereinbarte Waffenruhe nicht zu stande, und der Kampf wütete aufs neue.

Aus Mailand befanden sich seit den letzten Tagen Marchese d'Abba und Graf Enrico Martini in Turin, um den König zu einem bewaffneten Einschreiten zu ihren Gunsten zu bewegen. „Ich soll wohl nach Mailand kommen, um dort die Republik proklamieren zu lassen", sagte Karl Albert, worauf d'Abba erwiderte: „Die Republik wird proklamiert werden, wenn Eure Majestät nicht kommen!" Am 19. abends traf Conte Francesco Arese in Turin ein, der nicht ohne Schwierigkeit aus Mailand und über den Ticino gekommen war. Er stellte sich dem Könige vor, der ihm ungefähr dasselbe sagte, was er zu d'Abba gesprochen hatte. Arese hatte dann eine Unterredung mit dem Minister Pareto, nach der er unmittelbar seine Rückreise nach Mailand antrat. Um in die Stadt zu kommen, mischte er sich in eine Schar improvisierter Freiwilligen, non più diplomatico ma bersagliere[3]. Karl Albert war noch schwankenden Sinnes und brachte seine Zeit in Zweifeln und Bedenken hin. Von der einen Seite die Befürchtung, daß die aufgeregte Stimmung nicht bloß in Mailand, sondern auch in seinen eigenen Staaten, wo besonders die alte Dogenstadt zu beachten war, unter dem Einflusse Mazzinis in republikanische Bahnen umschlagen möchte; anderseits die nachbarliche Gefahr von französischer Seite, wo Erinnerungen aus der Zeit der „großen Nation" wach werden und das Schlagwort der natürlichen Grenzen sich wieder hörbar machen könnte; dazu die Abmahnungen der auswärtigen Gesandten, von denen der britische

---

[1] Schönhals, Erinnerungen 118 f. Der Besuch der Konsuln galt Radetzky als ein gutes Zeichen, da er in seinem amtlichen Bericht darüber nicht so spöttelt wie Schönhals.

[2] Processo verbale del 20 di marzo della Congregazione municipale di Milano: C. Casati a. a. O. II 486. Kaiserlicherseits intervenierte dabei der Militär-Grenz-Infanterie-Major Siegmund v. Ettingshausen, der sich aus freien Stücken zur Übernahme einer Friedensmission angeboten hatte.

[3] Cappelletti, Storia di Carlo Alberto 342 f.

im Namen Palmerstons vor der Gefahr eines Krieges mit Österreich warnte[1], der russische und der preußische sogar mit Abbruch der diplomatischen Beziehungen drohen — all das ließ den König trotz seiner ehrgeizigen Kriegslust und trotz der Aufforderungen und Verlockungen, die von außen her an ihn herantraten, lang zu keinem Entschluß kommen, bis zuletzt die Nachricht von dem ausdauernden Widerstande der lombardischen Hauptstadt den Ausschlag gab.

Legationsrat Hübner hatte für den 20. eine Unterredung mit dem Podestà von Mailand veranlaßt, die in Casa Taverna in einem an den Beratungssaal der Munizipalität anstoßenden Gemache stattfand. Die Zusammenkunft wurde wiederholt dadurch unterbrochen, daß Casati in den Beratungssaal abgerufen wurde, aus welchem er stets mit verdüsterter Miene zurückkehrte. Seine letzte Abwesenheit dauerte etwas länger. Ausrufungen, denen sogleich Einhalt getan wurde, erklangen von verschiedenen Seiten; darauf Geflüster und Stille. Casati kehrte zu Hübner zurück, freudestrahlend, ein anderer Mensch. Er erklärte sich nicht geneigt, mit dem Feldmarschall in eine Unterhandlung zu treten, und verabschiedete den Legationsrat mit höflichen, aber entschiedenen Worten.

Was hatte diesen Umschlag der Stimmung bewirkt? Es hieß, ein piemontesischer Bote sei, über die Stadtmauern kletternd, in Mailand eingetroffen und habe die förmliche Zusage des Königs von Sardinien gebracht, daß er sein Heer zur Unterstützung der lombardischen Erhebung in Marsch setzen wolle[2]. Von einem Waffenstillstand wollte jetzt Casati nichts mehr wissen; die Vermittlung, welche ihm die auswärtigen Konsuln angeboten hatten, wies er zurück. „Und dem Himmel sei noch heute Dank, daß es so kam!" läßt sich die Stimme des gefeierten „österreichischen Veteranen" vernehmen; „welche schmachvolle Entscheidung hätten wir wohl von dem Wiener Revolutionsministerium erwarten können!"[3]

* * *

Während sich die lombardische Hauptstadt in hellem Aufstande befand, herrschte in Venedig und in dem jenseits der Adria gelegenen halbitalienischen Triest noch fortwährender Konstitutionsjubel. Es fehlte hier zwar nicht an vereinzelten Ausschreitungen und Versuchen zur Aufreizung. Als Karl v. Bruck, ein hochgeachteter Kaufherr, Rheinländer von Geburt, aber durch sein langjähriges Wirken auf österreichischem Boden zum aufrichtigen Patrioten

---

[1] R. M. Johnston, The Roman Theocratic and the Republic, London 1901, 120 127. Die Depesche Palmerstons an Sir Abercromby datierte aus London 13. März, mochte also erst in diesen Tagen in Mailand eingetroffen sein.

[2] Hübner, Ein Jahr meines Lebens 62—66.

[3] Schönhals, Erinnerungen 119.

geworden, eines Tages in das Tergesteum trat, stürmte eben ein wilder Schwarm herein, um das lebensgroße Bildnis des Fürsten Metternich herabzureißen und auf die Straße zu zerren. Bruck stellte sich der Meute entgegen, erinnerte sie an den Aufschwung ihrer Stadt, den sie zu einem großen Teile dem Manne zu verdanken habe, dessen Abbild sie verunglimpfen wollten, und beschwor für den Augenblick den Sturm. Nachdem aber der Haufe fort war, ließ Bruck das Bild des Staatskanzlers herabnehmen und durch eines des Kaisers ersetzen. Neuerdings dringt aufgeregtes Volk in den Saal, wie sie aber das Bild des Kaisers erblicken, sinken sie in die Knie und stimmen entblößten Hauptes die Volkshymne an. Die Venetianer Nachrichten vom 17. und 18. blieben nicht ohne Nachwirkung in Triest; tendenziöse Aufschriften zeigten sich an den Mauern, Bildnisse italienischer Freiheitshelden erschienen hinter den Schaufenstern der Buchhändler; Kaffeehäuser, Gasthöfe, Kaufläden stellten sich unter den Schutz gefeierter Namen. Als Bruck in Nationalgardeuniform an einem „Café Tommaseo" vorüberkam, schlug er in aufwallendem Zorn das Schild mit seinem Bajonett herunter; es entstand ein Auflauf, dessen Wutausbrüchen sich der verwegene Patriot durch eilige Flucht entzog. Aber die loyale Bevölkerung der Stadt scharte sich um ihn und bewahrte den trefflichsten Geist. Wo sich der Gouverneur Altgraf Robert v. Salm, der Militärkommandant Graf Gyulai, der beliebte Polizeidirektor zeigten, wurden sie mit Beifall begrüßt. Niemand durfte es wagen, andere als kaiserliche Abzeichen zu tragen.

Über der Lagunenstadt wölbte sich am 20. März ein wolkenloses Firmament, und heiter wie am Himmel schien es auch in den Gemütern zu sein. Alle Schiffe im Hafen prangten beflaggt und bewimpelt in ihrem schönsten Schmuck, aus Fenstern und von Balkonen hingen farbige Teppiche heraus. Mit dem Vorrücken des Tages — es war ein Sonntag — nahm die Lustbarkeit zu; wenn man dabei landsmännische Soldaten mit dem Volke fraternisieren sah, so wollte das nicht viel bedeuten und in dem Rufe: Viva l'Italia e l'Austria! seine Erklärung finden. Als sich am Abend der Kommandierende Graf Zichy in der Gouverneursloge der überfüllten Fenice einfand, löste ein Hoch das andere ab. Der Markusplatz und die Piazzetta waren bis in den späten Abend belebter als je, bis die Mondfinsternis mit einemmal die Menge in eine ernste, ahnungsvolle Stimmung versetzte.

Ähnlich war es in Padua. Ein wogendes Gedränge, das aus allen Teilen der Stadt und aus der Umgegend zusammengeströmt war, erfüllte am Nachmittag den Prato della Valle. In prächtigen Karossen fuhren die Nobili auf; der Kutsche des Bischofs Modesto Farina wurden die Pferde ausgespannt und der Gefeierte im Triumph von der berauschten Menge herumgefahren. Als die k. k. Musikkapelle die Volkshymne intonierte, folgte ein Beifallssturm; Offiziere wurden umarmt und geküßt. Abends Stadt-

beleuchtung und ein frohes Gewoge in den Straßen. Nur vereinzelt hörte man grelle Pfiffe, und ein Trupp junger Leute ließ die Republik hochleben. Jetzt begann der Mond sich zu verfinstern, und eine tiefe Männerstimme sprach: „Der Mond verhüllt sich und hat ein blutiges Aussehen, das bedeutet Krieg, und wir wollen Krieg!“ Hundert Arme streckten sich empor, und Stimmen riefen mit Leidenschaft: Guerra, guerra, guerra!

* * *

Denn der Bewegungspartei sagte die friedliche und fröhliche Stimmung der letzten Stunden keineswegs zu. In den Klubs hatten seit Tagen die heftigsten Debatten stattgefunden, Rückführung der Republik war das Losungswort. Von der bewaffneten Macht sympathisierten die italienischen Truppenkörper, Offiziere wie Mannschaft, gar sehr mit der volkstümlichen Bewegung. Die Arsenaloten von Venedig waren zum Aufstand bereit und von ingrimmigstem Hasse gegen den Marineadjutanten Linienschiffskapitän Ritter v. Marinovich erfüllt, weil er dem mancherlei Unterschleif und den Veruntreuungen, die sich im Laufe der Zeit eingeschlichen hatten, mit unerbittlicher Strenge ein Ziel setzte. Der Marinekommandant Vizeadmiral Ritter v. Martini befand sich nicht mehr in so rosiger Stimmung wie einige Tage zuvor, wo er das Verhalten des Volkes „ungemein lobenswert“ und alle militärischen Vorsichtsmaßregeln für nicht mehr notwendig gefunden hatte. Der neu geschaffenen Bürgerwehr waren 800 und dann noch 200 Gewehre verabfolgt worden; aber Martini zweifelte nicht ohne Grund, ob es ihr „auf die Dauer“ gelingen werde, die Ruhe aufrechtzuhalten; von der Regierung erwartete er gar nichts. „Das Gouvernement“, berichtete er am 21. an das Hofkriegsratspräsidium, „hat gar keine Wirkung, es herrscht zum Teil die Munizipalität und die entstandene Nationalgarde.“[1] Der k. k. Marineartillerie-Major Paolucci aber schrieb an Kudriaffsky, er möge in letzter Stunde kommen, sonst sei alles verloren[2]. Am 21. nachmittags gab es einen Auflauf im Arsenal, wobei Marinovich mit knapper Not einer Gewalttat entging; die Arbeiter brachte man nur durch die Versicherung zur Ruhe, daß der Kapitän sich im Arsenale nicht wieder werde blicken lassen. Die Leute der Civica, die hier Ordnung schafften, trugen alle dreifarbige Abzeichen, von dem Maste vor der Markuskirche wehte eine dreifarbige Fahne. Angesichts dieser mancherlei bedenklichen Erscheinungen blieb man in Regierungskreisen frohen Mutes; einen der ersten Räte des Guberniums hörte man sagen, er sei voll der besten Hoffnung, alles gehe vortrefflich! . . .

[1] Benko-Boinik, Geschichte der k. k. Kriegsmarine 1848/49, 68—72.

[2] Porth, Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Feldmarschalleutnants Kudriaffsky, Wien, 115 f.

Ungeachtet der eindringlichsten Abmahnungen und Warnungen findet sich am Morgen des 22. März der Marineadjutant im Arsenal wieder ein, was sich mit der Geschwindigkeit eines Lauffeuers unter den Arbeitern verbreitet, und alsbald erschallt wildes Geheul: Morte a Marinovich! Sie stürzen nach dem Orte, wo sie ihn vermuten; einige Offiziere wollen ihn durch das sog. neue Tor entschlüpfen lassen, allein es ist versperrt, der Schlüssel muß gesucht werden. Marinovich flüchtet sich in einen nahen Turm und schließt die Türe hinter sich zu. Die wutschnaubende Menge drängt heran, sprengt mit Axtschlägen den Eingang und stürmt in das obere Stockwerk hinauf, wo sie der Anblick des Kapitäns, die Pistole in der einen, den Säbel in der andern Hand, einen Augenblick stutzig macht. „Wollt ihr mich lebend oder tot?" „Lebend!" Er senkt seine Waffen und schreitet einige Stufen hinab. Doch jetzt fallen sie über ihn her: einer schlitzt ihm mit einem großen Schiffsbohrer den Bauch auf, während andere mit Werkzeugen aller Art auf ihn einhauen, den mit Stößen, Stichen, Hieben zu Tode Getroffenen die Stiege hinabzerren und ihm, der sie vergebens um einen Priester anfleht, unter wilden Ausbrüchen und erbarmungslosen Spottreden den Garaus machen. Der Kommandant des Marineinfanterie-Bataillons, Major Baron Gabriel Buday de Bátor, wollte das Arsenal retten; doch die Offiziere versorgen ihre Degen, die Mannschaft verweigert den Dienst. Buday stürzt allein gegen die Arsenaloten und Nationalgarden, sinkt von Bajonettstichen und Säbelhieben getroffen zu Boden und wird gefangen[1]. Auf die Nachricht von diesen Vorfällen erscheinen Daniele Manin und Domenico Giuriati im Arsenal, fordern dem Kommandanten den Degen ab, sperren ihn in sein Bureau und nehmen von dem Platze Besitz, der noch eben zuvor unter k. k. Befehle gestanden hatte. Der strategisch wichtigste Platz von Venedig mit seinen unermeßlichen Kriegsvorräten ist im Besitz der Revolution!

In der Munizipalkongregation hatte man den Aufruhr im Arsenal nicht so bald erfahren, als beschlossen wurde, eine Deputation an den Gouverneur zu senden und ihn, „um Blutvergießen zu vermeiden", zur Erfüllung der Volkswünsche zu vermögen. Die Verhandlung, welche nun folgte, nahm einen für die Sache der gesetzlichen Ordnung ebenso schmählichen Verlauf wie vier Tage früher jene im Regierungsgebäude zu Mailand. Graf Pálffy erklärte, die an die Regierung gestellten Forderungen nicht gewähren zu

---

[1] Österr. Soldatenfreund 1850 I Nr 14, S. 59 f. Pantheon der k. k. Armee in den Jahren 1848/49, Wien 1850, 174—177. Er wurde von einem Chirurgen der Nationalgarde in Pflege genommen, erhielt aber erst nach Monaten des Heilungsprozesses die Gewißheit, daß er ohne Siechtum davonkommen werde. Nach dem Wiedergewinn von Venedig finden wir ihn wieder an der Spitze seines Bataillons, aber als k. k. Oberst.

können, legte seiner Instruktion gemäß seine Gewalt in die Hände des Militärkommandanten nieder und wies an diesen die Deputation, in der sich der Advokat Giovanni Francesco Avesani durch besondere Brutalität des Benehmens hervortat. Graf Zichy, nun schon völlig eingeschüchtert, spielte eine klägliche Rolle; er leistete nur schwachen, um nicht zu sagen, bloß scheinbaren Widerstand, indem er der Reihe nach einem der verlangten Zugeständnisse nach dem andern willfahrte: Die deutschen Truppen verlassen die Stadt, die italienischen bleiben hier; die deutschen Truppen machen sich sogleich auf den Weg nach Triest, und zwar übers Meer; Kriegsmaterial von was immer für einer Art bleibt in Venedig; die beiden Grafen bleiben bis zur Erfüllung des Vertrags als Geiseln zurück[1].

Die Verhandlungen im Regierungspalaste näherten sich ihrem Abschluß, als Manin auf dem Markusplatz eintraf, wo er, auf einen Tisch gehoben, mit einem blanken Säbel in der Rechten fuchtelnd, den Fall des Arsenals, „des letzten Asyls der Gewaltherrscher", verkündete und mit einem Evviva San Marco die Republik ausrief, die Republik nicht bloß Venedigs, sondern aller italienischen Staaten, aus deren Vereinigung die Einheit Italiens hervorgehen müsse; darum: Evviva l'Italia! In diesem Augenblick wird ein Fenster des ersten Stockwerks im königlichen Palaste geöffnet, und eine Stimme verkündet die Abdankung des Gouverneurs und des Kommandierenden, das Ende der österreichischen Herrschaft, die provisorische Regierung.

Was jetzt folgte, spottet jeder Beschreibung. Alles ist berauscht und toll, man ruft voll ausgelassener Freude ein über das andre Mal: Evviva San Marco! Evviva la Repubblica! Die Gondolieri sind wie ausgewechselt und tragen die triumphierende Botschaft in die entlegensten Teile der Stadt; von Kanal zu Kanal, von Quartier zu Quartier pflanzt sich die Begeisterung, der Fanatismus fort. Wilde Scharen, mit Stangen und Beilen bewaffnet, stoßen unter Ausbrüchen wüsten Hohns und bakchantischer Lust die Tafeln der Tabaktrafiken mit den kaiserlichen Adlern herunter, zertrümmern sie und werfen die einzelnen Stücke ins Wasser, wo sie unter dem spöttischen Gelächter der Volksmenge auf den Wellen treiben. Die Schilder von Fabriken und Gewerbsfirmen mit kaiserlichen Abzeichen, selbst die kleinen Täfelchen der Feuerassekuranz werden eingezogen. Auf den Eisenbahngondeln, einer Art Omnibus, ja auf den Postschiffen werden die großen kaiserlichen Adler überstrichen oder weggehobelt.

Doch gab es einen Mann in Venedig, der nicht gleich den beiden ungarischen Grafen mit sich spielen lassen wollte. Generalmajor Karl Ritter v. Culoz weigerte sich, den Bedingungen einer erzwungenen Kapitulation zu entsprechen; er konnte auf das wackere Regiment Kinsky, obwohl sich dar-

---

[1] Mein „Aus Böhmen nach Italien" 242—248. Vgl. Benko-Boinik, Geschichte der k. k. Kriegsmarine 1848/49, 69—82.

unter dreihundert Italiener befanden, auf die Grenzer und die Artillerie zählen. Er zog in jeder Kaserne einen Rayon von Vorposten und sandte Kommandos zur Besetzung der auswärtigen Forts aus. Das Fort Alberoni und das nahegelegene Sant' Andrea, seit Jahren vernachlässigt und fast verlassen, wurden ohne Widerstand besetzt. Anders war es mit dem Fort Malghera, das die dahin beorderte Kompanie Kinsky, als sie nach langer, von den Schiffern absichtlich verzögerter Fahrt gegen halb 8 Uhr abends anlangte, von Civica und einer in Mestre liegenden Abteilung des einheimischen Grenadierbataillons besetzt fand. Mit heftigem Gewehrfeuer begrüßt, erfuhr sie erst jetzt, was sich in den abgelaufenen Stunden hinter ihrem Rücken zugetragen hatte, und mußte von weiterem Kampfe ablassen.

In Venedig hatten sich, von den neuen Machthabern mit unglaublicher Schnelligkeit bemannt, einige Kanonenboote vor die Incurabilikaserne gelegt, um sie einschüchternd im Zaum zu halten. Die Kaserne der Peterwardeiner Grenzer auf dem Isolotto, von Civica und Soldaten des abgefallenen Regiments Wimpffen (Nr 13, Padua) in Angriff genommen, mußte gute Miene zum bösen Spiel machen; die Nacht hindurch blieben Feind und Freund einander gegenüber in buona armonia. Auf der kleinen Insel Santo Spirito bewachten siebzehn Mann vom Regiment Kinsky — Korporal Gornig, 1 Gefreiter, 15 Gemeine — den dort befindlichen Pulverturm. Den Aufruf zur Übergabe, den zwei Kanonenboote unterstützten, beantworteten sie mit der Drohung, den Turm in die Luft zu sprengen, falls die geringste Feindseligkeit gewagt oder ihnen nicht, was sie bedurften, Lebensmittel und Wasser, geliefert würden. Die Drohung wirkte wunderbar; es wurde städtischerseits alles, was sie verlangten, pünktlich herbeigeschafft; erst nach zwei Tagen, als ihnen ein deutsch geschriebener Befehl überbracht wurde, zogen die Tapferen mit Waffen und Gepäck ab, um bei ihrer Truppe einzurücken![1]

Die erste republikanische Nacht vom 22. zum 23. März verging in tollstem Freudentaumel, unter Gesang und Musik, unter endlosen Evvivarufen und zahllosen Witzen auf Tedeschi und patate. In derselben Nacht verließ Graf Pálffy auf dem Dampfer „Erzherzog Friedrich“ den Hafen von Venedig und traf in der Morgendämmerung in Triest ein. Qual nuova di Venezia? rief man den Ankommenden vom Molo aus zu: Repubblica! Evviva la Repubblica! Evviva San Marco!

Nach den Vorgängen im Regierungspalaste war der Kommandant der Civica Angelo Mengaldo von seinen Mitbürgern mit der Bildung einer provisorischen Regierung betraut worden. Seine Wahl fiel in erster Linie

[1] Physiognomie von Venedig am 22. März s. Pimodan, Souvenirs 116—130. Über die Mannschaft auf der Insel Santo Spirito s. Frankfurter Konversationsblatt 1849 Nr 15 vom 17. Januar S. 60, wo nur die Angabe unrichtig ist, als ob sich die Infanteristen daselbst bis über den Abzug der Garnison aus Venedig gehalten hätten.

auf Daniele Manin als Präsidenten und Minister des Äußern; neben diesem benannte er den Marineartillerie-Major Marchese Antonio Paolucci delle Roncole für die Marine, den Dr Pietro Paleocapa für das Innere, Leone Pincherle für den Handel, Tommaseo für Kultus und Unterricht, Dr Jacopo Castelli für die Justiz, den gewesenen k. k. Gubernialrat Nobile Francesco Camerata für die Finanzen, den „unangestellten“ k. k. Generalmajor Francesco Solera für den Krieg, und weil nach Pariser Muster ein Arbeiter nicht fehlen durfte, den Schneider Toffoli ohne Portefeuille. In den ersten Nachmittagsstunden des 23. fand feierliche Ausrückung der Civica auf dem Markusplatze und die Ausrufung und Einsetzung der provisorischen Regierung statt.

* * *

Vom Mailänder Kastell aus wollte man an den Türmen der Stadt Zeichen gewahren, die den Dienst von Telegraphen versahen. Luftballons stiegen auf, die Proklamationen aufs Land verstreuten. Die Aufregung griff auf meilenweite Entfernung um sich. Am linken Ufer des Ticino, wo General Maurer in Magenta stand, war es eine Bestürzung zu nennen, von der sich das Landvolk über die Nachrichten aus der Hauptstadt ergriffen zeigte. Anders war es allerdings in den Städten dies- und jenseits des Flusses. In der piemontesischen Lomellina erreichte die Aufregung einen wahren Hitzegrad. Die Anstalten zu einem bewaffneten Einschreiten waren unverkennbar, obwohl die Generale Befehl hatten, sich vorderhand ruhig zu verhalten: eine aus Genua ausmarschierende Schar von Freiwilligen wurde von den königlichen Truppen aufgehalten und entwaffnet. Um 10 Uhr abends am 21. März war die wackere Garnison von Monza auf dem Mailänder Kastellplatz eingetroffen, nachdem sie auf ihrem Marsche fast in allen Ortschaften, die sie zu passieren hatte, auf Widerstand gestoßen war und sich meist mit gefälltem Bajonett den Weg hatte bahnen müssen. Ähnlich war es dem Bataillon Erzherzog Sigismund (Nr 45, Verona) ergangen, das um dieselbe Zeit aus Bergamo beim Hauptquartier einrückte. Doch aus blieb die ansehnliche Garnison von Como, aus blieben viele kleinere Abteilungen der um den Comersee herumliegenden Ortschaften, aus blieben die Garnisonen aus dem Veltlin, die, wie sich Radetzky sagen mußte, dem nun schon über das ganze Land verbreiteten Aufstande zur willkommenen Beute wurden. Kamen doch aus seinem eigenen Lager ausgesandte Patrouillen und Ordonnanzen nur in den seltensten Fällen zurück, weil sie abgefangen oder gar totgeschlagen wurden. Im Kastell selbst stimmte der Mangel an stärkender Kost nach schon mehr als siebzigstündigem Kampfe die Lebensgeister empfindlich herab, was selbst bei manchem der höheren Offiziere des Feldmarschalls zu bemerken war. Bei allem Eifer und aller Gewandtheit des Grafen Pachta

ließ sich, um in dieser Hinsicht Abhilfe zu schaffen, nichts anderes tun als bewaffnete Kommandos in die Umgegend auszusenden, um gegen Bargeld Lebensmittel herbeizuschaffen, eine Maßregel, die bei der gereizten Stimmung des der Hauptstadt nahe wohnenden Landvolkes, aber auch bei der bereits fühlbaren Aussaugung des Weichbildes von Mailand einen zweifelhaften Erfolg versprach. Brot und Salz fehlten fast überall. Dazu hatte die Ermüdung der Truppen, deren Tapferkeit und Ausdauer die Offiziere, der Marschall an der Spitze, alles Lob erteilten, den höchsten Grad erreicht; wo das Gefecht einen Stillstand machte, schlief der Soldat im Gliede stehend ein.

Vom 21. zum 22. März regnete es mit wenig Unterbrechungen fort. Das Geheul der Sturmglocken, der Lärm in den Straßen, Evvivas und Freudenrufe währten die ganze Nacht hindurch. Zeitweise ertönte Alarm auf der einen oder andern Seite; an den Enden der Stadt standen einige Häuser in Flammen. Die Dauer des Kampfes, der von Freund und Feind mit gleicher Zähigkeit und Unerschrockenheit geführt wurde, hatte eine hochgradige gegenseitige Erbitterung gezeitigt, die in vielen Fällen in wahre Bestialität ausartete; nach unheimlichen Gerüchten spielten dabei selbst Gifte, die man dem Gegner in Speise und Trank mischte, eine Rolle [1].

Mit dem frühesten Morgen des 22. März entbrannte der Kampf an allen vom Militär besetzten Punkten mit erneuter Heftigkeit. An den meisten Toren wurden die Truppen von der Stadt aus und von außen angegriffen; die Insurgenten boten alles auf, um dieser Werke Herr zu werden. Schon hatten sie in einer Gießerei der Stadt Geschütze in Arbeit, zwei Zwölfpfünder waren bereits vollendet. Auch ein neues Angriffsmittel setzten die Aufständischen in Tätigkeit, sog. barricate mobili oder volanti, aus Faschinen, Bettsäcken und andern weichen Stoffen verfertigte Bollwerke, die von den dahinter postierten Schützen vorgeschoben werden konnten. Am hitzigsten ging es bei der Porta Tosa her. Der ebenso kühne als tapfere Conte Luciano Manara betrieb hier den Angriff gegen die Kaiserlichen am eifrigsten. Das Mauthaus wurde aus zwei größeren Stücken und drei Doppelhaken bombardiert, während die Truppen gleichzeitig aus den Gärten, hinter Mauern, von den Dächern beschossen wurden und, so oft ein Mann

---

[1] Das Grenadier-Bataillon Freisauf während der fünftägigen Revolution in Mailand s. Pantheon, Die k. k. Armee, Wien 1854, 188—191. — Zur Vervollständigung der Literatur sei noch „Der Feldzug der Österreicher in der Lombardei" (neue Ausgabe, Stuttgart 1854) erwähnt, ein aus aneinandergereihten Artikeln der A. A. Ztg kritiklos zusammengestoppeltes Machwerk. Mit dem 18. März wird siebenmal begonnen, S. 19 20 21 22 23 25 39, der Rückzug vom 22. bis 23. fünfmal erzählt, S. 20 23 24 28 f 42 f; vom 18. wird S. 19 erwähnt, die Mailänder seien „bloß mit Stöcken bewaffnet" gewesen, „Feuergewehre und Munition fehlten", zwei Seiten darauf heißt es von demselben Tag, Mailand habe sich „ganz in der Stille mit einer ungeheuern Masse Flinten und Schießbedarf versehen" ꝛc. ꝛc.

von ihnen niederstürzte, donnernde Evvivas aus den Reihen der Aufständischen ertönten. Graf Clam sandte ins Kastell um Verstärkungen, die glücklicherweise ankamen, ehe die Insurgenten, die bereits den Wall erstiegen hatten, vollends Herren der Situation wurden. Auch von General Wohlgemuth bei der Porta Orientale lief dringende Meldung ein. Die auf dem Kastellplatz aufgestellten Bereitschaftstruppen erfuhren fortwährende Beunruhigung; einzelne Kugeln, aus weittragenden Stutzen von den umliegenden Türmen und Dächern entsendet, kamen bis in den Hofraum des Kastells geflogen, freilich am Ende ihrer Bahn fast kraftlos niedersinkend.

Da versammelte der Feldmarschall die Offiziere seines Generalstabes im Hofe des Kastells um einen Tisch, um ihnen „den fürchterlichsten Entschluß seines Lebens" zu eröffnen — eine Träne stahl sich dabei in sein Auge — daß er in Erwägung dringender Umstände den Entschluß gefaßt habe, Mailand zu räumen und die Armee weiter rückwärts, etwa hinter die Adda zu führen[1]. Die Marschdispositionen kamen in Beratung; das Gutachten des Hauptmanns Franz John vom Generalquartiermeisterstab sprach sich für die Linie Melegnano-Lodi aus, und Radetzky hatte dabei im Sinne, sich an der Adda aufzustellen, obwohl diese Linie nichts weniger als eine militärische Position zu nennen war[2]. Die Vorbereitungen für den Ausmarsch wurden in aller Stille getroffen, im Laufe des Nachmittags die Befehle an die verschiedenen Truppenkörper abgegeben. An Benedek in Pavia sandte der Feldmarschall eine Depesche: „Ich verlasse morgen mit sämtlichen Truppen Mailand und ziehe mich nach Verona zurück. Tun Sie dasselbe gegen Mantua. Radetzky."[3] Radetzky trug sich mit der Hoffnung, „daß im Venezianischen nicht ein so böser Geist wie hier sich kundgibt, daher die Absendung entbehrlicher Truppen möglich sein wird", und erteilte dem Generalkommando-Präsidium von Verona detaillierte Aufträge, was ihm zunächst geschickt werden sollte[4].

Um die Mittagszeit traf die Brigade Maurer aus Magenta auf dem Mailänder Kastellplatze ein; gegen Abend rückte die Brigade Strassoldo von ihrem Sammelpunkte bei Saronno ein, durch Abfälle und Verluste stark gelichtet; nur Oberst Kopal brachte die volle Zahl seiner Zehnerjäger.

---

[1] Amtlicher Bericht des Feldmarschalls s. Helfert, Radetzky in den Tagen seiner ärgsten Bedrängnis: Archiv f. österr. Geschichte XCV (1906).

[2] Schönhals, Erinnerungen I, Stuttgart u. Tübingen 1852, 121. Arch. trienn. II, n. 166, p. 489—493.

[3] (Rodakowski) Emmerich Prinz zu Thurn und Taxis, Wien u. Leipzig 1901, 9.

[4] Arch. trienn. II 485 f. Die Depesche scheint abgefangen worden zu sein. Über die Mailänder Kampfestage s. auch Franz Bach, Otochaner Grenz-Inf.-Reg., Karlstadt, 205—212, und „Bote f. Tirol u. Vorarlberg" 1848 Nr 137, vom 12. Oktober, Nekrolog des k. k. Leutnants Aloys Eberlin. Sollte hier nicht eine Namensverwechslung mit Eberle v. Ebenfeld (s. oben S. 336) unterlaufen sein?

Was weiter im Lande vorging, wußte man im kaiserlichen Hauptquartier nicht; doch nach dem, was man in unmittelbarer Nähe vor Augen hatte, konnte man es ahnen. In der Tat entschied sich gerade in diesen Tagen das Schicksal der meisten lombardischen Städte.

In Bergamo hatte Erzherzog Sigismund in der Nacht vom 21. zum 22. März den Entschluß gefaßt, die Stadt zu verlassen, was ihm durch die Hingebung eines loyalen Bergamasken und die umsichtige Leitung des Gendarmerie-Oberstleutnants Conte Gasparo Naldi noch glücklich gelang. Denn schon am Tage darauf brach der Aufstand los. In der Stadt lagen ein Bataillon Sluiner Grenzer und eine Kompanie von des Erzherzogs eigenem Regiment. Eine städtische Deputation verlangte Niederlegung der Waffen, was abgewiesen wurde. In der Nacht marschierte die Garnison ab; Sturmgeläute, durchdringendes Geschrei, Gewehrfeuer gaben ihr das Geleite; doch die Kolonne kam glücklich durch.

In Como wurde am 22. März die einzige noch in den Händen des Militärs befindliche Kaserne San Francesco auf das heftigste bedrängt, da die Aufständischen durch bewaffnete Zuzüge aus der Umgegend verstärkt und reichlich mit Schießbedarf versehen waren; zuletzt mußte die Garnison, ausgehungert und in ihren Kräften erschöpft, kapitulieren; sie erfuhr von den Städtischen eine anständige Behandlung.

In Brescia kommandierte Generalmajor Fürst Karl Schwarzenberg. Die Garnison bildete ein Bataillon vom einheimischen Linieninfanterieregiment Haugwitz Nr 38, das seit Wochen allen Verführungsversuchen ausgesetzt war. Für den 22. März war ein nach Mailand bestimmter großer Munitionstransport angekündigt, der aus Verona unter Bedeckung von 60 Mann Broder Grenzern abgegangen war[1]. Doch in Rezzato angelangt, fand die Kolonne die Straße versperrt, alle Fenster von Schützen besetzt; hinter jedem Baum ragte ein Flintenlauf hervor, der ganze Convoi mußte sich ergeben. Nun brach in Brescia der Aufstand los; Alarmschüsse ertönten, von den Türmen heulten die Glocken. Anderthalb Kompanien Haugwitzer verließen schmachvoll ihre Fahnen, Major Baron Koloman Wimpffen wurde als Gefangener erklärt. Die treugebliebenen fünfthalb Kompanien sammelte Schwarzenberg marschfertig bei Porta Torrelunga. Da verstummten die Glockenschläge, eine städtische Deputation unter Vortragung einer weißen Fahne erschien vor dem allgemein beliebten Militärkommandanten, um annehmbare Bedingungen zu vereinbaren. Die Munizipalität schien in der Tat den besten Willen zu haben; sie bot der Garnison eine mehrmonatliche Gage und Löhnung an, falls sie sich verpflichten wollte, sich in die deutschen

---

[1] Näheres bei Steiner, Geschichte des Regiments Hohenlohe, Graz 1858, 63 f, und von italienischer Seite Arch. trienn. II 520—523; nach dieser letzteren Angabe wären es 173 Mann und 6 Offiziere, Linie und Artillerie, 8 Wagen und 44 Pferde gewesen.

Provinzen zurückzuziehen, was vom Divisionär entschieden zurückgewiesen wurde. Da ertönten die Sturmglocken aufs neue, die Fenster und Dächer der Häuser bevölkerten sich mit Schützen; unter stetem Kampf und nicht ohne manche Verluste gewannen die treugebliebenen Truppen die Mailänderstraße, von wo sie bei Orzinovi westwärts gegen Cremona abbogen [1].

Dort hatte mittlerweile das Unglück seinen Höhepunkt erreicht. Der größte Teil der Garnison war von den Aufständischen gewonnen, viele Offiziere waren gefangen, als sich am 21. der Militärkommandant Generalmajor Georg Schönhals zu einer Kapitulation entschloß. Den drei Eskadronen Kaiserulanen Nr 5 unter ihrem Obersten Karl v. Gravert wurde freier Abzug gestattet, den Infanteristen, die das gleiche verlangten, verweigert; gleichwohl schlossen sich nicht bloß die meisten Offiziere, sondern auch einige von der Mannschaft den Ulanen an. In solcher Verfassung unternahmen am Morgen des 23. ein General, ein Oberst, ein Oberstleutnant, 42 Offiziere von Erzherzog Albrecht (Nr 44, Mailand), 11 von Ceccopieri (Nr 23, Lodi) und 50 Mann von beiden Regimentern, 100 Mann von der Artillerie und vom Fuhrwesen ihren traurigen und beschämenden Abzug aus der Stadt. Schüsse wurden ihnen nachgesandt, von denen glücklicherweise keiner traf [2].

In Mailand warf am 22. Graf Gabrio Casati, von der revolutionären Partei fortwährend getrieben und gedrängt, seine Maske ab: nicht als Podestà der Munizipalkongregation stand er mehr da, sondern als Präsident einer provisorischen Regierung, deren Macht sich fürs erste auf die Hauptstadt beschränkte, aber die Bestimmung hatte, sich über alle lombardischen Provinzen auszudehnen [3]. Sie schrieb den Namen Pius' IX. auf ihre Fahnen, und der Erzbischof Romilli durchschritt, von Jubelrufen empfangen und geleitet, segnend die Straßen. Eines der ersten Dekrete der neuen Regierung war ein Aufruf an ihre Mitbürger, jeden Meinungskampf einzustellen bis zum errungenen Sieg, für den sie alle einmütigen Sinnes einstehen sollten. Doch bei der Bevölkerung Mailands herrschten für den Augenblick Angst und Schrecken; denn ein Bombardement war

---

[1] Steiner, Geschichte des Regiments Hohenlohe 62—72; über die Schicksale der in Brescia zurückgebliebenen Offiziere 70—81. Der Aufstand in Bergamo und Brescia im März 1848, von F. B. M., Wien 1850.

[2] (Helfert,) Mailand und der lombardische Aufstand, Prag 1856, 197—207.

[3] Die Mitglieder waren: Vitaliano Borromeo, Giuseppe Durini, Marco Greppi, Pompeo Litta, Gaetano Strigelli, Cesare Giulini, Antonio Beretta, Anselmo Guerrieri, Alessandro Porro. Das erste Dekret der provisorischen Regierung datierte vom 21. März abends; unterzeichnet waren nur: Casati, Giulini, Greppi, Berretta: Raccolta dei decreti, avvisi ecc. del Governo provv. ecc. I, Milano 1848, 13 f. Wir zitieren einfach Racc. lomb.

angekündigt, und alles eilte in die Keller, um die nach außen führenden Luken zu verrammeln. Auf den Straßen war kein sterbliches Wesen zu sehen.

Wirklich war im kaiserlichen Hauptquartier eine allgemeine Beschießung der Stadt beschlossen, wobei der ausdrückliche Befehl gegeben war, den Dom und alle andern Kirchen zu schonen. Überhaupt haben Radetzky und seine Generale, trotz der gewaltigen Aufregung, in der sie sich befanden, bis zum letzten Augenblicke humane Mäßigung bewiesen und jede Überschreitung der militärischen Disziplin hintanzuhalten gesucht. Das war besonders dem Grenzmilitär gegenüber von nöten, das, sowohl die Mannschaft als nicht wenige der Offiziere, im Kriege kein fremdes Eigentum zu kennen schien, und was ihnen von Wertsachen in den Wurf kam, zu guter Beute machte, die sie nach der Rückkunft in ihre Heimat mit ihren Familien teilen und genießen konnten. Der Generaladjutant des Feldmarschalls sowie Feldmarschalleutnant Wocher hatten wiederholt Anlaß, gegen solchen Unfug mit aller Strenge einzuschreiten. Noch schärfer zeigte sich bei solchen Gelegenheiten der Feldmarschall selbst. Als ihm eines Tages gemeldet wurde, bei Erstürmung eines Hauses in der Nähe der Porta Comasina hätten die Kroaten geplündert, ließ er den Kommandanten, einen sonst verdienten und von ihm geachteten Offizier, vor sich kommen, machte ihn persönlich für das Verfahren seiner Soldaten verantwortlich und verschärfte seine Drohung mit Ausdrücken, die der Polizeioberkommissär Betta, welcher dem Auftritte beiwohnte, wiederzugeben Anstand nimmt. So zeigte sich der Feldherr auch jetzt, wo das Bombardement beginnen sollte und einige Heißsporne den Vorschlag machten, den Arco della Pace, „das achte Wunderwerk der Welt", in die Luft zu sprengen. „Was würde Europa dazu sagen", verwies sie Radetzky, „wenn wir, obwohl in unsern heiligsten Rechten angegriffen, verletzt in der Tiefe unseres Herzens, uns zu Vandalen herabwürdigen wollten?[1]

Die Beschießung begann gegen 5 Uhr nachmittags. Man konnte binnen fünf Minuten an die vierzig Schüsse zählen; bald aber folgten sie, teils vom Kastell teils von den Ringmauern konzentrisch gegen die Stadt, so rasch aufeinander, daß sich die einzelnen Schläge nicht mehr unterscheiden ließen. Die Batterie Wohlgemuths streifte von der Porta Orientale mit ihren Geschossen beide Seiten des schönen Korso; die Kugeln prallten an den Balkonen und Vorsprüngen der Mauern ab und erzeugten eine höllische Tonleiter. Das Bombardement dauerte über vier Stunden; nach 9 Uhr wurde es schwächer, es erfolgten wiederholt Pausen, so daß man glauben konnte, es höre bald völlig auf.

Das Bombardement hatte unverkennbar den Zweck, die Mailänder in dem Glauben einer ununterbrochenen, ja verstärkten Fortdauer der mili-

---

[1] Betta, Mailänder Geiseln 33 39.

tärischen Aktion zu erhalten und über die Vorbereitungen zum Abmarsch zu täuschen. Auch wurde bis in den vorgerückten Abend noch hartnäckig gekämpft, am heißesten bei der Porta Comasina, bis Hauptmann Karl Benkiser mit seinen Kaiserjägern der Besatzung zu Hilfe kam und sie von ihren Bedrängern befreite.

Als die Stunde des Ausmarsches vom Kastell war 8 Uhr geplant; allein in den letzten Augenblicken gab es noch so viel zu schlichten, daß die Zeit nicht eingehalten werden konnte. Eine Sorge bildete unter anderem die Fortschaffung der Gefangenen, von denen man eine Anzahl, weil es an dem nötigen Fuhrwerk gebrach, im Kastell zurücklassen mußte: mitgenommen wurden als „Geiseln" bei zwanzig, deren Obhut der Polizeioberkommissär de Betta übernahm und mit seltener Schonung und Menschenfreundlichkeit durchführte. Das Kastell mußte bis zum letzten Augenblicke besetzt bleiben. Major Anton Ritter v. Burlo von den Kaiserjägern hatte die Aufgabe, die Insurgenten im Schach zu halten. Was sich dem Zuge anschließen wollte, Offiziers- und Beamtenfamilien, oder was mitgenommen werden mußte, wie Kassen, Bagage, sollte die Brigade Zobel in die Mitte nehmen[1].

Mitternacht rückte heran, ehe das lang erwartete Zeichen zum Aufbruch gegeben werden konnte. Den Vortrab führte Generalmajor Graf Samuel Gyulai, es folgten die Brigaden Zobel, Schaffgotsche, Rath, Maurer, Strassoldo. Der nächtliche Zug um die Stadt, streckenweise von den Flammen brennender Häuser erhellt, bot ein schaurig düsteres Bild, dem das unausgesetzte Ertönen der Sturmglocke eine unheimliche Begleitung gab. Jeden Augenblick stieß man auf Leichen erschossener Soldaten oder Insurgenten, wobei die Pferde in äußerste Unruhe gerieten; dazwischen von feindlicher Seite vereinzelte Schüsse. Neben Herrn v. Betta stürzte einer seiner Polizeisoldaten zu Tode getroffen nieder. Bei der Porta Tosa lag in seinem Blute hoffnungslos darnieder ein Offizier, Hauptmann Marzell v. Kussevich von der Rukavina-Infanterie Nr 61, Temesvar. Als die Brigade Rath, bei welcher sich Radetzky befand, die Stadt verließ, wandte sich dieser um und sprach, nach Mailand blickend, ernst und vorwurfsvoll: „Wir werden wiederkommen!"

Das Bombardement wurde bald nach 1 Uhr eingestellt; gegen 2 Uhr marschierten die letzten Truppen Strassoldos von der Piazza d'Armi ab und konnte Major Burlo mit seinen Getreuen das Kastell räumen. An die Brigade Strassoldo schlossen sich die auf dem Walle und ob den Toren postierten Truppen Wohlgemuths, deren letzte Abteilungen zwischen 4 und 5 Uhr die Porta Romana verließen. Den Schluß bildete Graf Clam mit seiner von der Porta Ticinese bis zur Vigentina postierten Brigade.

---

[1] Siehe auch „Die kriegerischen Ereignisse in Italien 1848", Zürich 1850, 67 f.

Wie die Gassen in Mailand durch Barrikaden, so waren die Straßen außerhalb der Stadt durch Weghindernisse aller Art, Verhaue und Bollwerke aus umgehauenen Alleebäumen, durch tiefe Abgrabungen und hohe Erdaufwürfe unwegsam gemacht, daher den marschierenden Kolonnen eine Abteilung Pioniere vorausgeschickt war, um die Marschlinie durch Hinwegräumung der Erdaufwürfe und Ausgleichung der Unebenheiten frei und gangbar zu machen.

Um 11 Uhr vormittags des 23. stand man vor Melegnano, wo der Feldherr seinen Truppen die erste Rast gönnen wollte, deren sie gar sehr bedurften. Allein vor dem Orte war die Straße tief und breit abgegraben, und bewaffnete Leute hielten den Eingang des Fleckens besetzt. Oberstleutnant Graf Johann Wratislaw vom Generalquartiermeisterstab und der Jägerhauptmann Graf Johann Castiglione ritten in Begleitung eines Stabstrompeters vor und verlangten eine Unterhandlung, die im Gemeindehause eröffnet wurde. Die Vertreter der Gemeinde zeigten sich nicht abgeneigt, den Bedürfnissen der Armee zu entsprechen, als die Sturmglocken ertönten, drohende Haufen vor dem Gebäude sich ansammelten und die Auslieferung der kaiserlichen Offiziere verlangten, die in das Ortsgefängnis abgeführt wurden. Auf die Nachricht von diesen Vorgängen ließ der Feldmarschall Geschütze auffahren und ordnete einen allgemeinen Angriff an. Gleich die ersten Granatenwürfe schlugen ein, während Sturmkolonnen in den Ort drangen, Häuser, aus denen geschossen wurde, der Plünderung preisgaben und die wenigen Fanatiker, die noch in den Straßen zu finden waren, hinter den Lambro jagten; die Brücke über den Fluß war durch eine starke Barrikade abgeschlossen, deren Abtragung viele Zeit und Arbeit kostete. Doch aller Widerstand war gebrochen, und die aufs härteste getroffene Gemeinde fügte sich unterwürfig allen Forderungen des kaiserlichen Hauptquartiers [1].

Im Laufe desselben Tages erhielt Benedek in Pavia den früher erwähnten Befehl zum Abmarsch gegen Mantua. Er befand sich in der Gesellschaft seiner Offiziere und schlug mit der Faust auf den Tisch: „Ich hatte gehofft, früher noch ehrlich raufen zu können." Doch sammelte er sich schnell: „Wir sind Soldaten und werden zu folgen wissen!" Auch Piacenza mußte aufgegeben werden; das in verwahrlostem Zustande befindliche Kastell hätte sich kaum einige Tage halten können [2]. Die beiden Bataillone Rukavina-Infanterie (Nr 61, Temesvar), die mit drei Batterien die Besatzung des Platzes bildeten, wurden unter die Befehle Benedeks

[1] Über einen unglücklichen Zufall, der einem der Mailänder Geiseln Grafen Carlo Porro das Leben kostete, s. Betta, Mailänder Geiseln 58—62.

[2] Näheres über die Vorgänge in Piacenza, wo es am 26. März zu einem Sturme des Pöbels gegen die Jesuiten kam, die über die Grenze geschafft werden mußten, s. Hofmann v. Donnersberg, Geschichte des Inf.-Regiments Nr 61, Wien 1892. 168 f.

gestellt, der inzwischen in Pavia alle Anstalten zum Ausmarsch getroffen hatte. Um Mitternacht zum 24. standen seine Truppen auf dem Hauptplatze zum Aufbruch bereit. Es war stockfinster, kein Mensch auf der Straße zu sehen; doch wie auf einen Zauberschlag wurden alle Fenster geöffnet und beleuchtet, und unter stürmischen Evvivas der Bewohner ging der originellste Abmarsch einer kaiserlichen Besatzung aus einer revoltierenden Stadt vor sich[1].

Die Hauptarmee rückte am 24. vor Lodi. Die Stadt war bereits dem Aufstande verfallen. Der kommandierende Erzherzog Ernst konnte die Bildung einer provisorischen Regierung nicht aufhalten, doch wußte er mit der fahnentreuen Besatzung jeden gewaltsamen Losbruch zu verhindern. Die wichtige Brücke über die Adda, an deren linkem Ufer er das Gros seiner Truppen ein Lager beziehen ließ, blieb in unbestrittenem Besitze der Kaiserlichen. Dazu kam der Schrecken von Melegnano, dessen Kunde warnend durch das ganze Land flog und dem Weitermarsch der Armee die Wege bereitete[2]. Radetzky gewährte, da der Aufenthalt in Melegnano als Ruhetag doch nicht zu rechnen war, den äußerst abstrapazierten Truppen den 25. zur Erholung und Stärkung. In einem schwungvollen Armeebefehl aus Schönhals' gewandter Feder richtete der Feldmarschall den Mut seiner tapferen, aber, wie bei jedem Rückzug, tief herabgestimmten Truppen auf, indem er sie auf künftige Siege vertröstete: „Bald werden wir dem Feinde wieder entgegenrücken. Dann wollen wir sehen, ob er, der jetzt in Häusern und hinter Verstecken aller Art gegen uns kämpfte, den Mut hat, euch unter die Augen zu treten.“[3]

Die administrative Gewandtheit des Grafen Pachta, der so viele Lebensmittel herbeischaffte, als sich unter den obwaltenden Umständen auftreiben ließen, bewährte sich in der glänzendsten Weise. Eigenmächtiges Requirieren war der Mannschaft verboten und wurde, wo Ausschreitungen zur Kenntnis der Obern kamen, mit aller Strenge bestraft. Hingegen waren es manche Offiziere, die es nicht unterlassen konnten, in den Wohnungen, wo sie einquartiert waren, sich ein und das andere Stück zu eigen zu machen, wobei allerdings nicht zu übersehen war, daß viele von ihnen nicht bloß ihr Geld, sondern ihre ganze bewegliche Habe bei dem raschen Aufbruche von Mailand hatten preisgeben müssen.

In Lodi erfuhr Radetzky den Fall von Venedig und die schmachvolle Kapitulation von Cremona, und nun konnte von einer Aufstellung hinter

---

[1] (Rodakowski,) Emmerich Prinz Taxis 9 f.

[2] Über den Marsch nach Verona 23. März bis 6. April s. Betta, Mailänder Geiseln 53—98; Klein, Der Ungar, Pest 1848, Nr 91 vom 16. April, S. 726 f, aus dem Schreiben eines ungarischen Offiziers.

[3] Ab.-Beil. z. Wiener Ztg Nr 9 vom 9. April, s. auch Bruna, Im Heere Radetzkys 43 f.

der Adda keine Rede mehr sein; nur das berühmte Festungsviereck Verona-Legnago-Mantua-Peschiera konnte der Armee einen Stützpunkt bis zu der Zeit gewähren, wo die dringend erbetenen und erhofften Verstärkungen aus dem Innern der Monarchie eingetroffen sein würden.

Nach dem Abmarsch Radetzkys schwamm Mailand in Jubel und Wonne. Am frühen Morgen des 24. tönten durch die Straßen Rufe erhitzt eilender Männer: „Lichter heraus, die Tedeschi sind fort!“ Die provisorische Regierung, aus der Casati, das dreifarbige Band um die Brust, jetzt kein Hehl mehr machte, erließ pomphafte Proklamationen. Durch die Stadt schwirrten Gerüchte über das Ende Radetzkys: die einen ließen ihn von seinen eigenen Soldaten erschlagen sein, nach andern war er im Kampfe mit einem heldenmütigen Bersagliere oder irgend einem andern prode gefallen. Leute strömten nach dem Tore, durch das man seinen Leichnam einbringen sollte, Porta Tosa, jetzt Vittoria, oder Porta Romana, jetzt Pio Nono geheißen[1], bis der von Melegnano herübertönende Kanonendonner ihnen die Lehre brachte, daß es mit der kaiserlichen Armee und deren greisem Führer doch nicht zu Ende sei. In der Stadt dauerte die Jagd auf ehemalige Polizeisoldaten, durchaus Italiener, fort. Einige suchten in Zivilkleidern zu entkommen; wo jedoch einer erkannt wurde, da enthüllte sich in ihrer vollen Unbändigkeit die Wut des fanatisierten Pöbels gegen alles, was mit dem gefallenen Regiment zusammenhing; man fiel über den Unglücksmann her, mißhandelte ihn zu Tode, lynchte ihn. Ein und der andere Offizier des Polizeiwachkorps machte seinen Frieden mit der neuen Regierung, so der Hauptmann Antonio Gnoato, der bei der Übernahme des Kastells den Vertretern der provisorischen Regierung gegenüber als Übergabekommissär funktionierte[2].

Bei den Mailändern hießen die Tage des Kampfes vom 18. bis 22. schlechtweg „die fünf Tage“ — le cinque giornate, und sie hatten von ihrem Standpunkt aus wohl recht, auf sie stolz zu sein; denn sie hatten nicht bloß einer der tapfersten Armeen mit Ausdauer, mit Tapferkeit und Umsicht widerstanden, sondern auch einzelne Vorteile gegen sie errungen. Der große Erfolg, die schließliche Räumung ihrer Stadt seitens der Gegner, war freilich nicht ihr Werk, sondern das äußerer Umstände: der Verbreitung

[1] Hübner, Ein Jahr meines Lebens 72.

[2] C. Casati, Nuove Rivelazioni II 489 f. Der Generaladjutant v. Schönhals hatte im Namen und Auftrage des Feldmarschalls im letzten Augenblicke ihres Scheidens von Mailand dem Gnoato die „schwierige Aufgabe“ anvertraut, di tutelare la sicurezza personale di tanti ammalati e feriti, e dei rispettivi medici e chirurghi, come pure di tante donne e fanciucci tedeschi, impossibilitati a partir colla truppa, e quindi esposti all' arbitrio del subentrante governo di questa città: Arch. trienn. II 380.

des Aufstandes und des Abfalls über das ganze Land und ganz vorzüglich des mit jedem Tage zu erwartenden Anmarsches der sardinischen Armee. Daß es an Übertreibungen und Großsprechereien nicht fehlte, war begreiflich, und die Mailänder selbst machten Witze über die „Helden des sechsten Tages" — gli eroi della sesta giornate — und berechneten, daß wenn jeder dieser Braven auch nur einem einzigen Kaiserlichen den Garaus gemacht hätte, Radetzky nicht einen Mann aus Mailand würde haben fortführen können[1].

Jeder Tag brachte nun neue Freuden. Von allen Seiten kamen der Stadt und ihren siegreichen Bewohnern Huldigungen zu. Landesflüchtige Lombarden kehrten in ihre von der Fremdherrschaft befreite Heimat zurück und wurden von ihren alten Brüdern und Genossen mit jubelnder Freude empfangen. Einige brachten sogar Hilfstruppen mit, wie der junge Benedetto Cairoli, der in der Zeit zuvor, um einer Verhaftung zu entgehen, nach Piemont geflohen war, von wo er nach dem Abzug der Kaiserlichen mit einer Abteilung Freiwilliger in Mailand einrückte[2].

* * *

Im Venetianischen war, ähnlich wie in der Lombardei, auf den Abfall der Hauptstadt der Abfall aller bedeutenderen Städte der Terraferma auf dem Fuße gefolgt. Den Anfang hatte Udine gemacht, wo Generalmajor Joseph Auer dem Podestà Ant. Caimo Dragoni als Präsidenten der provisorischen Regierung den Platz räumte. Die kleineren Garnisonen suchten die Aufständischen abzufangen oder doch zum Abzuge zu zwingen. In Rovigo schloß sich das 8. lombardo-venetianische Jägerbataillon sogleich dem Aufstand an[3], und durch ähnlichen eidbrüchigen Abfall gingen die

[1] Mailand und der lombardische Aufstand 194. Über die Physiognomie der Stadt in den Kampfestagen s. Hübner, Ein Jahr meines Lebens 39—55. Frankls Wiener Sonntagsblätter 1848, 292—294, „Die Revolution in Mailand. Von einem Augenzeugen"; gegen die Entstellungen der Tatsachen und die ruhmredigen Übertreibungen der Gegenseite gerichtet. Die Mailänder Schriften über diesen Gegenstand sind sehr zahlreich, s. Muoni, Le cinque giornate di Milano, Saggio bibliogr., Milano 1878. C. Casati wurde von uns wiederholt zitiert. Im Anhang zu Ottolini (La Rivoluzione lombarda) findet sich S. 505—526 ein Aufsatz von Giov. Giac. Attendolo Bolognini: Le cinque giornate e la Porta Ticinese. Ausführliches, darunter wohl auch viel unverläßlicher Tratsch, im Arch. trienn. Dem Grafen Casati sind die meisten dieser Mitteilungen nicht sehr gewogen; vgl. I 482—488, II 20—22 *et passim*. Daß sich übrigens der Podestà bei allen diesen Ereignissen im März unsicher und schwankend gezeigt, daß er nichts weniger als umsturzmutig gewesen, wird auch von anderer Seite bestätigt.

[2] Münz, Quirinal und Vatikan, Berlin 1891, 51.

[3] Über die Vorgänge in Rovigo vom 24. bis 26. März s. Torresani, Erinnerungen eines Ordonnanzoffiziers Radetzkys, Wien 1904, 15—17. Oberleutnant Franz Gatterer von der Piret-Infanterie wurde mit einem Transport von 88 Mann am 22. März in

beiden Forts von Palmanuova und Osoppo für die kaiserliche Armee verloren. In Treviso gab Feldmarschalleutnant Graf Franz Ludolf als „der Gescheitere" nach (nolui, coactus volui), und so kam hier in kürzester Frist eine Konvention ähnlich jener von Venedig zu stande. Die kaiserlichen Behörden wurden beseitigt, an ihre Stelle trat eine provisorische Regierung mit Dr Giuseppe Olivi an der Spitze. Im Vertrage war ausgemacht, daß die k. k. Truppen mit Zurücklassung ihrer Waffen die Stadt räumen, nur die Offiziere ihre Degen behalten sollten. Allein die Truppen, mutiger als ihr General, erzwangen sich mit den Waffen in der Hand den Abmarsch aus der Stadt. Dasselbe tat in Belluno eine Abteilung von etwa 500 Grenzern, die gegen den Inhalt der Kapitulation mit Sack und Pack die Stadt verließen.

Nach Vicenza war die Nachricht vom Abfalle Venedigs noch am Abend des 22. März gekommen. Der Generalmajor Fürst Wilhelm Thurn und Taxis wurde bestürmt, die Errichtung der Nationalgarde zu bewilligen; nach einigem Zögern gab er nach, indem er seufzend sagte: Incidimus in mala tempora! Doch die Herausgabe von Waffen verweigerte er und sorgte dafür, daß keine aus Venedig in die Stadt geschleppt würden. Er ließ die kaisertreue Garnison ausrücken, was den Aufstandlustigen Respekt einflößte. Gleichwohl bildete sich in aller Stille eine Giunta provvisoria[1].

Noch ernster war es in Padua, wo der Name d'Aspre für die Störenfriede einen einschüchternden Klang hatte. Als in der Nacht vom 22. zum 23. März die Botschaft aus Venedig mit Blitzesschnelle durch die Stadt flog und lauter Jubel darüber ausbrach, ließ der General die Stadttore und den Bahnhof stark besetzen; denn man hörte die Nobili sagen: „Es ist zu spät! Man will uns einlullen. Man hat es uns schon einmal so gemacht, im Jahre 1815. Doch diesmal sind wir nicht die Narren, uns foppen zu lassen." Einer Deputation, die vor ihm mit der Bitte erschien, die Hauptwache der Civica zu überlassen, erklärte er: „Eher werde ich die Stadt zu einem Schutthaufen zusammenschießen, ehe ich in eine solche Forderung willige!" Den ganzen Tag waren die städtischen Behörden in Tätigkeit, um es nur ja zu keinem Zusammenstoß kommen zu lassen.

Da lief in Padua die Meldung ein, daß Mailand in hellem Aufstand sei. Nun war d'Aspres Entschluß gefaßt. Er erklärte den Zivilbehörden, daß er die Stadt verlassen werde, ließ sich alle in den öffentlichen Kassen befindlichen Gelder ausliefern, wegen voraussichtlichen Mangels an Transport-

---

Treviso von dem am Tage zuvor abgefallenen 3. Bataillon Zanini (Nr 16, Treviso) und der Nationalgarde abgefangen, der Waffen und der Munition beraubt, am 25. nach Venedig und am 30. nach Triest geschafft (Pribyla, Geschichte des 27. Linien-Inf.-Regiments, Wien 1858, 133).

[1] Helfert, Die Stadt des Palladio im Jahre 1848: Mitteilungen des k. k. Kriegsarchivs, N. F. XII 3 f.

mitteln viele Rüstungsstücke der Kranken und Beurlaubten vernichten, die Reservemunition ins Wasser werfen[1] und marschierte noch denselben Tag in der Richtung nach Vicenza ab. Bis zum letzten Augenblick zitterten die Städtischen vor einem blutigen Zusammenstoß. Doch kaum hatte der letzte Mann die Stadt verlassen, so begann das Abreißen der kaiserlichen Adler und die Entwaffnung der Polizeisoldaten; der Polizeikommissär Karl v. Malanotti konnte nur mit Mühe der Volkswut entrissen werden. Weiter geschah nichts. Das provisorische Departementalkomitee mit Andrea Menghin, einem Bruder des Abbate und Professors, an der Spitze war eifrig bemüht, Ruhe und Ordnung aufrecht zu halten.

Am 23. März traf die Paduaner Garnison vor Vicenza ein, und d'Aspre verlangte auch hier die Auslieferung der öffentlichen Gelder. Doch die provisorische Regierung der Stadt hatte bereits einen Rückhalt an Venedig gefunden, schlug die Forderung d'Aspres ab und ließ sich erst nach längerem Unterhandeln zur Ausfolgung von 40000 fl. herbei. „An dieses Ende sind wir durch den dort" — er wies in der Richtung nach Wien und meinte Metternich — „gelangt! Jetzt hängt alles von Radetzky ab. Wenn er Mailand behält, werden wir wiederkommen!" Er schlug mit der Faust auf den Tisch, und eine dicke Träne rollte über seine wettergebräunte Wange hinab. Sein schönes Armeekorps hatte vier italienische Bataillone durch Abfall, vier und ein halbes und eine Eskadron durch die Konventionen von Venedig und Treviso verloren!

In einer ganz andern und ungleich bedenklicheren Lage als d'Aspre in Padua befand sich der General der Kavallerie Karl Gorzkowski-Gorzkow als Festungskommandant von Mantua. Padua war eine offene Stadt, und es war von d'Aspre ein Akt rechtzeitiger Vorsicht und Klugheit, seine Truppen hinauszuführen, ehe dem allseits im Lande herum lodernden Aufstand fremde Hilfe zugekommen und so zu der Unsicherheit im Innern zunehmende Bedrängnis von außen getreten sein würde. Mantua hingegen war eine Festung, und zwar eine von allererstem Range, die um jeden Preis gehalten werden mußte, sollte nicht für den voraussichtlichen Feldzug den Kaiserlichen ein Hauptbollwerk verloren gehen. Gorzkowskis Lage war schwer. Die Festung befand sich in keinem für den Zweck der Verteidigung vollkommen ausreichenden Zustande. Manche Werke waren unvollendet, Verproviantierung fehlte, die Festungsartillerie reichte zur Bedienung der zwanzig Geschütze kaum hin. Die Besatzung bestand aus einem Garnisonsbataillon, zu dessen Offizieren viele Italiener gehörten, aus dem ganz italienischen 2. Bataillon Haugwitz, dessen Werbebezirksstation das störrische Brescia war, und aus zwei Eskadronen des verläßlichen Chevaulegers-Regiments Windischgrätz (Nr 4, böhmisch). Die Bevölkerung selbst

[1] Geschichte des Linien-Inf.-Reg. Nr 52 Erzherzog Franz Karl, Wien 1871, 396 f.

war sehr zum Aufstande geneigt und machte von der voreiligen Gestattung des Vizekönigs, eine Nationalgarde zu bilden, mit Eifer Gebrauch; ein Revolutionskomitee trat zusammen. Es gehörte die volle Entschlossenheit und Willenskraft und dabei die imponierende herkulische Gestalt Gorzkowskis dazu, um unter so widrigen Verhältnissen die Oberhand zu behalten. Ein ausgesprengtes und schlau genährtes Gerede, daß ein Teil von Mantua unterminiert sei, kam dem General zu statten. Er sprach nicht italienisch, doch wußte er sich den Welschen verständlich genug zu machen. Mantovani buoni, Gorzkowski buono, sagte er einer Deputation; Mantovani cattivi, Gorzkowski bum-bum!

In den beiden Herzogtümern südlich vom Po war es schon am 19. März zum Ausbruch gekommen. Es war der Namenstag Giuseppe Mazzinis, den die Umsturzmänner von Modena feierlich begangen wissen wollten. Mehrere zur Inszenierung des Aufstandes herbeigekommene Bologneser, darunter der junge Advokat G. Minghetti, jüngerer Bruder Marcos, übernahmen die Leitung. Rufe auf den Papst, auf Frankreich, auf die Lega italiana ertönten in den Straßen, weiß-gelbe Schleifen und Bänder wurden verteilt, widerstrebenden Personen aufgedrängt; bald kam es zu Tätlichkeiten zwischen Soldaten und Leuten aus dem Volke, was nicht ohne einige Verwundungen ablief. Gleichzeitige Bewegungen gab es in Reggio, in Mirandola, in Carpi, dessen Bischof Pietro Raffaeli angefallen und beschimpft wurde. Am 20. morgens erfolgten in Parma blutige Zusammenstöße, es gab Tote und Verwundete auf beiden Seiten. Im Hingang der Stunden gewann der Aufstand an Ausdehnung wie an Heftigkeit. Zu ihrer Truppe eilende k. k. Offiziere wurden angefallen, Oberleutnant Franz Banizza empfing den Todesstoß, Oberleutnant Jos. Calvi, beide vom Regiment Este, eine schwere, Oberleutnant Gustav Wetterhahn von den Reußhusaren eine leichte Verwundung; der Husarenmajor Johann Vetter v. Doggenfeld schoß seinen Angreifer nieder, wurde aber selbst schwer getroffen, so daß er den Oberbefehl über die k. k. Garnison an Hauptmann Peter v. Torri von der Este-Infanterie abtreten mußte; bei der Säuberung der Straßen, die hierauf erfolgte, wurden ein Wachtmeister und mehrere Husaren verwundet. Ungleich größer waren die Verluste beim Zivil, 40 Tote und sehr viele Verwundete. Um 11 Uhr vormittags durchritt ein Adjutant Karl Ludwigs die Straßen und verkündete, ein weißes Tuch schwingend, „Konstitution". Franz V. von Modena ging nicht so rasch auf die Forderungen der Revolutionäre ein. Wohl ließ er sich am 20. die Civica abdringen und machte einige andere Zugeständnisse; als sich aber die Dränger damit nicht vollständig befriedigt zeigten, schickte er am Morgen des 21. seine Gemahlin Adelgunde mit seinem auf Besuch in Modena weilenden Bruder Erzherzog Ferdinand nach Mantua, ernannte mittags eine bevollmächtigte Regentschaft und reiste

einige Stunden später unter Bedeckung eines Zuges Reußhusaren nach den österreichischen Staaten ab[1].

Die Revolutiönchen in den beiden Herzogtümern fochten Gorzkowski nicht viel an. Als am 21. März die Herzogin Adelgunde in Mantua eintraf, wurde sie von der Nationalgarde zur Munizipalität geleitet, wo ihr Graf Arrivabene Mut einsprechen wollte, worauf sie entgegnet haben soll: „Eine deutsche Frau kennt keine Furcht!" Auf die Kunde von ihrer Ankunft verfügte sich der Festungskommandant zu Fuß, nur von zwei Offizieren begleitet, mitten durch die aufgeregte Menge auf das Stadthaus, um die hohe Frau zu begrüßen. Fanatiker der Partei beantragten die Festnahme des Generals; doch keiner wagte sich an ihn heran, der, wie er gekommen war, nachdem er Anstalten für die unbehelligte Abreise der Herzogin getroffen hatte, ruhig mit seinen zwei Begleitern nach Hause ging. Dabei hatten die Ereignisse südlich vom Po den unter den obwaltenden Umständen für Gorzkowski unschätzbaren Vorteil, daß die k. k. Garnisonen, die Radetzky vor Monaten zum Schutze der dortigen Regierungen dahin abgegeben hatte, nunmehr frei wurden und der so unzureichenden Festungsbesatzung von Mantua eine willkommene Verstärkung zuführen konnten. In der Tat marschierten am 23. acht Kompanien Este und eine Eskadron Reußhusaren aus Modena und Reggio in Mantua ein. Hingegen blieb die österreichische Besatzung von Parma, vier Kompanien und eine Eskadron, aus; sie wurde in Colorno abgeschnitten und blieb für den Augenblick der k. k. Armee verloren[2].

* * *

Das Venetianische war nun schon ganz der Revolution verfallen. Leutnant Graf Pimodan von den Windischgrätz-Chevaulegers, vom Feldmarschalleutnant Gerhardi an Gyulai nach Triest gesandt, hatte bei seiner Fahrt durch die Terraferma mit Schwierigkeiten und Hindernissen aller Art zu kämpfen, geriet in Sacile in Gefahr abgefangen zu werden und mußte sich in Pordenone durch eine vielköpfige Rotte durchschlagen. Als er nach Abwicklung seines Triester Geschäftes im Hafen von Venedig einlief, wurde er vom Schiff abgeholt und vor Manin geführt, der eine Schublade öffnete und im Golde wühlte: „Sie werden doch einer der Unsern werden und mit uns für die Freiheit kämpfen?" Als der kaiserliche Offizier das stolz ablehnte, ließ ihn Manin gefangen setzen. Pimodan verstand es, sich frei zu

---

[1] Ausführliches über diese Vorgänge s. Bayard de Volo, Francesco V. I, Modena. 225—228; vgl. mit Sommeregger, Ereignisse in den Legationen: Mitteilungen des k. k. Kriegsarchivs, 3. F. I (1902) 166—170.

[2] Über die weiteren Schicksale dieses Truppenkörpers s. Sommeregger a. a. O. 170 f.

machen, und gelangte, abermals nach manchen Fährlichkeiten, glücklich nach Verona, wo er die Depeschen Gyulais vorschriftsmäßig ablieferte[1].

In Venedig hatte General Culoz noch immer ausgehalten, obwohl die Wogen der Revolution bis an die Mauern seiner Kasernen zusammenschlugen, bis ihm am 26. März ein Artikel der „Gazzetta di Venezia“ und eine Zuschrift der Minister Manin und Paleocapa keinen Zweifel über die Räumung von Padua durch Feldmarschalleutnant d'Aspre übrig ließen. Der General mußte die Hoffnung auf nahen Entsatz aufgeben, ein fernerer Aufenthalt in der empörten und voraussichtlich von außen unterstützten Stadt konnte nachteilige Folgen haben, und so beschloß Culoz die Räumung von Venedig in der Richtung nach Triest. Er stellte die Bedingung, daß sämtliche Bagage, Wagen- und Dienstpferde eingeschifft, die Proviantierung der Schiffe gehörig bestellt sei, und erklärte, daß er selbst erst dann abgehen werde, wenn alle andern Schiffe den Hafen würden verlassen haben. Die provisorische Regierung bewilligte alles, was er verlangte; sie brannte danach, im eigenen Hause schalten und walten zu können. Am 28. März war alles in Ordnung, die letzten Truppen eingeschifft, die kaiserlichen Fahnen, zwei vom Regiment Kinsky, eine von dem abgefallenen Garnisonsbataillon und die vierte vom dritten Bataillon Wimpfen an Bord gebracht, worauf die Schiffe unter den Klängen der Volkshymne den Hafen verließen. Abends wurde der Zapfenstreich geschlagen, am 29. ertönte in frühester Stunde die Tagwache, worauf ein Dampfer das letzte Schiff mit dem General an Bord ins Tau nahm und die Lagunenstadt verließ. „An Armatur, Rüstung und Taschenmunition blieb nichts zurück“, berichtete Culoz dem Feldmarschall; „die Mannschaft war vollkommen bewaffnet mit dem Gewehr in der Hand.“[2]

* * *

Wir kehren zur Hauptarmee zurück.

Auf dem Marsche von Lodi nach Cremona führte Generalmajor Karl Schwarzenberg den Rest der Garnison von Brescia dem Feldmarschall zu, bei welchem gleichzeitig untrügliche Meldungen einliefen, daß sich die piemontesische Armee bereits in Bewegung gesetzt habe. Radetzky konnte mit seiner durch so viele Verluste und ungleich größere Abfälle sehr geschwächten Truppenmacht nicht daran denken, der feindlichen Truppenmacht in offenem

[1] Pimodan, Souvenirs 109—130.

[2] Kr. A. Hauptarmee IV 338½, freundliche Mitteilung des Herrn Kriegsarchivdirektors Feldmarschalleutnant Emil Woinovich v. Belobreska. Die ausmarschierenden Truppen waren 2671 vom Inf.-Regiment Kinsky, 1484 Peterwardeiner Grenzer, 38 vom Stabe des abgefallenen Grenadierbataillons, 276 von der Artillerie, zusammen 4469 Mann (Benko-Boinik, Geschichte der k. k. Kriegsmarine 1848/49 159 f).

Felde die Spitze zu bieten; es lag alles daran, einen festen Punkt zu gewinnen und für die erste Zeit sich auf Abwehr und Verteidigung zu beschränken. Auch war der Zustand seiner Truppen ein solcher, daß er für den Augenblick keine größere Aktion gestattete. Ihr Anblick war, wie sich ein Augenzeuge ausdrückt, herzzerreißend. Ganze Wagen voll Verwundeter, hier ein Dragoner mit einem Infanterietschako, dort ein Artillerist mit einem Helm, einer in einem Zivilkleid, ein anderer ohne Rock. Fürst Schwarzenberg gab seine Garderobe, die er aus Brescia gerettet hatte, an Offiziere ab, und da sah man einen Leutnant in einer Generalsuniform, dort einen in einer Livree — alles durch den schrecklichen Regen und das Biwakieren voll Kot und Blut[1].

Verona war der vom Feldmarschall in Aussicht genommene Punkt. Wohl lief die Stadt bei den Zugeständnissen, welche der Erzherzog der Bevölkerung gemacht hatte, Gefahr, der Revolution anheimzufallen, dafern nicht beizeiten ernste Gegenmaßregeln getroffen würden. General v. Gerhardi ließ es daran nicht fehlen, indem er die Kastelle Vecchio und San Felice mit Geschütz und Artillerie versah, bei der Hauptwache des Platzes Brà die Zahl der Kanonen verdoppelte. Das Regiment Ernst sollte nach Brescia versetzt werden; Gerhardi verweigerte es: jeden Tag, sagte er, könne die Revolution ausbrechen; es sei unmöglich, Truppen aus Verona ausmarschieren zu lassen. Als eine Deputation der Civica mit dem Begehren erschien, ihr die Besetzung der Hauptwache und der Kastelle zu überlassen, schlug es Gerhardi, soweit es die Hauptwache betraf, rund ab; die Kastelle anlangend, möchten sie versuchen, sie zu nehmen. Zugleich sandte er den Grafen Pimodan nach Padua mit der Aufforderung an d'Aspre, seine Truppen nach Verona zu führen, was dieser, wie wir uns erinnern, bereits aus eigenem Antrieb in Ausführung gebracht hatte.

In der vizeköniglichen Familie herrschte eine an Verzweiflung grenzende Unentschlossenheit. Man war verwirrt durch die Nachrichten aus Wien und erbittert über die Haltung des kaiserlichen Hofes, von der man ganz falsche und ungerechte Vorstellungen hatte. „Was soll ich aber tun?" schrieb der jugendliche Erzherzog Rainer an seinen älteren Bruder Ernst: „Ich werde zum Militär gehen, um mich bei der ersten Gelegenheit erschießen zu lassen, denn für das Weitere brauche ich dann nicht mehr zu denken." Es litt die vizekönigliche Familie nicht länger in Verona, ihr Beschluß, die Stadt, aber auch das unglückliche Land zu verlassen, gedieh zur Reife, und am frühen Morgen des 26. März verließen sie Verona in der Richtung nach Tirol. Gerhardi bekam dadurch freie Hand. Im Laufe des Tages marschierte d'Aspre mit fünf Bataillonen Infanterie, einer

---

[1] Vom Kriegsschauplatz in der Lombardei, von einem österreichischen Offizier: A. A. Ztg 1848, Beil. zu Nr 119 vom 28. April, S. 1899 f.

Division des 8. Jägerbataillons, sechs Schwadronen Reußhusaren, drei Schwadronen Windischgrätz-Chevaulegers und zwei Batterien — es war alles, was er von seinem früher so ansehnlichen Armeekorps beisammen hatte! — gegen Verona an, wo er von der Besatzung sehnlichst erwartet wurde. „Als wir uns der Festung näherten", berichtet ein Offizier von seinem Korps, „konnten wir deutlich bemerken, daß die umgebenden Höhen dicht mit Menschen besetzt waren, ebenso die verschiedenen die Stadt beherrschenden Forts. Wie fernes Meeresbrausen tönte es zu uns herüber, und als die Tête unserer Kolonne sichtbar wurde, erschollen tausendstimmige Hurras. Die ganze Besatzung hatte uns erwartet und empfangen"[1], und der Besitz des unter den obwaltenden Umständen doppelt wichtigen Platzes war gesichert.

D'Aspre, der nun in Verona als der rangälteste General das Kommando führte, säumte nicht, die für den Augenblick wichtigsten Vorkehrungen zu treffen. Er erklärte die Nationalgarde für aufgelöst, stellte die Zivilbehörden unter Militärbefehl, verkündete das Standrecht; die Paßvorschriften bei den Toren wurden auf das strengste gehandhabt. An den Grafen Gyulai in Triest sandte er die Aufforderung, die aus dem Venetianischen herüberkommenden und womöglich noch andere Truppen am Isonzo zu sammeln, und forderte das tirolische Militärkommando auf, im Etschtale für Magazine zu sorgen. In die Festungen Peschiera und Legnago sandte er Abteilungen Grenzer als Verstärkung, nach Mantua zwei Bataillone vom Infanterieregiment Erzherzog Ernst (Nr 48, ungarisch). Sie kamen auf der Hauptstraße ohne Anstand bis Mozzecane. Als sie aber von da am 27. März die kürzere Route über Castiglione Mantovano einschlugen, wurden ihre Vortruppen mit Gewehrschüssen empfangen, und gleich darauf brach ein bewaffneter Haufe, der Ortspfarrer an der Spitze, gegen sie los. Die Vortruppen lösten sich in Tirailleurs auf und warteten das Gros ab, wo nun die Sache mit eins eine andere Wendung nahm. Der Ort wurde erstürmt, wobei der Pfarrer von mehreren Schüssen und Säbelhieben getroffen fiel, der Kaplan und sechzehn Leute gefangen, der Pfarrhof der Plünderung preisgegeben, viele Waffen und Munition aufgegriffen wurden. Sodann ging es weiter nach Mantua, wohin ihnen ein heilsamer Schrecken vorausflog[2]. Das Mantuaner Revolutionskomitee, an welchem sich der k. k. Delegationsadjunkt Marchese Pietro Peverelli eifrig beteiligte, hatte eben beschlossen, sich die schwache Besetzung seiner Stadt zu nutze zu machen und mit dem Losbruch nicht länger zu zögern. Schon hatte der Bau von Barrikaden begonnen — da ließ sich vor der Stadt Trommelwirbel vernehmen, es waren die beiden Bataillone Erzherzog Ernst, die

[1] Torresani, Erinnerungen, Wien 1904, 18.
[2] Hold, Linien-Inf.-Reg. Nr 48, Wien 1875, 169—171.

anmarschierten. Den Empörern fiel die Waffe aus der Hand, und mit der geplanten Erhebung hatte es ein Ende[1].

Das Hauptquartier Radetzkys befand sich am 27. März in Orzinovi. In der ganzen Gegend waren es Emissäre aus Brescia, welche die Bevölkerung gegen die anrückende Armee aufhetzten und zur Abreißung der Mellabrücke bei Corticelle verleiten wollten. Allein das Landvolk war zu einem großen Teile dem Aufstande nicht zugetan, und unter den Städtischen wirkte die Kunde von dem Strafexempel von Melegnano nach; überdies ließ der Feldmarschall in allen Orten, wo sich ein böser Geist zeigte, Verhaftungen vornehmen, was seine heilsame Wirkung nicht verfehlte. Dabei verlor er die bedrohten Festungen nicht aus dem Auge. Peschiera erhielt am 28. willkommene Verstärkung, zwar nicht von der Hauptarmee, sondern durch den Obersten Karl v. Gravert, der mit seinen Kaiserulanen, die er aus der Cremoneser Schmach gerettet hatte, unterwegs mit den Resten der Garnison von Bergamo zusammengestoßen war und mit diesen, nach mancherlei Hindernissen und Fährlichkeiten in dem schon allseits insurgierten Land, am 28. in Peschiera einzog und sich dem Festungskommandanten Feldmarschalleutnant Joseph Freiherrn v. Rath zur Verfügung stellte.

Nicht minder wichtig und dabei weit gefährlicher standen die Dinge in Mantua. Peschiera war nur Festung, Mantua war Festung und Stadt, deren Bevölkerung, wie fast allerorts, nicht wenig aufstandslustige Elemente barg. Seit dem am 27. vereitelten Aufstand hatten die Nachrichten aus Venedig, welche Ankömmlinge von dort in den glühendsten Farben schilderten, und Gerüchte über den erbärmlichen Zustand der kaiserlichen Armee — „aus Mailand herausgeschlagen, ein Teil in die Berge der Brianza versprengt, Radetzky gefangen" — die Gemüter neuerdings in solchem Grade erhitzt, daß die Führer an einen entscheidenden Kampf dachten, wobei sie auf den Übertritt des landsmännischen Regiments Haugwitz (Agoviz) zählten. Das Aktionskomitee sandte Boten nach Bologna, Ferrara, nach allen Seiten, die bewaffnete Zugänge erwirken sollten. Die Väter der Stadt scheuten einen gewaltsamen Zusammenstoß. Als Gorzkowski die Garnison ausrücken ließ, erschien eine Deputation, mit dem Bischof Giovanni Corti an der Spitze, mit der Bitte: er möge die Truppen zurückziehen, da sie dafür bürgten, daß das Volk ruhig bleiben werde. Auf diese Versicherung hin bewilligte der Festungskommandant dem Wohlfahrtsausschusse (Comitato di salute pubblica) 150 Flinten mit Munition zur Bewaffnung der regel-

[1] Ereignisse in der Festung Mantua 1848, von E. S. W. (Eduard Stäger v. Waldburg, damals Hauptmann im Generalquartiermeisterstab), Wien 1849, 1—21. Die Begebenheiten in Mantua im Jahre 1848, von einem Offizier der Garnison durch die „Deutsche Wehrzeitung" veröffentlicht, abgedruckt im „Österr. Soldatenfreund" 1850, Nr 49 50 vom 23. und 25. April.

mäßigen Nationalgarde und gestattete, daß die seit mehreren Tagen geschlossenen Stadttore wieder geöffnet wurden. Gleichwohl war nicht abzusehen, was die nächsten Tage bringen würden, als sich unerwartet die Lage änderte. Obrist Benedek war um diese Zeit mit den Besatzungen von Pavia und Piacenza, welch letztere sich in Pizzighettone ihm angeschlossen hatte [1], bei Orzinovi mit der Hauptarmee zusammengetroffen, schwenkte aber, wie ihm seit dem 22. befohlen war, von da nach Mantua ab, wo er von Gorzkowski mit offenen Armen empfangen wurde. Radetzky hielt diese Verstärkung bei der unberechenbaren Wichtigkeit des Platzes und der drohenden Gefahr eines Angriffes der Piemontesen nicht für ausreichend und beorderte von Manerbio aus, wo er am 28. Quartier machte, den General Wohlgemuth mit dem 1. und 2. Bataillon Gyulai-, dem 1. und 2. Bataillon Paumgartten-Infanterie, 1 Bataillon Kaiserjäger, $2^1/_2$ Schwadronen Kaiserulanen und 18 Geschützen zu eiligem Marsche dahin. Es war kein achtunggebietender Anblick, den die am 31. März, 5 Uhr nachmittags, in Mantua einrückenden Truppen boten; durch die anstrengenden Märsche sowie durch Hunger physisch herabgekommen, abgerissene Monturen, viele barfuß. Allein es war immerhin eine ansehnliche Verstärkung, und Gorzkowski ließ sie trotz ihrer sichtlichen Erschöpfung die ganze Stadt der Länge nach hin und her marschieren, was auf den schlecht behauenen Pflastersteinen keine Annehmlichkeit war. Allein der Zweck des Festungskommandanten war erreicht, den Revolutionsmachern verging alle Lust zu weiteren Demonstrationen, so daß die meisten es für gut fanden, der Stadt den Rücken zu kehren und sich auswärts befreundete Lager aufzusuchen. Zwei Tage später, 2. April, verhängte Gorzkowski den Belagerungsstand über die Stadt.

In Verona wußte man ebensowenig, wie es mit der Hauptarmee stand, als Radetzky wußte, wie es mit Verona stand. Da sandte Feldmarschalleutnant Gerhardi den Grafen Pimodan mit zwei Zügen von dessen Eskadron nach Peschiera, von wo dieser am 30. März gegen Desenzano rekognoszierte. Ein Reiter kommt in Sicht, der, als er die Chevaulegers erblickt, Kehrt macht; Pimodan holt ihn ein und findet einen Aufruf bei ihm: „Zu den Waffen! Die Armee Radetzkys, aus Mailand verjagt, ist auf der Flucht nach Verona. Zu den Waffen, brave Italiener! Mut, und Italien wird frei sein!“ Von Pimodan ins Verhör genommen und ins Bockshorn gejagt, gab der Gefangene an, Radetzky befinde sich auf dem Hermarsch von Orzinovi. Pimodan, rasch entschlossen, fliegt in dieser Richtung dem Feldherrn entgegen. Hinter Lonato erblickt er zu seiner namenlosen Freude zwei kaiserliche Husaren als äußerste Vorhut der im Anmarsch begriffenen Armee.

[1] Über einen interessanten Auftritt zwischen Benedek und seinen durch Wiener Nachrichten herabgestimmten Offizieren s. Rodakowski, Emmerich Prinz zu Thurn und Taxis 12.

In unaufgehaltenem Galopp erreicht er den Feldherrn und springt vom Pferde: „Euer Exzellenz, in Verona steht General d'Aspre mit 16000 Mann. Mantua und Peschiera sind noch unser.“ Sichtliche Freude trat in die Züge Radetzkys, der den Bringer der frohen Botschaft umarmt und küßt, während Tränen der Rührung sein Auge befeuchten[1].

Am 29. und 30. stand die Hauptarmee in Montechiaro. Auch dahin waren Brescianer Aufwiegler gedrungen, ohne sich besonderer Erfolge rühmen zu können, so daß die beiden Brücken über den Chiese keinerlei Schaden erlitten. Radetzky ordnete augenblickliche Entwaffnung an und ließ einige Häupter festnehmen; die Einwohner fügten sich willig und demütig den Forderungen zur Verpflegung der müden und hungrigen Soldaten. Von Montechiaro, wo man die erste sichere Kunde vom Anmarsch des Feindes erhielt, ging der Marsch über Lonato nach Desenzano am Lago di Garda, am 1. April über Peschiera nach Castelnuovo, am 2. nach Verona.

Der Feldmarschall war am 1. von Peschiera aus seiner Armee nach Verona vorausgeeilt. Der greise Feldherr litt an den Augen und bedurfte auch sonst einiger Ruhe und Pflege, da er den ganzen zehntägigen Marsch mit nur zwei größeren Unterbrechungen, am 25. in Lodi, am 30. in Montechiaro, zu einem großen Teile im Sattel, mitunter in den rauhesten Nachtstunden, mitgemacht hatte: es war eine eiserne Natur, die gleichwohl in so hohem Alter ihre Schonung verlangte[2]. In Verona erst fand er die Muße, seine jetzige Lage zu überdenken. Außerhalb des Festungsvierecks gab es in ganz Lombardo-Venetien nicht einen sichern Punkt, der in seiner Macht war: Pizzighettone hatte er wegen dessen isolierter Entlegenheit preisgegeben, und in den Bergen westlich vom Gardasee fiel die kleine Feste Rocca d'Anfo dem Aufstande zur Beute. Als ein halb verfallenes Nest war es mit seinen siebzehn Mann vom Regiment Hohenlohe um so weniger im stande, den Paß zu verteidigen, als der Platzkommandant sich als Rebell entpuppte; der fahnentreue Korporal Matthias Tscherne marschierte mit seiner Mannschaft nach Tirol ab[3]. Dem greisen Radetzky griff das alles ans Herz. „Ich führe“, klagte er Ficquelmont, „für den Augenblick den Krieg eines Freibeuters und lebe von Requisitionen. Ist nicht der letzte Funke von Vaterlandsliebe und Nationalstolz in den Herzen des einst so treuen Gesamtvaterlandes erloschen, so wird man mich nicht stecken lassen. Nichts ist verloren, wenn Österreich seine großen Mittel entwickeln will. Wir können, wir dürfen Italien nicht fahren lassen. Siegreich können wir aus dieser Krisis hervorgehen, wenn

[1] Pimodan, Souvenirs 131—136.

[2] Vgl. den Abschied de Bettas, dem die Weiterführung der Mailänder Geiseln nach Kufstein in Tirol anvertraut wurde, von dem allverehrten Feldherrn (Mailänder Geiseln 97 f).

[3] Steiner, Inf.-Reg. Nr 17 (Hohenlohe), S. 79 f.

wir uns selbst nicht verlassen."[1] An Pillersdorff aber schrieb er voll Bitterkeit: „Es bedurfte des Verlustes eines schönen Königreichs, um meine seit Jahren geführte Sprache und Warnungen wahr zu machen." Doch sei, so raffte er sich auf, „nicht alles verloren, wenn in Wien nicht alle Energie verschwunden ist, wenn die Regierung noch einige Kraft behalten hat". Er verlangte mit vollem Nachdruck Truppen und Kriegsbedarf jeder Art[2].

Immerhin war der Hauptteil der Armee beisammen und ihr die Möglichkeit gegeben, das Verlorene zurückzugewinnen. Als vereinzelte Garnisonen wären viele Truppenkörper aufgerieben, die Armee wäre vernichtet worden; nur dadurch, daß man unhaltbare Positionen aufgegeben hatte, um alle Kraft in einem Punkte zu sammeln, durfte man Hoffnung in die Zukunft setzen. Freilich war durch jenes Aufgeben der Abfall treuloser Truppen erleichtert, ja wie hervorgerufen worden; allein selbst dieser scheinbar ungeheure Verlust — man berechnete ihn in der Lombardei und im Venetianischen auf rund 17000 Mann — war im Grunde ein Vorteil: der Feldherr konnte auf die unwandelbare Fahnentreue und die wackere Ausdauer der ihm verbleibenden Truppen zählen. Und an diese richtete er einen Armeebefehl voll aufmunternden Schwunges: „Aus höheren Rücksichten der Kriegskunst bin ich als General gewichen, nicht ihr — ihr waret nicht besiegt; ihr selbst wisset es, daß ihr auf allen Punkten, wo ihr erschienet, Sieger geblieben. Soldaten, vertraut mir, wie ich euch vertraue! Bald werde ich euch wieder vorwärts führen, um den Verrat und die Treulosigkeit zu rächen, die man an euch beging."[3]

3.

Der Ausbruch des Mailänder Aufstandes und der Abfall von Venedig fanden im außerösterreichischen Italien begeisterten Widerhall und brachten allerorts die Bewegung in ein rascheres Tempo.

Am 21. März war die Hiobspost von den Wiener Ereignissen durch die „Gazzetta di Venezia" nach Rom gekommen, wo sie die Bevölkerung in einen wahren Aufruhr versetzte. Fenster und Balkone schmückten sich mit

---

[1] Wolf, Aus der Revolutionszeit, Wien 1883, 17. [2] Ebd. 1 f.

[3] Voller Wortlaut in der A. A. Ztg Nr 105 vom 14. April, S. 1671. In Gavendas Sammlung aller Armeebefehle rc. findet sich unbegreiflicherweise dieser herrliche vom 3. April datierte Armeebefehl ebensowenig wie der nicht minder treffliche aus Lodi vom 25. März. Radetzkys amtlicher Bericht über die Operationen seiner Armee vom 19. bis 30. März s. Wiener Ztg Nr 99 vom 8. April, Amtlicher Teil, und das Kaiserliche Handschreiben vom 10. ebd. Nr 103 vom 12. April.

Teppichen und Blumengewinden, einzelne Brauseköpfe feuerten Freudenschüsse in die Luft, während die Glocken der Kirchtürme in feierlichem Zusammenklang ertönten. Ein gedruckter Anschlagezettel, Notizia ufficiale sulla rivoluzione di Vienna, machte bekannt: Am Turm von St Stephan weht die Freiheitsfahne, die Stadt ist in der Gewalt des Volkes, die Truppen haben den Gehorsam aufgekündigt, der Kaiser ist in der Burg gefangen. Der Fürst von Canino war in voller Tätigkeit. Gegen die Mittagszeit sammelten sich vor dem Palazzo di Venezia, dem österreichischen Gesandtschaftshôtel, hitzige Leute an; etwa zehn von ihnen drangen in das Innere, wo sie von den Beamten der Botschaft, ja vom Grafen Lützow selbst die Herabnahme der kaiserlichen Abzeichen vom Äußeren des Palastes verlangten: der Papst habe seine Zustimmung erklärt. Als es ihnen kategorisch verweigert wurde, schafften sie Leitern herbei, und einige stämmige Arbeiter machten sich daran, die Wappenschilder zu zerschlagen, was nicht ohne große Anstrengung und Mühe nach einstündiger Arbeit gelang. Die auf die Straße hinabgeschleuderten Trümmer wurden auf einen Karren geladen und unter den Klängen eines von der Musikbande der Karabinieri aufgespielten Trauermarsches auf die Piazza del Popolo gebracht, wo aus ihnen ein Scheiterhaufen aufgerichtet wurde; die Kutsche der Fürstin Doria-Pamfili wurde angehalten, die Fürstin mußte aussteigen und eine Fackel übernehmen, um das Holzwerk in Brand zu setzen[1]. Der Minister des Innern Conte Recchi erschien im Gesandtschaftshôtel, etwas später Fürst Doria und Herzog Massimo, und stellten dem Botschafter die kritische Lage der Regierung vor, ihre gänzliche Machtlosigkeit, die keine Truppen und keine Polizei zur Verfügung habe. Antonelli richtete in gleichem Sinne ein Schreiben an Lützow. Pius beklagte aufs tiefste das Ereignis: Lützow möge den Kaiser davon versichern, aber ihm zugleich vorstellen, daß, wenn der Kaiser mit seinen reichen Mitteln den Ausbruch von Exzessen in seiner Hauptstadt nicht habe aufhalten können, um so weniger er, Stellvertreter Christi auf Erden, aber als weltlicher Fürst von geringer Macht, den empörenden Zwischenfall zu verhindern im stande gewesen sei[2]. Lützow erklärte, er könne über das Geschehene nicht hinausgehen, könne unter solchen Umständen die diplomatischen Beziehungen mit dem römischen Hofe nicht länger unterhalten; er habe nach Wien berichtet und erwarte von dort die Befehle über sein weiteres Verhalten[3].

In Rom war die allgemeine Strömung, besonders als die Nachrichten aus Mailand und Venedig dazukamen, in der Tat so gewaltig, daß sie alles mit sich fortriß. In den Kirchen wurden Dankgottesdienste abgehalten,

[1] Johnston, Roman Theocracy and the Republic, London 1901, 129. Vgl. meine „Konfessionale Frage“ 483—489.

[2] Raccolta veneta I 720. [3] Staats-A. 1848, Rom Nr 26 A.

Lobgesänge angestimmt, während Aufzüge mit der italienischen Tricolore neben den päpstlichen Farben die Straßen belebten. „Marschieren wir gegen den Quirinal“, hörte man bei einer solchen Gelegenheit einen Volksmann sagen, „und setzen wir eine provisorische Regierung ein!“ „Wozu das? Du siehst ja, daß uns der Schwachkopf (imbecille) alles bewilligt!“ erhielt er zur Antwort. Lützow schrieb nicht ohne Grund nach Wien: „Pius IX. ist beinahe als entthront anzusehen, seine Macht ist ein Schattenbild, kaum mehr jener gleich, die Gioberti dem Papste zu bewilligen geneigt war.“ Gegen die Jesuiten brachen neue Stürme los, bis der Ordensgeneral P. Rothaan und die PP. Konsultoren ihren Entschluß kundgaben, sich, um durch ihre längere Anwesenheit nicht Anlaß zu feindseligen Auftritten, geschweige denn zu Blutvergießen zu geben, der Gewalt der Umstände zu fügen — di cedere alla imponenza delle circostanze[1].

Indessen wurde bald alles andere durch den Kriegslärm übertönt, durch den Ruf nach einem Kreuzzuge gegen das gefürchtete und verhaßte Österreich. Obrist Ferrari, ein Neapolitaner, früher in französischen Diensten, erbot sich, ein Freiwilligenkorps zu bilden; zwei Neffen des Papstes ließen sich anwerben; in gleicher Weise handelten andere, und binnen kurzem wurde von 12000 Mann gesprochen. Die Begeisterung für den „heiligen Krieg“ riß jung und alt mit sich fort, von allen Seiten flossen reiche Spenden zu, Kardinäle und Fürsten gaben ihre Pferde, Damen einen Teil ihres Schmuckes her. Der Waffenminister Fürst Aldobrandini betraute den Piemontesen Giacomo Durando, einen früheren Verschwörer und Freiheitskämpfer, mit der Organisierung der päpstlichen Truppenmacht.

* * *

In Neapel war auf die Nachrichten aus Paris die Mahnung Giobertis gefolgt, die französische Republik anzuerkennen und „dem Fremden“ den Krieg zu erklären — guerra allo straniero. Im Lande selbst war es der Abruzzese Aurelio Saliceti, der in dieser Richtung drängte und den König mit der Drohung einschüchterte, „falls er sich nicht das Ende Ludwigs XVI. bereiten wolle“[2]. Schon waren der alte General Gabriele Pepe und die Fürstin Cristina Belgioioso eifrig bei der Arbeit, Freiwillige für den Kreuzzug gegen Österreich zu werben. Der kaiserliche Gesandte, Fürst Felix Schwarzenberg, warnte den König: Österreich werde gegen den Ausmarsch von Kreuzzüglern keine Einsprache erheben, aber die Abordnung eines einzigen Soldaten als Kriegserklärung ansehen.

---

[1] Helfert, Konfessionale Frage 492 f.
[2] Nicola Nisco, Ferdinando II. ed il suo regno, Napoli 1884, 147.

Am 25. März ereignete sich in Neapel, was einige Tage früher in Rom vorgefallen war. Studenten und Bürger zogen vor das Hôtel des österreichischen Gesandten, rissen unter wildem Toben, unter Schimpfreden und Flüchen, während eine Abteilung von mehreren hundert Nationalgarden dem Spektakel ruhig zusah, das kaiserliche Wappen herab und schleiften es durch die Straßen auf den Largo Santa Catarina, wo sie ein Autodafé veranstalteten; man wollte bemerkt haben, daß nicht ein Lazzarone an dem bakchantischen Aufzuge beteiligt war. Schwarzenberg verlangte öffentliche Genugtuung, die ihm das neapolitanische Ministerium, das ebensowenig wie das römische über den Ereignissen stand, beim besten Willen nicht leisten konnte. Am 27. erneuerte Fürst Felix seine Forderung, das österreichische Wappen in Gegenwart eines königlichen Beamten wieder aufzurichten, mit der Drohung, falls dies binnen vierundzwanzig Stunden nicht erfolge, die diplomatischen Beziehungen abzubrechen. Fürst Cariati, der Minister des Äußern, rief die Vermittlung des russischen Gesandten an, wies mit Ausdrücken tiefsten Bedauerns auf die schwierigen Zeitverhältnisse und die Ohnmacht der Regierung hin und bat den Vertreter Österreichs, die Dinge nicht aufs äußerste zu treiben. Doch Cariati selbst sollte nicht länger zu befehlen haben. Vor dem königlichen Palaste sammelten sich drohende Haufen, die mit ungestümem Geschrei die Entlassung des Ministeriums, Bewaffnung von Freischaren und Entsendung von Truppen gegen den Kaiserstaat verlangten. Ferdinand II. zeigte sich eingeschüchtert auf dem Balkon und erklärte, den gestellten Forderungen zu willfahren. Noch am selben Abend erschien eine Kundmachung der Regierung, welche die patriotische Jugend zu den Waffen rief, die sodann mit Abteilungen der königlichen Armee zu Schiffe nach Livorno und von da zu Land nach Oberitalien gebracht werden sollte. Nun war Schwarzenbergs Entschluß gefaßt. Auf der Reede von Neapel lag der k. k. Kriegsdampfer „Vulcano“, den der Fürst, nachdem er die Gesandtschaftspapiere an einem sichern Orte untergebracht und sich der Bereitwilligkeit des preußischen Vertreters, die dringenden Geschäfte zu besorgen, versichert hatte, am Abend des 28. März bestieg und in das Adriatische Meer abfuhr. Nach einer fünftägigen Fahrt, während deren er wiederholt seine Autorität als General gebrauchen mußte — denn viele Offiziere und der größte Teil der Mannschaft waren Italiener und strebten, vom Abfallfieber ergriffen, nach Venedig —, setzte der „Vulcano“ den Fürsten am 3. April bei Triest ans Land[1]. Schwarzenberg hatte, als er Neapel verließ, gedacht, nach Wien zu gehen; als er jedoch im Küstenland die Vorbereitungen für eine kriegerische Aktion wahrnahm,

[1] Schwarzenbergs Bericht vom 2. April „an Bord des Vulcano“: Archiv des Minister. des Äußern Nr 23 B, und Benko-Boinik, Geschichte der k. k. Kriegsmarine 1848/49 188 f.

gewann seine militärische Eignung und Neigung über die diplomatische die Oberhand, und er ließ sich in das Reservekorps einteilen, das sich unter dem Befehle des Feldzeugmeisters Laval Grafen v. Nugent am Isonzo sammeln sollte.

In Triest wurden zugleich die ersten Schritte zur Rettung der geringen Reste der noch vor wenigen Jahren so stattlichen kaiserlichen Flotte unternommen. Das Kommando des aufrührerischen Teiles der weiland österreichischen Marine befand sich in Venedig; es mußte ein neues k. k. Marinekommando geschaffen werden, und ein untergeordneter Beamter der küstenländischen Kameralgefällenverwaltung, Joseph Ressel, der berühmte Erfinder der Dampfschraube, wurde vom Grafen Gyulai mit dem Auftrage betraut, die nötigen Vorkehrungen zu treffen. Die italienische Mannschaft wurde sofort entlassen, das gerettete Schiffsmaterial in dem Hafen von Pola geborgen, für dessen verläßliche Bemannung gesorgt und damit der Grund für eine neue kaiserliche Kriegsmarine gelegt, die nachmals unsterbliche Lorbeeren erringen sollte. Der Lohn Ressels für dieses große Verdienst war, daß er zum Marine-Forstintendanten mit 800 Gulden Jahresgehalt ernannt und einige Jahre später mit einer Zulage von jährlichen 200 Gulden bedacht wurde[1].

Das Scheiden des österreichischen Gesandten aus Neapel beraubte den königlichen Hof eines befreundeten Beraters und befreite die vorwärts drängende Partei von einem lästigen und entschlossenen Gegner. Das zeigte sich gleich am ersten Tage nach Schwarzenbergs Abfahrt. Guglielmo Pepe, kaum aus seinem französischen Exile zurückgekehrt, verbreitete die Nachricht, Frankreich rüste 100000 Mann den Italienern zu Hilfe, und äußerte zu seinen Freunden: „Der Tag des Ausmarsches unseres Heeres wird der glücklichste meines Lebens sein!“ Dem Könige aber stellte er eine Änderung des Verfassungsstatuts vom 10. Februar als eine notwendige Folge der Ereignisse in Frankreich und in Deutschland vor. Am 30. März marschierte die Fürstin Belgiojoso an der Spitze von 120 Kreuzzüglern aus Neapel aus und schiffte sich mit ihnen auf dem „Virgilio“ ein; zwei andere Kompanien zu 250 Mann traten ein paar Tage später auf dem „Lombardo“ die Fahrt nach Civitavecchia an. Man verlangte von Ferdinand eine Änderung seines Ministeriums und deutete auf Saliceti. Darauf ging zwar der König nicht ein; allein er erkannte zu seinem Schrecken, daß er sich auf einen großen Teil seiner Truppen nicht verlassen könne; Offiziere der Artillerie erklärten offen, daß sie aufs Volk nicht schießen lassen würden. Dies war in noch höherem Grade bei

[1] Wurzbach, Biogr. Lexikon XXV 317. Steinebach, Zwei Österreicher: Österr. Jahrb. 1890, 18 f.

der Nationalgarde der Fall. So entschloß sich denn Ferdinand zu einem Wechsel seines Kabinetts. Er berief Carlo Troya, einen gelehrten Historiker, dessen Geist sich mit den Zuständen im Mittelalter beschäftigte, aber von denen der Gegenwart nichts wußte[1]. Der Marchese Luigi Dragonetti übernahm das Ministerium des Äußern, General Raffaele del Giudice den Krieg, Professor Antonio Scialoia Handel und Ackerbau, Raffaele Conforti das Innere, und andere vier waren beliebte und in ihrer Art tüchtige Männer, aber nichts weniger als geeignet, über den Ereignissen zu stehen und diese zu beherrschen[2]. Am 3. April veröffentlichte das neue Ministerium sein Programm: Krieg gegen Österreich, die italienische Dreifarbe an den Fahnen der Armee, Wahlrecht auf breitester Basis, „infolgedessen jeder Lump zum Deputierten gewählt werden konnte“[3], Abänderung des Statuts vom 10. Februar, vorzüglich in Hinsicht auf die Pairs. Der Unterrichtsminister Paolo Emilio Imbriani erließ ein Dekret, das den Bischöfen jegliche Einmischung in das Schulwesen verwehrte. Am 5. April verfügte sich der König in Begleitung des Kriegsministers zu den Offizieren, die er mahnte, sich zum Abmarsch bereit zu halten. Noch am selben Tage gingen ein Bataillon unter Obrist Rodriguez und ein zweites unter Major Viglia auf dem „Archimede“ nach dem Norden ab. Den Oberbefehl sollte Guglielmo Pepe übernehmen, der aber durch del Giudice die Weisung erhielt, ohne ausdrücklichen Befehl des Königs den Po nicht zu überschreiten. Admiral Raffaele Cosa übernahm ein versiegeltes Schreiben, das er erst auf offener See eröffnen sollte; es enthielt das Gebot, unter keinerlei Umständen feindlich gegen österreichische Kriegsschiffe vorzugehen.

In Sizilien gewann die Revolution stets festeren Boden. Nachdem am 25. März mit großem Pomp im Klostergebäude San Domenico die Eröffnung des Parlaments stattgefunden hatte, schritt Ruggero Settimo an die Bildung seines Ministeriums: Mariano Stabile für die auswärtigen Angelegenheiten, Pasquale Calvi für das Innere, Baron Riso für Krieg und Marine. La Masa war bestimmt, eine Schar von hundert Jünglingen auf den lombardischen Kriegsschauplatz zu führen. Am 7. April beschloß auf Antrag La Farinas das Parlament, aus den

---

[1] Nisco, Ferdinando II. 153 f.

[2] Erano cotesti otto uomini allora stimati nel paese ed i più chiari nelle lettere e nelle scienze; ma ad essi mancava l'unità d'intendimenti e di fine e l'energia necessaria per reggersi in autorità in tempi difficilissimi senza andare ad accettarla nel favore delle moltitudini. Nisco (a. a. O. 154 f), der sich über das ministerielle Programm sehr entschieden gegen die der Sache der wahren Freiheit so gefährliche Popularitätshascherei schwacher Regenten und Staatsmänner ausspricht.

[3] Settembrini, Erinnerungen, deutsch von E. Kirchner I, Berlin 1892, 282.

Glocken der Klosterkirchen Kanonen gießen zu lassen und auch die Königsstatuen für diesen Zweck zu verwenden mit Ausnahme der Statue Karls V. auf der Piazza Vigliana als „Wiederherstellers der Unabhängigkeit der Völker". Am 13. erwirkte der Minister des Äußern vom Parlament den Beschluß, daß Ferdinand II. und dessen Dynastie für immer von dem sizilischen Throne ausgeschlossen seien, auf den die Insel einen andern der italischen Fürsten wählen und berufen werde[1]. Ferdinand erklärte zwar diesen Beschluß für null und nichtig, allein es gebrach ihm für den Augenblick an Kraft und an Mitteln, um sein Wort zur Tat werden zu lassen.

* * *

Die sardinische Armee stand gerüstet zum völkerrechtswidrigen Einmarsch auf österreichisches Gebiet; aus den Herzogtümern Modena und Parma waren die Fürsten geflohen; Leopold II. von Toskana ließ aus seinem Titel das Arciduca d'Austria fallen, weil er sich durch seine anerkannte Beziehung zu Österreich unpopulär zu machen fürchtete[2]. In Livorno ließ der österreichische Konsul am 25. März sein Wappen herunternehmen — „ein Glück für ihn", so ließ sich die A. A. Ztg schreiben; „am Abend würde es das Volk getan haben". Die Dinge vollends auf den Kopf zu stellen, fehlte nur eines, und auch dieses sollte nicht ausbleiben. Giuseppe Mazzini verließ seinen jahrzehntlangen Flüchtlingsaufenthalt in London und erschien zuerst in Paris, wo er mit G. Ricciardi und andern seiner umsturzeifrigen Landsleute die Zukunft des Vaterlandes beriet. Auch Vincenzo Gioberti war dort, mit dem Mazzini wohl in der Idee der italienischen Einheit und Unabhängigkeit, aber durchaus nicht in der politischen Gestaltungsfrage der Halbinsel zusammenstimmte. Denn Mazzini wollte von einem Papa-Re und überhaupt von Königen und Fürsten nichts wissen. „Ich bin überzeugt", äußerte er gegen Ricciardi, „daß, ist einmal der Deutsche aus Italien verjagt, die Republik früher oder später kommen wird." An die Stelle des „jungen Italien", seiner früheren Schöpfung, setzte er jetzt eine Associazione nazionale, die, ohne vorläufiges politisches Programm, einzig das Ziel der Unabhängigkeit Italiens und dessen Befreiung von der Fremdherrschaft verfolgen sollte[3].

So war denn die Revolution, die in Frankreich begonnen und nur zu schnell Deutschland und Österreich in Brand gesteckt hatte, nun auch über

---

[1] Nisco a. a. O. 144.

[2] Stimme eines Engländers von der Grenze Toskanas am 2. April: Wiener Ztg, Abend-Beil. Nr 8 vom 8. April.

[3] Arch. trienn. I, n. 225/226, p. xi—xiii 409—412.

die apenninische Halbinsel von einem Ende zum andern verbreitet, so daß Mitteleuropa vollständig unter ihrem Einfluß und Gebote stand.

* * *

Die neue französische Republik war im ganzen Lande anerkannt. Marschall Bugeaud stellte ihr seinen Degen zur Verfügung, der Herzog von Aumale, Generalgouverneur von Algerien, legte seinen Oberbefehl in die Hände des Generals Changarnier. König Louis Philippe, der sich auf seiner Flucht Geld zur Weiterreise hatte leihen müssen, betrat am 3. März mit seiner Familie den englischen Boden, wo ihm sein Schwiegersohn Leopold von Belgien das Schloß Claremont zum Wohnsitz einräumte, während Pariser Pöbelblätter: La Guillotine, La Canaille, Robespierre, neben andern Vorschlägen, Ermordung aller Reichen, Brand und Plünderung u. dgl., offen zur Einziehung des exköniglichen Vermögens aufforderten. So weit ging die große Mehrheit des Volkes wohl nicht, im übrigen aber hatte alles einen republikanischen Anstrich. L. É. F. — liberté, égalité, fraternité — prangte an allen Orten, „Nationaleigentum" an allen öffentlichen Gebäuden, die Göttin der Freiheit mit der phrygischen Mütze auf dem Haupt, Schild und Lanze in den Händen, auf den neuen Münzen. Jedermann ist citoyen, die blaue Bluse verdrängt den Frack oder — überdeckt ihn. Alle politischen Gefangenen werden freigegeben, die Todesstrafe für politische Verbrechen wird aufgehoben, die Schuldenhaft außer Kraft gesetzt.

Die provisorische Regierung Frankreichs war aus sehr verschiedenen Elementen zusammengesetzt. „Nicht allein die politische Einigkeit mangelte ihr", heißt es in den Aufzeichnungen eines ihrer Mitglieder[1], „sondern überhaupt jede Einigkeit. Jeder lebte und wirkte für sich und dachte nur an seine Verantwortlichkeit, und ich möchte fast sagen, an seinen Ruhm." Ledru-Rollin und Armand Marrast hatten hart vor Ausbruch der Revolution vor einem Duell gestanden: wie konnten sie jetzt Hand in Hand gehen? Jedes der Mitglieder war von brennendem Ehrgeiz erfüllt, den Einfluß und die Macht für sich zu gewinnen. Garnier Pagès und Marie hatten die Sympathien der Bourgeoisie für sich; Ledru-Rollin, Flocon und Caussidière repräsentierten die alte Jakobinerpartei. Caussidière hielt für Ledru-Rollin seine republikanische Garde, die Montagnards, bereit; so nannte man die neuen Polizisten mit ihren blauen Blusen, roten Mützen und roten Gürteln, in denen die Pistole steckte. Lamartine, kurz zuvor noch Royalist, suchte in jedes Lager seinen Fuß zu setzen, nur das rote Tuch scheute er wie der Stier.

---

[1] Cherest, La vie et les oeuvres de Pierre Thomas Marrast, Auxerre 1873.

Aber die rote Farbe hatte trotz seiner sieghaften Überredungskunst am 25. Februar großen Einfluß auf die Massen. Eines der verbreitetsten Blätter, die „Commune von Paris", hatte ihr Bureau in der Rue Rivoli 16, wo es von kräftigen Burschen mit roter Halsbinde wimmelte. Jeder der bedeutenderen Volksführer hatte seinen Klub und sein journalistisches Organ. *Raspail* präsidierte dem Klub der Volksfreunde, *Cabet* dem ikarischen Klub; *Barbès* war die Seele des Revolutionsklubs, Auguste *Blanqui* der Führer der republikanischen Zentralgesellschaft. Alle diese Elemente schwuren der provisorischen Regierung, in deren Mitte sie kein Organ ihres Programms erblickten, von allem Anbeginn tödlichen Haß, der mit der Zeit zum offenen Kampfe führen mußte. Ein Glück für das Gouvernement war es, daß die beiden bedeutendsten Männer unter ihren Gegnern, Blanqui und Barbès, einander neideten und miteinander eiferten. Barbès, ein Riese mit einem Löwenhaupt, ein erbitterter Barrikadenkämpfer aus den dreißiger Jahren, war bemittelt, hatte im Süden große Besitzungen und war gleichwohl der Abgott der Besitzlosen. Blanqui war klein und schwächlich; doch seine Sprache war klar und einfach, das Verständnis des gemeinen Mannes fesselnd; er besaß ungewöhnliche wissenschaftliche und schriftstellerische Begabung. „Für Blanqui", so charakterisierte ihn *Gabriel Deville*, „war der Kommunismus das Endziel, der Krieg zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie das Mittel, um dieser die Herrschaft über jene durch einen Gewaltstreich zu entreißen." Am 27. März gab es eine große Volksbewegung vor dem Stadthause, Blanqui sprach mit befehlender Strenge, doch Barbès ließ ihn im Stich, und das ganze Unternehmen schlug in einen Sieg der Regierung um: das Volk ließ Ledru-Rollin und Louis Blanc hochleben und geleitete sie mit Jubelrufen gleich Triumphatoren in ihr Amtslokal.

Die Arbeiter und die Besitzlosen schrieen um Brot — Nous ne voulons pas Dupin, nous voulons du pain — und die Regierung mußte an die Erfüllung der Zusage denken, die sie den Arbeitern in der Not des Augenblickes gemacht hatte. Eine Regierungskommission wurde eingesetzt, die unter dem Vorsitze von *Louis Blanc*, Vizepräsident *Albert*, im Palais Luxembourg tagen und die Arbeiterfrage „studieren" sollte. Ihre ersten Vorschläge waren: in jedem Pariser Stadtviertel sei ein Musterwohnhaus für ungefähr 400 Arbeiter zu errichten, und Stellenvermittlungs-Bureaux sollten die Aufgabe übernehmen, brotlosen Leuten lohnende Beschäftigung zu verschaffen.

Doch unabhängig von Louis Blanc und seiner Luxembourgkommission erfolgte seitens der Regierung die Errichtung von *Nationalwerkstätten*, die bei der industriellen Krisis, welche schon vor Ausbruch der Revolution Hunderte von Familien um ihren Unterhalt gebracht hatte, einen raschen Zudrang fanden; sie gaben Anweisungen von 2 Fr. für den Arbeitstag,

1 Fr. 50 Cent. für die Feiertage aus. Die Nationalwerkstätten wurden, um eintretenden Falles den Zwecken der Regierung zu dienen, militärisch organisiert: je 11 Mann bildeten eine Korporalschaft, 3 Korporalschaften eine Brigade, 4 Brigaden eine Leutnantschaft, 4 Leutnantschaften eine Kompanie. Der Korporal bezog einen Tagessold von 2 Fr. 50 Cent., der Brigadier von 3 Fr. usw. Die Nationalwerkstätten waren eine Schöpfung des Ministers Marie, der als der entschiedenste Rückschrittsmann des neuen Gouvernements galt. An die Spitze des ganzen Betriebes stellte er einen jungen Ingenieur Émile Thomas. Die Korporäle, Brigadiers, Leutnants sollten die Arbeiter selbst aus ihrer Mitte wählen; aber jeder Kompanie war ein vom Ministerium ernannter Werkführer beigegeben und dem Regierungsingenieur untergeordnet. Eines Tages wurde Thomas vom Minister ins Stadthaus beschieden, wo ihm Marie die Frage stellte, ob er sich auf seine Kompanien verlassen könne. „Der Tag", sagte Marie, „ist vielleicht nicht fern, wo man sie auf die Straße wird hinabsteigen lassen müssen."

Mit der französischen Republik war es in der ersten Zeit fast nach dem Spruche der Bibel: „Ihr alle, die ihr mühselig und beladen seid, kommet alle zu mir, ich will euch erquicken" — so sehr wurde die provisorische Regierung von Hungernden hier, von Landesflüchtigen aller Art dort bestürmt, die einen mit Brot, die andern mit Geld und Waffen zu unterstützen, auf daß sie sich ihre Heimat zurückerobern könnten. Georg Herwegh und seine Frau, eine schöne, reiche und mutige Berlinerin, arbeiteten für eine deutsche demokratische Legion. Die Anwerbung wurde in Paris ohne Heimlichkeit betrieben, alle Journale sprachen davon. Um den 8. März erschien Herwegh vor dem Hôtel de Ville und überreichte im Namen seiner Landsleute, denen eine deutsche und eine französische Fahne voranleuchteten, dem Minister Crémieux eine Adresse, welche dieser freundlich entgegennahm: La France et l'Allemagne restent unies à tout jamais pour le bonheur du monde. Waffen erhielten die Deutschen keine, aber man wies ihnen eine Summe von 60000 Fr. zur „Reise" nach Straßburg an; es war der provisorischen Regierung unverkennbar weniger darum zu tun, sie zu unterstützen, als darum, die unbequemen Gäste abzuschütteln[1]. Einige Tage später fanden sich bei dreihundert Ungarn vor dem Hôtel de Ville ein, wo sie von Lamartine mit den Worten begrüßt wurden: La Hongrie compte en France autant d'amis qu'il y a de citoyens français! Die belgischen Exulanten brannten danach, ihrem Vaterlande das Geschenk republikanischer Freiheit zu bringen; Caussidière begünstigte sie rückhaltlos, auch Ledru-Rollin war für sie.

---

[1] Zur Geschichte der deutschen demokratischen Legion aus Paris. Von einer Hochverräterin. Grünberg 1849. (Die „Hochverräterin" = Frau Emma Herwegh.)

Am ungeduldigsten und ungestümsten waren die Polen. Schon in den letzten Monaten 1847, wo die Angelegenheit der Reformbankette in vollem Gange war, hatte die Versailler Zentralisation Emissäre in alle altpolnischen Landesteile ausgesandt. Es waren allerhand Personen von umschleierter Herkunft und Bestimmung, darunter Frauenzimmer von berückender Schönheit, die in geschäftiger Weise von einem Edelsitze zum andern eilten, Vorboten einer bevorstehenden Revolution, gleich den ruhelos hin und her flatternden Vögeln, die den aufmerksamen Beobachter einen heranziehenden Sturm ahnen lassen. Bald nach dem Pariser Umsturz erschienen Aufrufe der Versailler Zentralisation: „An alle polnischen Brüder und insbesondere an die Landwehr und an die Jugend in Preußisch-Polen“, „An die polnischen Brüder, die im preußischen Heere dienen“, unterzeichnet: „Die polnische Republik“ [1]. Zugleich erging an alle in Frankreich, in der Schweiz, in Belgien, in den Niederlanden wie in einigen Gegenden Deutschlands weilenden Polen die gebieterische Mahnung, sich ohne Verzug marschfertig zu machen, um auf den ersten Ruf dorthin zu ziehen, wo sie „das Vaterland“ brauchen werde. Lamartine war vorsichtig genug, jedem Anlasse zur Beunruhigung der fremden Regierungen aus dem Wege zu gehen. Unter einem Schwall von Phrasen wußte er die hitzigen Dränger hinzuhalten, wobei es nicht selten zu heftigen Szenen kam. Anderseits waren diese unruhigen Gäste für Paris zugleich eine Last und eine Gefahr; wenn es zu einem neuen Aufstand kam, konnten die Insurgenten auf die Mithilfe der Polen zählen. Zuletzt bewilligte ihnen die Regierung einen Betrag von 150000 Fr. zur Rückkehr in ihre Heimat und gab ihnen außerdem das Versprechen, ihren in Frankreich zurückbleibenden Frauen und Kindern Schutz zu gewähren.

Blanquis Ansehen unter den Arbeitern war im Steigen, was Ledru-Rollin und Caussidière, die im Grunde ihres Herzens den Sturz der gemäßigten Mitglieder der Regierung wünschten, mit ernsten Besorgnissen erfüllte. Eine Diktatur Ledru-Rollins war geplant, doch ihr gegenüber stand eine Diktatur Blanquis in drohender Sicht. Die Anhänger Ledru-Rollins ließen darum alle Minen springen, um Blanqui in der öffentlichen Meinung bloßzustellen, ihn um das Vertrauen der Massen zu bringen. Blanqui ging zwar, wie es scheinen wollte, aus diesen Kämpfen unverletzt hervor, allein die Zahl seiner Gegner in den erwerbenden Klassen wuchs sichtbar von Tag zu Tag. Und dazu der Neidling Barbès!

Am 5. April fand die Wahl der Nationaloffiziere statt; sie war von den besonneneren Mitgliedern der Regierung auf einen Wochentag verlegt,

---

[1] „Geschrieben nach Erteilung der Konstitution in Rom und Erklärung der Republik in Paris im Jahre 1848“: Voigts-Rhetz, Aktenmäßige Darstellung, Posen 1848, 42—46. Siehe auch Paul Fischer, Polen-Aufstand, Graudenz 1879, 17.

um die Arbeiter nicht zu zahlreich mittun zu lassen, und in der Tat gingen aus den Urnen meist Namen konservativer Richtung hervor. Die Revolutionäre wüteten und planten einen großen Schlag gegen das Gouvernement. Es sollte, so beschloß Louis Blanc in seinem Arbeiterparlament, ein nach vielen Tausenden zählender Zug nach dem Stadthause gehen und dort eine Petition überreichen: demokratische Republik, Organisation der Arbeit durch das Mittel der Genossenschaft, ein Ende der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Ein Wohlfahrtsausschuß nach dem Muster der ersten Revolution sollte gebildet werden: vier Mitglieder der provisorischen Regierung: Louis Blanc, Albert, Ledru-Rollin, Flocon, dazu Blanqui, Raspail, Cabet. Die Zeit war der 16. April.

Doch das Gouvernement war auf seiner Hut, und Barbès, für den man im Wohlfahrtsausschuß keinen Platz freigelassen hatte, stellte sich der Regierung zur Verfügung. Auf Lamartines Geheiß mußte Ledru-Rollin als Minister des Innern die Nationalgarde alarmieren lassen. Lamartine nahm den General Changarnier zur Seite, um das Stadthaus in Verteidigungsstand zu setzen; General Duvivier als Kommandant der mobilen Nationalgarde hielt die Bataillone seiner kleinen Armee in Bereitschaft. Freudenrufe erschollen aus dem Stadthause, als man an der Spitze der 12. Nationalgardelegion Barbès mit gezogenem Degen heranmarschieren sah. Auf dem Marsfeld kamen bei 30000 Arbeiter zusammen. Wohl verließen viele aus den Nationalwerkstätten, auf welche Marie durch seine Werkführer wirken ließ, ihre Posten, um sich ihren Nationalgardebataillonen anzuschließen. Gleichwohl war es ein imposanter Zug, der sich zwischen 2 und 3 Uhr nachmittags in Bewegung setzte; aber aus den dichtgedrängten Massen von Zuschauern, zwischen denen sie sich vorwärts bewegten, ertönten Schimpfworte und Verwünschungen: „Nieder mit den Kommunisten! Nieder mit Blanqui, mit Louis Blanc, mit Cabet!“ Endlich war das Stadthaus erreicht. Eine Deputation aus der Mitte der Arbeiter zählte auf die Unterstützung von Louis Blanc und Albert; doch beide suchten sie zu beschwichtigen, und Lamartine weigerte sich ganz entschieden, die Deputation zu empfangen. Nur das erwirkten von ihm seine beiden Kollegen, daß der Zug vor dem Stadthause defilieren durfte, was unter fortwährenden Drohungen und Schimpfworten seitens der Nationalgarde und der ruheliebenden Bevölkerung vor sich ging. Somit schloß die von den Radikalen geplante Demonstration mit einem riesigen Fiasko[1].

Die Erbitterung bei den besitzenden und erwerbenden Klassen, welche die immer wiederkehrenden Störungen bereits übersatt hatten, und dabei

---

[1] Héritier, Geschichte der französischen Republik, herausgegeben von Eichhoff und Bernstein, Stuttgart, 356—364, mit den Richtigstellungen der deutschen Herausgabe S. 365—369.

die Freude über den soeben abgewendeten Schlag waren unbeschreiblich. In den eleganteren Stadtteilen wurden die Fenster illuminiert, Nationalgarden und Bürger durchzogen die Straßen in hellen Haufen, darunter gemeinere Leute, die sich zur Verherrlichung des Sieges einen Rausch angetrunken hatten und sich mit „Tod den Kommunisten!“ heiser schrieen. Blusenmänner wurden angehalten, mit Schlägen behandelt und auf die Polizeipräfektur geschleppt, wo Caussidière sie freilich ohne Säumnis wieder in Freiheit setzte. Nach Blanqui und Cabet wurde gefahndet, besonders nach dem ersteren, der sich verborgen hielt. Als man sein Versteck ausfindig machte, sandte Carteret, einer der Direktoren im Ministerium des Innern, den Kommissar Bertoglio mit vier Polizisten zu seiner Verhaftung ab, die aber, als sie Blanqui von einer Anzahl handfester Genossen umgeben sahen, für gut fanden sich zurückzuziehen.

Die Organisation des Arbeiterministers hatte sich bewährt, Maries Nationalwerkstätten hatten in politischer Hinsicht eine erste Prüfung bestanden, allerdings nur teilweise, da nicht alle ihre Leute dem regierungsfeindlichen Unternehmen den Rücken gekehrt und sich der bewaffneten Macht angeschlossen hatten. Den eigentlichen Zweck aber, für den sie errichtet sein wollten, erfüllten die Nationalwerkstätten wenig und schlecht. Der Andrang mehrte sich von Tag zu Tag — 11. März 5100, 31. März 23250, Ende April 24530 —, aber zu tun gab es nichts Rechtes, so daß man manchen Tag nicht wußte, was man mit den Leuten anfangen sollte. Unter den Arbeitern waren viele energische und kräftige Männer, denen bei dieser Art von Beschäftigung die Schamröte ins Gesicht stieg. „Die Nationalwerkstätten“, so äußert sich ein Schriftsteller der Revolution, „waren das reinste Blendwerk und wirkten geradezu schädlich, weil sie einerseits die finanziellen Kräfte der Republik bedeutend schwächten und anderseits zur Verbesserung der Lage der Arbeiter nicht das geringste beitrugen.“ [1]

4.

Lamartine und die meisten seiner Kollegen waren klug genug, die auswärtigen Mächte durch von ihnen unterstützte Angriffe nicht zu reizen; sie gaben Geld an die deutschen, polnischen, savoyischen Dränger, aber sie weigerten sich, ihnen Waffen auszuliefern oder sie sonst in irgend einer Weise zu unterstützen. Gleichwohl gab es kein benachbartes Land, das von dem Wellenschlag der französischen Revolution ganz unberührt geblieben wäre.

---

[1] Vgl. das Kapitel L'Atelier national in: Reybaud, Jérôme Paturot à la recherche de la meilleure des républiques I, Paris 1849, 208—242, einem Buche, dessen von der feinsten Satire durchzogene Schilderungen man noch heute mit Genuß lesen wird.

Gleich in den ersten Tagen nach dem Umsturz hatte sich in Paris unter die Freiheitsrufe ein Feldgeschrei gegen die mit den Einheimischen im Broterwerb wetteifernden Engländer gemischt: begüterte Familien mußten ihre transkanalischen Bedienten, Portiers, Jockeis, Fabrikanten ihre britischen Werkführer und Arbeiter entlassen. Aus Rouen und andern Industrieorten strömten Scharen brotlos gewordener Leute nach England zurück, wo freiwillige Spender, die Königin Victoria und Prinz Albert an der Spitze, der augenblicklichen Not zu steuern und der Gefahr vorzubeugen suchten, daß durch jene Ankömmlinge dem ohnehin weitverbreiteten Pauperismus neue Elemente zugeführt würden. Doch ganz und gar ließ sich das Eindringen revolutionärer Zündstoffe nicht abhalten. Vom 6. bis 8. März wurde Unfug verübt auf dem Trafalgarsquare und am Strand; Haufen Gesindels, die sich ein Brett mit der Aufschrift: Glorious Revolution vortragen ließen, zogen lärmend durch die Straßen. In Glasgow kam es zwischen dem Militär und brotlosen Arbeitern zu Kämpfen, die nicht ohne bedauerliche Schädigungen an Leib und Leben abliefen. In Manchester, in Birmingham, in Edinburg fanden Meetings der Chartisten statt, wurden Bäckerläden erstürmt, fielen Plünderungen und Verwüstungen aller Art vor. Noch bedenklicher sah es auf der „grünen Insel" aus. Ein Monstremeeting unter freiem Himmel bei Dublin votierte am 20. März der provisorischen Regierung Frankreichs eine Glückwunschadresse, und einige Tage später rief John Mitchell in der Musikhalle: „Nichts mehr von Königen und Königinnen! Ich werde nicht ruhen und nicht rasten, bis ich in Irland eine freie Republik gegründet habe." Der jüngere O'Connell erschien wieder auf dem Plane, kündigte sich als „Oberpazifikator von Irland" an und suchte die Repealbewegung im Geiste seines Vaters im Geleise gesetzlicher Ordnung zu halten. Allein William Smith O'Brien, das Haupt von Jungirland, Mitchell und Meagher hielten an ihrem Programm gewaltsamer Losreißung von Großbritannien fest, das sie in aufreizenden Meetings volkstümlich zu machen suchten. Die Regierung ließ Mitchell festsetzen und nahm auch andere Verhaftungen vor, aus London sandte man neue Truppen auf die grüne Insel.

In England selbst sowie in Schottland wußte fortan die Kraft der Regierung, aber auch die mannhafte Entschiedenheit der Bürger alle neuen Ausschreitungen daniederzuhalten. „London ist so ruhig", lautete eine Meldung gegen Ende März, „daß die meisten Blätter, abgerechnet ihre Betrachtungen über die Vorgänge auf dem Festlande, fast nur fashionable Neuigkeiten zu berichten haben." Am 5. April lenkte Lord Grey die Aufmerksamkeit des Unterhauses auf die vielen im Lande sich umtreibenden Ausländer, namentlich Franzosen, und kündigte, vom Herzog Beauford und dem Marquis v. Landsdowne unterstützt, unter dem allgemeinen Beifall des Hauses die Einbringung einer Removal of aliens bill „zur

besseren Sicherheit der Krone und der Regierung" an. Als ein paar Tage später, 10. April, ein Aufzug von mehr als 10 000 Chartisten dem Unterhause eine Riesenbittschrift überreichen wollte, während gleichzeitig Ernest Jones in Manchester die chartistische Sache durch eine aufreizende Rede zu fördern suchte, eilten jüngere und ältere Männer aus allen Ständen, deren Anzahl bald auf 150 000 anwuchs, herbei, um sich als „Spezialkonstabler" zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung einzeichnen und vereiden zu lassen.

In den skandinavischen Reichen suchte man, umsichtig und weise, dem drohenden Ansturm durch entgegenkommende Zugeständnisse vorzubeugen. Am 11. März berief König Oskar den ständischen Konstitutionsausschuß und forderte ihn auf, Vorschläge zu entwerfen, die allen billigen Wünschen der aufgeregten öffentlichen Meinung entsprechen würden. Mit dieser Zusage gaben sich die Dränger und Hetzer nicht zufrieden, sondern veranstalteten nach weiland französischem Muster am 18. in Stockholm ein großes Reformbankett, das allerhand Straßenunfug, Fenstereinwürfe u. dgl. zur Folge hatte. Das Militär mußte einschreiten und gab, mit Steinwürfen empfangen, Schüsse ab; einige Personen fielen getroffen, andere wurden verwundet, viele verhaftet; am andern Tage war die Ruhe hergestellt. Die Freunde der Verfassungsreform einigten sich in Klubs mit mehr oder weniger weitgehenden Programmen, sammelten Unterschriften für ihre Adressen, planten eine Sturmpetition an den König. Doch kam es, während der Konstitutionsausschuß durch viele Wochen an seiner Arbeit saß, zu kaum nennenswerten Ausschreitungen, so daß um die Mitte Mai eine neue Reichstagsordnung zu allseitiger Befriedigung zu stande kam.

Von den beiden niederländischen Regierungen machte die holländische fast ohne gewaltsame Störung einen ähnlichen Prozeß durch. König Wilhelm II. entließ sein unbeliebtes Ministerium, setzte aus den Reihen der Opposition einen Ausschuß zusammen und brachte durch diesen nach monatelangen Beratungen eine zeitgemäße Umgestaltung des Staatsgrundgesetzes zu erwünschtem Abschluß. In Belgien gab König Leopold I., das gefeierte Vorbild eines konstitutionellen Monarchen, die Erklärung ab, daß er dem Nationalwillen, falls sich dieser für eine Änderung der Regierungsform ausspräche, nicht im Wege stehen wolle; der begeisterte Zuruf des Volkes, wo er sich öffentlich zeigte, gab ihm zur Antwort, daß es mit ihm ausharren wolle. Von den Kammern wurde die verlangte Kriegsbereitschaft fast einstimmig bewilligt, eine außerordentliche Geldhilfe dem Ministerium zur Verfügung gestellt. Aller Parteigeist schien abgelegt, so daß einzelne Journale der Opposition ihr Erscheinen einstellten, um jeden Anlaß zu Zwistigkeiten zu vermeiden. Nie war die Krone von größerer Achtung umgeben, nie eine Regierung volkstümlicher als die belgische in

diesen ernsten Tagen. Flüchtlinge aus den vom Sturm heimgesuchten Gegenden Frankreichs überschwemmten Brüssel und andere belgische Städte. Aber auch Strolche und allerhand Bettelvolk aus Deutschland fanden sich ein, denen der Bourgeoishaß der unteren Klassen und die durch die Stockung der Geschäfte bei dem plötzlichen Einstellen allen Aufwandes seitens der Reichen herbeigeführte weitverbreitete Not zu statten kam. Es gab um die Mitte des Monats Unruhen in Gent und in den Arbeitervierteln der Hauptstadt; als aber ein paar Abenteurer in den Straßen von Brüssel die Republik ausrufen wollten, wurden sie von Polizeileuten am Kragen gepackt und unter dem höhnischen Beifall der Menge abgeführt.

Einige Gefahr drohte nur von Frankreich her, dessen provisorische Regierung der belgischen Legion, um sich das unruhige Pack vom Halse zu schaffen, Eisenbahnzüge „zur Rückkehr in ihre Heimat" zur Verfügung stellte. Doch im Lande war man vorbereitet. Ein erster Zug fuhr einem ihn auf belgischem Boden erwartenden Bataillon Linie gerade in die Arme. Eine zweite Abteilung, mehr als tausend Mann stark, aber schon etwas entmutigt, überschritt in der Nacht zum 28. die belgische Grenze, bis sich ihr in der Nähe von Mouscron (Moescroen) eine Kolonne von 300 Mann Linie entgegenstellte, welche die Eindringlinge nach mehrstündigem Kampfe auseinander sprengte.

In ähnlicher Weise erging es einige Tage später einem andern von Paris ausgehenden Zug von Abenteurern. Am 30. März sammelten sich auf dem Platze Bellecour gegen 1500 Savoyarden, die meisten unbewaffnet, die Emanuel Arago, Sohn des Regierungsmitglieds, vergeblich von ihrem Vorhaben abzubringen suchte. Sie erreichten glücklich Chambéry und besetzten es ohne Schwertstreich. Doch bald hatten sich die Einwohner von der ersten Überraschung erholt, ließen in der Stadt und in den Orten umher Sturm schlagen, von allen Seiten strömten Bauernhaufen herbei, und ein erbitterter Kampf, wobei es Tote und Verwundete auf beiden Seiten gab, endete mit der wilden Flucht der Republikaner.

Im Süden von Frankreich blieb Spanien von politischen Aufregungen nicht ganz verschont. Die Partei der Ayacuchos, die den Espartero wieder ans Staatsruder bringen wollte, begann von neuem im Lande zu schüren; gegen Ende März wurde in mehreren Orten die Republik ausgerufen. Am 26. durchzogen Pöbelhaufen die Straßen von Madrid mit dem Geschrei: „Tod der Königin" — Muora la Reina! Die Gendarmerie gab Feuer, es folgte ein Straßenkampf mit empfindlichen Verlusten auf beiden Seiten. Erst am 28. war die gesetzliche Macht Herrin der Situation; Narvaez ließ zahlreiche Verhaftungen vornehmen, über Stadt und Umkreis den Belagerungszustand verhängen.

Die mitteleuropäische Bewegung zitterte bis in den südlichen Osten des Weltteiles, ja in einzelnen Wellenschlägen über das Meer bis Ägypten hin

nach. In Konstantinopel kam man einer Verschwörung auf die Spur. In den Donauländern machte die in Paris geschulte romanische Jugend mit ihren von dort mitgebrachten politischen Ideen den beiden Hospodaren Michael Sturdza von der Moldau und Georg Bibesco von der Walachei viel zu schaffen. Doch vom Großherrn in Stambul kam an diese der gemessene Befehl, den revolutionären Geist in ihren Gebieten nicht aufkommen zu lassen. In Jassy fand am 8. April „zur Stadt Preßburg" eine Versammlung reformfreundlicher Bojaren, darunter der junge Basil Ghika, statt, an der auch andere Personen, selbst Ausländer, darunter ein Österreicher namens Winkler, teilnahmen. Es fielen scharfe Reden über ein „System der Aussaugung, der Korruption und der Räubereien", unter welchem das Land leide, verarmt und an den Rand des Abgrundes gebracht sei, „denn seit vierzehn Jahren ist das höchste Regierungsprinzip der Eigennutz und die Habsucht des Hospodars". Es kam eine Petition zu stande, in der zeitgemäße Einrichtungen, Preßfreiheit, Verbesserung des Schulwesens und vor allem Auflösung der „aus Kreaturen des Fürsten" zusammengesetzten Abgeordnetenkammer verlangt wurden. Selbst einige Minister, die sogleich ihre Entlassung nahmen, traten der Petition bei, die im Hause des Costaki Sturdza unterzeichnet wurde. Der Hospodar zeigte sich zu entgegenkommender Willfahrung bereit, bis auf den Punkt der Auflösung der Kammer, die er verweigerte. Als am 10. in einer neuen Versammlung, die beim Bojaren Maurocordato stattfand, dieser Bescheid bekannt wude, brach der Unwille mit verstärkter Heftigkeit los, und es wurde eine neue Adresse beschlossen, die man am nächsten Tag in die Hände des Fürsten gelangen lassen wollte. Doch dieser kam ihnen zuvor. Um 9 Uhr abends rückten Abteilungen von Infanterie und Kavallerie vor das Haus Maurocordatos; auch ein Geschütz wurde aufgefahren. Die beiden Söhne des Hospodars, Demeter und Gregor Sturdza, kommandierten; Gregor wollte auf die Wehrlosen Feuer geben lassen, doch Demeter begnügte sich mit einer Salve in die Luft. Fünfzig Mann wurden in den Versammlungssaal hinaufgeschickt, um Verhaftungen vorzunehmen, die von Kolbenstößen und andern Roheiten begleitet waren. Fürst Costaki Murusi wehrte sich mit aller Kraft, schlug einige Soldaten nieder, wurde aber zuletzt überwältigt. Auch Aleko Murusi hielt sich tapfer, bis ihn ein Hieb über den Kopf kampfunfähig machte. Die Überwältigten wurden in Postwagen geworfen und nach Galatz transportiert, um von da weiter über die Donau geschafft zu werden. In der Nacht drangen die beiden Sturdza in die Häuser der Petitionisten, wobei es an groben Insulten gegen die Frauen nicht fehlte. Der Groß-Logothet Costaki Sturdza, Georg Cantacuzeno, dessen Wohnung geplündert wurde, Lascar Rosetti und drei seiner Brüder wurden aufgehoben und teils nach Galatz gebracht teils in Kasernen gesteckt, einige als moskowitische Untertanen an Rußland aus-

geliefert[1]. Ghika war in die Bukowina entkommen, von wo er später nach Paris ging. Nach dieser Gewalttat herrschte äußerlich Ruhe in den Donaufürstentümern, nur in den Gemütern kochte es. Im Sommer ging von der romanischen Jugend eine weitläufige Denkschrift aus, die, in die deutsche und ohne Zweifel auch in die französische Sprache übersetzt, an die Vertreter der mitteleuropäischen Völker versandt wurde. Allein bei diesen befand man sich mit den eigenen Angelegenheiten zu sehr im Gedränge, als daß man auf das hätte hinhorchen können, was da „hinten weit in der Türkei" etwa gegen Gesetz und Sitte verbrochen wurde.

Bedenklich sah es einige Zeit in den hellenischen Landstrichen aus. In Korfu zirkulierte eine Adresse an die europäischen Mächte wegen Erfüllung dessen, was den Joniern durch die Verträge von Paris und Wien in Aussicht gestellt war. Auf Kephallenia und auf Zante fand man die Adresse zu zahm und verbrannte sie; man strebte die volle Befreiung von der britischen Schutzherrschaft an. Im eigentlichen Hellas tauchte vor allem, wie immer in kritischen Zeiten, das Freibeuterwesen wieder auf; bewaffnete Scharen von Klephthen und Palikaren beunruhigten das Land, in Phthiotis machte der gefürchtete Velenzas neuerdings von sich reden. In Korinth kam die Regierung demagogischen Umtrieben auf die Spur. Das Ministerium Kolettis war nicht beliebt; besonders angefeindet war der Minister des Innern Rigas Palamides, gegen welchen die Kammer eine Anklage vorbereitete. König Otto beeilte sich, seine Minister zu verabschieden und Männer des öffentlichen Vertrauens an deren Stelle zu setzen.

Griechenland blieb von da an ruhig, und dies war im großen Durchschnitt auch in den andern früher genannten Staaten der Fall; sie hatten der mitteleuropäischen Revolution mit mehr oder minder starken Ausschreitungen ihren Tribut entrichtet und gaben weiterhin nur unbeteiligte Zuschauer der anderortigen wirren Zustände und Ereignisse ab.

* * *

Völlig unberührt von den revolutionären Strömungen blieb unter allen europäischen Staaten nur Rußland. Zar Nikolaus war mit seinen Ansichten und Entschlüssen im reinen. Gleich nach Ausbruch der dritten französischen Revolution hatte er auf einem Balle des Fürsten Jussupow gegen den österreichischen Botschaftsrat Eduard Frh. v. Lebzeltern und den preußischen Gesandten General Rochow geäußert: er habe seit sechzehn Jahren eine solche Katastrophe vorausgesehen; er habe in die fran-

[1] Wiener Ztg Nr 123 vom 3. Mai, S. 592. Kolisch, Wiener Boten I 381—383.

zösischen Zustände, wie sie sich seit der Julirevolution herausgebildet, nie Vertrauen gesetzt und erblicke in der gegenwärtigen Überstürzung den Vorläufer vieler andern und ernsteren Ereignisse. „Was mich betrifft, so bin ich bereit. Binnen drei Monaten habe ich 450 000 Mann zu meiner Verfügung. Ich will die Hoffnung nicht aufgeben, daß ich nicht gezwungen werde, von ihnen Gebrauch zu machen."

Bald darauf, 9. März (26. Februar a. St.), brachte der „Russische Invalide" ein kaiserliches Handschreiben an den Kriegsminister mit dem Befehl, einen Teil der Armee auf Kriegsfuß zu stellen, um, im Falle die Umstände es erheischten, der verderblichen Ausbreitung der Anarchie einen festen Schutz entgegenzusetzen. Der Fürst-Statthalter Feldmarschall Paskiewicz eilte aus der russischen Hauptstadt auf seinen Posten in Warschau zurück, wo er und der Polizeiminister Abramowicz die äußerste Strenge walten und kein Gewaltmittel ungebraucht ließen, um alles in Schrecken zu versetzen, in zitternder Furcht zu erhalten. Paskiewicz drohte, im Falle eines Aufstandes Warschau in einen Aschenhaufen zu verwandeln, über dem sich nur die Galgen für die Unruhestifter erheben würden. Verdächtige Personen wurden zahlreich aufgehoben und ins Kastell gebracht; um die Mitte März fanden wiederholte Hinrichtungen statt: drei Personen wurden aufgeknüpft, zwei Studenten erschossen. Aus dem Innern des Reiches trafen unausgesetzt Nachschübe an Truppen und Kriegsbedarf im Königreich ein, so daß Kongreßpolen einem großen Heerlager glich. Ein starker und wohlgegliederter Militärkordon zog sich längs der posenschen und galizischen Grenze, und die russischen Generale unterhielten mit den Militärkommandierenden in den befreundeten Nachbargebieten vertraute Beziehungen, um ihnen im Notfall erbetenen Beistand zu leisten.

Am 26. März a. (4. April n.) St. erging von des Zaren Majestät ein Manifest an die Völker seines Reiches, denen er „die revolutionäre Pest" verkündete, von der Europa überschwemmt sei. „Wir sind bereit", rief er ihnen zu, „den Feinden die Spitze zu bieten, wo immer wir ihnen begegnen; wir werden keine Opfer scheuen, die Ehre des russischen Namens und die Unverletzlichkeit seines Gebietes zu verteidigen." Das Manifest fand in allen Teilen des Reiches begeisterten Widerhall. „Wir sind bereit, für den Glauben, für den Zar, für das Vaterland in den Krieg zu ziehen, vernehmet es, ihr Heiden, und unterwerfet euch, denn Gott ist mit uns!" Der Enthusiasmus verblieb nicht bei bloßen Worten. Die Rekrutierung wurde im ganzen Reiche mit verdoppeltem Eifer betrieben, die Urlauber beeilten sich, auf den Ruf des Kaisers bei ihren Regimentern einzurücken, die Kaufmannschaft von St Petersburg bot eine Beisteuer von 5 000 000 Rubel an, wie in Zeiten der größten Gefahr für das Reich. Außer den in Kongreßpolen aufgestellten Truppen wurden 150 000 Mann in Marsch gesetzt, um sich in Kurland und Podolien am rechten Ufer des Bug aufzustellen. Hinter dem Njemen sammelten

sich weitere 100000 Mann als Reserve, während gleichzeitig die in Bessarabien aufgestellte Heeresabteilung Verstärkungen erhielt.

Jenseits der Grenzen Rußlands riefen das kaiserliche Manifest und die Kommentare, die es im Lande erfuhr, eine beispiellose Entrüstung hervor, so daß man sich in St Petersburg bewogen fand, auf halbamtlichem Wege beschwichtigende Erläuterungen zu geben; es sei, so wurde gesagt, in Rußland gebräuchlich, in aufgeregten Zeiten den Zar in ernstem Tone zu seinem Volke sprechen zu lassen.

Die Regierung sorgte dafür, daß auf die Nation keine auswärtigen Nachrichten und Einflüsse störend einwirkten und den in ihrem Schoße angefachten Ehrgeiz und Eifer ernüchternd abkühlten. Die Grenzen waren gegen den vom Revolutionsfieber ergriffenen europäischen Westen hermetisch abgeschlossen. Die auf Reisen befindlichen oder sonst in der Fremde weilenden Russen wurden heimberufen; Kaufleute, für die man sonst immer Ausnahmen gelten ließ, erhielten keine Pässe ins Ausland; sogar der mündliche Verkehr an den Zollschranken war nur in angemessener Entfernung und bloß in russischer Sprache gestattet.

Es war eine bezeichnende Tatsache. Nicht als ob es in dem weiten Zarenreich an mancherlei Anlässen zu Unzufriedenheit und an Neuerungsgelüsten fehlte, im Gegenteil, solcher Anlässe gab es vielleicht in keinem andern Teile Europas so viele und so dringende als gerade da. Allein es hat sich in der Geschichte Rußlands wiederholt gezeigt — und darin besteht die unüberwindliche Kraft dieses großen Reiches — daß, so oft ernste Krisen die Sicherheit und den Bestand des Ganzen gefährden, das Gefühl der gemeinsamen Not alle andern Wünsche und Strebnisse derart in den Hintergrund drängt und allem, was von oben zur Abwendung des drohenden Unheils angeordnet wird, eine solche Einmütigkeit und Opferwilligkeit der Bevölkerung entgegenkommt, daß dagegen, wenn nicht außerordentliche Umstände hinzutreten, selbst die in einem der wichtigsten Bestandteile des Kaiserstaates, im Königreiche Polen, weitverbreitete, dauernde und tief gewurzelte Abneigung gegen das russische Regiment und Wesen nichts auszurichten vermag.

5.

In Deutschland reichte in dieser Zeit eine Aufregung der andern die Hand. Als sich um die Mitte März in München das Gerücht verbreitete, die Lola Montez sei verkleidet in der Stadt, geriet alles in die wildeste Gärung: am 16. März wurde das Polizeigebäude gestürmt, Akten zerfetzt und verstreut. Um die rasende Menge zu beschwichtigen, ließ die Regierung mit großem Aufsehen auf die Gräfin Landsfeld fahnden, von der sich

aber nichts vorfinden wollte. Einige Tage später, 20. März, legte König Ludwig I. seine Krone zu Gunsten seines erstgebornen Sohnes nieder, der als Maximilian II. den Thron bestieg. Es war dies für ganz Deutschland ein wichtiges Ereignis. Ludwig I. war vielleicht der populärste unter den deutschen Fürsten; seine vielen Liebschaften und die schlechten Verse, die er machte, standen seiner Volkstümlichkeit nicht im Wege, im Gegenteil, sie förderten sie von der heitern Seite; nur die späteste seiner Liebesaffären richtete zwischen ihm und seinem Volk eine Scheidewand auf. Es ist nicht ohne Grund gesagt worden, daß, wenn nicht in den letzten zwei Jahren die dumme Lolageschichte dazwischen gekommen wäre, es dem König kaum würde entgangen sein, als Kaiser an die Spitze des wieder erstehenden deutschen Reiches zu treten.

In der Berliner Bevölkerung hatte sich die Mißstimmung über das Militär im allgemeinen bereits stark gemildert. Einer der Hauptanführer in den Barrikadentagen, der Tierarzt Urban, war es selbst, der für Rückberufung der Truppen sprach, und eine Petition in diesem Sinne bedeckte sich, obwohl der Volksverein unter Leitung Schaßlers entschiedene Verwahrung einlegte, binnen wenig Tagen mit Tausenden von Unterschriften; nicht wenige der gezeichneten Namen gehörten Bürgerwehrmännern an, die ihres Wach- und Waffendienstes, besonders bei Nachtzeit, nachgerade überdrüssig geworden waren. Am 30. März und am 1. April marschierten die ersten Bataillone in die Stadt zurück, wo ein reges politisches Leben herrschte, ohne zu ernsten Besorgnissen Anlaß zu geben. Gegenüber dem Schaßlerschen Volksverein und dem politischen, später demokratischen Verein, dessen Präsident der Assessor Jung war und zu dessen Mitgliedern der Schriftsteller Friedrich W. A. Held gehörte, bildete sich ein konstitutioneller Klub — darin Crelinger, Wilhelm Jordan u. a. — der die Interessen der liberalen Bourgeoisie vertreten wollte. Auch die Arbeiter, bei denen der Tierarzt Urban in Ansehen stand, machten von sich reden. Sie hielten Versammlungen ab, es bildete sich unter Leitung des Schriftsetzers Born ein Arbeiterzentralkomitee, in welchem der Student Gustav Adolf Schlöffel, Sohn eines alten Demokraten, sich bald bemerkbar machte. Born begann auch ein dreimal in der Woche erscheinendes Blatt „Das Volk" herauszugeben. Der Berliner Magistrat ordnete, um beschäftigungslosen Arbeitern Brot zu verschaffen, verschiedene Bauten, Kanal- und Erdarbeiten an, verwies aber zugleich, um das Proletariat nicht anwachsen zu lassen, alle fremden Arbeiter aus der Stadt.

Die preußische Hauptstadt war durch diese ganze Zeit königslos. „Solange Berlin", schrieb Friedrich Wilhelm am 30. März aus Potsdam dem Ministerpräsidenten Camphausen, „nicht von den Klubbisten, dem Mordgesindel, gereinigt ist, kann und werde ich nicht dahin zurückkehren." Wenn er zeitweise doch nach Berlin kam, weilte er im Schlosse; in der Stadt

bekam man den König nicht zu sehen. Er wies seine Minister an, sich kleine Bureaux für das Notwendigste in Potsdam einzurichten und für ihre Person sich um ihn zu versammeln. Er trug schwer das Unrecht, das seinem Bruder Wilhelm widerfahren war, und legte es Camphausen und Auerswald eindringlich ans Herz, für die Reinigung des prinzlichen Palais von „allen unbefugten Menschen" zu sorgen: „Ich fordere und befehle als König und Familienhaupt, daß in den nächsten Tagen kein fremder Mensch mehr in meines teuern, ehrlos und wissentlich verleumbeten Bruders Haus gelitten werde." Er wünschte Wilhelms Rückberufung von dessen „diplomatischer Mission" nach London, vorzüglich aus dem Grunde, weil er für die Lösung der deutschen Frage die einstweilige Bestellung eines „Triumvirats", Johann von Österreich, Wilhelm von Preußen und Johann von Sachsen, im Sinne hatte[1]. Doch an eine Wiederkehr des Prinzen von Preußen war für den Augenblick nicht zu denken.

Die Lage des Ministeriums war eine höchst unerquickliche, eine zwischen der Zuversicht, daß Ruhe nunmehr eingetreten und „der Einfluß der Radikalen gebrochen" sei, und der besorgnisvollen Wahrnehmung neuer Aufreizungen und Unordnungen von Tag zu Tag wechselnde. Das Vereinsrecht trieb täglich neue Blüten. Jeder Stand, jedes Gewerke hatte seine Wünsche, sein direktes Verlangen, vom höchsten bis zu den Tischlerarbeitern, die wollten, daß man in den Gefängnissen nicht weiter Stühle arbeiten lasse. „Die Schwierigkeit in der Stellung der Minister", schrieb Camphausens Bruder Otto nach Köln, „liegt derzeit wesentlich darin, daß das Publikum Entschließungen mit hundertfach beschleunigter Geschwindigkeit erwartet, daß dagegen die völlige Neuheit der Chefs die rasche Fassung der Entschlüsse wesentlich erschwert."

Am 3. April trat der preußische Vereinigte Landtag zu seiner letzten Sitzung zusammen, zu welcher, mit Ausnahme der polnischen, alle Abgeordneten erschienen, was man als ein gutes Zeichen ansah. Gegenstände der Verhandlung waren die Einleitung der Wahlen für die künftige preußische Volksvertretung und das sog. Sechsparagraphengesetz über die Freiheit der Presse, das Vereins- und Versammlungsrecht, die Unabhängigkeit des Richterstandes u. a. Es waren darunter Grundsätze, die weit über das hinausgingen, was die stürmischste Opposition von 1847 für gut gehalten; allein die Liberalen von damals wollten jetzt um keinen Preis für „reaktionär" gelten, und so stimmten sie mit Eifer dem zu, was sie selbst für ein Unglück hielten[2]. Gegen das Sechsparagraphengesetz wurde nur von drei Mitgliedern Einsprache erhoben, von dem Grafen Gneisenau-Sommer-

[1] Anna Caspary, Ludolf Camphausens Leben, Stuttgart und Berlin 1902, 186 192 f 205 f.

[2] Hohenlohe, Aus meinem Leben I 75.

schenburg und von den Herren v. Bismarck-Schönhausen und v. Thadden-Triglaff, welch letzterer dem Preßfreiheit-Paragraphen nur unter der Voraussetzung zustimmen wollte, daß gleichzeitig ein Galgen für Preßverbrecher errichtet werde. Zuletzt wurde eine von Hermann Beckerath verfaßte Denkschrift verlesen und unterzeichnet. Selbst der unbeugsame pommersche Junker, der wiederholt das Wort verlangt und eigen kühn, fast grollend das allerhöchste Tun gestreift hatte, gab zuletzt, nicht achtend des Gelächters, das seine Worte begleitete, seine Zustimmung, „aus dem alleinigen Grunde, weil ich mir nicht anders helfen kann“[1].

Nach und nach waren drei Regimenter in Berlin eingerückt; es sollten nur solche sein, die am 18. März nicht gekämpft hatten. Von radikaler Seite wurden Drohbriefe geschrieben, und in einer Volksversammlung wurde beschlossen, die Truppen einen Eid auf die Verfassung ablegen zu lassen. Doch durften die Tumultuanten nicht wagen, ihre Entschlüsse in Ausführung zu bringen, da die weit überwiegende Mehrheit der Bürgerschaft das Militär mit unverkennbarer Sympathie begrüßte. Nur ein militärisches Einschreiten bei Unruhen wurde nicht zugelassen, die einzige Ordnungspenderin blieb die Bürgerwache, die sich in manchen Fällen ziemlich lässig zeigte, in andern aber erfolgreich eingriff. Unmittelbar nach dem Schlusse des Vereinigten Landtages begann von radikaler Seite eine Agitation für direkte Wahlen in die Nationalversammlung. Es bildete sich ein Komitee für diesen Zweck, dem eine für den 20. April geplante große Volksdemonstration Vorschub leisten sollte. Sie nahm indes ein klägliches Ende und hatte Verhaftungen, Untersuchungen und Abstrafungen zur Folge; unter den Getroffenen war auch der Student Schlöffel, dem sechs Monate Festungshaft andiktiert wurden. Es gab Fälle, wo sich die Soldaten auf eigene Faust Luft machten, die Disziplin war eben gelockert. So überfiel eines Tages eine Truppe in Drillichanzügen, nur mit ihren Ladstöcken bewaffnet, eine Versammlung, wobei der Lindenmüller von ihnen tüchtig durchgeprügelt wurde[2].

Somit schien die preußische Regierung, was die inneren Verhältnisse betraf, Herrin der Situation bleiben zu können, als sie sich nach zwei andern Seiten in ernster Weise engagiert sah.

* * *

Nach ihrer Befreiung aus dem Gefängnisse am 20. März hatten Mieroslawski und Genossen einen Abschiedsgruß der Polen an Berlin abgefaßt, Libelt aber einen Aufruf an seine Landsleute gerichtet, denen er die Wieder-

[1] Caspary a. a. O. 191. [2] Hohenlohe a. a. O. I 74.

auferstehung Polens als eines selbständigen Reiches ankündigte. Noch am selben Abend traten vierzig junge Polen im Schloßhof als polnische Legion zusammen, die sich fürs erste als besondere Abteilung der neuen Berliner Bürgerwehr einreihen ließ. In der Taubenstraße etablierte sich ein förmliches Bureau für Anwerbung zum polnischen Kriegsdienst. Unter Mieroslawskis und Libelts Führung bildete sich in Berlin ein fünfgliedriges Polenkomitee, das nichts Geringeres verlangte als die Bewaffnung des polnischen Volkes und die Beigabe eines besondern Militärkomitees an die Seite des in Posen kommandierenden Generals.

Im Großherzogtum selbst zeigte sich die polnische Bevölkerung, noch bevor die Berliner Ereignisse bekannt geworden, von dem gleichen Geiste erfüllt. Schon am 17. März hatte im Bazar von Posen eine Petition um Unabhängigkeitserklärung des Großherzogtums aufgelegen, die binnen kurzem an die 3000 Unterschriften zählte. Zwei Tage später war in Lubasz, einem viel besuchten Wallfahrtsorte, ein Gedicht mit dem Refrain in den beiden letzten Strophen „Hurrah gegen Preußen“ verteilt und verbreitet worden. Zur selben Zeit, da man in Berlin den Triumphzug der enthafteten Polen über sich ergehen ließ, hatte zu Posen im Saale des Bazar eine große Versammlung stattgefunden, in welcher drei Beschlüsse zu stande kamen: Konstituierung eines polnischen Nationalkomitees; Protest gegen die Einverleibung des Großherzogtums in den Deutschen Bund; Herbeiführung der vollen polnischen Freiheit und Unabhängigkeit. In der Stadt herrschte freudige Bewegung, allenthalben wurden Fahnen in den polnischen Farben, weiß und rot, entfaltet, polnische Nationalkokarden massenhaft verteilt, wobei sich die Hände schöner Frauen besonders tätig zeigten.

Der kommandierende General v. Colomb ließ die Garnison unter Waffen treten, alle Wachposten verstärken, auf den Hauptplätzen Truppen aufmarschieren und Geschütze auffahren, während zahlreiche Patrouillen die Straßen durchstreiften. Das schreckte aber die Patrioten nicht. Gegen Mittag bewegte sich ein langer Zug von Edelleuten und Bürgern zum Oberpräsidenten der Provinz, v. Beurmann, vor welchem Graf Mielżyński, v. Brodowski und der Buchdrucker M. Stefański die Sprecher machten. Beurmann willigte nach einigen Auseinandersetzungen in die Konstituierung eines Ausschusses behufs Besprechung öffentlicher Angelegenheiten und Abfassung einer Petition an den König. Der Ausschuß nannte sich Nationalkomitee und richtete gleich am Nachmittag einen zündenden Aufruf „an die polnischen Brüder“: die Stunde der Befreiung sei gekommen; alle durchzucke wie ein Blitz der Gedanke an die Wiedergeburt Polens, für die alles zu wagen sei; „doch hütet euch vor unnützem Blutvergießen, behaltet euern Mut und eure edle Aufopferung für den Augenblick, wo sie wirklich nötig und heilbringend sein werden!“ Dabei griff das Nationalkomitee vom ersten Augenblick in das Gebiet der Exekutive hinein und gestaltete sich zu einer

provisorischen Nationalregierung neben der königlich preußischen. Schon am andern Tage erging aus der Wohnung des Grafen Mielżyński ein Aufruf des Nationalkomitees wegen Ernennung polnischer Kommissäre für alle Kreise und wegen Errichtung von Kreis- und Ortsausschüssen, die besondere Instruktionen erhalten sollten[1], und gab der Erzbischof v. Przyłuski seine Bereitwilligkeit kund, seine Geistlichkeit anzuweisen, „in Sachen des Vaterlandes die Aufträge des Nationalkomitees zu vollziehen".

General v. Colomb ließ den Bazar, den seitherigen Sitz des Nationalkomitees, besetzen, die Türen, die man nicht öffnen wollte, mit Gewalt sprengen, und richtete eine eindringliche Mahnung an die Bevölkerung, besonders an die Landwehr, die Treue für den König zu bewahren, 22. März. Die Folge davon war, daß das Nationalkomitee in das Rathaus auf dem Ringplatz übersiedelte und Anstalten zur Errichtung einer polnischen Bürgerwehr traf, unverkennbar als Kern für eine über den ganzen Umfang der Provinz auszudehnende nationale Bewaffnung. Ein warmer Aufruf der posenschen Deutschen an die Polen und Deutschen des Großherzogtums: „Ordnung und Frieden im Namen der Freiheit als Wahlspruch für uns alle", wurde im Nationalkomitee als Zeichen der Verbrüderung mit Jubel begrüßt, in welchen die ersten am Abend desselben Tages aus Berlin eintreffenden Amnestierten mit Begeisterung einstimmten.

Mittlerweile war die Sendschaft, welche die Petition des Nationalkomitees an den König zu überbringen hatte, in Berlin eingetroffen. Ihre Führung übernahm der Erzbischof Przyluski in Person; Mitglieder waren Fürst Janiszewski, v. Brodowski, Roger Raczyński, der Rechtsanwalt Krauthofer, der sich von da an Krotowski nannte, und noch zwei, an die sich in Berlin selbst etwa zwanzig der dort weilenden Polen anschlossen. Die königliche Audienz, die am 23. stattfand, nahm einen erregten Verlauf, da Brodowski und Dr Kraszewski ziemlich scharfe Reden führten. Friedrich Wilhelm IV. mahnte zu Ruhe und Besonnenheit, wies den Gedanken eines Krieges gegen Rußland zurück, hob die Bedeutung und die Rechte der im Großherzogtum wohnenden Deutschen hervor und warnte die Polen vor einer Überschätzung ihrer Kräfte. Eine Zusage bezüglich der in der Petition gestellten Forderungen gab er nicht, sondern verwies auf die Beratung der einzelnen Punkte durch seine Minister[2]. Auf eine zweite Petition, in welcher die Ernennung eines polnischen Oberpräsidenten und die Beiordnung polnischer Kreiskommissare zu den königlichen Landräten verlangt wurde, erfolgte eine zu Handen des Erzbischofs erlassene königliche Kabinettsordre, welche die Geneigtheit des Königs aussprach, eine „nationale Reorganisation" des Großherzogtums Posen, „welche in möglichst kurzer

[1] Paul Fischer, Polenaufstand 1848, Graudenz 1899, 15.
[2] Ebd. 6—10.

Frist stattfinden soll", anzubahnen und die Bildung einer „aus beiden Nationalitäten" bestehenden Kommission zu gestatten; 24./25. März[1].

In Posen hatte sich in der Zwischenzeit neben dem polnischen ein deutsches Nationalkomitee gebildet, dessen Tätigkeit sich fürs erste auf mahnende und warnende Aufrufe beschränkte, während das polnische in seiner Anmaßung und seinen Übergriffen immer weiter ging und allen Verfügungen der königlichen Behörden hohnsprach. Der Regierungspräsident verbot die Einfuhr von Sensen und den Handel damit; aber auf der Ebene vor der Stadt exerzierten Hunderte und Hunderte von Sensenmännern vor aller Augen. In finanzieller Richtung erließ das Nationalkomitee den Befehl, allerorts die halbjährige Grundsteuer, angeblich nur als Vorschuß, für Nationalzwecke einzuheben. Um die Neigung des noch vielfach mißtrauischen, ja mitunter feindseligen Landvolkes zu gewinnen, erging eine Kundmachung, welche Verbesserung von dessen Los und Ermäßigung der Abgaben verhieß: „Kein Adel, kein Bauer mehr, alle freie Brüder und Bürger!" Die Deutschen des Landes suchte man zu beruhigen: alle Rüstungen seien einzig gegen die Russen bestimmt, in welcher Hinsicht die Deutschen nicht zurückbleiben dürften; solange seitens der deutschen Bevölkerung oder des königlichen Militärs keine feindlichen Schritte erfolgen, „werden wir wie bisher auf friedlichem Wege unsern großen Zielen nachstreben".

Allein Aufreizung und Widerstand griffen mehr und mehr im Lande um sich. In vielen Orten riß man die preußischen Adler herab und drohte Ortsschulzen, die sich nicht willig finden ließen, mit augenblicklichem Tode. In Rogozno (Rogasen) wie in Obornik proklamierte man die polnische Republik, setzte den Landrat v. Reichmeister außer Tätigkeit, belegte die öffentlichen Kassen mit Beschlag, errichtete nach den Weisungen des Posener Nationalausschusses ein Kreiskomitee. Ähnliches geschah im Wongrowitzer Kreise. Daneben leitete man Werbungen für den Waffendienst ein, wobei Drohungen von Kugel und Strang mithelfen mußten. So kamen an verschiedenen Punkten kleine Lager zusammen; bei Welno zwischen Obornik und Rogozno eines zu 1200 Mann, bei Tremessen (Trzemeszno) bei 1400 Mann[2]; ein Herr v. Lipinski organisierte in diesen Teilen des Großherzogtums den Aufstand. Der Regierungspräsident drückte zu all dem die Augen zu; er bekam von deutscher Seite wiederholt unter Couvert Schlafmützen zugesandt, ohne daß ihn dies aus seiner Ruhe aufstörte.

---

[1] „Im Polenaufruhr 1846/48, aus den Papieren eines Landrates" (Frh. Juncker v. Ober-Conreut), Gotha 1898, 124—127 168—271. Siehe auch Lipski, Beiträge zur Beurteilung der Ereignisse in Posen, Berlin 1848, 47—53, wo nur irrtümlich 23. Mai statt 23. März angegeben ist.

[2] Die Insurgentenlager und die Zahl ihrer Mannschaft nach Mieroslawskis Angaben s. bei Voigts-Rhetz, Aktenmäßige Darstellung, Posen 1848, 81.

Anders war es im Regierungsbezirk Bromberg, wo der Präsident v. Schleinitz Kraft zeigte und von tüchtigen Unterbeamten unterstützt wurde. Als solcher bewährte sich im Kreise Czarnikow der junge Landrat Albert Waldemar Frh. Juncker v. Ober-Conreut. Am 24. März erschienen hier zu Wagen und zu Fuß zahlreiche Polen, verkündeten die Absetzung des Landrates und verlangten bei standrechtlicher Erschießung unbedingten Gehorsam. Auch die öffentlichen Kassen wollten sie leeren, deren Inhalt Juncker rasch in Sicherheit brachte, während er im Umkreise der Stadt ungesäumt den Landsturm aufbot und nach Schneidemühl um militärischen Sukkurs sandte. Vom Lande kamen bei 800 deutsche Männer unter Führung ihrer Ortsschulzen zusammen, mit denen Juncker am 25. in die Stadt rückte und den Mitgliedern der neugeschaffenen Nationalregierung einen solchen Schrecken einjagte, daß sie in aller Stille und Heimlichkeit sich davonmachten, womit der ganze Putsch ein Ende hatte[1]. Unter den Deutschen des Großherzogtums begann es sich jetzt stärker zu regen. Aus Fraustadt, Lissa und vielen andern Orten liefen Petitionen ein um Abtrennung ihrer Bezirke vom Posenschen und Zuweisung zu Westpreußen. In Bromberg bildete sich ein Bürgerausschuß zur Wahrung der deutschen Interessen im Großherzogtum. In Graudenz traten bei 2000 westpreußische Bürger zusammen und beschlossen ein Manifest gegen die Umtriebe und Ziele der polnischen Partei.

Am 27. und 28. März kamen die Mitglieder der Berliner Deputation nach Posen zurück, wo jetzt aus dem Schoße des Nationalkomitees eine „Kommission zur nationalen Reorganisation des Großherzogtums" hervorging; es waren durchaus Polen: Libelt, Graf Mielżyński, Szuman u. a.; nur als „Gäste" wurden zwei Deutsche zugelassen[2]. Mieroslawski war nicht Mitglied dieser Zivilkommission, er fungierte allein als militärischer Organisator. In seinem Auftrage ging ein gewisser Mirecki nach Paris ab, um durch das dortige demokratische Zentralkomitee Waffen zu verlangen; vorderhand mußte sich der posensche Oberfeldherr zumeist mit Sensen und andern primitiven Mitteln behelfen. Seinerseits ging das Nationalkomitee in seiner lügenhaften Prahlerei so weit, daß es jedem, der sich ihm anschließen und zu den Waffen greifen würde, drei Morgen Landes, Zinsfreiheit und eine Nationalbelohnung versprach. Unter solchen Umständen war es nicht zu verwundern, wenn alle Begriffe verwirrt, das Unterste zu oberst gekehrt wurde. Im offenen Lande herrschte Anarchie. Im Kreise Wreschen wurden die preußischen Adler herabgerissen und ins Wasser geworfen. In Miloslaw verjagte man die Behörden und veranstaltete mit den Akten auf dem Marktplatz ein Autodafé. Im Kreise Schildberg griffen galizische sechsundvierziger Reminiszenzen um sich, die Bauern zogen gegen

[1] Juncker a. a. O. 100—118. [2] Fischer, Polenaufstand 27.

die Edelhöfe, von denen vom 28. bis zum 30. März drei in Flammen aufgingen. Bewaffnete Haufen zogen umher, um wohlhabende Besitzer zu plündern. Die Gutsbesitzer flehten durch Stafetten um schleunigste Hilfe oder suchten mit ihren wertvollsten Habseligkeiten ihr Heil in der Flucht.

Die allgemeine Lage trug den Stempel der Kriegsbereitschaft. General v. Colomb wandte sich an den Erzbischof mit der Aufforderung, kraft seines Amtes und Berufes beruhigend auf die Gemüter zu wirken, und erklärte, als Przyluski keine Miene machte, hierauf einzugehen, Stadt und Festung Posen in Belagerungszustand, 3. April. Allein er konnte nicht hindern, daß im offenen Lande die Bewaffnung der Polen immer weiter um sich griff. In etwa dreizehn Kreisen der Provinz zählte man bei 20000 Sensenmänner, der größte Teil Landvolk, aber auch viel herrschaftliche Dienstleute und Komorniki, Waldläufer, dann aus den Städten Bedienstete aller Art, Taglöhner, herabgekommene Kleinbürger u. dgl. Sie wurden in aller Eile organisiert und fleißig eingeübt. Man zählte fünf bedeutende Sammelpunkte oder Lager: bei Xions, bei Schrodka, bei Wreschen, bei Pleschen, bei Miloslaw.

* * *

Neben diesen Wirren in einem Teil ihres Staatsgebietes wurde die preußische Regierung von einer Entfaltung ihrer Streitkräfte nach außen in Anspruch genommen.

Das staatsrechtliche Verhältnis des Herzogtums Schleswig einerseits zum Herzogtum Holstein, das zum Deutschen Bunde gehörte, anderseits zum Königreich Dänemark, wo die Partei der Eiderdänen[1] unablässig auf Einverleibung Schleswigs als einer dänischen Provinz drang, war seit dem Ende des 18. Jahrhunderts viel umstritten, wozu überdies die Frage der Erbfolge kam, eine Frage, die wiederholt die europäische Diplomatie ernstlich beschäftigt hatte[2].

Wenige Tage nach seinem Regierungsantritte (Christian VIII. war gest. 20. Januar 1848) hatte König Friedrich VII. den Entwurf einer Gesamtstaatsverfassung für alle Länder der dänischen Krone veröffentlicht, die durch dem Königreich und den beiden Herzogtümern gemeinschaftliche Stände

[1] Die Eider ist der Grenzfluß von Schleswig gegen Holstein, daher „Dänemark bis an die Eider" das Losungswort der sog. Eiderdänen.

[2] Droysen u. Samwer, Die Herzogtümer Schleswig-Holstein und das Königreich Dänemark, Hamburg 1850, und Baudissin, Der schleswig-holsteinsche Krieg, Hannover 1862, 9—112. Bracklow, Wahrheit ohne Hülle, Leipzig 1848, eine Beleuchtung der schleswig-holsteinschen Frage vom Standpunkte des historischen, natürlichen und politischen Rechtes. Über die Zustände und Stimmungen sowie die hervorragenden Persönlichkeiten s. Fock, Erinnerungen, Leipzig 1863, 20—58.

vertreten sein sollten. Gegen diesen Vorgang erhoben sich sechzig Mitglieder der holstein-schleswigschen Stände, die am 17. Februar zu Kiel tagten, Verwahrung gegen die Gesamtverfassung einlegten und sich zu dem Beschlusse einigten, den Rechten der Herzogtümer nichts zu vergeben. Die Regierung beantwortete diesen Schritt damit, daß sie die Urlauber der dänischen Regimenter einberief und ihre Cadres auf Kriegsfuß setzte, während sie von der Mannschaft in den Herzogtümern nur so viele im Dienst behielt, als zur Wartung der Pferde und zur Erhaltung des Kriegsmaterials notwendig waren. Die Maßregel war von der Klugheit geboten, da man in Kopenhagen wohl der Offiziere sicher sein konnte, soweit diese Dänen von Herkunft und Gesinnung waren, nicht aber des gemeinen Mannes, der aus seiner Übereinstimmung mit dem landsmännischen Zivilstande kein Hehl machte.

Das offenbarte sich gleich bei dem wichtigen Rendsburger Tage am 18. März, wo Abgeordnete der Ständeversammlung unter dem Vorsitze Wilhelm Hartwig Beselers eine aus fünf Mitgliedern bestehende Deputation wählten, die den König um schleunige Einberufung des schleswig-holsteinschen Landtags und um Veranstaltungen für den Beitritt Schleswigs zum Deutschen Bunde bitten sollte. Von dänischen Offizieren war bei dieser Gelegenheit nichts zu sehen, während Soldaten und Unteroffiziere den Beschluß der Stände mit donnerndem Beifall begrüßten. Am 20. März ging die Deputation von Kiel ab und traf am 23. in Kopenhagen ein, wo ihrer kein freundliches Entgegenkommen harrte.

Einige Tage früher hatte Orla Lehmann, eines der Häupter der Eiderdänen, im Kasino höchst aufreizende Worte gesprochen: „Man muß es den Schleswigern mit dem Schwert auf den Rücken schreiben, daß sie Dänen sind; man hat lang genug gezögert, mit den zwei kleinen Herzogtümern Ernst zu machen!“ Es entstand eine maßlose Aufregung; man vernahm Reden: der König sei regierungsunfähig, die Minister seien Verräter. Am 21. erfolgte eine Sturmpetition, man zählte bei fünfzehntausend Menschen, welche drohend das königliche Schloß umgaben. In einer vor den Thron gebrachten Adresse hieß es: „Wir rufen Eure Majestät an, die Nation nicht zur Selbsthilfe der Verzweiflung zu treiben!“ Friedrich VII. ließ sich, wie es schien, nicht ungern zwingen; er verabschiedete seine Minister und berief neue Männer aus dem Schoße der eiderdänischen Partei, das sog. Kasinoministerium, in das Lehmann, Tscherning und Bischof Monrad eintraten. Die schleswigsche Deputation erhielt eine abschlägige Antwort; der König, hieß es, habe weder den Willen noch die Macht, die Wünsche der Herzogtümer zu erfüllen.

Aber schon war es in Schleswig-Holstein zum offenen Bruche gekommen. Als Offiziere der Kieler Garnison in ihren Kommandanten, den alten Obristen v. Hoegh, drangen, an die Gewalt der Waffen zu appellieren, wies dieser

aus dem Fenster hinab, wo Soldaten Arm in Arm mit Leuten aus dem Volke gingen und „Schleswig-Holstein meerumschlungen“ singend über den Markt zogen: „Sehen Sie dort! Ich kann nichts mehr tun!“ Am 24. trat zu Kiel eine provisorische Regierung zusammen: Prinz Friedrich v. Augustenburg-Noer, Bruder des Herzogs Christian, Friedrich Graf Reventlow-Preetz, W. H. Beseler, Advokat Bremer und der britische Konsul M. T. Schmidt, ein intelligenter und unternehmender Kaufmann; einige Tage später wurde der Advokat Olshausen beigezogen. Die provisorische Regierung proklamierte die Selbständigkeit von Schleswig-Holstein unter einem eigenen Fürsten. Die Mehrzahl der Beamten stellte sich der neuen Ordnung der Dinge zur Verfügung, während die meisten Offiziere das Land verließen, um sich in königliche Regimenter einteilen zu lassen[1]. Auf das Gerücht, daß siebentausend Dänen gegen Rendsburg im Anmarsche seien, fuhr am 25. Beseler mit 1000 Soldaten, welche die dänischen Kokarden herabrissen, dann einer Anzahl Studenten, Turnern und Kieler Jägern, den sog. Lauenburgern, auf der Eisenbahn nach der Festung ab, deren Garnison sich ohne Säumnis für die provisorische Regierung erklärte. Auch von auswärts wurde ihr günstiger Zuspruch zu teil. Der preußische König erklärte in einem vom 24. datierten, an den Herzog von Augustenburg gerichteten Schreiben, daß er „nach bestehenden Rechten“ die beiden Herzogtümer als „selbständige, fest miteinander verbundene Staaten“ anerkenne und bereit sei, ihre Rechte zu schützen[2].

Um dieselbe Zeit brach der dänische General v. Wedel mit den Garnisonen von Odense und Fridericia nach dem Süden auf, rückte am 26. in Kolding, von da über die Königsau in Schleswig und in der Nacht vom 27. zum 28. in Hadersleben ein, während eine andere Abteilung seiner Truppen sich auf der Insel Alsen festsetzte. Die Herzogtümler nahmen Hadersleben gegenüber bei Flensburg Stellung. Sie waren den Dänen bei weitem nicht gewachsen. Seitens der provisorischen Regierung fiel dem Prinzen Noer die schwierige Aufgabe zu, eine Armee zu schaffen. Von regulärem Militär war nur eine geringe Zahl im aktiven Dienste, da die dänische Regierung die meisten mit Urlaub nach Hause geschickt hatte; sie wurden jetzt einberufen und nahmen mit landsmännischem Eifer ihren Dienst wieder auf. Den Rest bildeten verschiedene Freiwilligenkorps, denen sich Söhne vom Adel des Landes, Beamte und Gelehrte, Studenten, Jäger und

---

[1] Ausführlich über die Vorgänge in der Nacht vom 23. zum 24. März Fock, Erinnerungen 64—82. Vgl. Asta Heiberg, Erinnerungen², Berlin 1897, 121—124; siehe auch Lüders, Schleswig-Holsteins Erhebung und Kampf, Leipzig 1856, 1—26. Gegen die Darstellung des Herzogs Ernst II. zu Koburg I, Berlin 1887, 341—356 f. Jansen, Erinnerungen, Kiel 1888, 1—11. Auch die „Aufzeichnungen“ des Prinzen Noer, Zürich 1861, fanden manche Anfechtungen, besonders bei Fock a. a. O. 91.

[2] Baudissin, Der schleswig-holsteinische Krieg 129 f.

Förster mit Enthusiasmus einreihten, auch Auswärtige aus den deutschen Landen zahlreich anschlossen. In Rendsburg wurde ein „Bureau für die Freiwilligen" eingerichtet, das rasche Erfolge erzielte; es gab bald ein Familien-, ein Studenten-, ein Bracklowsches Schützenkorps u. dgl. m. Dagegen offenbarte sich ein empfindlicher Mangel an Offizieren, da die dänischen, wie früher erwähnt, das aufrührerische Gebiet verlassen hatten.

Mittlerweile war vom Frankfurter Bundestage auf Andringen des preußischen Bundesgesandten der Befehl ergangen, das 10. Bundesarmeekorps, dessen Kommando Hannover übernehmen sollte, mobil zu machen, und an Preußen die Einladung erlassen, der schleswigschen Angelegenheit im deutschen Interesse seinen Schutz zu verleihen. Friedrich Wilhelm IV., der seit Anfang April in Sanssouci weilte, ergriff gern den Anlaß, seinen braven Truppen Beschäftigung zu geben und zugleich ihr soldatisches Ehrgefühl zu heben. Schon am 4. April rückte Obrist v. Bonin mit jenen zwei Garderegimentern, die am 18. März erfolgreich in Berlin gekämpft und dann am 19., was sie als tiefe Schmach betrachteten, das Feld hatten räumen müssen, in Hamburg und Altona und am andern Tage in Rendsburg ein.

Am 8. April erschien der preußische Major v. Wildenbruch als Spezialgesandter bei Friedrich VII. in Sonderburg auf der Insel Alsen, um ihm die Erklärung seines Monarchen zu überbringen: Preußen wünsche dem Könige von Dänemark die beiden Herzogtümer, die aber als selbständiger Staat vollständig vereinigt werden müßten[1], zu erhalten; das Einrücken preußischer Truppen habe nur den Zweck, einen Ausgleich herbeizuführen und radikale und republikanische Tendenzen fernzuhalten. Einen ähnlichen Inhalt hatte eine von Wildenbruch am gleichen Tage an den Minister Knuth gerichtete Note.

Bei der Frage, wer deutscherseits in dem bevorstehenden Feldzuge den Oberbefehl führen sollte, war wohl in erster Reihe an Wilhelm von Preußen zu denken, der ja vor allem von den Truppen zurückgewünscht wurde[2]; allein die im großen Publikum gegen den Prinzen angefachte Mißstimmung war noch zu frisch und zu ausgesprochen, als daß man ihn in so auszeichnender Weise aus seinem Exil hätte heimziehen können, und so verfiel Friedrich Wilhelm auf den General Wrangel, einen alten Haudegen, der durch seinen Feldwebelton und seinen Berliner Dialekt eine gewisse Popularität genoß. Das 10. Bundesarmeekorps wurde unter den Befehl des hannoverschen Generals Halkett gestellt; allein Preußen setzte es beim

---

[1] Lüders, Schleswig-Holsteins Erhebung und Kampf 11—13.

[2] Prinz von Preußen, ritterlich und bieder,
Kehr zu Deinen Truppen wieder,
Heißgeliebter General!

Bundesrate durch, daß das Kommando über alle gegen Dänemark operierenden Truppen seinem General Wrangel zugewiesen wurde.

Die Aktion im Felde hatte bereits begonnen. Am 9. April griffen die Dänen die schleswigsche Stellung bei Bau in der Nähe von Flensburg an. Der Kampf währte von 6 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags und endete mit der vollständigen Niederlage der Herzoglichen. Dreißig Tote und mehr als 140 Verwundete blieben auf dem Schlachtfelde. Der größte Teil der Lauenburger, fast das ganze Studentenkorps geriet in dänische Gefangenschaft, in der sie Schimpf und Hohn aller Art und harte Behandlung hinnehmen mußten. Die Dänen zogen in Flensburg ein, die Geschlagenen wandten sich nach der Stadt Schleswig und dann weiter nach Rendsburg [1].

Die preußischen Truppen, die in Rendsburg lagen, blieben untätig, sie hatten aus Berlin noch keinen Befehl, vorzurücken. Gleichwohl machten sie ihr Gewicht in jeder Weise, nicht bloß in der militärischen, geltend. Von der Frankfurter Bundesversammlung wurde die Kieler provisorische Regierung anerkannt (12. April), was jedoch ihrer Wertschätzung seitens der preußischen Befehlshaber nicht besonders förderlich war. In diplomatischer Hinsicht war die provisorische Regierung gleich null, preußische Offiziere gaben in der Armee den Ton an, preußische Gesandte vertraten die Sache der Herzogtümer an den fremden Höfen.

6.

In der zweiten Hälfte des März lief am deutschen Mittelrhein von Land zu Land das Gerücht, daß die Franzosen kämen; bedeutende Massen hätten schon den Rhein überschritten, beim Dorfe Meißenheim nächst Lahr solle der Übergang noch größerer Heerhaufen erfolgen. Alles war von panischem Schrecken ergriffen, in vielen am Strom gelegenen Orten fingen die Leute an, ihr Hab und Gut zusammenzupacken und sich zur Flucht zu rüsten [2]. Zustände solcher Art kamen den Führern der äußersten Partei gelegen, die nicht säumten, republikanische Schlagworte unter das Volk zu werfen.

Am 19. März fand in Offenburg an der Kinzig, etwas südöstlich von Straßburg, eine großartige Volksversammlung statt — 10000, nach einigen 15000, ja 20000 Menschen — von welcher die weitestgehenden Forderungen gestellt wurden: schleunigste Durchführung der allgemeinen Volksbewaffnung und Vereinigung des stehenden Heeres mit ihr, Abschaffung aller Steuern

[1] Baudissin, Der schleswig-holsteinsche Krieg 155—160.

[2] Hagenmayer, Revolutionsjahr 23.

mit Ausnahme der vom Einkommen u. dgl. m. Joseph Fickler aus Konstanz, Redakteur der „Seeblätter", seit Jahren ein Umsturzmann und im badischen Seekreis sehr populär, wollte sofort die Republik ausrufen und wurde mit Mühe von Itzstein, Soiron, Brentano, selbst dem erzradikalen Gustav v. Struve, einem aus Livland stammenden Mannheimer Advokaten, und dem geichgesinnten Hecker, der dem Fickler sogar die Pistole an die Brust gesetzt haben soll[1], davon abgehalten; doch versprach man ihm, zur Gewalt zu schreiten, falls die Regierung die gestellten Forderungen nicht bewilligen wollte.

Auch in Heidelberg gelang es der Beredsamkeit Welckers, die leidenschaftlichen Bestrebungen eines Hoff, eines Winter um ihren Erfolg zu bringen. Allein am 26. März war es Hecker selbst, der in Freiburg die Republik ausrief, was nicht ohne Widerhall blieb. In vielen Orten des badischen Oberlandes bildeten sich neben den gesetzlichen Behörden republikanische Wohlfahrtsausschüsse, welche die Volkswehr durch irgend einen alten Feldwebel aus der Napoleonischen Zeit oder einen ausgedienten badischen Unteroffizier im Gebrauch der Waffen üben ließen.

Der wichtigste Punkt für den Augenblick war die Stadt Frankfurt am Main, wo in den letzten Märztagen das deutsche Vorparlament zusammentreten sollte. Einladungen dazu waren vom Heidelberger Siebener-Ausschuß an alle früheren und gegenwärtigen Mitglieder der deutschen Ständeversammlungen und einige durch die öffentliche Stimme hervorragend bezeichnete Personen ergangen. So fanden sich denn zur anberaumten Zeit über 500 deutsche Männer zusammen, darunter 141 Preußen, 84 Hessen-Darmstädter, 72 Badenser, 44 Bayern ꝛc., aber bloß 2 Österreicher, nämlich außer Dr Adolf Wiesner der Graf Kajetan Bissingen, der sich, in Innsbruck promoviert und früher in österreichischem Staatsdienste verwendet, zum Kaiserstaate bekannte, aber in Wien wegen seines Grundbesitzes und langjährigen Wohnsitzes in Württemberg nicht als echter Österreicher galt. Auch Karl Vogt aus Gießen befand sich unter den Erscheinenden, obwohl er sich mit keiner Vollmacht ausweisen konnte. Als Mitglieder des badischen Landtages fanden sich Hecker und Struve ein und wählten mit ihren Gesinnungsgenossen das sog. Wolfseck zu ihrem Klublokale. Sie machten schon bei der Vorbesprechung, die am 30. März im großen Saale des „Weidenbusch" stattfand, aus ihren republikanischen Ansichten und Ansprüchen kein Hehl.

Für den Tag darauf war die Eröffnung des Vorparlaments angesagt. Die Mitglieder versammelten sich im altberühmten Römer und nahmen dort die Konstituierung des Bureaus vor, einen Akt, bei dem in einer aus allen Gegenden Deutschlands zusammengewürfelten Versammlung, deren Mitglieder einander zum weitaus größten Teile unbekannt waren, mehr der Zufall als

[1] O. Hartmann, Volkserhebung 95.

ausreichende Personenkenntnis den Ausschlag geben konnte. Zum Präsidenten wurde der Heidelberger Professor Karl Mittermaier gewählt, der seine Berufung wohl nur dem ausgezeichneten Namen verdankte, den er sich durch seine langjährigen Leistungen auf dem Gebiete der juristischen und publizistischen Literatur erworben hatte; zu Vizepräsidenten v. Itzstein aus Mannheim, Dahlmann aus Bonn, Robert Blum aus Leipzig und Sylvester Jordan aus Marburg. Aus dem Römer verfügten sich sodann die Mitglieder entblößten Hauptes in feierlichem Zuge unter Geschützesdonner und Glockengeläute, begleitet von dem freudigen Zuruf der Menge, zwischen Reihen der Frankfurter Bürgerwehr in die reformierte Paulskirche, wo nunmehr die erste Sitzung des Vorparlaments abgehalten wurde. Struve trat hier ganz offen mit seinem Programm hervor, das nebst der Abschaffung des Soldaten- und Beamtenheeres die Aufhebung der erblichen Monarchie und deren Ersetzung durch frei gewählte Präsidenten in sich faßte; behufs Durchführung dieses Programmes solle sich die Versammlung permanent erklären. Doch die überwiegende Mehrzahl war konstitutionell-monarchisch gesinnt und lehnte Struves Verlangen ab. „Ich habe", rief Gottfried Eisenmann aus Nürnberg, „unter der konstitutionellen Monarchie fünfzehn Jahre lang widerrechtlich im Kerker gesessen, gleichwohl lebe und sterbe ich für sie." Selbst so radikale Patrone wie Wesendonck aus Düsseldorf und Karl Vogt traten gegen Struve auf: die Frage der Staatsform, betonten sie, sei der künftigen Nationalversammlung zu überlassen. Übrigens ging es in dieser ersten Sitzung ziemlich aufgeregt und unruhig zu. Mittermaier hatte in seiner Eröffnungsrede viel von dem „Riesen Volksgeist" gesprochen; allein seine eigene Ebenbürtigkeit mit diesem Riesen bekundete er bei seiner Amtsführung so wenig, daß mehr als einmal der neben ihm sitzende Vizepräsident Blum einspringen mußte, der durch seine schlagfertige Energie das Kentern des Schiffes abwendete[1].

In der zweiten Sitzung am 1. April wurde der Permanenzantrag Struves von mehreren Mitgliedern der Linken wieder aufgenommen, von Heckscher, Reichensperger und vorzüglich von Heinrich v. Gagern als eine alles Maß überschreitende Überhebung wirksam bekämpft. Gagern selbst schlug vor, durch einen Ausschuß mit dem reformierten Bundestag in Zusammenhang zu treten. „Die alte Autorität ist eine Leiche", rief Struve dagegen, und Hecker, Wigand, Blum ließen möglichst starke Angriffe gegen den Bundestag los. Durch drei Stunden hielten sie und ihr Anhang die Versammlung hin[2], verlangten für zwei Zwischenanträge namentliche Ab-

---

[1] Reichensperger, Erlebnisse 33 f. Siehe daselbst S. 35—38 die treffende Charakterisierung von Blum, Gagern, Hecker und Struve.

[2] „Stündlich steigt die Erbitterung über ihr unsinniges Treiben", schrieb der Mannheimer Mathy an seine Frau: Nachlaß 165. An einem der folgenden Tage erschien

stimmung, bei der sie glänzend durchfielen, bis zuletzt der Antrag Struve mit einer Mehrheit von 368 gegen 148 Stimmen endgültig beseitigt wurde. Hecker und Struve entfernten sich unmutig aus einer Versammlung, die sich, wie sie sagten, durch ihr Votum geschändet habe.

Gleichwohl erschienen sie am Tage darauf wieder in der Paulskirche, wo es diesmal minder stürmisch zuging. Fast ohne Diskussion, als verstände es sich von selbst, wurde auf Gagerns Antrag dekretiert:

> daß der Beschluß über die künftige Verfassung von Deutschland einzig und allein, ohne jede Zustimmung der Regierungen, der vom Volke erwählten Nationalversammlung zu überlassen, daß auf je 50000 Seelen ein Abgeordneter zu wählen, und daß bis zum Zusammentritt dieser Versammlung ein ständiger Ausschuß von 50 Mitgliedern zu berufen sei, der mit dem Bundestag ins Einvernehmen zu treten und mit demselben die Wahrung der Interessen der Nation zu beraten hätte.

Die Wahl der Fünfzig wurde alsbald vorgenommen, und es war ein eigentümlicher Zufall, daß Hecker als der einundfünfzigste durchfiel. Aus Österreich wurden sechs gewählt: v. Schwarzer, Baron Andrian-Werburg, Dr Alexander Bach, der Schriftsteller Johannes Schuler aus Innsbruck, Palacký, Schuselka.

Am 3. April erfolgte der Schluß des Vorparlaments, und der Fünfzigerausschuß trat an dessen Stelle. Der Fünfzigerausschuß, der Alexander v. Soiron aus Mannheim zum Präsidenten und Robert Blum und Bruno Abegg aus Breslau zu Schriftführern wählte, und der seine Sitzungen in einem bescheidenen Kommissionszimmer des Frankfurter Senats hielt[1], erkannte es als seine Hauptaufgabe, darauf zu sehen, daß die Einberufung und Konstituierung der Nationalversammlung weder von oben noch von unten behindert werde, und fand hierin seitens des Bundestages, von dessen Palast eine große deutsche Fahne wehte, eifrige Unterstützung. Vom Bundestag erging an die deutschen Regierungen die Einladung, die Wahlen derart zu beschleunigen, daß die Nationalversammlung am 1. Mai zusammentreten könnte.

* * *

Das Mißgeschick, das Hecker[2] bei der Wahl in den Fünfzigerausschuß getroffen hatte, trug nicht wenig dazu bei, seinen Groll zu steigern und bei ihm einen Entschluß zur Reife zu bringen, den er schon lang gefaßt und

---

in Abgesandter von 200 Mannheimern in Frankfurt, um zu erklären, sie seien über das Betragen ihres Abgeordneten (Mathy) entrüstet.

[1] Schuselka, Revolutionsjahr, Wien 1850, 95.

[2] Über Heckers Vorleben und Charakter s. Hagenmayer, Revolutionsjahr 28 f 97.

erwogen hatte. Im Frankfurter „Wolfseck" wurde von den radikalen Führern verabredet, die Fahne des Aufstandes zu entfalten. Sie dachten zuerst an Württemberg, dann an den hessischen Odenwald; doch an beiden Punkten schienen die Aussichten nicht besonders günstig zu sein, und so wurde zuletzt das badische Oberland gewählt. Es waren im Seekreis die altösterreichischen Erinnerungen nicht ganz erloschen, für das Großherzogtum Baden und dessen zähringisches Herrscherhaus waren im Volke wenig Sympathien vorhanden[1]. In der Umgebung von Konstanz, auf Schloß Hegne, in Stockach gewann Fickler täglich mehr Anhänger und setzte sich mit Georg Herwegh in Verbindung, der jenseits des Rheins seine deutsche republikanische Legion sammelte. Die Konstanzer Volksmänner beriefen einen ehemaligen badischen Offizier, Franz Sigel, um den Seekreis militärisch zu organisieren. Bei den badischen Truppen begannen sich die Bande der Zucht und Ordnung zu lockern, in einzelnen Garnisonen brachen bedenkliche Meutereien aus, so daß man in Karlsruhe daran dachte, sich mit dem Anliegen an den Bundestag zu wenden, die benachbarten Regierungen möchten verläßliche Truppen an die Grenzen senden, die sich für den Fall der Not bereit halten sollten[2].

Am 4. April erschienen Struve und Fickler bei Welcker. Die badische Regierung, stellten sie ihm vor, möge eine Abstimmung über die Frage, ob Monarchie oder Republik, einleiten; sie wollten sich dabei alle Mühe geben, die Privatinteressen des Großherzogs zu wahren. Begreiflicherweise lehnte Welcker ab, und nun beschlossen die beiden loszuschlagen; sie meinten die Stimmung, die im badischen Oberlande mit jedem Tage bedenklicher wurde, nicht unbenutzt lassen zu dürfen. Am 6. kamen bei 6000—7000 Menschen, von denen viele mit Flinten, andere mit gerade gemachten und scharf geschliffenen Sensen nach polnischem Muster bewaffnet waren, in Donaueschingen zusammen und beschlossen, eine Deputation nach Karlsruhe zu senden, die folgende drei Forderungen stellen sollte: Entfernung der fremden Truppen von der Landesgrenze, Entlassung des Ministeriums, Enthebung der Markgrafen Wilhelm und Max von ihren Posten; würden diese Maßregeln binnen 24 Stunden nicht ausgeführt sein, so sollte ein Volksheer von 40000 Mann sie erzwingen.

Am 7. April veranlaßte Hecker in der badischen Kammer durch seinen Antrag auf Zurückziehung des Militärs stürmische Auftritte; obwohl die Versammlung durch das Ausbleiben vieler konservativen Elemente ein ziemlich liberales, ja demokratisches Gepräge hatte, wurde Heckers Antrag doch

---

[1] O. Hartmann, Volkserhebung 82 f.

[2] Sigel (Denkwürdigkeiten aus den Jahren 1848 und 1849, Mannheim 1902) stellt die Sache so dar, als ob man an eine republikanische Schilderhebung gar nicht gedacht und sich nur gerüstet hätte, um ein etwaiges bewaffnetes Einschreiten von Württemberg und Bayern abzuhalten. Das heißt denn doch die Sache auf den Kopf stellen und den Streit von Wolf und Schaf wegen des getrübten Wassers zu neuer Anwendung bringen!

mit überwiegender Mehrheit verworfen. Schon war man in Regierungskreisen den staatsgefährlichen Verbindungen mit Gesinnungsgenossen jenseits des Rheins auf die Spur gekommen, und als am 8. der Abgeordnete Karl Mathy am Karlsruher Bahnhofe mit Fickler zusammentraf, der sich eben anschickte, in den Seekreis abzufahren, gebot Mathy den Soldaten: „Verhaftet diesen Mann, er ist ein Landesverräter!" „Und Sie sind ein Volksverräter!" soll ihm Fickler entgegengerufen haben, was ihm jedoch nichts half; er wurde festgenommen und ins Gefängnis abgeführt.

Der mutige Entschluß Mathys erregte ungewöhnliches Aufsehen und entfesselte die Wut der aufständischen Partei, die, als Mathy am Tage darauf nach Mannheim zurückkehrte, sein Haus stürmen wollte. Die Geistesgegenwart seines Freundes Jörger rettete ihn und brachte ihn auf das Rathaus, wo er sich unter den Schutz der Bürgerwehr stellte.

7.

In einem pikanten Aufsatze mit der Überschrift: „Der Österreicher im Auslande" und mit dem Motto:

Es gibt noch einen größeren Schmerz als verachtet zu sein,
Es ist der Schmerz, einem verachteten Volke anzugehören —

hat Eduard Hanslik die geringschätzige Meinung geschildert, die man „draußen im Reich", wie man damals sagte, ganz besonders in Norddeutschland, von den geistigen und kulturellen Zuständen in Österreich hatte. Die Meinung, in Österreich kenne man nichts, lese man nichts, verstehe man nichts, war allgemein. „Jeder Leipziger oder Berliner glaubte sich verhalten, in ein wunderbares Staunen zu geraten, wenn ein Wiener sich in der neuen Literatur bewandert zeigte oder von Politik sprach. Nicht anders denn als politische Kinder wurden wir behandelt, und die geistige Befähigung des österreichischen Volkes wurde oft nicht minder in Zweifel gezogen als der wirkliche Standpunkt seiner Intelligenz. In die dem Norddeutschen so eigentümliche Höflichkeit mischte sich oft unwillkürlich ein mitleidig mäcenatischer Zug, sobald man sich als Österreicher dokumentierte; denn diesen betrachtete er nicht als seines Geistesgleichen, sondern als einen, sei es aus Mißgeschick oder durch Dummheit unglücklichen Bruder." Und wodurch, fragt sich Hanslik, sei dies so weit gekommen? „Zunächst durch die österreichische Presse. Die Literatur eines Volkes ist dessen perpetuierliche Biographie! Was ersah der Ausländer aus den österreichischen Blättern? Das Lob der lächerlichsten Regierungsmaßregeln; Vergötterung alles dessen, was vom Hofe kam, einen Orden trug oder von Adel war; Geringschätzung ausländischer Institutionen und bornierte Zufriedenheit mit allen in Öster-

reich bestehenden; gänzlichen Mangel an politischem Sinn und Bedürfnis, dafür leidenschaftliches Interesse für Opern, Possen, Wettrennen, Walzer, Virtuosen und Juristenbälle. Sonach dachten sich die Fremden den Österreicher nicht nur als einen Knecht, sondern, was schlimmer ist, als einen mit seinem Zustande höchst zufriedenen Knecht. Nicht nur hätten wir keine Freiheit, sie meinten auch, wir hätten auch kein Talent zur Freiheit." [1]

Das änderte sich nun mit einem Schlage. Die Kunde von dem im Kaiserstaat eingetretenen politischen Umschwung wirkte elektrisch auf so manche Österreicher, die unter dem früheren Geistesdruck ihr Vaterland verlassen hatten und seit Jahren im Ausland lebten. So zog es den aus Baja in Ungarn gebürtigen Dichter Karl Beck wieder in seine Heimat. Ignaz Kuranda, der geistvolle Herausgeber und Leiter der „Grenzboten", legte die Redaktion in die Hände von Gustav Freytag und Julian Schmidt, verließ Leipzig und zeigte sich in Prag, seiner Vaterstadt, und bald darauf in Wien. Franz Schuselka hatte sich in den ersten Märztagen in seinem Gemüte tief betrübt gefühlt, als rings um ihn die freiheitliche Bewegung an Boden gewann, während er sein Österreich unberührt in dem alten Sumpfe stecken sah. Da kam die erste Nachricht von dem Losbruch am 13. März, von den Fortschritten am 14., von den kaiserlichen Gewährungen am 15., und jetzt jubelte sein patriotisches Herz auf, und als er vollends freundliche Mahnungen aus Wien erhielt, als ihm Bauernfeld schrieb: „Komme so bald als möglich, wir brauchen dich!" da litt es ihn nicht länger in Hamburg, er verabschiedete sich von der dortigen deutsch-katholischen Gemeinde, deren Vorstand er war, und eilte, den vaterländischen Boden wieder zu betreten. Kuranda und Schuselka trafen in den Tagen in Wien ein, wo noch die Erbitterung über das blutige Berliner „Mißverständnis" in den Gemütern nachzitterte, und wo dadurch, wie Schuselka sich freudig sagte, Österreich in der öffentlichen Meinung einen Vorrang vor Preußen gewonnen hatte, „der im stande war, alte Versäumnisse des Kaiserstaates mit einemmal gut zu machen" [2]. Wohl gab es noch viele andere seit Jahren expatriierte Österreicher, deren Heimkehr von vielen gewünscht wurde. „Wo ist Eduard Duller, Dräxler-Manfred, Hermann Rollett? wo Hormayr, der trutzige Geschichtschreiber, der unter „Anemonen" manch giftiges Kraut verbarg? Wo sind Fallmerayer, Herloßsohn, Fenner, Adolf Wiesner? Mögen sie zurückkehren, wir sind noch Neulinge, noch ist nicht aller Tage Abend, und wir haben erst begonnen!" [3] Der unerwartete Umschwung äußerte selbst auf solche Deutsche seine Wirkung, die Österreich nicht ihr Vaterland nannten, denen

---

[1] Wiener Ztg 1848, Nr 177 vom 28. Juni, Feuilleton.

[2] Schuselka, Das Revolutionsjahr März 1848 bis März 1849, Wien 1850, 21 f.

[3] L. A. Frankl, Wiener Sonntagsblätter Nr 12 vom 19. März, S. 174.

aber nach den letzten Vorgängen in Berlin die preußische Hegemonie widerstrebte. Der junge Westfale Anton Schütte, der sich seit Jahr und Tag in der Prager Gesellschaft vielfach bemerkbar gemacht hatte[1], befand sich nunmehr in Wien, und dahin kam der Schlesier Karl v. Holtei, der sich später bleibend in Österreich niederließ. Noch andere mehr oder minder bekannte deutsche Männer wurden erwartet.

Laut einer Kundmachung des Fürsten Windischgrätz vom 18. März kehrten in Wien „Ordnung und Ruhe nunmehr zurück", so daß die Notwendigkeit außerordentlicher militärischer Vorkehrungen entfalle. In Wahrheit war damit mehr nur ein frommer Wunsch ausgesprochen, dem die Wirklichkeit der Tatsachen wenig entsprach. Denn schon war in Wien die schöne Zeit der ersten jungen Freiheit vorbei, und mit düstern Zweifeln begannen ernstere Patrioten in die nächste Zukunft zu blicken. In der Tat, eine aufregende Nachricht, eine an die Regierung gestellte Zumutung, eine die gewohnte Ordnung störende Unruhe drängte die andere. Am 26. März tauchte zum erstenmal die Arbeiterfrage auf, vorläufig bloß als drohendes Gespenst. Denn es war ein falsches Gerücht, das aber die Stadt und die Regierung in solchem Grade alarmierte, daß die Besatzung der Burg verstärkt, für das Ministerium des Innern berittene Mannschaft in Bereitschaft gehalten wurde. Einige Tage später gab es einen Krawall auf dem Naschmarkt, wo die gegen die Vorkäufer und Zwischenhändler ergrimmte Menge die Stände der Marktweiber umstürzte, Geschirre zerbrach, die aufgehäuften Vorräte auf den Boden warf, bis eine Abteilung Nationalgarde dem Unfug ein Ende machte[2].

Einen in dieser tollen Zeit doppelt wohltuenden Aufschwung führten die Hiobsposten aus Italien herbei, die um so aufregender wirkten, je widerspruchsvoller sie waren; die Gazzetta di Venezia ließ den „Obergeneral" Radetzky in Gefangenschaft geraten sein, während Privatmitteilungen von kaiserlicher Seite meldeten, Mailand befinde sich nach einem harten Kampfe, in welchem 1000 Österreicher und 5000 Italiener gefallen seien, wieder in der Macht des Feldmarschalls; Erzherzog Sigismund sei mit drei Regimentern gegen Bergamo und Como marschiert, da sei auf ihn geschossen worden, Oberstleutnant Schneider an seiner Seite gefallen; die hierüber ergrimmten Regimenter hätten beide Städte mit Sturm genommen, alle übrigen hätten sich aus Bestürzung unterworfen, „und das ganze Mailändische ist wieder unser, Radetzky auf dem Marsche nach Venedig". Auf der Börse stiegen über diese Nachrichten die Kurse, fielen jedoch bald wieder, als die

---

[1] Helfert, Graf Leo Thun, k. k. Gubernialpräsident in Böhmen, Wien 1894, 7.

[2] Eine Karikatur „Naschmarkt-König": Härdtl, Fünfundzwanzig Jahre, Wien 1882, 58 f.

italienische Post drei Tage ausblieb. Die Wiener Zeitung vom 28. und 29. März brachte nun von Karl Eugen Schindler einen „Aufruf zur Verteidigung des lombardisch-venetianischen Königreichs“, dessen Mahnung in dem Flugblatt eines gewissen J. N. Kopřiwa „Auf nach Italien!“[1] begeisterten Widerhall fand. Obwohl die giftige „Konstitution“ einen Gegenartikel vom Stapel laufen ließ: „Nicht auf nach Italien! Hier bleiben!“ äußerte der Appell an ihren Patriotismus nicht bloß in den höheren Kreisen, sondern ganz besonders in den unteren Klassen der Wiener Bevölkerung eine solche Wirkung, daß allsogleich an die Werbung von Freiwilligen geschritten wurde. Auf dem Josephstädter Glacis wurden Werbetische aufgestellt, Kommissäre mit einem Zettel auf dem Hut: „Freiwilligenkorps nach Italien“, saßen an einem Tisch und nahmen Anmeldungen entgegen. Binnen wenig Tagen waren es Tausende, die sich herandrängten: Studierende, Leute vom Handwerk, ausgediente Soldaten, aber auch, wie es nicht anders zu gehen pflegt, Individuen von minderwertiger Sorte, sog. Kappelbuben, „Strizzi“, und Strolche aller Art. Einzelne Abteilungen wurden im Hofe des Schwarzenbergischen Palais am Rennweg versammelt, was zu dem Gerüchte Anlaß gegeben haben mag, Kommandant des Freikorps werde „der verabschiedete Landsknecht“ sein. Allein dem Fürsten Fritz Schwarzenberg scheint das Mißgeschick, das ihn im schweizerischen Sonderbundskriege heimgesucht hatte, alle Lust zu neuen kriegerischen Unternehmungen vergällt zu haben. Im übrigen nahm das Werbegeschäft seinen flotten Gang, Geld und Waffen, Gaben jeder Art strömten von allen Seiten den Freiwilligen zu, und am 1. April fuhr die erste Schar, feierlich von Abteilungen der Nationalgarde unter klingendem Spiel einer Musikbande und unter dem Zujauchzen einer zahllos herbeigeströmten Menge zum Gloggnitzer Bahnhof geleitet, nach Wiener-Neustadt ab, wo die Musterung dieser und der nachfolgenden Partien vorgenommen, die Spreu vom Weizen gesondert wurde. Jener, welche die Probe bestanden, waren bei 2300. Sie wurden in zwei Bataillone geteilt; ein drittes, abgesondertes, bildete die „Handelslegion“. Am 11. April fand die förmliche Assentierung und Ablegung des Fahneneides für Kriegsdauer statt[2].

Eigentümlich hart trafen die Ereignisse in Lombardo-Venetien einen greisen Soldaten der Napoleonischen Zeit, der 1814 in kaiserliche Dienste übernommen worden war und sich in diesen treu und tapfer bewährt hatte. Graf Aloys Mazzuchelli, k. k. Feldzeugmeister, 1776 zu Brescia geboren, wollte an den Abfall seiner Landsleute nicht glauben. In einem am 30. März an den Minister des Innern gerichteten Schreiben suchte er diesen zu überreden: es sei „kein Aufstand, keine Rebellion gegen den Kaiser“,

---

[1] Peyer, Chronik 34.

[2] Helfert, Die Wiener Freiwilligen im Jahre 1848: Österr. Jahrbuch 1877.

es sei „nur ein Ausbruch und Ausdruck des Unwillens über die Nichtgewährung der von den Kongregationen erbetenen Reformen und der Erbitterung über die soldatische Willkür und Grausamkeit". Er schlug daher zur Versöhnung der empörten Gemüter vor: Ausstattung des Vizekönigs mit der vollen Zivil- und Militärautorität; Teilung der Armee in drei Korps unter Befehl der Generale Wallmoden[1], Wratislaw, Schwarzenberg, chi hanno ottenuto confidenza o rispetto dalla nazione; vollständige Amnestie, Entfernung aller nichteingebornen Beamten.

Es braucht nicht gesagt zu werden, daß Pillersdorff nicht in der Lage war, auf diese sonderbare Auffassung und die daran geknüpften exorbitanten Vorschläge des näheren einzugehen. Auch das aufgeweckte Wiener Publikum sah den Losbruch in Mailand und den Abfall von Venedig mit andern Augen an als der schon etwas altersschwache Mazzuchelli. „Alle Gespräche, alle Gedanken", hieß es in einem Wiener Blatte, „konzentrieren sich jetzt um Italien. Man hat alle Scheu vor unserer Bureaukratie abgeworfen, man läuft in die Staatskanzlei, in die Hofkammer um Nachrichten aus Italien; dort heißt es: wir wissen selbst nichts. Am Südbahnhofe sammeln sich täglich Massen von Menschen, ob nicht Reisende etwas Sicheres brächten. Die hiesigen Italiener knirschen vor Wut und klagen laut über den Undank, über die Verblendung ihrer Landsleute." Am 1. April sollte wie alljährlich im Hofoperntheater die italienische Oper ihren Einzug halten und durch einen vollen Monat daselbst den Ton angeben. Am ersten Abend wurde „Ernani" gegeben, zu einem zweiten kam es nicht; denn die Erbitterung gegen alles, was mit dem verräterischen Welschtum zusammenhing, war so allgemein, daß sich die Intendanz nicht getraute, durch eine Fortsetzung des italienischen Gastspiels den Unwillen des Publikums noch mehr zu reizen[2].

Dem wirren Durcheinander der verschiedensten Wünsche und Ansprüche, Strebnisse und Kundgebungen gegenüber standen jene, die berufen waren, das stürmisch bewegte Staatsschiff in Sicherheit zu bringen, vollkommen ratlos da. Als Dr Aloys Fischer gegen Ende März nach Wien kam,

---

[1] Von Wallmoden hieß es im Publikum, er habe sich mißbilligend über die Vorgänge am 2. und 3. Januar ausgesprochen, was ihn bei den Mailändern auf einmal zum populären Mann machte. In militärischen Kreisen war man über die Haltung des greisen Feldzeugmeisters — geboren am 6. Februar 1769, also nur zweieinhalb Jahre jünger als Radetzky — mit Recht ungehalten. „Wallmoden ist der Mann von Mailand", schrieb ein dortiger Offizier an den Hauptmann Grafen Huyn, „der beliebt ist, weil er so schwach war, des Feldmarschalls Maßregeln zu tadeln. Er hat sich überlebt und nun das Dementi gegeben. Man sollte ihn pensionieren." Das geschah, wie früher erzählt, bald danach.

[2] Am 2. April hieß es unter den Theateranzeigen: „Hofoperntheater unbestimmt", und dies so fort bis zum 5.; dann vom 6. an: „Hofoperntheater geschlossen"; erst am 1. Mai wurde das Theater mit einer deutschen Aufführung wieder eröffnet.

sah er in allen Häusern, in denen er vorsprach, Rottecks Schriften, namentlich das Staatslexikon aufliegen, gleichsam als wolle man dieses liberal-konstitutionelle Orakel befragen, was zu tun sei, wie man sich in dieser über Nacht geschaffenen Lage zu verhalten habe. Nirgends fand der Salzburger Vertrauensmann eine klare Auffassung, nirgends einen Plan, wie Ordnung in diese Wirrnis zu bringen wäre. Für den einzigen hellen Kopf und entschiedenen Willen erkannte er Dr Alexander Bach, der in dem provisorischen Ausschusse den Ton angab und seinen Einfluß von Tag zu Tag wachsen sah; es geschah nichts irgend Wichtiges, zu dem er nicht beigezogen wurde[1].

Das Ministerium hatte ohne Frage den besten Willen und gab sich redliche Mühe, sich in der Strömung, von der alles fortgerissen wurde, über Wasser zu halten und der öffentlichen Meinung bald nach dieser bald nach jener Seite zu Willen zu sein, ohne dem Ansehen der Regierung etwas zu vergeben. Allein was war es mit diesem Ansehen in einer Zeit, wo die verschiedensten Elemente durcheinander wogten und jedes sich Geltung zu verschaffen verlangte! Pillersdorff strebte vor allem, sich konstitutionell zu zeigen, wo doch von einer Konstitution noch nichts vorhanden war als das Versprechen einer solchen. Er ließ das Petitions- und Assoziationsrecht, für die es noch keine gesetzliche Regelung gab, frei gewähren, weil er nicht die Macht hatte, es zu hindern. Um die große Masse der Landbevölkerung zu beruhigen, erwirkte Pillersdorff am 28. März von Sr Majestät ein Patent, laut dessen „die Verbindlichkeit zur Robot" gegen eine von den Landesvertretungen auszumittelnde Entschädigung mit dem Befehl aufgehoben wurde, daß dieser Grundsatz „binnen einem Jahre, daher längstens mit dem 31. März 1849" zur vollständigen Durchführung gebracht werden und die dazu erforderlichen Bestimmungen „in gesetzlichem Wege mit tunlichster Beschleunigung erfolgen" sollten.

* * *

Eine der ersten Sorgen Pillersdorffs war, nachdem der durch die kaiserliche Willensmeinung vom 17. März vorgezeichnete Weg verlassen war, die Herstellung eines provisorischen Preßgesetzes, das „den Übergang von dem drückendsten Zensurzwange zur vollen Preßfreiheit vermitteln und dem künftigen gesetzgebenden Reichstage durch die Erfahrung Behelfe liefern und durch ein bleibendes Gesetz und die Einführung von Geschwornengerichten der Gesellschaft Schutzmittel einräumen sollte, deren sie gegenüber der freien Presse bedarf"[2].

Die Ausarbeitung eines Entwurfes solchen Charakters vertraute er einer Zusammentretung an, zu der er die für ihre fortschrittliche Richtung be-

---

[1] Helfert, Aloys Fischer 36 f. [2] Rückblicke 21.

kannten Hofräte Peter Ritter v. Salzgeber von seinem Ministerium und Aloys Pederzani von dem der Justiz unter Beiziehung der Professoren Hye und Stubenrauch, der Doktoren Bach und J. N. Berger und der Buchhändler Gerold und Dirnböck berief. Mit der Ausarbeitung war man am 31. März fertig, am 1. April wurde sie der Öffentlichkeit übergeben[1]. Es waren keine drei Wochen verflossen, wo ein Preßgesetz, „und sei es das schärfste", anstatt der verhaßten Zensur auf dem Gipfel aller Wünsche stand, und jetzt war es so weit gekommen, daß die Tonangeber des Tages die Pillersdorffschen Verordnungen als ein Gesetz gegen die Preßfreiheit verschrieen. Sie fanden alles daran zu tadeln: die Beleidigung von Mitgliedern des Herrscherhauses als Preßvergehen, da doch jene „in einem konstitutionellen Staate nicht mehr und nicht weniger gelten können als jeder einfache Staatsbürger"; die Forderung einer Kaution, die mit dem Betrage von 1000 und 2000 fl. doch gewiß mäßig zu nennen war gegen das, was Szemere in Ungarn gefordert und der Preßburger Reichstag etwas herabgemindert hatte; die Bestimmungen, daß der Herausgeber österreichischer Staatsbürger sein müsse und das Journal nur in Provinzialhauptstädten oder wenigstens in einem Orte, wo sich eine politische Behörde befinde, erscheinen dürfe; endlich die Judikatur durch gesetzverständige Richter: „Ohne Jury keine Preßfreiheit!"[2]

Der erste sichtbare Widerstand schien von den Studierenden ausgehen zu wollen, unter denen sich schon in der zehnten Vormittagsstunde ein unruhiges Treiben bemerkbar machte. Pillersdorff forderte den beliebten Professor Hye auf, einen aufklärenden Vortrag über das neue Gesetz zu halten, und Hye kündigte sein Erscheinen in der Aula zwischen 4 und 5 Uhr nachmittags an. Doch das währte den jungen Herren zu lang. Trotz der Abmahnung einiger besonneneren Männer, die, wie der junge Beamte Ludwig Rosenberg, nachdrücklich hervorhoben, daß eine bleibende Freiheit nicht ohne schützende Gesetze bestehen könne, drang der Ungestüm der Hitzköpfe durch, die auf den Platz vor der Universität hinabeilten und ein Autodafé veranstalteten, dem einige Exemplare der Preßverordnung zum Opfer fielen.

In der fünften Nachmittagsstunde fand sich Hye in der Aula ein. Er nahm das Gesetz Absatz für Absatz durch und erklärte sich bereit, Einwendungen dagegen zu beantworten. Man hörte ihn mit Unruhe und Ungeduld an, und kaum hatte er geendet, so wurde von den Studenten der Kommandant des Juristenkorps Schneider gerufen, dessen Argument war: „Nordamerika besitzt kein Preßgesetz und befindet sich wohl dabei." Stür-

---

[1] Wortlaut s. Beyer, Chronik 36—44.

[2] Häfner ließ in der „Constitution" Nr 11 vom 3. April, S. 128, einen wutschnaubenden Artikel gegen diese „unwürdige Schmähschrift auf die Constitution" los.

mischer Applaus! Dr Giskra folgte auf den jugendlichen Redner und sprach in seiner zungengeläufigen Weise bestrickend und hinreißend gegen das Gesetz. Bedächtiger und maßvoller war Kuranda, aber auch er erklärte sich dagegen. Mittlerweile war in der Bäckerstraße von einigen Studenten Schuselka erkannt worden, den sie sogleich umringten und mit Jubel in den Saal hinauftrugen. „Reden, reden!" wurde von allen Seiten gerufen. Schuselka begann mit dem wohlfeilen Witze, es sei doch sonderbar, daß das neue Preßgesetz am 1. April in die Welt geschickt worden, und hatte damit die Lacher auf seiner Seite. Er verteidigte den Satz, daß der Bürger ein Gesetz, das er nicht für angemessen halte, nicht zu beachten brauche[1], und schloß mit den Worten: „Nicht mit den verrosteten und unbrauchbaren Waffen, die man euch aus dem Zeughause gegeben, werdet ihr die Freiheit verteidigen, sondern mit den Waffen des Geistes, und diese will man durch dieses Preßgesetz verderben!"

Hye sah sich geschlagen und begann zum Rückzug zu blasen. Er selbst, versicherte er, habe im Komitee alle jetzt vorgebrachten Einwendungen, und noch schärfere, zur Geltung bringen wollen, doch sei er damit nicht durchgedrungen. Zuletzt wurde unter allgemeiner Zustimmung vom Flecke weg eine Deputation an Pillersdorff beschlossen, um von ihm die Zurücknahme des Gesetzes zu verlangen. Mitglieder der Deputation waren Giskra, Kuranda, Schuselka und der Jurist Schneider. Der Minister erklärte, das Gesetz nicht zurücknehmen zu können, da es nicht von ihm allein ausgegangen sei; doch sei er bereit, sich den Entwurf eines andern gefallen zu lassen, und er nehme das Anerbieten der Studenten an, einen solchen Entwurf zu beraten und auszuarbeiten[2]. Um sieben einhalb Uhr abends war die Deputation in der Aula zurück, wo ihr Bericht mit Jubel aufgenommen wurde; die Studenten hoben Kuranda und Schuselka auf ihre Schultern und trugen sie im Triumph in den Saal hinein. Es wurde beschlossen, ein Komitee zu wählen, das jede Kompanie der akademischen Legion mit einem Vertrauensmann beschicken sollte; von Vertretern der Journalistik nahmen daran teil Dr Siegfried Kapper, Dr Hammerschmidt, Dr L. A. Frankl

---

[1] Wolf, Aus der Revolutionszeit 5.

[2] Die Darstellung bei Kudlich (Rückblicke I 214 f) leidet an manchen Mißgriffen, u. a. an dem, daß Pillersdorff der Deputation die Versicherung gegeben habe, er wolle dafür sorgen, daß das Gesetz gar nicht in Anwendung komme, eine Behauptung, die man auch anderwärts vielfach ausgesprochen findet, z. B. mit dem Zusatz, daß die vorgeschriebene Kundmachung an die Landesstellen noch nicht erfolgt sei und nicht erfolgen werde. Schuselka, der doch Mitglied der Deputation war, erwähnt von einer solchen Äußerung des Ministers nichts, und sie ist auch bei aller notorischen Nachgiebigkeit Pillersdorffs um so weniger wahrscheinlich, als doch wohl sonst der Justizminister Graf Taaffe wenige Tage darauf, 7. April, kaum hätte eine Instruktion an die Gerichte über die Anwendung des Preßgesetzes hinausgeben können.

und die beiden Redakteure der „Wiener Zeitung", die Professoren Heyßler und Stubenrauch[1].

Somit war das erste Beispiel gegeben, wo sich gereifte Männer dem Urteil unfertiger Jungen fügten, ja mehr noch, wo ein erfahrener Staatsmann einen wichtigen Akt öffentlicher Obsorge und Pflege der maßgebenden Beratung und Beantragung von Leutchen überließ, die noch nicht einmal die erforderliche Lehrzeit hinter sich hatten. Wohl ist anzunehmen, daß in dem Komitee, das einen neuen Entwurf beraten sollte, nicht die Ansichten und Meinungen der Vertreter der Legionskompanien, sondern jene der geschulten Schriftsteller und Redakteure tatsächlich den Ausschlag gegeben haben; allein dabei blieb immer der grundsätzliche Charakter aufrecht, daß nicht diese letzteren, sondern daß die Studenten es waren, denen der Minister einen maßgebenden Einfluß auf eine in den Bereich der Regierungsgewalt fallende Aktion eingeräumt hatte.

Nicht weniger beschämend und zugleich bedenklich war eine Wahrnehmung anderer Art. Ohne das vorlaute Eingreifen der Wiener Studentenschaft würden die provisorischen Preßverordnungen von der großen Masse der Bevölkerung des ganzen Reiches einfach hingenommen, von den Einsichtsvolleren als ein Versuch gebotener Eindämmung schranken- und zügelloser Freiheit mit Dank begrüßt worden sein. Selbst in Wien begann man in weiten Kreisen das Vordrängen der jungen Leute bereits satt zu haben, und selbst im juridisch-politischen Leseverein rümpfte man über das Treiben der Universität die Nase[2]. Allein das geschah hinter den Kulissen; auf der Bühne getraute sich keiner, mit lauter Verwahrung für das aufzutreten, über was die jungen Herren der Aula den Stab gebrochen hatten. Wenn schon am Abend des 1. April selbst in der Aula Hye, der das Preßgesetz verteidigen sollte, zuletzt klein beigegeben hatte, so fand seine Manteldreherei von allen andern Teilnehmern an der vorausgegangenen ministeriellen Beratung bereitwillige Nachahmung. Jeder von ihnen suchte sich rein zu waschen, jeder wollte mit seinen Anträgen überstimmt worden sein. „In der Tat", so sucht der neueste Schilderer der achtundvierziger Vorgänge das Benehmen dieser Herren zu rechtfertigen, „war es für den, der auf eine politische Rolle Anspruch machte, entschieden notwendig, seine Mitschuld an dem Zustandekommen dieser Preßverordnung in Abrede zu stellen"[3].

Was den in seiner augenblicklichen Überzeugung oft genug irregehenden, aber in seinem Charakter durchaus ehrenhaften Schuselka betrifft, so hat er, nur zwei Jahre später, sein eigenes damaliges Verhalten in der Aula abfällig beurteilt: „Unsere berühmtesten Volks- und Parlamentsredner

---

[1] S. meine „Wiener Journalistik" 45—51.

[2] Kudlich a. a. O. I 215.

[3] Max. Bach, Wiener Revolution 219 f.

haben weit weniger durch überzeugende Erörterung des Gegenstandes als durch pikante und sarkastische Ein- und Ausfälle ihr Glück gemacht. Wo aber dies der Fall ist, da beweist es einen noch geringeren Grad von praktisch-politischer Bildung des Volkes. Deshalb machen wir uns gern über die ausführlichen praktischen Reden der Engländer und noch mehr der Nordamerikaner lustig, beweisen aber dadurch nur, daß wir noch weit hinter diesen Völkern stehen." [1]

* * *

Für die Beziehungen des Kaiserstaates nach außen stellte sich von allem Anfang die Unausweichlichkeit heraus, der deutschen Bewegung gegenüber Stellung zu nehmen, und dies um so mehr, als sich, nicht zwar bei Friedrich Wilhelm IV. persönlich, aber in den Hof- und Regierungskreisen seiner Umgebung das Gelüste bemerkbar machte, die Lösung der deutschen Frage in preußisches Fahrwasser zu leiten.

Vom 24. März datierte eine Zirkulardepesche Ficquelmonts an den k. k. Bundesgesandten in Frankfurt a. M. und an sämtliche Vertreter Österreichs bei den deutschen Regierungen, worin gegen jede einseitige Änderung der deutschen Bundesakte oder eine Verlegung der Bundesversammlung nach Potsdam Verwahrung eingelegt und der kaiserliche Präsidialgesandte angewiesen wurde, nur in Frankfurt und nur nach den bisher bestandenen Bundesgesetzen an dem Werke der Verfassungsrevision teilzunehmen, da diese einzig durch das Zusammenwirken aller mit gleichen Rechten ausgestatteten Bundesglieder zustande gebracht werden könne.

Zu werktätiger Bundeshilfe war Ficquelmont bereit. Die böhmischen Regimenter Wellington und Latour wurden marschfertig gemacht, um die Besatzungen von Ulm und Rastatt zu verstärken. General Graf Lichnowsky in Vorarlberg erhielt Befehl, sich auf dem Bodensee einzuschiffen und seine Truppen nach Friedrichshafen überzusetzen. Allein in letzter Stunde traf Absage ein [2]. Sowohl in Stuttgart als in Karlsruhe trug man Bedenken, österreichische Hilfe anzunehmen, und schützte Mangel an Räumlichkeiten in den beiden Festungen vor. Es war ein wahres Glück für den Kaiserstaat; denn die zunehmende Bedrängnis im eigenen Lager und besonders die sich steigernden Alarmrufe Radetzkys sprachen gegen jede anderweitige Verwendung jener Truppenteile [3].

---

[1] Revolutionsjahr 64 f. Daß aber, wie Kudlich (Rückblicke I 215) uns glauben machen will, Schuselka noch am Abend des 1. April seiner Mißbilligung des Rummels in der Aula Ausdruck gegeben habe, ist wohl kaum anzunehmen.

[2] Helfert, Tirolische Landesverteidigung 1848, Wien 1904, 13.

[3] Ficquelmont, Aufklärungen, Leipzig 1850, 59 f.

Anders faßte man in vielen Schichten der Wiener Bevölkerung die deutsche Frage auf. Gegen die „preußische Spitze“ war zwar alles; ja es fehlte in den unteren Klassen gegen den König und den Prinzen von Preußen nicht an Kundgebungen derbster Art, in denen sich die Erbitterung, der Zorn des gemeinen Mannes Luft zu machen suchten[1]. Das Verdikt über die Kundgebungen Friedrich Wilhelms war allgemein, nicht bloß in Österreich, sondern auch im übrigen nichtpreußischen Deutschland. Die „Wiener Zeitung“ brachte einen fulminanten Artikel: „Antwort der deutschen Nation an den König von Preußen“, der sogar zu diplomatischen Erörterungen führte, weil allerhand Blätter darin eine Kriegserklärung Österreichs gegen Preußen erblickten. Der k. k. Gesandte am preußischen Hofe, Joseph Graf Trauttmansdorff, hatte alle Mühe, dem Berliner Hof begreiflich zu machen, daß seine Regierung nur das vertreten könne, was im amtlichen Teile der „Wiener Zeitung“ stehe, während sie mit dem, was der nichtamtliche enthalte, nichts zu schaffen habe. Allein gegen die Frankfurter Hegemonie hatten viele Wiener nichts einzuwenden, ja sie liebäugelten mit ihr in so aufdringlicher Weise, daß sie die deutschen Farben über die angestammten einheimischen setzten, ja daß das allen Ländern und Völkern der Monarchie gemeinsame „Schwarz-gelb“ nachgerade in Verruf kam. Um den 25. März konnte man die ersten deutschen Abzeichen in den Knopflöchern oder an den Hüten von Männern sehen; mit jedem Tage wurden sie allgemeiner, bis sie zuletzt die ganze Öffentlichkeit beherrschten. Da gewahrte man am Morgen des 2. April, es war Sonntag Lätare, eine klafterlange schwarz-rot-gelbe[2] Fahne, die von der hohen Pyramide des Stephansturmes in die Luft flatterte. „Ich sah es mit Rührung“, bekennt der leicht empfängliche Schuselka, „und eilte nach Hause, um mich ebenfalls mit den heiligen Farben zu schmücken.“

Die Studenten hißten nun vor ihrer Aula eine ähnliche Fahne auf und zogen in Massen auf den Stephansplatz, wo durch ein Sprachrohr vom Turme herabgerufen wurde: „Es lebe das vereinigte Deutschland! Hoch der konstitutionelle Kaiser!“ Der k. k. Kameralsekretär Albert Ritter v. Neuwall forderte die Studenten auf, die deutsche Fahne zum Kaiser zu bringen, und Professor Endlicher erklärte sich bereit, ihnen Zutritt zu verschaffen. Sofort bewegte sich der Zug über den Graben, den Kohlmarkt und den Michaelerplatz zur Burg. Als es hier etwas stockte, hörte man eine norddeutsche Stimme rufen: „Vorwärts!“ Die

[1] „Den ... möcht' i mir vergunna, nur a halbe Stund!“ Das Brutalste, was in dieser Hinsicht nicht bloß gesagt, sondern selbst gedruckt werden konnte, brachte der bornierte und ungeschliffene Glasergesell Unterreiter in seiner „Wiener Revolution“ II, Wien 1848, 103 f.

[2] Man muß entweder „schwarz-gelb“ und „schwarz-rot-gelb“ sagen oder „schwarz-rot-gold“ und dann auch „schwarz-gold“.

Studenten zogen nun durch die Burg auf den äußeren Burgplatz, wo sie sich vor den kaiserlichen Fenstern aufstellten. Neuwall, von Endlicher geleitet, trug die deutsche Fahne in das Zimmer des Kaisers, der mit der Kaiserin allein war. Eine Ansprache Neuwalls erwiderte Ferdinand unter Tränen mit einigen gerührten Worten und ließ es geschehen, daß Neuwall die Fahne unter dem stürmischen Jubel der unten harrenden Menge aus dem Fenster schwang und an dessen Einfassung befestigte[1]. Der Kaiser und die Kaiserin grüßten hinab, die Erzherzogin Sophie mit ihren Kindern aus einem Fenster des zweiten Stockes. Unten ertönte die Volkshymne und „Das deutsche Vaterland".

Von da an waren in Wien fast keine andern als deutsche Abzeichen zu sehen. „Nicht mit den habsburg-lothringischen", heißt es triumphierend bei Füster, „sondern mit den deutschen Farben schmückte sich die akademische Legion; nur die Legionsoffiziere trugen in der ersten Zeit weiß-rote Schärpen, doch ihre deutschen Hüte, Stürmer, Kalabreser waren mit der deutschen Nationalkokarde geschmückt. Deutsche Fahnen wehten in unzählbarer Menge von öffentlichen und Privatgebäuden. Selbst das späterhin so gehaßte Schwarz-gelb, diese traurigste aller Farbenkombinationen, zierte den Kopf und die Brust der Schwarz-gelben gewöhnlich mit Beifügung der deutschen Farben."[2] Der schlichte Sinn des gemeinen Mannes und unbefangene Ausländer faßten die Sache anders auf. Als Schuselka eines Tages einen Spaziergang vor die Stadt machte, gesellte sich außerhalb Grinzing ein Bauer zu ihm und fragte ihn, was denn die neue Fahne in Wien bedeute? „Sollen wir denn aufhören, Österreicher zu sein?" Ungemein bezeichnend ist es, in welch scharfer Weise sich der Nordamerikaner Stiles über diesen Abfall vom heimatlichen Patriotismus ausspricht: „Es war bemerkenswert, wie alle mit allgemeiner Zustimmung ihr eigenes nationales Banner aufgaben. Ein Österreicher zu sein, galt nachgerade als

---

[1] „So ist es mir von einem der ersten Hofbeamten unter großer Entrüstung über das Lügengewebe am folgenden Tage erzählt worden" (Hurter und seine Zeit II, Graz 1876/1877, 220). Hurter spricht da von einem „Juden". Die Familie Neuwall war allerdings jüdischen Ursprungs, aber lang getauft, nur daß Ritter Albert und seine Brüder in ihrem Äußern den ausgesprochen hebräischen Typus nicht verleugnen konnten. Das „Lügengewebe am folgenden Tage" bestand darin, daß Endlicher dem Kaiser die deutsche Fahne in die Hand gedrückt und ihn veranlaßt haben soll, sie aus dem Fenster zu schwingen. Andere verlegten den ganzen Vorgang auf den Josephsplatz und den Balkon der Hofbibliothek; in dieser Form war er auch in Abbildungen zu sehen. Kudlich (Rückblicke I 147) spricht aber als Augenzeuge ausdrücklich vom äußeren Burgplatz. — Die Fahne auf dem Stephansturm hatte Mißgeschick. Wind und Wetter und die gotischen Zacken und Spitzen des alten Bauwerks rissen sie in Fetzen; das gleiche Schicksal hatte eine zweite, bis man eine dritte, dreißig Klafter lange, mit solchen Vorsichten befestigte, daß man auf ihre Dauer rechnen konnte (Kudlich a. a. O. I 166).

[2] Memoiren I 100—102.

Vorwurf, und das ehrwürdige ‚Schwarz-gelb‘, die allein berechtigte Farbe der Monarchie, die Farbe, welche die Armeen des Reiches unter Maria Theresia, unter Wurmser, unter Erzherzog Karl zum Siege geführt hatte, war von jetzt an verfemt!“ [1]

Das Ministerium Ficquelmont hat, wie wir gesehen, in den Weisungen an seine auswärtigen Organe den österreichischen Standpunkt kräftig gewahrt. Gegen die Begrüßung des deutschen Vorparlaments und die künftige Beschickung der deutschen Nationalversammlung erhob es keine Einsprache.

Für die Wahl einer Deputation nach Frankfurt traten in Wien sechs Körperschaften zusammen: die Landstände und die Bürgerschaft, der akademische Senat und das Polytechnikum, der Schriftstellerverein und die akademische Legion. Unter den Gewählten befanden sich Schuselka, Kuranda und der stud. iur. Schneider — diese drei von den Studenten gewählt —, Endlicher, Giskra, Bach, v. Schwarzer, Anastasius Grün, der Innsbrucker Schuler, Bauernfeld, Baron Andrian-Werburg; da Bach ablehnte — er war in Wien unentbehrlich — trat Baron Sommaruga d. J. an dessen Stelle. Sie waren alle von der Überzeugung durchdrungen, daß niemand anderer als ihr Kaiser an die Spitze von Deutschland treten könne und Wien die Hauptstadt des neuen deutschen Reiches werden müsse, beabsichtigten daher, um ihren Einzug in die alte Wahlstadt der deutschen Kaiser so feierlich als möglich zu gestalten, die deutschen Reichsinsignien aus der Wiener Schatzkammer zu erheben und nach Frankfurt mitzunehmen, was jedoch Ficquelmont nicht zugeben konnte. So rüsteten sie sich denn am 5. April nachmittags ohne Scepter und Reichsapfel, aber mit einer stattlichen Begleitung von Legionären zur Abreise von Wien; ihnen schloß sich Schmerling an, den die österreichische Regierung zu ihrem Vertrauensmann beim Frankfurter Bundestage ernannt hatte [2]. In der Torhalle von St Stephan wurde eine große Fahne feierlich eingesegnet, während die auf dem Platze harrende Menge und die in Reihen aufgestellte akademische Legion in mächtigen Tönen „Was ist des Deutschen Vaterland“ anstimmte, worauf sich der Zug mit großartigem Geleite zum Nordbahnhof in Bewegung setzte. Die Deputierten waren von tiefer Rührung ergriffen, dem Sommaruga rollten, wie er selbst bekannte, die Tränen unaufhörlich über die Wangen herab [3].

Sonntags den 9. April traf man in Frankfurt ein, wo inzwischen das Vorparlament dem Fünfzigerausschuß Platz gemacht hatte. Da auch von

---

[1] Stiles, Austria 1848/1849 I 119.

[2] Schmerling „war von der Regierung zu dem Kollegium der sog. Vertrauensmänner gesandt, welche am Leichenbette des Bundestages sitzen und dem hinsterbenden Rattenkönig einiges Leben einblasen sollten“ (Schuselka, Revolutionsjahr I 80).

[3] Kudlich a. a. O. I 160—163.

Baron Andrian-Werburg eine Entschuldigung eingelaufen war, Schuler und Schwarzer nicht zur Stelle waren, so wurden Hornbostel, Kuranda, Mühlfeld und Endlicher provisorisch in den Ausschuß berufen. In festlichem von der Frankfurter Bürgerwehr begleiteten Zuge verfügte sich am 10. die Wiener Deputation bewaffnet und mit ihrer großen Fahne in den berühmten Römer[1], wo sie der Vizepräsident des Fünfzigerausschusses Abegg mit einer herzlichen Ansprache begrüßte. Am Tage darauf fand eine außerordentliche Sitzung des Ausschusses, nicht mehr im Römer, sondern in der reformierten Paulskirche unter dem Vorsitze des Präsidenten Soiron statt, wo Endlicher, Kuranda, Schuselka u. a. warme Worte der Versicherung liehen, daß Österreich fortwährend Hand in Hand mit Deutschland gehen werde. Der frankfurterseits die Gegenrede hielt, war Robert Blum[2].

Die nicht in den Fünfzigerausschuß gewählten Mitglieder der Deputation reisten in ihre Heimat zurück, wo mittlerweile wichtige Veränderungen sich vollzogen hatten und Ereignisse eingetreten waren, die in keine rosige Zukunft blicken ließen.

* * *

Gegen Ende März hatte ein Wechsel im nieder- und oberösterreichischen Militär-Landeskommando stattgefunden. Erzherzog Albrecht war auf sein wiederholtes Ansuchen von seinem Posten als Kommandierender von Niederösterreich enthoben worden und erfüllte, wie er sich in einem am 31. an sämtliche unter seinem Befehle stehenden Truppen gerichteten Handschreiben ausdrückte, seine „teuere, aber höchst schmerzliche Pflicht", sich von ihnen zu beurlauben und ihnen „ein feierliches Lebewohl" zuzurufen; vielleicht seien ihnen in der Zukunft „noch glänzende Erfolge auf der Bahn des Ruhmes und der Ehre vorbehalten, auf welcher wir uns vereinigt wieder finden werden"[3]. An seine Stelle wurde der seitherige Militärkommandant von Oberösterreich Graf Karl Auersperg gesetzt. Die ersten Apriltage brachten die Ernennung eines Kriegsministers in der Person des dem bestandenen Hofkriegsrat zugeteilten Feldmarschalleutnants Peter v. Zanini, der nichts weniger als mit Freuden das unter so ernsten Umständen doppelt schwierige Portefeuille übernahm. Gleichwohl hat er in der kaiserlichen

[1] „Besonderes Aufsehen erregten unsere Studenten; man wollte gar nicht glauben, daß es österreichische Studenten wären, man hielt sie für Jenenser" (Schuselka, Revolutionsjahr I 91).

[2] Ausführlich über diese ganze Episode Schuselka a. a. O. I 78—106 und Ficquelmont, Aufklärungen 61—68.

[3] Duncker, Erzherzog Albrecht 104, leider ohne den Wortlaut, der sich in der A. A. Ztg 1848 Nr 98 vom 7. April S. 1557 findet.

Armee ein bleibendes Andenken hinterlassen. Denn ihm wird die Einführung des Schnurrbartes zugeschrieben[1], eine Maßregel, welche das gesamte Offizierkorps mit großer Befriedigung aufnahm und der es mit freudigem Eifer nachkam.

Wenn in solcher Weise das Ministerium die ihm noch fehlende Ergänzung erhielt, so sollte es unmittelbar darauf zwei Lücken erfahren: Graf Kolowrat begehrte aus Gesundheitsrücksichten seinen Abschied, und Baron Kübeck zeigte sich des Treibens müde. Den Vorsitz im Ministerrate übernahm jetzt Graf Ficquelmont, und für das verwaiste Finanzportefeuille wurde der galizische Gubernial-Vizepräsident Baron Philipp Kraus ausersehen[2].

Mit A. H. Handschreiben an Pillersdorff vom 4. April wurde der „k. k. Staats- und Konferenzrat für die inländischen Geschäfte" aufgelöst, da die veränderte Einrichtung der Staatsgeschäfte im obersten Zentrum die Funktionen dieser obersten Beratungsbehörde nicht mehr gestatte; doch sollte, so lautete der Wille des Kaisers, den Mitgliedern des Staatsrates „in Anerkennung der wichtigen Dienste, die sie geleistet haben, eine ihren Kenntnissen und Erfahrungen angemessene, die konstitutionelle Bewegung des Ministeriums nicht beirrende Stellung" vorbehalten bleiben. In diese Zeit fiel auch der Rücktritt des siebenbürgischen Hofkanzlers Jósika, dessen Stelle nun der älteste Hofrat, Baron Lazarus Apor v. Al-Torja, versah; vor dem Gebäude der siebenbürgischen Hofkanzlei in der Landhausgasse wehte neben der ungarischen und siebenbürgischen Fahne die deutsche, aber keine österreichische.

Kurz vor dieser Entscheidung hatte der Salzburger Dr Alois Fischer eine Audienz bei Erzherzog Johann, wo die wichtigen Personaländerungen der letzten Tage zur Sprache kamen, und Fischer betonte: die öffentliche Stimme verlange die Entfernung des Erzherzogs Ludwig, und es werde das beste sein, diesem unaufhaltsamen Drange zuvorzukommen. Erzherzog Johann war betroffen und schüttelte den Kopf, worauf Fischer erklärte: „Die Forderung wird nicht drei Tage auf sich warten lassen, es ist also keine Zeit zu verlieren."[3] Erzherzog Johann war durch alles, was in diesen Tagen um ihn her vorging, aufs tiefste herabgestimmt. Zu Schuselka, den er zu sich hatte kommen lassen, sprach er die aus dem Munde eines kaiserlichen Prinzen schier unerhörten Worte: „Es scheint in den Sternen bestimmt zu sein, daß die Menschheit einmal in der Republik ihr Heil finden soll; jetzt aber, glaube ich, ist es noch zu früh, und besonders bei uns."[4]

---

[1] Angeli, Wien nach 1848, Wien 1895, 67 f.
[2] Philipp Frh. v. Kraus, Wien 1861.
[3] Helfert, Aloys Fischer 39.
[4] Schuselka a. a. O. 69.

Was Fischer vorausgesagt hatte, trat am 5. April ein. Die Auflösung des Staatsrates zog die der Geheimen Kabinettskanzlei des Kaisers nach sich, und nun war für den Erzherzog Ludwig kein Halt mehr. Er war durchaus der Mann des alten Systems und hielt sich dazu, wie allgemein erzählt wurde, durch ein seinem kaiserlichen Bruder auf dessen Todbette gegebenes heiliges Versprechen gebunden. Er war von jeher abgesperrt gegen alle eingreifenden Neuerungen. „Liegen lassen ist die beste Erledigung", war seine stereotype Phrase, wenn Schriftstücke mit Vorschlägen in fortschrittlicher Richtung beim Staatsrat einlangten. Im übrigen war er als Mensch und als Staatsdiener ein verehrungswürdiger Charakter. Er besaß das unbedingte Vertrauen des Kaisers, dessen Stütze er bei den schwerer und schwerer werdenden Regierungssorgen war. Mit einer tiefen Sach- und Personenkenntnis und einer unerschütterlichen Ruhe und Kaltblütigkeit verband er, ohne irgend eine ehrgeizige und eigensüchtige Ader, eine beispiellose Selbstaufopferung, einen unermüdlichen Fleiß und die strengste Wahrheitsliebe; man wußte von ihm, daß er oft nichts, aber niemals eine Unwahrheit sagte[1]. Als er daher den Kaiser bat, „sich von den Staatsgeschäften gänzlich zurückziehen zu dürfen", gewährte ihm dieser die Bitte, fügte aber seinen innigsten Dank „für die ausgezeichnete Hingebung, womit Se Kaiserliche Hoheit Mir bisher die Regierungsgeschäfte erleichtert haben", bei.

In der Tat, mit dem Scheiden des Erzherzogs Ludwig hatte der arme kränkelnde, regierungsmüde Monarch seinen treuesten, hingebendsten und erfahrensten Ratgeber, seine Stütze, verloren. Es galt fortan als unkonstitutionell für ihn, eine andere Meinung zu hören als die seiner Minister, seinen ihm nächststehenden Bruder Erzherzog Franz Karl nicht ausgenommen, der ja nicht konstitutionell erklärter und beglaubigter Mitregent war. Eine amtliche Kundmachung der „Wiener Zeitung" vom 7. April sprach es zwar aus, daß der Erzherzog berufen sei, Se Majestät „in der Besorgung der sich unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen häufenden Geschäfte innerhalb der durch die konstitutionellen Einrichtungen gezogenen Grenzen zu unterstützen und sich in der vollständigen Übersicht der Geschäftsverhandlungen des Ministerrates zu erhalten". Das hinderte aber nicht, daß die nächste Umgebung des Kaisers und des Erzherzogs, die regierende Kaiserin und die hochsinnige Erzherzogin Sophie, und in zweiter Linie die Grafen Bombelles und Falkenhayn, aber auch die Hofdame Louise Freiin v. Sturmfeder und die Kammerfrau Katharina Cibbini, die in der Politik gewiß völlig unschuldige Klavierspielerin des Kaisers, unberechtigten Einflusses auf die Allerhöchsten Willensäußerungen verdächtigt und von der radikalen Journalistik und der ge-

[1] Hartig, Genesis 214.

dankenlos und albern nachplappernden Menge als „Camarilla" verschrieen und verlästert, verfemt und verketzert wurden.

* * *

Die Tage, während welcher sich diese Personaländerungen in den höchsten Kreisen abspielten, wurden von den unteren Volksklassen zu neuen Ausschreitungen benutzt, an denen zum Teil auch besser gestellte Leute teilnahmen. Vor allem kam das Institut der Katzenmusiken in neuen Flor: das erzbischöfliche Palais in der Bischofsgasse, das Gebäude der Mechitaristen in der Vorstadt St Ulrich, das Schottenkloster auf der Freiung erfuhren Kundgebungen dieses Schlages, wobei mitunter Steine in die Fenster flogen; auch gegen den Justizminister Grafen Taaffe und gegen den regierenden Fürsten Liechtenstein gab es Demonstrationen verschiedener Art. Eines Abends zwischen 6 und 7 Uhr gab es einen Sturm gegen die päpstliche Nuntiatur, was mit der Aufregung über die Nachrichten aus Italien zusammenhing; Leitern und Werkzeuge wurden aus dem nahe gelegenen Feuerlöschamte herbeigeschafft, um das ober dem Haupttor angebrachte steinerne Wappen herabzustemmen; den Schluß machte ein ironisches Abschiedsständchen für den Nuntius Viale Prelà, da es hieß, er werde morgen Wien verlassen[1].

Alle diese Ausschreitungen, die gegen den Fürsterzbischof nicht ausgenommen, waren politischen Ursprungs und Charakters. Daneben liefen feindselige Kundgebungen gegen die Kirche und ihre Institute. In Wien waren es der Kooperator Hermann Pauli vom Erdberg, der am 18. um Enthebung von der Seelsorge bat und bald darauf durch seinen Austritt aus der Kirche und durch die schmählichsten Angriffe gegen sie großes Ärgernis gab, und der Klosterneuburger Römersdorfer mit seinen maßlosen Artikeln in der „Constitution" gegen den Prälaten und das Chorherrenstift, welche die ersten Beispiele kirchenfeindlicher Demonstrationen gaben. Eine wahre Gassenbüberei und dabei eine Herzlosigkeit ohne gleichen erfuhren die Redemptoristen oder Liguorianer bei Maria Stiegen. In der Nacht vom 5. zum 6. April versetzte gräßliches Geschrei und Gebrüll, begleitet von schrillen Pfiffen, von unaufhörlichem Poltern an der Pforte des Hauses, von Reißen an der Hausglocke, die armen Patres in eine unerhörte Angst. Schon am frühen Morgen des 6. umstanden Gruppen von Leuten das Gebäude, die durch fortwährendes Zuströmen bald zu einer dichtgedrängten Masse anschwollen, durch die sich eine Abteilung der Nationalgarde und der akademischen Legion mit Mühe den Weg bahnte. Der Rektor des Kollegiums P. Kosmáček las die Messe; man ließ ihm sagen, er möge

[1] S. meine „Konfessionale Frage" 144 f 517 f.

sich sputen, da beschlossen sei, ihn und seine Geistlichen aus der Stadt zu schaffen. Fiaker wurden herbeigeholt, die Patres unter dem höhnischen Gejohle der Menge in die Kutschen hineingeschoben, und nun ging es in raschem Tempo zur Hernalser Linie hinaus, vor der man sie in Ottakring auf offener Straße absetzte, ohne Geld, ohne Wäsche, ohne die notwendigsten Utensilien, die man ihnen beim Heraustreten aus der Pforte abgenommen hatte, ohne Obdach und Nahrung, die sie sich bei mitleidigen Leuten erbetteln mußten; solche waren aber nicht immer zu finden, so daß manche der Verfolgten dem bittersten Elend preisgegeben wurden. Am Abend wurde das Haus der Redemptoristinnen am Rennweg von betrunkenen Nationalgarden angegriffen, so daß sie kaum Zeit hatten, durch den Garten zu flüchten, um argen Mißhandlungen oder frechen Zumutungen zu entgehen. Am 7. wurde das sog. Pönitenzhaus in Währing mit Beschlag belegt.

Am selben Tage führte ein Separatzug der Eisenbahn bei hundert bewaffnete Studenten nach Stockerau, von wo sie auf Wagen nach Eggenburg fuhren und das dortige Liguorianerkloster überfielen. Sie wollten den Rektor des Kollegiums zwingen, die Auflösung desselben zu erklären, was er verweigerte, während sich schon Zusammenrottungen ergrimmter Bürger bildeten und Zuzüge von Landvolk aus der Umgegend eintrafen, denen die Studiosi für gut fanden aus dem Wege zu gehen und mit silbernen Wertsachen, mit Staatspapieren, die sie aufgestöbert hatten, und mit barem Geld, von dem sie zu ihrem Bedauern nicht viel auftreiben konnten, nach Wien zurückzufahren. Von den vermuteten reichen Schätzen der Patres hatte sich weder bei Maria Stiegen in Wien noch in Währing und Eggenburg etwas gefunden; auch nach Marter- und Folterwerkzeugen wurde vergebens gesucht, nicht einmal blutbeschmierte Geißeln wollten sich finden lassen.

Von der radikalen Journalistik Wiens wurden diese Vorgänge als Heldentaten gepriesen und die gleich Verbrechern geächteten Opfer, „diese saubern Vögel, diese niederträchtigsten aller Pharisäer, diese gottvergessenen Heuchler, diese Schützlinge des obskuranten Hofes und Adels“, noch nachträglich mit Hohn und Spott, mit geiferndem Haß verfolgt. Der richtige Takt der Wiener, hieß es, habe es nicht zugelassen, „daß ein einziger der frommen Väter gehängt wurde, obwohl man verzweifelt dazu Lust hatte“, und die Wiener hätten geglaubt, genug zu tun, wenn sie ein Angedenken zerstörten, „welches ihnen der unvergeßliche, allgeliebte Kaiser Franz, der Mann, der stets das Beste des Volkes — nicht wollte, hinterlassen hatte“[1].

Wer sollte solchen Ausschreitungen und Ausgelassenheiten gegenüber Ordnung schaffen? Die Polizei hatte längst kein Ansehen und keine Macht

---

[1] S. meine „Konfessionale Frage“ 115—139; Füster, Memoiren I, Frankfurt a. M. 1850, 86 f.

mehr; es war von keiner praktischen Bedeutung, daß auf kaiserlichen Befehl die oberste Polizeihofstelle aufgelöst und ihre Geschäfte dem Ministerium des Innern zugewiesen wurden, oder eigentlich „allen Staatsbürgern", die in dieser Verfügung „eine erhöhte Bürgschaft für den Schutz der konstitutionellen Rechte und für die getreue gleichmäßige Vollziehung der zur Wirksamkeit dieses Schutzes unerläßlichen Gesetze erkennen" werden[1]. Die dem Fürsten Windischgrätz am 14. März erteilten außerordentlichen Vollmachten hatten in dem unaufhaltsamen Drang der Ereignisse und bei der unheilvollen Kraftlosigkeit des Ministeriums, in dessen Hände jetzt alles gelegt war, niemals eine eingreifende Wirksamkeit zu entfalten vermocht, und ohne Zweifel geschah es auf sein eigenes Ansuchen, daß er mit kaiserlicher Entschließung vom 10. April von dieser Stellung enthoben und seinem Posten als Militärkommandierender von Böhmen zurückgegeben wurde. Er begab sich fürs erste auf seine Herrschaft Lesko bei Tyrnau in Ungarn, ahnend die Bestimmung, die seiner warte. „Ich habe gewirkt, was sich tun ließ", sagte er beim ersten Zusammentreffen mit seiner Familie. „Wir sind lang nicht fertig; ich werde noch in die Lage kommen, nach Wien zu marschieren, um dem Kaiser seinen wankenden Thron wiederherzustellen."

8.

Der Wiener vierundzwanziggliedrige provisorische Ausschuß, der unter dem Vorsitze des Landmarschalls Montecuccoli tagte, hatte am 18. März seinen Entschluß kundgegeben, „nach Kräften zur alsbaldigen Ausführung der Konstitution beizutragen", und die Umgestaltung des Gemeindewesens, die Regelung der bäuerlichen Verhältnisse, die Prüfung des Systems der Besteuerung und andere Gegenstände als solche bezeichnet, deren Beratung zunächst in Angriff zu nehmen wäre[2]. Schon fanden sich ständische Mitglieder anderer Länder in Wien ein, von dem Wunsche beseelt, die Verfassungsfrage zur Lösung zu bringen. „Die oberösterreichischen Stände sind da", schrieb Erzherzog Johann am 28. März an Pillersdorff, „lauter brave, treue Leute. Ihr Wunsch ist der gleiche wie der der Steiermärker, daß gleich dermalen zur Beratung der konstitutionellen Frage Leute aus den Landständen berufen werden."

Dieser Anregung entsprechend lud Pillersdorff als Minister des Innern Vertrauensmänner aus den verschiedenen Ländern ein, sich in den ersten Tagen des April in Wien einzufinden, um über die zu erteilende Ver-

[1] Österr. Beobachter 1848 Nr 90 vom 28. März.

[2] Peyer, Chronik 16 f, woselbst auch die Namen der sämtlichen Mitglieder des provisorischen Ausschusses zu finden sind.

fassung in Beratung zu treten. Die Grundlage dieser Beratung bildete ein vom Ministerium ausgearbeiteter Entwurf, den die Ministerialräte Peter Ritter v. Salzgeber und Aloys Frh. v. Kübeck verteidigen sollten. Der Regierungsentwurf machte keinen Anspruch auf Originalität, er war größtenteils eine Nachbildung des belgischen Grundgesetzes, weil dieses, aus Zuständen hervorgegangen, die mit den nun vorherrschenden Ideen sehr vieles gemein hatten, in kurzer Zeit über jenes Land so große Sicherheit, Zufriedenheit, Gemeinsinn und Wohlstand verbreitet hatte, daß es zu den gesegnetsten Europas gezählt zu werden verdiente[1].

Der Teilnehmer an der Beratung waren bei dreißig. Es gab manche lange Gesichter darunter, weil viele der erbgesessenen Mitglieder der altständischen Vertretungskörper sich um ihre jahrhundertelange Bevorzugung gebracht sahen. Namentlich die Stimmung der niederösterreichischen Verordneten fand Aloys Fischer, der gleichfalls der Versammlung angehörte, seit dem letzten Herbst ganz verändert: „Sie sprachen nicht mehr von der Vergrößerung ihres Einflusses und Wirkungskreises wie damals, sie hatten über Nacht die Führerrolle an andere Elemente verloren, und es war für sie die Überzeugung gekommen, daß sie von ständischen Rechten und Formen nicht viel reden dürften." Auch sonst herrschte unter den Anwesenden, die einander zu einem großen Teile fremd waren, manche Beklommenheit und mißtrauische Zurückhaltung. Als es z. B. zur Frage der Judenemanzipation kam, war Graf Stockau der einzige, der den Mut hatte, davor zu warnen; alle andern stimmten, ohne zu denken, oder aus Furcht vor der öffentlichen Meinung dafür. Überhaupt führten Stockau und Graf Breuner eine offene Sprache und wurden hierin nur durch Bach überragt, dessen heller Kopf und entschiedenes Urteil fast in allen Punkten den Ausschlag gab. Er wirkte fürs erste im Bürgerkomitee; aber auch sonst geschah nichts Wichtiges, zu dem er nicht beigezogen wurde[2].

Während man in solcher Weise im Mittelpunkte des Reiches die Gesamtverfassung beriet, waren verschiedene Landtage nicht minder besorgt, ihren besondern Angelegenheiten erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Allenthalben kam die Überzeugung zum Ausdruck, daß es bei der seitherigen beschränkten Zusammensetzung der Vertretungskörper sein Verbleiben nicht haben könne. So richteten die Landeshauptleute Wilhelm Frh. v. Badenfeld für die schlesischen Fürstentümer Troppau und Jägerndorf und Franz Ritter v. Scharschmidt für Teschen an den Minister des Innern eine Denkschrift, in der sie eine ausreichende Berücksichtigung der Städte, die in der Mitte der überwiegenden Landbevölkerung fast verschwänden, befürworteten, weil sonst auf dem künftigen Landtage „städtische Interessen, namentlich Handel und

[1] Pillersdorff, Rückblicke 35—37.
[2] Helfert, Aloys Fischer 39 f.

Industrie, nur sehr kümmerlich vertreten sein würden"[1]. Der mährische Landtag begnügte sich nicht mit einer verstärkten Vertretung des bürgerlichen Elementes, sondern zog auch Vertreter des Bauernstandes heran[2]. In anderer Weise nahm sich der Provinziallandtag zu Laibach um die ländliche Bevölkerung an, indem er aus Anlaß einer die bäuerlichen und Zehentverhältnisse betreffenden Petition sich in der Erklärung vereinigte: das Land benötige eine möglichst beschleunigte „vollständige Ablösung der bäuerlichen oder Urbarial-, dann Zehent-Giebigkeiten mittels einer den Untertanen oder Zehentholden obliegenden Entschädigung der Bezugsberechtigten"[3].

Das Verlangen nach Reform, der Geist der Neuerung und Auffrischung war über alle Teile des Reiches verbreitet. Im steirischen Landtage regte Moritz Ritter v. Franck die Schaffung einer provisorisch erweiterten Vertretung nicht bloß des Bürger-, sondern auch des Bauernstandes an. Graf Karl Gleispach stimmte ihm zu und beantragte die Abfassung einer Petition an den Thron, die eine sehr radikale Fassung erhielt. Der § 14 verlangte die Dotierung der Geistlichkeit durch den Staat und Verwendung der in Steiermark liegenden Kirchengüter für das Kommunalvermögen; der § 25 verlangte „Verweisung der Jesuiten und der denselben affiliierten Gesellschaften aus dem ganzen österreichischen Kaiserstaate"[4]. Die landschaftliche Deputation aus Salzburg legte besondern Nachdruck auf die abgesonderte Vertretung ihres Gebietes auf dem kommenden Reichstage: „Eine Vertretung desselben durch Stände aus der Provinz ob der Enns wäre in hohem Grade bedauerlich, da diesen Ständen weder die im Herzogtum eigentümlichen Institutionen noch des Landes Bedürfnisse bekannt sind."

Schwierigkeiten eigener Art bot nur die Einbeziehung des italienischen Doppelkönigreiches in den Rahmen der nunmehr konstitutionell zu gestaltenden Monarchie. Noch vor dem Losbruch hatte sich das zur Beratung der von der lombardischen und von der venetianischen Zentralkongregation gestellten Bitten und Anträge niedergesetzte Komitee zu den weitestgehenden Zugeständnissen, soweit sich diese mit der Einheit des Reiches in Einklang bringen ließen, bereit gezeigt: der Vizekönig sollte ausgedehntere Vollmachten erhalten und in Verona seinen Sitz aufschlagen; seine Umgebung, namentlich

---

[1] Ministerium des Innern 1848, Nr 865; die Eingabe datierte vom 15. April.

[2] Dvořák, Moravské sněmování 1848/49, v. Telči 1898, 7 f 10 34 f.

[3] Die vom 11. April an den Kaiser gerichtete Petition der ständischen Verordneten von Krain war unterfertigt vom Grafen Leopold Welsersheimb als Präsidenten von den Verordneten Karl v. Coppini und Domherrn Georg Suppan, dann von einem subst. Vertreter der landesfürstlichen Städte (Name unleserlich): Archiv d. Ministeriums d. Innern.

[4] Gatti, Ereignisse in Steiermark, Graz 1850, 16 f 37 f. Ilwof, Provisorischer Landtag, Graz 1901, 18—21. Der durch den Hinzutritt des Bauern- und die Verstärkung des Bürgerstandes reformierte steirische Landtag trat am 18. April zum erstenmal zusammen.

die drei Hofräte sollten durch andere ersetzt und vermehrt werden; selbst von einer lombardisch-venetianischen Hofkanzlei in Wien, wie zu Maria Theresiens Zeiten, mit ausschließend italienischen Räten war die Rede. Auf einige Punkte der ausgesprochenen Wünsche konnte allerdings nicht oder nur mit gewissen Einschränkungen eingegangen werden. Wenn die Venediger Zentralkongregation die Aufhebung der Kopfsteuer, testatico, und den Ersatz derselben durch Aufschläge auf mehrere Verbrauchsartikel unter Vermittlung und Haftung der Gemeinden verlangte, so mußte wohl vorerst in eine ziffernmäßige Prüfung des mutmaßlichen Erfolges eingegangen werden. Der Bitte, daß nur Einheimische bei den Ämtern angestellt werden, setzte das Komitee die ganz richtige Bemerkung entgegen, daß in der Verwaltung ohnedies nur wenige Nichtitaliener zu finden seien; mehr allerdings in der Justiz, allein im Vorteil der Einwohner selbst sei es gelegen, daß hier und da Elemente aus andern Ländern der Monarchie eingeschoben würden. Alles in allem konnte, wie Baron Aloys Kübeck am 31. März an den Minister des Innern schrieb, das Komitee sich rühmen, den Lombardo-Veneten um achtzig Prozent mehr zu bieten, als ihre eigenen Kongregationen in Anspruch genommen hatten.

Vorderhand war die Rechnung allerdings ohne den Wirt gemacht; denn das Land diesseits und jenseits des Mincio befand sich in vollem Aufstand und wollte von einem österreichischen Regiment überhaupt nichts wissen. Doch gab man sich in Wien der Erwartung hin, die Lombardo-Veneter würden einem so willfährigen Entgegenkommen der Regierung ihre Ohren nicht verschließen, und Graf Hartig wurde ausersehen, mit jenen Propositionen als bevollmächtigter kaiserlicher Kommissär nach Verona zu gehen, wo sich, wie man in Wien meinte, der Vizekönig befand.

* * *

Ungleich weitergehend als die Wünsche und Ansprüche in den andern Teilen der westlichen Monarchie waren jene des Königreichs Böhmen, die am Abend des 11. März ihre erste Formulierung und in den Tagen darauf ihre Aufnahme in die an den Kaiser gerichtete Landespetition gefunden hatten. Der allgemeinen Landespetition legten die Studenten eine ihre besondern Wünsche betreffende Petition bei.

Am 19. März fand nach einer kirchlichen Feierlichkeit vor dem St-Wenzel-Standbilde am Roßmarkt, wo der Fürsterzbischof Aloys Joseph den Segen spendete, die Abfahrt der großen Deputation nach Wien statt. Am 22. März wurde sie bei Hofe gnädig empfangen und beschieden und verfügte sich darauf zum Grafen Kolowrat, dem alten Gönner ihres Landes, dessen erfolgreich wirkender Obristburggraf er durch so lange Jahre gewesen war. Doch der jetzige Ministerpräsident, noch vor kurzem eine gefeierte

Größe, machte auf sie einen wehmütigen Eindruck. Von den so unerwartet hereingebrochenen Ereignissen erschüttert und gebrochen, klagte er mit Tränen in den Augen, wie er seit Jahrzehnten nach einem Umschwung zum Besseren gestrebt, wie aber der dort — er meinte Metternich — ihn an allem gehindert habe[1]. Erfreulicher waren die Verhandlungen mit Pillersdorff, der mit den Deputierten Punkt für Punkt ihrer Adresse und den Inhalt der darauf zu erteilenden Antwort besprach. Das Gerücht einer zu erwartenden günstigen Erledigung der Landespetition flog nach Prag und verbreitete sich rasch im ganzen Lande, so daß die Rückreise der Deputation einer Triumphfahrt glich. Bei ihrer am 27. erfolgten Ankunft in der Hauptstadt wurde sie mit Böllerschüssen vom nahen Žižkaberg und mit brausenden Jubelrufen einer nach Tausenden zählenden Menschenmenge, Bürgerwehr und Legionären, empfangen. Für den Abend war eine glänzende Stadtbeleuchtung angesagt. Doch schon während der Verlesung des Wiener Bescheides im Schoße des St-Wenzel-Komitees gab es Kopfschütteln und vereinzeltes Murren; denn es zeigte sich, daß kein einziger Punkt endgültig erledigt war, sondern daß allgemeine, meist hinhaltende Redensarten mit allerlei Klauseln und Einschränkungen auf eine demnächst zu erwartende Lösung hinwiesen. Viele verließen verstimmt vom Fleck weg den Saal. Im Hingang der Stunden gewannen Enttäuschung und Mißmut die Oberhand, vorzüglich bei den Studenten, die ihre eigene Petition gar nicht beachtet fanden, und als gegen Abend in den Fenstern der Häuser Lichter erschienen, hörte man Leute sagen: „Es steht nicht für den Docht!“ Studenten liefen durch die Gassen: „Lichter auslöschen!“ und wo nicht sogleich gehorcht wurde, zertrümmerten Steine die Scheiben. Am Tage darauf erschienen Bilder: „Prags Illumination“ oder „Festliche Beleuchtung Prags am 27. März“ — die Bilder zeigten einen schwarzen Fleck.

Vom St-Wenzel-Komitee wurde nunmehr eine neue Petition beschlossen und Dr Brauner mit der Abfassung derselben betraut. Nach einer fast zweistündigen Beratung am Abend des 28. März wurde der Entwurf gebilligt und angenommen. Am 29. fanden die Wahlen für den großen Bürgerausschuß statt, und Rudolf Stadion verlangte, daß sich in dessen Folge das bisherige St-Wenzel-Komitee auflöse. Darüber gab es am 31. eine äußerst stürmische Versammlung im Saale der Sophieninsel, wo beschlossen wurde: das St-Wenzel-Komitee habe fortzubestehen, die neue Petition aber sei zum Zeichen, daß sie der Ausdruck nicht bloß eines Teiles, sondern der Gesamtheit der Bevölkerung sei, vom Obristburggrafen zu unterschreiben und noch heute nach Wien abzusenden. Alsogleich begab sich eine Deputation, begleitet von einer lawinenartig anschwellenden Menge, darunter

[1] Holenia, Erinnerungen, Wels 1892, 68 f.

Nationalgarde und auch andere Bewaffnete, auf den Weg nach der Kleinseite, wo vor dem Gubernialgebäude Halt gemacht wurde. Die Deputierten traten vor den Grafen Stadion, der sie höflich empfing und mit begütigenden Worten ihr stürmisches Drängen zu beschwichtigen suchte. Doch der Bierwirt Peter Faster unterbrach ihn mit rauhen Worten, und man begab sich in den Sitzungssaal, wo nach kurzer Verhandlung Stadion nachgab und seinen Namen unter die Petition setzte. Im Triumph traten die Abgesandten auf den Platz hinab. Podepsal — „er hat unterschrieben", tönte es aus der Menge, ein Nationalgardist steckte ein Blatt Papier, auf dem mit großen Buchstaben Podepsal geschrieben war, auf die Spitze seines Bajonetts, und schreiend, johlend, brüllend wälzten sich die Massen über den kleinseitner Ring, durch die Brückengasse, über die steinerne Brücke auf die Altstadt. Der Obristburggraf aber setzte nach diesem Gewaltakt sein Enthebungsgesuch auf, das vielleicht mit demselben Zuge abging, der am 31. abends die zweite Prager Deputation, diesmal in aller Stille ohne jedes Gepränge, nach Wien führte.

Die Beratungen in der Reichshauptstadt nahmen mehrere Tage in Anspruch, wobei der eben gesund und gekräftigt aus Italien zurückgekehrte junge Dr Rieger erfolgreich mitwirken konnte. Die Verhandlungen wurden bedeutungsvoll unterstützt durch eine vom 2. April datierte Erklärung der in Wien befindlichen Mitglieder des altständischen Landtages, in welcher verlangt wurde:

a) daß die böhmische Nationalität der deutschen überhaupt, und insbesondere im Unterricht und in der öffentlichen Verwaltung, in Böhmen vollkommen gleichgestellt werde;

b) daß in Hinkunft in Böhmen nicht nur der Bürgerstand, sondern soviel als möglich auch die Klassen aller andern bis jetzt gar nicht oder nicht entsprechend vertretenen Grundbesitzer, und zwar auf die umfassendste Weise mittels selbstgewählter Deputierten, in dem Landtag oder den sonstigen Landesversammlungen vertreten werden.

Unterzeichnet war die Erklärung von Vertretern der ersten Familien des Landes: Ferdinand Lobkowitz, Johann Adolf Schwarzenberg, Vinzenz Auersperg, Karl Paar, Franz Harrach, Eugen, Jaromir und Ottokar Czernin u. a.[1]

Vier Tage später gingen wichtige Personalveränderungen vor sich. Mit allerhöchster Entschließung vom 6. April nahm der Kaiser Stadions Resignation an und ernannte den Erzherzog Franz Joseph zum Statthalter des Königreichs Böhmen. Die beiden Hofräte Graf Prokop Lažanský und Joseph Klezansky wurden dem kaiserlichen Prinzen als Statthaltereiräte „zur Dienstleistung" zugewiesen und der galizische Gubernial-

[1] Hartig, Genesis 263 f.

rat Graf Leo Thun mit allerhöchstem Kabinettsschreiben vom 10. als Präsident mit der Leitung des Landesguberniums betraut.

Die kaiserliche Erledigung der zweiten Landespetition war mittlerweile am 8. April erfolgt. Am 11. morgens trafen die Abgesandten wieder in Prag ein, unbemerkt und unbeachtet, wie sie zwölf Tage zuvor abgefahren waren, ohne Zuruf, ohne ausrückende Bürgerwehr und Legion. Um so erfreulicher war diesmal der tatsächliche Erfolg. Von einer vor dem Altstädter Rathause errichteten Rednerbühne verlas Rieger den Wortlaut der allerhöchsten Entschließung, deren einzelne Absätze mit stürmischem Beifall, mit Fahnenwehen und Trommelwirbel aufgenommen wurden. Denn es war darin allen Hauptpunkten der Petition volle Rechnung getragen: nationale Gleichberechtigung, Errichtung verantwortlicher Zentralbehörden in Prag, nächstens einzuberufender böhmischer Landtag. Nur die „Vereinigung der Länder Böhmen, Mähren und Schlesien unter einer Zentralverwaltung in Prag und in einem gemeinschaftlichen Landtage" wurde an den nächsten Reichstag verwiesen, „wobei die genannten Länder vertreten sein werden".

9.

Am selben Tage trat zum erstenmal das verstärkte St-Wenzel-Komitee zusammen, das jetzt, in vier Sektionen geteilt: für Landesvertretung, nationale Gleichberechtigung, Grundentlastung und Gemeindewesen, den Namen Nationalkomitee, Nationalausschuß = Národní Wýbor annahm. Es war die letzte Amtshandlung Stadions, der seit dem unglückseligen Podepsal keinen eigenen Willen mehr zu haben schien, sondern mehr oder minder allem zustimmte, was man von ihm verlangte[1].

So stand das Königreich Böhmen, wie es scheinen mußte, am Eingang einer neuen glänzenden Zukunft. Alle seine Wünsche waren erfüllt, ein einziger, weil über die Grenzen des Landes hinausreichend, war der Entscheidung des Reichsparlaments vorbehalten. Ein kaiserlicher Prinz, der zweitnächste Thronerbe, war an die Spitze der Regierung, einer der edelsten Söhne des Landes an die Spitze der Landesverwaltung, ein Nationalrat zu maßvoller Begutachtung der höchsten Landesinteressen berufen.

Doch hinter dem Aufbau einer so hoffnungsreichen Entwicklung lauerte der böse Feind nationaler Zwietracht. Wohl war in der ersten grundlegenden Versammlung im St-Wenzelbade das versöhnende Wort erklungen: „Der Deutsche und der Böhme ein Leib", wohl erkannten die Deutschen in

[1] Helfert, Böhmische Bewegung 50—52.

den ersten Tagen dankend ihren böhmischen Brüdern das Verdienst der freiheitlichen Initiative zu, wohl traten die deutschen und die böhmischen Schriftsteller Prags zu friedlich aufmunternder Beeinflussung des öffentlichen Geistes zusammen. Daß aber im Hingang der Wochen ein „Versöhnungsfest" von Deutschen und Slaven veranstaltet werden mußte, und daß dieser Vorgang Bekrittelungen von beiden Seiten erfuhr, war ein sprechender Beweis, daß Verstimmung, Scheelsucht, ja gegenseitige Anfeindung zwischen beiden Nationalitäten in vollem Zuge waren. In dem deutschen Gebiete waren Reichenberg, von wo seit langem an allem, was von Prag ausging, neidisch genörgelt wurde, und Aussig, wo jetzt Einheimische gemeinschaftliche Tage mit sächsischen Gästen abhielten, Hauptsitze und Hauptorgane der böhmenfeindlichen Bewegung. „Es gilt, den deutschen Besitzstand zu wahren", hieß es von dieser Seite. Allein es ward dabei übersehen, daß seit der Weißenberger Schlacht dieser Besitzstand zum Nachteil und zur Einbuße der überwiegenden böhmischen Bevölkerung unverhältnismäßig angewachsen, daß es daher begreiflich war, wenn von letzterer in Amt und Schule, in der ganzen öffentlichen Stellung und im öffentlichen Rechte dasjenige zurückgefordert wurde, was ihm seit nahezu zwei Jahrhunderten verkümmert, vorenthalten, entzogen war. Daß von fanatischen Faktoren der böhmischen Partei dieser Rückforderungsanspruch in oft maßloser Weise Ausdruck fand, konnte kaum ausbleiben und trug gewiß nicht zur Dämpfung der beiderseitigen Leidenschaften bei[1].

* * *

Eine charakteristische Erscheinung im Jahre der Wirrnis hat die Deutschen in Ländern und Orten, wo sie die Minderzahl einer gemischten Bevölkerung bildeten, eine eigentümliche Rolle spielen lassen: entweder durch Begeisterung und Feuereifer für die Sache einer Nation, deren Sprache sie kaum verstanden, wie größtenteils in Ungarn, oder im Gegenteil durch übertriebene, ja oft geradezu lächerliche Besorgnisse vor jedem Lebenszeichen, jeder Bewegung, die sich in der fremdsprachigen Bevölkerung zeigte, wie dies namentlich in Galizien der Fall war. Die deutschen Bewohner von Lemberg waren bei der ersten Erhebung ihrer polnischen Landsleute voll kleinmütiger Angst, als ob es sich den Polen um nichts Geringeres handelte, als die Deutschen samt und sonders umzubringen. Als die Sache ablief, ohne daß von irgend einem lebensgefährlichen Angriff etwas zu hören war, atmeten sie frei auf und dankten dem lieben Gott, der sie über die Gefahr von Folter und Totschlag glücklich hinübergebracht. „Vor drei Tagen", hieß es in einem am 20. März von einem Lemberger geschriebenen Briefe, „wollte

---

[1] Vgl. Helfert, Graf Leo Thun 39—44.

man uns Deutsche noch ermorden, es wäre ein gräßliches Blutbad eingetreten. Seit aber die Nachrichten aus Wien gekommen sind und Graf Stadion so klug und kräftig gehandelt hat, ist alles wie umgewandelt. So grenzenlos der Haß der Polen gegen uns Deutsche war, so freundlich sind sie jetzt gegen uns gesinnt. Das danken wir allein unserem edlen Gouverneur, er hat alle Herzen versöhnt. . . ." Es braucht wohl kaum gesagt zu werden, daß bei aller damals unleugbar vorhandenen feindseligen Gesinnung der Polen gegen die Deutschen die nordische Wiederauflage einer sizilianischen Vesper eine von der blassen Furcht eingegebene leere Einbildung war. Nachdem es Franz Stadion, dem einzigen von allen politischen Chefs der österreichischen Länder, durch Umsicht und Entschlossenheit gelungen war, der im Ausbruche begriffenen Empörung Herr zu werden und zu bleiben, lief polnischerseits alles, was von ihr in überschwenglicher Weise geplant war, in durchaus gesetzmäßigem Geleise ab.

In Lemberg war gleich in den ersten Tagen nach dem politischen Umschwung eine Landespetition abgefaßt worden — Dr Franz Smolka galt als ihr Urheber —, die sehr weitgehende Forderungen stellte: Entfernung aller fremdländischen Beamten; Organisierung der Nationalgarde auf breitester Grundlage; Beeidigung der im Lande garnisonierenden Truppen, nichts gegen die Nationalinstitutionen zu unternehmen; Einführung der polnischen Sprache in Schule, Amt und Gericht; schleunigste Einberufung einer Nationalversammlung ohne Unterschied des Standes und der Religion. Diese Ununterschiedenheit wurde sogleich bei der Wahl der Mitglieder für die große Landesdeputation zum Ausdruck gebracht, welche die Petition nach Wien bringen und an höchster Stelle ihre Gewährung durchsetzen sollte; es waren in ihr vertreten zehn Gutsbesitzer — an deren Spitze Fürst Georg Lubomirski, dann Leszek Borkowski, Karl Hubicki u. a. —, acht Jurisdoktoren und Advokaten, darunter Florian Ziemiałkowski und Marian Dylewski, vier Literaten und Journalisten, darunter Jan Dobrzański, vier Geistliche lateinischen und armenischen Ritus, aber kein Ruthene, vier aus dem christlichen Kaufmannstande, fünf Juden — vier Kaufleute und Rabbiner Kohn —, zwei Beamte, zwei Studenten, drei Schneidermeister und ein Schneidergesell, ein Schauspieler[1].

Die Deputation war angewiesen, sich auf ihrem Wege in Krakau aufzuhalten und sich durch dortige Teilnehmer zu verstärken. In der alten Jagellonenstadt wurde am 30. März ein Komitee behufs Abfassung einer Majestätsadresse eingesetzt, die sich in ihrem wesentlichen Inhalt an die galizische Landesadresse anschließen sollte. Unter den fünfzehn berufenen Deputierten befanden sich Fürst Stanislaus Jablonowski als Führer, die Gutsbesitzer Stanislaus Borowski und Graf Kuczkowski, Dom-

[1] Wortlaut der Petition s. Widmann, Franz Smolka, Wien 1887, 201—204.

herr Franz Ritter v. Rozwadowski, Dr med. Professor Bierkowski, Notar Franz Jakubowski, der ehemalige Justitiar Karl Langie, Rabbiner Baer Meisels, drei Bauern und zwei Studenten. Auch Graf Kasimir Wodzicki und Bankier und Steinkohlengrubenbesitzer Leon Bochenek erhoben Pässe, um in Gesellschaft mit den Deputierten nach Wien abzugehen. Wodzicki und Bochenek wurden vom Krakauer Polizeidirektor Kröbl in einem an den Minister Pillersdorff erstatteten Bericht als „gemäßigt und von besserer Bildung" bezeichnet; von den andern könne er nur dem Jablonowski, Kuczkowski, Rozwadowski und Jakubowski eine höhere Intelligenz zusprechen; selbst dem Literaten Langie, „der sich die Befolgung der Dogmen des exaltierten polnischen Nationalkomitees zum Grundsatze macht", gehe eine richtige Kenntnis und Beurteilung der Verhältnisse ab; alle andern seien „Menschen mit gewöhnlichem Hausverstand, gehören der gemäßigten Partei an und genießen einen guten Ruf" [1].

Der 20. März brachte ein kaiserliches Amnestiepatent für alle wegen Hochverrats und Störung der inneren Ruhe des Staates angeklagten oder verurteilten Personen: jede weitere Untersuchung sollte eingestellt, den Gefangenen der Rest ihrer Strafe nachgesehen, die einen wie die andern sollten sofort in Freiheit gesetzt werden — gegengezeichnet von Kolowrat, Pillersdorff, Taaffe [2]. Die Wohltat der Amnestie erfuhren die wegen der letzten Unruhen im lombardisch-venetianischen Königreiche gemaßregelten Individuen und die aus Anlaß der sechsundvierziger Ereignisse zu mehrjähriger Kerkerhaft verurteilten galizischen Verbrecher [3].

Der größte Teil der galizischen Hochverräter saß ob dem Brünner Spielberg, und der Vizepräsident des mährischen Landesguberniums Graf Leopold Lažansky war es, der ihnen nach einer mahnenden Ansprache die Tore des Gefängnisses öffnete. Zehn Polen, die ihr Verbrechen in der Festung Kufstein abbüßten, erhielten am 1. April ihre Freiheit; ihr erster Gang war in die Kirche, wo die Volkshymne angeklungen wurde [4]. Doch

---

[1] Vom Rabbiner Meisels hieß es in dem vom 2. April datierten Berichte Kröbls Nr 484 praes., Ministerium d. Innern ad Nr 409, er sei „ein großer Anhänger der polnischen Nationalität", sei jedoch von der israelitischen Gemeinde mit keiner Vollmacht versehen „und auch von ihr hierzu aus dem Grunde nicht gewählt worden, weil er weder in Beziehung auf seine Bildung noch rücksichtlich des persönlichen Vertrauens diesem Zweck entsprechen soll". Meisels wurde 1849 in den konstituierenden Reichstag gewählt, also scheint die Charakteristik Kröbls doch wohl nicht das Richtige getroffen zu haben.

[2] Beyer, Chronik 19.

[3] An die seit 1831 in der Festung Szegedin in Haft sitzenden Italiener soll nicht gedacht worden sein (Max. Bach, Wien 1898, 219).

[4] A. A. Ztg Nr 99 vom 8. April, S. 1570. Über eine boshafte Verleumdung des Grafen Lažansky s. Jubiläumsfestnummer der Wiener Ztg 1904, 34.

das war leider nicht die allgemeine Stimmung. Nur die wenigsten Begnadigten hat aufrichtige Reue über ihre politischen Verirrungen und der ernste Vorsatz, sich fernerhin davon fernzuhalten, in das bürgerliche Leben zurückgeführt. Viele, ja wohl die meisten, dachten nicht daran, die wiedergewonnene Freiheit zu etwas anderem zu verwenden, als das gefährliche Spiel, für das sie nach den Bestimmungen des Gesetzes zu büßen hatten, von neuem zu beginnen. Die über sie ergangene Verurteilung und von ihnen erduldete Haft galt ihnen als politisches Märtyrertum und Verdienst; mehr als einer von ihnen ließ sich ein amtliches Zeugnis ausstellen, daß er an dem Aufstande von 1846 teilgenommen und dafür im Kerker geschmachtet hatte. In der Tat wurden sie in Lemberg und in Krakau wie in allen größeren Städten des Landes mit offenen Armen aufgenommen, geehrt und gefeiert.

Anders faßte das kaisertreue Landvolk die Sache auf, das nicht begreifen wollte, wie man Verbrecher, die sich gegen den Kaiser so schwer vergangen hatten, freilassen könne: „Haben sie nicht vielleicht selbst ihre Fesseln gesprengt, oder sind sie etwa von ihren gleichgesinnten Genossen mit Gewalt befreit worden? Sollen wir nicht die Entsprungenen einfangen und der Regierung einliefern? Wir werden schon hineinkommen in die Stadt und dem Kaiser wieder Ordnung machen!" In einzelnen Gegenden war die Gärung so drohend, daß, als Belehrungen nicht die erwünschte Wirkung hatten, militärische Streifungen veranstaltet werden mußten, um die Ordnung herzustellen[1].

Ein Leitartikel der neugegründeten Krakauer Jutrzenka (Morgenstern, Morgenröte) wies das konstitutionelle Geschenk, das dem Lande von Wien aus gebracht worden, hochfahrend ab: „Uns Polen hat man nur zurückgegeben, was wir seit Jahrhunderten besaßen und was man uns verräterisch genommen hat, die politische Freiheit!" Verschwiegen war dabei, daß diese Freiheit „seit Jahrhunderten" nur einer bevorzugten Kaste zu gute gekommen war, während Millionen der übrigen Bevölkerung in der erniedrigendsten Leibeigenschaft geschmachtet und geseufzt hatten. In Krakau wie in Lemberg wurde das Tragen nationaler Abzeichen sowie der Konfederatki als Kopfbedeckung bald allgemein. In Lemberg trat am 21. eine Art Nationalausschuß oder Volksrat, Rada narodowa, zusammen, in welchem der Redakteur Jan Dobrzański den Vorsitz führte. Stadion war bemüht, allen Ausschreitungen mit Kraft entgegenzutreten. Am 22. verbot er das Waffentragen ohne behördliche Erlaubnis sowie die Abhaltung von Volksversammlungen und öffentlichen Reden; die Nationalgarde sollte auf Lemberg beschränkt bleiben, im offenen Lande nicht geduldet werden. Die Zensur war aufgehoben; doch der Gouverneur erklärte Schriftstellern und Verlegern,

[1] Helfert, Der Krakauer Emigrantenaufstand 7—10 15 f.

daß er sich die Unterdrückung irreligiöser, sittenwidriger oder politisch aufreizender Schriften vorbehalte.

Das Widerspiel der Lemberger Zustände bildeten jene in Krakau, wo der k. k. Hofkommissär Graf Moritz Deym, geschreckt in seinem Innern und aufgeregt durch den Gedanken, was die nächste Zukunft bringen werde, am 23. seinen Posten verließ und die Weiterführung der Geschäfte in die Hände des Kreishauptmanns Wilhelm Frh. v. Krieg-Hochfelden übergab, der gewiß den besten Willen hatte, aber weder die Voraussicht noch die Kraft besaß, die nötig waren, um in dem Sturm der Ereignisse das Ansehen des Gesetzes unerschüttert aufrecht zu halten. Am 29. März trat in Krakau ein Bürgerkomitee zusammen, das den „Bürger" (obywatel) Joseph Krzyżanowski zu seinem Präsidenten, den Bürger Karl Langie zum Schriftführer wählte. Die vorgehaltene Bestimmung dieses Bürgerausschusses war, daß er als Vermittler zwischen der Regierung und seinen Mitbürgern, als Dolmetsch ihrer Wünsche fungieren sollte. In feierlichem Aufzuge verfügten sich am 5. April die Mitglieder des Komitees zum Stellvertreter des k. k. Hofkommissärs, um von diesem die Genehmigung der Regierung zu erbitten. Baron Krieg willigte unter der Bedingung ein, daß die Mitglieder des Ausschusses ihm jederzeit bekannt gegeben, die gefaßten Beschlüsse unverweilt zu seiner Kenntnis gebracht würden, und daß keine Kundmachung oder Aufruf ohne seine Zustimmung erfolge. Das Versprechen seitens der Städtischen wurde gegeben — um alsogleich gebrochen zu werden. Denn schon in den nächsten Tagen mußte Krieg erfahren, daß das Komitee, ohne ihn zu fragen oder ihm Anzeige zu erstatten, neue Mitglieder aufgenommen habe und fortwährend aufnehme, daß es seine Wirksamkeit auszudehnen suche und selbe nicht auf das Weichbild der Stadt beschränke, sondern über das ganze Krakauer Gebiet ausdehne. Auf diesem Wege wurde das städtische Komitee, das von besonnenen Bürgern in der bestmeinenden Absicht geplant sein mochte, Schritt für Schritt mehr zu einem Werkzeuge der Revolution, das immer neue Versuche machte, sich zur Geltung zu bringen.

Außerhalb der beiden Hauptstädte griff die Auflehnung um sich, gärte es in allen Schichten der galizischen Bevölkerung. Kommunistische Agenten durchstreiften das offene Land, verhetzten einerseits die Bauern gegen die Gutsbesitzer, während sie anderseits diese drängten, ihre Hörigen durch Schenkung der Robot zu gewinnen. In vielen Kreisstädten bildeten sich aus Gutsbesitzern und deren Mandataren sowie andern Personen, darunter manchen wahrhaft katilinarischen Existenzen, sog. Volksräte (rada narodowa), angeblich wie in Krakau zu dem Zwecke der Aufrechthaltung von Ruhe und Ordnung, zur Unterstützung der Amtshandlungen der Behörden, zur Vermittlung zwischen der Regierung und der Bevölkerung. Tatsächlich aber lief es darauf hinaus, die Maßregeln der Kreisbehörden zu kontrollieren,

deren berufsmäßiges Wirken, sobald es nicht ihren Zwecken dienlich sein wollte, zu erschweren und zu hemmen. Graf Stadion machte seine Ämter auf diese „Intriguen" aufmerksam und befahl ihnen, derlei Interventionen nicht zu dulden und den Zusammentritt solcher Volksräte ebensowenig zu gestatten als die Bildung von Nationalgarden, die man in einigen Kreisstädten anstrebte[1]. Er handelte dabei im vollen Einverständnisse mit dem Landeskommandierenden Baron Hammerstein, der an wichtigeren Punkten Streitkräfte zusammenzog und von Zeit zu Zeit mobile Kolonnen durch das Land streifen ließ.

Einer der Hauptorte aufrührerischen Treibens war in Ostgalizien die Stadt Stanislawów, deren Kreishauptmann August Gerhard v. Festenburg nicht die Energie besaß, dem auf ihn einstürmenden Drängen der revolutionären Partei Widerstand zu leisten. Er ließ gegen den gemessenen Befehl des Gouverneurs die Bildung einer Nationalgarde geschehen, die nur zu bald einen ausgesprochen politischen Geist entwickelte, eine Kirchenparade für Erteilung der Konstitution feierte, einen Trauergottesdienst für die in Wien gefallenen „Opfer der Freiheit" abhalten ließ, Übungsmärsche veranstaltete. Aus Lemberg kam an das Kreisamt der Auftrag, die Nationalgarde sogleich aufzulösen, und der Gubernialrat Graf Leo Thun wurde von Stadion beauftragt, als landesfürstlicher Kommissär mit ausgedehnter Vollmacht in der Stadt und im Kreise Ordnung zu schaffen. Thun trat in Stanislawów mit der ihm eigenen Entschlossenheit und Unerschrockenheit auf, verfügte, vom Militärkommandanten Generalmajor Joseph Kalliany v. Kallian kräftig unterstützt, unter stürmischen Auftritten, wobei sein Leben mehr als einmal Gefahr lief, die Auflösung der Nationalgarde und betraute unter Abberufung des Kreishauptmanns den vertrauenswürdigen Kreiskommissär Karl Neußer mit der Leitung der Kreisbehörde, 12. bis 14. April. Als Thun die Stadt verließ, war die gesetzliche Ordnung hergestellt; vor dem Brigadegeneral erschien eine Abordnung von drei anständigen Herren mit der Erklärung, daß die Nationalgarde aus Achtung für sein im Dienste ergrautes Haupt, und um das k. k. Militär nicht aufzureizen, beschlossen habe, ihre Waffen gutwillig niederzulegen[2].

10.

Die frohe Botschaft von den Errungenschaften der Pester Märztage war nun schon bis an die äußersten Grenzen des Ungarlandes gedrungen und überall mit freudigem Jubel aufgenommen worden. Das Volk strömte in

[1] Dodatek nadzwyczajny do nr. 48. Gazety Lwowskiéj (April 1848).
[2] Helfert, Graf Leo Thun in Galizien: Österr. Jahrbuch 1893.

die Komitatsgebäude, halb ungläubig vor Freude, daß es zu etwas anderem erscheinen sollte als zur Ansage der Fronen und Herrendienste, zur Ausschreibung von Steuern und Abgaben. In Neusatz und Temesvár wurden die zwölf Pester Punkte mit 101 Kanonenschüssen begrüßt; unter freiem Himmel verrichteten der katholische und der nichtunierte Pfarrer, der protestantische Pastor und der jüdische Rabbiner an vier Altären Dankgebete für den glorreichen Sieg der Revolution. Die nichtmagyarischen Völkerschaften begrüßten den Anbruch einer neuen glücklichen Zeit, Bruderkuß und Umarmung wanden um hoch und nieder ein fröhliches Band; der alte Groll zwischen Serben und Magyaren schien vergessen, beide blickten froh in eine Zukunft, von der sie die Erfüllung aller ihrer Wünsche erwarteten. Mit dem Hergebrachten, wo es feindselig der Bewegung entgegenstand, wurde schnelle Abrechnung gepflogen, und so hatte fast jede Stadt, jede größere Ortschaft ihr Revolutiönchen, indem sie die nach einem beschränkten Zensus gewählten Magistrate vertrieben und aus dem allgemeinen Wahlrecht neue Männer hervorgehen ließen. Wo Buchdruckereien bestanden, machte man sogleich von der freien Presse Gebrauch und ließ Proklamationen im Sinne der neuen Freiheit verbreiten. Auch an Errichtung von Nationalgarden fehlte es nicht[1].

Nach Klausenburg, dem Sitze des siebenbürgischen Landesguberniums mit dem Grafen Joseph Teleki an der Spitze, kam die Nachricht von den Wiener und Pester Ereignissen am 20. März, und eine ungeheure Aufregung ergriff die zumeist magyarische Bevölkerung, unter welcher der Gedanke einer Union mit Ungarn längst heimisch war[2]. Maueranschläge in diesem Sinne zeigten sich in den Straßen, eine Dank- und Bittadresse an den König wurde beschlossen. „Wer nicht einsieht", schrieb der radikale Erd. Hiradó, „daß wir jetzt eine gründliche und augenblickliche Umwandlung durchmachen müssen, und zwar durch einen so großen Sprung, als wenn eine mächtige Hand uns plötzlich vom sibirischen Zobelfang an die Ufer des Mississippi schleuderte, an dessen dickem Hirnschädel scheitern alle Waffen der Zeitpresse." Am 22. März fand ein Zusammentritt der Führer der konservativen und der Oppositionspartei statt, die sich über ein gemeinschaftliches Programm verständigten: Vereinigung mit Ungarn, Teilnahme des Adels an allen Lasten, Auflösung der Urbarialverhältnisse[3]. Daneben gab es aber sowohl im Ungar- als im Széklerlande bedenkliche Erscheinungen: Widersetzlichkeit gegen die Landesbehörden, Verweigerung der Rekrutenstellung, Aufläufe gegen die Juden. Viele Gutsbesitzer zogen sich vorsichtsweise in die Städte.

---

[1] (Siegfried Kapper,) Die serbische Bewegung in Südungarn, Berlin 1851, 50.
[2] Friedenfels, Bedeus v. Scharberg II 367—391 „Union".
[3] Siebenbürger Bote Nr 28 vom 3. April, S. 114.

Auch in der Hauptstadt des Sachsenlandes ließ sich vorerst die allgemeine Strömung nicht aufhalten, alles huldigte der ungarischen Trikolore; nur einzelne, wie Professor Joh. Gottfried Müller, hatten den Mut, das österreichische Schwarz-gold an ihre Brust zu heften[1]. Eine Privatgesellschaft in Hermannstadt beschloß Dankadressen an den Kaiser, an die niederösterreichischen Stände, an den Nationsgrafen (comes nationis saxonicae) Franz v. Salmen. Doch bald trat, was die ungarische Frage betraf, ein Umschwung ein. Falls schon die Union beschlossen würde, meinten die Sachsen, müßten Bürgschaften für die unverletzte Aufrechthaltung ihrer nationalen Selbständigkeit und Eigenverfassung gegeben sein. Der Bürgerverein in Schäßburg richtete an die Nationaluniversität die Bitte um Wehrhaftmachung des sächsischen Volkes durch Errichtung einer Nationalgarde. Als der Kronstädter „Satellit" einen von einem Schriftsteller rätselhafter Herkunft Anton Kurz unterzeichneten Artikel für Anstrebung und Förderung der Union mit Ungarn brachte, erfuhr er von allen Seiten ernstliche Angriffe und spöttische Bemerkungen. Die meisten Sachsen blickten nach Wien und wahrten die angestammte Kaisertreue[2].

In den von Ungarn und Szeklern bewohnten Landesteilen währten die Unordnungen fort. Im Udvarhelyer Stuhle wurde eine Volksversammlung unter freiem Himmel abgehalten, in welcher Baron Georg Apor, Sohn des Hofrats, Graf Joseph Haller von Weißkirch und der Abgeordnete Szombatfalvi die extremsten Anträge stellten: man solle sich der Salzgruben und Bergwerke als Eigentumes der Nation bemächtigen, kein Geld mehr nach Wien schleppen lassen; das Grenzmilitär solle die Waffen ablegen. Eine Deputation wurde nach Klausenburg abgeschickt, wo sie am 8. April mit ausgelassenem Jubel empfangen wurde. Abends Fackelzug unter fortwährenden Rufen: „Es lebe die Union! Nieder mit Jósika." Sein Bildnis, das des Sachsengrafen Franz von Salmen sowie Blätter der konservativen Zeitschrift „Mult és Jelen" wurden dem Feuertode geweiht, dem Redakteur Franz Szilágyi die Fenster eingeworfen, die kaiserlichen Adler verstümmelt und zertrümmert[3].

* * *

In der ungarischen Hauptstadt wurden die königlichen Entschließungen über die Repräsentation der Stände mit nicht geringerer Ungeduld erwartet

---

[1] Ein harmonisches Verfassungsfest in Sächsisch-Reen s. Beiträge zur Kenntnis von Sächsisch-Reen, Hermannstadt 1870, 187 f.

[2] Ausführlich über diese Ereignisse Friedenfels a. a. O. II 10—22.

[3] Ebd. II 35.

wie in Preßburg. Am 18. März erschien eine zahlreiche Abordnung des Pester Sicherheitsausschusses und der Universität, geführt von Paul Hajnik, in Preßburg. Sie hatte den Auftrag, die Annahme der zwölf Irinyischen Punkte durchzusetzen, und falls sie dies beim Landtage nicht erreichen könnte, weiter nach Wien zu gehen. Die untere Tafel bewilligte — wie es seinerzeit der Pariser Konvent zu tun pflegte — der Deputation den Empfang in öffentlicher Sitzung; doch der Bescheid, der ihr zu teil wurde, entsprach nicht dieser Auszeichnung. Kossuth, der sich jetzt als Minister fühlte, antwortete im Namen des Hauses. Er begrüßte und lobte die freiheitliche Stimmung, von der sich die Bürger der ungarischen Hauptstadt erfüllt zeigten, allein er könne es nicht zugeben, daß sich der Landtag durch äußere Anregungen in seinen Beschlüssen bestimmen lasse: „So hoch Pest und Ofen als Landeshauptstädte stehen, haben sie der Volksvertretung gegenüber keine andere Stellung als andere Gemeinden des Landes, ja das ganze Land selbst.“

Das war deutlich gesprochen, und die Deputation fand es nicht geraten, sich in Wien eine zweite Lektion zu holen. Auch in Pest war es keine freundliche Aufnahme, die sie bei ihrer Rückkehr fand, da Paul Nyáry, der Präsident des Sicherheitsausschusses, aus seinem Mißmut über Kossuths harte Abweisung kein Hehl machte. Auch sonst herrschte in Pest eine bedenkliche Stimmung, die durch allerhand Gerüchte fortwährend gereizt wurde. Über den russischen Zar, den die Vorwärtsdrängenden als politischen Wauwau gebrauchten, wurden immer neue Märchen in Umlauf gesetzt. Als in diesen Tagen die Posten aus St Petersburg ausblieben, brachte Diósy im „Ungar“ (Nr 66 vom 19. März) die „allerneueste Nachricht“, daß Kaiser Nikolaus „an einer Leberkrankheit“ plötzlich gestorben und in dessen Hauptstadt die Revolution ausgebrochen sei. Zwar mußte schon am nächsten Tage Widerruf erfolgen, allein man ließ sich's nicht nehmen, daß in Rußland „außerordentliche Dinge vorgehen“, was sich schon daraus abnehmen lasse, daß die Petersburger Zeitung vom 3. (11.) März ohne Angabe eines Grundes erklärt habe, die nächste Nummer werde erst Dienstag, den 7. (15.) März erscheinen. Erst später klärte sich das Mißverständnis auf, daß es dazwischenfallende russische Feiertage waren, welche die journalistische Unterbrechung herbeigeführt hatten.

Erzherzog Stephan war am 18. März, 3 Uhr nachmittags, aus Wien in Preßburg eingetroffen und wurde, da man wußte, daß er gute Nachrichten bringe, am Abend mit einem Fackelzuge beehrt. Am 19. fand im Saale der Magnatentafel eine gemischte Landtagssitzung statt, in welcher der Palatin über seine Wiener Mission Bericht erstattete und das königliche Reskript vom 17. vorlesen ließ, laut dessen Ungarn ein eigenes, selbständiges Ministerium bewilligt und Graf Louis Batthyány mit der Bildung des Kabinetts betraut war, den der Erzherzog somit den hochlöblichen Reichsständen als Premierminister vorstellte. Die Sitzung vom 22. beschäftigte

sich mit der Redaktion der diese durchgreifende Umstaltung des ungarischen Staatswesens regelnden Gesetzartikel. Die wichtigsten dieser Bestimmungen waren folgende: Wenn der König außer Landes ist, liegt die vollziehende Gewalt mit unbeschränkter Machtvollkommenheit in den Händen des Palatins, „und seine Person ist in diesem Falle gleichfalls unverletzlich“ (Art. 2). Die ungarische Hofkanzlei, die ungarische Hofkammer und die ungarische Statthalterei gehen in dem nunmehrigen ungarischen verantwortlichen Ministerium auf (Art. 6). Gegenstände, welche der Entscheidung Sr Majestät vorbehalten sind, „sind in Abwesenheit des Königs durch das Ministerium dem Palatin als königlichem Statthalter zur Entscheidung zu unterbreiten“ (Art. 7). Die Ernennung des Ministerpräsidenten, wenn der König außer Landes ist, erfolgt vom Palatin unter Vorbehalt der Genehmigung des Königs (Art. 11)[1].

Am Tage nach diesen eingreifenden Beschlüssen gab der Ministerpräsident den Ständen die Namen der von ihm zu Mitgliedern seines Kabinetts ausersehenen Persönlichkeiten bekannt. Die Wahl war eine gute zu nennen, sie traf durchaus Männer, denen das allgemeine Vertrauen, sowohl was ihre Befähigung als was ihren öffentlichen Charakter betraf, entgegenkam: Äußeres erhielt Fürst Paul Esterházy, der sich als langjähriger Botschafter in London einen Namen gemacht hatte; Inneres Barth. Szemere, ein warmer Verehrer französischer Institutionen; Justiz Franz Deák, ein loyaler Patriot von einer seltenen Lauterkeit des Charakters, scharfem Verstand, maßvoller Einsicht in das, wessen die Zeit bedurfte; Unterricht Baron Joseph Eötvös, in frühen Jahren in der ungarischen Hofkanzlei und in der Komitatsverwaltung praktisch geschult, dann einer der Hauptmitarbeiter des „Pesti Hirlap“, Gelehrter und Schriftsteller sowohl in ernster wie in belletristischer Richtung — sein Roman „Der Dorfnotar“ hatte Aufsehen im Lande gemacht und war in fremde Sprachen übersetzt —; Kommunikationen Graf Stephan Széchényi; der friedliebende Gabriel Klauzál Handel und Industrie; der vom Obristen von den Sardinienhusaren Nr 7 zum General beförderte Lazar Meszáros den Krieg[2]; für die Finanzen war Kossuth Lajos ausersehen, und hier gab es ein scheinbares Hindernis. Kossuth hatte bei seiner Wahl zum Pester Abgeordneten feierlich und auf Ehrenwort erklärt, niemals und unter keinen Umständen ein Regierungsamt anzunehmen, und im Hinblick auf diesen Umstand äußerte er Bedenken, in das Ministerium zu treten,

---

[1] Voller Wortlaut bei Janotyckh, Tagebuch II 44—47.

[2] Charakteristik der neuen Minister s. Max Schlesinger, Aus Ungarn, Berlin 1850, und Chownitz Julian alias Joseph Chowanetz, Gesch. d. ungar. Revolution I, Stuttgart 1849, 65—72; über Kossuth insbesondere ebd. 55—60. Über den Handelsminister Klauzal heißt es bei Irányi-Chassin, Histoire politique de la Révolution de Hongrie I 173: Parleur sentimental, presque mélancolique, malgré son extrême timidité il dirigea les affaires commerciales et agricoles avec beaucoup de patriotisme, de dévouement, de probité.

bevor die Erlaubnis seiner Kommittenten hierzu eingelangt wäre. Das Ganze war eine bloße Komödie. Denn sein Pester Kollege Szentkirályi kam ihm durch den Sophismus zu Hilfe: als Minister sei er kein Regierungsbeamter, sondern die Regierung selber; er habe geschworen, kein Kutschengaul zu sein, nicht aber, daß er kein Kutscher sein wolle. Einige Tage früher war in Pest ein Flugblatt erschienen: „Wen wünscht die Nation zu verantwortlichen Ministern?"[1] Darin waren die Namen Batthyány, Deák, Kossuth, Szemere, Eötvös mit der Batthyányschen Liste gleich; allein im übrigen waren andere Persönlichkeiten vorgeführt: Franz Pulszky für die Finanzen (Kossuth sollte Handel und Kommunikationen übernehmen); Moritz Szentkirályi Kultus; Siegmund Perényi Justiz; Paul Nyáry Polizei; Ladislaus Teleki Krieg. Mit voller Zuversicht hatte Nyáry auf ein Portefeuille gerechnet und empfand es als schwere Kränkung, sich in der offiziellen Liste übergangen zu sehen; den Posten als Unterstaatssekretär, der ihm angeboten wurde, lehnte er ab und trat von da an in Gegnerschaft zu Kossuth[2].

Es war merkwürdig, daß weder im Kabinett des Kaisers noch im Pester Sicherheitsausschuß in allererster Linie an den Mann gedacht wurde, den wegen seiner jahrelangen unschätzbaren Verdienste um die geistigen und materiellen Interessen seines Landes und Volkes selbst politische Gegner wie Kossuth Lajos den „großen Ungar" nannten. Stephan Széchényi mußte sich im Ministerium mit einer zweiten Stelle begnügen und Louis Batthyány sagte halb Scherz halb Ernst zu ihm: „Unsere Fehde war ein Whistspiel, Ihr haltet die Honneurs, aber wir haben den Trick."[3]

* * *

Am 24. März reisten Erzherzog Stephan und Graf Batthyány nach Wien, um sich die allerhöchste Sanktion für die vom Landtag gefaßten Beschlüsse zu erbitten. Am zweiten Tage darauf liefen in Preßburg und bald auch in Pest Gerüchte um, die Portefeuilles des Äußern, des Kriegs und der Finanzen fänden in Wien Bedenken, was eine ungeheure Aufregung der Gemüter zur Folge hatte. In Pest erschien ein von Irányi und Vörösmarty verfaßter Aufruf des mit der Aufrechthaltung der Ordnung betrauten städtischen Ausschusses gegen das frevelhafte Unternehmen, die Kriegs- und Finanzangelegenheiten, „mithin Nerv und Blut der Nation den ungarischen Händen zu entwinden und so das heilig gegebene Wort durch falsche Auslegungen zu vereiteln. Wir verwahren uns

[1] Janotyckh, Archiv I, Altenburg 1851, 7.
[2] Horváth-Novelli, Fünfundzwanzig Jahre II 545 f.
[3] Levitschnigg, Kossuth und seine Bannerschaft I, Pest 1850, 198.

gegen dieses Beginnen, das nichts anderes wäre als eine Täuschung und offenbare Hintergehung der Nation und ihrer gerechten Forderungen"[1].

Am 29. März vormittags 9 Uhr näherte sich das Wiener Dampfboot dem Landungsplatze zu Preßburg; die Flagge zeigte, daß sich der Palatin an Bord befinde, aber keine Schüsse, keine Freudensignale empfingen ihn. Um 10 Uhr wirbelte die Alarmtrommel, die Nationalgarde eilte auf ihre Sammelplätze, Leute liefen mit bestürzten Gesichtern durcheinander, an vielen Orten schlossen sich die Verkaufsläden; es hieß, der Palatin und die Minister hätten ihre Stellen niedergelegt. Um 12 Uhr war Sitzung der Magnaten, um 1 Uhr gemischte Sitzung beider Tafeln unter persönlichem Vorsitz des Erzherzogs, der mit erschütternden Eljen, mit Schwenken von Hüten und Tüchern empfangen wurde; denn sowohl der Saal als die Galerien waren zum Erdrücken voll. Das königliche Reskript, datiert vom 28., bestätigte die vom Ministerpräsidenten zusammengestellte Ministerliste mit Ausnahme der für die auswärtigen Angelegenheiten, für das Kriegswesen und für die Finanzen; das Reskript war in Ermanglung eines ungarischen Hofkanzlers unterzeichnet vom Hofrat Zsedényi. Die Verlesung des Reskripts wurde stellenweise mit Hohn und Zischen, mit lautem Lachen unterbrochen; man vernahm Verwünschungen des Erzherzogs Ludwig, der dem König diese Ratschläge erteilt habe, „obwohl er nicht Palatin ist und sich folglich in unsere Angelegenheiten nicht zu mischen hat", des „durchgefallenen" ungarischen Kanzlers, des „unwürdigen" Kanzlers von Siebenbürgen — was alles mit stürmischem Beifall und wildem Geschrei aufgenommen wurde[2]. Nachdem sich der Sturm etwas gelegt hatte, erklärte Graf Batthyány in seinem und der andern Minister Namen, unter solchen Umständen keine Verantwortung übernehmen zu können. Kossuth gab Zsedényis Namen der allgemeinen Verachtung preis und verlangte dessen Bestrafung. Der Palatin suchte die Aufregung zu beschwichtigen und die Minister zu einer ruhigeren Haltung zu bewegen, was ihm auch einigermaßen gelang. Er versprach unverweilt nach Wien zurückzukehren und dem Monarchen die erhobenen Schwierigkeiten vorzustellen.

In der Landtagsjugend hatten aber die Worte Kossuths gezündet, und sie ging, da verlautete, Zsedényi befinde sich in Preßburg, auf die Suche nach ihm aus. Man stürmte in die Wohnung der Baronin Meskó, wo man ihn zu finden glaubte, und durchstöberte sie mit wenig Rücksicht auf die Hausfrau, deren Geschlecht man zu schonen hatte. Als Zsedényi nicht zu finden war, machte sich die Entrüstung in ungezähmten Ausbrüchen der Wut gegen den Mann Luft, „der die schönsten Jahre seines Lebens damit verbracht hat, die perfide Politik Metternichs ins Ungarische zu übersetzen".

---

[1] Den vollen Wortlaut s. Janotyckh a. a. O. I 15—17.

[2] Österr.-deutsche Ztg Nr 11 vom 1. April, S. 2 f.

Le a hazaárulóval — nieder mit dem Verräter! Zuletzt wurde beschlossen, sowohl das königliche Reskript als das Bildnis Zsedényis öffentlich den Flammen zu überliefern, was noch an demselben Abend auf dem Theaterplatz vor der Promenade in Ausführung kam[1].

Kossuth sandte mit dem Rufe: „Das Vaterland ist in Gefahr!“ Emissäre auf das Land, um in den Ortschaften der Umgebung für den äußersten Fall den Landsturm aufzubieten. Womöglich noch toller ging es in der Landeshauptstadt zu. Man sprach im Sicherheitsausschusse von der Kreierung eines Nationalkonvents; mit Mühe gelang es Nyáry und Szemere, die erhitzten Köpfe zu einiger Vernunft zu bringen. Aber auf der Straße tobte es fort. „Zu den Waffen!“ hörte man rufen. Im Falle längeren Widerstrebens der Wiener Regierung wollte man sich der Generale versichern und dann die Garnison überfallen und entwaffnen. Man sprach von Vernichtung der Pragmatischen Sanktion, von Losreißung Ungarns von der Monarchie; die einen wollten den Palatin zum König ausrufen, die andern verlangten die Republik. Ein Aufruf des Sicherheitsausschusses mahnte, sich noch einige Zeit zu gedulden, aber sich für den äußersten Fall bereit zu halten.

Als man in Wien die böse Wirkung erfuhr, welche das königliche Reskript hervorgerufen hatte, wurde für den 30. März eine neue Staatskonferenz anberaumt. Pillersdorff schrieb an den Erzherzog Ludwig: „Die schnelle Pazifikation von Ungarn durch gewährende Zugeständnisse scheint mir in der dermaligen Lage ein unausweichliches Gebot der Notwendigkeit und ein Akt der höchsten Staatsklugheit.“ Die Sitzung fand unter dem Vorsitz des Erzherzogs Franz Karl statt, es nahmen daran teil der Staats- und Konferenzminister Anton Graf Cziráky, die Staats- und Konferenzräte Hartig, Somssich und Purkhart, Feldmarschalleutnant Zanini namens des Kriegsministeriums, Vizepräsident Mayer Ritter v. Gravenegg in Vertretung des herzkrank gewordenen Hofkammerpräsidenten Baron Kübeck, der siebenbürgische Hofkanzler Jósika und die königlich ungarischen Hofräte Wirkner und Zsedényi. Baron Jósika drang auf Ablehnung der weiteren Forderungen Ungarns; die Preisgebung des Krieges und der Finanzen, hob er mit Nachdruck hervor, komme einer vollständigen Lostrennung Ungarns gleich, da sie in der Hand eines Kossuth zur Revolution führen müßte. Der vorsitzende Erzherzog unterstützte lebhaft den Antrag Jósikas. Allein der Schrecken über die Revolution war den Mitgliedern dieser aus den höchsten Würdenträgern zusammengesetzten Versammlung so stark in die Glieder gefahren, daß einer nach dem andern für die Bewilligung stimmte, ja daß einer der Minister — wir erfahren leider nicht, welcher —

[1] Friedrich Szarvady in der Wiener „Constitution“ Nr 9 vom 31. März, S. 89. Über republikanische Anwandlungen in den Pester Märztagen s. Szeblák, Enthüllungen, Budapest, 9 f.

dem Erzherzog Ludwig zu Füßen stürzte und ihn mit aufgehobenen Händen beschwor, um noch Ärgeres zu verhüten, „vorderhand“ nachgeben zu wollen[1]. Als daher Erzherzog Stephan gegen 10 Uhr abends eintraf, um sich mit Befriedigung darauf zu berufen, daß es ihm gelungen sei, die Aufregung des Preßburger Landtages zu beschwören und den Ministerpräsidenten zur Nachgiebigkeit zu bewegen, mußte er zu seiner größten Überraschung erfahren, daß das nicht mehr nötig sei, da beschlossen worden, den ungarischen Wünschen zu willfahren, und daß Hofrat Zsedényi dies bereits dem Grafen Batthyány zu wissen getan habe. Der Erzherzog empfand diese ihn kränkende Übergehung seiner Person und Stellung tief und konnte sie dem Hofrat nie verzeihen, wenn er es gleich ihn nicht merken ließ, sondern bald darauf den einflußreichen und geschäftskundigen Mann an seine Seite nahm[2].

Aber in Preßburg herrschte Jubel, und mit Jubel wurde der am 31. März aus Wien zurückkehrende Palatin empfangen. Um 2 Uhr nachmittags fand unter seinem Präsidium eine gemischte Landtagssitzung statt, in welcher das neue königliche Reskript vorgelesen wurde; in Sachen der Finanzen wurde ein Beitrag zur Erhaltung des Hofes, ein verhältnismäßiger Beitrag zu den allgemeinen Staatslasten, die Alimentation der innerhalb des Gebietes der ungarischen Krone garnisonierenden Truppen verlangt, in Sachen des Krieges die Ernennung der Militärchargen, der Oberbefehl über die ungarischen Truppen gleich jenen der andern Länder und die Verwendung des Heeres außerhalb des Landes dem König vorbehalten[3]. Madarász von Somogy erklärte, die Finanz- und Kriegsangelegenheiten seien es, über welche die königliche Entschließung nicht ganz so laute, wie er es wünschte, indessen könne man sich im allgemeinen befriedigt erklären; er habe die Übernahme der Staatsschuld befürchtet, da doch Ungarn niemals Schulden kontrahiert hätte; was den Krieg betreffe, so werde Ungarn niemand angreifen, der dessen Rechte ehre. Kossuth sprach: „Ich bin ein einfacher, schlichter Bürger. Aber die Wege der Vorsehung sind so merkwürdig“ — er sprach selten, ohne biblische Worte zu berufen und die göttlichen Ratschlüsse einzumischen —, „daß ich, der einfache Bürger, einer der letzten Männer des Vaterlandes, in die Lage komme, mit einer Bewegung dieser Hand entscheidend bei der Frage mitzuwirken, ob das Haus Habsburg bestehen bleiben soll oder nicht! Wenn ich sagen würde: ich nehme das Reskript nicht an, so würde Blut fließen, und das wäre ein Verbrechen. Gewiß erfüllt es viele unserer teuersten Wünsche nicht, aber es läßt uns mindestens die Möglichkeit, diese Erfüllung herbeizuführen. Was die finanziellen Angelegenheiten des Landes sowie das System und die Organisation der Landesverteidigung betrifft, so darf bei Behandlung dieser An-

---

[1] Wirkner, Erlebnisse 221 f. [2] (Anders,) Stephan Victor 247 f.
[3] Wortlaut s. Janotycki, Tagebuch II 62 f.

gelegenheiten nicht außer acht gelassen werden, daß wir dem Herrscher gegenüber, der auch das gekrönte Haupt von Österreich ist, bis heute auf der Basis der Untertanentreue stehen. Hieraus folgt ein gewisses Band, eine Gemeinsamkeit gewisser Verhältnisse, für welche Ungarn bei Wahrung seines sonstigen Standpunktes insolang gemeinsame Sorge zu tragen hat, als zwischen Ungarn und Österreich infolge der Einheit in der Person des Herrschers das durch die Pragmatische Sanktion geschaffene Band fortbesteht. Wenn wir den Gesichtspunkt nicht außer acht lassen, daß wir uns nicht auf dem Standpunkt der Losreißung, sondern auf dem durch das Band der Pragmatischen Sanktion geschaffenen Boden ungarischer Freiheit und Selbständigkeit befinden, so finden wir für die Beurteilung jener zwei Punkte die nötige Orientierung."

In Pest, wo man die letzten Ergebnisse noch nicht kannte, währte die Aufregung fort, ja nahm an Heftigkeit bis zum Übermaß zu. Moritz Perczel klagte den Landtag der Feigheit an und reiste mit Johann Farkas nach Preßburg, um Kossuth und die Abgeordneten einzuladen, nach Pest zu kommen und dort die Leitung der Geschäfte in die Hand zu nehmen. Petöfi schleuderte wieder eines seiner aufregenden Gedichte mit dem Refrain: „Wir haben keinen geliebten König mehr", unter das Volk. Rote Fahnen kamen zum Vorschein, vereinzelte Hochrufe auf die Republik waren zu vernehmen. Die ganze Nacht vom 30. zum 31. März währte die Unruhe fort. Reiter sprengten mit großem Lärm durch die Straßen zur Stadt hinaus, um Zuzüge des Landvolkes vorzubereiten. Am 31. 5 Uhr nachmittags fand eine große Volksversammlung auf dem Museumsplatze statt; eine geharnischte Verwahrung des Sicherheitsausschusses kam zur Verlesung, die in 10000 Exemplaren gedruckt und in allen Teilen des Landes verbreitet werden sollte[1]. Auch in andern Städten des Landes gab es leidenschaftliche Auftritte. So wurden in Kaschau die Bilder Metternichs und des Hofrates Wirkner, eines geborenen Kaschauers, auf öffentlichem Platze unter höhnischem Jubel verbrannt.

Bei so bedrohlichen Umständen eilte Minister Eötvös, um unverweilt das neueste königliche Reskript zu verkünden, nach Pest. Aber noch wollten sich die Hetzer nicht fügen. Petöfi, eine rote Feder auf dem Hut, konnte nur mit Mühe davon abgebracht werden, die Verhandlungen des Landtags zu verwerfen. Zuletzt gab er doch nach, indem er, die Hand am Griff seines Säbels, ausrief: „Wohlan, ich will ihn nicht ziehen, aber ich halte ihn in Bereitschaft!"[2] Er war ein junger Mann von glühender Begeisterung

[1] Die magyarische Revolution, von einem Augenzeugen[2], Pest 1850, 13—16. Irányi-Chassin, Histoire politique de la Révolution de Hongrie I 191. Janotyckh, Archiv I 25 f.

[2] Irányi-Chassin a. a. O. I 192.

aber auch von starkem Selbstgefühl, der groß von sich dachte und Großes von sich erwartete. Der 15. März hatte es ihm angetan:

Führer sein an solchem Tage
Ist fürs ganze Leben Lohn —
Selbst mit Deinem Ruhme tausch' ich
Nimmermehr, Napoleon![1]

Der Preßburger Landtag legte Hand an die letzten konstitutionellen Bestimmungen, welche die Bildung eines selbständigen Ministeriums und die bevorstehende neue Zusammensetzung des Parlaments notwendig machten[2]. Man ging dabei mitunter von nichts weniger als liberalen Grundsätzen aus. Szemere trat als Minister des Innern mit einem Preßgesetz auf, welches für ein täglich erscheinendes Journal eine Kaution von 20000 fl., für ein zweimal in der Woche erscheinendes 10000 fl. Konv.-M. verlangte, ein Drakonismus, der in einem an Geld und an Lesern armen Lande das Hemmnis der strengsten Zensur überbot. Kossuth, der erbgesessene unumschränkte Herr des „Pesti Hirlap", war zufrieden. „Um wahrhaft wirken und nützen zu können", sagte er, „muß jedes größere Journal Organ einer Partei sein; einer ganzen Partei aber wird es nicht schwer sein, die Mittel zur Deckung der Kaution aufzubringen." Doch außerhalb des Parlaments dachte man anders. Der bereits aus dreiundsechzig meist jungen Männern bestehende Pester Sicherheitsausschuß zeigte große Gereiztheit; Albert Pálffy veröffentlichte im Marczius tizenöto dike („Der fünfzehnte März") einen heftigen Artikel. Der Unwille über jenes Übermaß präventiver Anforderung war so groß und so laut, daß die Juraten auf dem Preßburger Theaterplatze ein Autodafé veranstalteten und den Szemereschen Entwurf in Flammen aufgehen ließen. Am andern Tage geschah das gleiche auf dem Freiheitsplatze von Pest. Der Landtag setzte dann die Höhe der Kautionen auf die Hälfte herab. In ähnlicher Weise atmete der Entwurf des Wahlgesetzes einen durchaus illiberalen Geist. Die darin festgesetzten „Qualifikationen" beraubten Tausende von Bürgern ihres Wahlrechtes; dabei sollten diese Qualifikationen bloß für die Nichtadeligen gelten, die Adeligen eo ipso wahlfähig und wählbar sein, wobei Kossuth die Verdienste des ungarischen Adels um die Aufrechthaltung und Ausbildung der Verfassung herausstrich. Kapazitäten, wie die Vertreter der Kunst und Wissenschaft, waren nicht berücksichtigt[3].

---

[1] Opitz, Alexander Petőfi, Berlin 1868, 307—310.

[2] Über die gesetzgeberische Tätigkeit des Preßburger Landtages ausführlich Horváth-Novelli, Fünfundzwanzig Jahre, und zwar: Aufhebung des Urbariums und des geistlichen Zehnts gegen Entschädigung durch den Staat und die Errichtung eines vom künftigen Reichstage zu organisierenden Kreditinstituts II 548 f; über die Volksvertretung und die Ministerverantwortlichkeit 554—562; über das Zustandekommen des Ministeriums 563 f.

[3] Die ungarische Revolution im Jahre 1848: Gegenwart V, Leipzig 1850, 220 f.

Einen Anlauf in fortschrittlicher Richtung wagte der Heveser Deputierte L. Schnee, als er in der Sitzung vom 2. April die Emanzipation der Juden beantragte. Doch hier befand sich der Landtag in entgegengesetztem Sinne als im Punkte der Preßfreiheit mit der öffentlichen Meinung in Widerstreit. Zwei Wochen früher, an dem Tage, an welchem man in der Domkirche zu Preßburg für den Landtag ein feierliches Tedeum abgehalten hatte, war ein wilder Haufe auf den Schloßberg, das jüdische Quartier, gedrungen, hatte dort in Häusern und Verkaufsläden geplündert, die Bewohner mißhandelt und Unfug aller Art verübt, bis zuletzt durch das Einschreiten der Juraten die Ordnung hergestellt worden war. Eine Versammlung von Bürgern verlangte, daß die Juden auf ihr Stadtviertel zu beschränken und ihnen der Häuserhandel zu entziehen sei. Ähnliche Ausschreitungen waren auch in andern Städten des Königreiches, in Warasdin, in Fünfkirchen, in Kaschau vorgefallen[1], so daß Kossuth im eigenen Interesse der Juden für den Augenblick von ihrer Emanzipation abraten mußte[2]. Schon einige Tage darauf, 5. April, forderte in Pest eine aus allen Klassen der Gesellschaft gemischte Menge die Vertreibung der Juden; das Ministerium glaubte sie in ihrem eigenen Interesse von der Ausübung der Nationalgardenpflichten befreien zu müssen[3].

* * *

Am 8. April wurde die letzte Sitzung dieses einflußreichen, in der Geschichte Ungarns beispiellosen Landtages, zugleich eine der wichtigsten überhaupt, abgehalten, weil die Deputierten gesonnen waren, alle noch in der Schwebe befindlichen Angelegenheiten zum Abschlusse zu bringen. Gleich bei Beginn der Sitzung richtete Beöthy an das Ministerium die Aufforderung, die Leichen der Teilnehmer an der Verschwörung Martinovich, „jener Helden, die im Mai 1795 unter Henkershand für die Freiheit gefallen", aus der Erde zu heben und in feierlichem Gepränge neuerdings zu bestatten. Die Tafel stimmte einhellig diesem Antrage zu, der aber, wie wir hier beifügen wollen, im Drang der Ereignisse nachmals vergessen und nie ausgeführt wurde[4]. Als die Reinkorporierung der drei siebenbürgischen Komitate zur

---

[1] Kolowrat, Erinnerungen, Wien 1905, 10 f. Kolisch, Wiener Boten II 151 bis 153.

[2] Irányi-Chassin, Histoire I 199.

[3] Das ursprüngliche Statut über die Einrichtung der Nationalgarde hatte gelautet „ohne Unterschied der Konfession". Auf die Weigerung der Pester Nationalgarde, Juden in ihre Reihen aufzunehmen, zog die Regierung jene Klausel zurück und beschränkte sich auf den alten Ausdruck der „gesetzlich anerkannten Religionen"; Horváth-Novelli, Fünfundzwanzig Jahre II 549—551.

[4] Über Martinovich und dessen hochverräterisches Unternehmen vgl. Bretschneider, Denkwürdigkeiten, Wien 1892, 315—317.

Verhandlung kam, erhob sich der Deputierte Alexander Kovács für Kraszna, dessen Einverleibung seit 1836 gesetzlich festgestellt, aber bis dahin noch nicht vollzogen war. „Obwohl", sprach er, „die Freude über die neuesten Umgestaltungen jedes bange Gefühl verdrängen sollte, ist es doch unmöglich, an die dreihundertjährige Trennung ohne bittern Schmerz zu denken."

Darauf erschien, von Kossuth angemeldet, eine serbische Deputation aus Neusatz vor den Schranken des Reichstages, der sie mit freudigem Eljen begrüßte. Alexander Kostich verlas und befürwortete im Namen von 2000 seiner Mitbürger eine Petition, die Kossuth von der Ministerbank beantwortete: „Der Magyar gönnt dem Serben gern, an der Freiheit teilzunehmen, die er errungen. Dafür hofft der Magyar billig, daß seine Sprache das Band sein werde, welches die Nationen, mit denen er seine Freiheit teilt, mit ihm verbindet." Von Eljenrufen begleitet verließ die Deputation den Saal. Die Deputierten machten sodann ihren Rundgang bei den Ministern, die sie in deren Wohnungen aufsuchten. Batthyány empfing sie als Abgeordnete „der treuen Magyarenstadt Neusatz" und entließ sie mit wohlwollenden Phrasen. Anders Kossuth. Er sprach über den Wunsch der Serben nach Gleichberechtigung mit den Magyaren: „Es ist dies nur billig, und die edle magyarische Nation wird gern darein willigen, daß Sie alle staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten mit ihr gemein haben." Da der Minister das Petitum der Gleichberechtigung mißverstanden zu haben schien, betonte Kostich die Anerkennung „des heiligsten der Rechte und Ansprüche" seines Stammes, und als er dabei bemerkte, die serbische sei eine von der magyarischen verschiedene Nation, fiel ihm Kossuth ins Wort: „Was verstehen Sie unter Nation? Als Nation müßten Sie eine eigene Regierung haben!" „Wir gehen nicht so weit", entgegnete Kostich; „es gibt Nationen, die unter mehrere Regierungen verteilt sind, wie die deutsche, und es gibt Regierungen, deren Band mehrere Nationen umschließt, wie die österreichische oder in kleinerem Rahmen Siebenbürgen." Ein anderes Mitglied der Deputation machte auf die Gärung der Gemüter aufmerksam, falls man sich in der Erwartung, daß dem widernatürlichen Sprachenzwang ein Ende gemacht werde, getäuscht sehen würde. „Dann mag das Schwert entscheiden!" rief Kossuth kurz und zog sich in sein Kabinett zurück. Die Serben aber verließen Preßburg, um sich in ihrer Heimat auf den Krieg vorzubereiten [1].

Von ungleich größerer Bedeutung im Interesse des Reiches und gegen die Sonderbestrebungen des Magyarismus war, was sich in Kroatien vorbereitete. Mit kaiserlichem Handschreiben vom 23. war Baron Jellachich

---

[1] Kapper, Serbische Bewegung 57—59. Horváth-Novelli a. a. O. I 622 bis 625. Siehe auch Rittersberg, Slovníček II, Prag 1850, 250 f.

zum Banus ernannt, mit der Geheimratswürde bekleidet, und da für diese hohe Stellung der Rang eines Obristen zu minder war, zum Generalmajor sowie zum Inhaber des 1. und 2. Banal-Grenzinfanterie-Regiments ernannt. In Agram wußte man hiervon noch nichts, als eine am 25. März in Agram zusammentretende Nationalversammlung der „drei geeinigten Königreiche Kroatien, Slavonien und Dalmatien" beschloß, den von ihnen „selbst gewählten Banus als Staatsoberhaupt" auf den Schild zu heben und außerdem vom Kaiser die Genehmigung folgender Hauptpunkte zu erbitten: Einberufung eines Landtages der südslavischen Nation auf den 1. Mai nach Agram; Einverleibung von Dalmatien, der Militärgrenze hinsichtlich der politischen Administration und des Gebietes von Fiume; eigenes, unabhängiges, dem Landtage verantwortliches Ministerium; Einführung der Landessprache in Schule und Amt; Belassung der Nationaltruppen jeder Art in Friedenszeiten im Lande, Ernennung von Landessöhnen zu Offizieren und Einführung der Landessprache für das Kommando.

Jellachich angelobte in Wien als neuernannter Wirklicher Geheimrat Treue und Gehorsam; den ihm zugemuteten Eid als Banus aber weigerte er sich zu leisten, da die Stellung Ungarns zur Gesamtmonarchie jetzt eine andere geworden sei und er sich selbst im Privatleben zu nichts zu verpflichten pflege, was er nicht vollkommen zu leisten im stande sei. In der Tat säumte man in Pest nicht, seine Ernennung zum Banus als verfassungswidrig anzufechten, worauf man jedoch weder in Wien noch in Agram etwas gab. „Mein Los ist geworfen", schrieb er damals in einem vertrauten Briefe, „ich verfolge den geraden Weg und spiele offenes Spiel; komme ich dabei um, so falle ich als Soldat, als Patriot und als getreuer Diener meines Kaisers und Herrn!"[1]

In Wien war man weit entfernt, alles zu bewilligen, was die Agramer Nationalversammlung in ihrer überschwenglichen Begeisterung formuliert hatte und was eine große Deputation, nach ungarischem Muster bei hundert Köpfe, von denen junge Advokaten einen großen Teil ausmachten, vor den Thron brachte. Allein die Hauptsache und das letzte Ziel der kroatischen „Petition of Right" kam einsichtsvollen Staatsmännern gelegen. Im obersten Kronrate sprach sich eines seiner Mitglieder[2] in sehr entschiedener Weise aus: „Eher als den Forderungen des ungarischen Reichstages in ihrem vollen Umfange nachzugeben, scheint es geboten, daß der Kaiser den Schutz seiner Krone den ihm anhänglichen, des magyarischen Druckes ohnedies überdrüssigen Kroaten und Slavoniern in Verbindung mit den in Ungarn befindlichen treuen

---

[1] Hirtenfeld, Baron Jellačić, Wien 1861, 11—14. Vgl. Corvinus, Hungary, London 1850, 70; Hartig, Genesis 243 f.

[2] Leider fehlt in den Quellen der Name! War es etwa Hartig selbst? Genesis 234 f.

Truppen anvertraue!" Es war die Stimme des Rufenden in der Wüste, sie verhallte bei der zunehmenden Entmutigung der meist eingeschüchterten oder zweideutigen Freunde der Regierung, selbst unter den Ministern. Wie es scheint, wenige Tage nach jener ministeriellen Beratung wurde Jellachich mit Allerhöchstem Kabinettschreiben vom 8. April, „um den wünschenswerten Einklang in den vereinten Banat-Warasdin-Karlstädter Generalaten zu erhalten und zum Beweise Unseres besondern Vertrauens" zum Feldmarschalleutnant und zum kommandierenden General in den genannten Militärgrenzgebieten ernannt.

In Ungarn selbst schien Kossuth, der sich wiederholt so höhnisch und verächtlich über Kroatien ausgesprochen hatte, doch zu einiger Besinnung gekommen oder von den ruhigeren Elementen im Ministerium gebracht worden zu sein. Auf seinen eigenen Antrag beschloß der Reichstag einen Aufruf an das kroatische Volk, welchem Bürgschaften geboten werden sollten, daß Ungarn die kroatische Nationalität in gehöriger Achtung zu halten gesonnen sei. Auch das Pester Zentralkomitee richtete einen in ungarischer und kroatischer Sprache abgefaßten Aufruf ähnlichen Sinnes an die Kroaten, den eine eigene Deputation nach Agram überbrachte. Sie fand daselbst einen leidenschaftlich erregten Empfang; aufgereizte Haufen wollten an sie heran, so daß es nur mit Mühe dem Dazwischentreten besonnener oder ungarnfreundlicher Männer gelang, die Pester Abgesandten vor persönlichen Angriffen und Beleidigungen zu schützen[1].

* * *

Es stand noch der feierliche Landtagsschluß aus, den der König in Person vornehmen wollte. Gleichsam als Vorläufer fand sich am 9. eine Abordnung der Wiener akademischen Legion in Preßburg ein, die von Friedrich Szarvady herzlich begrüßt und am Tage darauf in öffentlicher Sitzung vom Landtag empfangen wurde, um eine von Fischhof verlesene Adresse und die von Wien der ungarischen Nation gewidmete deutsche Fahne entgegenzunehmen. In einem Gedichte: A Duna — „die Donau", gab Ludwig August Frankl den Sympathien Ausdruck, welche die Wiener fortan den Ungarn weihen wollten:

Der stolze Strom, als Riesenader schlägt er
Durch zweier Völker, zweier Länder Herz;
So sind der Völker zwei, und doch in eins verbunden,
Zwei Brüderheere und nur ein Panier![2]

Auf einem den Wiener Studenten zu Ehren gegebenen Balle erschienen Juraten, Deputierte, Minister und Bauern, sich allseitig mit Du anredend.

---

[1] Horváth-Novelli, Fünfundzwanzig Jahre I 607 f.
[2] Frankl in der Wiener Abendzeitung Nr 15 vom 12. April.

Am 10. April 6 Uhr abends kündigte Kanonendonner die Ankunft des mit aufgerichteten Wimpeln in den Nationalfarben geschmückten Wiener Dampfers an; er trug an Bord die beiden Majestäten mit den Erzherzogen Franz Karl und Franz Joseph, die vom Palatin mit einer Landtagsdeputation feierlich in das Palais Viczay geleitet wurden. Der Morgen des 11. begann regnerisch, doch bald zerteilten sich die Wolken, und die Sonne brach mit wärmenden Strahlen hervor, als um 10 Uhr vormittags der König mit großem Gefolge in der Mitte der Reichstände erschien. Stürmischer Jubel empfing ihn: die Säbel rasselten, die Kalpaks wurden geschwenkt, die Stimmen schrieen sich heiser. Nur als man die zehn prächtigen Gestalten der ungarischen adeligen Garde bemerkte, wurden Stimmen laut: „Und keinen Schnurrbart!" — was die jungen Männer in einige Verlegenheit brachte; denn zum richtigen Ungar gen. masc. gehört nebst den Sporen an den Füßen die Bartzier ober den Lippen. Die Ansprache des Monarchen war kurz und herzlich: „Aus voller Seele wünsche Ich Meiner treuen ungarischen Nation alles Wohl und Heil, denn darin finde Ich auch das Meinige." Bei diesen Worten brach ein solcher Beifallssturm los, daß Ferdinand eine Weile innehalten mußte. „Ich übergebe, was Ich den geäußerten Wünschen gemäß verfügt habe, Meinem lieben Vetter, dem Palatin, und der Nation zur getreuen Erfüllung." Erzherzog Stephan trat vor den Thron, nahm die sanktionierten Gesetze in Empfang und dankte in einer wiederholt von jubelnder Zustimmung begleiteten Rede[1]. Nachmittags fuhr der Hof nach Wien zurück.

* * *

Dem Landtag und dem Ministerium stand nun die Übersiedlung nach Pest bevor, auf einen Boden, der ohne Vergleich gefährlicher war als der des spießbürgerlichen Preßburg, wo ja nicht die Bevölkerung, sondern eben nur der Landtag und das Gefolge der heißblütigen Juraten es waren, welche in die sonst so stille Stadt einiges Leben und mancherlei Aufregung gebracht hatten. In Pest dagegen war seit dem 15. März der revolutionäre Geist nicht zur Ruhe gekommen und hatte auch ohne Landtag, ja mitunter gegen denselben auf eigene Faust Politik getrieben. Am 9. April hatte in den Räumen des Musealgebäudes eine große Versammlung stattgefunden, in welcher Nyáry, dem die Lorbeeren Kossuths den Schlaf raubten, eine Adresse an die polnische Nation beantragte, worin dem Wunsche für Polens künftige Befreiung Ausdruck gegeben wurde; es

---

[1] Janotyckh, Tagebuch II 75—79. Dankrede des Palatins s. auch Horváth-Novelli, Fünfundzwanzig Jahre I 629.

komme, hieß es weiter, darauf an, den Bauer zu entfesseln, um einen wahrhaft demokratischen Staat zu gründen. Doch Moritz Perczel wandte mit Recht ein, er vermöge den Ungarn nicht das Recht zuzuerkennen, den Polen Ratschläge zu erteilen, und so wurde der Vorschlag des ersten Vizegespans, wenn nicht abgelehnt, doch verschoben[1]. Auf den Versuch dieser Anknüpfung gegen Norden folgte einige Tage später ein ähnlicher gegen Südwesten. In der Kaserne eines italienischen Regiments wurde ein junger Ungar ergriffen, der Proklamationen: Gli Ungheresi ai guerrieri italiani, austeilen wollte, worüber in der Stadt eine gewaltige Aufregung entstand und Rufe „Zu den Waffen" ertönten; Nyáry und Klauzál gelang es, den Aufstand zu stillen[2].

Solchen Charakters waren die Stimmungen in der ungarischen Hauptstadt, als am Abend des 14. die Ankunft der Minister signalisiert wurde. Es regnete in Strömen, die Ufer waren von zahllosen Fackeln erhellt, Böller donnerten, Raketen stiegen in die Lüfte, und tausendstimmige Eljens erbrausten, als die neuen Räte der Krone ans Land stiegen. Es fehlten nur Fürst Esterházy, der um die Person des Monarchen bleiben mußte, und Lazar Meszáros, der noch bei seinem Regiment in Italien weilte; bis zu seiner Ankunft in Ungarn leitete General Franz Ottinger die Geschäfte des Kriegsministeriums. Die Minister wurden am Landungsplatze von den Spitzen der Behörden erwartet; aber nicht einer aus der Mitte dieser, sondern Vasváry Pál, „der ungarische Camille Desmoulins", wie man ihn nannte, hielt die Ansprache, in der er fast nur die Studenten als die wahren Eroberer der Freiheit lobte: „Wir haben, nachdem wir gesiegt, euch zu dem gemacht, was ihr seid, und wir erwarten, daß ihr eure Stellung zum Wohle des Vaterlandes benutzen werdet!" Ihm antwortete Kossuth, angegriffen und etwas leidend, doch hingerissen von der Macht des Augenblicks. Entblößten Hauptes, nassen Auges, mit dem Arm im Halbkreise hinfahrend, als wolle er das ganze Land umfassen, hielt er eine jener zündenden Reden, der kein Zuhörer zu widerstehen vermochte. Damen überreichten ihm einen Kranz. Darauf setzte sich der Zug, von der Nationalgarde in voller Parade begleitet, in Bewegung, um die Minister in ihre Absteigequartiere zu geleiten[3].

---

[1] Irányi-Chassin, Histoire politique de la Révolution de Hongrie I 194 f.

[2] Chownitz, Gesch. d. ungar. Revolution I 49. Raccolta lombarda I 227—229: Il governo provisorio centrale della Lombardia alla dieta ungarese; die Antwort: Fratelli Italiani, ebd. 405 f, erfolgte aber nicht vom ungarischen Reichstag, sondern vom Comitato della Città di Pest.

[3] Chownitz, damals Redakteur der „Opposition", schildert a. a. O. I 52—55 den Vorgang als Augen- und Ohrenzeuge. Andere Stellen aus Vasvárys Ansprache in Kleins „Ungar" Nr 92 vom 18. April.

11.

In Wiener Regierungskreisen kam man über die bodenlose Wirrnis der Zustände, über die von Woche zu Woche sich steigernde leidenschaftliche Erregung, über die allseitigen, oft einander zuwiderlaufenden Forderungen und Zumutungen in arges Gedränge. „Wenn die Gemüter“, äußerte sich Doblhoff zu dem Salzburger Fischer, „nicht bald anfangen ruhiger zu werden, gehen wir Unheil entgegen!“

In der Tat bot das Gesamtbild der öffentlichen Zustände in Österreich einen entmutigenden, ja verzweifelten Anblick: in den gebildeten Kreisen der deutschen Bevölkerung eine bedenkliche Hinneigung zu Frankfurt im Gegensatze zur eigenen angestammten Reichshauptstadt; in den polnischen Gebieten kaum verhohlene Gelüste nach Wiederherstellung des Jagellonenstaates, denen der im Posenschen im Wachsen begriffene Aufstand zu Hilfe kam; Lombardo-Venetien mit Unterstützung fast aller italienischen Gebiete in offenem Kriege gegen seinen Landesherrn!

Das große, vielgestalte Reich —
Wie hält's nur noch zusammen?

Das einzige Land Tirol ließ bei aller Liebe, ja Begeisterung für die deutsche Sache nur allein das Gefühl der Treue und Anhänglichkeit an den angestammten Thron vorwalten, drängte in dieser Zeit ernster, harter Prüfung und Bedrängnis jede andere Rücksicht in den Hintergrund und erklärte mitten in diesem allseitigen Wettbewerb der Länder, Völker, Stände und Körperschaften, in Bitten und Petitionen von dem günstig scheinenden Moment möglichst ausgiebigen Gebrauch zu machen, laut und öffentlich, daß es seine eigenen Beschwerden und Wünsche einem geeigneteren Zeitpunkte vorbehalten wolle:

Auf, Buabn, für unsern Koaser,
Für unsern guaten Herrn!
Erst müssen wir was leisten,
Bevor wir was begehr'n!

Von dieser tirolischen Landesstimmung mußten allerdings die fast ausnahmslos für die libera Italia eifernden oberen Klassen in den südlichen Gebieten des Landes abgerechnet werden. Die große Masse der schlichten Bauern war auch in Südtirol ausgesprochen gegen die Revolution und den Krieg, und das war überwiegend, wie die folgenden Ereignisse zeigen sollten, selbst bei dem lombardo-venetianischen Landvolk der Fall. Auch in den andern Ländern des Kaiserstaates trat vielfach die gleiche Erscheinung zu Tage, ein Beweis, daß das Regiment des gefallenen Systems ein wahrhaft väterliches zu nennen war. Am rührendsten gab sich dies bei dem

galizischen Landvolk kund. Als in einer Gemeinde des Kreises Stanisławów sechs Mann zur Stellung verlangt wurden, erschienen alle Männer, und der Richter sagte: „Wir alle wollen für den Kaiser fechten, wenn er es braucht, und nicht bloß die Jungen; ich bin ein Fünfziger, aber ich gehe mit, wenn es gilt!“ Von hundert Orten wurde ähnliches berichtet: wie sie z. B. in Tarnów mehr Rekruten stellen wollten als verlangt wurden; wie sie in einem Dorfe des Bezirkes Kimpolung erklärten, sie hätten gehört, der Kaiser brauche Soldaten, und sie seien bereit, für ihn in den Krieg zu ziehen, — ihre Alten, ihre Weiber und Kinder würden in der Zeit ihres Fernseins Haus und Feld bestellen; wie im Kreise von Bochnia ein Bauer seine fünf Söhne vorführte, „weil der Kaiser für uns so viel getan“.

Den mächtigsten Faktor der reichstreuen Bewegung aber bildete der Selbsterhaltungstrieb jener Nationalitäten, welche die Bürgschaft ihrer ungeschmälerten Existenz einzig in dem Bestand eines großösterreichischen Staatsganzen erkannten. Nur aus diesem Kampfe ums politische Dasein erklärt sich die Abkehr der slavischen Bevölkerung Böhmens und Mährens von dem Panteutonismus des Frankfurter Parlaments, die Abkehr der Ruthenen in Galizien von dem die Alleinherrschaft anstrebenden Polentum, die Abkehr der istrianischen Slovenen, der dalmatinischen Serben und Kroaten von dem herrschsüchtigen Italianismus.

VIII.

„Annus confusionis".

> In Napoli, non altrimenti che in tutta Europa, repubblicani, reazionarii, ambiziosi, famelici tempestosamente si agitavano, cospiravano, eccitavano le inebbriate moltitudini, ed i moderati sconfitti e sopraffatti, anzi che fare argine alle correnti torrenziali che da ogni parte minacciavano straripare, erano indecisi, incuriosi e divisi. Gli uomini veramente della rivoluzione avevano perduta l'antica autorità, ed i nuovi liberali, sorti come funghi dalla melma della società, gridando contro la insuffienza della ottenuta libertà, nuove ed esagerate ne chiedevano.
>
> Nicola Nisco.

1.

In Wien ging die „gemütliche Anarchie", wie man euphemistisch den Zustand nannte, ihren in Wahrheit höchst ungemütlichen Gang fort. Wenn die Radikalen sich gegen die geheime Camarilla, diese „antikonstitutionelle Nebenregierung", wie sie der jugendliche Baron Andreas Stifft (Camillo Hell) nannte, ereiferten, so übersahen sie, daß in ihrer Aula eine in ungleich ärgerlicherem Grade antikonstitutionelle Nebenregierung ganz offen dastand[1]; ja an unterwürfigen Schmeichlern zählten sie in dieser Zeit wohl mehr als der eingeschüchterte und geängstigte Hof. „Täglich", heißt es in Kudlichs „Erinnerungen", „erschienen die Herren, darunter nicht bloß Professoren, sondern auch Hofräte und Geheime Räte, und machten der Legion ihre Aufwartung, um auf den Fittichen des jungen Aars emporgehoben zu werden." Alles buhlte um ihre Gunst. Direktor

[1] Über die Einteilung, die Uniformierung, den Personalstand der akademischen Legion s. Rosenfeld, Studentenkomitee, Bern 1849, 22 f.

Carl von der Leopoldstadt schickte täglich hundert Freibillets auf die Aula, Direktor Pokorny von der Wieden setzte ihnen zulieb „Das bemooste Haupt" in Szene und ließ auf seiner Bühne Studenten- und Nationallieder singen. Dem akademischen Lese- und Redeverein, der wohl zumeist das letztere, weniger das erstere war, beeilten sich die Behörden, das verlassene Liguorianerkloster einzuräumen, was Albert Rosenfeld eine „tückische Ironie" des Schicksals hieß. Ernstere Mahnungen, den leisesten Tadel vertrugen die verhätschelten jungen Herren nicht, so daß selbst Goldmark und Giskra, wenn sie etwas dergleichen wagten, zeitweise um ihre Popularität kamen und es einer Reihe neuer treuer Dienste von ihrer Seite bedurfte, um sich im Rat der Aula wieder Gehör zu verschaffen[1]. Ihr Abgott war der feiste Füster, von dem sie nie etwas anderes als Lob und Bewunderung zu hören bekamen und der alles mitmachte, was herausfordernd aus ihrem Schoße hervorging. Er sympathisierte weniger mit den Juristen und diese mit ihm; es waren ihm in der Juristenkohorte zu viele Beamtensöhne, Adelige, sie standen bei ihm „im Verdachte der Reaktion". Seine Vorliebe besaßen die Techniker und noch mehr die Söhne Äskulaps: „Die Mediziner mit ihrer klaren Naturanschauung waren die Heilärzte des kranken Staates, sie würden ihn, wenn der Patient nicht in Böswilligkeit oder in Dummheit die rettende Hand von sich gestoßen hätte, radikal kuriert haben."[2] Unter solchen Umständen waren die unreifen, den Eindrücken des Augenblicks sich überlassenden Leutchen, in dem Wahn, nur Großes und Edles anzustreben, wie geschaffen, sich gewandten und beredten Volksbeglückern hinzugeben und sich gleichzeitig als Apostel und als Seiden der Revolution mißbrauchen zu lassen. In England und Frankreich spottete man über diese Vorkämpfer der österreichischen Revolution, die, von den Schulbänken sich erhebend, die Rolle von Staatsreformatoren übernahmen[3].

Neben den Studenten, diesen „lieben, diesen herrlichen Jungen", wie sie Füster nannte, waren es die „Brüder Arbeiter", die für Hetzereien gröberen Kalibers jederzeit offene Ohren hatten und dienstbereite Fäuste boten. Die Regierung war beizeiten darauf bedacht, der zunehmenden materiellen Bedrängnis zu steuern, sie nahm Unternehmungen aller Art, Baggerungen im Donaukanal, Uferschutz- und Regulierungsbauten, Straßenbesserungen u. dgl. in Angriff, „um den durch die eingetretenen industriellen Stockungen zeitweise Erwerbslosen einen Erwerb auszumitteln"[4]. Allein,

[1] Kudlich, Erinnerungen I 149 170. [2] Füster, Memoiren I 192.

[3] Hartig, Genesis 258—260. „Die Wiener Aula", äußert sich Pratobevera über die März- und Apriltage, „wurde zunächst zum bewußtlosen Opfer auserkoren. Maßlose Schmeicheleien über einen damals wohlfeilen Heldenmut, Huldigungen, ja Geldunterstützungen steigerten den Rausch der Eitelkeit und der Willfährigkeit."

[4] Kundmachung Pillersdorffs vom 22. April: Beyer, Chronik Nr 48, S. 99 f und Komiteebericht vom 24. April ebd. Nr 56, S. 109—111.

wie in Paris mit den Nationalwerkstätten, so war in Wien mit diesen Notstandsarbeiten nicht viel geholfen. Einesteils war der Andrang der Arbeitslosen zu groß, und anderseits war es der Mehrzahl im Grunde weniger um Arbeit als um Freiheit zu tun. Sie waren zum Ärgernis aller, die sie beobachten konnten, lässig beim Geschäfte, aber allen Einflüsterungen, die sie von ihrer Pflicht abriefen, zugänglich. Da waren u. a. die Werbehütten auf dem Glacis für die Freiwilligen nach Italien, zu denen sich viele Erwerbslose drängten. Doch die wachsame demokratische Partei zeigte den Arbeitern, daß man die Assentierten in Italien nur überall auf die Schlachtbank führen werde; daß der Kampf gegen Italien eigentlich gar nicht im Interesse der Freiheit, sondern nur im Interesse der Reaktion liege, daß, wenn einmal viele Arbeiter aus Wien entfernt sein würden, dann die zurückgebliebenen gegen die Reaktion nicht mehr geschützt werden könnten; daß sie sonach von der ohnedies über die vielen Ausgaben schon erbitterten Kommune Wiens keine Beschäftigung mehr erhalten würden. Dies wirkte. Die Arbeiter sammelten sich um die Werbeplätze, bedrohten jeden aus ihrer Mitte, der sich wegen des Handgeldes wie ein Judas zum Verräter der Freiheit anwerben lassen wollte, mit Prügeln, drangen zuletzt auf die Werbehütten selbst, zertrümmerten sie und jagten die darin befindlichen Offiziere und Mannschaften in die Flucht[1].

Zu dem allem noch der süße Pöbel, dem es bald gefiel, sich mit derben Ausgelassenheiten die Zeit zu vertreiben, bald wieder mit Forderungen hervorzutreten, deren Erfüllung kein halbwegs besonnener Mensch voraussetzen konnte. Letzteres war namentlich beim Herannahen des Georgitermins der Fall, wo es Maueranschläge und Flugblätter regnete, welche den Wohnungsparteien Wiens verkündeten, daß sie nicht nur keinen Georgizins, sondern in Zukunft überhaupt keinen Wohnungszins mehr zu zahlen brauchten. Hauseigentümer in der Stadt und in den Vorstädten erfuhren Drohungen der mannigfachsten Art, um von ihnen gänzlichen Nachlaß oder doch bedeutende Ermäßigung des Zinses zu erpressen[2]. Das wurde denn doch den städtischen Behörden und den bedrängten Besitzenden am Ende zu viel; der juridisch-politische Leseverein sprach sich offen gegen solches Treiben aus. Da trat auf Veranlassung des Magistrats und des provisorischen Bürgerausschusses von Wien und mit amtlicher Zustimmung und Genehmigung des

[1] Violand, Soziale Geschichte, Leipzig 1850, 131 f.

[2] J. Dörflinger, Die große Beicht der Hausherren. Franz X. Bibschof, Zins, Rock, Hemd oder die guten und schlechten Hausherren. J. M. R. Große, Gratulations-Litaney an alle Hausherrn. A. Fr. Stix, Reichstagsgebet eines schwarzgelben Hausherrn mit Anmerkungen seines radikalen Hausmeisters. Sicheres Mittel zur Nichtzahlung des Georgizinses (ohne Verfasser und Druckort). Friedrich Junker, Zeitgemäßes Gespräch zwischen Maria Lichtmeß und dem Herrn Georg, dem träumenden Herrn Jakob und dem einstweilen noch schlafenden Herrn Michael 2c. 2c.

Ministeriums aus dem Schoße der Bürgerschaft ein Bürgerkomitee zusammen, das sich „die unmittelbare Aufrechthaltung der bestehenden Gesetze, der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung sowie den Schutz der Privatrechte, der Person und des Eigentums gegen jeden eigenmächtigen Angriff“ zur Aufgabe setzte. Die Kundmachung dieses Beschlusses war scharf und geharnischt genug gehalten; sie drohte mit der vollen Strenge des Gesetzes, es sollte von der ganzen dem Komitee zu Gebot stehenden Kraft Gebrauch gemacht werden. Alle Gemeindevorstände, Regierungsorgane, nötigenfalls die Militärgewalt waren einer mit so außerordentlicher Gewalt ausgestatteten Körperschaft zu Diensten gestellt; auswärtige, das österreichische Gastrecht mißbrauchende Elemente sollten ohne weiteres über die Grenze geschafft, nach Wien nicht zuständige Störenfriede in ihre Heimat abgeschoben werden[1]. Das Komitee wurde als „Sicherheitsausschuß“ bezeichnet und von allen rechtlich denkenden und Ordnung liebenden Leuten mit wahrer Befriedigung begrüßt. Ob es freilich seinen Zweck werde erreichen, in dem Wirrsal der Zustände einen geregelten Gang einhalten, allen Ungehörigkeiten und Störungen einen Damm setzen können, das mußte sich erst zeigen.

Auffallen konnte allerdings, daß die ehrenhaften Mitglieder des „magistratischen“ Sicherheitsausschusses gegen die pöbelhafte Ausgelassenheit aller Art nichts zu veranlassen fanden, und erst als es an ihre Taschen ging, sich zu einer ernsten Maßregel ermannten. Das in allen Städten und größeren Orten dieser Zeit heimisch gewordene Institut der Katzenmusiken blühte nach wie vor fort, ja entwickelte sich immer mehr. Serenaden dieses Schlages wurden ganz unumwunden angesagt und arrangiert; seitens der Sicherheitsbehörde wurde dann allerdings Nationalgarde aufgeboten, allein sie war zum bloßen Zuschauen, höchstens zur Abwehr gewaltsamen Angriffes verurteilt; denn einer Willensäußerung des souveränen Volkes entgegenzutreten, kam einem crimen laesae maiestatis gleich. Für einen Abend war der Justizminister Graf T a a f f e zum Opfer auserlesen. Eine Abteilung Nationalgarde unter Leutnant Grafen C e r r i n i postierte sich vor das Haus, um das Eindringen in die Wohnung Taaffes, wozu der Haufen nicht übel Lust zu haben schien, zu verhindern. Taaffe wurde gerufen und erschien auf dem Balkon. Rufe: „Deutsche Fahne heraussteckenǃ“ Er tat es mit eigener Hand. „Fahne einziehen!“ Es geschah, und dies wiederholte sich ein zweites, ein drittes Mal. Mehr als eine Stunde währte das entwürdigende Schauspiel; zuletzt wurde es der Rotte zu langweilig, und es hieß: „Gehen wir zu den Schotten!“[2]

---

[1] Großes Plakat vom 20. April mit dem Schlußsatze: „Die vorstehende Verfügung wurde von dem gesamten Ministerrate nach ihrem vollen Umfange genehmigt. Der Minister des Innern Frh. v. P i l l e r s d o r f f.“

[2] Aus den Memoiren des Hofschauspielers L u d w i g A r n s b u r g: Beil. zu Nr 77 der „Wiener Abendpost“ 1902. Arnsburg war als Nationalgardist Augenzeuge dieses Vorfalles.

Neben diesen abendlichen Unterhaltungen, bei denen es unordentlich, wüst und ausgelassen herging, gab es auch, mitunter am hellen Tage, geordnete Aufzüge für gesellschaftliche Zwecke. Gesellen und Arbeiter der Buchdrucker, der Maurer, der Schlosser, der Bäcker ꝛc. marschierten in geschlossenen Reihen mit fliegenden Fahnen, auch wohl mit klingendem Spiel vor ihrer Herberge oder vor der Wohnung des Innungsvorstandes auf, brachten ihre Forderungen vor, denen bei solchem Geleite die Gewährung nicht zu versagen war, und zogen dann frisch und munter wieder ab, in ihre Werkstätten und Fabriken zurück. Es wurde sogar von einer Lehrbubendemonstration erzählt, um von den Schulvorständen die Befreiung von den sonntäglichen zwei Kreuzern Konventionsmünze für den Wiederholungsunterricht zu erwirken.

2.

Der Aufruf der Versailler polnischen Zentralisation an alle im Auslande weilenden Polen, in ihr Vaterland zu eilen und für dessen Erhebung und Befreiung zu kämpfen, klang solchen, die in den Jahren der Verbannung den Gedanken an einen neuen Losbruch nie aufgegeben hatten, als ein Kriegsruf, dem sie mit freudiger Begeisterung folgten. Es waren aber viele andere, die sich in den geänderten Verhältnissen längst zurechtgesetzt, in der Fremde eine neue Heimat gefunden, sich hier einen Herd mit einer behaglichen Existenz gegründet hatten, die es darum schwer fanden, ihre gesicherte Gegenwart gegen eine ungewisse Zukunft zu vertauschen. Allein der Befehl des Zentralkomitees lautete scharf, er griff an ihren Patriotismus und ihr Ehrgefühl; sie mußten, wenn auch mit schwerem Herzen, gehorchen. Weib und Kind sollten einstweilen zurückbleiben und der hilfreichen Rücksichtnahme guter Menschen empfohlen sein.

Am 25. März kam der erste Zug französischer und belgischer Emigranten nach Köln. Es waren bei zweihundert Köpfe; doch Tausende, sagten sie, würden ihnen nachfolgen. Am andern Tage traf Fürst Adam Czartoryski, der von der royalistischen Partei in Aussicht genommene König von Polen, in Köln ein, wo er mit den Häuptern der letzten Erhebung Polens, General Chrzanowski, Minister Morawski u. a. verhandelte und vom Balkon seines Gasthofes eine Ansprache für die Wiederherstellung Polens hielt. Er reiste dann weiter nach Berlin, das ja seinen amnestierten Landsleuten einen so glänzenden Triumph bereitet hatte. Allein was ihm aus dem Posenschen zu Ohren kam, trug durchaus einen demokratischen Charakter, und er kehrte, von seinen Pariser Einbildungen gründlich geheilt, ohne Sang und Klang nach Frankreich zurück.

Die Stimmung in Berlin war der polnischen Sache noch fortwährend so günstig wie am 19. und 20. März; man vernahm Stimmen, welche

die Abberufung des Generals v. Colomb verlangten, weil er sich der Posener Bewegung schroff entgegenstellte[1]. Im übrigen Deutschland erfüllte die Schwärmerei für die Wiederherstellung Polens weite Kreise. Im Frankfurter Fünfzigerausschuß formulierte H. K. A. Pagenstecher, Präsident des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, den Antrag: „Deutschland erkennt sich für verpflichtet, Polen seine Selbständigkeit wiederzugeben", und der Advokat Retz aus Darmstadt verlangte eine Aufforderung an den Bundestag, er möge dahin wirken, daß den österreichischen und preußischen Polen Freiheit und Unabhängigkeit gewährt werde. Der Fünfzigerausschuß selbst richtete einen Aufruf an das deutsche Volk, „die Schmach der Teilung Polens von sich abzuwaschen und den Polen ihr Vaterland wiederzugeben".

Unter solchen Umständen war es kaum zu wundern, daß unter den Polen selbst eine von den kühnsten Hoffnungen, ja es läßt sich wohl sagen, von den tollsten Erwartungen erfüllte Begeisterung um sich griff. Es war eine Stimme des Rufenden in der Wüste, daß einer der Helden von 1831, General Matthias Rybiński, in einem vom 3. April datierten Aufruf seine Landsleute vor einem voreiligen Losschlagen warnte: die Stunde der Befreiung habe noch nicht geschlagen; man möge einstweilen die Zeit benutzen, Vorbereitungen zu treffen, Legionen zu bilden usw. Die Versailler Zentralisation ließ sich in ihrem Eifer nicht stören: schon seien zwei Kolonnen nach Deutschland aufgebrochen und Organisatoren dahin abgeschickt; die Eisenbahn gebe freie Fahrt bis Aachen; jeder Trupp von mindestens fünfundzwanzig Köpfen habe einen Anführer, einen Zahlmeister, einen Quartiermacher zu bestellen; der auszuzahlende zweimonatige Sold genüge für die Bedürfnisse der ersten Zeit: „Betretet den polnischen Boden und vergeßt nicht, daß ihr Söldner und Kämpfer der demokratischen Grundsätze seid! Polen kennt und verlangt keine andern und brennt danach, in euch jene zu sehen, die sie in aller Reinheit mit aller Ausdauer schützen werden."

In Paris blieb ein fünfgliedriges Komitee zurück, das alle Obliegenheiten der Zentralisation übernehmen sollte. Ein anderes Komitee, gleichfalls aus fünf Mitgliedern bestehend, mit dem General Dwernicki an der Spitze, das im Palais national de l'Elysée, Faubourg St-Honoré, seinen Sitz aufschlug, übernahm die Sorge für Herbeischaffung von Mitteln für alle „ins Vaterland zurückkehrenden" Polen und für ihre einstweilen im Auslande zurückbleibenden Familien.

* * *

In Berlin hielt das Ministerium noch zu Anfang April an den Verheißungen der Kabinettsordre vom 29. März, betreffend die nationale Re-

[1] „Ganz Berlin schwärmt für die nationale Bewegung im Großherzogtum Posen": Caspary, Ludolf Camphausen 199.

organisation des Großherzogtums, fest und sandte den Generalleutnant W. v. Willisen, der sich schon 1831 in versöhnlichem Sinne ausgesprochen und die Sympathien der Polen gewonnen hatte, als bevollmächtigten königlichen Kommissarius nach Posen ab, wo er am 5. April eintraf. Er kam ins Land, erfüllt von der Atmosphäre, die er in Berlin eingeatmet hatte, die auch in Frankfurt zur Zeit die vorherrschende war. Er hatte seine Mission im besten Glauben und mit bestem Willen übernommen und würde ihr zweifelsohne einen gedeihlichen Erfolg gesichert haben, wenn ihm nicht die Polen selbst das Spiel verdorben hätten. Wenn sich diese von allem Anfang klug und maßvoll benommen und ruhig abgewartet hätten, was ihnen die nächste Zeit bringen sollte, bringen mußte, so wären ihnen die Sympathien, die sich allseits so unzweideutig zu ihren Gunsten aussprachen, gesichert geblieben. Allein der sarmatische Sanguinismus, der im ersten Anlauf am Ziel sein wollte, trieb seine Leute in ihrem Übermut zu Taktlosigkeiten, welche nicht bloß die deutsche Bevölkerung des Großherzogtums scheu machten, sondern auch das königliche Militär alarmierten, so daß Willisen nach diesen beiden Seiten hin bei seinem ersten Auftreten mit einem Mißtrauen zu kämpfen hatte, das nur zu bald in offene Abkehr und Anfeindung übergehen sollte.

Die ihm gewordene Mission faßte Willisen in dem Sinn auf: das Großherzogtum müsse zum Keim und Kern für ein künftiges Polenreich und zu einer Schutzmauer gegen Rußland umgeschaffen werden. Den Deutschen garantierte er in einem vom 6. datierten Aufruf ihre Nationalität, verlangte von ihnen Vertrauen in ihre nunmehr geänderte staatsrechtliche Stellung; die polnischen Führer würden gewiß alle Anstrengungen machen, keinem Deutschen nahezutreten. Von den Polen verlangte er Wiederherstellung der in der letzten Zeit gestörten Ordnung und Gesetzlichkeit und verhieß zum Schluß „vollständige Amnestie“[1]. Er trat an die Spitze einer Reorganisierungskommission, in die er fünf Polen — Erzbischof Leo Przyłuski, Graf Severin Mielżyński, Libelt, Szczepanowski und Graf Gustav Potworowski — und vier Deutsche berief; den Grafen Potworowski bestellte er als Zivilchef des Großherzogtums.

Die Polen jubelten, ersahen in dem General ihren Erlöser und sandten ihm Vertrauensadressen[2]. Aber in den deutschen Kreisen erhoben sich Schreie der Entrüstung. Eine große Volksversammlung in Bromberg leugnete am 9. April die Kompetenz der Posener Reorganisierungskommission „mit Einschluß des königlichen Immediatkommissars“ und erklärte deren Beschlüsse insgesamt für null und nichtig; jede von der Kommission versuchte Einmischung in die Verwaltung des deutschen Gebietes sei mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zurückzuweisen. Im Sinne der deutschen Bevölkerung des Groß-

---

[1] Juncker, Polenaufruhr, Gotha 1898, 177 f.

[2] Lipski, Beiträge zur Beurteilung der Ereignisse in Posen, Berlin 1848, 36—44.

herzogtums beschloß General v. Colomb das Insurgentenlager von Schroda anzugreifen, ließ aber auf Willisens Vorstellungen, der auf friedlichem Wege Besseres zu erreichen hoffte, vorläufig davon ab.

Mittlerweile war es jedoch zu mehr als einem ernsten Zusammenstoße gekommen. Als eines Tages der Vortrab einer preußischen Abteilung in Gostyn einrückte, wurde er mit Flintenschüssen empfangen und von Sensenmännern aus der Stadt hinausgedrängt; die preußische Hauptkolonne rückte nach und nahm den Ort mit Sturm. Am 10. April überfiel eine preußische Abteilung unter Obrist v. Herrmann den Markt Tremessen (Trzemeszno), wie es scheint, von den deutschen Einwohnern des Ortes gerufen, und drang siegreich auf den Marktplatz vor, als der Regimentsadjutant v. Buddenbrock erschien und den Befehl Willisens überbrachte, von weiteren Angriffen abzulassen, da Verhandlungen im Zuge seien[1]. Die Truppen zogen ab und überließen die Deutschen der Rache ihrer polnischen Mitbürger. Am 11. April kam zu Jaroslawice zwischen General Willisen von preußischer, Libelt, W. Stefański und Anastasius Radoński von polnischer Seite eine Konvention zu stande[2], und darin wurde Waffenruhe vereinbart: die in den Lagern von Wreschen, Miloslaw, Schroda, Xions und Pleschen versammelten Volkskämpfer sollten als Stamm für die zu bildende „Posensche Division" beisammen bleiben.

Doch das war nicht im Sinne Colombs, der an die Polen einen Aufruf zur Niederlegung der Waffen und Auflösung ihrer Lager richtete, widrigenfalls militärisches Einschreiten erfolgen werde. Unter den Deutschen der Hauptstadt erregte die Nachricht vom Abschluß des Jaroslawicer Übereinkommens die heftigste Gärung. Noch am Abend desselben Tages zog ein wilder Haufe, der nicht durchaus gemeinen Volkes war, vor die Wohnung Willisens, lärmend und schreiend seinen Abzug verlangend. In einer Sitzung der Provinzialregierung, die am 12. abgehalten wurde, legte man es Willisen nahe, bei der aufs höchste gestiegenen Aufregung der Posener Deutschen die Provinz zu verlassen und nach Berlin zurückzukehren.

* * *

Angesichts der nationalen Erregung bei den Polen einerseits und der energischen deutschen Demonstration anderseits entschloß man sich in Berlin zu einer tief einschneidenden Maßregel. Ein Schreiben des Ministers v. Auerswald vom 14. April übermittelte an den Bromberger Regierungspräsidenten v. Schleinitz einen Auftrag des Königs, laut welchem die der

---

[1] L. v. J., Insurrektion in Posen, Glogau 1849, 50.
[2] Lipski a. a. O. 97 f. Willisen, Akten und Bemerkungen, Berlin 1849, 37 f.

polnischen Bevölkerung verheißene nationale Reorganisation auf die vorherrschend deutschen Landesteile nicht ausgedehnt, sondern diese den andern preußischen Provinzen gleichgestellt werden sollten.

Das Posener Nationalkomitee erhob laute Verwahrung und rief die Welt zu Zeugen und Bundesgenossen gegen diese neueste „Teilung Polens“ an. Der Erzbischof von Gnesen bereitete einen Hirtenbrief an seine Geistlichkeit vor, welcher den Anschluß Posener Gebietsteile an das westliche Preußen als den katholischen Glauben gefährdend darstellte und sie zu protokollarischen Gegenerklärungen aufforderte, zu deren Unterfertigung die Pfarrer von den Kanzeln auffordern sollten, während Mieroslawski aus seinem Lager bei Miloslaw eine eindringliche Vorstellung an den König richtete und ihn an die Verheißungen mahnte, daß sich Posen unter preußischer Oberhoheit und Spitze in polnisch-nationalem Geiste organisieren und entwickeln werde[1]. Polnische Politiker schrieen diesen Schritt der preußischen Regierung in alle Welt als die siebte oder achte Teilung Polens aus[2] und bezeichneten ihn als ein gewagtes Unternehmen in einer Zeit, wo angesichts der Ansammlung russischer Streitkräfte an der polnischen Grenze ein Krieg mit der nordischen Großmacht in Rechnung zu ziehen sei, für welchen Fall man einer kräftigen Mitwirkung der polnischen Landesteile gar sehr bedürfen werde[3], ein Gedanke, der Willisen bei der von ihm geplanten Bildung eines besondern Posenschen Korps vorgeschwebt haben mochte.

Doch die Mission Willisens ging allgemach in die Brüche. Im Posenschen hatten sich die in ihre Heimat kommandierten polnischen Emigranten mehr und mehr angesammelt. Jetzt erging der Befehl, keinen mehr über die Grenze zu lassen; die Direktion der Leipzig-Dresdener Eisenbahn verweigerte ihnen die unentgeltliche Weiterbeförderung. Die preußischen Postämter strichen auf den Reisepässen der ankommenden Emigranten „nach Posen“ einfach aus und setzten als Reiseziel an dessen Stelle „nach Krakau“: die österreichischen Behörden mochten schauen, wie sie mit diesen Sturmvögeln der Revolution fertig würden. Am 17. rückte Divisionsgeneral v. Wedell vom Stettiner Armeekorps im Posenschen ein und forderte, ganz wie Colomb, Niederlegung der Waffen seitens der Polen unter Ankündigung sofortigen militärischen Einschreitens. Willisen fuhr mit der Einsetzung pol-

---

[1] Über die Trennung des Großherzogtums Posen in einen deutschen und einen polnischen Anteil und über die Militärorganisation des Großherzogtums Posen polnischen Anteils s. Willisen, Akten und Bemerkungen 89—94.

[2] Nach den drei Hauptteilungen: 4. die Schaffung von Ost- und Westgalizien, 5. die Gründung des Großherzogtums Warschau, 6. des (russischen) Königreichs Polen und des Freistaates Krakau, 7. dessen Einverleibung in Österreich und endlich 8. die Scheidung Posens in einen polnischen und einen deutschen Anteil.

[3] Klaczko, Die deutschen Hegemonen, Berlin 1849, 9; s. auch Lipski, Beiträge zur Beurteilung der Ereignisse in Posen 84.

nischer Kreiskommissare fort in Schroda, in Wreschen, in Adelnau usw., allein der Regierungspräsident des Bromberger Bezirkes teilte diese Anordnung seinen Landräten mit der Weisung mit, sich jener Weisung nicht zu fügen. Bismarck nannte dieses neue Durcheinander die „bedauerlichste Donquixoterie". Die Posener Deutschen hefteten Willisen den Makel eines Verräters an, beim Militär war sein Ansehen in solchem Grade gesunken, daß Colomb von Generalen angegangen wurde, er solle ihn absetzen lassen. Willisen schrieb eine Konferenz mit den Landräten für den 20. April nach Gnesen aus; als aber dafür nichts als schriftliche Absagen einliefen, kehrte er am 19. verdrossen nach Posen zurück. Er fand verschlossene Tore, die ihm trotz seines heftigen Begehrens nicht geöffnet werden wollten, so daß er um die Stadt herum in das Fort Winiary fahren mußte. In der Nacht darauf verließ er mit Extrapost Stadt und Land.

„Nur vierzehn Tage", heißt es bei Juncker (Polen-Aufruhr 219), „hatte General Willisen in der Provinz gewaltet, und welche Konflikte, welche Anarchie, welche Kämpfe waren in dieser Zeit mit trübseligsten Folgen entstanden, in trauriger Fortsetzung der ersten vierzehn Tage seit dem Beginn der Bewegung am 20. März!

3.

Russischerseits war die Grenze gegen das Posensche vollständig abgesperrt, die österreichische Grenze dagegen frei, der Verkehr sowohl nach der schlesischen als nach der galizischen Seite unbehindert, und den Emigranten, deren Reiseziel in dieser Richtung lag, stand der Weg dahin offen.

Am 11. oder 12. April abends traf der erste Emigrantenzug, etwa ein halbes Hundert stark, von Szczakowa in Krakau ein; mit ihm kamen auch die Amnestierten von der Festung Kufstein[1]. Auf dem Bahnhof von einer zahlreichen Menge, in die sich Pöbel und Straßenjungen drängten, mit Hurrah empfangen, in die Arme der sie erwartenden „Brüder" stürzend, wurden sie von Nationalgarden unter Vortritt einer Musikbande bei Fackelschein in die Stadt geleitet und nach einem geräuschvollen Umzug über den Ringplatz in Bürgerhäusern oder in Gasthöfen untergebracht. Das ging nun Abend für Abend in gleicher Weise fort: vierzig, fünfzig, sechzig Männer trafen in Krakau ein, besonders nach den scharfen Maßregeln der preußischen Behörden, die keine Emigranten auf ihrem Boden mehr dulden wollten, so daß, während bisher Posen ihren Hauptsitz gebildet hatte, nunmehr Galizien in reichstem Maße von ihnen beglückt wurde. Sie hatten hier, wo die Deutschen nicht wie im Posenschen ein starkes Element der Bevölkerung

[1] Jutrzenka 1848 Nr 21 vom 14. April, S. 83.

waren, sondern in dem überwiegend nationalen Gebiet die „Austryaken“ nur einen geringen Prozentsatz bildeten, ein bei weitem freieres Feld für die Entfaltung ihrer Wirksamkeit. Im Geleite der Emigranten erschien auch eine Anzahl französischer Revolutionsmacher von Profession, die sich ohne Scheu als faiseurs de barricades legitimierten und sich eifrig mit den unteren Volksklassen zu schaffen machten. Man konnte sie abends in entlegeneren Straßen vor einem und dem andern Hause sitzen sehen, wo sie den sie umstehenden Leuten Unterricht in der Anlegung und dem Bau von Barrikaden, in der Herrichtung und dem Gebrauch von Sensenlanzen gaben. Nicht minder bedenklich war das Gebaren vieler Emigranten, die sich Eintritt in das städtische Komitee zu verschaffen wußten, das sich jetzt in ein Zentralkomitee für die gesamte polnische Schilderhebung verwandelte und in Sektionen oder „Ministerien“ für das Innere, für auswärtige Angelegenheiten, für die Finanzen, für den Krieg teilte. Ohne Zweifel war es einzig dem Einflusse der Emigranten zuzuschreiben, die teils im Verfolg ihrer demokratischen Grundsätze, teils um das seit den sechsundvierziger Ereignissen von Mißtrauen und Haß gegen die Edelleute erfüllte Landvolk auf ihre Seite zu ziehen, im Nationalkomitee den Gedanken anregten, den Bauern die Robot zu schenken, sie ihrer gutsuntertänigen Verbindlichkeiten zu entheben. Die Ausführung dieses Beschlusses wurde für die Osterfeier angesetzt.

Krakau zeigte jetzt ein ungemein bewegtes Leben, das durch die fremden Ankömmlinge, durch die Nationalgarde und durch die zahlreichen Volkstrachten, in die sich besonders die Jugend der vermöglichen Stände zu kleiden liebte, einen bunt heitern Anblick gewährte. Doch unter der schimmernden Oberfläche wühlten finstere Mächte. Auch im eigentlichen Galizien machte sich der gefährliche Einfluß der Emigranten bald bemerkbar. Stadion wurde hier mit Beschwerden über angebliche Gesetzwidrigkeiten der Beamten, dort mit Forderungen von Erweiterung der Nationalgarde, von Bestätigung der sog. Nationalräte u. dgl. Tag für Tag bestürmt. Ein Komitee, das sich in Bochnia aus Mitgliedern aller Stände gebildet hatte, verlangte, daß zu jeder Amtshandlung des Kreisamtes, wo es sich um Streitigkeiten zwischen Grundherrschaft und Untertanen handelte, zwei Deputierte des Komitees gleichsam als Zeugen zugelassen würden[1]. Stadion blieb fest, wies ungerechtfertigte Beschwerden über oder Zumutungen an seine Beamten mit Entschiedenheit zurück[2]. Gegen die Anmaßungen der polnischen Partei fand er eine Stütze an den Ruthenen, die sich jetzt zu rühren

[1] Die vom 13. April datierte Eingabe war an Pillersdorff gerichtet, der sie an den Landesgouverneur mit der Ermächtigung leitete, „solche Maßregeln zu ergreifen, welche ihm unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen zur Erhaltung der Sicherheit des Staates sowie der Privatsicherheit als geeignete Mittel erscheinen“; Ministerium des Innern 1848, Z. 740.

[2] Vgl. Wiener Ztg 1848 Nr 119 vom 29. April.

begannen, Versammlungen hielten und das nationale Institut der Stauropigia zum Organ ihres Volksstammes erklärten. In einer am 19. April an den Kaiser gerichteten Adresse und Petition baten sie um Berücksichtigung ihrer Sprache in Schule und Amt, um nationale Heranbildung ihres Klerus, um vollkommene Gleichstellung der ruthenisch-katholischen Geistlichkeit mit der lateinischen. Unterschrieben war das Schriftstück von drei Vertretern des Lemberger ruthenisch-katholischen Erzbistums, dem Weihbischof und Generalvikar Gregor Jachimowicz[1], Dompropst Martin Ritter v. Barwiński und Domscholaster Michael Kuziemski, und nach ihnen von mehreren hundert Personen. Sie legten es in die Hände des Gouverneurs, der es nach Wien beförderte[2].

Den Nationalpolen war die Kundgebung dieses von ihnen seit Jahrhunderten hintangesetzten Volksstammes sehr unbequem; sie wollten die Ruthenen vor der Öffentlichkeit gar nicht als eine von ihnen verschiedene Nation gelten lassen. Aufgestachelt durch die Posener und Krakauer Vorgänge entfaltete das Polentum im galizischen Lande und in den Städten von Tag zu Tag mehr Ungebärde, wie denn in Lemberg selbst gegen die Jesuiten, denen nebstbei die Fenster eingeschlagen wurden, oder gegen mißliebige höhere Beamte Katzenmusiken nach bestem Wiener Muster in Szene gesetzt wurden. Hatte der Gouverneur die Ruthenen auf seiner Seite, so suchten die Polen die Juden für sich zu gewinnen, nahmen mit Wohlgefallen davon Akt, daß mehrere Judenfamilien europäische Kleidung anlegten, sprachen von Judenemanzipation. Als in diesen Tagen hinter den Schaufenstern eines Lemberger Gassenladens eine Karikatur auf die Juden zu erblicken war, die der Besitzer über Aufforderung der akademischen Jugend nicht einziehen wollte, wurden ihm die Glastafeln eingeschlagen und der Laden gesperrt, bis er sich zu einer Abbitte der Beleidigten herbeifand.

* * *

Die große Lemberg-Krakauer Deputation befand sich noch immer in Wien, wo ihre Mitglieder keinen Weg unversucht ließen, Versammlungen besuchten, die Redaktionen verbreiteter Zeitungen überliefen, um so in Wort und Schrift mit der ihnen eigenen geselligen Gewandtheit auf die verschiedenen Klassen der Wiener Bevölkerung Einfluß zu gewinnen. Stärkere Sympathien, als sie beim Erzherzog Johann fanden, konnten sie sich kaum wünschen. „Seien wir offen", sagte der kaiserliche Prinz: „Meine Groß-

[1] Bald darauf ruth.-kath. Bischof von Przemysl.

[2] Dienstschreiben Stadions an Pillersdorff vom 4. Mai Z. 5300, Schreiben des letzteren an die ruthenische Hauptversammlung zu Lemberg vom 8. Mai: Ministerium des Innern, Z. 1717; diesem Akte liegt auch das Original der großen Petition mit zwölf Spalten Unterschriften bei.

mutter und König Friedrich haben, indem sie Polen teilten, eine Sünde begangen. Diese Teilung ist das größte Unglück Europas. Von jenem Zeitpunkt an haben Friede und Ehrlichkeit aufgehört und hat das Verschachern der Nationen zum Nachteil der Regierungen seinen Anfang genommen. Dieses Unglück wird nicht eher aufhören, bis Polen seine Wiederherstellung erlangt.“ Auf die Vorstellung der Deputierten, welche Gefahren Galizien und Österreich von Rußland und vom Panslavismus drohten, erwiderte Johann, daß ihm diese Gefahren nicht unbekannt seien und daß darum von ihrer Seite Aufmerksamkeit notwendig sei, da Rußland im ersten Augenblick ihr Land mit einem Heer von 150 000 Mann bewältigen könne. Als die Polen über die galizische Bureaukratie Klage führten, versicherte der Erzherzog, daß er sehr wohl wisse, welchen Schaden die Beamten der Regierung bringen, und daß er sie für den Ruin Österreichs ansehe. „Ich bin“, sprach er zuletzt, „vor allem Mensch und bekenne mich aus vollem Herzen zu allen Grundsätzen, welche die Menschheit diktiert. Mögen die Herren versichert sein, daß ich dann, wenn ich den Mund zu öffnen habe, mich stets nach jenen Grundsätzen äußern werde, die ich Ihnen jetzt geäußert habe.“[1]

Die Deputierten hatten in Wien die früher gesonderten Lemberger und Krakauer Petitionen in eine gemeinschaftliche umgegossen[2], die sie am 6. April mittags in feierlichem Aufzug in die Burg trugen. Zum Kaiser wurden aber nur drei eingelassen, darunter Fürst Lubomirski, der die Adresse in Gegenwart des Ministers des Innern Sr Majestät überreichte[3]. Ferdinand I. sprach: „Ich nehme die Bitte der Abgeordneten Meines Königreichs Galizien wohlgefällig auf und befehle, daß alles, was zum Wohle Meiner getreuen Untertanen gereichen kann, in sorgfältige Erwägung gezogen werde.“ In der Tat zeigte sich Pillersdorff den meisten Petitionspunkten gewogen. „Daß in Absicht auf die Erhaltung der Nationalität der Bewohner Galiziens“, hieß es in seinem an Lubomirski am 10. April gerichteten Bescheid, „und in Absicht auf die ausgedehnteste Entfaltung derselben in Erteilung des Unterrichts und in Gerichtsverhandlungen Se Majestät die unzweideutigste Absicht habe, darüber scheint es meiner ausdrücklichen Versicherung nicht erst zu bedürfen. Ich stehe aber nicht an, dieselbe hier ausdrücklich beizufügen, um den Wünschen Euer

---

[1] Gazeta Krakowska Nr 97. Daß sich in diese Wiedergabe der Worte Johanns mancherlei Schönfärberei in polnischem Sinne gemischt habe, mag wohl sein; allein an dem Hauptinhalt haben wir um so weniger Grund zu zweifeln, als ja schon aus andern Äußerungen Johanns zu ersehen war, welche schier unglaublichen Proben seiner Unkaiserlichkeit der „liberale“ Erzherzog zu liefern im stande war.

[2] Wortlaut siehe: Die denkwürdigen Ereignisse der drei glorreichen Revolutionstage, Wien 1848, 82—92; Widmann, Franz Smolka, Wien 1887, 204—210.

[3] Erinnerungen Ziemiałkowskis: N. Fr. Pr. 1898 Nr 12052 vom 13. März.

Fürstlichen Gnaden Genüge zu tun." Nicht minder wohlwollend zeigte er sich den Krakauer Deputierten und erließ am 11. an die dortige Hofkommission die Weisung, „daß sie das Komitee, welches sich dortselbst für den Zweck der Erhaltung von Ordnung, Ruhe und Sicherheit gebildet hat, nicht auflöse, sondern bis auf weitere Anordnung in seiner Zusammensetzung belasse". In dem an den Fürsten Jablonowski am 13. gerichteten Bescheide fand der Minister zumeist jenen Punkt auszusetzen, der die Regelung der Untertansverhältnisse betraf, da dem Krakauer Komitee, „welches nicht aus der Wahl aller gutbesitzenden Bürger hervorgegangen und nicht mit deren Vollmacht zu einem solchen Akte versehen ist, das Recht der Aufhebung der Robot und der Erteilung des Eigentums der untertänigen Gründe nicht zuerkannt werden kann"[1].

Sowohl die Weisung an die Krakauer Gubernialkommission als der Bescheid an den Führer der dortigen Deputation waren von Pillersdorff zu einer Zeit erlassen, wo er das Erscheinen der polnischen Emigranten auf galizischem Boden noch nicht wissen und das unheilvolle Treiben, das sie hier entfalten sollten, nicht ahnen konnte. Dazu kamen Mahnungen aus ihm nahestehenden Kreisen, welche den Inhalt der Petition und noch mehr das Treiben der Deputation in der Wiener Presse und in Vereinen als höchst bedenklich bezeichneten. Ein hoher Beamter erklärte, daß die Annahme dessen, was die Polen verlangten, der Herausforderung eines Krieges mit Rußland gleichkäme, den man jetzt um so weniger wagen könne, als man mit Italien vollauf beschäftigt sei.

In Lemberg sollte die galizische Petition und der vorläufige Bescheid, der ihr in Wien zu teil geworden, nicht ohne Folgen bleiben. Da Stadion den Bestand und die Einmischung der sog. Nationalräte (Rada Narodowa) nicht duldete, so gründeten die Lemberger Mitglieder eine neue Zeitung unter diesem Namen und konstituierten sich für diese als Redaktionskomitee, das sich die Verteidigung und Verbreitung der in der Landespetition ausgesprochenen Grundsätze zur Aufgabe machte. Für den 26. April war der galizische Landtag ausgeschrieben, und Nr 3 der „Rada Narodowa" brachte einen Artikel, in welchem die Deputierten aufgefordert wurden, jeder einzelne und persönlich eine Verwahrung einzulegen, daß sie sich nach der Adresse vom 18. März und der Petition vom 6. April nicht berufen und ermächtigt halten, der Einberufung zu einem in der seitherigen Form abzuhaltenden Landtag Folge zu leisten. Einen Artikel ähnlicher Tragweite brachte die Krakauer „Jutrzenka" Nr 31, S. 126 f.

Stadion selbst sah sich in seinen Vorkehrungen von Wien aus teilweise behindert. Er hatte die Nationalgarde außerhalb der Hauptstadt nicht

[1] Ministerium des Innern 1848, Z. 688; Gazeta Krakowska Nr 96, S. 2 f; Jutrzenka Nr 30, S. 121.

dulden wollen; aber da vom Ministerium der entgegengesetzte Grundsatz ausgesprochen war, da dieses am 9. April sogar erklärt hatte, der Bitte der Studenten von Tarnów, ein zur Nationalgarde daselbst gehöriges Studentenkorps zu bilden, die Gewährung nicht versagen zu wollen, so glaubte Stadion dem Minister Pillersdorff nicht verhehlen zu sollen, daß „diese Maßregel der Regierung den letzten Stoß gibt, weil ich für den Fall eines Konfliktes mit den Bauern den Vorwurf der Gutsbesitzer fürchte, die österreichische Regierung habe sie der Wut des Bauernvolkes überlassen". Stadion dachte sogar an seinen Rücktritt, indem er meinte, unter solchen Umständen müsse ein Landeskind „an die Spitze der nationalen Regierung" gestellt werden, „ein Mann, der, mit dem Verwaltungswesen vertraut, einen biedern Charakter besitzt und als redlicher und einsichtsvoller Mann das Vertrauen aller Gutgesinnten besitzt"; er nannte den Gubernialrat Grafen Agenor Gołuchowski, der, wie er meinte, jetzt schon zum Vizepräsidenten des Guberniums ernannt werden sollte[1].

In Wien war man durchaus nicht geneigt, auf diesen Vorschlag einzugehen, und so hielt sich Stadion ermächtigt, nach eigener Einsicht vorzugehen, was er von da an auch tat.

4.

In Frankfurt a. M. tagten nebeneinander und in unausgesetzter Berührung miteinander der alte deutsche Bundestag und der junge Fünfzigerausschuß. Der Bundestag war nicht mehr der ehemalige, der sich durch mehr denn dreißig Jahre als das gefügige Werkzeug der politischen Stillstands-, um nicht zu sagen: Rückschrittspolitik erwiesen und die Verwünschungen aller dem Fortschritt huldigenden Elemente auf sich geladen hatte. Es gab nicht wenige, die ihn auch jetzt noch von jenem Standpunkt aus im Auge hielten und in der öffentlichen Meinung herabzusetzen suchten. „Was jetzt", sagten sie, „die Einheit der deutschen Regierungen repräsentiert, ist nicht bloß nichts, sondern man muß sagen: nichts wäre tausendmal besser als jener Bundestag. Denn nichts ist wenigstens nicht verachtet und macht sich nicht jeden Tag von neuem lächerlich. Doch jetzt ringen einige alte abgelebte Höflinge mit fünfzig leidenschaftlichen, ehrgeizigen, energischen Männern, von denen jeder die Macht eines populären Namens besitzt."[2]

Letzteres war richtig, hingegen die Mißachtung des „alten Bundestages" nicht mehr am Platze. Er war ja nicht mehr der frühere, er hatte

---

[1] Stadion an Pillersdorff, Lemberg, 14. und 17. April: Ministerium des Innern 1848, Nr 867.

[2] Claessen an Camphausen, Köln 13. April. Caspary, Ludolf Camphausen, Stuttgart u. Berlin 1901, 200.

sich durch Beiziehung von Vertrauensmännern der verschiedenen Regierungen verstärkt, die wohl durchaus den Anforderungen der neuen Zeit huldigten — für Österreich Schmerling! — und war in vollem Maße bemüht, diesen Anforderungen nach allen Richtungen gerecht zu werden. Es war ein Unrecht und eine Unklugheit, daß er jetzt fast nur zum „Briefträger" des Vorparlaments und des Fünfzigerausschusses herhalten mußte, statt ein wertvolles Bindeglied zwischen den neu erkorenen Vertretern des deutschen Volkes und den bestehenden Regierungen zu gelten, ohne deren entgegenkommende Teilnahme ja doch nichts Dauerhaftes zu stande kommen konnte.

Den Österreichern im Fünfzigerausschuß lag es von allem Anfang am Herzen, die Slaven ihrer Heimat dem Werke der Neugestaltung Deutschlands nicht abgeneigt zu machen. Gleich in der Sitzung vom 11. April, wo zwischen den österreichischen und den außerösterreichischen Mitgliedern des Ausschusses entgegenkommende Begrüßungsreden gewechselt wurden, hatten Kuranda und Baron Andrian der Slaven ihrer Monarchie gedacht, denen die künftige Nationalversammlung die Unverletzlichkeit ihrer Nationalität verbürgen müsse. Den gleichen Standpunkt hielten die Österreicher auch bei den weiteren Verhandlungen ein. Schuselka beantragte eine Erklärung, daß die Slaven „nicht als Untertanen, sondern als gleichberechtigte freie Verbündete" zu gelten hätten, und ebenso verlangte Wiesner, daß die Slaven an allen Rechten und Errungenschaften der Deutschen gleichen Anteil haben sollten. Graf Anton Auersperg (Anastasius Grün) legte insbesondere für die Berücksichtigung seiner slovenischen Landsleute in Steiermark, Kärnten und Krain seine Lanze ein. Kuranda sprach noch den Wunsch aus, man möge besonders auf Palacký einwirken, auf daß auch die böhmische Nationalität im Ausschuß vertreten sei. Doch gerade von dieser Seite traf den Fünfzigerausschuß ein unerwarteter Schlag.

Unter den sechs Österreichern, die an dem Fünfzigerausschuß teilnehmen sollten, hatte sich auch Franz Palacký befunden. Er war nicht erschienen, und jetzt erst, mit dem Datum des 11. April, traf seine schriftliche Absage ein. Nach einem überaus höflichen und die Herren des Ausschusses ehrend gehaltenen Eingange setzte er ihnen die Gründe auseinander, die ihn abhielten, ihrer Einladung zu folgen. Sie waren teils persönlicher teils sachlicher Natur. „Ich bin kein Deutscher, fühle mich wenigstens nicht als solchen, und als bloßen meinungs- und willenlosen Ja-Herren haben Sie mich doch gewiß nicht berufen." Was sein Volk betreffe, so habe dieses und haben die böhmischen Stände von einer Verbindung mit Deutschland „kaum jemals Kenntnis zu nehmen" Gelegenheit gefunden. Auch sei Böhmen niemals in den Rahmen des deutschen Reiches einbezogen gewesen, es sei bekanntlich zu keinem der ehemaligen zehn deutschen Kreise gezählt worden,

die Kompetenz des Reichskammergerichts habe sich niemals über Böhmen erstreckt 2c. Dazu komme ein anderer Umstand. „Nach allem, was über Ihre Zwecke und Absichten bisher öffentlich verlautet hat, wollen und werden Sie notwendigerweise darauf ausgehen, Österreich als selbständigen Kaiserstaat unheilbar zu schwächen, ja ihn unmöglich zu machen, einen Staat, dessen Erhaltung, Integrität und Kräftigung eine hohe und wichtige Angelegenheit nicht meines Volkes allein, sondern ganz Europas, ja der Humanität und Zivilisation selbst ist und sein muß.“ Er entwickelte nun diesen Satz eingehend. Er wies auf jene „Macht“ hin, die, „schon jetzt zu kolossaler Größe herangewachsen, den ganzen großen Osten unseres Weltteiles innehat“ und die, wenn ihr nicht ein mächtiger Damm gesetzt werde, „in beschleunigtem Lauf eine neue Universalmonarchie zu erzeugen und herbeizuführen droht“. Einen solchen Damm bilde Österreich durch seine ethnographische Zusammensetzung und durch seine Lage an der Donau, „der wahren Lebensader dieses notwendigen Völkervereins. Wahrlich, existierte der österreichische Kaiserstaat nicht schon längst, man müßte im Interesse Europas, im Interesse der Humanität selbst sich beeilen, ihn zu schaffen!“ Endlich dränge sich ihm der Gedanke der Möglichkeit auf, daß das Projekt einer Neugestaltung Deutschlands auf die Schaffung einer deutschen Republik hinauslaufen könne, eine Angelegenheit, deren Beurteilung ganz außerhalb des Kreises seiner Kompetenz liege, deren Hinübergreifen auf Österreich aber er „entschieden und kräftig zurückweisen“ müsse. Zum Schluß faßte Palacký seine Überzeugung in die Worte zusammen: „daß das Verlangen, Österreich und somit auch Böhmen solle sich volkstümlich an Deutschland anschließen, d. h. in Deutschland aufgehen, eine Zumutung des Selbstmordes ist, daher jedes moralischen und politischen Sinnes ermangelt; daß im Gegenteil die Forderung, Deutschland möge sich an Österreich anschließen, d. h. der österreichischen Monarchie unter gewissen Bedingungen beitreten, einen ungleich besser begründeten Sinn hat“.

Palacký ließ seine nach Frankfurt gerichtete Antwort im „Constit. Blatt aus Böhmen“ Nr 11 vom 13. April abdrucken[1], von wo es dann, teils vollinhaltlich teils auszugsweise, in andere Journale überging und allerorts das größte Aufsehen machte. Selbstverständlich fehlte es nicht an Entgegnungen und versuchten Widerlegungen[2]; doch der von Palacký entsendete Pfeil blieb sitzen, und die Wunde, die er den deutschen Zumutungen versetzt hatte, eiterte weiter und wollte sich nicht schließen. Einen namhaften Eindruck machte das Schreiben in den waltenden Kreisen Wiens, weil man

---

[1] Schopf, Volksbewegung II 76—80.

[2] Alfred Meißner, Brief an Herrn Palacký: Const. Bl. a. Böhmen Nr 15 vom 18. April. M. W., Eine deutsche Antwort an den Slaven Palacký: A. A. Ztg. Beil. zu Nr 123 vom 2. Mai, S. 1961—1963.

darin zum erstenmal seit dem politischen Umschwung den österreichischen Gedanken, die maßgebende Bedeutung des Kaiserstaates, die Notwendigkeit seiner ungeschwächten Selbständigkeit und Eigenmacht mit unbeugsamem Nachdruck hervorgehoben fand.

Im amtlichen Teil der „Wiener Zeitung" Nr 112 vom 21. April veröffentlichte das Ministerium eine Erkärung, daß es zwar mit Freuden bereit sei, „seine Anhänglichkeit an die gemeinsame deutsche Sache zu betätigen", daß es aber vom österreichischen Standpunkte „ein gänzliches Aufgeben der Sonderinteressen seiner verschiedenen zum Deutschen Bunde gehörigen Gebietsteile, eine unbedingte Unterordnung unter die Bundesversammlung" nie zugeben könne, sich darum „die besondere Zustimmung zu jedem von der Bundesversammlung gefaßten Beschlusse vorbehalten" müsse.

* * *

Von allergrößtem Einfluß war begreiflicherweise Palackýs Schreiben auf alle slavischen Kreise, in denen „die Nationalität überall hervorsproß wie frisches Grün nach warmem Sonnenschein". Allenthalben erhoben sich patriotische Männer, die sich zu Organen der Wünsche ihres Volkes machten, durch improvisierte Vorträge und Kurse für eine erfolgreiche Pflege ihrer Muttersprache sorgten, in Vereine zusammentraten, um für das Beste der Ihrigen nach allen Seiten zu sorgen und zu wirken. In den südslavischen Gebieten gab es seit Ende März einen gelinden Fahnen- und Farbenkrieg. Die Grätzer Slovenen hielten an ihrem „Weiß-Blau-Rot bis in den Tod". Slovenische Familien ließen von ihren Häusern weiß-blau-rote Fahnen flattern. Als sich aber slovenische Studenten mit diesen Farben in der akademischen Legion Wiens zeigten, wurde ihnen dies von den schwarz-rot-goldnen deutschen Studenten verwehrt, worauf sie aus der Legion austraten. In der Hauptstadt des urslavischen Krain hißte die Nationalgarde auf dem Schloßturm die deutsche Fahne auf; die Stadt Stein folgte diesem Beispiel und feierte diesen Triumph mit einer Illumination; die Laibacher Amtszeitung brachte Artikel in deutsch-nationalem Geiste. Das reizte die Slovenen zum Widerstand, und die Worte Palackýs gossen Öl ins Feuer. In Grätz bildete sich am 16. April ein Verein „Slovenija", dessen Seele Dr Joseph Muršec war; ein ähnlicher Verein entstand vier Tage später in Wien: Obmann Dr Franz Miklosich, Schriftführer Anton Globočnik. Gegen Ende des Monats traten die Laibacher Slovenen zusammen: „Unser Schwur ist und bleibt: Alles für Glauben, Kaiser und Vaterland." Die beiden Hauptpunkte der Programme aller dieser Vereine waren: Anschluß an Österreich, aber nicht Einverleibung in den Deutschen Bund, und Zusammenfassung der zerrissenen slovenischen Gebiete von Krain und Kärnten, Süd-Steiermark und

Küstenland in eine einzige administrative Einheit mit der Bezeichnung „Königreich Slovenien“ als integrierenden Bestandteil des österreichischen Kaiserstaates[1].

5.

Einen eigentümlichen Standpunkt sowohl den Frankfurter Beschlüssen als dem Wiener Ministerium gegenüber nahm ein Staatsmann ein, der fern von der Kaiserstadt zu Freiburg im Breisgau, dem einstigen österreichischen Vorlande, lebte, wo die alten kaiserlichen Traditionen in allen Kreisen noch warm und lebendig waren. Es war der greise Baron Philipp v. Wessenberg, ein in der Zeit der französischen Kriege hochverdienter und hochgeehrter Staatsmann, der aber danach in Ruhestand getreten war, angeblich aus Gesundheitsrücksichten, in Wahrheit jedoch, weil er sich mit dem, was man das Metternichsche System nannte, nicht befreunden konnte. „Untätig bleiben, wenn andere handeln, zurückbleiben, wenn andere fortschreiten, ist gewiß die unseligste Politik, und ich habe bei keinem Anlasse gesäumt, mich offen dagegen, zumal nach den Ereignissen in Galizien, stark auszusprechen, und den Fürsten dringend auf das, was not tut, hingewiesen.“ So machte Wessenberg in einem am 9. April an Pillersdorff gerichteten Schreiben seinem gepreßten Herzen Luft; denn seinen starken österreichischen Patriotismus hatten die letzten Schläge, die der Kaiserstaat erlitten, gewaltig getroffen. „Die Feder entfällt meiner Hand, wenn ich an Venedig denke; wenn ich denke, welchen, ich will nicht sagen, Mittelmäßigkeiten, sondern Elendigkeiten das teuerste Kleinod der Monarchie anvertraut war! Ich hoffe, es wird wegen der Lombardei nicht mehr viel Blut verspritzt werden, aber Venedig, Venedig, das wäre nicht zu verschmerzen! „Könnte man wenigstens“, meinte Wessenberg, „die Grenzlinie vom Monte Tonale über Rocca d'Anfo bis zur Mündung des Oglio der Monarchie sichern; jenseits dieser Linie ist kein strategischer Punkt.“ Einige Tage später, 14. April, schrieb er von neuem: „Gott verleihe uns einen Pitt, einen Chatham, einen Präsidenten, der die Vergangenheit vergessend nur die Zukunft im Auge hat und durch seine Autorität allen Versuchen der Reaktion ein Ende macht, welche nur dazu dienen können, den Ruin der Monarchie zu vollenden.“ Wessenberg offenbarte sich in diesem zweiten Schreiben als Konstitutionalist und zugleich als Departementist, beides in entschiedenster Weise. „Was hat Frankreich so stark gemacht? Die Einteilung in Departements, das Werk

[1] Jos. Apih, Die Slovenen und die Märztage 1848: Österr. Jahrbuch 1890, 79—106; Die slovenische Bewegung im Frühjahr und Vorsommer 1848, ebd. 1892, 175—208.

des Sieyès, wodurch jene in Burgund, Lothringen, Normandie ꝛc. verschwand und die große Einheit entstand."

So stieg dem alterfahrenen Politikus niemals der Zweifel auf, ob die französische Februarrevolution so leicht und so rasch gesiegt, sich von der Hauptstadt aus über alle Teile des Reiches verbreitet haben würde, wenn Bretagne und Normandie, die Dauphiné und die Provence, der royalistischen Vendée gar nicht zu gedenken, noch ihre verfassungsmäßige Eigenart, ihr politisches Selbstgefühl besessen hätten? Aber noch ein Zweites: Läßt sich das völkerverbindende Österreich mit dem seit Richelieus und Mazarins Walten auf das zentralisierende Einerlei lossteuernden Frankreich auf eine Linie setzen? Die bedeutendsten Staatsmänner Österreichs haben an der providentiellen Zusammensetzung des Kaiserstaates nicht zu rütteln gewagt, weil sie darin dessen Palladium, dessen Wesen und Beruf erkannten. Eine Departementierung Österreichs würde es dem Schicksale Frankreichs überliefern, dessen Wohlergehen oder Verderben den Launen des Straßenpöbels seiner Hauptstadt anheimgegeben sind.

Als Konstitutionalist war Wessenberg nicht einverstanden mit der Berufung des jugendlichen Erzherzogs Franz Joseph zum Statthalter von Böhmen; denn „ich kann solche Statthalterschaft nicht mit der Verfassung mit einem verantwortlichen Ministerium vereinbaren, dessen Begriff meiner Ansicht nach keinen solchen Statthalter zuläßt"[1].

---

[1] Die Originale beider Schreiben in Pillersdorffs Nachlaß, jetzt in meiner Sammlung.

IX.

Verfassung.

Und empor zum blauen Himmel hebt er feierlich die Hand:
„Ich beschwör's beim ew'gen Himmel, der da fest und wahr und frei,
Ich beschwör's beim eig'nen Herzen, liebend wandellos und treu,
Nicht zu herrschen blind nach Willkür, nein, nach Recht und Satzung stets;
Fürsten sind nicht immer weise, nie ein Tor ist das Gesetz!"

Anastasius Grün.

Gleich nach der großen Gewährung vom 15. März war begreiflicherweise der allseitige Wunsch angeregt, die im Grundsatz bewilligte Konstitution in einer genau formulierten Charte leibhaftig vor sich zu haben. Schon in der Versammlung, welche in der zweiten Hälfte des März die in Wien eingetroffenen Mitglieder der verschiedenen Landstände gebildet hatten, vierzig Abgeordnete, war dieses Verlangen zum Ausdruck gekommen. In der großen Salzburger Deputation war es namentlich der Kanonikus Max v. Tarnoczy, der Vertrauensmann des Kardinal-Erzbischofs, welcher sein Fürwort für das Herzogtum Salzburg mit der Forderung aussprach, daß es auf dem künftigen Reichstage durch eigene Abgeordnete, nicht durch die Stände von Oberösterreich vertreten werde. Er wünschte von Pillersdorff die Grundsätze der Konstitution zu wissen, die, wie der Landmarschall Graf Montecuccoli ihn merken ließ, nicht durch den ersten Reichstag entworfen, sondern von der Krone oktroyiert werden sollte. In einem am 15. April an den Kardinal Schwarzenberg gerichteten Schreiben, rühmte er ein von dem niederösterreichischen Landstand Ritter v. Kleyle entworfenes Operat, das „in hohem Grade freisinnig gefaßt" sei, wozu auch die immer dringlicher werdenden Mißstände gebieterisch raten[1].

[1] Wolfsgruber, Kardinal Schwarzenberg I, Wien u. Leipzig 1906, 261—265.

Was es mit dem Operate Kleyles für ein Bewandnis hatte, ist nicht näher bekannt geworden. Die treibende Kraft in dieser Richtung war Pillersdorff, der, nach des Grafen Hartig Versicherung, schon in seinen vormärzlichen Mußestunden einen Verfassungsbau für den österreichischen Kaiserstaat modelliert hatte, auf dessen Verwirklichung er vom ersten Augenblicke, da ihm die Leitung der inneren Angelegenheiten des Reiches anvertraut war, hinzielte. Die Weisung des kaiserlichen Manifestes vom 15. März, daß „eine Einberufung von Abgeordneten aller Provinzialstände mit verstärkter Vertretung des Bürgerstandes in der möglichst kürzesten Frist zum Behufe der Konstituierung des Vaterlandes“ stattfinden sollte, war und blieb vergessen. Es trieb ihn, die Sache selbst und allein zu machen. Dabei wollte sich Pillersdorff sogleich konstitutionell zeigen und regieren, ohne daß eine Konstitution noch vorhanden war. Hierdurch geriet er von allem Anfang an auf eine schiefe Ebene, auf der er später keinen festen Fuß mehr fassen konnte, sondern Schritt für Schritt nachgeben und ins Ungewisse nachhinken mußte[1].

* * *

Neben diesen die österreichische Verfassung betreffenden Beratungen in den obersten Regionen drehte sich im Wiener Leseverein und in den von ihm beeinflußten Kreisen die deutsche Angelegenheit vornehmlich um die Frage: „Staatenbund oder Bundesstaat?“ die in der zweiten Hälfte des April in Versammlungen und in der Journalistik lebhaft besprochen und behandelt wurde, Wortkämpfe und Artikelschlachten aller Art veranlaßte. Für den Staatenbund, d. h. für die Aufrechthaltung der Eigenart und staatsrechtlichen Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Kaiserstaates waren alle ruhigen und besonnenen Männer, alle überlegenden Politiker, aber auch wohlhabende Industrielle, die, mitunter aus dem „Reich“ nach Wien gekommen, sich hier eine geachtete Existenz begründet hatten. Die Besitzenden, namentlich die Hauseigentümer, hatten Angst vor Entwertung ihrer Realitäten, wenn Wien seinen Nimbus als Metropole verlöre; die Verhandlungen in der zwölften Sitzung des provisorischen Ausschusses der Stände über Neubauten und Baufreijahr, über Holzpreise u. dgl. scheinen von diesem Eindrucke beeinflußt gewesen zu sein. Für den Bundesstaat, d. h. für das Aufgehen Österreichs in Deutschland war die eigentlich revolutionäre Partei und die von ihr leicht gewonnene akademische Jugend, und in dieser Hinsicht war es in erster Reihe ein ausländischer Agitator, der einen unheilvollen Einfluß zu üben drohte[2].

---

[1] Hartig, Genesis 207 254 f.

[2] Baron J. v. Doblhoff, Mitteilungen aus dem Jahre 1848: N. Fr. Pr. 1898, Nr 12060. Arneth, Aus meinem Leben I, Wien 1891, 301. Charakteristisch für die

Es war jener Dr Schütte, der als Ankömmling in Österreich zuerst in Prag von sich reden gemacht hatte und nun in Wien sein Unwesen trieb, ein jüngerer Mann, der mit dem „Strom seiner geschmeidigen, aalglatten Beredsamkeit“ die Massen hinzureißen verstand[1]. Bei seinem Auftreten in der Aula sprach er in bestrickender Weise für den innigsten Anschluß Österreichs an Deutschland, für einen Bundesstaat mit dem Erzherzog Johann an der Spitze. Dieser Standpunkt war nach Schüttes reichsdeutscher Herkunft begreiflich; aber er mischte sich auch in die inneren Angelegenheiten des Staates, mit denen er als Fremdling nichts zu schaffen hatte. „Ihm bleibt das Verdienst“, rühmt ihm Kudlich nach, „das Schlagwort ‚Konstituierender Reichstag‘ zuerst unter die Massen geworfen zu haben“, und er zeigte sich, wie wir beifügen, zugleich als der erste, der diese Massen auf den politischen Kampfplatz zu führen entschlossen war, der den Gedanken und das Wort einer „Sturmpetition“ unter sie warf. Am 14. April fand auf Anregung der akademischen Legion eine Versammlung von nahezu sechstausend Menschen im Riesensaale des Odeon statt, wo eine Petition an Pillersdorff wegen alsbaldiger Erlassung einer Konstitution beraten, die Demission der Minister Ficquelmont und Taaffe verlangt, ein Wechsel im Nationalgarde-Oberkommando angeregt wurde. Da erschien Schütte und bemächtigte sich, von begeistertem Jubel empfangen, allsogleich des Wortes. Er schlug eine Petition an den Kaiser um Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung vor; die Wahlen in dieselbe sollten „mit Umgehung aller historisch ausgelebten landständischen Institutionen“, mit Beseitigung jedes Wahlzensus, ohne Unterschied des Standes und des Glaubensbekenntnisses stattfinden. Jeden seiner Sätze begleitete stets zunehmender Beifall der Zuhörer. Nur als er weiter beantragte, die Petition solle, um die Wahrheit der Unterschriften zu beweisen, von sämtlichen Teilnehmern überreicht und durch eine kräftige Massendemonstration unterstützt werden, hatte der Schriftsteller A. Adolf Schmidl den Mut, in überzeugenden Worten von einem solchen Schritte abzuraten, so daß Schütte nachgab, in-

---

ausschließend deutsche Stimmung in der Wiener Legion ist ein Zug, den ich einer brieflichen Mitteilung Vojtěch Fingerhuts, des nachmaligen Vojta Náprstek, verdanke: „In der Aula wurde beschlossen, eine Deputation nach Brünn abzusenden, und ich wurde in dieselbe gewählt. Ich verwirkte aber das in mich gesetzte Vertrauen, denn ich übersetzte (ohne einen Beschluß) die Adresse ins Böhmische, ließ die Übersetzung mit der deutschen Adresse zugleich drucken, las solche unter großem Applaus der mährischen Studenten in irgend einer Lehranstalt vor, hielt dann bei einem festlichen Kommers eine böhmische Rede für die Vereinigung Mährens mit Böhmen, und das Resultat war, daß ich die Rückreise von Brünn nach Wien nicht mit der Deputation, sondern allein machen mußte.“

[1] Über Schütte siehe mein „Graf Leo Thun in Böhmen“: Österr. Jahrbuch 1894, 7. — „Bei ihm klappte alles, Form und Gedanke.... Man war froh, einen Redner zu hören, der nicht stecken blieb“: Kudlich, Erinnerungen 151.

dem er erklärte, es genüge vielleicht die Überreichung der Petition durch einen Ausschuß, was von der Versammlung mit Akklamation angenommen wurde. Die Zahl der Unterschriften soll, wie Schütte in der „Constitution" verlauten ließ, binnen wenig Tagen auf 20000 angewachsen sein[1]. Allein der Vorschlag Schüttes, eine Massendeputation zu veranstalten, rief in der Stadt einen solchen Schrecken hervor und versetzte die leitenden Behörden in eine derartige Unruhe, daß man einen Arbeiteraufstand befürchtete und in den Tagen darauf die Nationalgarde in Bereitschaft setzte; es kam jedoch für den Augenblick zu nichts. Übrigens hatte es Schütte bereits nach allen Seiten hin verdorben. Der Wiener Schriftstellerverein, in dessen Ausschuß er gewählt war, verlangte seinen Austritt. Professor Dr Joseph Neumann veröffentlichte einen schonungslosen „Anruf an einen sog. Herrn Dr Schütte"[2]. Es gab solche, die ihn als agent provocateur, als russischen Spion verschrieen, so daß zuletzt die Regierung vielseitige Billigung erfuhr, als sie ein so gefährliches Subjekt auf polizeilichem Wege aus der Stadt schaffte, 18. April[3]. Die radikale Partei schrie allerdings Zeter und Mordio und brachte die bald darauf erfolgte Amtsenthebung des Polizei-Hofrats August Martinez damit in Verbindung. Allein die große Mehrheit der Bevölkerung atmete bei der Nachricht von der Entfernung dieses Sturmvogels der Revolution erleichtert auf.

Doch die Anregungen des gefährlichen Mannes wirkten nach. Im Studentenkomitee, das seine Sitzungen im sog. pathologischen Hörsaale der Universität hielt, und unter den Arbeitern gärte es in einer bedenklichen Weise. Für den 22. oder 23. April war eine Massenversammlung unter freiem Himmel geplant, gegen die der juridisch-politische Leseverein seine warnende Stimme erhob: „Mitbürger, beharret auf dem Wege der Gesetzlichkeit, er führt uns sicher zum Ziele! Jetzt ist Gesetz mit Ordnung und Freiheit gleichbedeutend. Es lebe das Gesetz! Es lebe die Ordnung! Es lebe die Freiheit! Österreich erwartet, daß jeder seine Schuldigkeit tut."[4] Der Aufruf hatte Erfolg, die Massenversammlung unterblieb, und der „Geburtstag des ersten konstitutionellen Kaisers von Österreich", dessen Feier wegen der einfallenden Karwoche vom 19. April auf den 25. nach Ostern verlegt war, wurde mit Ruhe abgewartet. Der 25. April, es war Osterdienstag, wurde in der Tat auf das festlichste begangen. Ein kaiserlicher Gnadenakt, ein Geschenk von 100000 fl. zur unentgeltlichen Auslösung der im k. k. Ver-

---

[1] Wortlaut der Petition bei Unterreiter, Revolution in Wien III 27 f.

[2] Zwei Quartblätter mit dem Datum des 16. April und mit dem Motto:

Quousque tandem abutere
O Schütte, patientia nostra?

Abgedruckt bei Peyer, Chronik 78—80.

[3] Österr. Jahrbuch 1894, 147.

[4] Peyer a. a. O. Nr 51, S. 101.

satzamte erliegenden Pfänder, „worauf die vergleichsweise geringsten Darlehen gegeben worden", ein kaiserliches Patent an die kärntnischen Stände, laut dessen die Robot und alle untertänigen Leistungen vom 1. Januar 1849 aufgehoben sein sollten, und ein kaiserliches Manifest an alle Länder der Monarchie, das ihnen die lang ersehnte Verfassung brachte[1], das waren in der Tat drei Gaben, die eine froh und freudig erregte Stimmung hervorrufen konnten. Auf dem Glacis fand eine feierliche Parade der Garnison, der gesamten Nationalgarde und der akademischen Legion[2] statt: Feldgottesdienst und darnach Defilierung der ausgerückten Truppenkörper und Volkswehrkorps vor dem Minister. Der Zug nahm mehrere Stunden in Anspruch, des Vivatrufens, der Freudenbezeigungen war kein Ende. Abends glänzende Illumination und Fackelzug.

* * *

Die letzte Konferenz, in welcher der Verfassungsentwurf endgültig beraten und beschlossen wurde, hatte unter dem Vorsitze des Erzherzogs Franz Karl und im Beisein des jugendlichen Erzherzogs Franz Joseph, des Erzherzogs Ludwig und der andern in Wien anwesenden Erzherzoge stattgefunden. Er war sodann dem Kaiser zur Allerhöchsten Genehmigung und Unterschrift vorgelegt und von sämtlichen Mitgliedern des Ministeriums gegengezeichnet worden und erschien in dieser Form vor der Öffentlichkeit im amtlichen Teil der „Wiener Zeitung" (Nr 115 vom 25.) und in allen amtlichen Provinzblättern. In einer vom 30. datierten Zirkulardepesche machte Graf Ficquelmont als Minister des kaiserlichen Hauses und des Äußern alle auswärtigen k. k. Missionen behufs weiterer Mitteilung an die Kabinette, für die sie akkreditiert waren, mit dem Inhalte dieses hochwichtigen Aktenstückes bekannt[3].

Die „Verfassungsurkunde des österreichischen Kaiserstaates" enthielt an der Spitze der „allgemeinen Bestimmungen" den Satz: „Sämtliche zum österreichischen Kaiserstaat gehörigen Länder bilden eine untrennbare konstitutionelle Monarchie"; allein das Weitere hatte, wie § 2 bestimmte, Beziehung und Geltung nur für die nichtungarischen Länder. Abschnitt II, §§ 8—16 handelte vom „Kaiser", Abschnitt III, §§ 17—31 von den „staatsbürgerlichen und politischen Rechten der Staatsbürger", denen „volle Glaubens-

---

[1] Peyer, Chronik Nr 58 60 61, S. 112—117.

[2] Die akademische Legion rückte „heldenmütig" aus, „wie wir verläßlich wissen, in der fixen Idee, sie würde zusammengeschossen werden": Aus dem Nachlasse des Freiherrn v. Pratobevera, N. Fr. Pr. Nr 12017 vom 5. Februar 1898. Aufrichtig gesagt, das verstehen wir nicht! Wer doch konnte auf einen so wahnwitzigen Gedanken verfallen?

[3] Ficquelmont, Aufklärungen 91—95.

und Gewissens- sowie die persönliche Freiheit" gewährleistet war; Freiheit der Rede und Presse, Petitions-, Vereins- und Versammlungsrecht, öffentliches und mündliches Verfahren mit Schwurgerichten für die Strafrechtspflege, kurz, alle jene Zugeständnisse und Bürgschaften, die seit den Märztagen als Volkswünsche in aller Munde waren. Abschnitt IV, §§ 32f: Verantwortlichkeit der Minister. Abschnitt V, §§ 34—44: „Reichstag" in zwei Kammern, Senat und Abgeordnete. „Der Senat besteht a) aus den Prinzen des kaiserlichen Hauses nach vollendetem 24. Jahre[1], b) aus den von dem Kaiser ohne Rücksicht auf Stand und Geburt für ihre Lebensdauer ernannten Mitgliedern, c) aus hundertundfünfzig Mitgliedern, welche von den bedeutendsten Grundbesitzern für die ganze Dauer der Wahlperiode aus ihrer Mitte gewählt werden." Die Kammer der Abgeordneten besteht aus dreihundertdreiundachtzig Mitgliedern. Die Wahlen für die beiden Kammern sollten für den Zusammentritt des ersten Reichstages durch ein provisorisches Wahlgesetz geregelt, das definitive Wahlgesetz vom Reichstage beschlossen werden. „Die Mitglieder beider Kammern können ihr Stimmrecht nur persönlich ausüben und dürfen von ihren Kommittenten keine Instruktion annehmen." Abschnitt VI, §§ 45—53: „Wirksamkeit des Reichstages", dessen § 49 für die Gültigkeit eines Beschlusses „die Anwesenheit von wenigstens dreißig im Senate und von sechzig in der zweiten Kammer" als erforderlich erklärte. Im VII. Abschnitte, §§ 54—59 wurde die Fortdauer der Provinzialstände „zur Wahrnehmung der Provinzialinteressen und zur Besorgung der für diese Interessen sich ergebenden Erfordernisse" ausgesprochen; doch werde es Aufgabe des Reichstages sein, die „von den Provinzialständen vorzulegenden zeitgemäßen Änderungen ihrer bisherigen Verfassungen" zu prüfen und zu würdigen. Der vorletzte Paragraph handelte von der Nationalgarde „im ganzen Umfange der Monarchie", und der letzte enthielt die Bestimmung: „Die Nationalgarde und sämtliche Beamte leisten dem Kaiser auf die Verfassung den Eid. Der Eid der Armee auf die Verfassung wird in den Fahneneid aufgenommen."

Zum Vorbild der österreichischen Verfassung hatte sich Pillersdorff, wie schon früher angedeutet, die belgische und zum Teil auch die badische genommen, was bei überlegenden Politikern von vornherein Bedenken erregte. Die beiden genannten Verfassungen, meinte Graf Hartig[2], waren „Gebäude, deren Angemessenheit für die kleinen, aus homogenen Elementen bestehenden Länder, für welche sie bestimmt waren, noch keineswegs eine gleiche Brauchbarkeit für die ausgedehnte, mosaikartig gebildete österreichische Mon-

---

[1] Also nicht nach vollendetem achtzehnten Lebensjahre, das nach dem Familiengesetze des Herrscherhauses allen Prinzen desselben die Volljährigkeit brachte.

[2] Genesis 267.

archie voraussetzen ließ". Indessen, die große Masse der Bevölkerung war von derartigen Erwägungen frei, sie zeigte sich befriedigt von der endlichen Erfüllung der am 15. März gegebenen Zusage. Aus verschiedenen Ländern, aus Laibach, aus Klagenfurt, liefen Nachrichten von der günstigen Aufnahme der Verfassung ein, höchstens daß einzelne Bitten oder Beschwerden beim Ministerium vorkamen, wie etwa vom griechisch-nichtunierten Bischof für Dalmatien und Istrien, Hierotheos Mutibarich, um verhältnismäßige Berücksichtigung seiner Religionsbefohlenen bei den Wahlen in den Reichstag; von der Gemeinde Lussin piccolo um Einreihung ihrer Abgeordneten unter jene von Dalmatien, wohin sie früher gehört habe u. dgl. m.[1]. Am meisten Freude über die neue Verfassung hatte man in Frankfurt, wo die österreichischen Mitglieder des Fünfzigerausschusses, von Schmerling angeregt, ein Konstitutionsfest veranstalteten und das neue Werk mit „Präsidial-Champagner" leben ließen, „zumal uns selbst die radikalsten Mitglieder des Ausschusses zu dieser Verfassung, die sie in Österreich nicht für möglich gehalten, aufrichtig gratulierten"[2].

Wohl fehlte es im großen Publikum nicht an Zweiflern und Bemänglern, die keineswegs bloß den radikalen Kreisen angehörten. Namentlich an der Zusammensetzung der ersten Kammer nahmen viele Anstoß. Man befürchtete einen überwiegenden Einfluß auf die zweite; die erste Kammer galt ihnen als aristokratisch, als pleonektisch, da die für den Senat zu wählenden Mitglieder dem Großgrundbesitz, also dem Adel und der höheren Geistlichkeit, angehören sollten; dazu das Ernennungsrecht der Krone, welche jene hundertfünfzig Köpfe durch eine beliebige Anzahl neuer Pairs vermehren könne. Andere schüttelten den Kopf über die Fortbelassung der Provinzialstände, die sie entweder überhaupt nicht gelten lassen wollten, oder bei denen die Einführung des bäuerlichen Elementes von vornherein ausgesprochen sein sollte. Und so gab es noch mancherlei Ausstellungen[3], durch die sich aber die Regierung nicht beirren ließ, auf dem von ihr eingeschlagenen Wege fortzuschreiten. Am raschesten ging es beim Militär, dem Stande des prüfungslosen und pünktlichen Gehorsams. Noch am Tage der Verkündigung der Verfassung erging ein Zirkularreskript des Kriegsministeriums an alle Truppenkommandos, in den vorgeschriebenen Fahneneid nach den Worten „unserem Allerdurchlauchtigsten Fürsten und Herrn Ferdinand I. treu und gehorsam zu sein" die Worte anzufügen: „die Verfassung zu bewahren und zu beschützen"[4]. Langsamer zeigten sich die Zivilbehörden, die wohl gar den richtigen Zeitpunkt verpaßten, wo die Angelegenheit überhaupt noch praktisch

[1] 18. und 27. April: Archiv des Ministeriums des Innern Nr 985.
[2] Schuselka, Revolutionsjahr 136.
[3] F. A. Nordstein, Geschichte der österr. Revolution, Leipzig 1850, 97 f.
[4] M. K. 645: Ministerium des Innern ad 1336. Vgl. Abendbeilage zur „Wiener Ztg" vom 15. und „Wiener Ztg" Nr 107 vom 16. April.

war[1]. Dafür wurde an den Vorbereitungen für den Zusammentritt des Reichstages fleißig gearbeitet, Räumlichkeiten für das Abgeordnetenhaus in der kaiserlichen Stallburg und Winterreitschule ausgemittelt, ein Dampfapparat aus der Speckerschen Maschinenfabrik am Tabor bestellt, Pläne für den Bau eines Oberhauses entworfen u. dgl. m.

Am 27. veröffentlichte die „Wiener Zeitung“ in Nr 117 ein an Pillersdorff gerichtetes A.-H. Handschreiben, worin der Kaiser, anknüpfend an „die zufriedene und dankbare Aufnahme der Verfassungsurkunde“, unter Belobung der Nationalgarde, des juridisch-politischen Lesevereins, des Künstler- und Männergesangvereins, den Minister beauftragte: „den getreuen Einwohnern Meiner Residenz zur Kenntnis zu bringen, daß Ich in dem innersten Grunde Meines Herzens den hohen Wert fühle, zur Lenkung der Schicksale eines solchen Volkes berufen zu sein“.

---

[1] Auf die Anfrage des Altgrafen Robert Salm aus Triest vom 27. April Nr 1476 P, wie er es mit der im § 59 vorgeschriebenen Eidesleistung halten solle, erhielt er von Pillersdorff eine späte Antwort am 16. Mai, also am Tage der Wiener Sturmpetition: „Da nach der E. E. bereits zugekommenen Proklamation die Konstitution vorläufig der Prüfung des Reichstages unterzogen werden wird, so kann gegenwärtig schon eine Beeidigung der Beamten und der Nationalgarde auf dieselbe nicht eintreten“; Ministerium des Innern Nr 1336.

Anhang.

I.

Der vormärzliche Rassen- und Sprachenkampf in Ungarn.

Zeitgenössische Stimmen und Urteile.

Jeder Magyar ist Ungar, aber nicht jeder Ungar ist Magyar. Diesen maßgebenden Unterschied, ja Gegensatz ließen sich die Führer der magyarischen Rasse seit jenem 3. November 1825, da Stephan Széchényi, wie seine entflammten Anhänger ihm nachrühmten, das „Volk des Ostens", kelet népe, aus dem Schlafe, „in den es seit Jahrhunderten eingelullt war", geweckt hatte, bedauerlicherweise entgehen und schmeichelten ihre Stammesgenossen in eine unglaubliche Selbstgefälligkeit und Selbstverherrlichung hinein. „Nous sommes parfaitement convaincus, qu'il manque en ce moment à l'orient de l'Europe une nation libre et grande qui d'un côté résiste d'une façon sérieuse aux empiètements de la Russie et de l'autre fasse obstacle à un agrandissement éventuel de l'Allemagne et donne ainsi la garantie nécessaire à la liberté générale" (J. Boldényi, Pages de la Révolution hongroise, Paris 1849).

Mit dieser Selbstvergötterung ging, wie es nicht anders sein konnte, eine Geringschätzung, ja mitunter Verachtung aller andern in Ungarn lebenden Nationalitäten Hand in Hand, die den Magyaren taub gegen die unaufhörlichen und eindringlichen Vorstellungen, die aus der Mitte jener Stämme erhoben wurden, und blind gegen die Erbitterung, den Haß, die Auflehnung machte, mit der sich das Selbstbewußtsein derselben gegen eine so unerträgliche Tyrannei aufbäumte. Diese kläglichen, nach Niederwerfung der Revolution von 1848/49 unter der österreichischen Regierung so ziemlich ausgeglichenen Zustände haben seit dem sog. Ausgleich von 1867 einen neuen Anfang genommen und im Hingang der Jahre einen Höhepunkt erreicht, der einen erschreckenden Ausblick in die nächste Zukunft eröffnet.

„Die Magyaren wollen kein anderes Recht anerkennen als ihr Recht, d. i. das Recht der Eroberung, der Gewalt, rufen aber dadurch das Recht der Gewalt gegen sich auf. Sie wollen aus den dreizehn Millionen Ungarn ein Volk machen, aber ein magyarisches Volk: fünf Millionen Slaven, zweieinhalb Millionen Romanen und zwei Millionen Deutsche sollen ihre Sprache, ihr Volkstum vernichten zu Gunsten von viereinhalb Millionen Magyaren, weil

diese in ihrem Übermute keine andere Nationalität unter sich dulden wollen und weil sie, die ohne Brudervolk sind, fürchten, es könne bei ihrer geringen Anzahl ihre Nation dereinst verschwinden. Die Magyaren, vom Magnaten bis zum Bauer, betrachten ihren Stamm als den allein berechtigten und als den zum Herrschen berechtigten. Sie können nicht vergessen, daß ihre Väter vor tausend Jahren den Boden erobert und die Slaven und Walachen zu Sklaven gemacht haben. In ihrem unerhörten Volksübermut, in ihrem beispiellosen Volkshochmut verachten sie ihre Mitnationen, und ihre Nationaleitelkeit sagt ihnen, daß sie das auserwählte Volk seien" (Die Neue Zeit, Leipzig u. Wien 1848, 367). S. 377 verfolgt der ungenannte Verfasser das stufenweise Fortschreiten der Gesetze von 1791 bis 1840, wodurch Ungarn, das seit 1790 Magyar Ország, d. i. Land der Magyaren, heißt, das Vaterland von dreizehn Millionen Menschen zum Eigentum von viereinhalb Millionen wurde.

Zum Nationalcharakter der Magyaren, heißt es bei A. v. P. (Pusztay), Thronfolge und Pragmatische Sanktion, Preßburg 1849, 150, gehört „ein hoher Grad von Eitelkeit, Großtuerei und Prahlsucht, die nichts mit jener Tugend gemein hat, die zu großen Taten mahnt, nichts von dem stolzen Selbstgefühl großer Nationen, welche solche vollbracht, sondern die Eitelkeit hohler Menschen, eingepfercht in den Genius eines ganzen Volkes. Nationen, welche mit solcher Eitelkeit behaftet sind, sinken gewöhnlich zum Spielzeug einiger kühner Parteigänger und ehrsüchtiger Zeloten herab".

Blaze de Bury (Voyage en Autriche, Paris 1851, 308/309) stellt den Magyaren die Irländer an die Seite: „Un Madjar et un Irlandais sont frères jumeaux. Tous les deux se croient sortis du front sacré de Brahma, tandis que, selon eux, les autres misérables habitants de la terre tireraient tout au plus leur existence de sa cheville et les fautes comme les vertus de l'un et de l'autre procèdent de leur origine asiatique." Nur gehen die Irländer, so scheint es, in ihren die auswärtige Politik betreffenden Plänen nicht so weit wie die Magyaren, die sich sowohl gegen Westen als gegen Osten eine maßgebende Rolle prognostizieren.

* * *

Es sollen nun in kritisierender Weise die gleichzeitigen Kundgebungen aneinander gereiht werden, die von den verschiedensten Standpunkten für und wider jene panmagyarischen Zumutungen und Maßregeln vor die Öffentlichkeit traten.

Zur Geschichte des ungarischen Freiheitskampfes. Authentische Berichte II, Leipzig 1851, 114—131. So gelungen hier die Schilderung der Magyaren, so einseitig und ungerecht ist im weiteren Verlaufe die der andern Volksstämme Ungarns, die nur in dem Maße besser wegkommen, in welchem sie sich während der Revolution den magyarischen Anmaßungen gefällig oder gar behilflich gezeigt haben. So erfahren die Armenier, ein ganz kleiner Bruchteil der Landesbevölkerung, eine eingehende Besprechung, weil sie sich „trotz ihrer geringen Zahl ihrem Vaterlande gegenüber tausendmal mehr Verdienste erworben haben als die Millionen Walachen" (S. 135). Aus demselben Grunde werden die Juden, „die pitoyabeln Preßburger Juden ausgenommen" (S. 143), über den

grünen Klee gelobt. Auch die Deutschen werden im allgemeinen herausgestrichen, die „höchst undeutschen Bürger von Preßburg und Kaschau“ und „gegen 300 Pester und Ofener Bürger“ ausgenommen; „unmöglich scheint es uns, diese wetterwendischen Angstgestalten Deutsche zu nennen“. Vollends wird der Stab über die Siebenbürger Sachsen gebrochen, die sich „ihrem Vaterlande und ihren wahren Interessen gegenüber schlecht, ja schändlich benommen“ haben (S. 132 f). Die Kroaten werden gehöhnt, namentlich das „neuerfundene turkovandalische Kostüm mit vielen Nuditäten, in welchem sich zumal der kleine dicke Baron Jellachich reizend ausgenommen haben soll“ (S. 136). Bezüglich der Romanen endlich versteigt sich der Verfasser (S. 146) zu der unglaublichen Perfidie, die Verwahrlosung ihres Stammes in Siebenbürgen „der väterlichen Fürsorge der österreichischen Regierung“ in die Schuhe zu schieben.

Wir erinnern uns eines Gespräches, das wir 1849 oder 1850 mit Šafařik hatten, der bekanntlich in Ungarn geboren und viel im Lande herumgekommen war. „Bezeichnend für den eingefleischten Hochmut dieses Volkes ist es“, sagte er, „daß der gemeine Magyare den Namen Slovak (Tót) nie aussprechen wird ohne den Beisatz: nem ember (kein Mensch), den des Deutschen nie anders als: ebadta Németje (hundsgeworfener Deutscher), den des Serben nie anders als: vad Rácz (wilder Raize).“ — Die Bezeichnung der Deutschen als „Einwanderer, die sich von den Einkünften des Landes nähren“, kam sogar unter den Übersetzungsaufgaben der deutsch-ungarischen Sprachlehre von Táncsics vor. Als im Jahre 1848 die magyarische Partei den Siebenbürger Sachsen wegen ihres Auftretens den Vorwurf der „Undankbarkeit“ für die „Gastfreundschaft“ machte, die sie im Lande genossen, wurde ihnen von sächsischer Seite erwidert: „Es ist eine sonderbare Art von Gastfreundschaft, den ‚Gästen‘ eine Wüste an der äußersten Grenze des Reiches zum Anbau einzuräumen, die ‚Gäste‘ zur Verteidigung gegen Einfälle barbarischer Horden zu verwenden, die ‚Gäste‘ oft selbst preisgebend allein gegen die Feinde des Vaterlandes und der Christenheit ankämpfen zu lassen. Und nun kommen die edlen ‚Gastfreunde‘ der Sachsen und verlangen Dank wegen eines Landstriches, den sie nie im Schweiße ihres Angesichts bebaut, wohl aber im wilden Kriegsgetümmel tausendmal verwüstet haben!“ Siehe den gehaltvollen Aufsatz: „Der Kampf in Siebenbürgen“ in den „Grenzboten“ 1848 IV 458*. — Über das Tót nem ember, das sogar eine 1847 in Deutschland erschienene Schrift als Titel führte, machte Janotych v. Adlerstein, Chronol. Tagebuch der magyar. Revolution I, Wien 1851, 28, die beißende Bemerkung: „Diese Ausscheidung aus dem Menschengeschlechte ist übrigens keine so verletzende; denn nach den Begriffen, die der Ultramagyare vom Menschsein entwickelt, kann es allen von ihm als nem emberek (Nichtmenschen) bezeichneten Nationalitäten nur zur Ehre gereichen, dem alleinseligmachenden magyarischen Menschtum nicht beigezählt zu werden.“ Das verächtliche Herabsehen und beleidigende Schimpfen auf die „Schlovaken“ war übrigens in der vormärzlichen Zeit den Deutschen in Ungarn nicht minder zur Gewohnheit geworden als den Magyaren, wie wir aus Kollars Jugenderinnerungen (Paměti z mladších let, spisy, v Praze 1863) bei mehr als einer Gelegenheit erfahren; siehe z. B. IV 135 f, wo man auch die makaronischen Verse nach-

lesen kann, womit der feurige junge Dichter seinen deutschen Mitschülern ihre Spötteleien vergalt.

Damit man nicht etwa glaube, daß wir zu stark auftragen, verweisen wir auf A. de Gerando, Über den öffentlichen Geist in Ungarn seit dem Jahre 1790, Leipzig 1848, 298; auf Franz v. Pulszky, Die Sprachenfrage in Ungarn, in den „Ungarischen Tabletten aus der Mappe eines Independenten", Leipzig 1844, 191—230, und auf des letzteren Briefwechsel mit Graf Leo Thun, der ihm hierauf u. a. antwortete: „Soll das heißen, daß ihr den Slovaken nicht verbietet, im Innern ihrer Wohnungen ihre Sprache zu reden? Oder wollt ihr euch damit brüsten, daß kein Slovake gezüchtigt oder gesteinigt wird, wenn er auf offener Straße slovakisch spricht?" (Die Stellung der Slovaken in Ungarn beleuchtet von Leo Grafen v. Thun, Prag 1843, 52). Gegen die Einführung der magyarischen Sprache an Stelle der lateinischen wird ebd. S. 19 treffend bemerkt: „Die lateinische Sprache für irgend ein Geschäft beibehalten heißt nur die Einführung der Volkssprache, weil sie aus irgend einem Grunde noch nicht möglich ist, vertagen; eine andere lebende Sprache an ihre Stelle setzen heißt aber ein Prinzip anerkennen, das die Volkssprache ausschließt." — Unter den Deutschen Ungarns war es besonders Gottfried Schröer, der vom Standpunkte seiner Nationalität gegen das magyarische Gebaren männliche Einsprache erhob. In einem freilich erst in eine spätere Zeit fallenden Artikel: „An die Deutschen in Ungarn", Pester Ztg vom 17. März 1849, beruft er sich zum Beweis seiner Behauptung, daß der Unterricht in einer fremden Sprache „ein klägliches Bildungsmittel" sei, auf einen Ausspruch Arndts (Über Volkshaß und über den Gebrauch einer fremden Sprache), den sich, nebenbei bemerkt, auch die Deutschen in den nichtungarischen Ländern Österreichs hinters Ohr schreiben könnten.

Die Schriften, in denen die Vorkämpfer des Magyarismus dieses unvernünftige System zu verteidigen suchten, sind voller Trugschlüsse und Umkehrung der Tatsachen. Bald berufen sie sich, mit Übergehung des Umstandes, daß ihre Sprache nicht das geringste hatte, was ihr den Anspruch einer Weltsprache verleihen könnte und daß sie in dieser Hinsicht selbst unter den eigenen Landessprachen gegen das Slavische, von dem Deutschen gar nicht zu reden, zurückstand, auf die zivilisatorische Mission des Magyarismus. „Faisons du Magyar asiatique européanisé la sentinelle de la civilisation sur le Danube", hieß es in einem im November 1848 erschienenen Artikel der Démocratie pacifique, worin Ungarn mit Frankreich und England als der dritte im Bunde aufgeführt wurde! „Wie", rief J. Boldényi (Das Magyarentum oder der Krieg der Nationalitäten in Ungarn, aus dem Französischen von ***, Leipzig 1851, 79) aus, „wie, das magyarische Volk hätte sein ewiges Recht verloren, zum Wohlsein und zur Emanzipation der Völker beizutragen, weil es lange Zeit nachsichtig war?!"

Dann wieder ist es der historische Grund, daß die Ungarn die ersten und folglich die Herren im Lande seien, denen die übrigen Volksstämme sich unterordnen müßten; denn die Hunnen und Avaren seien eins mit den Ungarn und jene beiden unleugbar bereits im Lande gewesen, „als zwischen den

Jahren 602 und 681 mehrere slavische Stämme den nördlichen Teil des ehemaligen Illyriens, das heutige südliche Ungarn, besetzten" (ebd. 27). Aber auch alle übrigen Slavenstämme müssen darum als „Eingewanderte" gelten. „Die Slaven des Nordens z. B. sind größtenteils böhmischen Ursprungs und haben zur Zeit der Hussitenkriege in Ungarn Zuflucht gesucht", sagt Gerando a. a. O. 282 und fügt, um dem unkundigen Leser Sand in die Augen zu streuen, mit Kennermiene hinzu: „Die Daten dieser Einwanderungen sind bekannt."

Den innersten Kern und Gedanken aller Bestrebungen des Magyarismus, den einzigen und wahren Erklärungsgrund seines Tuns und Handelns, hat aber niemand unverhüllter bloßgelegt als Pulszky in seinem Schreiben an Leo Thun vom 13. September 1842 (a. a. O. 24), wo er sagt: „Ich weiß es wohl, daß Ungarn, das Herz Europas, einer großen Zukunft entgegengeht, daß es einst, ob ungarisch, deutsch oder russisch, auf jeden Fall ein mächtiges, blühendes Reich sein wird — seine unvergleichliche Lage bürgt mir dafür —; doch läßt mich diese künftige Größe ebenso kalt wie die jetzige Englands, wie die ehemalige Spaniens, wenn es ein anderes Volk sein soll, das ihm diesen Aufschwung gibt, nicht das ungarische, dem ich angehöre." Wer, dem für sein eigenes Land und Volk ein warmes Herz im Busen schlägt, dürfte gegen den heimatbegeisterten Magyaren, der so spricht, die Hand erheben? Aber, so ließe sich ihm erwidern, bedarf es, um jenes Ziel zu erreichen, der tyrannischen Niedertretung aller andern Nationalitäten? Allen diesfälligen Argumentationen der Magyaromanen lag offenbar eine absichtliche oder unabsichtliche Eskamotierung zweier ganz verschiedenen Begriffe zu Grunde. Zugegeben, das Magyarentum sei die politische Nationalität Ungarns: ist das einerlei damit, es auch zur ausschließlichen linguistischen Nationalität des Landes machen zu wollen? Wenn man die Magyaren als Beweis des Gegenteils auf die Schweiz verwies, so sagten sie: „Die Schweiz ist zu klein, als daß man Ungarn damit vergleichen könnte"; aber wenn sie ihrerseits sich auf England und Nordamerika beriefen (z. B. Gerando bei Boldényi, Pages de la Révolution 8), so waren das britische Reich und das Gebiet des Sternenbanners in ihrer riesigen Ausdehnung nicht zu groß, um die Verhältnisse Ungarns daran zu messen? Und was nutzte am Ende die Berufung auf diese beiden Großstaaten? Befiehlt etwa England, daß die Tauf-, Trauungs- und Totenregister nur in englischer Sprache geschrieben werden? Oder verbietet der Kongreß in Washington, in der Gemeindeverwaltung, bei öffentlichen Meetings, in den Legislationen aller einzelnen Staaten eine andere als die englische Sprache anzuwenden? Die Magyaren aber wollten das, und noch weit mehr! Als Leo Thun auf die Frage: „Darf sich in Ungarn der Slave als Slave fühlen?" eine nackte Antwort wollte, gab sie ihm Pulszky mit einem einfachen „Nein", ja meinte geradezu (a. a. O. 5): wenn in einem Slaven in Ungarn das Gefühl seiner čechischen Abkunft erwache, so bleibe ihm nichts anderes übrig, „als mit Palacký und Šafařík dahin auszuwandern, wo seine Bestrebungen anerkannt werden".

Jan Kollar erzählt in seinen „Jugenderinnerungen" von einem seiner slovakischen Schulgenossen, der nachmals in Ofen ein so verbissener Magyarone wurde, daß er einmal ausrief: „Ich würde meinem eigenen Vater das Messer ins Herz stoßen, wenn ich wüßte, daß er es gegen die Magyaren mit den

Slovaken halte." — „Und merkwürdig", sagt Joh. v. Csaplovics (Ungarns Industrie und Kultur, Leipzig 1843, 22 f), „bis jetzt gebärden sich die wahren, echten Magyaren bei weitem weniger wütend als die übergetretenen Slovaken und Deutschen und ein paar Kroaten", und führt als Beispiele an: Pulszky, Kossuth, Henszelmann, Szontágh, Josipovich — „lauter Kernmagyaren, das zeigen schon ihre echt hunnischen Namen!" Für diese „Eiferer", meint Csaplovics, sei „die Magyarensprache nichts anderes als Belladonna: sie betäubt sie und beraubt sie aller Besonnenheit". — Auch andere nichtmagyarische Stämme führten dem Magyarismus einige seiner entschiedensten Verteidiger zu; viele der tüchtigsten magyarischen Literaten waren armenischer Abkunft; unter den späteren Koryphäen der Revolution waren zwei Vollblutserben, Vukovich, Minister der Justiz, und General Damjanich. Letzterer bildete ein passendes Seitenstück zu Kollars slovakischem Mitschüler.

Hodžas „Slovak" ist in einem fürchterlichen Deutsch geschrieben und trägt auf jeder Seite den Stempel einer leidenschaftlichen Parteischrift; allein er bringt eine Fülle von Tatsachen, die man anderwärts kaum so beisammen findet. Leider fehlen die Jahreszahlen fast gänzlich. Den Anfang der slavischen Vereine machte nach Hodža die Societas slavica montana, von Lovič, Rybay, Pauliny, Tablic gegründet und von dem Generalinspektor Peter v. Balogh in einem geharnischten Rundschreiben verboten und verketzert. Bald darauf traten Ottmaier, Hamulják u. a. in Pest zusammen, um slavisches Wort und nationalen Sinn in Schrift und Tat zu pflegen; sie wurden in jeder Art bedrängt und gehetzt, bis sie von ihrem Vorhaben abließen. Dann kamen die slavischen Jünglingsvereine, die dem zügellosen magyarischen Studententum gegenüber „eine bis zum Rigorismus gehende Tugend und Sittenzucht" unter sich einführten. „Unser Volk soll seinen Bestand auf Tugend gründen" — Národ náš na cnosti má státi, hatte der tief sittliche Kollar den Seinen zugerufen. Einen solchen Verein gründete unter andern Štúr in Preßburg. Aber der Senat, von den magyarischen Behörden aufgefordert, setzte sich zu Gericht über Štúr, den der Slave Martini und der Deutsche Schröer vergeblich gegen die Mehrheit ihrer Kollegen in Schutz nahmen; Štúr wurde entfernt, worauf sich der von ihm gegründete Verein von selbst auflöste. Trauernd verließ die slavische Jugend Preßburg und wandte sich in die Zips an das Lyzeum von Leutschau, das, gleichfalls „meistens von Slaven dotiert und jahraus jahrein von dem slavischen Volke unterstützt", eine sichere Zufluchtsstätte zu bieten schien. Doch die dortigen Schulvorstände getrauten sich nicht, ein Unternehmen zu begünstigen, dessen Tendenz man in Preßburg hart an den Landesverrat gesetzt hatte. Wieder traten Štúr, Hodža und Hurban in S. Miklós zusammen und gründeten unter dem Titel Tatrín (Tatrasohn) einen Verein zur Unterstützung dürftiger Studierender und zur Herausgabe guter Schulbücher und Volksschriften. Die Statuten, an Slavenfreunde herumgesandt, fanden allgemeinen Beifall; reiche Summen flossen ein; manchem armen Studiosus wurde unter die Arme gegriffen. Der Verein beschränkte sich nicht auf die protestantischen Kreise, auch die katholische Geistlichkeit trat bei; zwei Glieder derselben, Ondřej Caban und Pfarrer Jiři Holček, gingen nach Pest, die Genehmigung dafür zu erwirken. Doch sie fanden beim alten Erzherzog einen üblen Empfang

und kamen „als unwürdigste Schulknaben niederdespotisiert“ mit langen Gesichtern zurück, um bald darauf „über dem Grabe des Palatinus, an dessen Herrschersitz sie so magyarengöttlich niedergedonnert worden waren“, Requiem aeternam zu singen. „Die Magyaren“, ruft da Hodža aus, „bildeten Vereine auf Vereine, wer fragte darnach; die Juden hatten Vereine, sie waren bestätigt, weil sie magyarische Richtung hatten; aber wir Slaven standen hierin sogar den Juden gegenüber rechtlos da, weil wir die Sache unseres Volkes und unsere Nationalität heben wollten.“

Quousque tandem abutentur isti barbari patientia nostra slavica? quousque insultabunt impune gravissimis viris gentis nostrae? (Hodža, Der Slovak 30*.) Vgl. damit die Stelle bei Thun, Die Stellung der Slovaken in Ungarn 52: „Wenn ihr in den Schulen Lehrer einsetzt, welche die Sprache der Kinder nicht reden, und also um eurer Sprache willen die Schulen zu Orten umgestaltet, in denen der Geist verkrüppelt statt geweckt zu werden; wenn ihr in den Kirchen in einer Sprache predigen lasset, die von der Gemeinde nicht verstanden wird, und so den Gottesdienst stört, statt ihn zu schützen; wenn ihr jede höhere Bildung in und mittels der slavischen Volkssprache möglichst hindert, statt sie zu fördern, so übt ihr gegen eure slavischen Landsleute ärgere Gewalt, als sich mit der Knute je antun läßt.“

* * *

Was „Die Neue Zeit“ (Leipzig u. Wien 1848, 373) den Magyaren am stärksten vorrückt, ist die Unterschätzung des deutschen Elementes in Ungarn. „Die Magyaren wissen nicht oder wollen es nicht wissen, daß sie gegen ihr Vaterland wüten, indem sie das Deutschtum in ihm zu unterwühlen suchen; daß das Deutschtum die Seele, der Geist ist, durch welche Ungarn allein Leben und Gedeihen haben kann; daß sie selbst, die Magyaren, das allermeiste von dem, was sie besitzen, eben durch das deutsche Element in ihrem Lande besitzen; daß sie, indem sie an der Zerstörung des deutschen Elementes in Ungarn arbeiten, die Axt legen an die Eiche, an der sich der Efeu ihrer geistigen und materiellen Besitztümer hinaufrankt.“ Dieser Jeremiade zum Trotz war es von allen ungarischen Nationalitäten gerade die deutsche, die sich den Anmaßungen des Magyarismus gegenüber am gefügigsten zeigte. Noch bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts waren Ofen und Pest, Kaschau, Preßburg u. a. fast durchaus deutsche Städte, die in den unteren Schichten ihrer Bevölkerung viel slavisches Wesen, aber fast keinen oder einen verschwindend kleinen Bruchteil magyarischen Elements hatten. Zwar war von jenem stolzen Stammesbewußtsein, das den Siebenbürger Sachsen so sehr auszeichnet, auch damals wenig zu verspüren; mehr instinktmäßig war der gesellschaftliche Verkehr, das munizipale Leben, die Tagesliteratur durchaus deutsch, und der gebildete Magyare, der in diese Kreise kam, nahm von diesen tatsächlichen Zuständen Akt und fügte sich ihnen, ohne zu meinen, daß er dadurch seiner eigenen Nationalität etwas vergebe. Anderseits wurde in den Schulen dieser Städte darauf gesehen, daß die Grundbegriffe der ungarischen Sprache ebensowenig unberücksichtigt blieben wie jene der slavischen und lateinischen, weil eben diese vier Idiome als Landessprachen galten, deren Kenntnis im täglichen Leben nur von Vorteil sein konnte. Als von den dreißiger

Jahren abwärts die Zumutungen des Magyarismus stärker hervortraten, herrschte diese mehr leidende Angewöhnung als tätige Anhänglichkeit an deutsche Sitte und Sprache in dem größeren Teile der Bürgerschaft, namentlich bei den Betagteren, noch vor und setzte der ihnen unbequemen Neuerung einen Widerstand entgegen, der, wie sich ein gleichzeitiger Literat nicht unpassend ausdrückte, mehr eine „gewisse Gefühlsopposition als die Opposition des kritischen Gedankens, des klaren Bewußtseins" war. Allein so wie das jüngere Geschlecht, von andern Eindrücken erfüllt, allmählich heran- und in das städtische Leben hineinwuchs, drängte sich in das jahrhundertealte deutsche Wesen mehr und mehr jener „asiatische" Typus ein, der bald das charakteristische Kennzeichen des „Magyaronen" wurde. Wenn die studierende Jugend, die sich in Ungarn seit langem mit Vorliebe der juridischen Laufbahn zuwandte, von der Pester Hochschule in die Mitte ihrer königlich-freistädtischen Mitbürger zurückkehrte, brachten die „schmucken Juraten" schon jene Schwärmerei für den tonangebenden Magyarismus mit, der sie auf das spießbürgerliche „Schwabentum" ihrer Väter nur mitleidig herabblicken ließ. So wurden sie nicht bloß Werkzeuge des neuen Systems, sondern viele von ihnen gehörten zu den erhitztesten Schildträgern desselben, die sich in Nachahmung der magyarischen Äußerlichkeiten überboten und es in nationalen Anmaßungen und Überschwenglichkeiten ärger trieben als ihre Vollblutvorbilder. „Der Preßburger Bürger", schrieb Max Schlesinger im Jahre 1850 (Aus Ungarn, Berlin, 76), „war seit einer Reihe von Jahren ultramagyarisch, mochte es nicht leiden, daß seine Kinder anders als magyarisch sprachen, trug seinen Attila mit Schnüren vorn und hinten und brauchte alle Jahre ein paar Taler auf Pomaden, um seinen Schnurrbart in magyarische Formen zu bringen." Deutsche Bürger, die keinen ungarischen Satz richtig hersagen konnten, setzten magyarische Schilder über ihre Kramläden, klebten magyarische Ankündigungen an die Straßenecken. Hunderte von deutschen Familien wandelten ihre angestammten Namen in magyarische um oder vertauschten doch die deutsche Schreibweise derselben mit der magyarischen: aus Pfannschmied wurde „Zsedényi", aus Schädel „Toldy", aus Enderl „Beghy", aus Hundsdorfer „Hunfalvy", aus Halbschuh „Iranyi", aus Helfer „Helfy"; Henselmann schrieb sich „Henszelman", Sonntag „Szontágh", ein Franz Schulz wurde zu einem „Sulcz Ferencz" — im Ungarischen wird das einfache s wie sch, dagegen sz wie s, cz wie c ausgesprochen. — Viele der Älteren brachten es bis an ihr Lebensende nicht dahin, Ungarisch zu sprechen, taten sich aber etwas zu gute darauf, nichts anderes als Ungarisch hören zu wollen, wovon Martini (Bilder aus dem Honvédleben I 105 f 124 f) einige ergötzliche aus dem Leben gegriffene Szenen beschreibt. Und was wurde den Deutschen in Ungarn für diese Wohldienerei von magyarischer Seite zu teil? Eine Antwort eigener Art gab auf diese Frage das Schicksal des deutschen Theaters in Pest, worüber nachzulesen: Janotyckh, Archiv I 22—27. Wie ihre eigenen Stammesgenossen über die ungarischen Deutschen im Punkte ihrer politischen Wetterwendigkeit urteilten, zeigt eine Stelle bei Schlesinger a. a. O.: „Der deutsche Städtebürger wußte nichts Besseres zu tun als Eljen zu schreien, wenn der Schatten von Kossuths Kalpak um die Ecke bog, und schwarz-gelbe Fahnen auszustecken, wenn ein österreichischer Korporal mit sechs

Mann am Horizont seines Weichbildes erschien. Man mache von Wien aus das Land Hurbano-slovakisch oder Knićano-serbisch oder Jelacho-kroatisch oder Jankulo-rumänisch, gleichviel, der Deutsche wird sich zu bescheiden wissen und zu jener Fahne schwören, die ihn am besten schützt und die solideste Goldverbrämung hat."

Sehr scharf sprach sich Schuselka (Revolutionsjahr 115 f) in dieser Richtung aus: „Leider machten sich die meisten Deutschen in Ungarn ihrer Mißhandlung vollkommen würdig durch die servile Wegwerfung, indem sie den Magyaren für die Fußtritte, die sie von ihnen bekamen, die Stiefel küßten." Chownitz (Geschichte der ungarischen Revolution I 95 f) wirft dem Deutschen in Ungarn „Mangel an Selbstgefühl und seine wie überall so auch hier vorhandene affenmäßige Anschmiegungswut an alles Fremde" vor. . . . „Bleibt Freunde, Brüder der Magyaren, ihr Deutschen, aber gebt endlich eure Hundedemut auf und verlangt vollkommen gleichen Anteil an allem, vornehmlich die vollständige Anerkennung als deutscher Stamm auf ungarischem Boden." Chownitz erwähnt auch die Bildung eines „deutschen Klubs" in der Landeshauptstadt, der jedoch unter einem gewissen J. Beyse „weder von Einfluß noch von Dauer" gewesen sei.

* * *

Danica Illírska 1837:

Von dem adriatischen Meeresbusen
Bis zu den pontischen Meereswogen,
Und wo der heilige Athos steht,
Ist das Erbgut der Illyrier.

Boldényi (Magyarentum, Leipzig 1851, 19) spöttelt über Gajs neue Erfindung einer „Sprache, die er fälschlich die illyrische nannte, die aber nur einigen Großpriestern der neuen Schule bekannt war; das Volk versteht nichts von diesem neuen Babel".

Geschichte des Illyrismus 2c. Nebst einem Vorworte von Dr W. Wachsmuth, Leipzig 1849, 54. — Das Buch ist in exklusiv magyarischem Geiste geschrieben, daher nur mit Vorsicht zu benutzen; es enthält aber eine Fülle von Belegstücken und Tatsachen, hinsichtlich deren freilich zu bedauern ist, daß man nicht durch Nebenhaltung einer gleich eingehenden Darstellung aus kroatischer Feder eine Kontrolle üben kann. Auch stört manche Ungenauigkeit der Angaben, z. B. bei Erzählung der Vorgänge vom 29. Juli 1845, wo es S. 130 heißt, es seien „von seiten der Illyrier 17 getötet" worden, und gleich darauf S. 131: „Alle 12 nahm ein Grab auf"; es sind das die Falstaffschen Steifleinenen in absteigender Linie. Die „Geschichte des Illyrismus" gibt zwar zu, daß derlei Auftritte bei den „Restaurationen" eine im ganzen Gebiete der ungarischen Krone nicht ungewöhnliche Sache waren — wie sie dies bis auf den heutigen Tag noch sind —; weil es aber hier nicht die magyarische Partei war, die in solcher Weise die Oberhand zu gewinnen sich erlaubte, gebraucht der Verfasser S. 100 f eine Beweisführung, die im Grunde auf das bekannte „Ja, Bauer, das ist was anderes" hinausläuft. Von dem leidenschaftlichen Parteieifer, der durch diese Schrift weht, zeugen Ausdrücke, wie S. 137, wo sich der Verfasser

über „die dummen, verderbenbringenden Pläne" der Illyrianer, S. 139, wo er sich über „die zum Ekel bekannte Eifersucht und politische Unmündigkeit" der südlichen Slavenstämme ausläßt. Auf derselben Seite schließt die Erwähnung eines gewissen „panslavisch-fanatischen Čechomanen" Praus entweder einen Pleonasmus oder einen inneren Widerspruch in sich, dessen sich nur überstürzender Parteieifer schuldig machen kann. Wenn daher Wachsmuth von dem Verfasser rühmt, daß er „ohne hohles Phrasengeklingel und ohne das Getriebe des Parteigeistes" bemüht sei, „die Tatsachen festzustellen und so der Geschichte geläuterten Stoff zuzubringen", so muß er die Druckbogen, zu denen er sein Vorwort schrieb, nicht alle gelesen haben. Seinem Geiste und letzten Zwecke nach ist das Buch eine an die Adresse des deutschen Publikums gerichtete Denunziation des nach der Ansicht des Verfassers bei den ungarischen Südslaven spukenden „panslavischen Gespenstes", obgleich derselbe nicht eine einzige Tatsache vorzubringen im stande ist, die vor dem Richterstuhl eines Unbefangenen seine Behauptung einer von jenen Völkern angestrebten politischen Vereinigung unter russischer Oberherrschaft zu begründen vermöchte.

* * *

Die Sachwalter des Magyarismus gebrauchten in ihren polemischen Schriften unter andern die Finte, auf Grund geschichtlicher Tatsachen, die sie den Zuständen der älteren Zeiten unter Stephan d. H., Ladislaus usw. entlehnten, die der neuesten im rosigsten Lichte darzustellen. Ein zweites Kunststück war dieses: Weil Šafařik seine Geschichte der slavischen Sprache und Literatur im Jahre 1826, Kollar seine „Wechselseitigkeit der Slaven" 1827 herausgegeben hatte, die letzten der magyarischen Sprachgesetze aber erst 1840 erschienen, so war dadurch für Boldényi, Gerando, Pulszky ꝛc. der Beweis hergestellt, „daß die jüngsten Gesetze über die magyarische Sprache nur der Vorwand und nicht die Ursache einer seit langem vorbereiteten Opposition" seien. Daß Šafařiks Werk einen rein wissenschaftlichen Charakter und mit politisch-nationaler Polemik gar nichts zu tun hatte, verschwiegen die Herren; oder war etwa die Herausgabe einer slavischen Literaturgeschichte schon an und für sich eine Provokation gegen den Magyarismus? Anderseits wußten sie es nicht hoch genug anzuschlagen, daß Kollar seine Slávy dcera und seine „Wechselseitigkeit" in Ungarn selbst herausgeben konnte. „Dans quel autre pays le publiciste slave peut-il librement donner carrière à son esprit, sans se heurter au caprice d'un tzar, d'un kreishauptmann ou d'un pacha?" (Gerando, La Question des nationalités en Hongrie, bei Boldényi, Pages de la Révolution 7.) — Übrigens war die Slávy dcera ursprünglich nicht in Ungarn, sondern 1821 in Prag, und zwar in der Tat sans se heurter au caprice d'un kreishauptmann, erschienen.

Der Widerspruch in den Behauptungen des Magyarismus offenbart sich nirgends auffallender als in Boldényis „Magyarentum". S. 15 f findet sich der Satz: „Österreich besteht aus einer wahrhaften Nation und aus mehreren Zweigen anderer Nationalitäten; die einzige und wahrhafte Nation sind die Magyaren; die Deutschen, die Italiener, die Slaven, die Rumänen sind nur Teile von Nationalitäten." Hier wird also einmal Österreich als Gesamt-

staat angenommen, wovon Ungarn nur einen Teil bilde, während der Verfasser in seinem ganzen übrigen Werk von einem Österreich gar nichts weiß, sondern nur von einem selbständigen und unabhängigen Ungarn, dessen Verhältnisse er ohne Bedenken nach denen Frankreichs mißt, in welcher Hinsicht ihm der deutsche Übersetzer S. 53 f Anm. eine wohlverdiente Lehre gibt. Dann aber werden im obigen Satze die Slaven der ganzen Erde als eine Nation hingestellt, während vier Seiten weiter, 19, geleugnet wird, daß sie eine Geschichte, eine sprachliche Einheit, ein gemeinsames Stammgefühl haben. Ist letzteres wahr, dann gehören die Čechoslaven und die Slovenen ebensogut als „eine wahrhafte Nation" nur allein Österreich an wie die Magyaren. Ist dagegen ersteres der Fall, wie will man es den einzelnen slavischen Völkerschaften verdenken, wenn sie auf ihre stammverwandten Brüder hinblicken und sich an der Größe ihrer weitverbreiteten Gesamtheit weiden? Die Hauptstellen, die von den vormärzlichen Publizisten Ungarns zum Beweise ihrer Behauptung von der Existenz und Gefahr der panslavistischen Idee angeführt zu werden pflegten, sind folgende zwei: „Die Slaven haben sich gezählt und haben gefunden, daß sie das zahlreichste Volk in Europa sind. Was klein ist, muß dem weichen, was größer, höher ist, die Liebe zum Vaterlande der Liebe zur Nation. Gebt uns Eintracht und Aufklärung mit allslavischem Geist, und ihr sollt eine Nation sehen, wie sie in dieser Zeitlichkeit noch nicht da war" (Kollar); und: „In der einen Hälfte Europas liegt ein Riese von ungeheurer Größe: sein Haupt ist Mittel-Illyrien, seine Brust ist Ungarn; sein Herz schlägt unter der alten Tatra; seinen Mittelpunkt bilden die Ebenen Polens, Leib und Schenkel die unermeßlichen Gefilde Rußlands; seine Füße stemmen sich neben nordischem Eis und Schnee an die chinesische Mauer — und ein Blut durchströmt die Adern dieses Riesen: die slavische Nationalität!" (Gaj in der Danica 1835, Nr 34.) Allein, kann es ein Unbefangener übersehen, daß in diesen beiden Stellen alles andere gemeint ist, nur nicht eine staatliche, eine politische Einigung aller Slaven unter einer Herrschaft? Kollars Aufsehen erregendes Werk betraf ausgesprochen nur die „literarische" Wechselseitigkeit unter den Slaven, und Gaj stellte unmittelbar nach der von uns angeführten Stelle als Ziel hin: „daß unsere Nation, obwohl wir in mehrere Regierungen unterschieden und geteilt sind, sich edel ausbilde". Noch deutlicher erklärte es derselbe Gaj in der Schlußnummer der Danica von 1839 als Ziel seines Strebens, „daß wir in Bezug auf Sprache, Literatur und Nationalität Illyrier, in Bezug auf innere Politik Kroaten sind"; Kroaten, Wenden, Serben, Bosnier 2c. hätten ihren Volksnamen „als besondern, den illyrischen Namen als gemeinschaftlich-nationalen, den slavischen aber als allgemeinen zu betrachten, ebenso wie in Italien venetianisch, toskanisch, römisch, neapolitanisch der besondere, italienisch der gemeinschaftlich-nationale Name ist, romanisch aber den italienischen, französischen, spanischen allgemeinen Namen umfaßt". Was insbesondere die den ungarischen Slaven aufgebürdete Hinneigung zu Rußland betraf, so war diese, wie sich ein Anhänger der Ideen Gajs (Geschichte des Illyrismus 56) ausdrückte, „aus einem leeren oder böswilligen Kopf entsprungen; denn wenn man für Rußland tätig wäre, so würde es unsern Dichtern nicht erlaubt sein, soviel von Freiheit zu singen; auch würden sie nicht die illyrische Erziehung empfehlen, sondern den

Serbismus predigen, der sowohl in Bezug auf Religion als auf Orthographie mit Rußland sympathisiert". — Von allen bedeutenderen Schriftstellern der magyarischen Seite war unseres Wissens Gerando der einzige, der vom „Panslavismus" den „Slavismus" unterschied, „statt sie beide unter dem Namen Panslavismus zu vermengen, wie man es versucht" (a. a. O. 392).

* * *

Die lateinische Abkunft der Romanen wurde selbst von einzelnen magyarischen Stimmen nicht abgestritten; siehe z. B. Zur Geschichte des ungarischen Freiheitskampfes II 145 f, wo die „Walachen" eine „gemischte Rasse" genannt werden, „die jedoch dem Äußern nach mehr an den römischen als an den dakischen Ursprung erinnert. Ich hatte Gelegenheit", heißt es weiter, „mehrere walachische Römer zu sehen, und muß gestehen, daß ich unter ihnen bildschöne Jünglinge wahrnahm, denen nur Toga und Sagum fehlten, um genau an jene Gestalten zu erinnern, die ich auf den pompejischen Fresken bewunderte." Weiter wird vom Verfasser angeführt, daß „die malerische Tracht der in manchen Bezirken wirklich reizenden Walachinnen nur wenig von jener der Kalabreserinnen verschieden ist". — Nach Ausbruch der Revolution ließen es ungarische Parteiführer nicht unversucht, die empörten Romanen von dieser Seite schmeichelnd zu gewinnen. „Ich nenne die Walachen Romanen", sagte der blinde Wesselényi im Pester Oberhaus, „weil sie es so wünschen, und weil es ohnehin wahr ist, daß sie Abkömmlinge der Römer sind." Vgl. Die Romanen der österreichischen Monarchie, Wien 1849—1850, 35; siehe auch A. A. Ztg 1849, Beil. zu Nr 48 vom 17. Februar S. 737 f: Die Rumänen und der Bürgerkrieg in Siebenbürgen.

II.

Oberstleutnant Graf Johann Wratislaw an Grafen Huyn, k. k. Hauptmann im Generalquartiermeisterstabe.

Mailand, den 29. Februar 1848.

Lieber Freund!

Wir sind am Vorabend wichtiger Ereignisse. Louis Philippe hat zu Gunsten des Grafen von Paris abgedankt, und die Herzogin von Orleans ist zur Regentin ernannt; Odilon Barrot ist mit der Zusammensetzung eines neuen Ministeriums beauftragt und Lamoricière zum Kommandanten der Nationalgarde ernannt — so lautet eine telegraphische Nachricht aus Grenoble, welche ein Kaufmann gestern früh mitbrachte. Ich las selbst die Kopie, sie ist zu sehr in der gewissen Form verfaßt, wie alle telegraphischen Nachrichten. Sie ist an alle Präfekten gerichtet.

Wir zweifelten gestern sehr daran — darum schrieb ich niemand; allein abends blieben alle französischen Zeitungen aus, und soeben erhalte ich aus der Schweiz eine Nachricht, daß durch zwei Tage Arges in Paris muß vorgefallen sein.

Sie können sich denken, welche Hoffnungen dies alles hier rege machen wird — jetzt ist etwas Windstille, der ich aber nicht traue. Wenn sich diese Nachricht bestätigt, dann bin ich begierig, welchen Entschluß man in Wien ergreifen wird. Wird man endlich aufwachen, wird man endlich einsehen, daß es außer dem „Sperl“, der „Birn“ und dem Stephansturm noch Provinzen und Orte gibt, wo man sich nicht mit gebackenen Hendeln und Gurkensalat begnügt, wo man dem Zeitgeist anpassende Reformen wünscht. Wir armen Söldner sind unserem Kaiser gewiß treu und ergeben, allein ich bin nicht Soldat geworden, um die Funktionen eines Polizeidirektors und die Truppen im Gendarmendienst zu üben. Alles hat seine Grenzen. Gebe Gott, daß es zum ernstlichen Kriege käme, damit wir endlich des lästigen Polizeidienstes enthoben würden. Im Bivoaqe würde mir wieder leichter und wohler. Diese ewige Polizeiluft drückt uns alle wie der Alp.

Hat das hiesige Königreich etwas zu hoffen oder nichts? werden wir immer mit Gewehr im Arm stehen? O du gutes Österreich, nach dreißigjährigem Frieden hast Du es so weit gebracht, daß ein jeder Schuft von Journalisten, jeder hergelaufene Skribent dich in Kot ziehen kann! Könnten Sie alle die Blätter lesen, die ich alle Tage ex officio verschlingen muß, Sie hätten schon längst ein Nervenfieber. O verblendeter Wiener Optimismus!

Nun gebe Gott, daß sich die Sachen noch zum besten wenden; allein ich habe keine Hoffnung, ich sehe und höre nur von Ratlosigkeit.

In Paris scheint die Nationalgarde habe die Regierung sitzen lassen.

Ich schließe diesen Brief noch nicht, ich erwarte noch die Post.

* * *

Die Post ist da: Louis Philippe samt dem Grafen von Paris weggejagt — Frankreich Republik proklamiert. Die rote Fahne weht. In Lyon ebenfalls.

W(ratislaw).

III.

Venedig und Triest 18. bis 21. März.

An die Bewohner der venetianischen Provinzen.

Wenn die Kunde von den Verwilligungen, die Se Majestät Ihren getreuen Untertanen allergnädigst zu machen geruhten, alle Herzen mit wahrem Jubel erfüllt hat, so hat sie auch mir den süßesten Trost gewähren müssen. Mit meinen unablässigen Wünschen für die Wohlfahrt dieser geliebten Provinzen hatte ich bereits mit allem Eifer jene gründliche Abhilfe und jene Verbesserungen

in der öffentlichen Verwaltung in Angriff genommen, die von den Bedürfnissen des Volkes und von der fortschreitenden allgemeinen Bildung gefordert werden. Und während Se Majestät schon zu wiederholten Malen Ihre milden Absichten geäußert haben, die sehnsüchtigen Begehren Ihrer Völker ehestens erfüllen zu wollen, verbreitete sich, gerechtfertigt durch die dahin gerichteten Wünsche, die Nachricht von weiteren allerhöchsten Entschließungen, über welche mir jedoch bisher noch keine amtliche Mitteilung zugekommen ist. Sobald eine solche von was immer für einer Bedeutung an mich gelangt sein wird, werde ich nach dem innigsten Wunsche meines Herzens mit der größten Freude mich beeilen, sie alsogleich zur öffentlichen Kenntnis zu bringen. Bis zu diesem Augenblick, der wohl nicht fern sein kann, erwarte ich mit Zuversicht, daß die venetianischen Provinzen, zu deren Leitung berufen worden zu sein ich mich immer rühmen werde, und vorzüglich die guten Bewohner dieser berühmten Stadt den edlen und väterlichen Worten, welche der Gemeinderat an sie gerichtet hat, Gehör gebend in Mäßigung und Ruhe zu verbleiben fortfahren und sich durch ihre würdige Haltung der allgemeinen Bewunderung wert zeigen werden.

Venedig, den 18. März 1848.

Der Gouverneur
Graf Alois Palffy.

An die verehrliche Deputation der Herren Triestiner.

Die Nachricht von den gnädigen kaiserlichen Zugeständnissen, welche einige Herren Triestiner gestern abend mit einem besondern Dampfboot nach Venedig brachten, hat die hiesige Bevölkerung wie natürlich mit Freude erfüllt. Durch die persönliche und so schleunige Mitteilung derselben haben die Herren Triestiner nicht nur den zartesten Beweis der Freundschaft für diese Stadt gegeben, sondern ihr auch eine wahre Wohltat angedeihen lassen, indem sie ihr den Genuß der Freudenstunden früher zu teil werden ließen und zur Aufrechthaltung der hergestellten Ruhe beitrugen.

Möchten diese Herren den lebhaftesten Dank der städtischen Kommune von Venedig für diesen Beweis der Zuneigung entgegennehmen und versichert sein, daß weder das Municipium noch die ganze Stadt denselben jemals vergessen werde.

Venedig, 19. März 1848.

Giovanni Correr, Podestà.
Francesco Bon, Assessor.
Luigi Michiel, Assessor.
Giov. Domenico Giustinian Recanati, Assessor.
G. B. Giustinian, Assessor.
Dataico Medin, Assessor.
Carlo Marzani, Assessor.

An die verehrliche Direktion des Österreichischen Lloyd zu Triest.

Die Zuvorkommenheit der Herren Triestiner, welche sich gestern nach Venedig begaben, um die Nachricht von den von Sr Majestät in Gnaden bewilligten Zugeständnissen nach Venedig zu bringen, hat den städtischen Vorstand in die tiefste Rührung versetzt, und er wird sich denselben ewig zu Dank verpflichtet halten.

Die verehrliche Direktion hat dadurch, daß sie jenen Herren ein besonderes Dampfboot zur Verfügung stellte, diesen Beweis der Anhänglichkeit gütigst unterstützt, daher gleiches Anrecht auf die Dankbarkeit unserer Stadt. Gestatten Sie, daß das Municipium dieselbe im Namen der ganzen Stadt ausdrücke, welche diese Gefühle teilt und nie einen so edelmütigen Zug der Direktion vergessen wird.

Venedig, 19. März 1848.

Giovanni Correr, Podestà.
Francesco Bon, Assessor.
Luigi Michiel, Assessor.
Giov. Domenico Giustinian Recanati, Assessor.
G. B. Giustinian, Assessor.
Dataico Medin, Assessor.
Carlo Marzani, Assessor.

An den verehrlichen Verwaltungsrat des Österreichischen Lloyd zu Triest.

Die äußerste Gefahr, welcher Venedig dadurch entging, daß Triest aus brüderlicher Sorgfalt mit einem Dampfer des Lloyd eine Deputation entsendete, um die Nachricht von den von Sr Majestät in Gnaden erteilten, für die Ruhe und Wohlfahrt der ganzen Monarchie unerläßlichen Zugeständnissen früher hierher gelangen zu lassen, macht es der Venetianer Handelskammer zur Pflicht, einen Tribut der Dankbarkeit der Schwesterstadt zu zollen, mit welcher uns die neuen Geschicke durch die Bande gegenseitiger Eintracht nur noch enger knüpfen werden.

Der verehrliche Verwaltungsrat, welcher mit so großem Interesse zu einem solchen heiligen Zwecke beigetragen hat, möge ihre Gesinnungen dem politisch-ökonomischen Magistrat zu erkennen geben, den lebhaftesten Dank für seine nützliche Mitwirkung entgegennehmen und davon die verehrte Deputation in Kenntnis setzen, welche sich der Verwirklichung des edeln Vorhabens der Schwesterstadt unterzogen hatte.

Genehmige der Verwaltungsrat den innigen und aufrichtigen Ausdruck der ausgezeichnetsten Hochachtung.

Der Vizepräsident
G. Reali.

Venedig, 20. März 1848.

Das venetianische Gubernium richtete am 21. März folgendes Schreiben an das Kommando der städtischen Garde zu Venedig:

In unmittelbarer Erwiderung der verehrten Zuschrift des hiesigen Kommando erklärt das Gubernium, es habe nicht nur nichts dagegen, daß seine Beamten sich, jedoch ohne Nachteil für ihren betreffenden Dienst, der städtischen Garde anreihen, welche bereits so nützliche Dienste geleistet hat, sondern es sogar mit Vergnügen sehen wird, daß sie auf diese Weise zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung und Ruhe mitwirken. Das Gubernium ergreift sehr gern diese Gelegenheit, in seinem Namen wie im Namen des ganzen Landes der Garde für ihre löblichen und wirksamen Dienstleistungen zu danken, und ladet das eifrige und verdienstvolle Kommando ein, allen seinem Befehle untergeordneten Individuen die volle Zufriedenheit der Regierung zu erkennen zu geben.

Sebregondi.

IV.

Rundschreiben der k. k. Haus-, Hof- und Staatskanzlei an die Vertreter Österreichs an den deutschen Höfen.

Wien, den 24. März 1848.

Der von Sr Majestät dem König von Preußen angeregten Idee einer zeitweiligen Verlegung des Bundestages nach Potsdam hatte Se Majestät der Kaiser, unser allergnädigster Herr, in der Voraussetzung zugestimmt, daß bei deren Verwirklichung und der hierauf erfolgenden Revision der Bundesverfassung die Grundlagen der letzteren aufrechterhalten werden, die in dieser Verfassung nötigen Änderungen und Verbesserungen wesentlich von dem Bestehenden auszugehen haben und in geregelter Form herbeigeführt werden würden.

Es ist aber seit Abgang meines diesfälligen Zirkulars durch die öffentlichen Blätter das von Sr Königlich Preußischen Majestät erlassene Proklama vom 21. März zu unserer Kenntnis gekommen.

Selbes ändert in unsern Augen wesentlich die Lage der Dinge.

Wenn uns auch über die nähere Folge und Entwicklung, welche den im erwähnten Aktenstücke angedeuteten Ideen königlich preußischerseits gegeben werden, sowie über die Form, in welcher deren Verwirklichung erfolgen soll, von dem Berliner Kabinett eine Mitteilung bis itzt nicht gemacht ist, wir sonach, wie billig, unser volles Urteil noch zurückhalten, so steht uns doch bereits so viel fest, daß nicht Revision, sondern völlige Umkehr des Bestehenden beabsichtigt sein kann, und dies zwar nicht im Wege freien und vertragsmäßigen, sondern in jenem einseitig willkürlichen Vorgehens.

Entschiedener als je wollen Se Majestät der Kaiser unter solchen Umständen an der Grundlage des Vertrages festhalten, welchen Allerhöchst Dero in Gott

ruhender Vorfahr auf dem Throne am 8. Juni 1815 mit Deutschlands Fürsten und Freien Städten abgeschlossen hat und welcher zwar im gemeinsamen Einverständnisse abgeändert und verbessert, nicht aber mit rechtlicher Wirkung einseitig gelöset werden kann.

Der bestehende Bund ist, welches auch seine nicht geleugneten Lücken und Mängel sind, immer noch das Palladium deutscher Einheit und deutscher Kraft dem Auslande gegenüber. Kein Fürst wird in Deutschland gefunden werden, der in diesen ernsten Tagen mit frevler Hand an diesem heiligen Bande wird rütteln wollen.

Die Stadt Frankfurt ist nach Artikel 9 der Bundesakte der Sitz der Bundesversammlung. Nur in Frankfurt und nur in der nach den bestehenden Bundesgesetzen sich bewegenden Bundesversammlung wird sonach der kaiserliche Präsidialgesandte an den Verhandlungen teilnehmen, welche das Revisionswerk einzuleiten und die Formen, unter denen es bewirkt werden soll, zu bestimmen haben werden, von jeder andern, einseitigen und ungeregelt geführten Verhandlung aber sich sofort zurückziehen, Sr Majestät dem Kaiser alles Fernere vorbehaltend.

Deutschland soll und muß verjüngt werden, dies ist Österreichs in seiner heutigen Gestaltung entschiedener Wunsch und fester Entschluß. Ebenso ungebeugt steht aber auch unsere Überzeugung, daß dieses hohe Ziel nur zu erreichen ist auf rechtgemäß gebahnten Wegen und unter dem Zusammenwirken aller.

Von diesen unsern Beschlüssen wollen Euer . . . der Regierung, bei der Sie beglaubigt sind, Kenntnis geben. Dieselbe wird dem bundestreuen vaterländischen Sinne, von dem sie eingegeben sind, Gerechtigkeit zu leisten sicher nicht ermangeln und sich wie bisher gern an den Kaiserhof anschließen, der für sich nichts will, sondern nur gleiches Recht und durch verbündete Kraft gleichen Schutz für alle Teile unseres großen ruhmreichen deutschen Vaterlandes.

Empfangen Dieselben

V.

Verzeichnis der Mitglieder der Lemberger Adreßdeputation nach Wien im März 1848 und kurze Charakteristik derselben.

(Beilage zu Stadions Präsidialbericht an Pillersdorff, Lemberg, 26. März, Z. 3953.)

1. Fürst Georg Lubomirski, über 30 Jahre alt, Gutsbesitzer, besitzt viel Geist, ist vielseitig und wissenschaftlich gebildet. Sein Betragen war tadellos, wiewohl er sich in der letzteren Zeit den Demokraten nähert, wohl mehr aus Berechnung denn aus Überzeugung.

2. Karl Malisz, über 40 Jahre, Advokat, voll Talent und Kenntnisse, kalt und überlegend, vorhin in politischer Beziehung kaum bemerkbar. Sein Körper ist siech.

3. Leszek Borkowski, gegen 40 Jahre, Literat und Gutsbesitzer, als Literat (Geschichtsforscher) nicht ohne Talent, jedoch in hohem Grade arrogant, politischen Wühlereien ergeben; aus Sucht sich bemerkbar zu machen, auch im stande sich der radikalsten Partei anzuschließen.

4. Joseph Dzierzkowski, über 40 Jahre, Literat, talentvoll, durch und durch Demokrat, jedoch furchtsam, mehr für Worte als Handlungen. Bei der Aufregung vom 20. und 21. war er einer der Hauptredner, jedoch eher gemäßigt; hat sich vielerlei Geldschmutzereien, insbesondere einer Veruntreuung fremden Gutes schuldig gemacht.

5. Johann Dobrzański, gegen 30 Jahre, Redakteur einer Zeitschrift, talentvoll und sehr unterrichtet. Verließ die Studien der Rechte im ersten Jahre. Sonst scheu, in der Aufregung aber zu allem fähig und hat besonders Talent, auf das Volk zu wirken. Auch ist er durch und durch Demokrat.

6. Florian Ziemiałkowski, bei 35 Jahre alt, Dependent bei einem Advokaten, Exdoktor der Rechte; als Student bei Umtrieben beteiligt, im Jahre 1845 wegen Hochverrats verurteilt und begnadigt, seither ruhig; talentvoll, gebildet, hierbei auch gemäßigt, im Zustande der Exaltation sehr tätig.

7. Vincenz Smagłowski, Literat, ein erfahrener Agitator, geschickt und unternehmend, keineswegs aber hervorragend.

8. Alexander Siemiński, Literat, ein entbrannter Anhänger der Polensache, jedoch im ganzen unbedeutend.

9. Władysław Biesiadecki, gegen 24 Jahre, Studierender der Technik, besitzt gute Fähigkeiten ohne umfassende Bildung, bisher in politischer Beziehung unbekannt.

10. Karl Hubicki, gegen 40 Jahre, Gutsbesitzer, in keiner Beziehung hervorragend, aber sehr tätig, dabei besonnen, und wenn auch ein heißer Patriot, so gehört er gleichwohl nicht zur überspanntesten Koterie.

11. Jan Dymnicki, gegen 28 Jahre, Schneidergeselle, durchgehends mittelmäßig, fanatisch, aber kein Wagehals; stand wegen Urkundenverfälschung in Untersuchung und wurde ab instantia entlassen.

12. Melitor Pięczykowski, Gutsbesitzer, kein ausgezeichneter Kopf und nicht ausnehmend gebildet, gleichwohl unternehmend und kräftiger Schreier, interessiert. (Hat sich nachträglich entschlossen nicht zu gehen.)

13. Johann Nowakowski, bei 60 Jahre, Schauspieler, talentvoll, tätig, zu allem brauchbar und bereit, übrigens ein glühender Patriot.

14. Marian Dylewski, 37 Jahre, Dependent, Doktor der Rechte, ein eminenter Geist und viel wissenschaftliche Bildung, politisch gemäßigt, im Jahre 1845 wegen Hochverrats ab instantia entlassen.

15. Alexander Sętkowski, 40 Jahre, Advokat, Doktor der Rechte, voll Talent und vieler Kenntnisse, besitzt viel Klugheit und berechnet genau seine Vorteile; sehr beliebt bei den Exaltierten.

16. Samuel Leligdowicz, 38 Jahre, Gubernialtranslator, nicht ohne Fähigkeiten und Kenntnisse, in keiner Beziehung aber ausgezeichnet, auch nicht notiert.

17. Cyril Więkowski, 40 Jahre, Fiskaladjunkt; viele Talente und Bildung und in keiner Beziehung exaltiert, gr. n. un. Religion, Mitdirektor des stauropigianischen Instituts.

18. Viktor Zbyszewski, 34 Jahre, Dependent, nicht ohne Talent und Bildung, jedoch nicht ausgezeichnet und bisher auch nicht exaltiert, jetzt wohl; strebt übrigens mehr zu scheinen, als er ist.

19. Riebel (Jan Rybel), Kaufmann, in jeder Beziehung höchst mittelmäßig, politisch scheinbar exaltiert.

20. Meyer Mises (Israelit), Handelsmann, ein kluger Geldmann.

21. Ludwig Dolański, 40 Jahre, Advokat, ein guter Kopf, nicht ohne Bildung, jedoch ohne Tatkraft, politisch gemäßigt, sehr ehrlich als Geschäftsmann.

22. Matthäus Alscher, gegen 42 Jahre, Schneidermeister, ohne alle Bedeutung, dem Trunke ergeben.

23. X. Piotr Korotkiewicz, gegen 45 Jahre, Dominikaner, Ordens-Provinzial, in keiner Beziehung ausgezeichnet.

24. Thomas Kulczycki, gegen 45 Jahre, Schneidermeister, ein sehr beschränkter Mensch, der für einen Patrioten gelten möchte.

25. Onufry Krynicki, über 40 Jahre, gr.-kath. Kanonikus und Professor der Theologie, ein geschickter Professor, besonnen, ohne politische Exaltation.

26. Jakob Axentowicz, gegen 50 Jahre, armenischer Domherr, ein Mann ohne Geist und Kenntnisse.

27. Johann Chwalibóg, Gutsbesitzer, besitzt Talent, jedoch Vielredner.

28. X. Stanislaw Czaykowski, gegen 40 Jahre, lat. Domherr aus Przemysl, nicht ohne Kopf und Bildung.

29 Titus Zebrowski, Gutsbesitzer, ohne Bedeutung (vermöglich).

30. Michael Czacki, Gutsbesitzer, vermöglich.

31. Alexander Stadnicki, Gutsbesitzer mit wenig Vermögen, ein höchst exzentrischer Mensch, war Kreiskommissär und trat als Sekretär aus Unzufriedenheit wegen der langsamen Beförderung aus; spielt gern eine hervorragende Rolle, verworrener Kopf.

32. Leo Stabkowski, Akademiker.

33. Marceli Gromadziński, Schneider, beschränkt, aber radikal.

34. Marcin Jabłoński, Buchhändler, ein einfacher Mann von gemäßigter Gesinnung.

35. Severin Skulimoski, Gutsbesitzer, ein Schreier, trotziger Demokrat, jedoch ohne Einfluß.

36. Gnoiński, Advokat, Mann von Talent, gemäßigt.

37. Horowicz (Israelit), Kaufmann, wohlhabend.

38. Kohn, Rabbiner, gescheit.

39. Felix Pohorecki, Gutsbesitzer, mit gewöhnlicher Mäßigkeit.

40. Weigarten, Sekretär des Advokaten Malisz, ein entbrannter Pole.

41. Hersch Bernstein (Israelit), Kaufmann.

42. Münz (Israelit), Kaufmann.

VI.

Feldzeugmeister Graf Mazzucchelli an Minister Pillersdorff.

A Sua Eccellenza il Ministro dell' Interno.

Eccellenza!

Doveri di Fedeltà, senso di amor di Patria mi conducono ad assoggettare a Vostra Eccellenza un mio pensiere sul modo che mi sembra il più adattato a restituir l'ordine nelle Provincie Lombardo-Venete, ed impedire gli orrori d'una guerra civile.

Nell'atto che si dispongono nuovi eserciti per penetrar nel Regno colla forza, sarebbe della carità e della magnanimità Sovrana di ordinare che sia tentata la via della conciliazione.

La situazione turbolenta attuale non dipende da mali sentimenti contro Sua Maestà. Ell' è prodotta dalla diffidenza che mostravasi ai popoli dalle Autorità Militari e Civili, dalla ristretta autorità locale, dalle cause indicate nelle rappresentanze, che tanto le Congregazioni centrali quanto le provinciali assoggettarono, e che non furono nè ascoltate e forse ancor neppur lette. Non erano dettate da spirito di fazione, erano la limitata esposizione dei bisogni e dei desideri universali. Siccome unanime era stata l'accettazione del loro contenuto dall'intera Nazione, unanime fu pure il cordoglio di vederle neglette e fatte basi a rimproveri che una male avisata Polizia suscitò dal Trono, rappresentando il Regno in stato di ribellione, mentre non domandava supplicando se non che l'esecuzione delle basi sulle quali lo aveva fondato l'immortale Francesco I all'istituirlo.

L'inasprimento crebbe per le sevizie a mano armata adoperate sopra inermi abitanti, e più ancora per le calunniose giustificazioni di tali atti crudeli e arbitrari, che si studiava mostrare come seguito di avvenute provocazioni. E ve ne furono di queste, e delle ripetute, quando si facevano percorrere da numerosi tumultuanti Soldati le più popolate contrade della città con cigarri in bocca insultando con atti e detti ai pacifici cittadini, quasi a promover risse che autorizzassero poi violenti reazioni per parte dei militari.

Questo è il genuino esposto dello stato delle cose nel Regno. Gli animi sono inaspriti ma non ribelli. Sarà benedetto il Sovrano che porrà un termine a così dolorose vicende.

Azzardo presentare come conducenti allo scopo le seguenti misure:

1º Ordinare al Principe Vice Rè di assumere il comando in capo delle armi e la direzione assoluta di tutti gli affari.

2º Riunire in due o più campi tutte le Truppe Austriache, e commettere al Comando di questi campi

il General Walmoden
il General Wratislaw
il General P. Schwarzenberg

che hanno ottenuto confidenza e rispetto dalla Nazione.

3º Destinar a presidio delle città i battaglioni composti da coscritti Lombardo-Veneti.

4º Amnistia completa per qualunque atto avvenuto.

5º Accolte le reclamazioni che furono presentate dalle congregazioni centrali e provinciali.

6º Convocare in un Consiglio a Milano o dove più piacesse nel Regno tutti i deputati delle congregazioni provinciali ai quali si dovrebbero unire altrettanti individui scelti dalle municipali congregazioni. Tale Consiglio avrebbe a presentar le basi d'uno statuto costituzionale concernente la condotta interna degli affari d'ogni genere, le disposizioni concernenti l'alta Politica della Monarchia spettando al Rè ed al Consiglio dello Stato che sarà nella sua saviezza costituito.

7º Annullata la Legge del bollo, e richiamata in vigore l'antecedente moderata.

8º Soppressa la tassa del Testatico, ridotta quella del consumo.

9º Le Autorità civili reggeranno le cose sopra le basi anteriori salvo le differenze state nuovamente introdotte da Sua Maestà.

10º Richiamo di tutti gli impiegati che non sono nati nel Regno in ogni ramo politico amministrativo e giudiziario.

Umilissimo Servitore

G. Mazzucchelli.
FZM.

Vienna, 30. Marzo 1848.

VII.

Verfassungsurkunde des österreichischen Kaiserstaates.

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Sämtliche zum österreichischen Kaiserstaate gehörigen Länder bilden eine untrennbare konstitutionelle Monarchie.

§ 2. Die Verfassungsurkunde hat auf folgende Länder des Kaiserreiches Anwendung, nämlich: auf die Königreiche Böhmen, Galizien und Lodomerien mit Auschwitz und Zator und der Bukowina, Illyrien (bestehend aus den Herzogtümern Kärnten und Krain und dem Gubernialgebiete des Küstenlandes), auf das Königreich Dalmatien, das Erzherzogtum Österreich ob und unter der Enns, die Herzogtümer Salzburg, Steiermark, Ober- und Niederschlesien, das Markgraftum Mähren, die gefürstete Grafschaft Tirol mit Vorarlberg.

§ 3. Die Gebietseinteilung der einzelnen Provinzen bleibt in ihrer gegenwärtigen Ausdehnung unberührt und kann nur durch ein Gesetz abgeändert werden.

§ 4. Allen Volksstämmen ist die Unverletzlichkeit ihrer Nationalität und Sprache gewährleistet.

§ 5. Die Krone ist nach dem Grundsatze der Pragmatischen Sanktion vom 19. April 1713 in dem Hause Habsburg-Lothringen erblich.

§ 6. Der Thronfolger ist nach dem zurückgelegten achtzehnten Jahre volljährig.

§ 7. Für den Fall seiner Minderjährigkeit oder der Unfähigkeit zur Selbstregierung wird eine Regentschaft nach einem besondern Gesetze bestellt.

II. Der Kaiser.

§ 8. Die Person des Kaisers ist geheiligt und unverletzlich. Er ist für die Ausübung der Regierungsgewalt unverantwortlich; seine Anordnungen bedürfen aber zur vollen Gültigkeit der Mitfertigung eines verantwortlichen Ministers.

§ 9. Der Kaiser legt bei Eröffnung des ersten Reichstages und jeder Nachfolger unmittelbar nach seinem Regierungsantritte den Eid auf die Verfassungsurkunde ab.

§ 10. Dem Kaiser gebührt die vollziehende Gewalt allein, und er übt die gesetzgebende Gewalt im Vereine mit dem Reichstage aus.

§ 11. Er besetzt alle Staatsämter, verleiht alle Würden, Orden und Adelsgrade, führt den Oberbefehl und verfügt über die Land- und Seemacht.

§ 12. Er erklärt Krieg und schließt Frieden und Verträge mit fremden Regierungen. Alle Verträge mit fremden Staaten bedürfen der nachträglichen Genehmigung des Reichstages.

§ 13. Dem Kaiser steht die Belohnung ausgezeichneter Verdienste zu, er hat das Recht der Begnadigung und Strafmilderung, welches jedoch bei verurteilten Ministern von dem Einschreiten einer der beiden Kammern des Reichstages abhängig ist.

§ 14. Alle Rechtspflege geht vom Kaiser aus und wird in seinem Namen ausgeübt.

§ 15. Im Reichstage hat der Kaiser das Recht zum Vorschlage von Gesetzen, die Sanktion aller Gesetze steht ihm allein zu.

§ 16. Er beruft jährlich den Reichstag und kann ihn vertagen oder auflösen, in welchem Falle unter Einhaltung der Frist von neunzig Tagen ein neuer Reichstag einberufen wird. In dem Falle des Ablebens des Kaisers hat sich der Reichstag innerhalb der Frist von vier Wochen zu versammeln.

III. Staatsbürgerliche und politische Rechte der Staatseinwohner.

§ 17. Allen Staatsbürgern ist die volle Glaubens- und Gewissens- sowie die persönliche Freiheit zu gewährleisten.

§ 18. Niemand kann anders als in Befolgung der gesetzlichen Form mit Ausnahme der Anhaltung auf der Tat verhaftet werden. Binnen vierundzwanzig Stunden nach der Gefangennehmung muß jeder Verhaftete über den Grund seiner Verhaftung gehört und seinem Richter zugewiesen werden. Hausdurchsuchungen können nur in den Fällen und in der Form, welche das Gesetz vorausbezeichnet, vorgenommen werden.

§ 19. Die Freiheit der Rede und Presse ist nach vollkommener Auflassung der Zensur durch die Verfassungsurkunde gesichert. Die Bestrafung der Mißbräuche wird durch ein vom ersten Reichstage zu erlassendes Gesetz geregelt werden.

§ 20. Das Briefgeheimnis ist unverletzlich.

§ 21. Die in den §§ 17—20 bezeichneten Freiheiten genießen auch die Fremden, welche noch keine staatsbürgerlichen Rechte erworben haben.

§ 22. Das Petitionsrecht und das Recht zur Bildung von Vereinen steht allen Staatsbürgern zu. Besondere Gesetze werden die Ausübung dieser Rechte regeln.

§ 23. Der Freiheit der Auswanderung darf von den Behörden kein Hindernis in den Weg gelegt werden.

§ 24. Jeder Staatsbürger kann Grundbesitzer werden, jeden gesetzlich erlaubten Gewerbszweig ergreifen und zu allen Ämtern und Würden gelangen.

§ 25. Die Wirksamkeit des Gesetzes ist gleich für alle Staatsbürger, sie genießen einen gleichen persönlichen Gerichtsstand, unterliegen der gleichen Wehr- und Steuerverpflichtung, und keiner kann gegen seinen Willen seinem ordentlichen Richter entzogen werden.

§ 26. Der Gerichtsstand für das Militär bleibt bis zum Erscheinen eines besondern Gesetzes unverändert.

§ 27. Die Beseitigung der in einigen Teilen der Monarchie noch gesetzlich bestehenden Verschiedenheiten der bürgerlichen und politischen Rechte einzelner Religionskonfessionen, sowie die Aufhebung der der Erwerbung aller Arten von Grundbesitz noch entgegenstehenden Beschränkungen werden den Gegenstand dem ersten Reichstage vorzulegender Gesetzesvorschläge bilden.

§ 28. Die Richter können nur durch ein Erkenntnis der Gerichtsbehörden entlassen, im Dienste zurückgesetzt oder gegen ihren Wunsch an einen andern Dienstort oder in Ruhestand versetzt werden.

§ 29. Die Rechtspflege wird durch öffentliches mündliches Verfahren ausgeübt. Für die Strafgerichtspflege werden Schwurgerichte eingeführt, deren Errichtung ein besonderes Gesetz bestimmen wird.

§ 30. Änderungen in der Einrichtung der Gerichtshöfe können nur durch ein Gesetz eingeführt werden.

§ 31. Allen in der Monarchie durch die Gesetze anerkannten christlichen Glaubensbekenntnissen und dem israelitischen Kultus ist die freie Ausübung des Gottesdienstes gesichert.

IV. Die Minister.

§ 32. Die Minister sind für alle Handlungen und Anträge in ihrer Amtsführung verantwortlich.

§ 33. Diese Verantwortlichkeit sowie die Bestimmung der anklagenden und richtenden Behörde wird durch ein besonderes Gesetz geregelt.

V. Reichstag.

§ 34. Der Reichstag, welcher im Vereine mit dem Kaiser die gesetzgebende Gewalt ausübt, ist in zwei Kammern, den Senat und die Kammer der Ab-

geordneten, geteilt. Die Dauer des Reichstages wird auf fünf Jahre mit jährlicher Einberufung desselben festgesetzt.

§ 35. Der Senat besteht:

a) aus Prinzen des kaiserlichen Hauses nach vollendetem 24. Jahre;
b) aus den von dem Kaiser ohne Rücksicht auf Stand und Geburt für ihre Lebensdauer ernannten Mitgliedern;
c) aus hundertfünfzig Mitgliedern, welche von den bedeutendsten Grundbesitzern für die ganze Dauer der Wahlperiode aus ihrer Mitte gewählt werden.

§ 36. Die Kammer der Abgeordneten besteht aus dreihundertdreiundachtzig Mitgliedern.

Die Wahl sämtlicher Mitglieder der Kammer der Abgeordneten beruht auf der Volkszahl und auf der Vertretung aller staatsbürgerlichen Interessen.

§ 37. Die Wahlen der Mitglieder beider Kammern werden für den ersten Reichstag nach einer provisorischen Wahlordnung vorgenommen.

§ 38. Das definitive Wahlgesetz wird von dem versammelten Reichstage beschlossen und darin werden auch die Bestimmungen über die den Abgeordneten zur zweiten Kammer zu gewährenden Entschädigungen ausgesprochen werden.

§ 39. Jede Kammer erwählt ihre Präsidenten und übrigen Funktionäre, ihr allein steht die Prüfung und Entscheidung über die Gültigkeit der Wahlen zu.

§ 40. Die Mitglieder beider Kammern können ihr Stimmrecht nur persönlich ausüben und dürfen von ihren Kommittenten keine Instruktionen annehmen.

§ 41. Die Sitzungen beider Kammern sind öffentlich; eine Ausnahme davon kann nur durch Beschluß der Kammer stattfinden, welche darüber auf Verlangen von zehn Mitgliedern oder dem Präsidenten in geheimer Sitzung entscheidet.

§ 42. Kein Kammermitglied kann während des Reichstages ohne ausdrückliche Zustimmung der Kammer, welcher er angehört, den Fall der Ergreifung auf der Tat ausgenommen, gerichtlich verfolgt oder verhaftet werden.

§ 43. Ein Kammermitglied, welches eine vom Staate besoldete Dienststelle annimmt, hat sich einer neuen Wahl zu unterziehen; die Regierung wird keinem gewählten Mitgliede den Eintritt in die Kammer verweigern.

§ 44. Die Kammern versammeln sich nur über Einberufung des Kaisers und haben nach erfolgter Auflösung oder Vertagung keine Geschäfte zu verhandeln.

VI. Wirksamkeit des Reichstages.

§ 45. Alle Gesetze bedürfen der Zustimmung beider Kammern und der Sanktion des Kaisers.

§ 46. Beim ersten abzuhaltenden Reichstage und nach jedem neuen Regierungsantritte wird die Zivilliste für seine ganze Regierungsdauer festgesetzt.

Apanagen und Ausstattungen für die Mitglieder des Kaiserhauses werden von Fall zu Fall dem Reichstage zur Schlußfassung vorgelegt.

§ 47. Die jährlichen Bewilligungen zur Ergänzung des stehenden Heeres, die Bewilligung zur Erhebung von Steuern und Abgaben, die Kontrahierung

von Staatsschulden, die Veräußerung von Staatsgütern, die Prüfung und Feststellung des jährlichen Voranschlages der Staatseinnahmen und -ausgaben, des jährlichen Gebarungsabschlusses kann nur durch ein Gesetz erfolgen. Diese Gesetzvorschläge sind zuerst bei der Kammer der Abgeordneten einzubringen.

§ 48. Beide Kammern können Gesetzvorschläge machen oder unter Nachweisung der Gründe bei der Regierung auf die Vorlage eines Gesetzentwurfes antragen. Sie können Petitionen annehmen und zur Verhandlung bringen; jedoch dürfen solche Petitionen von Privaten und Korporationen nicht persönlich überreicht, sondern sie müssen durch ein Mitglied der Kammer vorgelegt werden.

§ 49. Zur Gültigkeit eines Beschlusses ist in jeder Kammer die Anwesenheit von wenigstens dreißig in dem Senate und von sechzig in der zweiten Kammer erforderlich.

§ 50. Gesetzesvorschläge, durch welche die Bestimmungen der Verfassungsurkunde ergänzt, erläutert oder abgeändert werden sollen, bedürfen in jeder der beiden Kammern der Zustimmung von zwei Dritteilen der anwesenden Mitglieder.

§ 51. Bei allen andern Gesetzesvorschlägen genügt die absolute Stimmenmehrheit.

§ 52. In beiden Kammern wird die Regierung durch die verantwortlichen Minister oder von ihrem den Kammern zu bezeichnenden Regierungskommissäre vertreten. Entscheidende Stimme steht beiden aber nur dann zu, wenn sie Mitglieder der Kammern sind.

§ 53. Ein besonderes, von jeder Kammer zu beschließendes Reglement wird die Geschäftsordnung für dieselben festsetzen; bis zu dessen Zustandebringung wird ein provisorisches Reglement für jede der beiden Kammern von der Regierung erlassen.

VII. Provinzialstände.

§ 54. In den einzelnen Ländern haben Provinzialstände zur Wahrnehmung der Provinzialinteressen und zur Besorgung der für diese Interessen sich ergebenden Erfordernisse, soweit solche nicht unter den allgemeinen Staatserfordernissen begriffen sind, zu bestehen. Den bisherigen Provinzialständen wird, insofern die Verfassungsurkunde keine Änderung erhält, ihre Einrichtung und Wirksamkeit erhalten.

§ 55. Eine der ersten Aufgaben des Reichstages wird es sein, die Prüfung und Würdigung der von den Provinzialständen vorzulegenden zeitgemäßen Änderungen ihrer bisherigen Verfassungen und der Vorschläge über die Art der Ersatzleistung der ablösbar erklärten Grundlasten in Verhandlung zu nehmen.

§ 56. Zur Wahrnehmung der besondern Interessen der Kreise und Bezirke in jeder Provinz wird die Gesetzgebung eigene Munizipaleinrichtungen festsetzen.

§ 57. In dem ganzen Umfange der Monarchie wird die Nationalgarde nach den durch ein besonderes Gesetz zu regelnden Normen errichtet, bleibt jedoch der Zivilautorität und den Zivilgerichten untergeordnet.

§ 58. Die Nationalgarde und sämtliche Beamte leisten dem Kaiser auf die Verfassung den Eid.

Der Eid der Armee auf die Verfassung wird in den Fahneneid aufgenommen.

Gegeben in Unserer kaiserlichen Haupt- und Residenzstadt Wien den fünfundzwanzigsten April im eintausendachthundertachtundvierzigsten, Unserer Regierung im vierzehnten Jahre.

(L. S.) Ferdinand m. p.

Ficquelmont.
Minister des Äußern und des Hauses, provisorischer Präsident des Minister-Rates.

Pillersdorf. Sommaruga. Krauß. Zanini.

Register.

A.

B.

C.

D.

G.

J.

L.

M.

S.

X.

Y.

Z.

K. k. Armee.

Infanterie-Regimenter.

K. k. Militärgrenz-Infanterie-Regimenter.

Jäger.

Kavallerie.




BOUND TO PLEASE

